

**Die Außenpolitik der Republik Usbekistan  
im Spannungsfeld von Staatsbildung und regionaler Integration**

**Dissertation zur Erlangung des  
Doktorgrades (Dr. rer. soc.)  
des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften  
der Justus-Liebig-Universität Gießen**

**vorgelegt von  
Khurshidbek Inomjonov**

**aus  
Taschkent**

**2005**

Gutachter: Prof. Dr. Reimund Seidelmann (Inst. f. Politikwissenschaft, JLU Gießen)  
Prof. Dr. Dieter Eißel (Inst. f. Politikwissenschaft, JLU Gießen)



Quelle: [http://www.lib.utexas.edu/maps/commonwealth/uzbekistan\\_rel94.jpg](http://www.lib.utexas.edu/maps/commonwealth/uzbekistan_rel94.jpg)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>9</b>
<b>Einführung: Zur Problematik der Analyse der Außenpolitik eines neu entstandenen Staates</b> .....	<b>11</b>
I Relevanz der Fragestellung .....	11
II Begriffserklärung und Theorieansätze .....	15
III Bisheriger Forschungsstand.....	18
IV Struktur und Konzeption der Forschungsarbeit.....	20
V Materiallage und Quellen .....	22
<b>1. Kapitel. Entstehung der usbekischen Nationalstaatlichkeit: Historische Voraussetzungen</b> .....	<b>24</b>
1.1 Zur Problematik der Geschichtsforschung in Usbekistan .....	24
1.2 Historische Entwicklungen in Mittelasien bis zur russischen Invasion .....	26
1.3 Russische Kolonialherrschaft in Mittelasien .....	30
1.3.1 Entmachtung der usbekischen Khanate .....	30
1.3.2 Widerstand und Reformbewegungen in Turkestan, Buchara und Chiva.....	34
1.4 Oktoberrevolution und die Sowjetherrschaft in Usbekistan.....	36
1.4.1 Die Oktoberrevolution in Turkestan. Bildung der Volksrepubliken Buchara und Choresmien.....	36
1.4.2 Bildung der Volksrepubliken von Buchara und Choresmien .....	39
1.4.3 Nationale Abgrenzungspolitik .....	41
1.4.4 Die Usbekische SSR: Sowjetisierung als Modernisierung? .....	44
1.4.5 Stagnation, Perestroika und Glasnost in Usbekistan .....	48
1.4.6 Erlangung der politischen Unabhängigkeit.....	50
1.5 Fazit .....	55

<b>2. Kapitel. Das politische System der Republik Usbekistan .....</b>	<b>57</b>
2.1 Zur Entstehungsgeschichte des politischen Systems .....	57
2.2 Die neue Verfassung .....	60
2.3 Der Präsident .....	62
2.3.1 Stellung und Kompetenzen des Präsidenten .....	62
2.3.2 Wahlgesetz des Präsidenten und die bisherigen Präsidentschaftswahlen.....	65
2.4 Parlamentarismus.....	67
2.4.1 Das Oliy Mazhlis .....	67
2.4.2 Parlamentsreform 2002-2004 und die neuen Wahlen.....	73
2.5 Die Regierung, Provinzverwaltungen und die örtlichen Selbstverwaltungsorgane .....	77
2.5.1 Verfassungsbestimmungen und Struktur der Regierung .....	77
2.5.2 Administrativer Aufbau, Provinzverwaltung und die örtlichen Selbstverwaltungsorgane .....	80
2.6 Die Justiz .....	82
2.7 Die Parteienlandschaft.....	85
2.7.1 Gesetzliche Grundlage und Entwicklung der Parteienlandschaft.....	85
2.7.2 Offizielle Parteien und die Möglichkeiten und Grenzen der Parteienbildung in Usbekistan .....	88
2.8 Die Medien und die Pressefreiheit.....	90
2.9 Fazit .....	94
<b>3. Kapitel. Die institutionelle Organisation und die zentralen Fragen der     usbekischen Außenpolitik .....</b>	<b>97</b>
3.1 Eigenstaatlichkeit als Grundlage der Außenpolitik .....	97
3.2 Der Formierungsprozess der usbekischen Außenpolitik .....	99
3.2.1 Ziele und Aufgaben .....	99
3.2.2 Prinzipien und Prioritäten .....	101
3.2.3 Bildung von außenpolitischen Infrastrukturen und Institutionen .....	105
3.2.4 Rechtsgrundlage und gesetzliche Rahmenbedingungen.....	109
3.3 Faktoren und Instrumente usbekischer Außenpolitik.....	111
3.3.1 Islam als Faktor der usbekischen Außenpolitik? .....	111

3.3.2	Wirtschaftliche Voraussetzungen der usbekischen Außenpolitik .....	115
3.3.3	Militärische Voraussetzungen der usbekischen Außenpolitik.....	118
3.4	Sicherheit als zentrale Größe der usbekischen Außenpolitik .....	123
3.4.1	Sicherheitsbegriff und Spezifika der Sicherheit der Übergangsgesellschaften	123
3.4.2	Sicherheitspolitische Vorstellungen der usbekischen Eliten .....	126
3.4.3	Perzeption sicherheitspolitischer Risiken .....	129
3.4.4	Der Faktor Afghanistan in der Politik Usbekistans .....	131
3.5	Fazit .....	135
<b>4.</b>	<b>Kapitel. Zentralasienpolitik der Republik Usbekistan.....</b>	<b>137</b>
4.1	Das Zentralasienkonzept der usbekischen Regierung .....	137
4.2	Die Bestimmungsfaktoren der zwischenstaatlichen Beziehungen .....	137
4.2.1	Subregionale Kooperation bzw. Integration in Zentralasien .....	137
4.2.1.1	Das Konzept der regionalen Integration in der usbekischen Außenpolitik	137
4.2.1.2	Bildung eines einheitlichen Wirtschaftsraums zwischen Usbekistan und Kasachstan .....	141
4.2.1.3	Gründung der Zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft (CAEC).....	144
4.2.1.4	Umbildung der CAES zur CACO und die Zwischenbilanz der regionalen Integration in Zentralasien .....	147
4.2.2	Regionale Sicherheit .....	152
4.2.3	Grenzstreitigkeiten.....	155
4.2.4	Ethno-politische Situation in Zentralasien.....	158
4.2.5	Wasserknappheit und Wasserverteilung.....	161
4.2.6	Transport, Kommunikation und neue Pipelinepläne .....	164
4.3	Bilaterale Beziehungen.....	166
4.3.1	Usbekisch-kasachische Beziehungen .....	166
4.3.2	Usbekistan – Kirgisistan .....	174
4.3.3	Usbekistan – Tadschikistan .....	179
4.3.4	Usbekistan – Turkmenistan .....	185
4.4	Fazit .....	191

<b>5. Kapitel. Zwischen Moskau und Washington: die usbekische Außenpolitik im Spannungsfeld postsowjetischer Integration und Westorientierung.....</b>	<b>193</b>
5.1 GUS als neue Form der Zusammenarbeit ehemaliger Unionsrepubliken .....	193
5.1.1 Das GUS-Konzept der usbekischen Regierung .....	193
5.1.2 Bilateralisierung der Beziehungen in der GUS.....	195
5.1.3 Usbekische Skepsis gegenüber den Integrationsbemühungen im postsowjetischen Raum .....	197
5.1.4 GUUAM .....	200
5.2 Bilaterale Beziehungen zu Russland .....	203
5.2.1 Bestimmungsfaktoren der usbekischen Außenpolitik gegenüber Moskau.....	203
5.2.2 Politische Beziehungen.....	204
5.2.3 Wirtschaftliche Zusammenarbeit.....	209
5.2.4 Militärisch-sicherheitspolitische Kooperation.....	211
5.2.5 Die russischsprachige Minderheit und Arbeitsmigration nach Russland .....	213
5.3 Der Westen im außenpolitischen Konzept Usbekistans .....	215
5.3.1 Usbekistans Beziehungen zu den USA.....	217
5.3.2 Usbekisch-amerikanische Beziehungen nach dem Afghanistan-Krieg.....	222
5.3.3 Die Europapolitik der usbekischen Regierung .....	224
5.3.4 Entwicklung der Beziehungen zur BRD.....	226
5.4 Usbekistan in den internationalen Organisationen .....	229
5.4.1 Usbekistan in der UNO.....	229
5.4.2 Schwieriges Verhältnis zur OSZE .....	231
5.4.3 Usbekistan-NATO: Ein zentralasiatischer Sonderpartner? .....	233
5.4.4 Zusammenarbeit mit internationalen Finanzorganisationen.....	236
5.5 Fazit .....	238

<b>6. Kapitel. Der asiatische Raum in der usbekischen Außen- und Sicherheitspolitik</b>	<b>240</b>
6.1 Das Asienkonzept der usbekischen Regierung.....	240
6.2 Generelle Linien der usbekischen Politik gegenüber dem islamisch-asiatischen Raum.....	243
6.2.1 Türkei.....	245
6.2.2 Iran.....	251
6.2.3 Pakistan und Indien.....	254
6.2.4 Saudi-Arabien.....	257
6.3 Asiatisch-Pazifischer Raum.....	259
6.3.1 Volksrepublik China.....	259
6.3.2 Japan.....	264
6.3.3 Südkorea und Südostasien.....	270
6.4 Multilaterale Zusammenarbeit.....	273
6.4.1 SCO.....	273
6.4.2 Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia (CICA).....	279
6.4.3 Economic Cooperation Organization (ECO).....	282
6.4.4 Asiatische Finanzorganisationen.....	286
6.5 Fazit.....	287
<b>7. Schlussbetrachtung und Zukunftsperspektiven der Außenpolitik Usbekistans....</b>	<b>290</b>
7.1 Fünfzehn Jahre usbekische Außenpolitik: Erfolge und Niederlagen.....	290
7.2 Entwicklungsperspektiven der usbekischen Außenpolitik.....	293
7.3 Szenarien für eine Optimierung der Außenpolitik.....	296
<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>298</b>
<b>Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>300</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>301</b>



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit<sup>1</sup> ist Teil des Forschungs- und Kooperationsprojekts am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen „Security, Conflict Management, and Economic Cooperation in Central Asia“ unter Leitung von Prof. Dr. Reimund Seidelmann. Das Projekt (Laufzeit: Frühjahr 2002 bis 2005) verfolgte drei Hauptziele:

- Förderung der entsprechenden usbekischen Strukturen im Aufbau qualifizierter wissenschaftlicher personeller Expertise im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zur Unterstützung der Entscheidungsträger und akademischen Ausbildung;
- Heranführung usbekischer bzw. zentralasiatischer außen- und sicherheitspolitischer Experten an die deutsche Friedens-, Sicherheits- und Konfliktforschung sowie an die europäischen Erfahrungen mit der Schaffung von Frieden und Sicherheit, regionaler Kooperation und Integration;
- Erweiterung der deutschen wissenschaftlichen Expertise über die zentralasiatische Region; Beitrag zur deutsch-usbekischen Wissenschaftskooperation in den Bereichen Friedens-, Sicherheits- und Konfliktforschung.

Die vorliegende Dissertation soll im Verbund mit den anderen Studien, die im Rahmen dieses Projekts bereits erfolgten<sup>2</sup> bzw. noch durchgeführt werden<sup>3</sup>, zur Erfüllung dieser drei Hauptziele des Projekts beitragen. Im Zentrum unseres wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses stand die Frage nach regionaler Kooperation bzw. Integration, die wir aus unterschiedlichen Blickwinkeln analysierten. In diesem Sinne trägt die Arbeit dazu bei, die Wahrnehmung und das Verhalten eines der Schlüsselländer in Zentralasien gegenüber dem regionalen Integrationsprozess zu erklären. Dabei geht sie davon aus, dass es zwischen diesem auf der einen Seite und den Bemühungen eines neu entstandenen Staates

---

<sup>1</sup> Bei diesem Dokument handelt es sich um die durchgesehene und verbesserte Version der Dissertationsschrift.

<sup>2</sup> Bereits erschienene Dissertationen (2005) von List, Dörthe „Regionale Kooperation in Zentralasien – Hindernisse und Möglichkeiten“ und von Sagdullaev, Djakhangir „Energy Policy, Regional Cooperation and Sustainable Development in Central Asia: the case of Uzbekistan“

<sup>3</sup> Voraussichtlich erscheint 2006 die Analyse von Nurmatov, Azamat „Religious Fundamentalism and Extremism in Central Asia“.

um einen Staats- und Nationsbildungsbildungsprozess auf der anderen Seite tendenziell ein Konkurrenzverhältnis gibt.

Mein besonderer Dank gilt allen beteiligten Personen und Institutionen des Zentralasien-Projekts unter der Leitung von Prof. Dr. Reimund Seidelmann, der sich stets um das Projektteam und den wissenschaftlichen Fortschritt jedes Teammitglieds bemühte. Meinen Projektkollegen und -Kolleginnen Dr. Dörthe List, Aynura Asakeeva, Dr. Djakhangir Sagdullaev und Azamat Nurmatov danke ich für die zahlreichen, spannenden Diskussionen in Gießen und Taschkent. Darüber hinaus möchte ich mich bei meinen Kollegen Dr. Dörthe List und Andreas Vasilache – für die sprachliche Überarbeitung der Dissertation – sowie Johannes Herrmann für die technische Hilfe bei der Fertigstellung der Endversion der Arbeit bedanken. Des Weiteren gilt mein Dank dem Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), der durch das großzügige Promotionsstipendium das Entstehen der Arbeit ermöglichte sowie der Volkswagen Stiftung, die das Projekt finanzierte.

Ganz besonderer Dank gilt meinen Eltern, Maktuba und Habibjon Inomjonov sowie meiner Freundin Katharina, die mich von Beginn an in meinen Promotionsabsichten bestärkten und auch während des Projektes unterstützten. Ihnen möchte ich diese Arbeit widmen.

Khurshidbek Inomjonov, Gießen, 2005

## **Einführung: Zur Problematik der Analyse der Außenpolitik eines neu entstandenen Staates**

### **I Relevanz der Fragestellung**

Die Entdeckung des Seeweges von Europa nach Süd- und Ostasien durch die Portugiesen war der Grund, dass die berühmte Seidenstraße in die Bedeutungslosigkeit versunken ist. Über die Seidenstraße wurden neben Seide, dem damals zweifellos kostbarsten Handelsgut, auch sämtliche Gewinn bringende Handelsartikel wie Metall, Porzellan, Gewürze, Heilkräuter, Glas, aber auch nicht weniger wichtige Kulturgüter literarischer, ästhetischer und religiöser Natur weitergegeben bzw. ausgetauscht. Ab dem 15. Jh. verlagerten die Händler zunehmend ihre Waren auf den sicheren Schiffverkehr, eine Tatsache, die zum ständigen Rückgang des kontinentalen Karawanenhandels führte und Zentralasien, das „einst der Treffpunkt des Handels und der Zivilisation Chinas, Indiens, des mittleren Ostens und Europas gewesen war, in ein Vakuum“<sup>4</sup> verwandelte. Der allmähliche Rückgang des Karawanenverkehrs bedeutete auch den Wegfall der Haupteinnahmequelle für die Staaten der Region: die Zölle auf die durch ihre Gebiete geführten Waren. Dadurch entstandener Verlust ihres Reichtums führte dazu, dass sie von nun an nicht mehr genügend Interesse hatten, die alten Handelsrouten offen zu halten und für den Handelsverkehr zu sichern. Das Ergebnis waren die ständige politische Spaltung zwischen den Khanen, Räuberüberfälle und die wirtschaftliche Isolation der Region. Diese Isolierung hat das ökonomische, soziale, kulturelle sowie das geistige Leben der auf dem Territorium des heutigen Zentralasiens gegründeten drei usbekischen Dynastiestaaten Buchara, Khiva und Kokand bis zum Ende des 19. Jahrhunderts erstickt. Wie Halbach betont: „Als die Russen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Zentralasien vorstießen, trafen sie auf ein politisches Machtvakuum, auf eine von der Außenwelt isolierte Region, die sich in kultureller und materieller Stagnation befand und der militärischen und politischen Macht wenig entgegenzusetzen hatte.“<sup>5</sup> Diese Ohnmacht vor fremder Gewalt führte dazu, dass das Schicksal der hiesigen Völker während der vergangenen fast 125 Jahre von anderen entschieden und die Region von anderen

---

<sup>4</sup> Vgl. Hambly, Gavin: Zentralasien. Fischer Weltgeschichte, Band 16. Frankfurt am Main, 1966, S.185

<sup>5</sup> Vgl. Halbach, Uwe: Eigenstaatlichkeit in Kasachstan und Mittelasien, in: Meissner, Boris/Eisfeld, Alfred: Die GUS-Staaten in Europa und Asien. 1. Auflage, Baden-Baden, 1995, S.202-203

beherrscht wurde. Im Verlauf der fremden Besatzung wurde zwar die wirtschaftliche und kulturelle Isolation zum Teil abgebaut, dennoch trugen die neuen Bindungen einen einseitigen Zentrum-Peripherie Charakter bei. Während der Zaren- und Sowjetherrschaft über die Region waren die zentralasiatischen Republiken, darunter auch Usbekistan, weitestgehend abgeschnitten vom Rest der Welt; es existieren weder eigenständige Außenpolitiken mit benachbarten Staaten außerhalb der Sowjetgrenze noch direkte Verbindungen bezüglich Kommunikation, Transport oder Handel. Sogar der Austausch zwischen den zentralasiatischen Republiken fand nur in begrenztem Umfang statt, da sämtliche Politiken zentral über Moskau gesteuert wurden.

Als die Länder Zentralasiens 1991 in die Unabhängigkeit entlassen wurden, mussten die neuen Nationalstaaten mit dieser fünfhundertjährigen bzw. hundertfünfundsiebzigjährigen Erblast kämpfen, die, wie bereits erwähnt, durch einseitige Bindungen während der Fremdherrschaft noch vertieft worden war. Darüber hinaus suchten die Politiker in diesen Ländern nach Kontinuität, auf die sie sich in der Entwicklung der selbständigen Staatlichkeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stützen könnten. Diese Kontinuität schien in der Wiederherstellung der geostrategischen Bedeutung der Region für die Welt zu liegen, mittels derer sich die neuen unabhängigen Staaten in die Weltgemeinschaft integrieren und ein fester Bestandteil des internationalen Systems werden sollten. Dieses Ziel war nur durch den Aufbau einer aktiven und offenen Außenpolitik erreichbar. Auf der anderen Seite sahen die zentralasiatischen Republiken gerade in der außenpolitischen Tätigkeit des Staates eine wahre Chance für den Erhalt und die Verstärkung der nationalen Souveränität, die für die innenpolitischen Ziele, in erster Linie die Stärkung der nationalen Identität und die Unterstützung der ökonomischen Erneuerungen, benutzt werden könnte. In diesem Sinne gewann die Herausbildung einer eigenständigen Außenpolitik für diese neuen Länder eine außerordentliche Bedeutung in zweierlei Hinsicht. Wie der usbekische Präsident Islam Karimow zu Recht bemerkt:

„Die Verwirklichung einer aktiven, vielseitigen, den Interessen Usbekistans entsprechenden Außenpolitik ist eine notwendige Voraussetzung und das wichtigste Mittel zur Festigung der Souveränität unseres Staates, zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Verbesserung des Lebens des Volkes.“<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts. Taschkent, 1992, S. 22

Der Aufbau einer eigenständigen Außenpolitik war zugleich ein Teil des groß angelegten Staatsbildungsprozesses, in dessen Verlauf die neuen staatlichen Strukturen gebildet werden sollten, um, in den Worten des usbekischen Staatspräsidenten, „die staatliche Souveränität Usbekistans zu verwirklichen.“ Der größte Teil der neu gegründeten Organisationen stand im direkten Zusammenhang mit der außenpolitischen Tätigkeit des Landes: das Außenministerium, das Ministerium für Außenhandelsbeziehungen, das Verteidigungsministerium, der Nationale Sicherheitsdienst, das Staatliche Zollkomitee, die Nationalbank für Außenwirtschaftstätigkeit, die nationale Fluggesellschaft, die nationale Informationsagentur usw. Darüber hinaus wurden erstmalig die unabhängige Zentralbank, Komitees für die Verwaltung des staatlichen Eigentums und die Privatisierung, für Edelmetalle, für Wissenschaft und Technologie und die Oberste Attestierungskommission geschaffen.

Es muss auch betont werden, dass der Erfolg einer außenpolitischen Tätigkeit nicht nur von der Funktionsfähigkeit dieser neuen Strukturen abhängig war, sondern vielmehr mit dem Inhalt des sozioökonomischen Transformations- und Demokratisierungsprozesses im Lande zusammenhing. Die politische Führung in Taschkent war sich dieser Problematik bewusst:

„Wir gehen davon aus, dass man sich in die Weltgemeinschaft integrieren kann, wenn man den modernen Begriffen des demokratischen Staates mit einem ökonomisch entwickelten marktwirtschaftlichen System entspricht. Gleichzeitig kann man ein Land modernisieren unter der unabdingbaren Notwendigkeit seiner Integration in die Weltgemeinschaft, das heißt, indem es seinen würdigen Platz bei der internationalen Arbeitsteilung findet, aktiv an der Schaffung eines Systems der regionalen und globalen Sicherheit teilnimmt.“<sup>7</sup>

Im Bewusstsein dieser Tatsache wurde in Usbekistan Anfang der 1990er Jahre innenpolitisch ein Prozess deklariert, dessen Endziel, wenn man den Worten des usbekischen Staatspräsidenten glauben mag, „die Errichtung eines mächtigen demokratischen Rechtsstaates und einer Bürgergesellschaft mit einer stabilen Marktwirtschaft“ sein sollte. Taschkent räumte offiziell in seiner Innenpolitik den Werten der Demokratie, der Sicherung der Rechte und Freiheiten der Persönlichkeit und der Schaffung einer freien Marktwirtschaft die oberste Priorität ein.<sup>8</sup> Dennoch war/ist die

---

<sup>7</sup> Vgl. Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt. Düsseldorf (Ohne Jahresangabe), S.348

<sup>8</sup> Ebenda, S.177

politische Transformation Usbekistans zu einer souveränen unabhängigen Republik in der Form eines demokratischen Rechtsstaates, wie sie auch die usbekische Verfassung beschreibt, durch die bekannten Transformationswidersprüche und -probleme gekennzeichnet. Diese sind vor allem darauf zurückzuführen, dass im Zentrum der innenpolitischen Reformen vielmehr der Wunsch nach der Errichtung eines starken Staates mit einer zentralen Rolle des Präsidenten stand. Dieser Wunsch war dadurch bedingt, dass der Transformationsprozess insgesamt von der usbekischen Führung von Anfang an als eine Periode angesehen worden war, in der die politische und wirtschaftliche Transformation sich zu einem „Risikofaktor für die nationale Sicherheit des Landes umwandeln kann.“<sup>9</sup> Nach Ansicht der Machthaber in Taschkent erhielt diese Gefahr durch „die Tätigkeit einer nicht konstruktiven, oftmals verantwortungslosen und extremistisch eingestellten ambitionierten Opposition, die mit ihren Handlungen unter dem Banner der Demokratie die Destabilisierung in der Gesellschaft provozierte“<sup>10</sup>, eine besondere Schärfe. Die außenpolitischen Beweggründe, die für den Aufbau eines mächtigen usbekischen Staats sprachen, waren das instabile Umfeld des Landes, vor allem der militärische Konflikt im benachbarten Afghanistan und das Aufflammen des Bürgerkriegs in Tadschikistan, die sich im Falle ihrer weiteren Eskalation eventuell auf die gesamte zentralasiatische Region, vor allem aber auf Usbekistan ausweiten könnten.

Schließlich wurde dieses auf einem starken Staat bzw. einer starken Macht des Präsidenten basierte Entwicklungsmodell als „eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts“ bezeichnet und dessen Notwendigkeit wurde zusätzlich durch die Mentalität des Volkes und die Naturgegebenheiten des Landes legitimiert. Entgegen aller positiven Erwartungen, dass „die Festigung und Entwicklung der Macht des Präsidenten ... die Verwirklichung der gesetzgebenden Beschlüsse, den Schutz der Rechte und Freiheiten der Bürger, die Durchführung der politischen und wirtschaftlichen Reformen garantiert“, führte sie in Wirklichkeit zur Paralyse anderer politischer Institutionen, insbesondere des Parlaments, politischer Parteien und gesellschaftlicher Vereinigungen. Die Folge ist, dass es sich beim politischen System Usbekistans vielmehr um ein autoritäres Präsidialsystem mit zurzeit noch nicht ausreichend funktionierenden Charakteristika einer Demokratie

---

<sup>9</sup> Vgl. Alimov, Ravshan u.a. (Hrsg.): Tsentral'naja Azija: geoeconomika, geopolitika, bezopasnost'. Taschkent 2002, S.42

<sup>10</sup> Vgl. Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.178

(Parlament, Parteien, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Wirtschaftsverbänden usw.) handelt.

In diesem Sinne befindet sich Usbekistan fünfzehn Jahre nach der Erlangung der nationalen Unabhängigkeit immer noch im Auf- und Ausbau seiner neuen Staatlichkeit, in der Ausformulierung seines Wertekatalogs und seiner neuen nationalstaatlichen Identität. Anscheinend wird dieser Prozess, gemessen an den bisherigen Transformationserfolgen bzw. Niederlagen, eine lang dauernde Entwicklung sein. Dennoch sind fünfzehn Jahre Zeit genug, um auf dem begangenen Weg eine Zwischenbilanz zu ziehen. In diesem Sinne möchte die vorliegende Arbeit den Aufbauprozess der außenpolitischen Tätigkeit eines neu entstandenen Staates, seinen Umgang mit dem äußeren Umfeld sowie seine Wahrnehmung und Teilnahme an den regionalen und globalen Prozessen untersuchen. Sie setzt sich mit folgenden Fragen auseinander: Welche Außenpolitik betreibt ein Staat, dessen politische Institutionen sich im Organisationsprozess befinden und dessen ökonomische und soziale Pfeiler schwach und unsicher sind? Auf der Grundlage welcher Prinzipien wird diese Außenpolitik formuliert? Welche Ziele und Prioritäten wurden festgesetzt? Welche Mittel und Instrumente hat bzw. benötigt eine solche Außenpolitik, um ihre zahlreichen Aufgaben zu erfüllen? Wie gestalten sich die Beziehungen zu den wichtigsten Nachbarländern, zu den regionalen und globalen Mächten? Welche Faktoren beeinflusst den Aufbau der zwischenstaatlichen Beziehungen, sowohl in der Region als auch zu anderen Ländern der Welt? Welcher Natur sind die Risiken und Herausforderungen für die Sicherheit des Landes angesichts eines instabilen äußeren Umfelds? Und schließlich: Inwieweit kann ein neuer Staat durch eine umfassende Außenpolitik seine Unabhängigkeit stärken bzw. sichern? Das sind die wichtigsten Fragen, die diese Forschungsarbeit beantworten möchte.

## **II Begriffserklärung und Theorieansätze**

Mit und in Außenpolitik nimmt die im souveränen Nationalstaat organisierte Gesellschaft ihre Interessen gegenüber ihrem internationalen Umfeld wahr.<sup>11</sup> Diese Interessen sind allgemeiner politischer, wirtschaftlicher, militärischer und soziokultureller Natur. Sie stehen im Spannungsfeld von internationaler Politik und den innenpolitischen Wirkungsfaktoren

---

<sup>11</sup> Seidelmann, Reimund: Außenpolitik, in: Woyke, Wichard: Handwörterbuch Internationale Politik. 8.Auflage, Opladen 2000, S.1

auf die internationale Politik. Außenpolitik bezieht sich somit auf Handlungsstränge, Prozesse und Strukturen. Sie steht dabei in gegenseitiger Wirkung von gesellschaftlichen, nationalen, regionalen und internationalen Faktoren. Als Eckpunkte der Außenpolitik gelten die äußere Sicherheit, die gesellschaftliche Wohlfahrt und die Herrschaftssicherung.<sup>12</sup> Außenpolitik unterscheidet sich bis zur Gegenwart in ihrer spezifischen Form nach Organisation und Reichweite von der Innenpolitik. Spielen in der Innenpolitik Parlament, Parteien und gesellschaftliche Gruppierung eine gewisse Rolle, so blieb Außenpolitik bis heute ein Reservat der gouvernementalen Exekutive. Dennoch sind Außen- und Innenpolitik heutzutage weder praktisch noch analytisch voneinander zu trennen. Sie stehen in einem Wechselwirkungsprozess. Wichtig ist darum neben der externen Ausrichtung der Außenpolitik vor allem auch ihre innenpolitische Dimension und die Frage der inneren Akteure, wie Frank R. Pfetsch definiert: „Unter Außenpolitik kann grenzüberschreitendes politisches Handeln von politischen Einheiten verstanden werden, also von Regierungen, gesellschaftlichen Gruppen oder regionalen Gemeinschaften, mit der Intention, bestimmte Absichten oder Ziele und Interessen mit Hilfe nationaler Ressourcen gegenüber oder in Beziehung zu anderen politischen Einheiten durchzusetzen. Das Ziel kann auch gleichzeitig nach innen gerichtet sein und auf Selbsterhaltung oder Systemstabilisierung zielen. Diese Definition enthält als Ziele der Außenpolitik die Absichten und Interessen nach außen und innen. Als Träger der Außenpolitik treten vor allem Regierungen oder deren Organe in Erscheinung sowie gesellschaftliche Gruppen oder einzelne Individuen.“<sup>13</sup> Die Lehre von den Internationalen Beziehungen teilt diese Perspektive. Sie richtet ihr Augenmerk nicht nur auf politische Akteure und Inhalte, sondern ganz allgemein auf jedwede Handlungen zwischen Staaten und internationalen Organisationen, die Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft berühren.

Die Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen ist gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, dass eine Reihe von Wissenschaftlern grundsätzlich nach dem Sinn von Theorien über Internationale Beziehungen fragen. Für sie erweisen sich Internationale Beziehungen als grundsätzlich theorieresistent, weil sie sich vielmehr durch Erfahrung erschließen und sich das spekulative Moment die Internationalen Beziehungen einer

---

<sup>12</sup> Vgl.: Seidelmann, Reimund: Außenpolitik, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 6: Internationale Beziehungen, München 1994, S. 42-49

<sup>13</sup> Vgl.: Pfetsch, Frank: Internationale Politik. Stuttgart, Berlin, Köln 1994. S. 33-34



präzisen wissenschaftlichen Theorie entzieht.<sup>14</sup> Dagegen empfindet der andere Teil der wissenschaftlichen Gemeinde den theoretisch-methodologischen Forschungsstand der Lehre von den Internationalen Beziehungen, die sich mit der Analyse von Außenpolitik beschäftigt, im Vergleich zu den anderen Bereichen der Politikwissenschaft als unbefriedigend.<sup>15</sup> Dabei konkurrieren in der Disziplin im Wesentlichsten vier Erklärungsansätze miteinander, die jeder für sich einer umfassenden systematischen Analyse nicht genügen, sondern der Verknüpfung miteinander bedürfen: der realpolitische Ansatz, der Interaktionsansatz, der Ziel-Mittel-Ansatz sowie die Analyse von Bedingungsstrukturen.<sup>16</sup>

Im realpolitischen Ansatz von Morgenthau liegt jeder Außenpolitik das Streben nach dem Erhalt, dem Ausbau und der Absicherung von Machtpositionen zugrunde. Die Betonung der Macht bildet daher die Grundkategorie der außenpolitischen Analyse. Im Zentrum der usbekischen Politik steht ebenso die Bestrebung zur Errichtung eines mächtigen Nationalstaates. Die Gestaltung der Außenpolitik wird auch durch diesen Wunsch bestimmt. Wenn wir davon ausgehen, dass eine Theorie nach Regelmäßigkeiten sucht und diese erklärt, dann scheint der realpolitische Ansatz für die Erklärung der usbekischen Zentralasienpolitik am besten geeignet zu sein. Dennoch ist seine Aussagekraft bei der Analyse der usbekischen Außenpolitik im Hinblick auf die regionalen Integrationsprozesse nicht ausreichend. Zwar kann er diesbezüglich Konfliktfälle erklären, aber die positiven Entwicklungen im Bereich regionaler Kooperation müssen auch mit Hilfe anderer Theorieansätze erklärt werden. In dieser Hinsicht ist die Integrationstheorie ein geeignetes Instrument. Die Konzepte der Integration und der Interdependenz tragen zum Verständnis einiger Aspekte der Internationalen Beziehungen bei, die der realistische Ansatz nicht ausreichend berücksichtigt. Die Theorien internationaler Integration, die das Zusammenwachsen von Nationalstaaten zu einem größeren Ganzen behandeln, sowie Theorien internationaler Organisationen, die den gemeinschaftlichen Vollzug nationalstaatlicher Aufgaben auf der zwischenstaatlichen Ebene zu erklären versuchen, waren bereits nach 1918 und verstärkt nach 1945 Gegenstand größeren öffentlichen und

---

<sup>14</sup> Vgl.: Hacke, Christian: Zuviel Theorie? Zuwenig Geschichte. Eine kritische Zwischenbilanz der Disziplin der Internationalen Beziehungen in Deutschland. Studien zur Internationalen Politik, Hamburg, Heft 2 (2003), S.29

<sup>15</sup> Vgl.: Seidelmann, Reimund: Außenpolitik, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, a.a.O., S.3-4

<sup>16</sup> Ebenda

wissenschaftlichen Interesses, namentlich in Westeuropa.<sup>17</sup> Sie stellen nicht die antagonistische, das Zusammenleben der Staaten gefährdende Interessenkonflikte und Positionsdifferenzen ins Zentrum des Erkenntnisinteresses. Der Gegenstandsbereich der Integrationstheorie ist die institutionalisierte Verflechtung von Staaten. Die vorliegende Arbeit berücksichtigt die vorgestellten Theorieansätze bei der Analyse. Sie orientiert sich dabei weitgehend an den durch die realistische Konstellationsanalyse bereitgestellten analytischen Grundkategorien und deren vielfältigen Methoden. Die realistische Theorie erscheint in Verbindung mit den anderen Ansätzen als geeignetes Instrument, zumindest Usbekistans Politik gegenüber seinen zentralasiatischen Nachbarstaaten innerhalb der ausgeführten Problemstellung zu analysieren. Dabei handelt es sich in erster Linie um eine empirisch-analytische Untersuchung, nicht um eine normativ orientierte Verordnung.

### **III Bisheriger Forschungsstand**

Die Forschung über usbekische Außenpolitik in Usbekistan muss im Zusammenhang mit der Entstehung der Politikwissenschaft und der Lehre von den Internationalen Beziehungen als selbständiges Fach an den usbekischen Universitäten und Forschungsinstitutionen betrachtet werden. In dieser Hinsicht scheint die folgende Aussage von Faul an dieser Stelle sehr angebracht: „Politikwissenschaft ist wissenschaftsgeschichtlich eine Ausnahmeerscheinung, selbst heute nur in einer Minderheit von Staaten betreibbar, in der Geschichte immer wieder von den Machtverhältnissen kupt, auf Seitenbahnen gedrängt, in den Universitäten, auch wenn scholastischen Lehrfächern fortgeführt, lange Zeit weniger als in privaten Studierstuben zu finden, vor allem auch von innen her durch Macht- und Ideologiedienerei ständig der Gefahr der Selbstkompromittierung ausgesetzt.“<sup>18</sup> Die Sowjetunion mit ihrem totalitären Herrschaftssystem und ihrer kommunistischen Ideologie gehörte zu der Gruppe derjenigen Staaten, in denen die Politikwissenschaft als wissenschaftliche Disziplin nicht „betreibbar“ war und als „bürgerlich“ verdammt wurde. Dementsprechend war im sowjetischen Usbekistan, wie auch in anderen Teilen der Sowjetunion, die Politikwissenschaft als

---

<sup>17</sup> Bellers, Jürgen/Häckel, Erwin: Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen, in: Rittberger, Volker: Theorien der Internationalen Beziehungen. Sonderheft der PVS, Nr. 20/1990, S. 286-303, hier S.287

<sup>18</sup> Faul, Ervin: Politikwissenschaft im westlichen Deutschland. Bemerkungen zu Entwicklungstendenzen und Entwicklungsanalysen, in: PVS Nr.20, 1979, S. 71-103, hier S.83

„kapitalistische“ Fachrichtung in keiner Hochschule vertreten. Erst im Zuge der Reformpolitik von Gorbatschow entstanden Ende der 1990er Jahre die ersten Lehrstühle für Politikwissenschaft an den zentralen Bildungseinrichtungen in Moskau und Sankt Petersburg. Auch in Usbekistan wurde in dieser Zeit der erste Lehrstuhl an der Taschkenter Universität, der ältesten in der Region, aufgebaut. Nach der Eigenstaatlichkeit des Landes hat auch die Politikwissenschaft einen „selbständigen Entwicklungsweg“ eingeschlagen, dessen Rahmenbedingungen durch die Besonderheiten des neuen politischen Systems nicht begünstigt wurden. Mitte der 1990er Jahre musste die usbekische Politikwissenschaft den ersten harten Schlag der Machthaber hinnehmen: Mehrere Lehrstühle für Politikwissenschaft wurden zu Lehrstühlen für „Theorie und Praxis des Aufbaus des demokratischen Staates“ umgewandelt. Dementsprechend musste sich auch die Forschung in der politischen Wissenschaft an die neuen Gegebenheiten adaptieren. Dies führte im Endeffekt zu einer Theorie- und Methodenkrise in der usbekischen Politologie.

Die Lehre von den Internationalen Beziehungen wurde in Usbekistan nicht als Teil der Politikwissenschaft, sondern als selbständiges Fach wahrgenommen. Die Ursache hierfür war, dass die dringende Notwendigkeit der Ausbildung von diplomatischen Kadern und der wissenschaftlichen Expertise für die neuen außenpolitischen Strukturen zu einem explosionsartigen Interesse an diesem Fachgebiet führte. Denn im Gegensatz zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken im europäischen Teil verfügten die zentralasiatischen Staaten nicht über einen ausreichenden Stamm an im Bereich der Außenpolitik und den Internationalen Beziehungen qualifiziertem wissenschaftlichen und diplomatischen Personal. Mit der Gründung der Universität für Weltwirtschaft und Diplomatie wurde noch vor der Eröffnung eines selbständigen Fachbereichs für Politikwissenschaft bzw. Sozialwissenschaften ein unabhängiger Fachbereich für Internationale Beziehungen gebildet. In den nachfolgenden Jahren entstanden ähnliche Fachbereiche an der staatlichen Hochschule für Orientalistik und an der Akademie für Staats- und Gesellschaftsbau. Dennoch konnten sie sich auf die weiteren Teile des Landes nicht verbreiten. Bisher konzentrieren sich die Internationalen Beziehungen hauptsächlich in der Hauptstadt Taschkent. Es muss auch betont werden, dass überproportionales Interesse an der Lehre von den Internationalen Beziehungen nicht zu einer qualifizierten Verbesserung der wissenschaftlichen Expertise führte. Die Forschung der Außenpolitik und der Internationalen Beziehungen steckt in derselben Krise wie die Politikwissenschaft insgesamt. Die wissenschaftlichen Untersuchungen konzentrieren sich vor allem auf die

Analyse der bilateralen Beziehungen der Republik Usbekistan zu bestimmten Ländern und widmen sich dabei der Vermessung der Intensität der Staatsbesuche oder der Entwicklung der Handelsbeziehungen. Ein Beleg dafür ist, dass bisher in Usbekistan keine umfassende Analyse zur usbekischen Außenpolitik entstanden ist.

Auch im deutsch- und englischsprachigen Raum ist bisher keine selbständige Analyse zur usbekischen Außenpolitik entstanden. Die Teilaspekte der usbekischen Außenpolitik werden im Rahmen der Transformationsforschung der ehemaligen Sowjetrepubliken oder in Bezug auf regionale Sicherheitsprobleme in Zentralasien untersucht. In diesem Zusammenhang ist auf einen von Uwe Halbach verfassten umfassenden Bericht zu den politischen Entwicklungen in Usbekistan zu verweisen. Der Bericht ist inzwischen 10 Jahre alt und kann aus diesem Grund nur für die Anfangsphase der staatlichen Unabhängigkeit Usbekistans relevant sein. Im Jahre 2000 veröffentlichte Halbach zwei ausführliche Analysen zum Thema der regionalen Sicherheit in Zentralasien, die aber aufgrund ihrer Konzentration auf die gesamtregionalen Prozesse nur knappe Informationen zur usbekischen Außenpolitik liefern. Angesichts der neuesten politischen Entwicklungen in Zentralasien, die nach dem 11.09.2001 aufgetreten sind, ist ihre Aussagekraft für die gegenwärtige Situation in der Region ebenfalls sehr gering. In dieser Hinsicht betritt die vorliegende Arbeit relatives Neuland, sowohl in Usbekistan als auch in Deutschland.

#### **IV Struktur und Konzeption der Forschungsarbeit**

Die vorliegende Arbeit besteht aus 7 Kapiteln, die inhaltlich in zwei Teilen gruppiert werden können. Im ersten Teil, der die ersten drei Kapitel umfasst, werden drei Themenbereiche analysiert, die eher als Hintergründe bei der Formierung und Gestaltung der Arbeit bewertet werden können. Der zweite Teil, der die nächsten drei Kapitel beinhaltet, untersucht die Modelle der Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen Usbekistans zu bestimmten Ländern und Regionen der Welt, und zwar in der folgenden Reihenfolge: Zentralasien, Russland, USA, Europa und schließlich Asien.

*Das 1. Kapitel* der Arbeit beschäftigt sich mit den historischen Bedingungen, die im September 1991 zur Gründung des usbekischen Nationalstaates geführt haben. Im Zentrum der Analyse stehen vor allem die Periode der russischen Kolonialherrschaft und die

Angliederung Usbekistans an die Sowjetunion als erste nationale Republik aus Mittelasien. Die politischen Entwicklungen Anfang der 1990er Jahre, die die Erlangung der nationalen Eigenstaatlichkeit ermöglicht hatten, werden im Schlussteil dieses Kapitels erörtert.

**Das 2. Kapitel** analysiert das politische System der Republik Usbekistan. Das Amt des Staatspräsidenten, das der zentrale Machtfaktor in Usbekistan ist, sowie die Übernahme der Staatsführung durch Islam Karimow im Juni 1989 werden hier ausführlich betrachtet. Neben dem Parlamentarismus und dem Regierungssystem wird auch die Lage der Justiz, der politischen Parteien und Medien in Usbekistan untersucht.

**Das 3. Kapitel** hat drei Schwerpunkte: erstens die Ausformulierung und Bildung der Grundelemente usbekischer Außenpolitik, deren Aufgaben, Ziele, Prioritäten, Prinzipien, Rechtsgrundlage sowie Organisationsstrukturen; zweitens die Beschreibung von Mitteln und Instrumenten der Außenpolitik und schließlich Sicherheit als zentralen Faktor der Außenpolitik.

Der zweite Teil der Dissertation fängt mit **dem 4. Kapitel** an, in dem die Zentralasienpolitik Usbekistans behandelt wird. Zunächst wird auf die zentralen Bestimmungsfaktoren der zwischenstaatlichen Beziehungen eingegangen. Diese sind nach meiner Ansicht die regionale Integration, die regionale Stabilität und die Aufhebung von konfliktbildenden Faktoren wie Grenzverhandlungen, interethnisches Zusammenleben, Wassernutzung und Aufbau von neuen Transportrouten. Die Auswirkungen dieser Faktoren auf Usbekistan werden in den bilateralen Kontakten zu den unmittelbaren Nachbarländern konkretisiert.

**Das 5. Kapitel** widmet sich einerseits der Analyse des Verhaltens Taschkents gegenüber den Integrationsprozessen im postsowjetischen Raum und dem Zustand seiner Beziehungen zu Moskau. Nachfolgend werden Usbekistans Kontakte zum Westen als Gegenkonzept zur postsowjetischen Integration dargestellt. Das Kapitel schließt mit der Untersuchung der usbekischen Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen ab.

**Das 6. Kapitel** untersucht das Asienkonzept der usbekischen Regierung. Nach der Analyse der bilateralen Beziehungen zu den wichtigsten regionalen Mächten wie Iran, Türkei, Pakistan, Indien, Saudi Arabien sowie China und Japan wird die Entwicklung der

multilateralen Zusammenarbeit auf dem asiatischen Kontinent mit usbekischer Beteiligung analysiert.

Im letzten, dem 7. *Kapitel*, werden die Ergebnisse und Befunde der unternommenen Analyse der usbekischen Außenpolitik vorgestellt. Hinzu kommt die Ausarbeitung von Szenarien und Konzepten, aufgrund derer sich die zukünftige Entwicklung der außenpolitischen Handlungsaktivitäten des Landes einschätzen lässt. Auch theoretisch-methodologische Vorschläge für eine mögliche Modernisierung einiger Bereiche der Außenpolitik werden in diesen Schlussfolgerungen zusammengefasst.

## **V Materiallage und Quellen**

Bei der Fertigstellung dieser Arbeit wurden Materialien aus dem usbekisch-, russisch-, deutsch-, und englischsprachigen Raum benutzt, wobei das Schwergewicht bei den erst- und zweitgenannten Sprachgebieten liegt. Die wichtigsten Quellen aus dem usbekischsprachigen Gebiet stellen die Reden, Interviews und die programmatischen Bücher des Staatspräsidenten Islam Karimow dar, die gemäß der alten sowjetischen Tradition jährlich als Sammelbände veröffentlicht werden und inzwischen 12 Bände umfassen. Interessant war auch sein Buch „Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Garantien für die Stabilität“, das in verschiedene Sprache übersetzt wurde und wo er – ungewöhnlich für seinen Führungsstil – zuerst ausführlich die Risiken für die nationale und regionale Sicherheit beschreibt und schließlich Konzepte für ihre Bewältigung darstellt, die allgemeine demokratische Normen beinhalten. Es ist davon auszugehen, dass dieses Buch in der präsidentialen Administration vorbereitet wurde und die Sicherheitsvorstellungen der führenden Denker seiner Administration widerspiegelt. Die Auswertung der usbekischen Zeitungen und Zeitschriften hat sich auch als wenig hilfreich erwiesen, eine Tatsache, die auf die spezifische Informationspolitik der Republik Usbekistan zurückzuführen ist. Genauso „uninformativ“ waren auch der staatliche Nachrichtendienst UzA ([www.uza.uz](http://www.uza.uz)) und die Informationsagentur „Jahon“ des usbekischen Außenministeriums ([www.jahon.mfa.uz](http://www.jahon.mfa.uz)).

Dagegen erwies sich die Recherche der russischsprachigen Medien als fruchtbarer für die Analyse der politischen Geschehnisse in der Region. Hier sind russische Zeitungen wie

Nesawisimaja Gazeta und Izwestija zu erwähnen, insbesondere, wenn es um die Entwicklungen in der GUS unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geht. Auch auf Zentralasien bzw. Usbekistan spezialisierte Web-Ressourcen liefern viele Informationen. Hier ist auf die Informationsagentur Ferghana.ru (<http://www.ferghana.ru>) zu verweisen, die tägliche Nachrichten aus Usbekistan und aus der Region in drei Sprachen (Usbekisch, Russisch, Englisch) liefert. Außerdem sammelt die Redaktion der Agentur täglich aus russischen Zeitungen und Zeitschriften die wichtigsten Artikel und Veröffentlichungen über Zentralasien. Um die tagespolitischen Entwicklungen nachvollziehen zu können, wurde außerdem auf die Online-Berichte von Radio Free Europe und Radio Liberty zurückgegriffen.

Weiterhin wurde einschlägige Sekundärliteratur von westlichen Autoren herangezogen. Im deutschsprachigen Raum waren es vor allem die Analysen der GUS- und Zentralasien-Abteilung der Stiftung für Wissenschaft und Politik (früheres Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien). Als besonders wichtig erwies sich die Reihe SWP Dokumentation über GUUAM, wo außer Informationen zu den verschiedenen Aspekten usbekischer Politik auch eine gute bibliographische Sammlung vorhanden war.

# 1. Kapitel. Entstehung der usbekischen Nationalstaatlichkeit: Historische Voraussetzungen

## 1.1 Zur Problematik der Geschichtsforschung in Usbekistan

Seit dem Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit wächst in den zentralasiatischen Ländern, darunter auch in Usbekistan, das Interesse an einer neuen Erforschung der eigenen Geschichte ständig an. Denn die allgemein bekannte ideologisierte und einseitige Geschichtsschreibung der Sowjetunion unterschlug viele wichtige Fakten und Etappen in der historischen Entwicklung der zentralasiatischen Völker. Der Zugang zu historischen Quellen, die nicht den herrschenden ideologischen Dogmen dienten, wurde stark erschwert oder gar verweigert. Zudem haben die Geschichtsbücher der Sowjetunion sich mehr mit der Geschichte Russlands beschäftigt und haben sich nur zu einem Bruchteil der Geschichte Mittelasiens gewidmet. Auch in usbekischen Schulen sollte weniger die eigene Geschichte, sondern mehr die russische und die Weltgeschichte gelernt werden. Wie Halbach berichtet, entfielen „im Geschichtsunterricht an usbekischen Sekundarschulen (...) 50 Stunden auf mittelasiatische Geschichte, dabei vorwiegend auf die sowjetische Periode, dagegen 612 Stunden auf russische, sowjetische und Weltgeschichte“<sup>19</sup>.

Ein anderer Grund für das erhöhte Interesse an der eigener Geschichte ist mit dem Versuch verbunden, das historische Gedächtnis in den Staatsaufbauprozess zu integrieren. Mit anderen Worten sollte die Vergangenheit ein Teil des nationalen Identitätsbildungsprozesses werden. Dazu äußert sich der usbekische Staatspräsident Islam Karimow wie folgt: „Einen außerordentlich wichtigen Platz im Prozess der Wiedergeburt und des Anwachsens des nationalen Selbstbewusstseins, und, wenn man will, des Nationalstolzes, nimmt das historische Gedächtnis ein, die Wiederherstellung der objektiven und wahrhaften Geschichte des Volkes, des Heimatkreises, des Staatsgebietes“<sup>20</sup>. Andreas Kappeler bemerkt zu Recht: „Jede Nationalgeschichte tendiert dazu, das historische Schicksal der eigenen Gruppe für einzigartig zu halten“<sup>21</sup>. Solche Hervorhebungen der Bedeutung der eigenen Geschichte finden sich ohne Ausnahme in allen neu entstandenen Staaten der Region. In den ehemaligen Sowjetrepubliken wird versucht, bestimmte Etappen der mittelasiatischen Geschichte als die Blütezeit ihrer

---

<sup>19</sup> Vgl. Halbach, Uwe: Eigenstaatlichkeit in Kasachstan und Mittelasien, in: Meissner, Boris/Eisfeld, Alfred: Die GUS-Staaten in Europa und Asien. 1.Aufl. Baden-Baden, 1995, S.202-203

<sup>20</sup> Vgl. Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt. Düsseldorf, (Ohne Jahresangabe), S.162

<sup>21</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Russland als Vielvölkerreich. München, 1992, S.13



Eigenstaatlichkeit zu interpretieren<sup>22</sup>. Als Ausgangspunkt für die Bildung der usbekischen Staatlichkeit wurde in Usbekistan die Periode des großen Herrschers Timur (1334-1367) ausgewählt. „Der Timur, der den Grund unserer Staatlichkeit gelegt hat, bleibt für uns immer das Beispiel für Enthusiasmus, tiefe Weisheit, Tatkraftigkeit, Patriotismus. Wir werden immer von seiner Person die geistige Unterstützung bekommen“<sup>23</sup>.

Westlichen Autoren raten dagegen von einer Rückprojektion der damaligen Ethnien und Dynastien auf die heutigen Staaten Zentralasiens als irreführend ab<sup>24</sup>. Zugleich wird gewarnt, dass „bei der Untersuchung der Geschichte der zentralasiatischen Länder ein Unterschied zwischen der Geschichte des heutigen Staatsterritoriums und der Geschichte des namensgebenden Volkes gemacht werden muss, da ansonsten die Gefahr der Verwechslung dynastisch-politischer und territorialer Termini mit Ethnonymen besteht“<sup>25</sup>. In der Tat war jede von diesen Republiken ein Teil der Region, in der bis zur nationalen Abgrenzungspolitik der Bolschewiken die Staats- und Herrschaftsgebilde nicht „national“, sondern nach Dynastien oder Herrschaftszentren benannt worden waren. Die einheimische Bevölkerung Mittelasiens identifizierte sich eher mit lokalen, kommunalen und stammesmäßigen Kollektiven und der Glaubensgemeinschaft des Islam als mit einer Nationalität<sup>26</sup>.

Zugleich verbinden viele westliche Autoren den Namen der heutigen Usbeken alleine mit den nomadischen Usbeken, die Anfang des 16. Jahrhunderts aus Steppengebieten der Wolgaregion nach Mittelasien eingewandert sind. Dies aber scheint aus der Sicht der Lebensart der heutigen Usbeken nicht gerechtfertigt. Die Auswirkung der Nomaden-Usbeken auf die Formierung der modernen usbekischen Nation steht außer Zweifel. Jedoch ist sie nicht der einzige und entscheidende Faktor. In ihrem Formierungsprozess haben vielmehr die Türken und die Sarten<sup>27</sup> eine wichtige Rolle gespielt. In der Region selbst wird versucht, diese komplizierte Vergangenheit zu klären und die beiden Entwicklungen (Geschichte des Territoriums und der Ethnizität) als einen einheitlichen Prozess zu

---

<sup>22</sup> Z.B ist es in Tadschikistan die Zeit der Samaniden, in Kirgisistan ist es die „Manas-Zeit“, in Kasachstan die Herrschaftszeit von Abulhayrkhan, in Turkmenistan die Epoche der Seldschukiden.

<sup>23</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Bez istoricheskoy pamjati net budushego (Ohne historisches Gedächtnis gibt es keine Zukunft), in: Karimow, Islam: Band 8. Taschkent, 1998, S.132

<sup>24</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Russland als Vielvölkerreich, a.a.O., S.161

<sup>25</sup> Siehe dazu Götz, Roland/Halbach, Uwe: Politisches Lexikon der GUS. 3.Auflage, München, 1996, S.409-410

<sup>26</sup> Vgl. Ilkhomov, Alisher (ed.): Etnicheskij atlas Uzbekistana (Ethnische Karte Usbekistans). Taschkent, 2002, S. 288-290

<sup>27</sup> Als Sarten galt die sesshafte Bevölkerung Mittelasiens, die turksprachig war. In manchen westlichen Quellen werden sie als turkisierte Tadschiken angegeben, in anderen als persisierte Türken. Die nomadischen Völker Zentralasiens bezeichnen bis heute Usbeken als Sarten. Eine Abgrenzung zwischen Tadschiken und Sarten findet Kappeler nicht eindeutig. Vgl. Kappeler, Andreas: Russland als Vielvölkerreich, a.a.O., S.161

erforschen. Usbekistan identifiziert sich sowohl als Nachfolger des Reiches von Timur, aber bekennt sich auch zu den Dynastiestaaten Buchara, Chiva und Kokand, die von nomadisierten Usbeken gegründet und geführt worden waren. Aus staatspolitischer Sicht werden die Geschichte des heutigen usbekischen Staatsterritoriums und die Geschichte des usbekischen Volkes gleichgesetzt und als einheitlich definiert.

## 1.2 Historische Entwicklungen in Mittelasien bis zur russischen Invasion

Die frühe Geschichte des Staatsterritoriums des heutigen Usbekistan ist durch seine Zugehörigkeit zu den ältesten Zivilisationen der Seidenstraße gekennzeichnet. Der fruchtbare Boden zwischen den zwei großen Flüssen Mittelasiens Amudarja und Syrdarja bot die günstige Möglichkeit für diverse Reichsgründungen und Völkerwanderungen. Bis zur Eroberung Mittelasiens durch die arabischen Heere im 8. Jahrhundert war die Geschichte reich an vielfältigen Religionen und Kulturen. Die Städte Buchara, Samarkand, Termez, Schahrisabz, Ferghana und Urgentsch waren schon vor tausend Jahren als kulturelle Keimzellen und als Zentren des Handels und Handwerks bekannt. Im Altertum gehörte Mittelasien zum persischen Reich der Achemaniden. Im 4. Jahrhundert vor Christus eroberte Alexander der Große die Region. Sein Vorstoß an den Syrdarja brachte es in Berührung mit dem Hellenismus. Nach seinem Tod und dem Zerfall seines Reiches fiel die Region dem hellenisch-baktrischen Einflussbereich zu. Nach der Invasion der Yüetschi um die Jahrtausendwende entstand das Kuschana-Reich, das nach zwei Jahrhunderten in Abhängigkeit von den iranischen Sassaniden geriet. Im 6. Jahrhundert wanderten schließlich die türkischen Stämme in die Region ein und gründeten den türkischen Kaganat, dessen Grenze bis zum Kaspischen Meer reichte<sup>28</sup>. Die spätere Geschichte des Staatsterritoriums Usbekistans vom frühen Mittelalter bis zur russischen Kolonialherrschaft war durch vier große Ereignisse geprägt: 1) durch die Islamisierung Mittelasiens durch arabische Invasion, 2) durch die Mongolenherrschaft, 3) durch die Gründung des Reichs von Tamerlan und schließlich 4) durch die Bildung des Usbekenreichs<sup>29</sup>.

Im Jahre 708 überquerten die arabischen Heere den Fluss Oxus (Amudarja) und eroberten die Stadt Buchara<sup>30</sup>. Politisch wurde Transoxanien (das Land zwischen Amudarja und Syrdarja) Teil des islamischen Kalifats und bekam die Bezeichnung Mawarennahr. Mit

---

<sup>28</sup> Ausführlich zur Geschichte Zentralasiens in deutscher Sprache siehe Hambly, Gavin: Zentralasien. Fischer Weltgeschichte, Band 16, Frankfurt am Main, 1966

<sup>29</sup> ebenda S. 71

<sup>30</sup> Aminowa, R./ Ziyayew, H. (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR (Geschichte der Usbekischen SSR). Band 1, Taschkent, 1967, S.192

dieser Invasion entstand auch die Voraussetzung für die Verbreitung des Islams in der Region. Bereits in der ersten Hälfte des 8. Jahrhunderts gab es in Buchara und Samarkand Moscheen<sup>31</sup>. Seitdem ist der Islam von entscheidender Bedeutung für die kulturelle und politische Entwicklung der Region gewesen und hat die Geschichte der mittelasiatischen Völker entscheidend mitbestimmt. Nach den Arabern ging die Macht in der Region an lokale Feudalherren über. Das Reich der Samaniden war unter ihnen das größte und stärkste. Dessen Herrschaft dauerte vom 9. bis zum 10. Jahrhundert. Mit dem Reich der Karachaniden erschien ein neues türkisches und im westlichen Teil der Region mit dem Staat von Choresmien ein weiteres eigenständiges Machtgebilde.

In diese politische Landschaft expandierten im 13. Jh. die Heere des Mongolenführers Tschingis-Khan. Sie eroberten 1220 Buchara und Samarkand und schon 1221 war die Eingliederung Zentralasiens in das mongolische Imperium größtenteils abgeschlossen<sup>32</sup>. Nach dem Zerfall des Mongolenreichs wurde die in lokale Herrschaftsgebilde geteilte Region im nachfolgenden Jahrhundert unter der bedeutendsten mittelasiatischen Herrscherfigur Timur Lenk (1334-1367) zentralisiert. Zwischen 1370 und 1405 eroberte Timur die übrigen Nachfolgegebilde des mongolischen Imperiums und Transkaukasien. Zentrum seines Reiches war die Stadt Samarkand, wohin er aus den eroberten Ländern Künstler und Architekten verschleppte und sie hier Moscheen und Medressen bauen ließ. Während seiner Herrschaft erlebte Mittelasien eine Blütezeit, insbesondere Samarkand, die Hauptstadt des Timurenreiches, glänzte mit prachtvollen Bauwerken. Seine erfolgreichen Feldzüge und seine Bautätigkeit sollen bis nach Europa bekannt gewesen sein. Über die Gärten und Bauwerke, mit denen er die Stadt verschönerte, berichtete von Clavijo, der Botschafter Heinrichs III. von Kastilien, der im Jahre 1403 im Hof Timurs gewesen sein soll<sup>33</sup>. Die meisten Kulturdenkmäler aus dieser Zeit sind bis die Gegenwart relativ gut erhalten geblieben und sie prägen immer noch das Gesamtbild der Stadt. Nach dem Timurs Tod zerfiel sein Reich schnell in kleinere Herrschaftsgebilde, das bedeutendste davon war das Reich von Schahruh, des vierten Sohns des Timurs<sup>34</sup>. Seine Regierungszeit (1405-1447) stellte nach den fast ununterbrochenen Feldzügen seines Vaters eine Periode der Konsolidierung dar. Die Hauptstadt seines Reiches wurde von Samarkand nach Gerat verlegt. In Samarkand regierte sein Sohn Ulugbek, ein in der Geschichte Mittelasiens hoch gebildeter Herrscher. Das Territorium des Reiches von Ulugbek entsprach etwa dem heutigen Territorium Usbekistans. Ulugbek interessierte sich für die Wissenschaften und

---

<sup>31</sup> Vgl. Bräker, Hans: Die islamischen Turkvölker Zentralasiens und die sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Bericht des BIOST, Nr. 37, 1985, S. 7

<sup>32</sup> Siehe dazu Aminowa, R.H, Ziyayew, H.Z (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR (Geschichte der Usbekischen SSR), a.a.O., S. 416-422

<sup>33</sup> Vgl. Hambly, Gavin: Zentralasien, a.a.O., S. 162-163

<sup>34</sup> Timur hatte vier Söhne, davon starben drei bereits vor ihrem Vater. Schahruh war der vierte Sohn des Herrschers. Vgl. Hambly, Gavin: Zentralasien, a.a.O., S.165

förderte deren Entwicklung in seinem Staat<sup>35</sup>. Die Herrschaft von Timur und seinen Nachkommen insgesamt wird im heutigen Usbekistan besonders verehrt<sup>36</sup>. In der neuen usbekischen Geschichtsschreibung gilt Timur als ein Reichsgründer und Stammvater einer Dynastie, deren Name für die Förderung von Wissenschaft und Kunst steht. In der Tat weist das uns hinterlassene literarische und künstlerische Erbe auf eine beispiellose Entwicklung der Literatur, der bildenden Kunst und der Architektur in den Höfen der Timuriden hin. So stellt auch Hambly fest: „von allen zentralasiatischen Herrschern haben die Timuriden die eindrucksvollsten Denkmäler hinterlassen“<sup>37</sup>.

Im Vergleich zu dieser Epoche war die weitere Entwicklung Mittelasiens eine Periode des politischen und wirtschaftlichen Abstiegs. Im 16. Jh. griff diejenige Stammesgruppe in die Geschichte Mittelasiens ein, der das heutige Usbekistan seinen Namen schuldet. Die Stammesgruppierung unter dem Namen Ösbek expandierte nach Süden in das Herrschaftsgebiet des letzten in Mittelasien herrschenden Timuriden Babur. Unter Führung von Muhammad Schaibani (1451-1510) besetzten Usbeken Samarkand und Buchara und gründeten auf den Ruinen des Timuridenreiches das letzte große Reich in Mittelasien. Das politische Zentrum des Schaibaniden-Staates wurde von Samarkand nach Buchara verlegt. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts zerfiel der Usbekenstaat in drei regionale Herrschaftsgebilde, die bis zur Kolonisierung durch Russland die politische Karte der Region bestimmten: das Emirats von Buchara im Zentrum, im Nordwesten das Khanat von Khiva im alten Choresmien südlich des Aralsees und das Khanat von Kokand im Ferghanatal, im Südosten Mittelasiens. Der stärkste unter diesen Dynastiestaaten war Buchara, der als Zentrum des Islams in Mittelasien galt. Alle drei Herrschaftsgebilde waren Vielvölkerstaaten, wobei die Usbeken und Tadschiken die Mehrheit bildeten. Die beiden Bevölkerungsgruppen waren sesshaft und beschäftigten sich mit Landwirtschaft, Handel und Handwerk. Nicht nur die zwischenstaatlichen Beziehungen der Länder, sondern auch die innerstaatlichen Beziehungen waren sehr gespannt und konfliktreich. Einige Teile des Landes identifizierten sich mit dem Staat nur insoweit sie Steuern zahlten und sich an den Kriegen beteiligten. Die Sicherung der inneren Angelegenheiten und die Festigung seiner Macht innerhalb des Staates interessierte die Khane weniger als die Eroberung neuer Territorien und die Erweiterung des Staatsgebiets auf Kosten der

---

<sup>35</sup> Ulugbek soll sich sehr für Astronomie interessiert haben. Sein Name ist auch untrennbar mit seinen astronomischen Tabellen und seinem Observatorium verbunden. Ein Teil seines Observatoriums ist bis heute erhalten geblieben.

<sup>36</sup> 1996 wurde in Usbekistan das 660 jährige Jubiläum Timurs gefeiert. In Taschkent, in Samarkand und in seinem Geburtsort Schahrisabz wurden ihm Denkmäler gebaut. Der Staatspräsident Islam Karimow nahm an allen diesen Feierlichkeiten persönlich teil. Außerdem wurden auch Straßen, Museen und Betriebe nach ihm benannt.

<sup>37</sup> Hambly, Gavin: Zentralasien, a.a.O., S.175

Nachbarländer. Das führte dazu, dass die Beziehungen zwischen den drei Staaten ständig sehr gespannt waren und sie sich stets miteinander im Kriegszustand befanden.

Zu der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit der drei usbekischen Dynastienstaaten trugen neben inner- und zwischenstaatlichen Problemen noch zwei außenpolitische Entwicklungen dieser Zeit bei. Eines hatte einen regionalen und das andere einen globalen Charakter. In regionaler Hinsicht waren es die iranischen Safawiden, die die Ausdehnung der usbekischen Territorien auf die Gebiete südlich vom Amudarja begrenzten und sie somit erfolgreich von der übrigen islamischen Welt isolierten. Es ist teilweise auf konfessionelle Rivalitäten zwischen den usbekischen Dynastien und den Safawiden zurückzuführen, dass die Beziehungen der ersten zu den sunnitischen Staaten jenseits von Iran erschwert wurden. Nur von Balch in Nordafghanistan aus unterhielt das Emirat von Buchara wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zum Timuridenreich in Indien<sup>38</sup>. Über diesen Weg drang ein dünner Strom von fremden Einflüssen nach Buchara, der den usbekischen Herrschern inmitten einer Gesellschaft, die einem zügellosen Fanatismus huldigte, weiterhin einen kultivierten Hof erhielt<sup>39</sup>. Doch im allgemeinen waren die usbekischen Territorien im 16. und 17. Jahrhundert gebietsmäßig bereits fast völlig von den älteren islamischen Ländern im Südwesten getrennt. Der bucharische Emir Subchanqulichan (1680-1702)<sup>40</sup> war wahrscheinlich der letzte Herrscher seines Hauses, der Gesandtschaften aus Delhi und Istanbul empfing. Die Eroberung der Stadt Balch um 1740 durch den iranischen Nadir Schah versperrte diesen Korridor endgültig. Diese Isolation hat das geistige und kulturelle Leben der Khanaten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts erstrickt<sup>41</sup>. Das zweite negative Ereignis für die Usbekenherrschaft war mit der Entwicklung des Seehandels eng verbunden, der vor allem von Europäern betrieben wurde. Die Entdeckung des Seeweges zwischen Europa und Indien durch die Portugiesen führte zum ständigen Rückgang des kontinentalen Karawanenhandels und verwandelte Zentralasien, das „einst der Treffpunkt des Handels und der Zivilisation Chinas, Indiens, des mittleren Ostens und Europas gewesen war, in ein Vakuum“<sup>42</sup>. Der allmähliche Rückgang des Karawanenverkehrs bedeutete auch den Verfall der Haupteinnahmequelle dieser Staaten, da das Zollaufkommen der durch ihre Gebiete geführten Waren zurückging. Der dadurch entstandene Verlust ihres Reichtums führte dazu, dass sie von nun mehr an kein ausreichendes Interesse mehr daran hatten, die alten Handelsrouten offen zu halten und für den Handelsverkehr zu sichern. Das Ergebnis war eine anwachsende politische

---

<sup>38</sup> Der letzte Herrscher aus Timurs Familie war Babur, der 1510 Kabul und 1530 Delhi eroberte und sein Reich gründete. Sein Nachfahren haben Indien bis zur englischen Eroberung regiert.

<sup>39</sup> Vgl. Hambly, Gavin: Zentralasien, a.a.O., S.186-187

<sup>40</sup> Subchanqulichan war ein Gelehrter, der eine Abhandlung über Medizin geschrieben hat. Während seiner Regierungszeit erlebte Mittelasien einen letzten kulturellen Höhepunkt.

<sup>41</sup> Vgl. Hambly, Gavin: Zentralasien, a.a.O., S.176

<sup>42</sup> Vgl. Hambly, Gavin: Zentralasien, a.a.O., S.185

Zersplitterung zwischen den Khanen, Raubüberfälle und die wirtschaftliche Isolation der Region. „Als die Russen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Zentralasien vorstießen, trafen sie auf ein politisches Machtvakuum, auf eine von der Außenwelt isolierte Region, die sich in kultureller und materieller Stagnation befand und der militärischen und politischen Macht wenig entgegenzusetzen hatte“<sup>43</sup>.

### **1.3 Russische Kolonialherrschaft in Mittelasien**

#### **1.3.1 Entmachtung der usbekischen Khanate**

Die neuere und moderne Geschichte Mittelasien ist zu verstehen als eine Form kolonialer Abhängigkeit von einem europäischen Land, wie das auch zahlreiche Staaten Asiens, Afrika und Lateinamerika vom 15. bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts erlebten. Diese aufgrund wirtschaftlicher und militärischer Überlegenheit der Europäern ermöglichte Politik hatte „verschiedene Ausprägungen aber grundsätzlich ein gleiches Ziel: maximale Ausbeutung der Kolonien zum Nutzen der sogenannten Mutterländer“<sup>44</sup>. Zwar treffen in Mittelasien viele Merkwürdigkeiten des klassischen europäischen Kolonialismus nicht, aber folgenschwer waren die Eingriffe in die mittelasiatische Wirtschaftsstruktur, die eine koloniale Konstellation schufen. Aus heutiger Perspektive offenbart sich also, dass der Grundstein für die immensen ökonomischen und ökologischen Probleme Usbekistans, die unter anderem aus den Folgen der Baumwoll-Monokultur resultieren, bereits im zaristischen Russland gelegt wurde.

Die militärische Unterwerfung der heutigen usbekischen Territorien durch den Zaren ereignete sich zwar erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, jedoch lässt sich die Geschichte der russisch-mittelasiatischen Beziehungen bis in die vorigen Jahrhunderte zurückverfolgen. Seit dem 16. Jahrhundert hatte Russland Handelsbeziehungen zu den mittelasiatischen Herrschaftszentren unterhalten, diese waren jedoch wenig intensiv. Es ist auch zu einzelnen militärischen Expeditionen in die Gebiete der mittelasiatischen Khanate gekommen<sup>45</sup>, aber eine systematische Expansion nach Süden ließ auf sich warten. Erst zehn Jahre nach dem Krimkrieg schien der Moment gekommen zu sein, die Grenzen des

---

<sup>43</sup> Siehe Halbach, Uwe: Eigenstaatlichkeit in Kasachstan und Mittelasien, a.a.O., S.202-203

<sup>44</sup> Neumann, Franz: Kolonialismus, in: Drechsler, Hanno/Hilligen, Wolfgang/Neumann, Franz (Hrsg.): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. München, 1995, S.459

<sup>45</sup> Hier sind die erfolglosen Expeditionen der russischen Heere unter dem Kommando von Bukholz im Jahre 1715, eine weitere unter der Führung von Fürst Bekowitsch-Tscherkasski im Jahre 1717, in der der Fürst selbst getötet wurde und schließlich von General Perowski, dem Gouverneur von Orenburg im Jahre 1840 zu erwähnen. Siehe dazu Aminowa, R./ Ziyayew, H: Istoriya Uzbekskoj SSR, a.a.O., S.9-10

Russischen Reiches auf Kosten der mittelasiatischen Territorien auszudehnen. Der russische Außenminister Gortschakow, der eigentlich nicht zu den Kriegsbefürwortern gehörte<sup>46</sup>, ließ in einem Brief an seine europäischen Kollegen verbreiten, dass Russlands Vorstoß nach Mittelasien in erster Linie im Namen der Gewährleistung der Sicherheit seiner südlichen Grenzen erfolgen wird<sup>47</sup>. Die wahren Gründe der russischen Expansion nach Mittelasien waren jedoch geostrategischer, politischer und wirtschaftlicher Art. Geostrategisch wollte Russland mit der Expansion nach Mittelasien der englischen Politik in Indien und Afghanistan entgegentreten. Die rasche Entwicklung des russischen Kapitalismus nach den Bauernreformen 1861 und der wachsende Bedarf an neuen Märkte und Rohstoffquellen waren weitere Gründe für die Expansion. Die Bedeutung Mittelasiens sowohl als Absatzmarkt für russische Produkte aber auch als Rohstofflieferant für die russische Industrie war sowohl Vertretern des Handels und der Industrie als auch der politischen Führung bewusst. Hinzu kam die feste Überzeugung, die vor allem von der militärischen Führung Russlands und den Oberhäuptern der zu Mittelasien angrenzenden Regionen vertreten wurde, dass die Anschließung der Territorien der mittelasiatischen Khanate mit geringen Kosten möglich sei. In der Tat zeigte die Durchführung der Eroberung, dass die drei usbekischen Khanate Buchara, Chiva und Kokand kaum in der Lage waren, ernsthaft Widerstand gegen das Vordringen der russischen Armee zu leisten.

Die Khanate waren durch ständige Kriege miteinander, durch innere Konflikte und nicht zuletzt durch Nomadenaufstände an den Randgebieten ihrer Fürstentümer geschwächt. Auch unmittelbar vor der bevorstehenden Invasion konnten sie sich nicht einigen. Die zurückgehende Wirtschaft und das Fehlen von modernen Truppen waren weitere Gründe, die jeden ernsthaften Widerstand gegen die organisierte Macht Russlands zu einem Risiko machten. Diese Unterlegenheit spiegelte sich auch in den militärischen Verlusten wider. Als die zaristischen Truppen im Mai 1865 die wichtigste Handelsstadt der Region Taschkent eroberten, die damals zum Khanat von Kokand gehörte, verloren sie nur 25

---

<sup>46</sup> Siehe dazu Kinjapina, Nina/Blijew, Marks/Degojew, Wladimir: Kawkaz i Srednjaja Azija wo wneschnoj politike Rossii (Kaukasus und Mittelasien in der Außenpolitik Russlands). Moskwa, 1984, S.274

<sup>47</sup> „Die Lage Russlands in Mittelasien ist dieselbe wie die aller zivilisierten Staaten, die in Berührung mit halbwildem, nomadisierten Völkern ohne gesellschaftliche Organisation kommen. In einem derartigen Fall fordern die Interessen der Sicherheit der Grenzen und der Handelsbeziehungen stets, dass der zivilisierte Staat eine gewisse Macht über seine Nachbarn ausübe, die durch ihre wilden und ungestümen Sitten sehr unangenehm werden. Er beginnt vor allem mit der Eindämmung von Überfällen und Plünderungen. Um ihnen ein Ende zu setzen, ist er gewöhnlich gezwungen, die benachbarten kleinen Völker in eine mehr oder minder direkte Unterordnung zu bringen. Danach nehmen jene zwar ruhigere Sitten an, aber sie werden jetzt ihrerseits zum Opfer entfernter Stämme. Der Staat ist verpflichtet, sie vor diesen Räubereien zu schützen und jene dafür zu bestrafen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit weiter, langwieriger periodischer Expeditionen gegen einen Feind, der aufgrund seiner Gesellschaftsordnung nicht einzufangen ist.“ Zitiert nach: Conermann, Stephan: Tadschikistan auf der schwierigen Suche nach einer eigenen Identität, a.a.O., S.154. Auch bei Kappeler, Andreas: Russland ein Vielvölkerreich, a.a.O., S.163

Soldaten, die Einheimischen dagegen mehr als 2000. Im Mai 1868 fiel Samarkand in die Hände der Russen. Der Emir von Buchara wurde gezwungen, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, der seinen Staat unter russisches Protektorat stellte. Das gleiche Schicksal erlebte das Khanat von Chiva im Jahre 1873. Mit einem Vertrag wurde seine Souveränität ebenso begrenzt. Die eroberten Khanate mussten ihre Märkte den russischen Kaufleuten öffnen und hohe Kriegsreparationen bezahlen.<sup>48</sup> Die Territorien beider Staaten wurden wesentlich verkleinert und stellten einen relativ schmalen Streifen vom Aralsee bis in den Pamir quer durch Mittelasien dar. Das Emirats von Buchara und das Khanat von Chiva befanden sich damit außenpolitisch, militärisch und wirtschaftlich unter der Aufsicht und in Abhängigkeit von Russland, jedoch war ihr Schicksal viel besser als jenes des Khanats von Kokand. 1875/1876 besetzte die russische Armee in mehreren Feldzügen den Süden des Khanats von Kokand. Der kokandische Khan flüchtete nach Kaschgar. Im Unterschied zu den beiden anderen Khanaten wurde sein ganzes Territorium erobert und vollständig in das Russische Reich eingegliedert. Die Feldzüge der zaristischen Heere in Mittelasien dauerten bis 1895 an. Erst der entschiedene Protest Englands stoppte die weitere Ausdehnung der russischen Territorien nach Süden<sup>49</sup>. Die beiden Mächte teilten in mehreren Grenzverträgen Zentralasien untereinander auf, endgültig im Pamir-Abkommen von 1895.

Bereits im Juli 1867 wurden mit einem Zarendekret die nördlichen Gebiete des Khanats von Kokand als Generalgouvernement Turkestan mit Zentrum in Taschkent organisiert und in den russischen Staatsverband integriert. Die Leitung übernahm eine Militärverwaltung, die dem russischen Kriegsministerium verantwortlich war. Jedoch konnte sie insgesamt nur indirekt regieren, weil sie unmittelbar nur für die europäische Bevölkerung zuständig war. Wenig später wurden die besetzten Territorien der beiden anderen Khanate Buchara und Chiva ebenfalls in die neue Gebietsverwaltung integriert. Der Generalgouverneur von Turkestan erhielt weitgehende Vollmachten<sup>50</sup>. Den Turkestanern blieb die eigene Lokalverwaltung, ihr eigenes – auf islamischem Recht basierendes – Rechtswesen und ihr Landbesitz erhalten. Das zaristische Russland machte auch keine Versuche zur Russifizierung der Einheimischen, diese blieben segregierte Kolonialvölker. Selbst ihre

---

<sup>48</sup> Dieser Vertrag stellte noch weitere schwere Bedingungen für den Emir. Vgl. Istoricheskije dokumenti. Otnoshenija Rossii s Turkestanom w kontse XIX weka (Historische Dokumente. Die Beziehungen Russland mit Turkestan am Ende des XIX. Jahrhunderts). Abrufbar unter <http://www.ferghana.ru/ancient/documents.html>

<sup>49</sup> Der Verzicht des Zaren auf die völlige Einverleibung der Khanate von Buchara und Chiva kann auch als Rücksichtnahme auf England erklärt werden. Die Russen waren offensichtlich sehr bemüht, in ihren südlichen Gebieten einen Konflikt mit den Briten zu vermeiden. Auf der anderen Seite hatte die Abschaffung aller Khanate zu einer Annäherung untereinander führen und dadurch einen organisierten Kampf gegen die Eroberer möglich machen können. Ein solcher Widerstand könnte ebenfalls von England unterstützt werden.

<sup>50</sup> Vgl. Mangott, Gerhard: Bürden auferlegter Unabhängigkeit. Wien, 1996, S.8



Oberschicht wurde nicht sozial integriert<sup>51</sup>. Weder Nomaden noch Sesshafte wurden als vollwertige Bürger Russlands betrachtet, weswegen sie auch nicht zum Militärdienst herangezogen werden konnten. Die russischen Kolonialherren haben sich in die inneren Angelegenheiten der muslimischen Bevölkerung nicht besonders stark eingemischt. Die russischen Behörden versuchten sogar bewusst, das durch extremen islamischen Konservatismus geprägte, sich allen äußeren Einflüssen verschließende Gesellschaftssystem zu konservieren. Mit Hilfe dieser Politik und der daraus folgenden Unterstützung des islamischen Establishments hoffte Generalgouverneur Konstantin von Kaufmann, die soziale und politische Stabilität Turkestans zu garantieren.

Besonders folgenschwer waren als Politik des politischen, sozialen und kulturellen „non-interference“<sup>52</sup> Eingriffe in die turkestanische Wirtschaftsstruktur, die eine koloniale Konstellation schufen. Nach der Konsolidierung seiner Macht in Mittelasien fing Russland an, seine wahren Ziele in der Region umzusetzen. Turkestan wurde den wirtschaftlichen Bedürfnissen des russischen Zentrums untergeordnet, in dessen Vordergrund der Baumwollanbau stand, der die hungrige russische Textilindustrie versorgen sollte. Um die Baumwollfläche auszuweiten, wurde der Import von billigem Weizen aus der Ukraine und aus Westsibirien organisiert. Im Ferghanatal beispielsweise wurde die mit Baumwolle bepflanzte Anbaufläche von 14 Prozent 1885 bis auf 40 Prozent 1915 ausgeweitet. Die Produktion stieg so schnell an, dass Russland 1914 bereits die Hälfte des Baumwollbedarfs seiner Industrie selbst decken konnte. Zur Produktivitätssteigerung wurden amerikanische Baumwollsorten eingeführt und Bewässerungsanlagen verbessert. Eine verarbeitende Industrie wurde jedoch nicht geschaffen, nur der erste Verarbeitungsprozess wurde vor Ort durchgeführt und dann in den Zentren der textilverarbeitenden russischen Industrie weitergeführt. Um den Transport der Baumwolle ins russische Kernland zu ermöglichen, wurde die Transkaspische Eisenbahn 1888 durch das Gebiet des Emirats von Buchara bis Samarkand verlängert. Im selben Jahr erreichte sie Taschkent und 1899 Andischan im Ferghanatal. Die für den Transport von Baumwolle wichtigste Eisenbahnverbindung wurde ab 1906 die Linie Orenburg-Taschkent, die eine direkte Verbindung nach Russland herstellte. Mit ihr festigte sich auch die russische Herrschaft, da nun Soldaten, Beamte, Arbeiter und Bauern problemlos in die besetzten Gebiete einströmen konnten. Aus heutiger Perspektive offenbart sich also, dass der Grundstein für die immensen ökonomischen und ökologischen Probleme Usbekistans, die unter anderem aus den Folgen der Baumwoll-Monokultur resultieren, bereits im zaristischen Russland gelegt wurde.

---

<sup>51</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Russland als Vielvölkerreich, a.a.O., S.166

<sup>52</sup> ebenda, S.167

### 1.3.2 Widerstand und Reformbewegungen in Turkestan, Buchara und Chiva

Mit Ende des 19. Jahrhunderts kam es immer wieder zu lokalen Aufständen gegen die russischen Besatzer. Die Widerstandsbewegungen nahmen einen religiösen Charakter an, sie wurden zum „Heiligen Krieg“ gegen die „Ungläubigen“ und zielten mitunter auf die Wiedererrichtung des früheren Khanats von Kokand ab. Sie wurden meist von religiösen Führern geleitet, von Bauern und Handwerkern aus den Städten getragen und konnten ohne größere Schwierigkeiten von den russischen Machthabern niedergeschlagen werden. Zu nennen sind der „Cholera Aufstand“ von Taschkent (1892) und der Aufstand von Andijan (1898). Der größte und folgenschwerste Aufruhr ereignete sich 1916, nachdem Zar Nikolaus II. ein Mobilisierungsdekret erlassen hatte, aufgrund dessen nun auch die Einheimischen zum Militärdienst hinter der Front einberufen werden sollten<sup>53</sup>. Die Unruhen begannen in Chodschent im Ferghanatal und in Dschisak und breiteten sich schnell auch auf die Steppengebiete Kasachen und Kirgisen aus. Die Aufstände wurden überall mit ungewöhnlicher Grausamkeit niedergeschlagen. Diese traumatische Erfahrung hat zum politischen Erwachen des turkestanischen Volkes entscheidend beigetragen und war für die nationale Identitätsbildung der Bevölkerung von Turkestan mitbestimmend.

Eine andere Form der Herausforderung für die russische Kolonialmacht in Turkestan stellte die Entwicklung des Nationalbewusstseins unter Einheimischen durch reformerische Ansätze dar, die durch eine schmale Intelligenzschicht von Kaufleuten und islamischen Geistlichen getragen wurde. Die bis dahin bewusst verfolgte Strategie der Kolonialherrscher zur Konservierung des Gesellschaftssystems in Turkestan zeigte sich insoweit erfolgreich, als dass sich durch die Unterbindung modernitätsorientierter Einflüsse nationalistische Strömungen in Turkestan zunächst erheblich langsamer entwickelten als bei den übrigen Turkvölkern Russlands. Die russische Kolonialmacht konnte aber die Verbreitung der modernitätsorientierten Einflüsse aus dem westlichen Teil Russlands nicht gänzlich ausschließen. Die eingewanderten Wolgatataren, die Anfang des 20. Jahrhunderts die geistlichen Führer der Muslime Russlands waren, sorgten für die Verbreitung von Methoden und Denkweisen der Reformbewegung, die dann von einzelnen einheimischen Vertretern übernommen wurden. Die Anstöße zur national-religiösen Erneuerung kamen zum Teil auch aus dem Osmanischen Reich.

Diese muslimische Reformbewegung in Russland und Turkestan erhielt den Namen „Dschadidismus“<sup>54</sup>. Der Dschadidismus, der die Methoden und Denkweisen des Westens

---

<sup>53</sup> Als Nichtbürger des Zarenreiches konnten sie zum richtigen Militärdienst nicht herangezogen werden.

<sup>54</sup> Im engeren Sinne bedeutet Dschadidismus eine neue Methode (usul al-dschadid) im Unterricht, die von Ismail Bey Gasprali, einem krimtatarischen Intellektuellen ausgearbeitet wurde. Gasprali gründete in Bachčisaraj die Zeitschrift Terdschüman (Dolmetscher), die in den folgenden drei Jahrzehnten seine Ideen in

übernahm, strebte eine Synthese islamischer Kultur mit moderner Naturwissenschaft, Technologie und dem westlichen Fortschrittsdenken an. Unter ihrem Einfluss erlebten Presse und Publikationswesen einen dynamischen Aufschwung. Wie schon erwähnt, richteten die Reformisten ihr Hauptaugenmerk auf die Erneuerung des traditionellen Schulsystems, das die Methoden des Westens übernehmen sollte. Die erste dschadidische Schule in Turkestan wurde 1901 in Taschkent eröffnet. 1914 zählte Turkestan über hundert dschadidische Schulen.<sup>55</sup> Der politische Einfluss der Dschadiden war in der Anfangsphase sehr begrenzt, dennoch stellten sie nach der Februarrevolution 1917 den Grundstock für die neuen gesellschaftlichen und politischen Vereinigungen in Mittelasien.

In den halbunabhängigen Khanaten Buchara und Chiva entwickelte sich der Reformprozess langsamer als in den Gebieten unter russischer Verwaltung. Despotische Khane und konservative Mullahs unterdrückten jeden Erneuerungsansatz in ihrem Hoheitsgebiet. Am Anfang des 20. Jahrhunderts bildete jedoch eine Gruppe von jungen reformorientierten Intellektuellen geheime Gesellschaften, die sich „Yosh buchoroliklar“ („Jungbucharier“) und „Yosh chivaliklar“ („Jungchiviner“) nannten.<sup>56</sup> Bei der 1909 gegründeten Bewegung „Yosh buchoroliklar“ handelte es um eine Organisation, die eine Mischung von tatarischem Reformismus, der jungtürkischen Ideologie und radikal-revolutionären Ausrichtungen darstellte. Der Einfluss des russischen Sozialismus soll in ihrem Programm sehr schwach ausgeprägt gewesen sein<sup>57</sup>.

---

ganz Russland und darüber hinaus verbreitete. Im weiteren Sinne bedeutet „Dschadidismus“ Wandel, eine Auseinandersetzung des Islams mit der Moderne, zukunftsorientiertes Denken, das im Gegensatz steht zu der traditionellen islamischen Ansicht, das längst vergangene Zeitalter des Propheten sei die beste aller Menschheitsepochen gewesen. Der Dschadidismus bemüht sich um eine Neubestimmung des Islams als einer bedeutenden kulturellen Kraft. Philosophie und Wissenschaft sollen nicht mehr der „Scharia“, d.h. dem religiösen Gesetz des Islam unterworfen, sondern autonom sein.

<sup>55</sup> Vgl. Hambly, Gavin: Zentralasien, a.a.O., S.234

<sup>56</sup> Die geheime Gesellschaft „Yosh buchoroliklar“ wurde 1909 in Buchara von einer Gruppe radikal gesinnter islamischer Intellektueller gegründet. Einige ihrer Führer erhielten ihre Ausbildung in Istanbul. Vgl. Erschahin, Seyfeddin: Die djadidischen politischen Parteien Turkestans über den säkularen Staat (1917-1920), in: Munawwarow, Zahidulla/Schneider-Deters, Wilhelm: Islam und säkularer Staat. Taschkent, 2003, S.235-240

<sup>57</sup> Erschahin, Sayfeddin: Die dschadidischen politischen Parteien Turkestans über den säkularen Staat (1917-1920), a.a.O., S.238

## 1.4 Oktoberrevolution und die Sowjetherrschaft in Usbekistan

### 1.4.1 Die Oktoberrevolution in Turkestan. Bildung der Volksrepubliken Buchara und Choresmien

Zur bürgerlichen Revolution vom Februar 1917 befand sich Zentralasien in vollständiger politischer Auflösung. Sie gab den Turkestanern die Gelegenheit, ihre Forderungen offen auszusprechen und das Schicksal ihres Landes in die eigene Hand zu nehmen. Mit dem Nachlassen des russischen Einflusses in Turkestan begann unter den einheimischen islamischen Intellektuellen eine stürmische Auseinandersetzung um die Idee der Schaffung eines nationalen Staatswesens und um die Stellung des Islams in der Gesellschaft. Bis dahin uneinige Gruppierungen organisierten sich in politischen Vereinigungen<sup>58</sup>, die unter der weiter entwickelten städtischen Bevölkerungsschichten, zum Beispiel den Handwerkern, eine große Anhängerschaft hatten<sup>59</sup>.

Im April 1917 gründeten die reformistischen Dschadidisten in Taschkent ihr erstes politisches Gremium – den Zentralrat der Muslime Turkistans (Turkiston musulmon markazi shörosi). Sehr bald aber kam es zu einer Spaltung der dschadidischen Bewegung in zwei politische Gruppierungen: Die liberalen Dschadidisten bildeten den „Islamischen Rat“ (Shöroyi Islamiya), während sich der „Theologengesellschaft“ (Ulamo jamiyati) die konservativen Qadimisten unter der Führung von Scher-Ali Lapin anschlossen. Vom 16. bis zum 23. April 1917 tagte ein vom Islamischen Rat einberufener Kongress, der das künftige Schicksal von Turkestan erörtern sollte. Seine Entscheidung lautete: „Der neue Regierungstyp wird ein republikanischer sein – eine Volksrepublik“<sup>60</sup>. Zugleich wurde die Forderung erhoben, für Turkestan eine demokratische und föderalistische Verfassung zu erarbeiten, die allen Völkern der Region die gleichen Rechte gewähren würde. Darüber hinaus verlangten die liberalen Dschadidisten die Beendigung der Kolonisation und die Rückgabe des gesamten beschlagnahmten Landes der Einheimischen.

Die „Ulamo jamiyati“ hat ihrerseits ihre eigene Ansicht über die Zukunft von Turkestan dargelegt. Ihre Haltung war in der Zeitung „Turkestanskiy Kurjer“ vom 11. November 1917 veröffentlicht worden: „Die Turkestanische Föderative Republik hat ein eigenes Parlament. Die legislative Tätigkeit des Parlaments erfolgt in Übereinstimmung mit der Verfassung Russlands und der Scharia. Außerdem wird in Taschkent als legislatives Organ

<sup>58</sup> Vgl. Aminova, R./Ziyoyew, H. (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR (Geschichte der Usbekischen SSR). Band 3, Taschkent, 1967, S.51

<sup>59</sup> Vgl. Hambly, Gavin: Zentralasien, a.a.O., S.239

<sup>60</sup> Vgl. Fayzi, Hasan: Oktjabr inqilobi kunlarida ulamolar, in: „Xudosizlar“ (Zeitschrift), Nr.10, Taschkent, 1929, S.14-15

das Mahkamayi Scharia (Scharia Gericht) eingesetzt, dem der Schaihulislam vorsteht, seine Mitglieder werden vom Volke für fünf Jahre gewählt<sup>61</sup>. Offenbar schlugen die Führer der „Ulamo jamiyati“ die Gründung eines föderativen Staates vor, der sich von den Normen der russischen Verfassung und des islamischen Rechts leiten lassen sollte. Wenn der „Schöroyi Islamiya“ für die Schaffung einer autonomen Republik in Turkestan eintrat, so ließen die Mitglieder der „Ulamo jamiyati“ die Möglichkeit der Einrichtung einer Autonomie zwar zu, jedoch ausschließlich in Übereinstimmung mit den Normen des islamischen Rechts. Die Entwicklung der allgemeinen politischen Situation im Staat veranlasste die verschiedenen politischen Bewegungen dazu, nach einem Kompromiss zu suchen. So wurde auf dem 4. Kongress der turkestanischen Muslime, der im November 1917 in Kokand einberufen wurde, die Schaffung eines Bündnisses der politischen Kräfte in Turkestan verkündet. Beide vorstehend genannten Parteien bezogen eine gemeinsame Position, indem sie sich gegen den Rat von Taschkent wandten und den Versuch unterstützten, in Kokand eine unabhängige islamische Regierung einzusetzen.

Zu diesem Zeitpunkt ereignete sich in der Hauptstadt des Imperiums die Oktoberrevolution, die die politische Entwicklung der besetzten mittelasiatischen Territorien entscheidend beeinflusste. Sechs Tage nach dem Sturz der provisorischen Regierung in Sankt Petersburg durch die Bolschewiken wurden auch in Taschkent die Vertreter der Übergangsregierung mit der Unterstützung von Eisenbahnarbeitern und der Garnison von Taschkent gestürzt. Anfang November proklamierten russische Bolschewiken in Taschkent das Sowjetregime. Die Unterstützung des Sowjetregimes in Turkestan wurde vor allem von mehrheitlich russisch besiedelten Städten getragen. Die Teilnahme der Einheimischen in der revolutionären Bewegung dagegen war insbesondere in ihrer Anfangsphase sehr gering. Ein einheitliches bolschewistisches Zentrum konnte sich bis Mitte 1918 in der Region nicht herausbilden, die revolutionäre Arbeit wurde vielmehr von einzelnen bolschewistischen Parteigruppen oder sogar nur von einzelnen Kommunisten geleistet.

Die bolschewistische Oktoberrevolution war keine Zäsur, obwohl die am 20. November 1917 von Lenin und Stalin unterzeichnete „Botschaft an die werktätigen Muslime Russlands und des Orients“ dies zunächst erwarten ließ. Darin hatte es unter anderem geheißen: „(...) Fortan werden Euer Glaube und Eure Bräuche, Eure nationalen und kulturellen Institutionen als frei und unverletzlich betrachtet. (...) Baut Euer nationales Leben frei und ungehindert auf. Das ist Euer Recht.“<sup>62</sup> Auch die sowjetische Politik in

---

<sup>61</sup> Vgl: Sodiqov, H.: Hurriyatdan muxtoriyatgacha, in: Fan va Turmush (Zeitschrift), Nr.3, Taschkent, 1991, S.10

<sup>62</sup> Vgl.: Obrasheniye „Ko wsem trudjashimsja musulmanam Rossii i Wostoka“, deutsche Übersetzung bei Hayit, Boymirza: Sowjetrussische Orientpolitik am Beispiel Turkestans. Köln, Berlin, 1962, S.217

Turkestan hat ungeachtet solcher Erklärungen an den Maßstäben und Methoden festgehalten, die schon der zaristischen zugrunde gelegen hatten, denn ein Zusammenbruch des Russischen Reiches, der sich nach der Februarrevolution abgezeichnet hatte, diente nicht den langfristigen Zielen der Bolschewiken. Die Verbreitung der „proletarischen Revolution“ sollte das ganze Russische Reich umfassen und wenn möglich auch außerhalb der Grenzen des Imperiums stattfinden. Deshalb hat Stalin, damals Volkskommissar für nationale Angelegenheiten in seiner Rede im 3. Kongress der Bolschewiken die Erklärung Lenins zur nationalen und kulturellen Selbstbestimmung relativiert<sup>63</sup>. Die Bolschewiken haben nur die sich veralteten Methoden der Besetzungspolitik geändert und agierten von nun an unter dem Deckmantel der „sozialen Gerechtigkeit“ und des „Selbstbestimmungsrechts“. Aber den Bolschewiken gegenüber stand eine neue Regierung der nationalen Bewegungen in Kokand.

Zu dieser Zeit trat erneut der Zentralrat der Muslime Turkestans zusammen, der mit seinen alten Rivalitäten zwischen Konservativen und liberal-reformistisch orientierten Kräften zu kämpfen hatte, der der bolschewistischen Macht jedoch schließlich ein Angebot zur Kollaboration unterbreitete. Dieses wurde in einer Resolution brüsk abgelehnt: „It is impossible to let the Muslim into the revolutionary government at this time, because the attitude of the local population toward the authority of the Soviets is doubtful, and because the indigenous population has no proletarian organizations which the (Bolshevik) group could welcome into the highest organs of the regional government“<sup>64</sup>. Diese Ablehnung schweißte die unterschiedlichen politischen Gruppierungen innerhalb des nationalen Zentrums wieder stärker zusammen und so wurde auf einem weiteren Kongress in Kokand Ende November die Unabhängigkeit der südlichen Territorien proklamiert und eine „Regierung des autonomen Turkestan“ gebildet. Die sowjetische Autorität in Taschkent reagierte nicht unmittelbar, und so koexistierten die zwei Mächte nahezu zwei Monate. Der Zusammenbruch der Kokander Autonomie war jedoch unausweichlich, da weder die geeignete politische oder militärische Macht, noch die direkte Verbindung zur einheimischen Bevölkerung vorhanden war. Im Februar 1918 liquidierten die Streitkräfte der Sowjets schließlich die Autonomieregierung und brannten dabei die Altstadt von Kokand nieder. Nichtsdestotrotz darf die Bedeutung der kurzlebigen turkestanischen Regierung nicht unterbewertet werden, da sie die erste Manifestation offener Opposition zur Sowjetmacht im Namen der lokalen Autonomie darstellte und eine Geburtshelferin für die Basmatschen-Bewegung von islamischen Freischärlern wurde, die bis Mitte der 20er

---

<sup>63</sup> In seiner Rede hat Stalin das Recht auf nationale Selbstbestimmung in das Recht auf proletarisches Selbstbestimmungsrecht dezimiert und damit sie fortan zu einer politischen Leerformel gemacht. Vgl: Zaslavsky, Viktor: Success and Collapse: traditional Soviet nationality policy, in: Bremmer, Jan/Taras, Ray (Eds.): Nation and politics in the Soviet successor states, Cambridge 1993, S.30

<sup>64</sup> Hier zitiert nach: Allworth, Edward (Eds.): Central Asia: 120 Years of Russian Rule. London, 1993, S.225

Jahre ihren Protest gegen eine Integration in die Sowjetunion aufrecht erhielt. Die Verkündung der Bolschewiken über die Gründung der Sowjetischen Sozialistischen Atonomierepublik Turkestan am 30. April 1918 ist auch aus dieser Perspektive zu bewerten.

#### **1.4.2 Bildung der Volksrepubliken von Buchara und Choresmien**

Ein Teil der Mitglieder der Autonomieregierung Kokands war nach dem Sieg der Kommunisten in das Emirat von Buchara geflohen, um von dort gegen das Sowjetregime in Turkestan zu kämpfen. Im Emirat von Buchara und im Khanat von Chiva, die während der Zarenzeit ihre formelle Unabhängigkeit beibehalten konnten, entstand zu Beginn der 20er Jahre eine nationaldemokratische Opposition gegen die absolute Herrschaft der Khane. Die bereits erwähnten Bewegungen der „Jungbucharier“ und „Jungchiviner“ gingen in ihren Forderungen bis zu Verabschiedung einer nationaldemokratischen Verfassung nach türkischem Vorbild. Ihr 1917 veröffentlichtes Reformprogramm beinhaltete die Einführung eines modernen Bildungssystems und begrenzter Pressefreiheit, sowie die Schaffung elementarer rechtlicher Garantien für die kapitalistische Entwicklung ihres Landes<sup>65</sup>. Sie etablierten sich zur führenden politischen Kraft unter den Intellektuellen, Handwerkern und Händlern. Für die erfolgreiche Machtergreifung fehlten den beiden Bewegungen jedoch organisierte Gruppen und die Unterstützung der breiten Schichten der Bevölkerung. In dieser Situation entschieden sich die „Jungbucharier“ für fremde Hilfe und schickten im Dezember 1917 eine Delegation nach Taschkent. Mit Hilfe der von Taschkent vorrückenden Truppen der Roten Armee versuchten sie dann im März 1918 den Emir zu stürzen und somit an die Macht zu kommen. Dieser Versuch scheiterte jedoch, und die „Jungbucharier“ mussten aus dem Emirat von Buchara nach Taschkent fliehen. Der Emir nahm nunmehr eine feindliche Position gegenüber den Bolschewiken ein und unterstützte nationale Bewegungen in Turkestan.

Anfang des Jahres 1920 wurde die militärische Lage in Mittelasien durch den gebrochenen Widerstand der „Weißen Armee“ in der Nähe von Orenburg endgültig zu Gunsten der Bolschewiken entschieden. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die wirtschaftliche Lage der beiden Dynastiestaaten aufgrund der abgebrochenen wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland und zum benachbarten Turkestan in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution erheblich verschlechtert<sup>66</sup> und so wuchs unter den führenden

---

<sup>65</sup> Vgl.: Aminova, R./Ziyoev, H.: Istorija Uzbekskoj SSR, a.a.O., S.249-250

<sup>66</sup> Die Fläche der Baumwollplantagen im Emirat von Buchara ist 1918 im Vergleich zu 1913 um 50% und ein Jahr später noch zusätzlich um 30 Prozent zurückgegangen. Von 1917 bis 1919 ist die Ausfuhr der Baumwolle nach Russland 20 Mal, Karakul 10 Mal und Wolle 6 Mal geschrumpft. In diesem Zeitraum ist der Baumwollpreis von 11 Rubel für ein Pud (16,38 kg) bis auf 1,8 Rubel zurückgegangen. Entsprechend

gesellschaftlichen Schichten beider Staaten große Unzufriedenheit über den eigenen Zustand, die zu tumultartigen Aufständen gegen die Despoten führte<sup>67</sup>. In Chiva war die Situation durch erbitterte Machtkämpfe zwischen den usbekischen und turkmenischen Stämmen um die Vorherrschaft noch schlimmer. Es fehlte an organisierten bolschewistischen Gruppierungen. Unter solchen günstigen Gegebenheiten waren die Bolschewiken daran interessiert, die beiden Despoten zu entmachten. Es fehlte jedoch an organisierten bolschewistischen Gruppierungen. Zu diesem Zweck forcierte die bolschewistische Regierung in Taschkent die Entstehung der entsprechenden bolschewistischen Bewegungen auf den Territorien beider Staaten. Jedoch ging diese Arbeit sehr langsam voran und fand keine Unterstützung unter der einheimischen Bevölkerung. Nur in wenigen Industrie- und Eisenbahnstädten konnten sich kleine bolschewistische Gruppierungen herausbilden, die von russischsprachigen Eisenbahnarbeitern geleitet wurden. In dieser Situation ging die bolschewistische Regierung in Taschkent wieder ein Zweckbündnis mit den nationaldemokratischen Bewegungen ein, um die beiden Despoten zu entmachten. Ende August 1920 nahm die Rote Armee Buchara ein, und Vertreter der „Jungbucharier“ bildeten die erste nationaldemokratische Regierung von Buchara. Der Sturz des im Vergleich zu Buchara schwächeren Khanats von Chiva war schon Anfang Februar desselben Jahres erfolgt. Es wurden die Volksrepubliken Choresmien und Buchara ausgerufen und ihre Verfassungen verabschiedet. Russland erkannte die Unabhängigkeit beider Volksrepubliken an und bot freundschaftliche Beziehungen. Es unterzeichnete mit beiden Republiken Wirtschaftsverträge<sup>68</sup> und die beiden neuen Staaten waren in wirtschaftlicher Hinsicht in gleichem Maße auf Russland angewiesen.

Jedoch passte die Existenz zwei formell unabhängiger Staaten mit ihren nationaldemokratischen Regierungen an der Spitze nicht zu den langfristigen Plänen der Bolschewiken in Zentralasien. Zudem erlaubten die Verfassungen der beiden Volksrepubliken das Privateigentum an Produktionsmitteln und enthielten ein Bekenntnis zu den Grundsätzen des Islams<sup>69</sup>. Ein solcher Zustand hätte zur Wiederaktivierung der

---

sind die Preise auf alle Importwaren aus Russland, die vor allem die wichtigsten Lebensmittel (Reis, Fleisch, Weizen) waren, um das 1000 fache (!) gestiegen. Vgl. Aminova, R./Ziyoyev, H. (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR. Band 3. Taschkent, 1967, S.251

<sup>67</sup> Der größte und opferreichste Aufstand gegen den Emir von Buchara ereignete sich am 2. Mai 1919 im alten Teil der Stadt Buchara. Mehr als 15 000 Leute, vor allem Handwerker und Händler protestierten gegen die Politik des Emirs. Der Emir hat grausame Vergeltungsmaßnahmen gegen die Aufständische geordnet: 63 aktive Teilnehmer der Revolte wurden gehängt und mehr als 5000 inhaftiert. Vgl. Aminova, R./Ziyoyev, H. (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR, a.a.O., S.252

<sup>68</sup> Vgl.: Aminova, R./Ziyoyev H. (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR, a.a.O., S.234

<sup>69</sup> So hieß es etwa in Artikel 26 der bucharischen Verfassung: „Kein Gesetz der Republik Buchara darf den grundlegenden Prinzipien des Islam widersprechen“. Zitiert nach Erschahin, Mustafa: Die dschadischen politischen Parteien in Turkestans über den säkularen Staat (1917-1920), a.a.O., S.238



nationalen Bewegungen im bolschewistisch besetzten Teil Mittelasiens führen und damit das Weiterbleiben der Autonomen Republik Turkestan innerhalb Russlands erheblich gefährden können. Die Bolschewiken entschieden sich dazu, der Unabhängigkeit beider Staaten ein Ende zu setzen. Der erste Schritt in diese Richtung erfolgte durch den zwanghaften Übergang der nationaldemokratischen Bewegungen in Buchara und Choresmien in die kommunistische Plattform. Geschwächt durch die ständigen Säuberungen in den eigenen Reihen konnten sich die nationaldemokratischen Regierungen der Volksrepubliken Buchara und Choresmien dem Druck aus Moskau und Taschkent nicht widersetzen. Zugleich wurden in beiden Republiken kommunistische Parteien gegründet, die sich zum Jahresanfang mit Hilfe von aus Taschkent geschickten bolschewistischen Aktivisten organisatorisch herausbilden und ihre ersten Parteitage durchführen konnten. Sie sollten die Regierung der „zeitweiligen Mitläufer der Revolution“<sup>70</sup> in Buchara und Choresmien ersetzen. 1923 traten viele Mitglieder der „Jungbucharier“ und „Jungchiviner“ schließlich der Kommunistischen Partei bei. Diese Aktion endete im Herbst 1923 mit der Umwandlung der Volksrepublik Choresmien zur Sowjetischen Sozialistischen Republik Choresmien, deren Verfassung die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Diktatur des Proletariats verkündete. Im September 1924 wurde in Buchara ebenfalls die Gründung einer Sowjetischen Sozialistischen Republik verkündet.

### **1.4.3 Nationale Abgrenzungspolitik**

Eine der wichtigsten Etappen in der Geschichte der zentralasiatischen Völker stellt die nationale Abgrenzungspolitik dar, die 1924 von Moskau durchgeführt wurde. Die Notwendigkeit dieser Politik wird in der sowjetischen Geschichtsschreibung immer mit der Verwirklichung des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung begründet, die angeblich in der von Lenin am 2. November 1917 unterzeichneten „Deklaration der Rechte der Völker von Russland“ verankert sei<sup>71</sup>. Jedoch liegen die wahren Gründe dieser willkürlichen Politik in den Versuchen der kommunistischen Führung zur Unterbindung der Bestrebungen der Einheimischen zur Bildung eines einheitlichen Staates. Solche Bestrebungen herrschten sowohl unter den einheimischen Mitgliedern der KPT<sup>72</sup> als auch

---

<sup>70</sup> Mit diesen Worten beschreiben die Autoren des Bandes „Istorija Uzbekskoj SSR“ die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetregierung und den nationaldemokratischen Regierungen Bucharas und Choresmiens. Vgl. Aminova, R./Ziyoyev, H. (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR, a.a.O., S.270

<sup>71</sup> Aminova, R./Ziyoyev, H. (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR, Band 3, a.a.O., S.381

<sup>72</sup> Die 3. Konferenz der muslimischen Parteiorganisationen im Januar 1920 forderte die Schaffung einer türkischen Sowjetrepublik, die alle Völker Turkestans umfassen sollte. Sie forderten die Bildung eigener Streitkräfte und den Rückzug der Roten Armee aus allen turkestanischen Gebieten. In der sowjetischen Geschichtsschreibung wurde diese Gruppe der Kommunisten als „National-Abweichler“ (natsional-

unter den Anhängern der nationalen Bewegungen. Das Entstehen einer solchen großen türkisch-islamischen Region innerhalb oder außerhalb des Sowjetstaates stimmte mit den langfristigen Zielen der Bolschewiken nicht überein und sollte mit allen Mitteln verhindert werden. Die geeignetste Methode für diesen Zweck schien das von unterschiedlichen Kolonialherrschern in verschiedensten Teilen der Erde mehrmals approbierte sprichwörtliche Prinzip altrömischer Außenpolitik zu sein: „divide et impera“<sup>73</sup>. Durch eine Teilung der mittelasiatischen Völker in unterschiedlichen nationale sowjetische Republiken konnte das politische Gesicht der Region grundlegend geändert und die Gefahr des Sturzes des kommunistischen Systems in der Region endgültig beseitigt werden. Das Ziel dieser Maßnahmen war durch Verstärkung nationales Gefühl bei den jeweiligen Ethnien die bisherigen identitätsstiftenden Faktoren wie die gemeinsame Schriftsprache<sup>74</sup> und die Religion<sup>75</sup> in die Bedeutungslosigkeit absinken zu lassen. Dadurch sollte auch der bisherige Begriff Turkestan, der das Zusammenleben der Turkvölker andeutete, und mit ihm der Traum eines zu schaffenden Staates aufhören zu existieren.

Schon im Juni 1920 wurde von Lenin und dem Politbüro die grundsätzliche Entscheidung getroffen, Zentralasien in drei nationale Einheiten aufzuteilen<sup>76</sup>. Der fortdauernde Bürgerkrieg gegen die Basmatschen und der noch starke Einfluss der nationalen Kader auf die politische Situation und ihre Widerstandsmöglichkeiten ließ die Realisierung der Aufteilungspläne bis 1924 warten. Zum Ende des Jahres 1923 existierten drei Staatsgebilde in Mittelasien: Die an der Stelle des Turkestanischen Generalgouvernements gegründete Turkestanische Sowjetische Autonomierepublik, die an die Russische Sowjetische Föderativrepublik (RSFSR) angeschlossen war, und die Volksrepubliken Buchara und Choresmien. Trotz des Anschlusses des Geld-, Transport- und Nachrichtenwesens der beiden Volksrepubliken Buchara und Choresmien an das sowjetische System besaßen sie auch weiterhin den Rechtscharakter von unabhängigen Staaten. Diese Unabhängigkeit wurde jedoch im Lauf der Zeit immer mehr formell. Wirtschaftlich gesehen waren seit

---

uklonisty) abgestempelt. Vgl. Aminova, R./Ziyoyev, H.(Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR, Band 3, a.a.O., S.228-232

<sup>73</sup> „Teile und herrsche“: Säe Zwietracht unter Deinen Gegnern, um sie einzeln leichter beherrschen zu können.

<sup>74</sup> Ein wichtiges Bindeglied zwischen den Turkvölkern war immer ihre gemeinsame Sprache; die Sprachen der einzelnen Völker waren/sind so eng verwandt, dass sie als Dialekte einer einzigen Sprache bezeichnet werden können. Die Tendenz, die turksprachigen Völker um eine lingua franca herum zu versammeln – ein erster Schritt zur Verwirklichung des Traumes von einem turkestanischen Einheitsstaat -, wurde von 1924 an durch die Bildung von Nationalstaaten und die Festigung der einzelnen, nach örtlichen Dialekten unterschiedenen Nationalsprachen zerstört.

<sup>75</sup> Bei den zentralasiatischen Völkern war der Islam seit Jahrhunderten der wichtigste Identitätsbildungsfaktor. Mit der neuen Grenzziehungspolitik sollte in erster Linie die in einem bestimmten territorialen Rahmen etablierte Nation den grenzüberschreitenden Islam ersetzen.

<sup>76</sup> Aminova, R./Ziyoyev, H.(Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR. Band 3, a.a.O., S.382

1923 sämtliche Gründe für das Weiterbestehen von Nationalstaaten weggefallen. 1924, als in beiden Staaten die Volksrepublik abgeschafft und die Gründung einer Sowjetrepublik verkündet wurde, standen sie schon längst unter der Kontrolle der russischen Kommunistischen Partei und somit unter der Kontrolle der russischen kommunistischen Kader von Turkestan. Alle drei Republiken waren ethnisch heterogen, wobei Usbeken die größte ethnische Gruppe bildeten. Sie stellten 51,4% der Bevölkerung in Turkestan, 50,1% in Buchara und 61,1% in Choresmien<sup>77</sup>.

Endgültig neugegliedert und in den 1922 entstandenen föderalistischen Bundesstaat – die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) – einbezogen wurde Mittelasien im Herbst 1924. Im Oktober votierte das Zentrale Exekutivkomitee der UdSSR für die Bildung zweier sozialistischer Republiken: Usbekistan und Turkmenistan. Sie lösten die völkerrechtlich unabhängigen Volksrepubliken Buchara und Choresmien<sup>78</sup> und die 1918 gegründete Autonome Republik Turkestan ab. Des Weiteren wurden zwei autonome Republiken gegründet: Tadschikistan und Kasachstan. Auch zwei autonome Gebiete bildeten sich: das der Kirgisen und das der Karakalpakken. In den Folgejahren wandelten sich die autonome Republiken und Gebiete in Sowjetrepubliken um. Tadschikistan wurde 1929 die siebte Unionsrepublik. Kirgisistan und Kasachstan erhielten den Status von Sowjetrepubliken im Jahre 1936<sup>79</sup>.

Die Usbekische SSR wurde aus den zentralen Teilen der Turkestanischen ASSR sowie den Territorien der ehemaligen Volksrepubliken Buchara und Choresmien gegründet. Die aus dem so genannten Ostbuchara gebildete Autonome Sowjetrepublik Tadschikistan wurde ebenfalls an Usbekistan angegliedert. Zum Zeitpunkt ihrer Gründung betrug die Gesamtfläche der Republik 312 394 km<sup>2</sup>, davon gehörten 135 620 km<sup>2</sup> zu Tadschikistan. Nach Angaben der gesamtsowjetischen Volkszählung von 1926 setzte sich die Bevölkerung Usbekistans aus 4,47 Mio. Menschen zusammen. Dies machte mehr als 50 % der Einwohner Mittelasiens aus. Im selben Jahr sah die ethnische Zusammensetzung der Usbekischen Sowjetrepublik so aus: Usbeken 74,2%, Tadschiken 7,8%, Russen 5,6%.<sup>80</sup> Im Mai 1925 wurde die Usbekische SSR offiziell an die UdSSR angegliedert. Die Hauptstadt

---

<sup>77</sup> Institut istorii i archeologii Akademii nauk Uzbekskoj SSR (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR. Tom 3. Taschkent, 1967, S.379

<sup>78</sup> Die Regierung der Volksrepublik Choresmien war gegen die Einbeziehung ihrer Republik in die territoriale Neuaufteilung. In einem Brief an die zentrale Regierung in Moskau erklärte sie, dass Choresmien eigenständig existieren kann. Zudem forderte sie die Anschließung der Provinz Amudarja an Choresmien. Angesichts der Kräfteverhältnisse war es aber zwecklos, sich weiter der sowjetischen Politik zu widersetzen.

<sup>79</sup> In der Stalin-Verfassung von 1936 wurde die Aufteilung in 11 Sowjetrepubliken (Russland, Ukraine, Weißrussland, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Kasachstan, Kirgisistan) festgeschrieben.

<sup>80</sup> Alle Angaben nach Aminova, R./Ziyoyev, H.(Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR, Band 3, a.a.O., S.396-400

war zunächst Samarkand, die im geographischen Zentrum der Republik lag, ab 1930 war es dann Taschkent. 1929 hat die Tadschikische Autonome Republik den Status einer Unionsrepublik erhalten und ist aus Usbekistan ausgetreten. 1936 wurde die Autonome Republik Karakalpakistan, die der Russischen Föderation angehörte, Usbekistan zugeschlagen.

Die Konfiguration der fünf Republiken, die sich schließlich herauskristallisierte, kann im Allgemeinen als höchst kompliziert und willkürlich angesehen werden. Es resultierte in einigen Gebieten eine seltsame, spannungsgeladene geopolitische Situation: Teile der einen Republik ragten in die andere Republik hinein und bildeten so kleine „Inseln“ und „Landzungen“. Auch wenn das zentralasiatische Territorium scheinbar auf der Basis von Nationalitäten aufgeteilt worden war, war/ist die ethnische Zusammensetzung in den einzelnen Ländern in Wirklichkeit sehr vielfältig. Die Grundlegungen der sowjetischen Nationalitätenpolitik schufen einen Konfliktstoff, der über Jahrzehnte unterschwellig im Bewusstsein der Menschen weiterbestand, und mit der Perestroika wieder aufbrach<sup>81</sup>. Rückblickend muss auch die Periode zwischen der Revolution und der Eingliederung der mittelasiatischen Republiken an die UdSSR wohl als nicht genutzte Chance für ein souveränes Zentralasien bewertet werden, knüpfen doch zahlreiche Bürgerrechtsbewegungen zu Beginn der 1990er Jahre wieder an diese Zeit an.

#### **1.4.4 Die Usbekische SSR: Sowjetisierung als Modernisierung?**

Der „freiwillige“ Anschluss der Usbekischen SSR als angebliche „souveräne Republik“ an den Unionsvertrag von 1922 bedeutete ein neues Kapitel in der kolonialen Geschichte des Landes, die bis 1991 andauerte. Trotz der anscheinend föderalistischen Administrativstruktur stellte die UdSSR in Wirklichkeit eine verbesserte Form des zentralisierten Imperiums dar, welches das Russische Reich war, und besaß keinerlei Bundesstaatcharakter mit dezentralisierten Entscheidungsgremien<sup>82</sup>. Die förmlichen Verbesserungen, die ja die neuen Herrscher von ihren Vorgängern unterscheiden sollten, wurden in Hinsicht auf das äußere Erscheinungsbild der Republiken getroffen. Es wurde erlaubt, dass jede von ihnen eine eigene Verfassung, ein eigenes Vertretungsorgan (Oberster Sowjet) und eine eigene Regierung haben darf. Die reale Macht gehörte aber dem Kreml und er waltete über allen politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Republiken und jetzt sogar mit Hilfe zweier Machtvertikalen: Administration und Partei, wobei die letztere eine ungeheurere Macht hatte. Sie war in alle Bereiche des

---

<sup>81</sup> Zur Auswirkung der Grenzziehungspolitik auf die heutigen zwischenstaatlichen Beziehungen in der Region siehe Kapitel 4 dieser Arbeit.

<sup>82</sup> Vgl.: Schischkow, Jurij: Integratsionnyje protsessii na poroge XXI weka (Integrationsprozesse an der Schwelle zum 21. Jahrhundert). Moskau, 2001, S.375-376

gesellschaftlichen Lebens eingedrungen, angefangen von politischen Institutionen bis zu den Betriebsräten der entfernten landwirtschaftlichen Produktionsstätten. Diese strikte zentralisierte Machtausübung wäre unrealisierbar gewesen, wenn Moskau unter der einheimischen Elite keine Verbündeten gehabt und sie nicht mit entsprechenden Machtbefugnissen belohnt hätte. So wurden beispielsweise die drei repräsentativen Positionen des Ersten Parteisekretärs, des Vorsitzenden des Ministerrats und des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet in den nationalen Republiken mit Einheimischen besetzt. Zugleich war ihr erster Stellvertreter immer ein ethnischer Russe, sozusagen nach dem Prinzip „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“.

Der koloniale Charakter der Sowjetherrschaft wird am Beispiel der Wirtschaftspolitik Usbekistans sehr gut deutlich. Die Kommunisten haben die alte zaristische Wirtschaftspolitik unter dem Deckmantel der „sozialistischen Arbeitsteilung“ konsequent fortgesetzt. Bezüglich der wirtschaftspolitischen Struktur zeichnete sich kein Vorteil für Usbekistan ab – im Gegenteil, die aus der Baumwoll-Monokultur resultierende koloniale Abhängigkeit und die Rolle als Lieferant agrarischer Produkte blieb weiterhin bestehen, eine nachholende Industrialisierung fand nicht statt, die Republik partizipierte nur peripher am gesamtwirtschaftlichen Wachstum, Investitionen und Kapitalausstattung kamen anderen Gebieten zugute. Die vorrangige Aufgabe Usbekistans im Rahmen der „sozialistischen Arbeitsteilung“ war, die „Baumwollunabhängigkeit“ der UdSSR zu erreichen, um die Abhängigkeit des „sozialistischen Vaterlandes“ von kapitalistischen Ländern zu überwinden. Dieses geschah vor allem auf Kosten der Vertreibung anderer landwirtschaftlicher Kulturen und der Erweiterung der Baumwollplantagen durch Erschließung neuer Böden, die mit Hilfe der neu gebauten Bewässerungssysteme ermöglicht wurde. Schon 1933 wurde das Hauptziel erreicht: die UdSSR importierte keine Baumwolle mehr. Dieses Ereignis war aber kein Anlass für die Herabsetzung des Tempos im Baumwollsektor. Die Produktion stieg auch weiter rasch an. Hatte Usbekistan 1933 817.200 Tonnen Baumwolle geliefert, so verdoppelte sich diese Zahl 1937 auf 1,527 Mio. Tonnen<sup>83</sup>. 1940 exportierte die UdSSR zum ersten Mal Baumwolle an andere Länder. 1977, im Jubiläumsjahr der Oktoberrevolution, lieferte Usbekistan 5,7 Mio. Tonnen Baumwolle. Die forcierte Baumwollproduktion hatte verheerende Folgen für die soziale und ökologische Lage Usbekistans, wobei die bekannteste das Austrocknen des Aralsees ist. Die Wirtschaftsstruktur der Republik entwickelte sich einseitig, die Baumwollproduktion übernahm die dominierende Rolle. Usbekistan blieb im Hinblick auf andere Produkte auf Lieferungen aus Russland und aus anderen Republiken aus dem europäischen Teil der UdSSR angewiesen. Die wenigen Industrieanlagen, die zu Sowjetzeiten in Usbekistan gebaut worden waren, sind mit Landwirtschaft und

---

<sup>83</sup> Aminova, R./Ziyoyev, H.(Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR, Band 3, a.a.O. S.609

Bergbauproduktion verbunden oder während des Zweiten Weltkriegs aus dem europäischen Teil zwangsläufig verlegt worden.

Tab.1: Die Entwicklung der Baumwollproduktion in Usbekistan 1913-2000

Jahr	1913	1928	1932	1940	1950	1965	1970	1980	1999	2000
<b>Fläche (1.000 ha)</b>	424,6	589,2	1027,3	923,5	1098,1	1549,9	1709,2	1843,2	1876,0	k.A.
<b>Produktion (1.000 t)</b>	517,2	533,3	804,3	1385,9	2225,6	3746,1	4495,2	5762,4	5058,0	3002,0
<b>Erträge (dt/ha)</b>	12,2	9,1	7,8	15,0	20,3	24,2	26,3	33,3	27,6	k.A.

Zusammengestellt nach Lapkin, K.I.: Selskoje xozjajstwo, in: Glavnaja Redaktsija Entsiklopedii Uzbekskoj SSR (Hrsg.): Uzbekskaja SSR. Taschkent, 1981, S.196-208. Narodnoe xozjajstwo Uzbekskoj SSR, verschiedene Jahrgänge. Gulomov, S./Ubaydullaeva, R./Akhmedov, E.: Independent Uzbekistan, a.a.O., S.113

Die Grausamkeiten der Kollektivierungsmaßnahmen und die Festlegung der Landwirtschaft auf den Baumwollanbau führten zu schweren Konflikten mit den nationalen politischen Kadern, für die die negativen Folgen eines Ausbaus zur Monokultur offensichtlich waren. Daraus resultierte eine erste umfassende Welle von republikweiten Parteisäuberungen, von der die einheimischen Kader im Bildungswesen, den Kultureinrichtungen und auf verschiedenen Leitungsebenen in der Landwirtschaft betroffen waren. Im Verlauf der weiteren Massensäuberungen in der Sowjetunion, die zwischen 1937-38 stattfanden, wurde dann der größte Teil der politischen Führungsschicht der Usbekischen SSR und der einheimischen Intelligenz vernichtet. Betroffen war vor allem die in den zwanziger Jahren rekrutierte einheimische Parteiführung, darunter der Parteichef Akmal Ikromov und der Ministerpräsident Faizulla Chodschajev. Sie wurden beschuldigt, den „konterrevolutionären bürgerlichen Nationalismus“ verbreitet und sich absichtlich gegen die Kollektivierungspolitik eingesetzt zu haben. Unter Folter wurden den usbekischen Führern Geständnisse abgepresst, in denen sie die Verantwortung für die katastrophalen Folgen der Kollektivierung und den Rückgang der Baumwollerträge auf sich nahmen. Hunderte Intellektuelle, vor allem Dichter und Schriftsteller wie Fitrat, Kadiri und Tscholpan, sind unter den Verdacht der Unterstützung und Verbreitung von Panturkismus und Panislamismus getötet worden.

Auf der anderen Seite muss auch betont werden, dass die Sowjetisierung in Usbekistan und in Mittelasien insgesamt eine Form der Modernisierung der rückständigen Gesellschaften darstellte, die in keinem anderen Kolonialgebiet in gleicher Weise geschehen ist. Diese

Modernisierung betraf vor allem den Bildungs- und Gesundheitssektor, die Rolle der Frauen in der Gesellschaft, die Säkularisierung der politischen Eliten und den Rückgang des Einflusses der Religion auf Politik und Gesellschaft. Das Endziel dieser Modernisierungspolitik war natürlich die Förderung des Entstehungsprozesses einer Gesellschaft, in der die traditionellen Sozialordnungen und Kulturen zerstört waren und damit potenzieller Widerstand ausgeschaltet war. Mit einem Dekret von Lenin wurde 1920 die erste Universität Mittelasiens in Taschkent eröffnet, die als Basis für die Gründung anderer Hochschulen in Usbekistan und in den Nachbarländern diente. Die Zahl der Hochschulen alleine in Usbekistan lag 1937 bei 31, der Berufsschulen bei 86<sup>84</sup>. Lag die Alphabetisierungsquote 1926 nur bei 3,8%, so wuchs diese Zahl 1937 bis auf 67%. Eine besondere Rolle bei der Beschleunigung dieses Prozesses spielte der Übergang zum latinisierten Alphabet für die usbekische Sprache im Jahre 1929, der nach der Schließung der Religionsschulen ein Jahr zuvor ermöglicht wurde. Ebenfalls Ende der 1920er Jahre startete eine beispiellose Offensive zur Entschleierung der Frauen.

Tab. 2: Die Gesamtzahl und ethnische Struktur der Bevölkerung Usbekistans 1926-2004 (in Mio. und v.H.)

Jahr	1926	1959	1970	1979	1989	2004 <sup>85</sup>
<b>Gesamtzahl</b>	4,4 Mio.	8,1 Mio.	11,8 Mio.	15,4 Mio.	19,8 Mio.	26,0 Mio.
<b>Usbeken</b>	74,2%	62,1%	65,5%	68,7%	71,4%	80%
<b>Russen</b>	5,6%	13,5%	12,5%	10,8%	8,3%	5,5%
<b>Tadschiken</b>	7,8%	3,8%	3,8%	3,9%	4,7%	5%
<b>Kasachen</b>	2,4%	4,2%	4,0%	4%	4,1%	3%
<b>Tataren</b>	k.A.	5,5%	4,9%	4,2%	3,3%	1,5%
<b>Karakalpaken</b>	k.A.	2,1%	2,0%	1,9%	2,1%	2,5%
<b>Andere</b>	10%	8,8%	7,3%	6,5%	6,1%	2,5%

Zusammengestellt nach: Mulljadschanow I.R.: Naselenie, in: Glawnaja Redaktsiya Entsiklopedii Uzbekskoj SSR (Hrsg.): Uzbekskaja SSR. Taschkent, 1981, S.63-67, Tsentral'noje statisticheskoe upravlenie SSSR (Hrsg.): Itogi wsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda. Tom IV, 1973, Götz, Roland/Halbach, Uwe: Politisches Lexikon GUS, a.a.O., S.403, CIA: The World Factbook unter: <http://www.cia.gov/publications/factbook/geos/uz.html>

<sup>84</sup> Die gesamte Zahl der Studenten zu diesem Zeitpunkt erreichte 33.000, davon waren 15.500 an den Hochschulen eingeschrieben. Vgl. Aminova, R./Ziyoyev, H. (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR, Band 3, a.a.O., S.641

<sup>85</sup> Schätzungsweise am Ende des Jahres.

### 1.4.5 Stagnation, Perestroika und Glasnost in Usbekistan

Die Zeit zwischen 1960 und 1980, die in der politischen Sprache der Perestroika als „die Zeit der Stagnation“ bezeichnet wurde, wurde in Usbekistan durch die Herrschaft eines Parteifürsten geprägt. Wie Halbach feststellt, regierte er die Republik von 1959 bis zu seinem Tod 1983 mit „Attributen eines kommunistischen Khanats“<sup>86</sup>. Am Ende der Ära Raschodow wurden Unterschlagungs- und Planfälschungsaffären im Baumwollsektor Usbekistans bekannt, die sich seit 1983 in der sowjetischen Zentralpresse zur „usbekischen Affaire“ verdichteten. Um in der Musterrepublik des „sozialistischen Orients“ die „sozialistische Ordnung“ wiederherstellen, schickte Moskau aus den zentralen Teilen der Sowjetunion 400 neue Partei- und Verwaltungskader nach Usbekistan<sup>87</sup>. Zwischen 1985 und 1988 wurden die meisten Parteisekretäre in den Gebietskomitees Usbekistans sowie hunderte von Führungspositionen neu besetzt. Die Anschuldigungen gegen den usbekischen Partei- und Verwaltungsapparat nahmen einen pauschalen Charakter an und wurden in den zentralen sowjetischen Medien von Kommentaren begleitet, die „eine ganze Region mitsamt ihren kulturellen Wurzeln an den Pranger stellten“<sup>88</sup>. Zudem verachteten die sogenannte „Moskauer Fallschirmjäger“, also die vom Zentrum geschickten neuen Kader, die Besonderheiten der Republik, ihre Gegebenheiten, ihre nationale Kultur und ihre Traditionen. Die Mission der Staatsanwälte Gdljan und Ivanow und ihre Arbeitsmethode gegen die Korruption in Usbekistan ähnelten den Säuberungsaktionen früherer Jahre.

Die wirklichen Reformansätze der von Gorbatschow eingeleiteten Perestroika- und Glasnost- Politik fanden aus diesen Gründen wenig Begeisterung und Unterstützung unter den konservativen und nunmehr marginalisierten politischen Eliten Usbekistans. Sie wurden mit dem Begriff „Druck aus Moskau“ belegt, mit dem das Vorgehen der sowjetischen Zentralgewalt gegen die „Baumwollaffäre“ gemeint war, und mit Chaos und konzeptlosen Reformen<sup>89</sup> assoziiert. Mit dem Beharren auf dem Recht Usbekistans auf einen „eigenen Weg“ zeichnete sich die Republikführung schließlich durch Abgrenzung von der Perestroika Gorbatschows aus.

---

<sup>86</sup> Götz, Roland/Halbach, Uwe: Lexikon der GUS, a.a.O., S.416

<sup>87</sup> Kholmuhamedow, Alexander: „Ne tol'ko demokraticeskoje obshestwo...“ (Nicht nur eine demokratische Gesellschaft), in: Swobodnaja Mysl (Moskau), Nr. 9-12, 1998, S.55-78, hier S.57

<sup>88</sup> Vgl.: Halbach, Uwe: Politische Entwicklungen im nachsowjetischen Mittelasien: Usbekistan. Bericht des BIOST, Nr. 50, 1994, S.11

<sup>89</sup> In einem Interview in der Zeitung „Die Zeit“ kommentierte Karimow die Glasnostpolitik so: „Die Prozesse der Glasnost und der Demokratisierung haben (...) eine Situation geschaffen, in der jeder sagen und tun kann, was er will. Unter Demokratie verstand man allmählich, dass alles erlaubt ist.“ Siehe Die Zeit, 11.3.1991



Die Abwehrhaltung der republikanischen Machtelite gegen die Politik des „neuen Denkens“ ist nicht die einzige sozio-politische Tendenz, die Ende der 80er Jahre die usbekische Gesellschaft dominierte. Denn vom Geist der Veränderung, der mit dem Führungswechsel in der KPdSU in der Sowjetunion wehte, profitierte die nationale Intelligenz, die sich in den Jahren nach dem Tod Stalins herausbilden konnte. Diese hauptsächlich aus den Reihen von Dichtern, Literaturkritikern und Schriftstellern stammende nationale Intelligenzia hatte in den vergangenen Jahren die Bildung eines nationalen usbekischen Bewusstseins in Literatur, Publizistik und Geschichtsschreibung stark gefördert. Im Unterschied zu ihren kleinmütigen Vorgängern aus den 40er und 50er Jahren blickten sie mit einer kritischen Ansicht in die koloniale und sowjetische Vergangenheit ihres Volkes<sup>90</sup>. Besinnung auf nationale und kulturelle Werte, Bewahrung eigener Traditionen und zum Teil offener Widerstand gegen ihre Verachtung gehörte zu den selbstverständlichen Kategorien in ihrem Schaffen und ihren Werken. Noch vor Gorbatschows Machtübernahme protestierte der Jugendflügel des usbekischen Schriftstellerverbands gegen die Kulturpolitik des für Ideologie und Propaganda zuständigen Funktionärs der Kommunistischen Partei Usbekistans und wendete sich mit einem Brief an das Politbüro<sup>91</sup>. Die Perestroika und die Pluralismuspolitik aus Moskau gab diesem Prozess neuen Schwung, indem sie die Angst der Menschen, andere politische Meinungen zu artikulieren, verringerte und damit für das Wiederaufleben oppositioneller Kräfte sorgte. Es begann ein unionsweiter Prozess der Entstehung informeller Protestbewegungen aus politischen, nationalen, kulturellen und insbesondere ökologischen Motiven. Der usbekische Schriftstellerverband entwickelte sich zum Zentrum der nationalen Bewegungen in Usbekistan. Die Aufarbeitung der stalinistischen Verbrechen in Usbekistan und die Rehabilitierung der in den 20er und 30er Jahren verurteilten usbekischen Schriftsteller waren die ersten öffentlichen Diskussionsthemen. Ein zentrales historisches und aktuelles Thema war aber die Baumwollmonokultur und die von ihr

---

<sup>90</sup> 1981 erschien in der führenden usbekischen Literaturzeitschrift „Scharq yulduzi“ („Stern des Ostens“) der Roman „O‘lmas qojalar“ („Unsterbliche Klippen“) des jungen Schriftstellers Mamadali Mahmudow, in dem antirussische und nationale Emotionen offen ausgesprochen wurden. Er handelt von den Zeiten zaristischer Eroberungen in Zentralasien, dem mangelnden Widerstandswillen der Einheimischen und einem Protagonisten, der für die Zukunft mehr Gemeinsamkeiten unter den Völkern Zentralasiens fordert, indem er sie mit den fünf Fingern einer Hand vergleicht. „Selbst in den zwanziger Jahren sprachen sich die usbekischen Panturkisten nicht so offen aus wie Mahmudow“, urteilte die russischsprachige Zeitung Usbekistans „Prawda Wostoka“, das Zentralorgan der KP der Usbekischen SSR.

<sup>91</sup> Der Protestbrief, den 56 junge Dichter und Schriftsteller unterzeichnet hatten, beschreibt die Politik von Abdullajewa, der Ideologiesekretärin der KP Usbekistans, als „volksfeindlich“. Abdullajewa hat vergeblich versucht, junge Intellektuelle zu einer Distanzierung von ihrem Brief veranlassen. Nur 3 von ihnen haben ihre Unterschrift zurückgezogen. Die anderen 53 bildeten später den Kern der nationaldemokratischen Bewegung in Usbekistan. Vgl.: Fayoz, Bahodir: Ocherki uzbekskoj oppozitsii (Grundrisse der usbekischen Opposition). Ankara, 2004, S.7

verursachten ökologischen Schäden, in erster Linie das Austrocknen des Aralsees, das das Leitmotiv der ersten usbekischen Gesellschaftsvereinigung war<sup>92</sup>. Eine neue Qualität und Kraft erhielt die nationale Bewegung in Usbekistan mit der Entstehung der usbekischen Volksfront „Birlik“ („Einheit“) im Jahre 1988.

Die nach dem Vorbild der baltischen Volksbewegungen gegründete „Birlik“ entstand hauptsächlich aus den Reihen der hauptstädtischen Intelligenzia. Sie beschränkte sich zunächst überwiegend auf kulturpolitische Zielsetzungen und stellte den Fortbestand der Sowjetunion nicht in Frage. Die Bewegung setzte die Sprachenfrage in den Mittelpunkt ihres nationalen Forderungskatalogs. Anhänger von „Birlik“ protestierten gegen die Dominanz des Russischen in der Wissenschaft und im öffentlichen Leben und forderten, dem Usbekischen einen offiziellen Status zu verleihen<sup>93</sup>. Im Oktober 1989 verabschiedete der Oberste Sowjet der Usbekischen SSR ein neues Sprachgesetz, das Usbekisch und Russisch zu gleichberechtigten Amtssprachen erklärte. Als einzige Volksfront in Zentralasien hat „Birlik“ des Weiteren gegen die ökologische und ökonomische Ausbeutung in Form der Baumwoll-Monokultur, gegen die Vernachlässigung ökologischer Probleme sowie gegen die Kindersterblichkeit und Arbeitslosigkeit protestiert und unter der usbekischen Bevölkerung an Popularität gewonnen. Dennoch haben zunehmender Radikalismus, aggressiver Nationalismus, innere Streitigkeiten und schließlich ihre Aufspaltung<sup>94</sup> sie daran gehindert, sich von einer nationalen Protestbewegung zur führenden Unabhängigkeitsbewegung zu entwickeln.

#### **1.4.6 Erlangung der politischen Unabhängigkeit**

Gegen Ende der 1980er Jahre vertiefte sich neben politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen auch die Nationalitätenproblematik in der Sowjetunion, die den Zerfall des einheitlichen Staates wesentlich beschleunigte. Die Vernachlässigung und Ignorierung der Nationalitätenproblematik in den vergangenen Jahren und die Zunahme des nationalen Bewusstseins in den nationalen Republiken der UdSSR waren die zwei wichtigsten Gründe, die dieses Problem provoziert hatten. Die sowjetische Führung ging immer von dem Prinzip der grundsätzlichen Absenz des Nationalitätenproblems im klassischen sowjetischen Sinne aus, nach dem in einem sozialistischen Staatsgebilde nicht mehr die

---

<sup>92</sup> 1986 wurde im Schriftstellerverband ein „Internationales Komitee zur Rettung des Aralsees“ gegründet.

<sup>93</sup> „Birlik“ organisierte mehrere Massendemonstrationen für die Durchsetzung eines Sprachgesetzes, das dem Usbekischen einen Vorrang vor dem Russischen im öffentlichen Leben sichern sollte. Zu einer dieser Demonstrationen konnte „Birlik“ 50.000 Menschen mobilisieren (15.10.1989).

<sup>94</sup> Im Februar 1990 spaltete sich „Birlik“. Ein gemäßigter Flügel der Bewegung unter dem Dichter Muhammad Salih gründete die Demokratische Partei „Erk“ („Freiheit“). „Erk“ kritisierte die Kampfmethoden von „Birlik“ und plädierte für die nationale Unabhängigkeit. Vgl. Halbach, Uwe: Politische Entwicklungen im nachsowjetischen Mittelasien: Usbekistan, a.a.O., S.20

Nation als Integrationsfaktor, sondern die Klassenfrage im gesellschaftspolitischen Mittelpunkt steht, und damit die nationale Frage als gelöst gelten kann. So schenkte auch Gorbatschow, der mit seiner Perestroika und Glasnost den Zuwachs des nationalen Bewusstseins in den Unionsrepubliken verursacht hatte, diesem Problem wenig Aufmerksamkeit. Die von ihm geleitete Reformpolitik, die mit der sozialistischen Vergangenheit kritisch umgehen wollte, diskreditierte diese schließlich in den Augen vieler Menschen und sie wandten sich auf der Suche nach Alternativen traditionellen, Jahrzehnte lang unterdrückten Werten zu, zu denen auch der Nationalismus gehörte. Die deshalb zugespitzte Nationalitätenproblematik hatte zwei praktische Erscheinungsformen: Den Ausbruch offener Konfliktlinien zwischen verschiedenen ethnischen Gruppierungen und das Bestreben nationaler Republiken zur staatlichen Unabhängigkeit.

Stand Usbekistan in Bezug auf die erstgenannte Erscheinungsform der Nationalitätenproblematik seit 1989 ständig im Mittelpunkt<sup>95</sup>, so blieb hingegen das Bestreben zu einer nationalen Staatlichkeit im Vergleich zu baltischen und kaukasischen Ländern sehr schwach. Die politische Führung und die Mehrheit im usbekischen Parlament waren der Meinung, dass Usbekistan selbständig und ohne finanzielle Unterstützung des Zentrums nicht lebensfähig sei. Noch Anfang 1991 fasste der usbekische Präsident Islam Karimow seine Position in dieser Frage so zusammen:

„Die wirtschaftliche Lage unserer Republik ist sehr schwer, die Probleme, die auf ihre Lösung warten, sind unzählig: Die Lebensqualität der Bevölkerung ist sehr niedrig, es herrscht Trinkwassermangel, die Umweltprobleme, vor allem das Problem des Aralsees ist ein Schmerz in unseren Herzen. Es fehlt an bewässerbarer Fläche, ein großer Teil der Lebensmittel- und Industrieprodukte wird von Außen herbeigebracht, nach Außen werden hauptsächlich Rohstoffe geliefert. Die Zahl der Arbeitslosen ist enorm hoch und ihre Situation erschreckend... Wenn die heutige Lage und die entstandene Situation berücksichtigt werden, dann ist es schwer vorstellbar, dass Usbekistan alleine mit diesen Problemen zurecht kommen kann. Ich denke, dass wir in Anbetracht des oben Erwähnten und in Anbetracht der Hilfe, die uns vom Zentrum geleistet wird, eine an der Union orientierte Politik ausführen und daran unsere Zukunft ausrichten müssen“<sup>96</sup>.

---

<sup>95</sup> Vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden materiellen Krise kam es im Juni 1989 zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Usbeken und nach dem 2. Weltkrieg aus Georgien deportierten Mescheti-Türken im Ferghanatal. Ein Jahr später erlebte die Region wieder eine Welle von ethnisch und politisch motivierter Gewalt in der kirgisischen Stadt Osch, wo sich ein blutiger Konflikt zwischen Usbeken und Kirgisen ereignete. Vgl.: Halbach, Uwe: Ethno-territoriale Konflikte in der GUS. Bericht des BIOST, Nr.31, 1992

<sup>96</sup> Vgl. „Murakkab vaziyatda oqilona siyosat yurgizaylik“ („In schwieriger Lage müssen wir eine vernünftige Politik führen“). Die Rede des Präsidenten Islam Karimow auf der 4. Sitzung des Obersten Sowjet der Usbekischen SSR, in: Xalq sözi, Nr.34, 16.02.1991 (Eigene Übersetzung)

Dabei betonte er auch, dass Usbekistan die weitere Mitgliedschaft in „der alten überflüssig stark zentralisierten und auf kommando-administrativen Methoden basierenden, mit alten verschrotteten Regeln geführten Union strikt ablehnt“<sup>97</sup>. Damit verfolgte die usbekische Führung eine pragmatische Politik, die auf die Schaffung eines größeren Entscheidungs- und Selbstbestimmungsrechts innerhalb der erneuerten Union ausgerichtet war. Um mit diesbezüglichen Forderungen ernst zu machen, verabschiedete der Oberste Sowjet der Usbekischen SSR am 20.6.1990 eine Souveränitätserklärung. Zugleich versuchte Usbekistan seine horizontalen Beziehungen zu anderen Republiken durch bilaterale Abkommen und Verträge auszuweiten.

Auch bei der sowjetischen Führung hat sich ein gewisses Problembewusstsein bezüglich einer Überflüssigkeit der Selbständigkeitsbestrebungen der Republiken herausgebildet und die ideologische Doktrin von der Gelöstheit der nationalen Frage wich langsam einer beginnenden Sachlichkeit. Seit dem Frühjahr 1990 arbeitete die Zentrale in Moskau an dem Plan eines neuen Unionsvertrags, der den alten von 1922 ersetzen sollte und die Sowjetunion in eine echte Föderation souveräner Staaten umgestalten sollte, um der Flut der Souveränitätserklärungen entgegenzuwirken. Dabei zeigte sich der größte Teil der sowjetischen Führung zu keinem Zeitpunkt bereit, im Interesse der Föderalisierung und des Erhalts des Einheitsstaates auf Kompetenzen zu Gunsten der Republiken zu verzichten. Aus diesen Gründen haben die zwischen November 1990 und März 1991 veröffentlichten Entwürfe des neuen Unionsvertrags sogar von den Befürwortern der Erhaltung der UdSSR, darunter von Usbekistan, keine Rückendeckung bekommen und wurden scharf kritisiert. Die Entwürfe kamen zwar den Republiken ein wenig entgegen, behielten entscheidende politische Kompetenzen aber der Zentralmacht vor und standen in vielen Bestimmungen im Gegensatz zu den Souveränitätserklärungen der Republiken. Anstatt darüber direkte Gespräche mit den Republiken zu führen und dadurch die Unstimmigkeiten zu beseitigen, griff das Zentrum zu fragwürdigen Mitteln. Am 24. Dezember 1990 beschloss der Kongress der Volksdeputierten der UdSSR, über das weitere Schicksal der Union ein Referendum abzuhalten, das für den 17. März 1991 angesetzt wurde. Das eigentliche Ziel dieses Referendums bestand darin einen Spielraum in den Verhandlungen mit den Republiken zu schaffen, um sie dann im Namen einer Volkslegitimation zur Unterzeichnung des neuen Vertrags zu zwingen<sup>98</sup>. Die Beteiligung und die Ja-Stimmen für den Erhalt der Sowjetunion waren in Usbekistan höher als auf der Unionsebene. In diesem

---

<sup>97</sup> ebenda

<sup>98</sup> Dies bestätigt auch die Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR nach dem Referendum: „Die staatlichen Organe der UdSSR und der Republiken haben sich in ihrer praktischen Tätigkeit vom Beschluss des Volkes, gefasst im Referendum zur Unterstützung der erneuerten Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, leiten lassen, davon ausgehend, dass dieser Beschluss endgültig ist und verbindliche Kraft auf dem gesamten Territorium der UdSSR hat“, in: Izvestia, Nr.156, 25.03.1991

unter bedenklichen<sup>99</sup> Voraussetzungen geführten Referendum haben 94 Prozent der Teilnehmer in Usbekistan für die Erhaltung der Union in Form einer erneuerten Föderation gestimmt.

Nach dem Referendum begann ein neuer Verhandlungsprozess zur Erarbeitung des Unionsvertrags, der von 9 Republiken (Usbekistan, Russland, Ukraine, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Aserbaidschan) unterstützt wurde und den Namen „Prozess von Nowo-Ogarjowo“<sup>100</sup> erhielt. Am 23. Juli 1991 haben sich die Teilnehmer im Format 9+1, also neun Republiken und die Unionsführung, auf einen endgültigen Vertragstext geeinigt, der dann veröffentlicht wurde<sup>101</sup>. Usbekistan hatte diesen Prozess von Anfang an diesen Prozess stark unterstützt und gehörte zu der Gruppe der drei Republiken, die den neuen Unionsvertrag als erste unterzeichnen sollten<sup>102</sup>. Die Unterzeichnungszeremonie des neuen Unionsvertrags war für den 20. August 1991 angesetzt. Jedoch sollte es dazu nie kommen. Eine Gruppe der sowjetischen Führung unter der Leitung von Vizepräsident Janajew übte am Vortag des 20. August einen Putschversuch. Sie wollten angeblich die „Ordnung im sowjetischen Raum wiederherstellen“ und dadurch die kommunistische Alleinherrschaft und das sowjetische System retten. In Wirklichkeit repräsentierten sie jedoch denjenigen konservativen Teil der sowjetischen Machtelite, der um jeden Preis das alte System mit seinem bürokratischen und unitaristischen Zentrum beibehalten wollte. Ihr Putsch bestätigte erneut, dass Teile des sowjetischen Partei- und Verwaltungsapparats zu keinem Zeitpunkt zu einem auch nur minimalen Verzicht auf Kompetenzen zu Gunsten der Republiken bereit gewesen waren.<sup>103</sup> Was die Putschisten aber verhindern wollten, nämlich die Unterzeichnung des Unionsvertrags, erreichten sie trotz ihrer Niederlage. Der Augustputsch von 1991 wirkte als Katalysator des Zerfallprozesses der Sowjetunion und löste eine „Unabhängigkeitsparade“ aus. Innerhalb weniger Tagen änderten nun alle Republiken, die bisher auf eine staatliche Unabhängigkeitserklärung verzichtet und ihre Bereitschaft zur

---

<sup>99</sup> „Wer im usbekischen Taschkent ins Wahllokal kam, erhielt das Anrecht auf den Erwerb von fünf Päckchen Zigaretten, die dort Mangelware sind“ schrieb „Die Zeit“ damals. Siehe Schmidt-Häuer, Christian: „Ein Votum ohne Wert“, in: Die Zeit, Nr.13, 22.03.1991

<sup>100</sup> Das Treffen zwischen dem Zentrum und 9 Republiken wurde in Nowo-Ogarjowo, unweit von Moskau abgehalten, weshalb später auch vom „Prozess von Nowo-Ogarjowo“ gesprochen wurde. Vgl.: Gorbatschow, Michail: Über mein Land. München, 2000, S.166-167

<sup>101</sup> „Dogowor o Sojuze Suwerennyh Gosudarstw“ (Abkommen über die Union Souveräner Staaten), in: Izvestia, 15.08.1991

<sup>102</sup> Usbekistan, Kasachstan und Russland sollten den neuen Unionsvertrag am 20. August in Moskau unterzeichnen. Anfang September sollten sich dann die anderen Republiken diesem Prozess anschließen.

<sup>103</sup> Am 20. August veröffentlichte der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR Lukjanow eine Erklärung, in der er den neuen Unionsvertrag „als unannehmbar“ definierte. Er war selbst Teilnehmer der Verhandlungen in Nowo-Ogarjowo gewesen. Siehe dazu „Zajawlenie Predsedatelja Werchownoho Soweta SSSR Lukjanowa o nowom soyuznom dogowore“ („Erklärung des Vorsitzenden des Obersten Sowjet UdSSR Lukjanows über den neuen Unionsvertrag“), in: Izvestia, 20.09.1991

Unterzeichnung des neuen Unionsvertrags bestätigt hatten, ihre Positionen. Auch Usbekistan proklamierte seine staatliche Unabhängigkeit, nachdem der Oberste Sowjet der Usbekischen SSR am 31. August 1991 ein diesbezügliches Gesetz verabschiedet hatte.

Trotz der sich verstärkenden zentrifugalen Prozesse war das Schicksal der Union noch nicht klar. Es herrschte noch die Meinung, dass die letzte Hoffnung auf eine neue Form des Zusammenlebens noch nicht aufgegeben sei. Gorbatschow versuchte mit letzten Mitteln eine Konföderation zu gründen und erzielte in dieser Richtung einen kleinen Sieg. Am 15. Oktober unterzeichneten 9 Republiken, die alle Teilnehmer des „Nowo-Ogarjowo Prozesses“ waren, eine wirtschaftliche Vereinbarung. Mehrere Republiken, darunter auch Usbekistan, erklärten sich bereit, dieser wirtschaftlichen Vereinbarung eine politische Grundlage zu geben, indem sie eine Konföderation Souveräner Staaten gründen<sup>104</sup>. Dieser Versuch scheiterte jedoch an der hartnäckigen Position der Ukraine, die die Gründung jeglicher überstaatlicher Strukturen ablehnte.

Nur die rechtliche Auflösung der Sowjetunion und die Bildung einer losen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten durch Russland, die Ukraine und Weißrussland am 7. November 1991 schafften letzte Klarheit im Zerfallprozess der Sowjetunion. Dies hat für alle Republiken den Weg zu einer Unabhängigkeit unumgänglich gemacht. Nunmehr sollte Usbekistan auf einem selbständigen Weg gehen und seine eigene Nationalstaatlichkeit aufbauen. Am 16. November 1991 verabschiedete der Oberste Sowjet Usbekistans ein Gesetz „Über die Grundlagen der staatlichen Unabhängigkeit Usbekistans“, in dem zum ersten Mal Usbekistan als Subjekt des internationalen Rechts definiert wurde. Das usbekische Parlament wandte sich an alle Länder der Welt mit der Bitte um die völkerrechtliche Anerkennung. In einem Referendum, das Ende Dezember 1991 stattfand, befürwortete die große Mehrheit der Bevölkerung schließlich die staatliche Unabhängigkeit Usbekistans. Damit wurde die höchste politische Legitimation für den Übergang zur Unabhängigkeit geschaffen.

---

<sup>104</sup> In einem Interview in der russischen Zeitung „Delowoj Mir“ erklärte der usbekische Präsident Islam Karimow, dass Usbekistan einen konföderativen Staat befürwortet. „Eine der wichtigsten Aufgaben, die umgehend gelöst werden muss, ist die Unterzeichnung des Unionsvertrags. Nach meiner Ansicht ist der für August geplante Vertrag jetzt nicht nachvollziehbar. In heutiger Lage können wir einen nur auf den Prinzipien einer konföderativen Union basierenden Vertrag unterzeichnen.“ Zitiert nach Xalq sözi, Nr.205, 23.10.1991 (Eigene Übersetzung)

## 1.5 Fazit

Aus Kappeler's erweiterter Perspektive ist der Zusammenbruch der Sowjetunion „Teil des universalen Prozesses der Auflösung polyethnischer Imperien und ihrer Aufsplitterung in Nationalstaaten, wie er in Europa besonders an den Beispielen des Osmanischen und des Habsburger Reiches im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in den außereuropäischen Gebieten in der Dekolonisation zutage trat“<sup>105</sup>. In einer solchen Situation fragt die nationale Geschichte eines Landes nach dem Verhalten der nationalen Akteure in diesem wichtigen historischen Abschnitt. Welchen Beitrag haben sie beim Zusammenbruch der Fremdenherrschaft geleistet? Welchen Anteil haben sie im Zerfall der alten Ordnung gehabt? Wie haben sie die Nation in die Selbständigkeit geleitet usw.?

In der westlichen Zentralasienforschung herrscht überwiegend die Meinung, dass die staatliche Unabhängigkeit Usbekistans „erst die Folge des gescheiterten Augustputsches von 1991 und der nachfolgenden Auflösung der UdSSR war“<sup>106</sup>. In der Tat strebten die politischen Eliten in den zentralasiatischen Ländern insgesamt die Eigenstaatlichkeit nicht so aktiv an, wie dies im europäischen Teil der Sowjetunion der Fall war. In der Souveränitätsfrage waren Usbekistan und seine Nachbarn allesamt damit beschäftigt, im Rahmen einer erneuerten Union, in der sie auf mehr Entscheidungskompetenzen und Rechte hofften, einen „sonnigen Platz“ zu finden. Diese passive Position ist mit vielen objektiven und subjektiven Gründen zu erklären. Vor allem die katastrophale nationale, politische, wirtschaftliche und ökologische Lage der in der Region liegenden Republiken und die geographische Isolation, die einen direkten Zugang zu den Weltmärkten behinderte, waren die Hauptmotive der gemäßigten Haltung in Zentralasien gegenüber der Selbständigkeit. Zudem traten die Unabhängigkeitsbestrebungen erst zu dem Zeitpunkt in Erscheinung, als sich die Position Usbekistans als Rohstofflieferant im Rahmen der sowjetischen Arbeitsteilung verfestigt hatte und alle Vorteile auf Seiten der europäischen Republiken lagen. Ein wichtiger Erklärungsansatz für die Rückständigkeit der Unabhängigkeitsbewegungen in Zentralasien liegt in der komplizierten Vergangenheit der Republiken, die von der fehlenden Erfahrung der Nationalstaatlichkeit geprägt ist. Die Emanzipationsbewegungen waren in denjenigen Republiken stark, die auf eine kurze Periode der Nationalstaatlichkeit zurückblicken konnten. In Zentralasien gab es in der Geschichte keinen nationalen Staat im europäischen Sinne. Die turkestanischen Autonomiebewegungen der 20er Jahre strebten keinen Nationalstaat für Usbeken oder Tadschiken, sondern einen einheitlichen Staat für alle Völker der Region an. In diesem Sinne ist eine nationale usbekische Identität erst das Produkt des 20. Jahrhunderts. Sie hat

---

<sup>105</sup> Kappeler, Andreas: Russland als Vielvölkerreich, a.a.O., S.9

<sup>106</sup> Vgl. Halbach, Uwe: Politische Entwicklungen im nachsowjetischen Mittelasien: Usbekistan, a.a.O., S.13

sich mit der Grenzziehungspolitik der Sowjetunion innerhalb einer klar definierten Grenze gebildet und mit der Unabhängigkeit zu einem national-territorialen Staat entwickelt.

Aus außenpolitischer Perspektive hat das Jahr 1991 eine neue Seite in der Geschichte Usbekistans eröffnet. Nach fast 130jähriger Kolonial- und Sowjetherrschaft hat das Land wieder die Möglichkeit erhalten, seine Entwicklung selbst zu bestimmen. Nirgendwo auf der Welt hat die fremde Herrschaft die Besonderheit eines Volkes berücksichtigt, die Entwicklung seiner Traditionen gefördert. Daher ist die Gründung eines usbekischen Nationalstaats zumindest im Sinne seiner kulturellen Entwicklung ein bedeutender Schritt. Auf der anderen Seite bedeutet die Erklärung der Unabhängigkeit nur den Anfang eines langwierigen und mühsamen Weges zum Aufbau eines souveränen Staatswesens, in dem es neben Erfolgen auch Rückschläge geben kann. Mit Hilfe einer zielgerichteten Außenpolitik kann aber sein Fundament erfolgreich gefestigt werden und der Nationalstaat sich zu einem festen Bestandteil der internationalen Gemeinschaft entwickeln.



## 2. Kapitel. Das politische System der Republik Usbekistan

### 2.1 Zur Entstehungsgeschichte des politischen Systems

Der Grundstein des gegenwärtigen politischen System Usbekistans wurde Ende der 1980er Jahre durch die Machtübernahme des heutigen usbekischen Präsidenten Islam Karimow gelegt. Anfang Juni 1989 übernahm Islam Karimow, bis dahin der Chef des Gebietskomitees der Kommunistischen Partei in Kaschkadarja, den Posten des Ersten Sekretärs der KP Usbekistans. Zum Zeitpunkt seines Amtsantritts destabilisierte sich die gesamte politische Lage in Usbekistan durch die ethnischen Unruhen zwischen Usbeken und Turk Mescheten im Ferghanatal und in der Umgebung von Taschkent. Diese blutigen Ereignisse haben den politischen Werdegang Karimows als starker Führer entscheidend beeinflusst. Dementsprechend wurden die Bewahrung der Stabilität und Ordnung zum Leitmotiv und die Vermeidung sozio-ökonomischer Konflikte zum vorrangigen Ziel seiner Politik.

Stabilität wurde in erster Linie als die Stärkung des Staates verstanden und durch das Verbot von Gruppierungen mit anderen Zielen erreicht. Die Perestroika und die Glasnostpolitik der Unionsführung waren nicht ganz nach seinem Geschmack, er hat aber einen wichtigen Aspekt der neuen Politik der UdSSR richtig eingeschätzt und ausgenutzt und die Schwächung des Zentrums zur Verstärkung der republikanischen Führung genutzt<sup>107</sup>. 1990 sprach er sich für die Einführung des Präsidentenamtes in Usbekistan aus, das gegenwärtig den Kern des politischen Systems des Landes bildet. Am 2. März 1990 verabschiedete der Oberste Sowjet (Parlament) der Usbekischen SSR das diesbezügliche Gesetz und am 24. März 1990 wurde der Parteichef Islam Karimow vom Obersten Sowjet der Volksdeputierten zum Präsidenten der Usbekischen SSR gewählt. Damit war Usbekistan die erste Unionsrepublik, die eine Institution der Präsidentschaft eingeführt hatte. Der nächste Schritt zur Machtkonsolidierung bestand in der Einbindung des Ministerrates in das präsidentiale System. Anfang November 1990 wurde das Amt des Vorsitzenden des Ministerrates abgeschafft und der damalige Vorsitzende des Ministerrats Mirsaidow zum Vizepräsidenten ernannt. Damit vollzog Islam Karimow bereits ein Jahr vor der Unabhängigkeit eine in der damaligen Sowjetunion einmalige Machtkonzentration: er war gleichzeitig Staatspräsident, Regierungschef und Parteivorsitzender.

Dies alles wäre unmöglich gewesen, wenn Karimow, der Sohn eines einfachen Beamten, der bisher nicht zum inneren Machtzirkel der Nomenklatur gehörte und erst gegen Ende

---

<sup>107</sup> Halbach, Uwe: Politische Entwicklungen im postsowjetischen Mittelasien: Usbekistan, a.a.O., S.23

1986 einen höheren Parteiposten bekleidete, die herrschende Atmosphäre in der Gesellschaft nicht hätte spüren können. Damals herrschte in der usbekischen Gesellschaft, insbesondere in den Führungskreisen der Republik, ein gewisser Protest gegen die Politik des Kremls, der sich nach dem Bekanntwerden der „Baumwollaffäre“<sup>108</sup> hart gegen den usbekischen Parteiapparat wandte. Aus Russland und aus anderen Teilen der Sowjetunion wurden über 400 Partei- und Verwaltungskader nach Usbekistan geschickt, um hier die „sozialistische Ordnung“ wiederherstellen. Nach wenigen Monaten seiner Ernennung schickte Karimow diese sog. „Moskauer Fallschirmjäger“ nach Hause und bezeichnete diese Periode nach der Unabhängigkeit als „kommando-administrativer Druck des Zentrums“. Er rehabilitierte den Ersten Sekretär der Breschnew-Ära, Scharaf Raschidow, und ließ 1992 sogar seinen 75sten Geburtstag republikweit offiziell feiern. Dieser geschickte taktische Schritt ermöglichte es ihm, eine breite Koalition mit den alten Kadern des „Raschidow Klans“ aufzubauen und sich die Loyalität von Personen in Schlüsselpositionen zu sichern.

Ebenso schnell begriff Karimow die Wichtigkeit des nationalen Erwachens und übernahm die Losungen der nationaldemokratischen Bewegungen, die vor allem gegen Moskau gerichtet waren. Nunmehr wurden die Fragen bezüglich der Folgen der Baumwollmonokultur, das Problem des Austrocknens des Aralsees und die Sprachproblematik in den höheren Etagen der Staats- und Parteiführung diskutiert. Die Unionsführung wurde in der republikanischen Presse und in den Sitzungen des usbekischen Obersten Sowjets nicht nur von den Mitgliedern der neu entstandenen informellen Bewegungen, sondern auch von der lokalen Parteiführung scharf kritisiert. Hier setzte sich in den 1990 stattgefundenen Wahlen zum ersten Mal eine kleine Gruppe von Vertretern der informellen Bewegungen durch. Sie konnten im Parlament das Kräfteverhältnis nicht entscheidend beeinflussen und stellten eine relativ kleine Opposition dar. Aber die Zahl ihrer Anhängerschaft auf der Straße wuchs. Mit Hilfe des Obersten Sowjets erreichte Karimow die Isolierung der radikalen Demonstranten. Im August 1991 verkündete der Oberste Sowjet der Usbekischen SSR das Verbot von Demonstrationen und Massenversammlungen in der Öffentlichkeit.

Dabei muss berücksichtigt werden, dass das Entstehen eines „starken“ Präsidenten und seiner harten Stabilitätspolitik von der Masse der Bevölkerung unterstützt wurde. Die Mehrheit der usbekischen Bevölkerung war mehr an Stabilität als an einer demokratischen Entwicklung des Landes interessiert. Laut einer Umfrage betrachten sogar die

---

<sup>108</sup> Nach dem Tod des langjährigen Parteisekretärs Scharaf Raschidow (1983) wurden Unterschlagungs- und Planfälschungen im Baumwollsektor Usbekistans bekannt, in die ein großer Teil der Partei- und Verwaltungskader auf fast allen Ebenen verwickelt war und die in der Moskauer Presse als „usbekische Affäre“ bezeichnet wurde.

Demokratiefürworter „Ordnung“ als einen der wichtigsten politischen Werte, wobei 40 Prozent der „Demokraten“ in Usbekistan der Ansicht sind, dass oppositionelle Gruppen beschränkt oder sogar ganz verboten werden sollten<sup>109</sup>. Zudem hatten scharfe Maßnahmen der Regierung gegen die Kriminalität zu einem deutlich spürbaren Rückgang der Verbrechen in Usbekistan geführt. Dieser Erfolg festigte zeitweise das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Führung.

Nach dem Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit wurde die langfristige Notwendigkeit eines demokratischen Staatswesens mit einer starken bürgerlichen Gesellschaft zwar deklaratorisch hervorgehoben, jedoch machte Karimow auch klar, dass die Exekutive stark genug sein müsse, um die Interessen der breiten Schichten der Bevölkerung zu verteidigen und ethnischen, aber vor allem religiösem Extremismus nötigenfalls entgegenzutreten. Den autoritären Charakter seines Regimes begründete er mit der komplizierten Lage des Landes: „Ich gebe zu: Vielleicht gibt es in meinen Handlungen Zeichen des Autoritarismus. Ich erkläre es aber nur damit, dass man in bestimmten Zeitabschnitten der Geschichte, beim Aufbau der Eigenstaatlichkeit und um so mehr in der Periode des Übergangs von einem System zum anderen eine starke Exekutivmacht braucht. Sie ist notwendig, um das Blutvergießen und Konflikte zu vermeiden, für den Erhalt der interethnischen und bürgerlichen Eintracht, für Frieden und Stabilität in der Region, für die ich bereit bin, jeden und den teuersten Preis zu zahlen“<sup>110</sup>. Nach Karimow können „ohne eine starke Exekutivmacht sogar die auf demokratischste Art und Weise angenommenen Beschlüsse in Gefahr geraten“<sup>111</sup>.

Entgegen aller positiven Erwartungen, dass „die Festigung und Entwicklung der Macht des Präsidenten, die die Verwirklichung der gesetzgebenden Beschlüsse, den Schutz der Rechte und Freiheiten der Bürger, die Durchführung der politischen und wirtschaftlichen Reformen garantiert“<sup>112</sup>, führte sie in Wirklichkeit vielmehr zur Wiederherstellung der alten Herrschaftstradition der feudalen usbekischen Staaten Buchara und Chiva, in denen das Leben der Bürger sehr stark vom Herrscher und dessen hochrangigsten Dienern abhängig war. Dass das Amt des Präsidenten in der Tat auch als die Wiederherstellung der alten Herrschaftstradition der usbekischen Staaten angesehen werden kann, wird von usbekischen Wissenschaftlern positiv bewertet: „Die Einführung des Amtes des Präsidenten war auf der einen Seite die Anwendung der Erfahrung von demokratischen

---

<sup>109</sup> Vgl.: Khan, Azmat Hayat: Gegenwärtige sozio-politische und wirtschaftliche Trends in Zentralasien, in: Lange, Klaus (Hrsg.): Sicherheit in Zentral- und Südasien. München, 1999, S.78

<sup>110</sup> Karimow, Islam: Uzbekistan: natsional'naja nezawisimost', ekonomika, politika, ideologija (Usbekistan: nationale Unabhängigkeit, Wirtschaft, Politik, Ideologie). Band 1. Taschkent, 1996, S.138

<sup>111</sup> Karimow, Islam: Band 1, a.a.O., S.13

<sup>112</sup> ebenda

Ländern, auf anderer Seite ist sie die Wiederherstellung der in der usbekischen Nationalstaatlichkeit existierenden Tradition der Alleinherrschaft<sup>113</sup>.

## 2.2 Die neue Verfassung

Die zwischen 1989 und 1992 formierte faktische Machtkonstellation in Usbekistan wurde in der im Dezember 1992 verabschiedeten neuen Verfassung des Staates rechtlich verankert und damit wurde die zentrale Stellung des Präsidenten in der neuen politischen Ordnung Usbekistans de jure fixiert. Zudem leitete der Präsident die Arbeit der Verfassungskommission, die vom Parlament einberufen worden war. Die konstitutionelle Umgestaltung des Landes und die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines neuen Grundgesetzes waren auch durch die neue politische Situation, in der sich Usbekistan nun befand, bedingt. Zu diesem Zweck bildete das Parlament Anfang 1992 eine Verfassungskommission. Sie hat in der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Politikern zunächst konzeptionell ein theoretisches Modell der künftigen Verfassung erarbeitet. Die Arbeitsgruppe bereitete einen auf neuen Grundsätzen und Konzeptionen basierenden ersten Entwurf der Verfassung vor, der im Herbst 1992 vorgelegt wurde. Nach der Veröffentlichung des Entwurfes sind mehr als 6000 Anmerkungen und Vorschläge eingegangen. Die ausgiebige Diskussion des Entwurfes fand auf der 11. Sitzung der Obersten Sowjets der Republik statt. Im Laufe der Sitzung wurden etwa hundert Änderungen, Zusätze und Präzisierungen vorgenommen. Daraufhin wurde die Verfassung von dem damals höchsten repräsentativen Organ des Staates angenommen.

Aus der Perspektive der demokratischen Entwicklung des Landes und des Aufbaus eines Rechtsstaates ist der Grundrechtskatalog des neuen usbekischen Grundgesetzes, das die allgemeinen Prinzipien der Menschenrechte anerkennt, wichtig. In dieser Hinsicht stellt die neue Verfassung ein ganz neues Kapitel in der Geschichte der usbekischen Staatlichkeit dar. Sie ist ein entscheidender Bruch mit der totalitären und kolonialen Vergangenheit Usbekistans. Das Grundgesetz definiert Usbekistan als eine „souveräne demokratische Republik“ (Art.1). Als Staatssprache gilt Usbekisch. Ein respektvolles Verhältnis zu den Sprachen, Bräuchen und Traditionen der in ihrem Hoheitsgebiet angesiedelten Nationen und Völkerschaften wird vom Staat gefördert (Art. 4). Das zweite Kapitel der Verfassung (Art. 7-14) beschäftigt sich mit der Volksherrschaft und verkündet die Volksmacht im Lande. Danach ist „das Volk die einzige Quelle der Staatsmacht“, die „im Interesse des

---

<sup>113</sup> Komilov, Najmiddin: Söz boshi (Einführung), in: Husanov, Ozod u.a.: „Özbekiston Respublikasi prezidenti saylovi to'g'risida“gi qonunga sharhlar (Kommentarien zum Gesetz „Über die Wahlen des Präsidenten der Republik Usbekistan“), Taschkent, 1994, S.4

Volkes von den ausführenden Organen, die per Verfassung und einschlägigen Gesetzen bevollmächtigt wurden, ausgeübt wird“ (Art. 7). Das System der Staatsmacht im Lande basiert auf dem Prinzip der Gewaltenteilung in gesetzgebende, ausführende und rechtssprechende Gewalt (Art. 11). Das gesellschaftliche Leben in Usbekistan entwickelt sich auf der Grundlage der Vielfalt politischer Institutionen, Ideologien und Meinungen. Keine Ideologie darf als Staatsideologie festgesetzt werden (Art. 12). Die Demokratie in Usbekistan basiert auf gesamt menschlichen Prinzipien, nach denen der höchste Wert der Mensch ist, sein Leben, seine Freiheit, seine Ehre, seine Würde und die anderen unteilbaren Rechte. Demokratische Rechte und Freiheiten werden durch Verfassung und Gesetze geschützt (Art. 13). In der Verfassung ist Usbekistan nicht als ein sozialer Staat definiert worden, aber die soziale Gerechtigkeit wird garantiert: Der Staat baut seine Tätigkeit nach Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit im Interesse des Wohlstands des Menschen und der Gesellschaft (Art. 14).

Der zweite Abschnitt der Verfassung, der aus sieben Kapiteln besteht, widmet sich den „Grundrechten, Freiheiten und Pflichten des Menschen und Bürgers“. Der Grundrechtskatalog beginnt mit dem Kapitel „Allgemeine Bestimmungen“, in dem der Gleichheitsgrundsatz festgeschrieben ist: „Alle Bürger der Republik Usbekistan besitzen gleiche Rechte und Freiheiten und sind vor dem Gesetz gleich, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, Sprache, Religion, sozialer Herkunft, Überzeugung, Amts- und Gesellschaftsstellung“ (Art. 18). Die persönlichen Freiheitsrechte, die für die heutige politische Wirklichkeit Usbekistan außerordentliche Bedeutung haben, sind im Kapitel VII verankert. Dessen erster Artikel erklärt, dass „das Recht auf ein Leben unveräußerliches Recht eines jeden Menschen ist“ (Art. 24). Im Artikel 25 ist das Recht auf Freiheit und persönliche Unverletzbarkeit verankert und durch einen weiteren Absatz ergänzt, dass Personen nur auf der Grundlage eines Gesetzes verhaftet und unter Arrest gestellt werden dürfen. Der zweite Absatz des nächsten Artikels verbietet „Folter, Gewalt und andere grausame und die Menschenwürde erniedrigende Behandlung“ (Art. 26). Im Artikel 29 wird zunächst das Recht auf Freiheit des Gedankens, des Wortes und der Überzeugung garantiert. Danach folgt: „Jeder hat das Recht auf Suche, Erhalten und Verbreitung jeder Information mit der Ausnahme der Informationen, die gegen das konstitutionelle Regime gerichtet sind und anderer Beschränkungen, die im Gesetze vorgesehen sind“. Der zweite Absatz dieses Artikels besagt, dass die Freiheit der Meinung und Meinungsäußerung aufgrund von Staatsgeheimnissen und anderen Geheimnissen beschränkt werden kann. Das letzte Kapitel dieses Abschnittes heißt „Pflichten der Bürger“. Zu den Pflichten gehören unter anderem die „Beachtung der Verfassung und der Gesetze, die Achtung der Rechte, Freiheiten, Ehre und Würde der anderen, die Bewahrung des geschichtlichen, geistigen und kulturellen Erbes der Völker Usbekistans, behutsame Umgang mit der Umwelt, die Bezahlung von Steuern und Gebühren, die Ableistung des Militär- oder Zivildienstes“.

Insgesamt besteht die Verfassung aus 6 Abschnitten und 26 Kapiteln, die in den entsprechenden Punkten dieser Arbeit weiter behandelt werden.

Die Änderungsmöglichkeiten der Verfassung sind in dem letzten Abschnitt des Grundgesetzes festgelegt. Für die Änderung der usbekischen Verfassung ist keine zusätzliche Hürde errichtet worden. Sie bedarf im Parlament einer 2/3- Mehrheit der Gesamtzahl der Abgeordneten (Art. 128 Abs. 1). Wenn der Großteil der Volksabgeordneten eine Verfassungsänderung nicht befürwortet, gilt eine Sperrzeit von einem Jahr (Art. 128 Abs.2). Bisher wurden insgesamt zweimal Änderungen der Verfassung angenommen. 1993 wurde die in der Verfassung festgelegte Zahl der Abgeordneten des Oliy Mazhlis von 150 auf 250 erhöht. Das zweite Mal wurden 2003 gemäß den Ergebnissen des Volksreferendums von 27.01.2002 umfassende Änderungen in die Verfassung angenommen, die hauptsächlich die Kapitel XVIII-XX des Grundgesetzes betreffen. Die wesentlichen Momente dieser Änderung beinhalten die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten von fünf auf sieben Jahre und die Umstrukturierung des Parlaments von eine auf zwei Kammern.

Insgesamt gesehen macht die Verfassung Usbekistans den Eindruck eines demokratischen Dokuments. Aber wie ein deutscher Zentralasienwissenschaftler bemerkte: „zwischen den liberalen Grundwerten der Verfassung und der politischen Wirklichkeit in Usbekistan liegen Welten.“<sup>114</sup>

## **2.3 Der Präsident**

### **2.3.1 Stellung und Kompetenzen des Präsidenten**

Die Verfassung stattet den Präsidenten mit weitreichenden Kompetenzen aus, die alle drei Bereiche der Staatsmacht (Exekutive, Legislative und Judikative) umfassen. Dabei geht die usbekische Verfassung eigentlich von einer Gewaltenteilung insbesondere zwischen Exekutive und Legislative aus, so dass es sich de facto weniger um eine Gewaltenteilung, sondern um eine Gewalten-, „Konzentration“ im Amt des Präsidenten handelt. Eine zentrale Stellung im politischen Leben Usbekistans nimmt die Institution der Präsidentschaft ein. Es handelt sich beim politischen System der Republik Usbekistan um ein klares präsidiales System, obwohl dies im Grundgesetz des Landes nicht wörtlich verankert ist, anders als z.B. in den Verfassungen der anderen zentralasiatischen

---

<sup>114</sup> Halbach, Uwe: Politische Entwicklungen im nachsowjetischen Mittelasien: Usbekistan, a.a.O., S.8

Republiken wie etwa Kasachstan und Turkmenistan. Das präsidentiale System hat im Allgemeinen folgende Charakteristika:

- Präsident und Parlament sind für einen bestimmten Zeitraum unabhängig voneinander direkt gewählt (duale Legitimität), und ihr jeweiliges Verbleiben im Amt ist unabhängig von der Amtsperiode des anderen.
- Der Präsident verfügt über erhebliche Vollmachten, durch die er über einen bestimmten Zeitraum unabhängig vom Parlamentsvertrauen agieren kann.
- Der Präsident entscheidet über die Zusammensetzung von Kabinett und Verwaltung.
- Die Absetzung des Präsidenten kann nur durch ein Impeachment erfolgen<sup>115</sup>.

Alle diese Elemente eines präsidentiellen Systems sind im politischen System Usbekistans enthalten, wobei der letzte Punkt im Falle Usbekistan nicht vorgesehen ist. Der usbekische Präsident kann nur aus gesundheitlichen Gründen, wenn dies durch eine vom Parlament einberufene Kommission bestätigt wird, abgesetzt werden.

Laut der Verfassung ist der Präsident „der Garant der Einhaltung der Rechte und Freiheiten der Bürger, der Verfassung und Gesetze im Hoheitsgebiet der Republik Usbekistan, der Souveränität, Sicherheit und territorialen Unverletzbarkeit des Staates (Art. 93 Abs.1). Er ist zugleich „Oberhaupt des Staates und der Exekutivmacht im Lande“ (Art. 89). Der weitere Satz des Artikels „Der Präsident ist gleichzeitig Vorsitzender des Ministerkabinetts“ wurde im Zuge einer Verfassungsreform gestrichen. Der Präsident formiert und leitet die Tätigkeit der Regierung. Er schlägt dem Parlament den Kandidaten für das Amt des Premierministers vor<sup>116</sup>. Auf Vorschlag des Premierministers bestätigt er die Mitglieder des Ministerkabinetts (Art. 93 Abs.11) Ebenso in Übereinstimmung mit dem Premierminister verteilt er die Aufgaben der Regierung unter den Stellvertretern des Premierministers. Er ernennt und entlässt den Stellvertretenden Minister und den Vorsitzenden des Staatlichen Komitees und anderer Organe der Staatsverwaltung. Er ernennt und entlässt den Generalstaatsanwalt<sup>117</sup> (Art. 93 Abs.9). Die Ernennung und Entlassung der Hokime (Provinzgouverneure) gehört ebenfalls zu den Kompetenzen des Präsidenten, allerdings muss er diese Entscheidung vom jeweiligen Provinzrat der Volksdeputierten bestätigen lassen. Er kann die Hokime der Bezirke direkt entlassen. So ist

---

<sup>115</sup> Vgl.: Linz, Juan: Presidential or Parliamentary democracy?, in: Linz, Juan/Valenzuelo Arturo (eds.), The Failure of Presidential Democracy. Baltimore/London, 1994, S.3-8, hier S.6

<sup>116</sup> So steht es in der neuen Version der Verfassung (2003). Die alte Variante lautete: „Er ernennt und entlässt den Premierminister unter dem Vorbehalt der Bestätigung des Oliy Mazhlis“. Vgl. Konstitutsija Respublik Uzbekistan (Die Verfassung der Republik Usbekistan), Taschkent, 1999. (Nachfolgend: Verfassung 1999 und Verfassung 2003)

<sup>117</sup> Muss im nachhinein vom Senat bestätigt werden. (Verfassung 2003)

die Machtstellung des Präsidenten nicht nur horizontaler, sondern auch vertikaler Natur und erstreckt sich bis in die Bezirksverwaltung. Er kann die Akte der Staatsverwaltungsorgane oder der Hokime einstellen oder erheben lassen. (Art. 93 Abs.16). Die Kandidaten für den Vorsitzenden der Zentralbank und für das Staatskomitee für Umweltschutz werden ebenfalls vom Präsidenten dem Senat vorgeschlagen. Der Präsident ist darüber hinaus auch der Oberkommandierende der Streitkräfte. Er ernennt und entlässt das Oberkommando der Streitkräfte (Art. 93 Abs.20) und entscheidet selbst über die Beförderung der oberen Dienstgrade (Art. 93 Abs.21). In Fällen unmittelbar drohender Aggression, Massenunruhen, großer Katastrophen, Naturkatastrophen, Epidemien usw. verhängt der Präsident im Interesse der Sicherheit der Bürger über das gesamte Territorium oder einzelne Landesteile den Ausnahmezustand (Art. 93 Abs.15). Dies gilt auch für den Kriegszustand im Falle einer Aggression oder zur Erfüllung von Bündnispflichten (Art. 93 Abs.17). In beiden Fällen muss er aber innerhalb von drei Tagen seine Entscheidung im Parlament bestätigen lassen.

Diese exekutive Machtfülle wird durch den entsprechend großen Einfluss des Präsidenten im legislativen und judikativen Prozess ergänzt. So schlägt der Präsident dem Parlament – und jetzt auch dem Senat – Kandidaten für die Posten des Vorsitzenden und der Mitglieder des Verfassungsgerichts, des Obersten Gerichtshofs, und des Obersten Wirtschaftsgerichts (Art. 93 Abs.10) vor. Er ernennt und entlässt Richter der Gebiets-, Stadt- und Bezirksgerichte und der Wirtschaftsgerichte (Art. 93 Abs.11). Er kann gerichtlich verurteilte Bürger begnadigen (Art. 93 Abs.20). Er ernennt 16 von insgesamt 100 Mitgliedern des Senats. Der Präsident unterzeichnet die Gesetze der Republik Usbekistan und ist darüber hinaus berechtigt, ein Gesetz unter Angabe seiner Einwände zur wiederholten Diskussion und Abstimmung an das Parlament zurückgeben. Erst wenn das Parlament dann durch eine Zweidrittelmehrheit den bisher gefassten Beschluss bestätigt, ist der Präsident zur Unterzeichnung verpflichtet. Ist die normale Tätigkeit des Präsidenten dadurch gefährdet, dass das Parlament (Oliy Majlis) seine Zustimmung verweigert, oder werden wiederholt Beschlüsse gefasst, die der Verfassung widersprechen, kann das Oliy Majlis auf Beschluss des Präsidenten und in Übereinstimmung mit dem Verfassungsgericht aufgelöst werden. Im Falle der Auflösung des Oliy Majlis wird eine Neuwahl innerhalb von drei Monaten durchgeführt. Das Oliy Majlis darf allerdings nicht während eines Notstandes aufgelöst werden.

Bei der Durchsetzung dieser präsidentialen Machtfülle spielt die präsidentiale Administration, der sogenannte „Präsidentenapparat“, eine zentrale Rolle. Dieser besteht aus mehreren Beraterstäben, die nach Fachgebieten gegliedert sind und jeweils von einem staatlichen Berater geleitet werden. Im Unterschied zu vielen präsidentialen Administrationen im GUS-Raum (wie z.B. in Kasachstan, in Russland, in der Ukraine), wo der Leiter der



Administration eine zentrale Entscheidungsfigur darstellt, gibt es im usbekischen Präsidentenapparat keine wirklich feste Hierarchie. Neben dem Berater des Präsidenten für Kaderpolitik, der eine „verdeckte“ Führungsposition ausübt, sind es die Berater des Präsidenten, die den Entscheidungsprozess wesentlich beeinflussen. Dabei hängt das politische Gewicht des jeweiligen Beraters auch von seiner früheren Tätigkeit, der persönlichen Bindung an den Präsidenten usw. ab. Der Apparat des Präsidenten ist also kein kollegiales Beraterorgan, sondern basiert auf persönlicher Loyalität zum Präsidenten; dabei wird der Berater von außen auch als Interpret des präsidentialen Willens verstanden. Es kennzeichnet auch die Machtposition des Präsidenten, dass Existenz, Auswahl bzw. Tätigkeit der Berater weder gesetzlich geregelt noch verfassungsrechtlich abgesichert ist. Die genauen Hierarchien und Zuständigkeitsbereiche der höchstrangigen Mitglieder des präsidentialen Apparats sind daher für die Öffentlichkeit nicht transparent. Aber wenn man berücksichtigt, dass eines der wichtigsten Entscheidungsinstrumente in Usbekistan die Dekrete des Präsidenten sind, und jedes Dekret über den Tisch des jeweiligen staatlichen Beraters gehen muss, wird ihre Rolle im politischen Leben Usbekistans offensichtlich. Man kann davon ausgehen, dass alle wichtigen politischen Entscheidungen dort vorbereitet werden.

### **2.3.2 Wahlgesetz des Präsidenten und die bisherigen Präsidentschaftswahlen**

Die Amtszeit des Präsidenten beträgt sieben Jahre<sup>118</sup>. Er kann nur einmal wiedergewählt werden. Nach Ablauf seiner Amtszeit wird der bisherige Präsident auf Lebenszeit Mitglied des Senats<sup>119</sup>. Während seiner Amtszeit hat der Präsident kein Recht, seine Vollmachten auf Staatsorgane oder Amtspersonen zu übertragen. Wenn der Präsident aus gesundheitlichen Gründen, die eine vom Parlament berufene medizinische Kommission bestätigen muss, seine Pflichten nicht erfüllen kann, wird binnen einer Zehntagefrist auf einer außerordentlichen Sitzung des Oliy Majlis aus der Mitte der Abgeordneten ein Interimsstellvertreter des Präsidenten für eine Zeit von drei Monaten gewählt. Danach muss innerhalb von drei Monaten durch allgemeine Wahlen ein neuer Präsident der Republik Usbekistan vom Volk gewählt werden (Art. 96).

Nach der Verfassung kann jeder Bürger der Republik Usbekistan, der mindestens 35 Jahre alt ist, die Staatssprache (Usbekisch) beherrscht und mindestens zehn Jahre unmittelbar vor den Wahlen ununterbrochen auf dem Territorium der Republik Usbekistan wohnhaft war, für das Amt des Präsidenten kandidieren (Art. 90). Die Durchführung der Wahl des Präsidenten wird durch das Gesetz „Über die Wahl des Präsidenten der Republik

---

<sup>118</sup> Bis 2002 fünf Jahre. (Verfassung 1999)

<sup>119</sup> Bis 2005 Mitglied des Verfassungsgerichts. (Verfassung 1999)

Usbekistan“, das am 21. November 1991 verabschiedet wurde<sup>120</sup>, geregelt. Der usbekische Präsident wird in direkter, allgemeiner und geheimer Wahl gewählt. Das Recht auf Nominierung der Präsidentschaftskandidaten besitzen politische Parteien und Vertretungsorgane der Staatsgewalt. Eine politische Partei, die einen Kandidaten zum Amt des Präsidenten aufstellen möchte, muss mindestens sechs Monate vor Beginn der Präsidentschaftswahlen vom Justizministerium registriert worden sein. Jeder Kandidat muss bei der Zentralen Wahlkommission mindestens 1% Unterschriften aus der Gesamtzahl der Wahlberechtigten vorlegen, wobei er aus einer administrativ-territorialen Einheit nicht mehr als 8 Prozent der gesamten Unterschriften sammeln darf<sup>121</sup>. Personen, die für ein Verbrechen verurteilt wurden, sich in einem Strafprozess befinden oder strafrechtlich verfolgt werden oder den Beruf eines religiösen Angestellten ausüben, dürfen nicht als Präsidentschaftskandidat registriert werden.

Bisher sind in Usbekistan zwei allgemeine Präsidentschaftswahlen durchgeführt worden. Die ersten Präsidentschaftswahlen haben Ende Dezember 1991 auf alternativer Basis stattgefunden. Es kandidierten Islam Karimov, der vom Parlament gewählte amtierende Präsident, zugleich Vorsitzender der zur Volksdemokratischen Partei umgewandelten ehemaligen Kommunistischen Partei und Muhammad Solih, Dichter und Vorsitzender der oppositionellen Demokratischen Partei „Erk“ („Freiheit“). Karimov wurde mit 86 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Sein Gegenkandidat erhielt 12,6 Prozent der Stimmen. 1995 wurde die Amtsperiode des Präsidenten per Referendum bis zum Jahr 2000 verlängert. In den zweiten Wahlen, die im Januar 2000 stattfanden, waren wieder zwei Kandidaten aufgestellt. Zugleich haben mehrere Parteien die Kandidatur des amtierenden Präsidenten Islam Karimow unterstützt. Schließlich ging er in die Wahl als offizieller Kandidat der 1998 gegründeten Nationaldemokratischen Partei „Fidokorlar“ („Selbstaufopferer“). Sein Gegenkandidat war diesmal der weitgehend unbekannte Abdulhafiz Jalolov, Philosoph und Vorsitzender der Volkdemokratischen Partei. Bei 94,5% Wahlbeteiligung gewann Islam Karimow mit einer großen Mehrheit der Stimmen (91,3%). Aber die Tatsache, dass sein Gegenkandidat selbst auch für ihn gestimmt hatte, hat die Seriosität der Wahlen vor der Weltgemeinschaft in Frage gestellt<sup>122</sup>.

Die nächsten Wahlen sollten eigentlich Anfang 2005 stattfinden. In einem Referendum im Februar 2002 wurde aber die Amtszeit des Präsidenten von fünf auf sieben Jahre verlängert. So hat der amtierende Präsident Karimow die Möglichkeit erhalten, bis Ende

---

<sup>120</sup> Vgl.: Husanov, Ozod u.a: „Özbekiston Respublikasi prezidenti saylovi to‘g‘risidagi“ qonunga sharhlar (Kommentarien zum Wahlgesetz des Präsidenten der Republik Usbekistan). Taschkent, 1999, S.7

<sup>121</sup> ebenda

<sup>122</sup> Vgl.: Nienhuysen, Frank: Demokratisches Feigenblatt, in: SZ, 10.01.2000

2007 im Amt zu bleiben. Das Parlament setzte als neuen Wahltermin den Dezember 2007<sup>123</sup>.

## 2.4 Parlamentarismus

### 2.4.1 Das Oliy Mazhlis

Rein strukturell gesehen hat das Parlementsysteem in Usbekistan in der bisherigen Entwicklung drei Phasen durchlaufen: Der Oberste Sowjet (1990-1994), das Oliy Mazhlis (1995-2004) und die Umwandlung des Oliy Mazhlis zum Zwei-Kammer-Parlament ab 2005. Der Übergang von einer Parlamentstruktur zur anderen wurde von einer beispiellosen Kontinuität begleitet. Es kam zu keinem Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Vertretungsorgan wie das in Kasachstan, in der Ukraine und am blutigsten in Russland der Fall war. Alle bisherigen Parlamente haben bis Ende ihrer Legislaturperiode funktioniert und mit legislativen Maßnahmen den Weg für ein neues Vertretungsorgan vorbereitet. Keines von ihnen wurde vorzeitig aufgelöst, um den Übergang zu einer neuen Parlamentsstruktur zu beschleunigen.

Der 1990 gewählte Oberste Sowjet Usbekistans der 12. Legislaturperiode, der aus 500 Volksdeputierten bestand, arbeitete bis Ende 1994. Er verabschiedete die wichtigsten Gesetze in den ersten Jahren der Unabhängigkeit, darunter jenes über die Einführung des Präsidentenamtes, die Deklaration über die staatliche Unabhängigkeit Usbekistans, die Verfassung des Landes und das Gesetz über das Oliy Mazhlis, das neue Parlament der Republik Usbekistan. Die Wahlen zum Obersten Sowjet fanden auf alternativer Basis statt. Der Hauptkampf brach zwischen den Kommunisten und parteilosen Kandidaten auf<sup>124</sup>. Eine kleine Gruppe von oppositionell gesinnten nationaldemokratischen Gruppierungen schaffte zum ersten Mal den Einzug in das Parlament. Viele von ihnen und die anderen unabhängigen Volksvertreter wurden aber später mit Hilfe des Gesetzes „Über den Widerruf eines Volksdeputierten“, das es auch dem Rat des Obersten Sowjets ermöglichte, Abgeordneten entlassen, abgewählt oder zum vermeintlich freiwilligen Verlassen des

---

<sup>123</sup> Siehe „Konstitutsionnij Zakon Respubliki Uzbekistan ob itogax referendumu i osnovnych printsipach organizatsii gosudarstvennoj vlasti“ vom 04.04.2002, in: Xalq sözi, 10.04.2002

<sup>124</sup> Die Verfassung der Usbekischen SSR erlaubte zu diesem Zeitpunkt noch keine Wahlen auf Mehrparteienbasis. Damals existierten viele nationaldemokratische Bewegungen, aber ihre Registrierung und die Teilnahme an den Wahlen waren rechtlich unmöglich. Sie sind dann als parteilose oder unabhängige Kandidaten in die Wahlen gegangen.

Parlaments gezwungen<sup>125</sup>. So stellte ab Mitte 1992 der Oberste Sowjet Usbekistans ein präsidententreues Vertretungsorgan dar.

Im Januar 1995 übergab dann der Oberste Sowjet seine Funktionen an das neu gewählte Oliy Mazhlis, dessen Struktur und Kompetenzen in der Verfassung von 1992 schon verankert waren. Noch vor dem Präsidenten und der Regierung wird in Abschnitt IV der Verfassung das Parlament, das Oliy Mazhlis behandelt. Dort wird erklärt, dass das Oliy Mazhlis, also das usbekische Einkammerparlament, das höchste Gesetzgebungsorgan im Lande ist. Das Oliy Mazhlis besteht aus 250 Volksdeputierten, die für fünf Jahre in allgemeiner, geheimer und direkter Wahl gewählt werden. Außer diesem quantitativen Unterschied zum Obersten Sowjet hat das Oliy Mazhlis auch qualitative Unterschiede, die vor allem sein Wahlverfahren betreffen. Die Wahlen zum Oliy Mazhlis sollten laut Verfassung auf Mehrparteienbasis stattfinden. Den politischen Parteien und anderen Deputierten wird die Bildung eigener Fraktionen und Deputiertenblocks ermöglicht. In der Struktur des Parlaments wurde des weiteren das Amt des Menschenrechtsbeauftragten (Ombudsmann) und das Institut für Monitoring der geltenden Gesetzgebung geschaffen.

Die Kompetenzen des usbekischen Parlaments sind aufgrund der starken Stellung des Präsidenten als Staats- und Regierungschef geringer als die eines jeden europäischen Parlaments. Laut Artikel 78 der Verfassung hat das Oliy Mazhlis folgende Zuständigkeiten:

- Annahme der Verfassung, Einfügen von Änderungen und Ergänzungen;
- Annahme der Gesetze, Einfügung von Änderungen und Ergänzungen;
- Setzung der Prioritäten in Innen- und Außenpolitik und Annahme der strategischen Staatsprogramme;
- Bestimmung des Systems und der Vollmächte der gesetzgebenden, vollziehenden und der Gerichtsgewalt;
- Annahme von neuen Staatsbildungen in der Republik Usbekistan und Bestätigung ihres Austritts aus der Republik Usbekistan;
- Gesetzliche Regelung der Zoll-, Währungs- und Kreditangelegenheiten;
- Gesetzliche Regelung des administrativ-territorialen Aufbaus, Änderung der Grenze der Republik Usbekistans;
- Annahme und Kontrolle des Staatshaushaltes nach Vorschlag des Ministerkabinetts, Einführung von Steuern und sonstiger Pflichtabgaben;
- Ansetzung der Wahlen zum Parlament und zu anderen Vertretungsorganen, Bildung der Zentralen Wahlkommission;

---

<sup>125</sup> So verließ der Vorsitzende der Demokratischen Partei „Erk“, Muhammad Salih, aus Protest gegen die Politik des Staatspräsidenten am 2. Juni 1992 das Parlament.

- Ansetzung der Wahlen zum Präsidenten nach der Beendigung seiner Amtsperiode;
- Wahl des Verfassungsgerichts, des Obersten Gerichts, des Obersten Wirtschaftsgerichts;
- Bestätigung der Erlasse des Präsidenten über die Ernennung des Premierministers, seiner Stellvertreter und anderer Mitglieder des Ministerkabinetts;
- Bestätigung der Erlasse des Präsidenten über die Ernennung des Generalstaatsanwalts und seiner Stellvertreter;
- Ernennung und Entlassung des Vorsitzenden der Zentralbank nach Vorschlag des Präsidenten;
- Bestätigung der Erlasse des Präsidenten über die Bildung und Auflösung von Ministerien, Staatsausschüssen und anderen Verwaltungsorganen;
- Bestätigung der Erlasse des Präsidenten über die Verhängung des Kriegs- und Ausnahmezustands;
- Ratifizierung und Kündigung internationaler Abkommen und Vereinbarungen;
- Bildung, Auflösung, Benennung der Gebietseinheiten der Republik Usbekistan und Veränderung ihrer Grenzen.

Die außenpolitischen Kompetenzen des Oliy Mazhlis werden durch die Ratifizierung und Kündigung zwischenstaatlicher und internationaler Verträge begrenzt. Außerdem könnte das Parlament bei der Erarbeitung von Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik mitwirken, was aber nie wahrgenommen wurde. Das Oliy Mazhlis bildete ein Ausschuss für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, der in beiden Legislaturperioden von einem Dichter geleitet wurde. Der Ausschuss beschäftigte sich mehr mit dem Aufbau interparlamentarischer Beziehungen und übte kein Einfluss auf die Formierung der usbekischen Außenpolitik aus, wie das Parlament insgesamt auch. Eine kleine Ausnahme bildete der Umstand, dass der Vorsitzende des Oliy Mazhlis den Präsidenten auf zweitrangigen Gipfeln vertreten hat.

Eine Sitzung des Oliy Majlis ist beschlussfähig, wenn zwei Drittel der Abgeordneten teilnehmen (Art. 79). Die Gesetze werden mit einfacher Mehrheit angenommen. Das Oliy Majlis bildet Ausschüsse und Kommissionen, die während der gesamten Legislaturperiode tätig sind. Da das usbekische Parlament kein ständiges Organ darstellte und sich nur einige Male im Jahr zu Sitzungen versammelte<sup>126</sup>, wurde die hauptsächliche Arbeit in Bezug auf Vorbereitung der Gesetze von den Ausschüssen und Kommissionen geleistet. Das 1999

---

<sup>126</sup> Das Oliy Mazhlis der 1. Legislaturperiode versammelte sich während der fünfjährigen Tätigkeit zu 15 Sitzungen, also 3 Mal pro Jahr. Die Sitzungen dauern höchstens 2 Tage. Siehe ausführlich zur Tätigkeit des usbekischen Parlaments: Khalilov, Erkin: *Özbekiston Respublikasi parlamenti: Birinchi chaqiriq Oliy Mazhlisining faoliyati* (Das Parlament der Republik Usbekistan: Die Tätigkeit des Oliy Mazhlis der ersten Legislaturperiode). Taschkent, 1999

gewählte Parlament besaß 12 Ausschüsse und 4 Kommissionen. Der Parlamentsvorsitzende, seine Stellvertreter und der Vorsitzende der Ausschüsse, der Kommissionen, der Fraktionen und Gruppen bilden den ständigen Rat (Kengash) des Oliy Mazhlis. In der plenarfreien Zeit übernahm der ständige Rat die Parlamentsfunktion, allerdings ohne Gesetzgebungsrecht.

Die Abgeordneten des Oliy Mazhlis werden in 250 territorialen Direktwahlkreisen nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt. Das Wahlverfahren zum Parlament der Republik Usbekistan ist im Gesetz „Über die Wahlen zum Oliy Mazhlis der Republik Usbekistan“ vom 28. Dezember 1993 festgelegt worden. Laut des Wahlgesetzes kann jeder Bürger der Republik Usbekistan, der das Alter von 25 Jahren vollendet hat, für einen Parlamentsitz kandidieren. Kandidaten für das Oliy Mazhlis können von den obersten Gremien der politischen Parteien, die mindestens sechs Monate vor der Wahlerklärung offiziell registriert worden sind, nominiert werden. Die Parteien benötigen für ihre Registrierung außerdem mindestens 50 000 Unterschriften, die bei der Zentralen Wahlkommission vorgelegt werden müssen. Auch das Schokargy Kengasch (Parlament) der Republik Karakalpakstan sowie die Kengasche (Parlamente) der Provinzen und der Stadt Taschkent dürfen Kandidaten aufstellen. Die Kandidaten von den Initiativgruppen der Wähler wurden zu den Wahlen für das Oliy Mazhlis der 1. Legislaturperiode nicht zugelassen. Eine in das Wahlgesetz 1999 vorgenommene Änderung erlaubte ihnen jedoch die Teilnahme an den zweiten Wahlen.

Zu den ersten Wahlen zum Oliy Mazhlis, die im Dezember 1994 stattfanden<sup>127</sup>, wurden zwei offiziell registrierte Parteien<sup>128</sup> zugelassen. Zum einen als Nachfolgerin der Kommunistischen Partei die Volksdemokratische Partei Usbekistans (Xalq demokratik partiyasi, XDP), sowie zum zweiten die Demokratische Partei „Fortschritt des Vaterlandes“ („Vatan taraqqiyoti“ demokratik partiyasi, VTDP). Außerdem konnten die Kandidaten durch die örtlichen Räte der Volksdeputierten aufgestellt werden. Insgesamt waren 643 Kandidaten bei der Zentralen Wahlkommission registriert, davon 247 von XDP, 146 von VTDP und 250 von den örtlichen Räten der Volksdeputierten<sup>129</sup>. Die Kandidaten, die von den örtlichen Kengaschen aufgestellt worden waren, erlangten 167 Sitze (67%), die der Volksdemokratischen Partei 69 Sitze (28%) und die der Demokratische Partei

---

<sup>127</sup> In 78 Wahlkreisen haben am 25. Dezember 1994 Wahlwiederholungen stattgefunden. In 7 Wahlkreisen fand sogar eine dritte Runde statt.

<sup>128</sup> Für die Parteienlandschaft Usbekistans siehe Abschnitt 2.7 dieses Kapitels.

<sup>129</sup> Khalilov, Erkin: Özbekiston Respublikasi parlamenti: Birinchi chaqiriq Oliy Mazhlisining faoliyati, a.a.O. S.26-27

„Vatan taraqqiyoti“ 14 Sitze (5%)<sup>130</sup>. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,6 Prozent<sup>131</sup>. Später wurden aus den Reihen dieser Parteien und anderer Abgeordneten zwei weitere Fraktionen: Die Sozialdemokratische Partei „Gerechtigkeit“ („Adolat“ Sotsial-Demokratik partiyasi, ASDP) mit 47 und die Nationaldemokratische Partei „Nationale Wiedergeburt“ („Milliy tiklanish“ demokratik partiyasi, MTDP) mit 7 Mitglieder. So waren im ersten Oliy Mazhlis vier Fraktionen von politischen Parteien und ein Abgeordnetenblock vertreten.

In den zweiten Parlamentswahlen, die am 5. Dezember 1999 stattfanden<sup>132</sup>, haben fünf politische Parteien, Initiativgruppen von Wähler und die Kandidaten der örtlichen Räte teilgenommen. Von insgesamt 1010 registrierten Kandidaten waren 180 Vertreter der Volksdemokratischen Partei, 207 der Nationaldemokratischen Partei „Fidokorlar“, 108 der Demokratischen Partei „Watan taraqqiyoti“, 119 der Sozialdemokraten und 93 der Nationaldemokratischen Partei „MT“. Die Initiativgruppen stellten insgesamt 98 Kandidaten und die örtlichen Räte 205 Kandidaten auf<sup>133</sup>. Das Ergebnis der Wahlen sah so aus: Die Volksdemokratische Partei errang 48 (19,2%), die Nationaldemokratische Partei „Selbstaufopferer“ (Fidokorlar Milliy demokratik partiyasi, FMDP) 34 (13,6%), die Partei „Fortschritt des Vaterlandes“ 20 (8%), die Sozialdemokratische Partei „Adolat“ („Gerechtigkeit“) 11 (4%), die Nationaldemokratische Partei „Milliy tiklanish“ („Nationale Wiedergeburt) 10 (4%), die Unabhängigen Kandidaten errangen 16 (6,4%) und die Kandidaten vom örtlichen Rat der Volksabgeordneten 110 (44%) Sitze<sup>134</sup>. Sie alle bildeten ihre eigenen Fraktionen und Deputiertenblocks.

Trotz der offiziellen Behauptungen, dass das Oliy Mazhlis eine neue Form des Parlamentarismus darstellte, bestand der Unterschied zwischen dem Obersten Sowjet und dem Oliy Mazhlis lediglich im Namen und in der Zahl der Deputierten. Der usbekische Parlamentarismus ist kein „politisches Organisationsmodell, in dem ein Parlament am politischen Kräftespiel beteiligt ist und ein Gegengewicht zur Regierung bildet“<sup>135</sup>. Das Oliy Mazhlis war kein entscheidender Bruch mit der sowjetischen Parlamentarismus-

---

<sup>130</sup> Es muss erwähnt werden, dass die Großzahl der Abgeordneten, die als Kandidaten der örtlichen Kengasche den Einzug in das Parlament schafften, ebenfalls Mitglieder der XDP waren. Damit lag die faktische prozentuale Anteilhabe der XDP im ersten Oliy Mazhlis etwa bei 90%.

<sup>131</sup> Die ersten Parlamentswahlen erfolgten in drei Durchgängen. Im ersten Wahlgang wurden 205 Abgeordnete gewählt. Die weiteren 45 wurden in der zweiten und dritten Runde, die am 8. und 22. Januar 1995 stattfanden, gewählt.

<sup>132</sup> In 66 Wahlkreisen wurden wiederholte Abstimmungen geführt. Siehe „Xalq sözi“, 11.12.1999

<sup>133</sup> ebenda

<sup>134</sup> ebenda

<sup>135</sup> Vgl.: Neumann, Franz: Parlamentarismus, in: Drechsler, Hanno/Hilligen, Wolfgang/Neumann, Franz (Hrsg.): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. 9.Auflage, München, 1995. S.609-612

tradition. „Die Parlamente in sozialistischen Staaten waren nichts anderes als ausführende Organe der jeweiligen kommunistischen Staatsparteien“<sup>136</sup>.

Die passive Haltung des Oliy Mazhlis ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Fehlende verfassungsrechtliche Kontrollinstrumente des Parlaments über die Regierung. In der usbekischen Verfassung sind parlamentarische Kontrollinstrumente gegenüber der Regierung (Ablehnung des Regierungsprogramms, Vertrauensfrage, Misstrauensvotum, Fragestunde, parlamentarische Anfrage oder Untersuchungsausschüsse) nicht vorgesehen.
- Personen und Parteien. Die Bedeutung des Parlaments im politischen Leben des Landes sank nicht nur wegen verfassungsrechtlicher Rahmenbedingungen, sondern vielmehr wegen der Personen, die die Mehrheit im Parlament bildeten.
- Kandidaten der örtlichen Kengasche. Das Wahlgesetz von 1994 ermöglichte neben politischen Parteien auch den Lokalräten, Kandidaten zur Parlamentswahl aufzustellen, wodurch hauptsächlich von der Exekutive abhängige Verwaltungskader in das Parlament gelangten. Sie stellten den überwiegenden Teil der Abgeordneten: 234 (23%) im ersten und 134 (23%) im zweiten Oliy Mazhlis.
- Beherrschung des Parlaments durch die Kader der Exekutive und von ihr politisch und finanziell abhängiger Kader. In den vergangenen zwei Parlamentswahlen (1994, 1999) hat kein einziger vom Staat unabhängiger Kandidat ein Mandat gewonnen. Sogar diejenigen Volksvertreter, die durch die Initiativgruppen der Wählerschaftsgruppierungen ins Parlament gelangt waren und dort die Fraktion der so genannten „Unabhängigen Abgeordneten“ bildeten, waren in Wirklichkeit nur parteilos, aber keinesfalls unabhängig. Das Kontingent des Oliy Mazhlis der beiden Legislaturperioden entstammte vor allem den Leitungen der Provinzen und Bezirksverwaltungen (Hokime), es waren Direktoren und höhere Angestellte der staatlichen und halbstaatlichen Betriebe, Rektoren und Prorektoren der staatlich finanzierten Universitäten und Hochschulen, Mitarbeiter des Präsidentenapparats sowie Chefredakteure ebenfalls staatlich finanzierter Zeitungen. So stellten die ersten zwei Gruppen 86 (34,4%) und 97 (38,8%) Abgeordnete im Oliy Mazhlis der ersten Legislaturperiode.
- Es wäre falsch, die Wahlen zum usbekischen Parlament als zu monoton zu bezeichnen. Es herrschte durchaus Konkurrenz. Diese Konkurrenz war aber von besonderer Natur. Sie war kein Wettbewerb zweier politischer Plattformen oder Ansichten, sondern ein Prestigekampf zwischen regimetreuen Kandidaten.

---

<sup>136</sup> ebenda



Man kann also davon ausgehen, dass nicht zuletzt die hier erwähnten Faktoren zur Umbildung des Oliy Mazhlis zu einem Zweikammerparlament geführt haben. Bei der Begründung werden diese Faktoren aber nicht offen angeführt.

#### **2.4.2 Parlamentsreform 2002-2004 und die neuen Wahlen**

Die Initiative zur Reformierung des Parlaments, in der es zu einem Zweikammerparlament umgewandelt werden sollte, kam vom usbekischen Präsidenten. Er begründete seinen Vorschlag mit der Notwendigkeit der adäquaten Anpassung an „die Veränderungen des Lebens, die Erhöhung des politischen und geistigen Zustands der Bevölkerung“<sup>137</sup>. In seinem Entwicklungsweg soll Usbekistan das Niveau erreicht haben, in dem er über ein ständig wirkendes, professionelles Parlament mit zwei Kammern verfügen solle. Nach Karimow sollte das Oberhaus mehr die Interessen der Regionen vertreten und das Unterhaus sich mit der professionellen Ausarbeitung der Gesetze beschäftigen<sup>138</sup>.

Um die Initiative des Präsidenten zu verwirklichen, anordnete das Oliy Mazhlis eine Volksabstimmung, also ein Referendum, an, in dem außer der Frage der Form des Parlaments auch eine weitere über die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten von fünf auf sieben Jahre gestellt wurde. In dem am 27. Januar 2002 stattfindenden Volksentscheid hat der überwiegende Teil der Beteiligten bei 95 Prozent Beteiligung der Stimmberechtigten die beiden zum Referendum gestellten Fragen positiv beantwortet. Gemäß dem Ergebnis des Referendums verabschiedete das Oliy Mazhlis ein Verfassungsgesetz „Über die Ergebnisse des Volksreferendums und die Prinzipien der Organisation der Staatsmacht“, in dem die Bildung des Zweikammerparlamentarsystems und die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten von fünf auf sieben Jahre gesetzlich verankert wurden. Dieses Gesetz galt als Grundlage für die Annahme von umfangreichen Änderungen in die Verfassung, die im September 2003 vom Oliy Mazhlis verabschiedet wurden. Die Änderungen betrafen vor allem die Abschnitte XVIII-XX der Verfassung, die sich mit den Organen der Staatsmacht im Lande beschäftigen.

Das neue usbekische Zweikammernparlament hat den alten Namen Oliy Mazhlis beibehalten und erhält ein Oberhaus (den Senat) und ein Unterhaus, das Gesetzgebende Kammer (Qonunchilik Palatasi) genannt werden soll. Die Legislaturperiode der beiden Kammern wird mit fünf Jahren festgesetzt. Das Oberhaus, der Senat, setzt sich aus 100 Mitgliedern zusammen, die indirekt durch die Provinzparlamente (Viloyat Kengaschi)

---

<sup>137</sup> „Izmeneniye i obnoveniye- trebowaniye zhizni“ („Wandlung und Erneuerung sind das Verlangen des Lebens.“) Die Rede des usbekischen Präsidenten auf der 2. Sitzung des Oliy Mazhlis der 2. Legislaturperiode am 25.05.2000, in: Karimow, Islam: Band VIII. Taschkent, 2001, S.234

<sup>138</sup> ebenda

gewählt werden. Die Republik Karakalpakistan, die Stadt Taschkent und die 12 weiteren Provinzen schicken je 6 Vertreter in den Senat. Die anderen 16 Mitglieder des Senats werden durch den Präsidenten bestimmt. Die 100 Mitglieder des Senats genießen während der gesamten Dauer ihrer Vollmachten Immunität, über deren Aufhebung der Senat auf Vorschlag der Generalstaatsanwaltschaft entscheidet. Der Senat kann auf der Grundlage des Gesetzes Komitees und zusätzlich für die Erledigung bestimmter oder zeitlich begrenzter Aufgaben Kommissionen bilden. Im Senat spielt die Parteipolitik keine Rolle. Es dürfen im Senat keine parteipolitischen oder territorialen Gruppierungen gebildet werden. Der Senat bildet einen Rat, dem der Vorsitzende des Senats, seine Stellvertreter und die Vorsitzenden der Komitees des Senats angehören. In der plenarfrienen Zeit übernimmt der Rat des Senats die Funktionen des Senats.

Das Unterhaus des Oliy Mazhlis, die Gesetzgebende Kammer, besteht aus 120 Deputierten, die in direkten, geheimen Wahlen auf der Grundlage der Mehrparteienbasis nach territorialem Prinzip gewählt werden. Das Wahlgesetz erlaubt außer politischen Parteien auch Wählergruppen, Kandidaten aufzustellen<sup>139</sup>. Mitglieder der Kammer sind als Vollzeitparlamentarier tätig. Im Unterhaus werden Fraktionen und Deputierten-gruppierungen gebildet. Jede Fraktion oder Abgeordnetengruppierung muss mindestens 9 Mitglieder haben. Der Vorsitzende der Kammer, seine Stellvertreter und die Vorsitzenden der Ausschüsse, der Kommissionen, der Fraktionen und Gruppen bilden den ständigen Rat (Kengash) des Unterhauses. In der plenarfrienen Zeit übernimmt der ständige Rat die Parlamentsfunktion, allerdings ohne gesetzgeberisches Recht. Der Parlamentsvorsitzende und seine vier Stellvertreter werden zu Beginn einer Legislaturperiode gewählt. Sie können für eine weitere Legislaturperiode wiedergewählt werden.

Die Zuständigkeiten des neu strukturierten Parlaments wurden nicht wesentlich erweitert. Obwohl jetzt das Parlament die Kandidatur des Premierministers erörtern und danach bestätigen kann<sup>140</sup>, fehlen ihm immer noch die klassischen Kontrollinstrumente gegenüber der Regierung (Ablehnung des Regierungsprogramms, Misstrauensvotum, Fragestunde, parlamentarische Anfrage oder Untersuchungsausschüsse). Im Wesentlichen wurden die Zuständigkeiten und Kompetenzen des früheren Oliy Mazhlis entweder als gemeinsame Sache der beiden Kammern definiert oder alleine dem Senat zugewiesen. Die wichtigsten Kompetenzen des Parlaments, für die beide Kammern zuständig sind, sind die Annahme von Änderungen der Verfassung, die Verabschiedung des Staatsbudgets und die Kontrolle

---

<sup>139</sup> Damit entfällt die alte Regel des Wahlgesetzes, wonach auch die örtlichen Rate (Kengasche) Kandidaten aufstellen können. Vgl. „Zakon Respublik Uzbekistan o vyborah w Oliy Mazhlis Respubliki Uzbekistan“ (Das Gesetz der Republik Usbekistan über die Wahlen in das Oliy Mazhlis der Republik Usbekistan“), in: Narodnoe Slowo, 23.04.2003

<sup>140</sup> Früher konnte das Parlament ihn nur bestätigen. (Verfassung 1999)

über seine Ausführung, die Erarbeitung der Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik und die Annahme der strategischen Staatsprogramme. Die Ernennung der Verfassungsrichter, der Mitglieder des Obersten Gerichtshofs, des Obersten Wirtschaftsgerichts, des Vorsitzenden der Zentralbank, des Vorsitzenden des staatlichen Umweltschutzkomitees auf Präsidentenvorschlag, die Bestätigung der Dekrete des Staatspräsidenten über die Ernennung und Entlassung des Generalstaatsanwaltes und seiner Stellvertreter sowie des Vorsitzenden des nationalen Sicherheitsdienst gehören alleine zum Kompetenzbereich des Senats. Die außenpolitisch relevanten Zuständigkeiten des neuen Parlaments wurden auf die Ernennung und Entlassung der diplomatischen Vertreter im Ausland auf Vorschlag des Präsidenten erweitert, wobei diese Kompetenzen alleine dem Senat zukommen. Ob das neue Parlament im außenpolitischen Bereich einflussreicher als sein Vorgänger werden kann oder nicht, hängt von der gesamten Entwicklung des Parlamentarismus und von dem Aktivierungspotenzial der Position der politischen Parteien ab.

Ein von der Gesetzgebenden Kammer gebilligtes Gesetz gilt als beschlossen, wenn der Senat mit der Hälfte seiner Mitglieder diesem Gesetz zustimmt und es vom Präsidenten unterschrieben wird. Falls ein Gesetz vom Senat abgelehnt wird, können die beiden Parlamentskammern einen Schlichtungsausschuss bilden, um die Unstimmigkeiten zu überwinden. Anschließend muss das Gesetz erneut von der Gesetzgebenden Kammer behandelt werden. Ist die Gesetzgebende Kammer mit dem Beschluss des Senats nicht einverstanden, gilt das Gesetz vom Oliy Mazhlis als angenommen, wenn bei einer erneuten Abstimmung zwei Drittel aller Abgeordneten des Unterhauses für dieses Gesetz stimmen. Der Präsident kann das Gesetz mit seinen Einwänden an das Oliy Mazhlis zurückgeben. Wenn dieses Gesetz mit zwei Drittel von der Gesamtzahl der Abgeordneten von beiden Kammern des Parlaments angenommen wird, muss es vom Präsidenten unterschrieben und veröffentlicht werden. Alle budgetrelevanten Beschlüsse des Parlaments bedürfen der vorherigen Zustimmung durch die Regierung.

Am 26. Dezember 2004 fanden die ersten Wahlen zum neu formierten Parlament statt, die einen logischen Endpunkt der Parlamentsreformen darstellten<sup>141</sup>. Fünf offiziell registrierte Parteien hatten das Recht, daran teilzunehmen. Die oppositionellen Gruppierungen wie „Erk“, „Birlik“ und „Ozod dehqonlar“ hatten wegen der fehlenden offiziellen Registrierung beim Justizministerium keine Chance, sich daran zu beteiligen. Außer den oben erwähnten Parteien hatten auch die initiativen Gruppierungen der Wähler die Möglichkeit, Kandidaten aufzustellen. Insgesamt wurden bei der Zentralen Wahlkommission offiziell

---

<sup>141</sup> In 58 (48,3%) Wahlkreisen konnte keiner der Kandidaten einen Sieg erreichen und hier wurden am 9. Januar 2005 Stichwahlen durchgeführt. Vgl.: Press reliz Tsentral'noj izbiratel'noj komissii 4.01.2005 (Die Presseerklärung der Zentralen Wahlkommission), unter: <http://www.elections.uz>

567 Kandidaten registriert, davon 119 der Liberaldemokratischen Partei, 118 der Volksdemokratischen Partei, 54 der Nationaldemokratischen Partei „Fidokorlar“, 45 der Sozialdemokratischen Partei „Adolat“ und 34 der Demokratische Partei der nationalen Wiedergeburt. Die anderen 45 Kandidaten waren Vertreter der Wählergruppierungen. Die offiziellen Ergebnissen der Parlamentswahlen sahen so aus: LiDeP 41 (34,2%), XDP 28 (23,3%), FMDP 18 (15%), ASDP 10 (8,3%), MTDP 11 (9,1%) und die Kandidaten der Wählergruppen 12 (10%) Sitze.<sup>142</sup> Von 120 gewählten Abgeordneten der Gesetzgebenden Kammer waren 21 (18%) Frauen.<sup>143</sup> Die Wahlbeteiligung lag bei 85,1 Prozent.

Die Bewertungen der usbekischen Parlamentswahlen durch ausländische Wahlbeobachter, deren Zahl nach Angaben der Zentralen Wahlkommission 228 erreichte<sup>144</sup>, unterscheiden sich wesentlich voneinander. Die Wahlbeobachter aus den GUS-Ländern sprachen von einer „legitimen, freien und transparenten Parlamentswahl, die gemäß der Normen des Wahlgesetzes der Republik Usbekistan durchgeführt wurde.“<sup>145</sup> Der Exekutivsekretär der GUS Wladimir Ruschaylo stellte sogar die Parlamentswahlen in Usbekistan in einem Gegensatz zur Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, deren Legitimität er fragwürdig findet<sup>146</sup>. Die OSZE, die ebenfalls eine begrenzte Mission von Wahlbeobachtern nach Usbekistan schickte, sprach davon, „that the elections did fall significantly short of OSCE commitments and other international standarts for democratic elections“<sup>147</sup>. Der Vorsitzende der OSZE-Mission Botschafter Kopaj konstatierte: “Regrettably, the implementation of the election legislation by the authorities failed to ensure a pluralistic, competetive and transparent election.“<sup>148</sup>

In dieser Situation ist zu schwer, die gesamte Parlamentsreform 2002-2004 nur aus einem positiven Blickwinkel zu beurteilen, wie das die regierungsloyalen Medien in Usbekistan seit der Geburt der Reforminitiative machen. Der Verfassungsreform folgten keine entsprechenden Maßnahmen zur Entwicklung der freien Parteibildung. Zu diesem Punkt

<sup>142</sup> Vgl.: Zasedanija fraktsii politicheskich partii, in: Pravda Wostoka, 27.01.05. Abrufbar auch unter: [http://www.elections.uz/?sn=press&ph=pv\\_2701&lang=rus](http://www.elections.uz/?sn=press&ph=pv_2701&lang=rus)

<sup>143</sup> Vgl.: Zakonodatel' naja palata Oliy Mazhlisa sformirovana, unter: [http://www.elections.uz/?sn=mero&ph=14\\_01\\_1&lang=rus](http://www.elections.uz/?sn=mero&ph=14_01_1&lang=rus)

<sup>144</sup> ebenda

<sup>145</sup> Zajawlenije mezhdunarodnykh nabljudatelej ot Sodruzhestwa Nezawisimih gosudarstw po rezul'tatam nabljudenija za provedenijem wyborow w Zakonodatel'nuju Palatu Oliy Mazhlisa Respubliki Uzbekistan (Die Erklärung der Wahlbeobachter von GUS-Ländern zu den Wahlen zur Gesetzgebenden Kammer des Oliy Mazhlis der Republik Usbekistan.), in: [http://www.elections.uz/?sn=mero&ph=29\\_12\\_2&lang=rus](http://www.elections.uz/?sn=mero&ph=29_12_2&lang=rus)

<sup>146</sup> Otsenki inostrannymy nabljudateljami wyborow w Uzbekistane rezko razoshlis (Die Bewertungen der ausländischen Wahlbeobachter in Usbekistan sind auseinander gegangen.), in: Kommersant', 28.12.2004 Hier zitiert nach: <http://news.ferghana.ru/detail.php?id=3377&mode=none>

<sup>147</sup> OSCE/ODHIR: Electoral process in Uzbekistan requires major improvements, in: [http://www.osze.org/news/show\\_news.php?id=4632](http://www.osze.org/news/show_news.php?id=4632)

<sup>148</sup> ebenda

merkt Kurtow an: „Der Übergang zum Zweikammernparlament wurde hier nicht mit Veränderungen in der Position der Regierenden in Bezug auf die Problematik der Entwicklung parteipluralistischer Demokratie begleitet. Immer noch dürfen auf der politischen Bühne der Republik nur dem Präsidenten völlig loyale Parteien existieren“<sup>149</sup>. Ein anderes Problem stellen die Kompetenzen des Parlaments, insbesondere des Unterhauses, dar. Die Gesetzgebende Kammer besitzt exklusive Rechte nur in Bezug auf ihr eigenes Reglement. Alle anderen Kompetenzen des Oliy Mazhlis teilt sie mit dem Senat oder sie gehören zum alleinigen Zuständigkeitsbereich des Senats. Diese macht die Gesetzgeberische Kammer vom Senat und dem Präsidenten sehr abhängig, was durch das Auflösungsprinzip des Unterhauses noch erheblich verstärkt wird. In dieser Hinsicht stellt sich die Bildung einer ständig wirkenden Kammer als einziges positives Moment der Verfassungsreform dar, die die Qualität der Gesetzgebung im Vergleich zu den vorigen Jahren erheblich verbessern kann. Ob damit die gesamte politische Entwicklung des Landes sich positiv ändern wird, ist allerdings zu bezweifeln.

## **2.5 Die Regierung, Provinzverwaltungen und die örtlichen Selbstverwaltungsorgane**

### **2.5.1 Verfassungsbestimmungen und Struktur der Regierung**

Dass in der Verfassung die Ausübung der ausführenden Gewalt im Lande der Regierung zugeschrieben wird, ist eine neue Entwicklung im politischen Systems Usbekistans und wurde nach der Verfassungsreform 2002-2004 festgelegt. Diese Änderung geschah mit der gleichzeitigen Streichung des 2. Absatzes des Artikels 89 der Verfassung, aus dem hervorging, dass „der Präsident der Republik Usbekistan gleichzeitig Vorsitzender des Ministerkabinetts ist“. Es wäre aber eine irreführende Darstellung, dass damit der Einfluss des Präsidenten auf die Regierung sich ernsthaft verringern wird. Er bleibt nach wie vor der absolute Führer der Regierung, de facto und de jure. Denn der 1. Absatz des erwähnten Artikels der Verfassung definiert ihn als „Oberhaupt des Staates und Leiter der Exekutive“. Er formiert weiterhin den Apparat der ausführenden Gewalt und leitet seine Tätigkeit. Er bestimmt die Struktur der Regierung. Er bildet Ministerien, staatliche Komitees und die anderen Organen der Staatsverwaltung und löst sie auf (Art. 89 Abs.9) Er kann in den Sitzungen der Regierung den Vorsitz übernehmen und die Akten und Verordnungen der Regierung sowie die Verordnungen des Premierministers aufheben (Art. 98 Abs.6).

---

<sup>149</sup> Kurtow, Azhdar: Metamorfozy demokratii („Metamorphosen der Demokratie“), in: Swobodnaja Mysl-XXI, Nr.11, 2004, S.136

Der Präsident trifft weiterhin die wichtigsten personellen Entscheidungen innerhalb der Regierung. Bis zur Verfassungsreform 2002-2004 lagen die Ernennung und die Entlassung des Premierministers, des ersten und der anderen Stellvertreter des Premierministers und der übrigen Mitglieder des Ministerkabinetts im ausschließlichen Ermessen des Staatspräsidenten. Er musste nur seine diesbezüglichen Entscheidungen im nachhinein durch das Parlament bestätigen lassen. Die neue Regelung, die mit der Wahl des Zweikammernparlaments ab 2005 in Kraft treten soll, sieht vor, dass der Präsident dem Oliy Mazhlis den Kandidaten für das Amt des Premierministers vorschlägt. Das Oliy Mazhlis erörtert und bestätigt den Kandidaten für das Amt des Premierministers nach Vorschlag des Präsidenten, wobei über die Art der Erörterung und Fristen alle Gesetze inklusive die Verfassung schweigen. Die anderen Mitglieder der Regierung werden auf Vorschlag des Premierministers vom Präsidenten bestimmt. Die Stellvertreter der Minister, der Vorsitzenden der Staatskomitees und der anderen Organe der Staatsgewalt werden direkt vom Präsidenten ernannt und entlassen (Art. 6 Abs.4)<sup>150</sup>. Die Regierung ist während ihrer Tätigkeit sowohl dem Präsidenten auch dem Oliy Mazhlis verantwortlich (Art. 98 Abs.7). Die Amtszeit der Regierung ist interessanterweise nicht an die Amtszeit des Präsidenten, sondern an die Legislaturperiode des Parlaments gebunden. Vor dem neu gewählten Parlament legt die Regierung ihre Vollmachten nieder (Art. 98 Abs.8). Die beiden Kammern des Parlaments haben das Recht, dem Präsidenten einen Vorschlag über die Entlassung eines oder mehrerer Mitglieder der Regierung zu machen (Art. 8 Abs.3)<sup>151</sup>.

Artikel 98 der Verfassung, der in knapper Form die Regierung behandelt, wurde im Zuge der Verfassungsreform um mehrere neue Absätze erweitert. Er bleibt bisher der einzige Artikel über die Regierung im Grundgesetz. Aufgaben, Bildung, Kompetenzen, Struktur und Tätigkeitsbereiche der Regierung werden in dem vom Parlament am 6. Mai 1993 verabschiedeten Gesetz „Über das Ministerkabinett der Republik Usbekistan“ konkretisiert<sup>152</sup>. Zu den Aufgaben des Ministerkabinetts gehören vor allem „die Gewährleistung effektiver Entwicklung der Wirtschaft, Leitung der sozialen und kulturellen Angelegenheiten des Staates, Ausführung der Gesetze und der sonstigen Beschlüsse des Oliy Majlis und der Dekrete, der An- und Verordnungen des Präsidenten“ (Art. 98 Abs. 3). Gemäß dem oben erwähnten Gesetz verwaltet das Ministerkabinett „die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozesse, schafft die Bedingungen für das freie Unternehmertum auf der Basis der Gleichheit aller Eigentumsformen, der Demonopolisierung der Wirtschaft und des Zustandekommens von Mechanismen der

---

<sup>150</sup> Siehe „Zakon Respublik Uzbekistan „O Kabinete Ministrow respublik Uzbekistan“ („Das Gesetz der Republik Usbekistan „Über das Ministerkabinett der Republik Usbekistan“), in: Narodnoe Slowo, 10.06.1993

<sup>151</sup> ebenda

<sup>152</sup> 2003 wurde eine neue Version des Gesetzes verabschiedet. Siehe „Xalq sözi“, 14.09.2003

Marktwirtschaft durch die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Es trägt dazu bei, Maßnahmen zur Festigung des Geld- und Kreditsystems zu treffen, es organisiert die Ausarbeitung und die Ausführung des Staatshaushaltes, sowie der Prognosen und Programme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Republik, arbeitet Vorschläge zur Vervollkommnung der Verwaltungsstruktur, der Bildung, Umgestaltung und Abschaffung von Ministerien, Ämtern, Staatsausschüssen und anderen Organen der Staats- und Wirtschaftsverwaltung aus“ (Art. 5)<sup>153</sup>.

Laut der Verfassung besteht die Regierung aus dem Premierminister, seinen Stellvertretern, den Ministern sowie den Vorsitzenden der staatlichen Komitees. Der Vorsitzende des Ministerkabinetts der Republik Karakalpakistan gehört wegen seines Amtes ebenso zur Regierung (Art. 98 Abs.1). Zur Regierung im weiteren Sinne gehören in abgestufter Rangordnung die Leiter der staatlichen Dienste und Agenturen. Im noch weiteren Sinne werden zur Regierung auch die Leiter der staatlichen Aufsichten und Konzerne gezählt. An den Sitzungen des Ministerkabinetts nehmen auch die Chokime (regionale Führer), Leiter der Agenturen und Dienste, Vorsitzenden der Staatskonzerne sowie die Direktoren der wichtigen staatlichen Fabriken teil. Außerdem können an den Sitzungen des Ministerkabinetts die Vorsitzenden der beiden Kammern des Parlaments, der Vorsitzende des Verfassungsgerichts, des Obersten Gerichts, des Obersten Wirtschaftsgerichts, die Hokime der Provinzen, der Vorsitzende der staatlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft teilnehmen. Zur Entscheidung operativer Fragen wird als ständig wirkendes Organ das Regierungspräsidium gebildet, das aus dem Premierminister sowie den Stellvertreter des Premierministers besteht (Art. 18)<sup>154</sup>.

Der Premierminister war bisher keine bedeutende und selbständige politische Figur auf der politischen Bühne Usbekistans. Auch nach der Verfassungsreform muss er alle seine Entscheidungen zuvor mit dem Präsidenten absprechen und seine Zustimmung einholen. Bisher konnte er die Erlasse und Anordnungen der Regierung nur im Auftrag des Präsidenten unterschreiben und nur in seinem Auftrag die Sitzungen des Kabinetts leiten. Die neue Regelung definiert die Kompetenzen des Premierministers wie folgt: „Der Premierminister organisiert und leitet die Arbeit der Regierung, trägt die personelle Verantwortung für die Effektivität ihrer Tätigkeit, übernimmt den Vorsitz in den Sitzungen der Regierung, unterschreibt ihre Beschlüsse, im Auftrag des Präsidenten vertritt er das Ministerkabinet in den internationalen Beziehungen und erfüllt die anderen Funktionen, die in den Gesetzen der Republik Usbekistan, in Dekreten, An- und Verordnungen des Präsidenten vorgesehen sind“ (Art. 98 Abs.5). Er verteilt in Übereinstimmung mit dem Präsidenten die Aufgaben unter seinen Stellvertretern. Seit der Wiedereinführung des

---

<sup>153</sup> ebenda

<sup>154</sup> ebenda

Amtes des Premierministers im Januar 1992 wurde es von drei Personen besetzt: Abdulhoshim Mutalow (1992-1995), Utkir Sultanow (1995-2003) und Schavkat Mirziyoyev (Dez. 2003 bis heute).

1999 hatte die usbekische Regierung 34 Mitglieder<sup>155</sup>, vier weniger als in der vorigen Legislaturperiode des Parlaments. Zum Ministerkabinettt gehörten: Der Premierminister, neun Stellvertreter des Premierministers, 14 Minister und neun Vorsitzende der staatlichen Komitees. Die Stellvertreter des Premierministers regulieren in der Regel die Tätigkeit der Ministerien, der staatlichen Komitees, der Agenturen und der staatlichen Dienste für bestimmte Themenkomplexe, z.B. ist einer der Stellvertreter des Premierministers für den „Humanitären Sektor“ verantwortlich: Bildung (Bildungsministerium), Hochschulen (Hochschulministerium), Kultur (Kultusministerium), Wissenschaft und Technologie (Staatskomitee für Wissenschaft und Technologie), Gesundheit (Gesundheitsministerium), Sport (Staatliches Komitee für Sport), Fernsehen und Rundfunk (Staatliche Teleradiokompanie), Presse und Bücherei (Staatliches Komitee für Presse), Religion (Staatliches Komitee für religiöse Angelegenheiten). Außerdem können manche Minister und Vorsitzende der staatlichen Komitees auch den Status des stellvertretenden Premierministers bekommen.

Die direkte Unterstellung des Außenministeriums unter den Präsidenten verringert die Bedeutung der Regierung im außenpolitischen Bereich und macht sie mehr oder weniger zu einem Wirtschafts- und Verwaltungskabinettt. Dennoch kann der Premierminister im Auftrag des Präsidenten im Namen des Ministerkabinettt das Land im Ausland vertreten, zwischenstaatliche Vereinbarungen und Abkommen unterzeichnen. In den vergangenen Jahren hat auch das Wirtschaftsministerium und die Agentur für außenwirtschaftliche Beziehungen eine bedeutende Rolle bei der Gestaltung der Außenpolitik gespielt.

### **2.5.2 Administrativer Aufbau, Provinzverwaltung und die örtlichen Selbstverwaltungsorgane**

Laut Artikel 68 der Verfassung besteht die Republik Usbekistan aus Vilojats (Gebieten), Tumans (Bezirken), Schahars (Städten), Posyolkas (Siedlungen), Qishloqs (Dörfern) und aus der autonomen Republik Karakalpakistan.

Eine Sonderstellung in dieser Hinsicht nimmt die Republik Karakalpakistan ein. Karakalpakistan ist eine autonome Republik im Norden des Landes mit der Hauptstadt

---

<sup>155</sup> „Wystuplenije na wtorom zasedanii perwoy sessii Oliy Mazhlisa Respublik Uzbekistan wtorogo sozywa, 11.02.2000“ (Die Rede auf der 2.Sitzung der 1.Session des Oliy Mazhlis der Republik Usbekistan der 2. Legislaturperiode, 11.02.2000), in: Karimow, Islam: Band VIII, S.156



Nukus. Die Bevölkerung der einzigen autonomen Republik innerhalb Usbekistans setzt sich zu etwa je einem Drittel aus Karakalpaken, Usbeken und Kasachen zusammen. Die Titularnation der Karakalpaken ist ein sprachlich stärker mit den Kasachen als mit den Usbeken verwandtes Turkvolk. In der usbekischen Verfassung nimmt die autonome Republik ein eigenes Kapitel ein (Kapitel VII). Außerdem verfügt sie über eine eigene Verfassung, die allerdings dem usbekischen Grundgesetz nicht widersprechen darf (Art. 71). Karakalpakistan bildet eine eigene Regierung und wählt ein eigenes Parlament. Der Vorsitzende des Parlaments und der Vorsitzende des Ministerkabinetts von Karakalpakistan sind gleichzeitig stellvertretende Leiter der entsprechenden Strukturen der Republik Usbekistan. Das Hoheitsgebiet von Karakalpakistan kann ohne ihr Einverständnis nicht geändert werden (Art. 73). Die autonome Republik verfügt über das Recht des Austritts aus der Republik Usbekistan.

Die anderen zwölf Gebiete, die meist nach ihren Hauptstädten benannt sind, sind noch während der Sowjetzeit nach rein administrativen Gesichtspunkten gebildet worden. An der Spitze der Provinzen stehen Hokime, die vom Präsidenten ernannt und im nachhinein von den lokalen Volksdeputiertensowjets (Viloyat Kengaschi) bestätigt werden. Die Amtszeit der Hokime beträgt 5 Jahre. Die Hokime leiten gleichzeitig den provinziellen Verwaltungsapparat und das Provinzparlament (Viloyat Kengaschi). Sie tragen die personelle Verantwortung für den Zustand der Lage im jeweiligen Gebiet. Die Gebietsparlamente bestehen aus einer Kammer und werden in direkten Wahlen gewählt.

Die Provinzen sind in Tumane (Bezirke) gegliedert. Eine Provinz besteht aus einer unterschiedlichen Anzahl von Tumanen. Sie werden ebenfalls von Hokimen verwaltet, die auch gleichzeitig für das Verwaltungs- und Vertretungsorgan des Bezirks zuständig sind. Die Hokime des Tumans und der Städte werden vom Hokim der Provinz ernannt und entlassen. Diese Entscheidung muss allerdings von den Volksdeputiertensowjets auf lokaler Ebene bestätigt werden. Die Tumanshokime können auch vom Präsidenten direkt ernannt und entlassen werden. So besteht ein streng zentralisiertes Machtgefüge von Hokimen der Tumans über Viloyathokime bis zum Präsidenten.

Das Organ der örtlichen Selbstverwaltung in den Dörfern und Siedlungen und in den Stadtviertelgemeinden hat die Gestalt der traditionellen „Mahalla“. Die Bewohner wählen für zweieinhalb Jahre ihren Ältesten. Zur Aufgabe der Selbstverwaltungsorgane gehört vor allem:

- Schutz der Gesetzlichkeit und der öffentlichen Ordnung, Sicherheit der Bürger;
- Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Gebiets;

- Formierung und Vollzug des örtlichen Haushalts, Festlegung der örtlichen Steuern und Abgaben;
- Selbständige Verwaltung des kommunalen Eigentums;
- Umweltschutz;
- Durchführung des Personenregisters.

Nur in der Republik Karakalpakistan ist die Führung des Vertretungsorgans und des Ministerkabinetts getrennt. In allen anderen 13 administrativen Subjekten werden die beiden Organe von einem Hokim geleitet.

## **2.6 Die Justiz**

Im politischen System eines demokratischen Rechtsstaats mit ziviler Gesellschaft nimmt die judikative Macht eine bedeutende Stelle ein. Die zentralasiatischen GUS-Länder, darunter auch Usbekistan, haben keine eigenständige positive Rechtstradition. Die wenigen Elemente des modernen europäischen Rechts wurden im Zuge russischer Kolonialherrschaft begrenzt verbreitet. Die Scharia-Gerichte existierten bis Mitte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts. Das sowjetische Rechtssystem war im Vergleich dazu modern, aber es wurde politisiert und war vom herrschenden kommunistischen Regime nicht unabhängig. In diesem Sinne verkündet die neue usbekische Verfassung zum ersten Mal in der Geschichte der usbekischen Staatlichkeit die Unabhängigkeit der Justiz.

Der Abschnitt XXII der Verfassung beschäftigt sich mit dem Rechtssystem der Republik und verkündet die Unabhängigkeit des Gerichtswesens von der legislativen und exekutiven Macht, von politischen Parteien und anderen gesellschaftlichen Vereinigungen (Art. 106). Das Gerichtssystem der Republik Usbekistan besteht aus dem Verfassungsgericht, dem Obersten Gericht, dem höchsten Wirtschaftsgericht, dem Obersten Gericht und Wirtschaftsgericht der Republik Karakalpakistan, aus Provinz-, Stadt- und Bezirksgerichten und aus Wirtschaftsgerichten. Die Bildung von außerordentlichen Gerichten wird nicht zugelassen (Art. 107).

Das Verfassungsgericht entscheidet über die Verfassungsmäßigkeit der Akte der Legislative und Exekutive (Art. 108 Abs.1) Seine Entscheidungen sind endgültig, es kann keine Berufung eingelegt werden (Art. 109 Abs.5). Das Oberste Gericht ist das höchste Gerichtsorgan in zivilrechtlichen, strafrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Fällen (Art. 110 Abs.1). Es verfügt über das Recht der gerichtlichen Aufsicht über die Tätigkeit des Obersten Gerichtshofs der Republik Karakalpakistan und über die Arbeit der Provinz-, Stadt- und Bezirksgerichte (Art. 110 Abs.3). Das Oberste Wirtschaftsgericht und die

Wirtschaftsgerichte sind zur Entscheidung von Wirtschaftsstreitigkeiten und Verwaltungskonflikten zwischen verschiedenen Wirtschaftssubjekten zuständig (Art. 111).

Vorsitzende und Mitglieder des Verfassungsgerichts, des Obersten Gerichts und des Obersten Wirtschaftsgerichts werden auf Vorschlag des Präsidenten vom Parlament gewählt<sup>156</sup>. Richter der Provinz-, Stadt- und Bezirksgerichte werden direkt vom Präsidenten ernannt. Die Richter sind unabhängig und unterstehen nur der Verfassung und den anderen Gesetzen der Republik Usbekistan. Einmischung in die Tätigkeit der Richter ist unzulässig und wird gesetzlich verfolgt (Art. 112 Abs.1). Um die Unabhängigkeit der Rechtssprechung materiell abzusichern, werden die Gerichte ausschließlich aus dem föderalen Haushalt finanziert. Der Richter ist nicht absetzbar; seine Vollmachten können nur aus den im Gesetz festgelegten Gründen und nach dem dort festgelegten Verfahren aufgehoben oder ausgesetzt werden.

Gerichtsverhandlungen in allen Gerichten sind öffentlich. Eine geschlossene Gerichtsverhandlung ist nur in per Gesetz festgelegten Fällen zulässig (Art. 113). Gerichtsverhandlungen in Usbekistan werden in usbekischer, karakalpakischer oder in den Sprachen des überwiegenden Teils der Bevölkerung der Ortschaft, in der der Prozess stattfindet, durchgeführt. Für diejenigen Teilnehmer des Gerichtsprozesses, die die Sprache des Gerichtsverfahrens nicht beherrschen, wird das Recht auf völlige Einsichtnahme in die Materialien des Prozesses, auf Teilnahme eines Übersetzers an dem Prozess und das Recht auf ein Auftreten in ihrer Muttersprache garantiert (Art. 115). Dem Angeklagten wird immer das Recht auf Verteidigung gewährt (Art. 116 Abs.1)

Ein mächtiges Justizorgan stellt traditionell die Generalstaatsanwaltschaft dar. Der Generalstaatsanwalt und die ihm unterstellten Staatsanwälte führen die Aufsicht über die präzise und einheitliche Ausführung der Gesetze auf dem Territorium der Republik Usbekistan (Art. 118). Die Staatsanwaltschaft bildet ein einheitliches zentralisiertes System, in dem untergeordnete Staatsanwälte übergeordneten Staatsanwälten und dem Generalstaatsanwalt unterstellt sind. Der Generalstaatsanwalt und seine Stellvertreter werden auf Vorschlag des Präsidenten vom Senat gewählt (Art. 123). Der Generalstaatsanwalt der Republik Karakalpakistan wird im Einverständnis des Generalstaatsanwalts der Republik Usbekistan vom höchsten Vertretungsorgan Karakalpakistans auf fünf Jahre gewählt. Die Staatsanwälte von Provinzen, Städten und Bezirken werden vom Generalstaatsanwalt direkt für fünf Jahre ernannt (Art. 119). Vollmachten, Organisation und Tätigkeitsweise der Organe der Staatsanwaltschaft werden durch ein Gesetz der Republik Usbekistan bestimmt (Art. 120 Abs.3).

---

<sup>156</sup> Gemäß der Verfassungsreform ab 2005 nur vom Senat. (Verfassung 2004)

Die Verstärkung der staatsanwaltschaftlichen und polizeilichen Aufsicht und die Verschärfung des Strafgesetzes in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit führten zum schnellen Rückgang der Kriminalität auf allen Ebenen, der nicht ohne Stolz von den Regierenden als ein bedeutender Erfolg bezeichnet wird. Zugleich führten aber solche Maßnahmen auch zur Steigerung der staatsanwaltschaftlichen Macht, die von der Bevölkerung mit Befremden aufgenommen wurde, sowie zur Überfüllung der Gefängnisse. Ein anderes Problem stellte die große Zahl der Vergehen dar, die mit der Todesstrafe belegt waren. Die Todesstrafe war damals in 13 Punkten des Strafgesetzes festgesetzt. Die entstandene Situation verlangte dringende Änderungen im Justizbereich, insbesondere entstand die dringende Notwendigkeit der Milderung des Strafgesetzes. So hat das Parlament 1998 ein Gesetz „Über die Liberalisierung des Strafgesetzes“ und ein weiteres „Über die Staatsanwaltschaft“ verabschiedet. Diese legislativen Maßnahmen sahen mildere Strafen im Bereich Wirtschaftskriminalität und die Abschaffung der aus Sowjetzeiten geerbten Strafe der „Auflösung des Eigentums“ vor. Die Zahl der Delikte im Strafgesetz, die eine Todesstrafe vorsahen, wurde von 13 auf 4 reduziert. Das Gesetz über die Staatsanwaltschaft begrenzte zudem die Rechte der Staatsanwälte im Bereich der Überwachung von Privatpersonen<sup>157</sup>.

Trotz dieser Maßnahmen berichten die einheimischen und ausländischen Menschenrechtsschutzorganisationen über verheerende Rechtsverletzungen im Justizsystem der Republik Usbekistan. Am hartnäckigsten halten sich menschenrechtswidrige Verhaltensweisen bei den Rechtsschutzorganen, vor allem bei der Staatsanwaltschaft, der Miliz, dem Nationalen Geheimdienst und im Gefängnisbereich. Die Richter sind leicht geneigt, bei ihrer Urteilsfindung politischem Druck nachzugeben. Diese Umstände wurden während des Besuchs des speziellen Berichterstatters der UNO im November 2002 offiziell bestätigt. In seinem Bericht für die UNO sprach er von „systematischen Folterungen“ in Usbekistan<sup>158</sup>. Der offizielle Vertreter Usbekistans hat Anfang 2003 diese Unstimmigkeiten zum Teil anerkannt und versprach die Ausarbeitung sofortiger Maßnahmen. Nach Berichten der Menschenrechtsorganisationen kam es jedoch bisher zu keinerlei wesentlichen Verbesserungen<sup>159</sup>.

---

<sup>157</sup> Vgl.: Zakon Respubliki Uzbekistan o prokurature, in: Swod zakonow Respubliki Uzbekistan, 2000

<sup>158</sup> Vgl.: Report of the Special Rapporteur on the question of torture, Theo van Boven, submitted in accordance with Commission resolution 2002/38, Mission to Uzbekistan, February 3, 2003. E/CN.4/2003/68/Add.2. Available from:

[http://www.unhcr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/0/29d0f1eaf87cf3eac1256ce9005a0170/\\$FILE/G0310766.pdf](http://www.unhcr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/0/29d0f1eaf87cf3eac1256ce9005a0170/$FILE/G0310766.pdf)

<sup>159</sup> Vgl.: Human Rights Watch (ed.): Uzbekistan: otsenka xoda reform w oblasti bor'by s pytkami. Stepen' wypolnenija rekomendatsii spetsdokladchika po pytkam. Memorandum Human Rights Watch, 18.03.2005, siehe unter: [http://www.hrw/russian/reports/uzbek/180305\\_reform.htm#\\_Toc107378311](http://www.hrw/russian/reports/uzbek/180305_reform.htm#_Toc107378311)

Die Rolle der Gerichte bei der Ausarbeitung und Durchführung der Außenpolitik ist allgemein sehr begrenzt und hängt hauptsächlich vom Verhalten anderer politischen Akteure ab, insbesondere vom Parlament und oppositionellen Parteien, die eine außenpolitische Entscheidung der Regierung oder internationale Verträge des Landes juristisch in Frage stellen und vor Gericht ziehen könnten. In diesem Falle wäre das Verfassungsgericht gefragt. In den vergangenen 13 Jahren der Selbständigkeit ist es aber noch nie zu einem solchem Fall gekommen, was in engem Zusammenhang mit dem Charakter des gegenwärtigen politischen Systems steht.

## **2.7 Die Parteienlandschaft**

### **2.7.1 Gesetzliche Grundlage und Entwicklung der Parteienlandschaft**

Als ein Problem des starken präsidentialen Systems ist festgestellt worden, dass ein solches System die Herausbildung starker Parteien nicht fördert, weil der Präsident eher an klientelistischen Strukturen interessiert ist<sup>160</sup>. In Usbekistan wird dieses Problem noch durch die Tradition des „starken Führers“ und die Geschichte der sowjetisch-kommunistischen Alleinherrschaft verschärft. Trotz dieser Faktoren zählt das Bekenntnis zum politischen Pluralismus und zum Mehrparteiensystem zu den Grundprinzipien der geltenden usbekischen Verfassung. Artikel 34 der Verfassung garantiert den Bürgern das Recht auf Vereinigung „in Gewerkschaften, politischen Parteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen“. Der Staat gewährleistet die Erhaltung der Rechte und der rechtlichen Interessen der gesellschaftlichen Vereinigungen und schafft gleiche rechtliche Möglichkeiten für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben (Art. 58 Abs.1).

Die Einzelheiten der Parteienbildung werden durch das vom Parlament im November 1991 verabschiedete Gesetz „Über die gesellschaftlichen Vereinigungen in der RU“ und das im Dezember 1996 verabschiedete Gesetz „Über die politischen Parteien“ reguliert. Sowohl die Verfassung als auch die beiden Gesetze verbieten ausdrücklich die Gründung von politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, „die das Ziel haben, die existierende Verfassungsform durch Gewalt zu ändern, die gegen die Souveränität, Einheit und Sicherheit der Republik und Verfassungsrechte und Freiheiten ihren Bürger gerichtet sind oder Krieg, sozialen, ethnischen, religiösen Hass propagieren“ (Art. 5). Darüber hinaus wird die Gründung von militarisierten Vereinigungen und politischen Parteien nach nationalen und religiösen Merkmalen ebenso nicht zugelassen (Art. 57). Damit die politischen Parteien wirken können, ist ihre Registrierung beim Justizministerium

---

<sup>160</sup> Vgl.: Schneider, Eberhard: Das politische System der Russischen Föderation. Wiesbaden, 2001, S.12

erforderlich. Dafür sind unter anderem 5000 Unterschriften und Auskunft über die Finanzierung der Partei erforderlich. Das Parteiengesetz wurde 2003 verschärft und die Mindestzahl der Gründungsmitglieder wurde von 5000 auf 20.000 erhöht<sup>161</sup>. Die Finanzierung der politischen Parteien wird durch ein gesondertes Gesetz, das 2003 verabschiedet wurde, geregelt. Danach können die politischen Parteien durch Beiträge ihrer Mitglieder, durch erlaubte Geschäftstätigkeit sowie durch Spenden einzelner Personen finanziert werden. Außerdem ist die Finanzierung der Parteien durch staatliche Mittel vorgesehen. Jede Unterstützung aus dem Ausland ist verboten<sup>162</sup>.

Die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der politischen Parteien in Usbekistan reicht bis in die letzten Jahren der Sowjetherrschaft und ist damit älter als die Entstehung des unabhängigen usbekischen Staates. Im Zusammenhang mit der politischen Liberalisierung in der Sowjetunion gegen Ende der achtziger Jahren sind eine Reihe gesellschaftlicher Bewegungen entstanden, von denen die bedeutendste die nationaldemokratische Bewegung „Birlik“ („Einheit“) war. Sie wurde 1988 durch Mitglieder der hauptstädtischen Intelligenzia gegründet, die sich, nach den stalinistischen Repressionen, erst in den 1960er bis 1980er Jahren wieder herausgebildet hatte. „Birlik“ hat zuerst die Einführung des Usbekischen als offizielle Staatssprache gefordert. Die Verbesserung der ökologischen Situation und das Verbot der Rekrutierung von Usbeken für den Militärdienst außerhalb Usbekistans waren die weiteren Forderungen der Bewegung. Der Höhepunkt des Förderungskatalogs von „Birlik“ war die politische Erneuerung und der Übergang zu nationaler Souveränität. Obwohl die Bewegung mit anderen nationaldemokratischen Bewegungen in der Sowjetunion in aktivem Kontakt stand, konnte sie innerhalb Usbekistans keine gemeinsame Linie mit der russischsprachigen Bevölkerung finden. Während der ethnischen Auseinandersetzungen im Ferghana-Tal im Sommer 1989 sind viele Mitglieder von „Birlik“ zudem mit nationalistischen Parolen aufgetreten. Diese und andere Kampfmethoden der Bewegung wurden von der Regierung als „Straßendemokratie“ bezeichnet und „Birlik“ wurde für die instabile Situation in der Republik verantwortlich gemacht. Die Bewegung selbst folgte einer kompromisslosen Linie, die jegliche Zusammenarbeit mit der kommunistischen Machtelite der Republik ablehnte.

Im September 1990 spaltete sich „Birlik“. Unter der Führung des Dichters Muhammad Salih gründete ein gemäßigter Flügel der Bewegung eine neue Partei, die den Namen

---

<sup>161</sup> Vgl. Zakon Respubliki Uzbekistan „O wnesenii izmenenii i dopolnenii w nekotorie zakonodatel'nie akti Respubliki Uzbekistan“ 12.12.2003 in: Byulleteni Oliy Mazhlisa Respublik Uzbekistan, Nr. 3.2003. S.234

<sup>162</sup> Zakon Respublik Uzbekistan „O finansirovanii politicheskix partii“ ot 30.04.2004 (Das Gesetz der Republik Usbekistan „Über die Finanzierung politischer Parteien“ vom 30.04.2004), in: Xalq Sözi, 30.04.2004

Demokratische Partei „Erk“ („Freiheit“) bekam. „Erk“ war zu einem Dialog mit der Regierung bereit, der von „Birlik“ kategorisch abgelehnt wurde. Die „Erkisten“ wählten den so genannten „parlamentarischen Weg“ des politischen Kampfs. Der Streit ging auch darum, ob nationale Unabhängigkeit (Salih), oder demokratische Reformen (Pulatov) Priorität erhalten sollten. Für ihre Dialogbereitschaft wurde „Erk“ von der Regierung entsprechend belohnt: Die Partei wurde wenige Tage nach der Unabhängigkeitserklärung von den Behörden offiziell registriert. Ihr Führer Salih wurde in den ersten Präsidentschaftswahlen als einzige Alternative zum vom Parlament gewählten Präsidenten Islam Karimow als Kandidat zur Wahl aufgestellt. Durch die Kandidatur Salihs bei den ersten Präsidentschaftswahlen im Dezember 1991 wurde die Partei republikweit bekannt. Er erhielt 12,5 Prozent der Stimmen und verlor die Wahlen. Nach den Präsidentschaftswahlen hat die Unterdrückung der Partei zugenommen. Als Protest gegen die Politik des Präsidenten legte Salih im Juni 1992 sein Abgeordnetenmandat nieder. Die Partei veränderte ihren bisherigen politischen Kurs und entwickelte ein neues politisches Programm, das demokratische Reformen und politische Freiheiten forderte. Aber die systematische Behinderung ihrer Arbeit und die persönliche Verfolgung aktiver Mitglieder nahmen zu. Unter diesen Voraussetzungen sind die Führer und die aktiven Mitglieder sowohl von „Erk“ als auch von „Birlik“ ins Exil gegangen.

Die systematische Aushöhlung der liberalen Bestimmungen der Verfassung in der politischen Praxis führte damit zum faktischen Verschwinden der nationaldemokratischen Bewegungen von der politischen Bühne des Landes. Die politische Führung setzte sich als alleinige Herrscherin des Parteienbildungsprozesses durch. Existierte bis 1995 neben der regierenden Volkdemokratischen Partei lediglich eine weitere regierungsfreundliche Partei „Watan taraqqiyoti“ („Fortschritt des Vaterlandes“), die als ihr Hauptziel „die Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Reformen und die Bildung von Privateigentum“ erklärte, entstand seit 1995 eine Reihe von weiteren regierungsloyalen Parteien, die das Bild von einem Parteienpluralismus zu schaffen versuchen. Infolge dessen besteht die Parteienlandschaft der Republik Usbekistan gegenwärtig nur aus offiziell registrierten regierungsfreundlichen Parteien. Diese Parteien wurden von der Regierung ins Leben gerufen, „um den Ansprüchen einer pluralistischen Demokratie zu entsprechen und ihre Legitimation zu erweitern“. Die Parteien selbst bestreiten ihre Bestellung von oben und begründen ihre Gründung mit „spürbar und deutlich gewordenem Streben zur Demokratisierung der Gesellschaft“<sup>163</sup>.

---

<sup>163</sup> Vgl.: Stepanowa, Olga: „Milliy tiklanish“- partiya, kotoruyu podderzhiwayut zhenshini („Nationale Wiedergeburt“ ist eine Partei, die von Frauen unterstützt wird), in: <http://www.zamon.info/show.php?nid=1463>

### 2.7.2 Offizielle Parteien und die Möglichkeiten und Grenzen der Parteienbildung in Usbekistan

Vor den Parlamentswahlen 2004 existierten auf der politischen Bühne Usbekistans fünf offiziell registrierte Parteien: Die Volksdemokratische Partei (Xalq Demokratik Partiyasi, XDP), die Sozialdemokratische Partei „Gerechtigkeit“ („Adolat“ Sotsial-Demokratik Partiyasi, ASDP), die Nationaldemokratische Partei „Nationale Wiedergeburt“ („Milliy tiklanish“ Demokratik Partiyasi, MTDP), die Nationaldemokratische Partei „Selbstaufopferer“ („Fidokorlar“ Milliy Demokratik Partiyasi, FMDP) und die Liberaldemokratische Partei (Liberal-Demokratik Partiyasi, LiDeP). Die Parteien waren vor den Parlamentswahlen sichtbar aktiv und es fand ein aktiver Wahlkampf zwischen der linksorientierten XDP und der rechtsorientierten LiDeP statt. Aus dieser Perspektive und vom Gesichtspunkt der weiteren Parteientwicklung aus scheint die kurze Behandlung der drei Parteien XDP, MTDP und LiDeP, die gegebenenfalls im Parteispektrum des Landes als linksorientiert, konservativ und liberal positioniert werden könnten, gerechtfertigt.

Die Volksdemokratische Partei Usbekistans, XDP, ist die Nachfolgerin der Kommunistischen Partei Usbekistans, der ehemals größten im gesamten sowjetischen Mittelasien. Auf einem Sonderparteitag Mitte September 1991 wurde die KP Usbekistans für aufgelöst erklärt und ein Organisationskomitee zur Gründung einer neuen Partei gebildet. Am 1. November fand der Gründungskongress der neuen Partei statt. Der Erste Sekretär der ehemaligen Kommunistischen Partei Islam Karimow wurde zum Vorsitzenden der neuen Partei gewählt. Die neue Partei betont zwar, dass sie in keinem ideologischen Zusammenhang mit ihrer Vorgängerin steht. Was aber die neue Parteienachfolgerin von der alten mitbekommen hat, war die hohe Mitgliederzahl: 351.000 Mitglieder hatte die Partei zum Zeitpunkt ihrer Gründung. Die letzte große Aktivität der Partei bestand in der Kandidatur ihres Vorsitzenden für die letzten Präsidentschaftswahlen. Im Parlament der vergangenen zwei Legislaturperioden war sie darüber hinaus mit der größten Fraktion vertreten. Vor den Parlamentswahlen 2004 verabschiedete die Partei ein Wahlprogramm, aus dem hervorging, dass sie sich als eine linke Kraft etablieren möchte<sup>164</sup>. In den Wahlen zum Unterhaus des Parlaments erhielt die XDP 34 Sitze und bildet nun die zweitstärkste Fraktion nach der LiDeP. Es ist zu erwarten, dass die XDP nach den Parlamentswahlen 2004 die andere linksorientierte Partei ASDP, die auch „den Aufbau einer den Interessen aller im Land lebenden Nationalitäten und Völker

---

<sup>164</sup> Vgl.: Narodno-demokraticeskaja partija Uzbekistana gotowitsja serjoznoj bor'be na wyborax, in: <http://www.zamon.info/show.php?nid=1606>



entsprechenden sozial gerechten Gesellschaft“ zu ihrem Hauptziel erklärt, schlucken wird<sup>165</sup>.

Die Demokratische Partei „Milliy tiklanish“ („Nationale Wiedergeburt“) wurde am 3. Juni 1995 gegründet. Sie setzt sich „die Schaffung einer nationalen Interessen entsprechenden usbekischen Staatlichkeit zum Ziel“<sup>166</sup>. Als konkrete Aufgaben sieht die Partei die „Leistung eines Beitrags zur Wiedergeburt des nationalen Selbstbewusstseins, die Förderung der Volkstraditionen und geistigen Werte des usbekischen Volkes, die Ausbildung eines verstärkten Bewusstseins innerhalb der Bevölkerung für Liebe und Treue zur Heimat“<sup>167</sup>. Mitglieder der Partei sind hauptsächlich Intellektuelle – Dichter, Schriftsteller, Wissenschaftler usw. Im Oliy Mazhlis der 2. Legislaturperiode verfügte die Partei über 14 Abgeordnete und bildete eine eigene Fraktion. Trotz ihrer erheblichen finanziellen und personellen Schwierigkeiten ist es ihr gelungen, in den Parlamentswahlen 67 Kandidaten aufzustellen und 23 Sitze zu gewinnen. Sie konnte sich als eine konservative Kraft im Parteienspektrum etablieren.

Die LiDeP, die Liberal-Demokratische Partei, ist bisher das jüngste Produkt des offiziellen Parteienbildungsprozesses in Usbekistan. Sie wurde im November 2003 durch eine Gruppe von Unternehmern gegründet. Gemäß dem Gründungssatz der Partei möchte sie die marktwirtschaftlichen Reformen vorantreiben und vertiefen. Nach dem Beitritt des Premierministers Mirziyoyev in den politischen Rat der Partei folgten viele höhere Beamte der Exekutive seinem Beispiel. In kürzester Zeit bis zur Parlamentswahlen 2004 konnte die Partei 14.000 Mitglieder sammeln. Sie stellte die größte Zahl der Kandidaten für die Parlamentswahlen 2004 auf und gewann insgesamt 33 Sitze. Damit bildet sie die größte Fraktion im Unterhaus des Parlaments. Während und nach den Parlamentswahlen war die Tendenz deutlich, sie als Regierungspartei zu etablieren.

Trotz der hier auch in prognostisch-perspektivischer Hinsicht abgegebenen Darstellung der offiziellen Parteien ist ihr gegenwärtiger Einfluss und ihre Rolle im politischen Leben Usbekistans absolut minimal. Man kann zusammenfassen, dass die politischen Parteien in Usbekistan „sich als eine Institution noch nicht herausgebildet haben“.<sup>168</sup> Sie „vertreten

---

<sup>165</sup> Der Anlass einer solchen Entwicklung ist, dass die ASDP in den Parlamentswahlen die vom Gesetz erforderlichen 9 Sitze nicht erreichen konnte und die Gelder, die sie vom Staat für die Wahlaktivitäten ihrer Kandidaten bekommen hatte, nun zurückgeben muss. Dieses Ereignis treibt „Adolat“ in den finanziellen Ruin.

<sup>166</sup> Milliy tiklanish demokrati partiyasining dasturi (Das Programm der Demokratischen Partei „Nationale Wiedergeburt“), in: <http://www.uzbekistan.de/politica.htm>

<sup>167</sup> ebenda

<sup>168</sup> Bahrijev, Karim: Problemy usbekistanskoj pressy (Probleme der usbekistanischen Presse), in: [http://news.ferghana.ru/detail.php?id=302&code\\_phras](http://news.ferghana.ru/detail.php?id=302&code_phras)

keine gesellschaftlich-politischen Bedürfnissen und Interessen einer konkreten sozialen Schicht der Bevölkerung“<sup>169</sup>. Darüber hinaus haben sie den Charakter einer „staatlichen Organisation“<sup>170</sup>. Obwohl die politische Führung des Landes sich dieser Probleme bewusst ist und bei jeder Gelegenheit die Notwendigkeit der Aktivierung der politischen Parteien betont wird<sup>171</sup>, unternimmt sie keine realen Schritte zur Verbesserung des Parteienpluralismus. Sie erhofft sich zumindest deklaratorisch eine Verbesserung durch die Parlamentsreform und durch die neuen Parlamentswahlen. Aber die Herausbildung eines echten Mehrparteiensystems und das „Erwachen“ der jetzigen offiziellen Parteien, hängen nach meiner Ansicht direkt von den Herausforderungen ab, die sich im Falle der Integration von anderen oppositionellen Gruppierungen in das politische System ergeben.

Die Bedeutung der politischen Parteien bei der Ausarbeitung von außenpolitischen Grundlinien des Landes ist zu ihrer bisherigen Bedeutung im gesellschaftlichen Leben Usbekistans proportional. Sie spielen also überhaupt keine Rolle und unterstützen einstimmig die Außenpolitik des Präsidenten. Sie bekennen sich zur allseitigen Entwicklung von gleichberechtigten Beziehungen zu allen Länder der Welt. Einzige Ausnahmen sind die oppositionellen Gruppierungen „Erk“ und „Birlik“, die für eine engere Zusammenarbeit mit der Türkei sind.

## 2.8 Die Medien und die Pressefreiheit

Der Abschnitt XV der usbekischen Verfassung, der nur aus einem einzigen Artikel besteht, widmet sich den Medien und besagt: „Die Medien sind frei und betätigen sich gemäß den Gesetzen. Sie tragen in festgesetzter Weise die Verantwortung für die Glaubwürdigkeit der Information. Zensur wird nicht erlaubt“ (Art. 67). Für die Entwicklung der freien Presse und Meinungsvielfalt im Lande ebenso wichtig sind auch andere, im Grundrechtskatalog der Verfassung verankerte Artikel, wie etwa Artikel 29: „Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Meinungs- und Überzeugungsfreiheit. Jeder hat das Recht auf die Beschaffung, den Erhalt und die Verbreitung von jeglicher Information mit Ausnahme von gegen die bestehende verfassungsrechtliche Ordnung gerichteten (Informationen) und die anderen (Informationen), die gesetzlich beschränkt sind“. Das Bekenntnis der Verfassung zum Meinungspluralismus, „das gesellschaftliche Leben in der Republik Usbekistan wird

---

<sup>169</sup> Musayev, Bahadyr: Uzbekistan nezawisimiy: reformi ili bunti?, in: <http://www.erkinyurt.org/bm2.htm>

<sup>170</sup> ebenda

<sup>171</sup> Siyosiy partiyalar faol va kurashchan bo'lmog'i kerak. Prezident Islom Karimovning Respublika Oliy Mazhlisining o'n to'rtinchi sessiyasida so'zlagan nutqi (Die politischen Parteien müssen aktiv und kämpferisch werden. Die Rede des Präsidenten Islam Karimow auf der 14. Session des Oliy Mazhlis) in: XXI Asr, Nr.19, 6.05.2004

auf der Grundlage der Vielfältigkeit von politischen Institutionen, Ideologien und Meinungen entwickelt. Keine Ideologie darf als staatliche angesetzt werden“ (Art. 12), kann als ein großer Schritt auf dem Wege zur Demokratie bewertet werden. Die Tätigkeit der Medien wird des weiteren durch die Gesetze „Über die Medien“ (verabschiedet am 26.12.1997), „Über das Verlagswesen“ (30.08.1996), „Über den Schutz der professionellen Tätigkeit von Journalisten“ (24.04.1997) sowie „Über die Garantien und Freiheiten des Zugangs zur Information“ (24.04.1997) reguliert.

Trotz der hier erwähnten umfangreichen legislativen Maßnahmen zur Entwicklung der freien Medien ist es dem unabhängigen Usbekistan nicht gelungen, in diesem Bereich mit der totalitären Tradition der Sowjetherrschaft, in der die Medien als Instrument zur Propaganda benutzt wurden, zu brechen. Vielmehr ist die Herrschaftselite des Landes auch weiterhin vom veralteten Prinzip ausgegangen, dass es die erstrangige Aufgabe der Medien sei, „die Unterbreitung der grundlegenden Umwandlungen, die Propaganda der Erhabenheit von festgesetzten Zielen zu liefern und ein Spiegelbild für den geistlichen Zustand der Gesellschaft zu sein“<sup>172</sup>. Diese Vorstellung über die Rolle der Medien im Lande führte dazu, dass die faktische Lage der Pressefreiheit in Usbekistan gegenwärtig eine der schlimmsten in der Welt ist. Sie ist vor allem dadurch verursacht, dass der neue usbekische Staat trotz der deklarierten Maßnahmen zur Pressefreiheit in Wirklichkeit die von der Sowjetmacht geerbte Kontrolle über die Medien langfristig aufrecht erhalten wollte. Dafür verfügt er über ein mächtiges Überwachungsorgan namens „Staatliches Komitee für das Verlagswesen“ und die ihm unterstellte „Inspektion zur Überwachung der Staatsgeheimnisse in der Presse“, die ein mächtiges Instrument zur Unterbindung kritischer Meinung darstellt. Die in der Verfassung verkündete Beschränkung der Informationsverbreitung aus Gründen des Staatsgeheimnisses ermöglichte die Bildung und das Funktionieren dieses mächtigen Apparats. Jedes bedruckte Papier, ob es ein Zeitungsartikel oder eine an der Universität oder im Forschungsinstitut fertig gestellte Dissertation war, sollte durch dieses Organ auf die Geheimhaltung von Staatsgeheimnissen überprüft und erst dann zur Veröffentlichung zugelassen werden. Außerdem sollten Artikel über Religion zusätzlich beim staatlichen Komitee für religiöse Angelegenheiten, Materialien und Informationen in Bezug auf das Militär beim Verteidigungsministerium vorgelegt und vor der Veröffentlichung zensiert werden. Dieser Prozess stellte in Wirklichkeit aber eine totale Zensur kritischer Meinungen dar, die nicht mehr in der usbekischen Presse auftauchen konnten. „Die vorherige Überprüfung der Medienmaterialien unter dem Deckmantel der Überwachung von Staatsgeheimnissen ist und kann kein Instrument zur Absicherung dieser Geheimnisse darstellen, sondern sie ist

---

<sup>172</sup> So beschrieb der damalige für Medien zuständige Stellvertreter des Premierministers Alisher Azizchodjajew im Januar 1997 die Aufgabe der Medien. Zitiert nach: Khalmuhamedow, Aleksander: „Ne prosto demokraticheskoje obshestwo“, a.a.O., S.64

ein Instrument zur Manipulation, ein Werkzeug im Kampf gegen augenscheinliche Wahrheiten. Wenn das flüchtig durchgesehen wird, was die Zensur von den Zeitungen und vom Bildschirm wegnimmt, dann kann man sich leicht davon überzeugen. Die Fakten zur Korruption, zur Verschlechterung der ökologischen Lage, zur Verstärkung der Kluft zwischen reich und arm, zum Zuwachs der Arbeitslosigkeit usw. können kein Staatsgeheimnis darstellen<sup>173</sup>. Eine weitere Lücke im Gesetz „Über die Medien“ ermöglichte sogar das Verbot eines Presseorgans durch das staatliche Komitee für Verlagswesen.

Unter massivem Druck ausländischer Menschenrechtsorganisationen wurde die „Inspektion zur Überwachung der Staatsgeheimnisse in der Presse“ im Mai 2002 offiziell für aufgelöst erklärt. Ein Monat später wurde das staatliche Komitee für Verlagswesen restrukturiert, in der es zu einer Agentur umgewandelt wurde und viele Funktionen verlor. Damit wurde aber die Lage der Pressefreiheit in Usbekistan leider nicht wesentlich besser. Statt der offiziellen Zensur kam es jetzt zur Selbstzensur durch die Chefredakteure der Zeitungen, deren „privater Wohlstand direkt von ihrer Loyalität in den Beziehungen zu den Herrschenden abhängig ist“<sup>174</sup>. Chefredakteure und viele Verleger verhindern aus Angst vor der Schließungen ihres Presseorgans verhindern immer noch die Veröffentlichung jedes kritischen Beitrags in ihrer Zeitung. So müssen sich die Medien in Usbekistan immer noch mit vielen Problemen auseinandersetzen, die ihre Tätigkeit und die praktische Verwirklichung der liberalen Normen der Verfassung in Bezug auf die Pressefreiheit erheblich erschweren. Die wichtigsten davon sind:

- Verhinderter oder begrenzter Zugang zu Informationsquellen. Die staatlichen Organe erschweren den Zugang von Journalisten zu verschiedenen Informationsquellen. Höhere Beamte der usbekischen Regierung äußern sich sehr selten zu irgendeinem Problem und weigern sich Interviews zu geben. Pressekonferenzen von Ministern oder Hokimen sind eine große Seltenheit. Sogar die Texte vieler gesetzlicher Maßnahmen zur Regulierung der wirtschaftlichen Angelegenheiten sind äußerst schwer zugänglich, was auch zur Unzufriedenheit von vielen potenziellen Investoren geführt hat<sup>175</sup>. Die Wahlbeobachter der OSZE

---

<sup>173</sup> Bahrijev, Karim: Tsenzura bespolezna, vredna i unizitel'na. Vortrag anlässlich der Konferenz zum Tag der Medienfreiheit. Taschkent, 3.05.2001, siehe auch unter:

[http://www.harakat.net/harakat.php?id\\_harakat=30&idtopic=114&id\\_stat=203](http://www.harakat.net/harakat.php?id_harakat=30&idtopic=114&id_stat=203)

<sup>174</sup> Kurbanova, Aysulu: Razvitie SMI w Tsentral'noj Azii-cherez god posle 11 sentyabrya 2001 goda, in: OSZE (Hrsg.): Svoboda sredstw massowoj informatsii i korruptsiya. Wien, 2003, S.34

<sup>175</sup> Siehe dazu Khalmuchamedow, Aleksander: „Ne tol'ko demokraticheskoje obshestwo“, a.a.O., S.65

- wiesen auch auf die Unzulänglichkeit mancher Information der Zentralen Wahlkommission während der Parlamentswahlen im Dezember 2004 hin<sup>176</sup>;
- Mangelnde Veröffentlichung kritischer Informationen. Auch wenn eine kritische Information entdeckt wird, ist die Chance zur Veröffentlichung sehr gering. Aus Angst vor Verfolgung oder Arbeitsplatzverlust verzichten viele Journalisten auf eine reale oder kritische Bewertung der politischen und sozialen Situation in eigenem Land. Die kritischen Beiträge in der usbekischen Presse haben entweder einen lokalen Charakter oder sind von oben vorbestellt. In den vergangenen 13 Jahren ist es zu keinem einzigen Fall gekommen, in dem die Veröffentlichung eines Artikels zum Rücktritt eines Regierungsbeamten oder zu einem größeren politischen Skandal geführt hat<sup>177</sup>;
  - Druck und Verfolgung unabhängiger Journalisten. Es wurden viele Fälle von Verfolgung und Unterdrückung kritischer Journalisten gemeldet. Die einheimischen Journalisten, die für ausländische Medien arbeiten, werden in den staatstreuen Medien als „Verräter der Interessen Usbekistans“ dargestellt;
  - Finanzielle Misere im Medienbereich. 1996 ging die Zahl der Zeitungsabonnements im Vergleich zu 1992 um 96 Prozent zurück. Erhebliche finanzielle Schwierigkeiten erleben fast alle zentralen, parteipolitischen und provinziellen Zeitungen. Viele davon sind völlig auf staatliche Hilfe angewiesen. Es gibt gegenwärtig keine einzige Zeitung, außer Boulevard- und Werbungszeitungen, die aus eigener Kraft existieren könnte. Alle großen Zeitungen sind staatlich oder halbstaatlich.

Die Behandlung außenpolitischer Themen ist ebenso von den hier erwähnten Problemen der Pressefreiheit betroffen. Die Außenpolitik wird in den usbekischen Medien sehr begrenzt und qualitativ sehr niedrig behandelt. Dies ist auf der einen Seite mit dem Fehlen von qualifizierten Fachleuten und mit den begrenzten Möglichkeiten der Medienvertreter zu Zugang zu aktuellen internationalen Informationen zu erklären. Auf der anderen Seite ist die staatliche Aufsicht bei der Behandlung von außenpolitischen Themen sehr stark<sup>178</sup>. Die Medien werden als ein starkes Instrument bei der Veränderung der außenpolitischen Richtlinien, bei der Annäherung an ein Land, beim Eintritt oder Austritt aus einer

---

<sup>176</sup> Vgl.: OSCE/ODIHR.: Electoral process in Uzbekistan requires major improvements, in: [http://www.osce.org/news/show\\_news.php?id=4632](http://www.osce.org/news/show_news.php?id=4632)

<sup>177</sup> Bahrijev, Karim: Problemi uzbekistanskoj pressi. Vortrag auf der Konferenz zum Tag der Medienfreiheit. 10.05.2002 [http://news.ferghana.ru/detail.php?id=302&code\\_phras](http://news.ferghana.ru/detail.php?id=302&code_phras)

<sup>178</sup> Dies kann am Beispiel der Behandlung der aktuellen Beziehungen zu zentralasiatischen Nachbarländern verdeutlicht werden. Während die kirgisischen und kasachischen Medien die Bevölkerung über den Zustand der Grenzverhandlungen täglich informierten, schwiegen alle usbekischen Medien darüber.

multilateralen Organisation ausgesehen<sup>179</sup>. In einem Treffen mit den Chefredakteuren der führenden Zeitungen erklärte der damalige Außenminister Kamilow, dass sich eine falsche Darstellung eines politischen Ereignisses in einem anderen Land auf die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen und auf die außenpolitische Tätigkeit Usbekistans negativ auswirken könnte. Die aktuellen Informationen über die außenpolitische Tätigkeit des Landes werden durch die Informationsagentur „Jahon“ beim usbekischen Außenministerium, durch die staatliche Presseagentur UzA oder durch den Pressedienst des Präsidentenamtes vorbereitet und in einer Standardform an alle wichtigen Medien geliefert. Es existiert noch keine allgemeine Zeitschrift zur Außen- und internationalen Politik<sup>180</sup>.

Insgesamt muss die gegenwärtige Situation der Pressefreiheit in Usbekistan als ein schwerer Rückschritt auf dem Weg zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und der Rechtsstaatlichkeit bewertet werden. Die Rolle der Medien in der usbekischen Gesellschaft ist sehr begrenzt und man kann sich anhand der Berichterstattung kein wirkliches Bild über die reale politische und soziale Lage machen. Es muss auch konstatiert werden, dass der gegenwärtige und der zukünftige Zustand der Medien in Usbekistan im direkten Zusammenhang mit der Vertiefung der wirtschaftlichen Reformen steht. Die mangelhafte Entwicklung der marktwirtschaftlichen Beziehungen und das Fehlen unabhängiger Wirtschaftssubjekte auf dem usbekischen Markt minimieren die Bedeutung der Medien als Werbeträger und führen zum Fehlen von wichtigen finanziellen Erträgen, die die Existenzgrundlage der Medien bilden könnten. Solange diese wirtschaftliche Situation durch ernsthafte Reformen nicht verändert wird, kann auch von freien Medien in Usbekistan keine Rede sein. Dass der Staat sie weiter finanziert und gleichzeitig an ihrer Unabhängigkeit interessiert sei, ist eine irreführende Vorstellung von Pressefreiheit.

## 2.9 Fazit

Dass die Spannungen zwischen Verfassungsrecht und Verfassungspraxis für alle Übergangsregime Osteuropas und der GUS auf ihrem Weg vom kommunistischen

---

<sup>179</sup> Dies wird vor allem bei der Formierung der usbekischen Position zu integrativen Tendenzen in der GUS, z.B. im Hinblick auf die Euroasiatische Union sowie bei der Entwicklung der usbekisch-amerikanischen Beziehungen nach dem 11. September 2001 sehr deutlich. Das letzte Beispiel für diesen Punkt ist die Wiederannäherung an Russland, die seit Mitte 2003 deutlich verstärkt worden ist. Seitdem zeichnen die usbekischen Medien ein ganz anderes Bild von Russland.

<sup>180</sup> Ausgenommen davon bleibt die wissenschaftliche Zeitschrift „Xalqaro munosabatlar“ („Internationale Beziehungen“), die von der Universität für Diplomatie und Weltwirtschaft veröffentlicht wird und für einen engeren Kreis von Wissenschaftlern vorgesehen ist.

Einparteienstaat in Richtung pluralistische und rechtstaatliche Demokratie charakteristisch sind, ist allgemein bekannt. Im Falle Usbekistans ist festzustellen, dass die Verfassungsordnung eine zweiseitige Konstruktion erhielt, in der einerseits die allgemeinen Prinzipien der Menschenrechte und -Freiheiten anerkannt werden und andererseits eine Herrschaftsordnung deklariert wurde, die in der Grauzone zwischen Superpräsidentialismus und Autokratie anzusiedeln ist. Usbekistan hat bewusst diesen Weg eingeschlagen, weil der Übergangsprozess insgesamt von der politischen Führung als eine Periode angesehen wurde, in der sich die politische und wirtschaftliche Transformation zu einem „Risikofaktor für die nationale Sicherheit des Landes umwandeln kann“<sup>181</sup>. Um eine solche Entwicklung zu verhindern, wurde der Aufbau einer starken Exekutive vorgeschlagen, deren Herzstück das Amt des Präsidenten bilden sollte.

Entgegen aller positiven Erwartungen, dass „die Festigung und Entwicklung der Macht des Präsidenten, die die Verwirklichung der gesetzgebenden Beschlüsse, den Schutz der Rechte und Freiheiten der Bürger, die Durchführung der politischen und wirtschaftlichen Reformen garantiert“<sup>182</sup>, führte sie in Wirklichkeit zur Paralyse der anderen politischen Institutionen, insbesondere des Parlaments und der politischen Parteien. Als Fazit kann festgestellt werden, dass es sich beim politischen System Usbekistans um ein autoritäres Präsidialsystem mit zurzeit noch nicht ausreichend funktionierenden Charakteristika einer Demokratie (Parlament, Parteien, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Wirtschaftsverbände usw.) handelt.

Das unzureichende Funktionieren der vorhandenen politischen Institutionen sowie die Defizite beim Aufbau einer rechtstaatlichen Ordnung haben in breiten Schichten der Bevölkerung den Glauben an eine demokratische Entwicklung des Landes unter der jetzigen politischen Führung beeinträchtigt. Diese Unzufriedenheit betrifft nicht nur die bisherige politische sondern insbesondere auch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Die immensen ökonomischen Probleme lassen sich selbst durch autoritäre Instrumente staatlicher Lenkung nicht länger verbergen. Die Clanstruktur<sup>183</sup> und die sich rasch entwickelnde Korruption sind weitere ernsthafte Gründe, die dem

---

<sup>181</sup> Vgl.: Alimov, Ravshan u.a. (Hrsg.): *Tsentrálnaja Asija: geoeconomika, geopolitika, bezopasnost'*. Taschkent, 2002, S.42

<sup>182</sup> Karimow, Islam: *Uzbekistan: natsional'naja nezawisimost'*, ekonomika, politika, ideologija, a.a.O., S.44

<sup>183</sup> Trotz des Industrialisierungs- und Modernisierungsprozesses sind es zur Zeit weniger die institutionellen Strukturen sondern sehr viel mehr die überkommenen tribalen Strukturen, die die Politik in Usbekistan wesentlich bestimmen. Im Unterschied zu allen anderen zentralasiatischen Staaten weisen die Klane in Usbekistan im Gegensatz zu den klassischen Tribalismus Charakteristika folgende Merkmale auf: Sie sind offen, „pluralistisch“, „mosaikartig“ und nicht nach Stammesprinzip geschlossen. Zwar wird die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Klan durch die Herkunft aus einer bestimmten Region identifiziert, ist aber auch Ergebnis von Koalitionen aus verschiedenen Interessengruppen. Vgl.: Khalmuhamedow, Aleksander: *„Ne prosto demokraticeskoe obshestwo“*, a.a.O., S.59

gegenwärtigen Machthaber den Boden der Legitimität entziehen. Um diesen Prozess entgegenzuwirken, wurde im Jahr 2000 von Präsident Islam Karimow ein Prozess der „Liberalisierung aller Lebensbereiche“ verkündet, der unter dem Motto „von einem starken Staat zu einer starken Gesellschaft“ stand. Fünf Jahre nach der Deklaration dieses Liberalisierungsprozesses ist leider festzustellen, dass er nur sehr begrenzt verwirklicht wurde und dass er bislang keine Auswirkung für das politische Leben des Landes hatte. Die Reformen in Bezug auf Professionalisierung des Parlaments wurden bei gleichzeitiger Verlängerung des Präsidentenamtes von fünf auf sieben Jahre durchgeführt; dabei wurden die übermäßigen Kompetenzen des Präsidenten nicht beschnitten. In diesem Sinne ist der herrschende offizielle Optimismus über den Zustand der Entwicklung des Demokratisierungsprozesses, der vor und nach den Parlamentswahlen 2004 in den regimetreuen Medien verbreitet wurde, eine falsche Darstellung der politischen und wirtschaftlich-sozialen Realität in Usbekistan. Die Parlamentswahlen selbst wurden durch die Nichtzulassung oppositioneller Gruppierungen und die Wiederholung der These über den „eigenen Weg“ Usbekistans überschattet. Dabei hat der usbekische Präsident selbst mit seiner folgenden Äußerung zu den euphorischen Stimmen eine klare Grenze gesetzt: „Der Übergangsprozess Usbekistans von einem totalitären, kommando-administrativen System zur Demokratie wird lange dauern. Es ist nicht bekannt, wie lange er dauern wird und ob er überhaupt zu einem Ende kommen wird“<sup>184</sup>.

In der politischen Wissenschaft besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Charakter des politischen Systems eines Landes und seiner Außenpolitik. Die vorliegende Analyse des politischen Systems Usbekistan macht deutlich, dass Außenpolitik unter solchen Gegebenheiten nicht institutionell, sondern vielmehr als eine personell gestaltete Politik definiert werden muss. Wie bei anderen politischen Entscheidungsprozessen verfügt hier der usbekische Präsident über eine absolute Macht, die der demokratischen Kontrolle durch das Parlament und die Öffentlichkeit entzogen ist. Darüber hinaus erschwert das gegenwärtige politische System die Erfüllung der außenpolitischen Ziele des Landes, zu denen auch die umfassende Integration in die Weltgemeinschaft gehört. Die vollständige und vollwertige Eingliederung Usbekistans in die Weltgemeinschaft kann jedoch nur dann erfolgen, wenn es dem Land gelingt, den internen Prozess der politischen und wirtschaftlichen Transformation zu verstetigen und fortzuführen. Des Weiteren wird die Notwendigkeit des Vorantreibens des Demokratisierungsprozesses dadurch bedingt, dass Usbekistan bei der Modernisierung seiner politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen auf westliche Wirtschaftshilfe angewiesen ist.

---

<sup>184</sup> Staatspräsident Islam Karimow in einem Interview Anfang 2003 (Quelle beim Autor)



### **3. Kapitel. Die institutionelle Organisation und die zentralen Fragen der usbekischen Außenpolitik**

#### **3.1 Eigenstaatlichkeit als Grundlage der Außenpolitik**

Im Zuge des Zusammenbruchs des sowjetischen Imperiums im Jahr 1991 entstand zum ersten Mal in der Geschichte ein unabhängiger usbekischer Nationalstaat, der Aussichten auf eine dauerhafte Existenz besitzt. Die politischen Eliten des Landes, die zum Entstehen der Nationalstaatlichkeit am wenigsten beigetragen hatten, mussten nun neue staatliche Strukturen aufbauen, die den neuen souveränen Staat funktionsfähig machen sollten. Diesbezügliche Aufgaben kann man in zwei Gruppen aufteilen: Die erste bezog sich auf das Inland, wo die Notwendigkeit eines Aufbaus der Makroökonomie und der demokratischen Institutionen bestand. Die zweite Aufgabe bezog sich auf das Ausland; denn in internationaler Hinsicht kristallisierte sich zunehmend das Bedürfnis heraus, sich in die internationalen Institutionen zu integrieren und entsprechende wirtschaftliche, politische und soziale Strukturen auszubilden. Die erfolgreiche Durchführung dieser Aufgaben könnte im Staatsbildungsprozess und bei der Konsolidierung der usbekischen Gesellschaft ein bedeutender Faktor werden. Dazu der Staatspräsident Islam Karimow 1992: „Die Verwirklichung einer aktiven, vielseitigen, den Interessen Usbekistans entsprechenden Außenpolitik ist eine notwendige Voraussetzung und das wichtigste Mittel zur Festigung der Souveränität unseres Staates, zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Verbesserung des Lebens des Volkes.“<sup>185</sup>

Die zentralasiatischen Länder, darunter auch Usbekistan, hatten hier im Vergleich mit den europäischen postsowjetischen Republiken eine schwerere Aufgabe zu bewältigen, da sie auf eine kürzere Periode der Eigenstaatlichkeit rückblicken konnten. Dabei stellt der Aufbau einer eigenständigen Außen- und Sicherheitspolitik den schwersten Teil des Staatsaufbauprozesses dar. Usbekistan verfügte zum Zeitpunkt der Erlangung seiner Unabhängigkeit weder über außenpolitische Erfahrungen noch über entsprechende organisatorische Strukturen. Vielmehr bestand die enorme Herausforderung des jungen Staates darin, zugleich außenpolitische Interessen, Strategien und Konzeptionen zu definieren und die personellen wie organisatorischen Grundlagen einer eigenen Diplomatie aufzubauen. Hinzu kommt, dass dies unter den Bedingungen gewaltsamer regionaler Konflikte und einer akuten Wirtschafts- und Reformkrise geschehen musste. Die

---

<sup>185</sup> Vgl.: Karimow, Islam: O'zbekistonning o'z istiqloq va taraqqiyot yo'li (Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts.), in: Karimow, Islam: Band I, a.a.O, S.22

Frühphase der Außenpolitik war geprägt durch das Bemühen um eine internationale Anerkennung des neuen Staates. Angesichts der regionalen Konflikte im benachbarten Afghanistan und der Fragwürdigkeit der sowjetischen Grenzziehungspolitik, die jeder Zeit in Frage gestellt werden konnte, war die Aufnahme der Republik Usbekistan – in den Grenzen der Usbekischen SSR – in die Vereinten Nationen (2.03.1992) und in die OSZE (2.03.1992) von großer Bedeutung. In der Folgezeit trat das Land zahlreichen internationalen Organisationen und Konventionen bei und nahm diplomatische Beziehungen mit über 100 Staaten auf.

Die Bemühungen um eine internationale Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit beinhalten jedoch nur einen kleinen Teil im Aufbauprozess einer eigenständigen Außen- und Sicherheitspolitik. Es musste vielmehr ein komplizierter Prozess in Gang gesetzt werden, der sich auf die Erfüllung folgender Aufgaben konzentrieren sollte:

- Bestimmung der Ziele und Hauptaufgaben der außenpolitischen Tätigkeit der Republik Usbekistan;
- Festlegung der Prinzipien der Außenpolitik der Republik Usbekistan;
- Festsetzung der Prioritäten außenpolitischer Orientierung, die am besten für die Wahrnehmung der nationalen Interessen der Republik Usbekistan geeignet wären;
- Aufbau des institutionellen Systems des außenpolitischen Entscheidungsprozesses;
- Gründung der außenpolitischen Bildungs- und Forschungsinstitutionen für die Ausbildung von hochqualifizierten Kadern für die diplomatische Tätigkeit, sowie die Tätigkeit auf dem Gebiet des internationalen Rechts und der Außenwirtschaft und für die wissenschaftliche Expertise;
- Ausarbeitung gesetzlicher Rahmenbedingungen für die auswärtige Politik und den diplomatischen Dienst.

Im Folgenden werden die Ziele und Aufgaben, die Prinzipien und Prioritäten, die Akteure, Instanzen und Rechtsgrundlagen sowie die wichtigsten Instrumente und Faktoren der usbekischen Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet. Einer gesonderten Analyse werden auch die Aspekte der nationalen Sicherheit unterzogen.

## **3.2 Der Formierungsprozess der usbekischen Außenpolitik**

### **3.2.1 Ziele und Aufgaben**

Das Hauptziel der usbekischen Außenpolitik ist das Schaffen von günstigen außenpolitischen Voraussetzungen für die Durchsetzung der innenpolitischen Reformen, deren Endziel „die Errichtung eines mächtigen demokratischen Rechtsstaates und einer Bürgergesellschaft mit einer stabilen Marktwirtschaft“<sup>186</sup> ist. Für das Erreichen dieses Zieles ist die allseitige Stärkung der Position der Republik Usbekistan in der Weltgemeinschaft als ihr vollständiger und unteilbarer Bestandteil und als ein Staat, der die grundlegenden Prinzipien der internationalen Beziehungen befolgt, von außerordentlicher Bedeutung. Die konkreten Aufgaben der usbekischen Außenpolitik in Bezug auf die Erfüllung der oben erwähnten Ziele lassen sich in vier Themenbereiche teilen. Ein Teil davon wurde bereits erfolgreich abgeschlossen; der andere Teil wird in kurz- und mittelfristiger Perspektive lebensnotwendig bleiben:

1. Das Erreichen der Anerkennung der staatlichen Souveränität Usbekistans von möglichst vielen Staaten und Organisationen. Es ist wichtig zu betonen, dass Außenpolitik in Taschkent vor allem eine Funktion der Innenpolitik ist und hier besonders eine Folge des nach 1991 mit durchschlagendem Erfolg betriebenen Projekts der usbekischen Nationsbildung. Dieser Prozess war dem starken Einfluss solcher Faktoren, wie unterentwickelte nationale Staatlichkeit und schwache nationale Identität, ausgesetzt. Die Außenpolitik war damit beauftragt, unter der politischen Elite und der Bevölkerung den Glauben an Souveränität und Eigenstaatlichkeit zu stärken. Dabei war in den Augen der Bevölkerung die zunehmende Intensität internationaler Kontakte der Maßstab für usbekische Souveränität und Unabhängigkeit. Aus diesen Gründen war die Frühphase der Außenpolitik durch das Bemühen um internationale Anerkennung des neuen Staates geprägt. Der bedeutendste Schritt in diese Richtung war die Aufnahme der Republik Usbekistan in die OSZE (2.03.1992) und in die Vereinten Nationen (2.3.1992). In der Folgezeit trat das Land zahlreichen internationalen Organisationen bei. Mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit über 125 Ländern der Welt wurde diese Aufgabe erfolgreich abgeschlossen. Heutzutage haben mehr als 35 Länder ihre diplomatischen Vertretungen

---

<sup>186</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts. Taschkent, 1992, S.8

in Taschkent eröffnet und in mehr als 20 Staaten unterhält Usbekistan seine Botschaften.

2. Gewährleistung des wirtschaftlichen Fortschritts des Landes durch Mobilisierung von Außenressourcen. In einer Lage, in der die wirtschaftliche Krise zunahm und die Leistungsfähigkeit des inneren Marktes sich ständig schwächte, waren die ausländischen Investitionen das einzige effektive Mittel für die Erhaltung zumindest einer minimalen Wirtschaftsentwicklung. In dieser Hinsicht bestand die wichtigste Aufgabe der ersten Etappe vor allem darin, die Organisationsmaßnahmen für den Beitritt in internationale Wirtschafts- und Finanzorganisationen, wie den internationalen Währungsfonds, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Asiatische Entwicklungsbank, die Vorbereitung und Unterzeichnung der Generalvereinbarung für Tarife und Handel durchzuführen und Kontakte zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu knüpfen. Ferner beinhaltete sie auch eine umfassende Integration der Wirtschaft Usbekistans in die Weltwirtschaftsgemeinschaft, mit dem Ziel einer weiteren Festigung und Entwicklung des Exportpotenzials der Republik. Die harte Konkurrenz auf dem Kapitalmarkt erfordert eine weitere Verbesserung des Investitionsklima in Usbekistan. Zur Festigung der sozio-ökonomischen Lage Usbekistans muss der Wirtschaft ein dynamischer Charakter verliehen werden. Notwendig dafür sind gesellschaftliche Stabilität und der sichere Schutz der äußeren Grenzen. Daraus ergibt sich der nächste wichtigste Aufgabenbereich für die usbekische Außenpolitik.
3. Gewährleistung der nationalen und regionalen Sicherheit. Sicherstellung der nationalen Interessen gegenüber den anderen Staaten und Bewahrung der regionalen Sicherheit in seinem unmittelbaren geopolitischen Raum waren und sind die wichtigsten Aufgaben der Außenpolitik der Republik Usbekistan. Dabei war Usbekistan seit den ersten Tagen seiner Unabhängigkeit mit Herausforderungen und Risiken für seine Sicherheit konfrontiert. Die usbekische auswärtige Politik bemühte sich die Aufmerksamkeit der führenden Länder der Welt und der internationalen Organisationen zu gewinnen, um Lösungen für die sicherheitspolitischen Probleme der Region zu finden. Eine weitere Aufgabe in diesem Zusammenhang besteht darin, das territoriale, wirtschaftliche, zwischenethnische und andere zwischenstaatliche Konfliktpotenzial mit seinen zentralasiatischen Nachbarn zu minimieren und damit eine Voraussetzung für die Bildung freundschaftlicher Beziehungen zu diesen Ländern zu schaffen. Diese Kontakte können eine feste Grundlage für die regionale Integration schaffen. Dadurch wird auch fester Boden für die Erhaltung von Frieden und Stabilität in Zentralasien geschaffen. Nichtsdestotrotz bleibt diese Aufgabe der politischen Elite des Landes auch eine langfristige Perspektive, weil sich die objektiven Gegebenheiten und die geopolitische Lage Usbekistans durch beachtliches Konfliktpotenzial auszeichnen.

4. Rückensicherung der bestehenden politischen Ordnung und damit auch Sicherung der Existenz der herrschenden usbekischen Eliten. Die fehlende notwendige innenpolitische Unterstützung, die vor allem auf den autoritären Charakter des Regimes und die sich ständig verschlechternde soziale Lage einer breiten Schicht der Bevölkerung zurückzuführen ist, führt dazu, dass die Machthaber versuchen, diese Lücke durch außenpolitische Maßnahmen auszugleichen. Von daher sind die Machthaber auf der ständigen Suche nach einem solchen außenpolitischen Partner, der sie bedingungslos unterstützt, und versuchen gleichzeitig eine außenpolitische Isolation zu vermeiden, die eine zusätzliche Last für die Legitimierung ihrer Herrschaft werden kann.<sup>187</sup> Als Hauptgefahr gilt dabei die mögliche Allianz der innenpolitischen Kräfte mit ausländischen Kräften, die zum Sturz des Präsidenten und seines Herrschaftssystems führen könnte. Dafür muss die Unterstützung innenpolitischer Kräfte von Außen, die die Macht ergreifen wollen, mit allen außenpolitischen Mitteln vermieden werden.<sup>188</sup>

### 3.2.2 Prinzipien und Prioritäten

Die Grundprinzipien des Aufbaus und der Festlegung der Hauptrichtungen der auswärtigen Politik der Republik Usbekistan wurden zum ersten Mal 1992 vom Staatspräsident Islam Karimov in seinem programmatischen Buch „Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts“ verkündet. Diese sechs Prinzipien, auf die sich die usbekische Außenpolitik stützen sollte, unterscheiden sich wenig von allgemeinen Prinzipien der internationalen Politik und lauten wie folgt:

1. Das Prinzip der Vorrangigkeit der eigenen nationalen Interessen. „Weltweite Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen unter Vorrang der eigenen Staatsinteressen. Unser unabhängiger Staat beabsichtigt nicht, in den Einflussbereich irgendeiner Großmacht zu treten. Usbekistan hat nicht dazu seine Unabhängigkeit erlangt, um sich erneut jemandem unterzuordnen.“
2. Das Prinzip der Blockfreiheit. „Die Republik wird den allgemeinmenschlichen Werten in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Menschen und Staaten den Vorrang einräumen und im internationalen Kreis für die Festigung des Friedens und der Sicherheit und die friedliche Regelung von Konflikten eintreten. Usbekistan bleibt kernwaffen-

---

<sup>187</sup> Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Äußerung des ehemaligen türkischen Präsidenten Demirel, der im Frühling den usbekischen Präsidenten besuchte und sagte: „Wäre ich ein usbekischer Staatsbürger, würde ich in den Präsidentschaftswahlen für Karimow stimmen.“

<sup>188</sup> Ein deutliches Beispiel dafür ist die Schließung der Vertretungen von solcher Organisationen wie Open Society Institute von der Soros Stiftung, Internews Network, das Republikanische Institut der USA unmittelbar nach dem Machtwechsel in Georgien und der Ukraine.

freie Zone und ist nicht gewillt, in aggressive militärische Blöcke oder Verbände einzutreten. Es erkennt die internationalen Menschenrechts- und Nichtangriffsakte und die Absage an Gewalt und Drohungen bei der Lösung von Streitfragen an.“

3. Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. „Die Außenpolitik basiert auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Unsere Devise innerhalb der GUS und in der gesamten Außenpolitik lautet „gleich unter Gleichen zu sein“, für immer wollen wir uns vom „Syndrom des älteren Bruders“ befreien.“
4. Das Prinzip der Offenheit und Deideologisierung. „Die Verwirklichung des Prinzips der offenen Außenpolitik, unabhängig von der ideologischen Gesinnung, wird die Anknüpfung umfangreicher Kontakte zu allen friedliebenden Staaten fördern.“
5. Das Prinzip der Priorität des internationalen Rechts. „Das junge souveräne Usbekistan, sein eigenes nationales Rechtssystem schaffend, erkennt die Priorität der Normen des internationalen Rechts vor den innerstaatlichen an. Unser unabhängiger Staat ist bereit, bei seinem Eintritt in die Weltgemeinschaft die internationalen Standards einzuhalten, ohne dabei das eigene Antlitz einzubüßen.“
6. Das Prinzip der Bilateralität und Multilateralität. „Usbekistan tritt für die Herstellung und Entwicklung sowohl bilateraler als auch multilateraler Außenbeziehungen auf den Prinzipien vollständigen Vertrauens und für die Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen ein.“<sup>189</sup>

Im Unterschied zu den Prinzipien der usbekischen Außenpolitik, die in vieler Hinsicht lediglich allgemeinen und nominellen Charakter besitzen, wurden die Prioritäten der außenpolitischen Orientierung seit dem Erlangen der politischen Souveränität des Landes mehrmals modifiziert. Der Hauptgrund dafür war die Erweiterung des außenpolitischen Handlungsspielraums durch Aufbau und Intensivierung der Beziehungen zu exsowjetischen Ländern. Dabei besaß in den ersten Jahren der Eigenstaatlichkeit die Herausbildung der außenpolitischen Beziehungen zu den GUS-Ländern eine absolute Priorität, die durch gemeinsame Vergangenheit und wirtschaftliche Verflochtenheit dieser Republiken bedingt war. In diesem Zusammenhang nahm die Anknüpfung der direkten und vielseitigen Beziehungen zum neuen demokratischen Russland eine zentrale Stelle ein. Russland wurde von Taschkent als wichtigster wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Partner angesehen. Insbesondere bei der Frage der Bewahrung der nationalen und regionalen Sicherheit und des Schutzes der Außengrenzen hatte Usbekistan keine Alternative zu Russland und stützte sich zurecht auf Moskaus Verteidigungspotenzial. Dazu Staatspräsident Karimow 1992: „Die Republik braucht ein zuverlässiges und sicheres

---

<sup>189</sup> Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S.25-26

Hinterland. Um unser Haus zu schützen und die bestehenden Grenzen zu erhalten, bedürfen wir der Unterstützung Russlands, das über ein mächtiges Potenzial verfügt.“<sup>190</sup>

Eine weitere wichtige Hauptrichtung der Außenpolitik Usbekistans bildet die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zu den zentralasiatischen Republiken, die durch die Vertiefung und weitere Entwicklung enger sozialökonomischer Beziehungen zu ihnen und durch den Ausbau des wissenschaftlichen und kulturellen Austausches erreicht werden kann. Die Notwendigkeit der Erhaltung und Festigung der wirtschaftlichen Kontakte zu Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan ergibt sich nicht nur durch die ethno-kulturelle Verwandtschaft der zentralasiatischen Völker, sondern in erster Linie durch die Nutzung des einheitlichen Energie-, Transport- und Wasserversorgungssystems. Die gemeinsamen ökologischen Probleme der zentralasiatischen Republiken sind ein weiteres Bindeglied in ihrer Zusammenarbeit. Politisch gehören Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan zwar zur GUS, jedoch bildet die Zentralasienpolitik der usbekischen Regierung eine von der GUS gesonderte Richtung. Hier versucht Usbekistan eine der GUS-Integration entgegengesetzte regionale Integrationspolitik durchzusetzen. Weiterhin ist Usbekistan daran interessiert, dass die Gesellschaftssysteme seiner Nachbarn in der Region ihren säkularen Charakter beibehalten. In Bezug auf die hier erwähnten Probleme, ob es das Vorantreiben der regionalen Integration oder die Bewahrung der regionalen Sicherheit ist, bleibt die Republik Kasachstan der wichtigste bilaterale Partner Usbekistans in Zentralasien.

Ebenso wichtig war nach Ansicht des Staatspräsidenten die Formierung der Außenbeziehungen zur islamischen Welt. Er kommentierte die Priorität der asiatisch-islamischen Welt bei der usbekischen auswärtigen Politik mit folgenden Worten: „Mit der Realisierung der staatlichen Unabhängigkeit haben Usbekistan und die anderen mittelasiatischen Republiken die Möglichkeit erhalten, zu den ihnen in Bezug auf Wesen, Religion, Bräuche und Traditionen nahestehenden Ländern der asiatisch-moslemischen Zivilisation anzuknüpfen. Der Abschluss von Verträgen über Zusammenarbeit auf höchster staatlicher Ebene mit den verwandten Ländern öffnet der Republik den Zugang zum System der Weltwirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage tatsächlich gleichberechtigter Partnerschaft und gegenseitiger Achtung.“<sup>191</sup> Die Regionalmächte Türkei und Iran sind in dieser Hinsicht die Schlüsselländer für Usbekistan, zu denen recht früh Kontakte aufgebaut wurden. Gleichzeitig versuchte Taschkent, enge politische Kontakte zu beiden Ländern zu vermeiden und die zwischenstaatlichen Beziehungen hauptsächlich auf wirtschaftlicher Basis umzusetzen. Die Beziehungen zu den anderen zwei großen islamischen Ländern Pakistan und Saudi Arabien erlebten nach anfänglicher Intensität einen Tiefpunkt, der vor

---

<sup>190</sup> ebenda S.31

<sup>191</sup> Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschrittes, a.a.O., S.30-31

allein durch die Unterstützung beider Länder für die Taliban-Regierung in Afghanistan, die von Usbekistan als eine direkte Bedrohung für seine nationale Sicherheit angenommen wurde, verursacht wurde. Auch nach dem Sturz der Taliban ist keine Annäherung in Sicht.

Eine wichtige Richtung zur Aktivierung der Außenpolitik Usbekistans bildete die Anknüpfung von gleichberechtigten Beziehungen zu den alten und neuen Industrieländern in Ost- und Südostasien. Gemeint sind damit Japan, China, Südkorea, Malaysia und Indonesien. Insbesondere die Erfahrungen der neuen Industrieländer Südostasiens bei der Modernisierung ihrer Wirtschaft und die Heranziehung von Investitionen für die Verarbeitung technischer Landwirtschaftskulturen und wissenschaftlich aufwendiger Industriezweige waren für Usbekistan von großem Interesse. Seit Mitte der 1990er Jahre haben die Beziehungen zu Japan an Intensität gewonnen. Zum Beginn des neuen Jahrhunderts avancierte Tokio zum größten Geberland für Usbekistan und daraufhin erklärte Taschkent Japan zu seinem strategischen Partner. Da insgesamt die Beziehungen zu dieser Gruppe von Ländern von Anfang an wirtschaftlichen Charakter besaßen, wurde die Priorität der ost- und südostasiatischen Region noch nicht revidiert und bleibt nach wie vor sehr wichtig.

Im Vergleich zu den oben erwähnten Ausrichtungen usbekischer Außenpolitik gewann ihre westliche Orientierung relativ spät an Bedeutung. Zwar wurde schon früh erkannt, dass „die Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern Zugang zu modernen Technologien, einen Zustrom von Investitionen in die tragenden Industriezweige, und für die komplexe Nutzung der Naturrohstoffe“<sup>192</sup> gewährt. In der Praxis hat sich die Herausbildung der Beziehungen zum Westen jedoch als relativ schwierig erwiesen. Dieses ist vor allem damit zu erklären, dass Usbekistan für den Aufbau seiner Außenbeziehungen zum Westen sowohl geographisch als auch politisch eine sehr ungünstige Ausgangsposition hatte. Taschkent hatte in den europäischen Hauptstädten und in Washington wenige Befürworter für sein Verständnis von Demokratie, Menschenrechten und Marktwirtschaft. Erst Mitte der 1990er Jahre wurde in dieser Richtung ein Durchbruch erzielt. In jenem Jahr wurde ein Partnerschaftsvertrag mit der Europäischen Union unterzeichnet und der erste Besuch des usbekischen Präsidenten in Washington fand statt. In der Europapolitik der usbekischen Regierung hat die Anknüpfung intensiver Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland Priorität, was mit der Rolle Berlins in der EU und seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten zu erklären ist. Auch zu den osteuropäischen Ländern, zu denen im Rahmen der Sowjetunion Kontakte bestanden hatten, wurden die Beziehungen durch regelmäßige Staatsbesuche intensiviert.

---

<sup>192</sup> Ebenda S.32



Gegen Ende der 1990er Jahre ist ein Prioritätenwechsel in der usbekischen Außenpolitik deutlich zu erkennen. Russland wurde von Taschkent nicht mehr als einziger Garant der nationalen und regionalen Sicherheit angesehen. Die deutlichen Beweise dafür sind die Nichtverlängerung des kollektiven Sicherheitsvertrags der GUS und der Anschluss Usbekistans an GU(U)AM, das Bündnis der westorientierten Länder der Gemeinschaft. Zugleich hat Taschkent versucht, die Aufmerksamkeit der westlichen Länder für die Lösung der regionalen Sicherheitsprobleme zu gewinnen. Die politische Führung des Landes betonte, dass die Nato durch Verstärkung ihrer politischen Struktur und durch das Programm „Partnerschaft für Frieden“ neben Europa auch im euroasiatischen Kontinent ein Faktor für Stabilität werden könne.<sup>193</sup> Der Höhepunkt dieser Westannäherung war die Teilnahme Usbekistans an der Antiterrorcoalition nach dem 11.09.2001 und die Bereitstellung seiner Militärinfrastruktur für die westlichen Truppen während und nach dem Krieg in Afghanistan. Ungeachtet dieser Tendenz herrscht in Bezug auf die außenpolitische Prioritätensetzung unter den Experten die Meinung, dass die außenpolitische Strategie Usbekistans darauf ausgerichtet ist, unter Einfluss keiner der beiden Großmächte zu agieren und lediglich im politischen Interessengegensatz zwischen Moskau und Washington zu manövrieren.<sup>194</sup>

### **3.2.3 Bildung von außenpolitischen Infrastrukturen und Institutionen**

Die Außen- und Sicherheitspolitik ist eine absolute Prerogative des Präsidenten. Er ist der einzige Träger aller taktischen und strategischen Entscheidungen in Bezug auf die Außenpolitik. Sowohl die verfassungsrechtlichen Kompetenzen als auch die faktische Machtkonstellation im Lande erlauben ihm eine ungehinderte Formierung und Durchführung der auswärtigen Politik. Laut Artikel 93 des Grundgesetzes „vertritt der Präsident die Republik innerhalb des Landes und im Ausland.“<sup>195</sup> „Er führt Verhandlungen und unterzeichnet Verträge und Abkommen der Republik Usbekistan und sichert die Beachtung der Verträge und Abkommen und die von der Republik übernommenen Verpflichtungen.“<sup>196</sup> Zweifellos stützt er sich bei der Festlegung außenpolitischer Prioritäten mehr oder weniger auf die Meinung staatlicher Institutionen, verschiedener Interessengruppen und Faktoren. Zu den wichtigsten staatlichen Institutionen in Bezug auf Außen- und Sicherheitspolitik gehören die präsidentiale Administration, der Rat für Nationale Sicherheit und das Außenministerium. Die präsidentiale Administration verfügt über einen Stab für Außenpolitik, der von einem staatlichen Berater für auswärtige Politik geleitet

---

<sup>193</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.356-357

<sup>194</sup> Vgl.: EZPI (Hrsg.): Kazachstan i Uzbekistan: točki konflikta. Unter: <http://www.policy.kz/?itemid=123>

<sup>195</sup> Konstitutsiya Respublik Uzbekistan. Tashkent, 2004 (Eigene Übersetzung)

<sup>196</sup> ebenda

wird. Jedoch war dieses Amt in den vergangenen Jahren nicht regelmäßig besetzt und diente vielmehr als eine vorübergehende Dienststelle für ehemalige einflussreiche Botschafter oder Außenminister.<sup>197</sup> Der genaue Beitrag des Präsidialapparats zur Außen- und Sicherheitspolitik Usbekistans ist wegen der geringen Transparenz, die diese Institution auszeichnet, schwierig zu beurteilen.

Der Rat für Nationale Sicherheit (im weiteren Nationaler Sicherheitsrat) ist ebenfalls strukturell an den Präsidentenapparat angegliedert. Der Vorschlag über seine Gründung kam vom Präsidenten, der in einer Sitzung des Parlaments im Januar 1995 die Notwendigkeit einer Institution mit analytischen Funktionen betonte.<sup>198</sup> Er ist als ein beratendes Organ den höchsten Amtspersonen des Staates gedacht. Der Vorsitzende des Sicherheitsrates ist der Präsident. Die faktische Tätigkeit des Sicherheitsrates wird von einem Sekretär geleitet, der vom Präsidenten ernannt wird. Es ist zu vermuten, dass ihm neben dem Präsidenten auch der Premierminister, Außenminister, Innenminister, Verteidigungsminister und der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsdienstes und die Vorsitzenden beider Kammern des Parlaments angehören. Der Nationale Sicherheitsrat hat bisher in unregelmäßigem Abstand getagt. Da auch im Falle des Nationalen Sicherheitsrats kaum Transparenz und Informationsmöglichkeiten gegeben sind, ist schwer festzustellen, welche Kompetenzen und Rechte er tatsächlich besitzt. Die Eigenschaften des Sicherheitsrates sind weder in der Verfassung noch in anderen gesetzlichen Akten verankert. Angesichts des Charakters des politischen Systems Usbekistan ist jedoch davon auszugehen, dass er kein Koordinationsinstrument der Außen- und Sicherheitspolitik ist, sondern seine Hauptaufgabe in der Anfertigung sicherheitspolitisch relevanter Expertise liegt. Dem Sicherheitsrat ist das Institut für strategische und interregionale Studien angegliedert, das durch einen Erlass des Staatspräsidenten schon Anfang 1992 gegründet worden war. Es verfügt über mehr als hundert wissenschaftliche Mitarbeiter. Da das Institut nur wenige wissenschaftliche Publikationen herausgibt, ist davon auszugehen, dass es hauptsächlich mit der Anfertigung analytischer Materialien zu Händen des Präsidenten beschäftigt ist. Dass der Direktor dieses Instituts zum ersten Sekretär des neu gebildeten Nationalen Sicherheitsrats ernannt wurde, bestätigt die oben erwähnte These, dass der Sicherheitsrat hauptsächlich analytische Funktionen besitzt.

Angesichts der untergeordneten Rolle des usbekischen Parlaments im politischen Leben des Landes ist seine Rolle bei der Herausbildung der auswärtigen Politik sehr gering. Das Oliy Mazhlis der vergangenen zwei Legislaturperioden beschäftigte sich hauptsächlich mit

---

<sup>197</sup> Zuletzt wurde dieses Amt von Abdulaziz Kamilov, dem ehemaligen Außenminister, der Mitte März 2003 aus seinem Amt entlassen wurde, bekleidet. Im Juni selben Jahres wurde er zum usbekischen Botschafter in Washington ernannt. Seitdem ist das Amt des außenpolitischen Beraters des Staatspräsidenten vakant.

<sup>198</sup> Karimow, Islam: Band III. Taschkent, 1996, S.78

der Verabschiedung gesetzlicher Rahmenbedingungen für die auswärtige Tätigkeit und nationale Sicherheit und mit der Ratifikation bilateraler und internationaler Verträge. Nach den Parlamentsreformen 2003 verlor das Unterhaus jeglichen nominellen Einfluss auf die Außenpolitik. Das Oberhaus, der Senat, bekam dagegen zusätzliche Kompetenzen in Bezug auf auswärtige Politik. So müssen jetzt Kandidaten für das Botschafteramt, die nach wie vor vom Präsidenten vorgeschlagen werden, zunächst vom Senat bestätigt werden.

Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ist die wichtigste ausführende Institution der usbekischen Außen- und Sicherheitspolitik. Es ist direkt dem Staatspräsidenten unterstellt. Obwohl das usbekische Außenministerium wie der Nationale Sicherheitsrat nicht gänzlich neu gebildet wurde, wäre es falsch, von einer Umstrukturierung oder Erweiterung des alten auswärtigen Dienstes der Usbekischen SSR zu sprechen. Das Außenministerium der Usbekischen SSR verfügte über eine kleine Zahl von Mitarbeitern, die für die Betreuung der ausländischen Gäste während ihrer Reisen in Usbekistan zuständig waren. Aus diesen Gründen stellte die Bildung des auswärtigen Dienstes mehr als einen Umstrukturierungsprozess einer solchen Struktur dar. Das usbekische Außenministerium ist dem Staatspräsidenten direkt unterstellt. Anfang 2005 wurde das System des auswärtigen Amtes modifiziert. Nach der Umbildung des Kabinetts, die durch neue Parlamentswahlen bedingt war, wurde der Außenminister zum stellvertretenden Premierminister ernannt. Er soll zukünftig das gesamte außenpolitische Spektrum des Landes, das heißt also auch die Agentur für die Außenwirtschaftsbeziehungen, leiten. Zum Jahresanfang 2005 bestand das Außenministerium aus 16 Departements, die nach geographischen Blöcken (Europa, Nordamerika, Ostasien usw.) und Sachkompetenzen (internationale Organisationen, ökonomische Zusammenarbeit, Kultur usw.) verteilt sind. Ihre Arbeit wird durch fünf Stellvertreter des Ministers geleitet und koordiniert. Die Verfügung über eine hochprofessionelle und renommierte Planungs- und Analyseabteilung deutet darauf hin, dass die usbekischen Diplomaten nicht nur Ausführungsbeamte sind.

In seiner fast fünfzehnjährigen Geschichte wurde das Amt des Außenministers fünf Mal neu besetzt. Bei der Ernennung zum Außenminister entschied nicht die professionelle Kompetenz, sondern vielmehr die Anpassung an das politische System und die persönliche Loyalität zum Präsidenten. Erst im August 1994 kam an die Spitze des Außenministeriums ein professioneller Diplomat. Abdulaziz Kamilov, der bisher als stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsdienstes tätig war, arbeitete seit Anfang der 1980er Jahre im sowjetischen Außenministerium. Er hat die Außenpolitik Usbekistans fast neun Jahre lang entscheidend geprägt. Sein Nachfolger, Sadyk Safayev, hat seinem Land als ein gewinnender, erfolgreicher Botschafter auf den wichtigsten Posten in Berlin und Washington große Dienste erwiesen. Bei seiner Ernennung im März 2003 scheint außerdem die außenpolitische Orientierung Usbekistans nach dem 11. September 2001

eine bedeutende Rolle gespielt zu haben. Nach den Parlamentswahlen 2004 und der damit verbundenen Regierungsumbildung zum Jahresbeginn 2005 wurde Safayev, der nun auch Mitglied des Senats (Oberhaus des usbekischen Parlaments) geworden war, entlassen.<sup>199</sup> Sein Amt übernahm Elyor Ganiyev, bisheriger stellvertretender Premierminister und Vorsitzender der Agentur für Außenwirtschaftsbeziehungen.

Neben dem zentralen Apparat verfügt das usbekische Außenministerium über vier Außenabteilungen in den Städten Buchara, Samarkand, Nukus (Karakalpakistan) und eine Konsularabteilung in der Grenzstadt Termez (Südusbekistan). Die Informationsagentur „Jahon“ (Die Welt), die Universität für Weltwirtschaft und Diplomatie, die Diplomatenaakademie und ein Diplomatenzentrum sind ebenfalls dem Außenministerium untergeordnet. Die wichtigste unter diesen Organisationen stellt nach meiner Ansicht die Universität für Weltwirtschaft und Diplomatie dar, die im Dezember 1992 durch ein Dekret des Staatspräsidenten gegründet wurde. Sie ist die wichtigste Bildungsanstalt, in der die Kader für den diplomatischen Dienst vorbereitet werden. 1996 wurde auch bei der Akademie für Staats- und Gesellschaftsbau ein Fachbereich für Internationale Beziehungen eröffnet. Für die Forschung und wissenschaftliche Expertise für die Außenpolitik sind neben den bereits erwähnten Institutionen auch die Nationale Universität, die staatliche Hochschule für Orientalistik und das Zentrum für politische Studien die wichtigsten Adressen.<sup>200</sup>

Der Beitrag der Verteidigungsstrukturen – Verteidigungsministerium, Generalstab – zur Außen- und Sicherheitspolitik ist schwierig abzuschätzen, dies nicht zuletzt angesichts fehlender Transparenz, eines sowjetisch anmutenden Geistes von Geheimniskrämerei und wenig übersichtlichen personellen Wechsels. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass das Gewicht des Verteidigungswesens innerhalb des politischen Systems reduziert bleibt, solange die überfällige Armee reform aussteht. In dieser Hinsicht stellt der nationale Sicherheitsdienst eine große Ausnahme dar, zumindest deswegen, weil seine Kader aktiv in den diplomatischen Dienst engagiert werden.<sup>201</sup> Die Beteiligung anderer Ministerien und Staatsstrukturen am Bildungsprozess der außenpolitischen Richtlinien der Republik Usbekistan sind von untergeordneter Bedeutung. Hier sind vor allem das Wirtschaftsministerium und die Agentur für die auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen zu

---

<sup>199</sup> Sadyk Safayev wurde im Februar 2005 zum Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Senats und zum Rektor der Universität für Weltwirtschaft und Diplomatie ernannt, die ebenso dem Außenministerium unterstellt ist.

<sup>200</sup> Die außenpolitisch relevanten Hochschulen und Forschungsinstitutionen konzentrieren sich vor allem in der Hauptstadt. Über die Probleme der Lehre der Internationalen Beziehungen siehe auch den Einführungsteil dieser Arbeit.

<sup>201</sup> Im Januar 2003 wurde der stellvertretende Vorsitzende des nationalen Sicherheitsdiensts zum neuen Botschafter Usbekistans in der Islamischen Republik Pakistan ernannt.

erwähnen. Die beiden Strukturen wirken sich vielmehr auf die Formierung der auswärtigen Wirtschaftspolitik aus. Angesichts des staatlichen und des zentralisierten Charakters der auswärtigen Wirtschaftspolitik ist der Einfluss beider Strukturen nicht zu unterschätzen. Das Wirtschaftsministerium, das zum Jahresbeginn 2005 zu einem „Superministerium“ mit zusätzlichen Aufgabenbereichen umgebildet wurde, spielt in strategischen Wirtschaftsfragen und in Bezug auf die zentralasiatischen Nachbarländer und die GUS eine bedeutende Rolle. Im Gegensatz zum Wirtschaftsministerium verlor die 2002 vom gleichnamigen Ministerium umgebildete Agentur für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen im Zuge der ökonomischen Liberalisierung an Bedeutung. Ihr Aufgabenbereich ist die Formierung „der günstigen Atmosphäre für Außenwirtschaftsbeziehungen“. Seit Januar 2005 ist sie auch dem Außenminister unterstellt.

### **3.2.4 Rechtsgrundlage und gesetzliche Rahmenbedingungen**

Das Gesetz „Über die staatliche Unabhängigkeit der Republik Usbekistan“ (23.11.1991) und die neue Verfassung (8.12.1992) sind die rechtlichen Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik der Republik Usbekistan. Die beiden Gesetze erklären Usbekistan zum Subjekt des internationalen Rechts und räumen ihm das Recht der Ausführung einer eigenständigen Außen- und Sicherheitspolitik ein. Zu den gesetzlichen Grundlagen der usbekischen Außen- und Sicherheitspolitik zählt Art. 18 der Verfassung, der die außenpolitische Aktivität des Staates „in Form der Aufrechterhaltung von friedlichen und gegenseitig nutzbringenden Beziehungen zu den Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft“ zu einem der Mittel der „Gewährleistung der nationalen Interessen und Sicherheit“ erklärt.<sup>202</sup>

Für den Aufbauprozess einer eigenständigen usbekischen Außenpolitik ebenso wichtig war die Herausbildung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die die Ausführung der auswärtigen Politik regulieren und konkretisieren sollten. Dieser Prozess sollte in zwei Richtungen erfolgen. Die erste Richtung beinhaltete die Überprüfung der bestehenden Akte des internationalen Rechts und im Falle ihrer Übereinstimmung mit den nationalen Interessen, die nachfolgende Anschließung zu diesen Akten. Dies war vor allem dadurch bedingt, dass zu einem der grundlegenden Prinzipien des Aufbaus usbekischer Außenpolitik die Hoheit der Akte des internationalen Rechts erklärt worden war. Auf der anderen Seite stellte sie einen notwendigen Schritt für die allumfassende Integration Usbekistans in die Weltgemeinschaft dar. Das usbekische Parlament der 1. und 2. Legislaturperiode (1995-2004) ratifizierte mehr als 123 internationale Verträge und Akte des internationalen Rechts. Die wichtigsten davon sind: „Die Wiener Konvention über die

---

<sup>202</sup> Konstitutsija Respubliki Uzbekistan, a.a.O.

Rechte der internationalen Verträge“, „Das Internationale Meeresrecht“, „Das Internationale Bodenrecht“, „Der Internationale Akt über die Menschenrechte“ u.a.

Der zweite Themenkomplex in diesem Zusammenhang war die Ausarbeitung und Verabschiedung der eigenen gesetzlichen Akte, die die legislative Grundlage für die Regelung und Ausführung der auswärtigen Politik bilden sollten und auch den praktischen diplomatischen Dienst regeln. Die Ausarbeitung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die die außenpolitische Tätigkeit des Landes regulieren sollten, wurde erst Mitte der 1990er Jahre in Angriff genommen. Die ersten drei legislativen Akte, auf die die außenpolitische Tätigkeit des Landes basiert, sind die Gesetze „Über die internationalen Verträge der Republik Usbekistan“ (1994), „Über Verteidigung“ (1994) und die „Militärdoktrin der Republik Usbekistan“ (1995, Novellierung 2001). Gemäß dem Gesetz „Über die internationalen Verträge der Republik Usbekistan“ und der „Militärdoktrin der Republik Usbekistan“ nimmt Taschkent an militär-politischen Bündnissen nicht teil. Im Falle der Transformierung eines zwischenstaatlichen Gebildes zum militär-politischen Bündnis behält Usbekistan sich das Recht vor, aus dieser Struktur auszutreten.<sup>203</sup> Im Dezember 1996 verabschiedete das usbekische Parlament das nächste Gesetz in Bezug auf auswärtige Politik: das Gesetz „Über die grundlegenden Prinzipien der außenpolitischen Tätigkeit der Republik Usbekistan“. Dieses Gesetz geht davon aus, dass „die Außenpolitik und internationale Tätigkeit der Republik Usbekistan auf den Normen und Prinzipien der Verfassung der Republik Usbekistan, sowie auf den Gesetzen „Über die internationalen Verträge der Republik Usbekistan“, „Über die Verteidigung“, „Über die Militärdoktrin der Republik Usbekistan“ und anderen legislativen Akten der Republik Usbekistan gründet und auf Grundlage der allgemeinen Prinzipien und Zielen der UNO, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und auf der durch das Oliy Mazhlis der Republik Usbekistan ratifizierten internationalen Verträge der Republik Usbekistan ausgeführt wird.“<sup>204</sup> Der praktische diplomatische Dienst der Republik Usbekistan wird per Gesetz „Über den diplomatischen Dienst“ (23.12.1994) und „Über den Status der Diplomaten“ (23.12.1997) reguliert. Zu anderen wichtigen gesetzlichen Grundlagen, die für die Herausbildung der außenpolitischen Linien und das außenpolitische Handeln von Bedeutung sind, gehören die Gesetze „Über die Grenzen“ (12.11.1998) und „Über die Minderheiten“ (12.10.1999).

---

<sup>203</sup> Zakon Respubliki Uzbekistan „O mezhdunarodnich dogovorach Respublik Uzbekistan (Das Gesetz der Republik Usbekistan „Über die internationalen Verträge der Republik Usbekistan“), in: Swod Zakonow Respubliki Uzbekistan, S.231

<sup>204</sup> Zakon Respubliki Uzbekistan „Ob osnovnich printsipax wnesnopoliticheskoy dejatel'nosti Respubliki Uzbekistan“ (Das Gesetz der Republik Usbekistan „Über die grundlegenden Prinzipien der außenpolitischen Tätigkeit der Republik Usbekistan“), in: Swod Zakonow Respublik Uzbekistan, S.322

Ein weiteres wichtiges Dokument für die Formierung der außenpolitischen Linie, das in diesem Zusammenhang erwähnt werden muss, stellt „Das Konzept der nationalen Sicherheit der Republik Usbekistan“ dar, das mit einem Beschluss des Parlaments im August 1997 in Kraft gesetzt wurde. Im Sicherheitskonzept werden die inneren und äußeren Bedrohungen der nationalen Sicherheit der Republik Usbekistan sowie die zu ergreifenden Maßnahmen gegen diese Bedrohungen dargelegt. Auch die nationalen Interessen sind Gegenstand des Sicherheitskonzepts. Leider ist sein Inhalt für die breite Öffentlichkeit nicht transparent und bleibt ein Dienstdokument. Jedoch kann man davon ausgehen, dass die inneren und äußeren Sicherheitsgefahren, die das usbekische Sicherheitskonzept beinhaltet, im Wesentlichen ähnlich sind wie die Sicherheitsrisiken, die der Staatspräsident in seinem Buch „Usbekistan auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung für die Sicherheit, Garantien für den Fortschritt und Stabilität“ beschreibt, das im selben Jahr veröffentlicht wurde. In Bezug auf dieses Buch bemerken viele westliche Experten, dass sowohl die Aufzählung möglicher Bedrohungen der nationalen Sicherheit wie auch die Beschreibung der entsprechenden Schutzvorkehrungen einen für usbekische Verhältnisse ungewöhnlich realistischen, selbstkritischen Geist atmet.<sup>205</sup> Die zentralen Begriffe sind: Erhöhung des Lebensstandards, Verbesserung des sozialen Schutzes, Autarkie mittels Marktwirtschaft, Streben nach einem „nationalen Konsens“, Aufbau einer Zivilgesellschaft, Erhöhung der Effizienz staatlicher Strukturen, demokratische Kontrolle der Streitkräfte, Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, Schutz der natürlichen Ressourcen.<sup>206</sup>

### **3.3 Faktoren und Instrumente usbekischer Außenpolitik**

#### **3.3.1 Islam als Faktor der usbekischen Außenpolitik?**

Der deutsche Wissenschaftler Udo Steinbach kommt in Bezug auf den Islam und seinen Einfluss auf die internationalen Beziehungen zu folgendem Schluss: „Mit der Aktivierung des Islam als ein politisches Phänomen seit Beginn der 70er Jahre, das in der Islamischen Republik Iran zum ersten Mal politisch institutionalisiert wurde, sind religiös-politische Prinzipien und Einstellungen in verstärktem Maße auch Bestandteile der internationalen Politik geworden“<sup>207</sup>. Seit Mitte der 1990er Jahren hat dieser Prozess eine neue bisher

<sup>205</sup> Vgl.: Buchrezensionen, in: Osteuropa, 7/1999, S.743

<sup>206</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O.

<sup>207</sup> Siehe dazu Riedel, Sabine: Der Islam als Faktor in der internationalen Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/2003, S.15-24. Steinbach, Udo: Islam und internationale Politik, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen, 2000. S.227-235

unbekannte Dimension bekommen. Durch Instrumentalisierung der Religion durch fanatische Anhänger des religiösen Fundamentalismus in Afghanistan und in den Händen des internationalen Terrorismus ist er spätestens seit dem 11. September 2001 in den Mittelpunkt weltweiter Aufmerksamkeit gerückt.

Nach dem Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken wurden sowohl in der Region selbst als auch im Ausland die verschiedensten Vermutungen über den eventuellen Einfluss des „islamischen Faktors“ auf Politik und Gesellschaft dieser Länder geäußert. Man hat auch viel darüber diskutiert, welchen gesellschaftspolitischen Entwicklungsweg sie einschlagen werden und ob die aktuellen ideologischen Entwicklungen in der arabischen Kernregion des Islams auf die religiösen und politischen Entwicklungen in der Region übertragbar sind. Es wurden zwei alternative Entwicklungsmodelle für Zentralasien vorgeschlagen: ein iranisches und ein türkisches. Der erste Entwicklungsweg basierte auf der Hypothese, dass die zentralasiatische Region als Kernregion des Islams nicht aus diesem Kessel überspringen kann. Tatsächlich forderten einige informelle Gruppierungen, die während der Perestroika-Zeit entstanden waren, eine „Wiedergeburt des Islams“. Schon in diesen ersten Forderungen zur „Re-Islamisierung“ im Sinne der Einbindung der Menschen in eine „islamische Ordnung“ oder einen „islamischen Staat“ und ihre Unterstellung unter die Rechtsordnung der Schari‘a steckte ein wesentliches Element des islamischen Fundamentalismus. Auch die Entwicklungen in Tadschikistan, wo der politische Islam sich mit der kommunistischen Nomenklatur konfrontierte, bestätigten solche Vermutungen. Das iranische Entwicklungsmodell hat unter der politischen Elite in keinem Land Unterstützung bekommen. Alle Länder, darunter auch Usbekistan, haben deklariert, dass sie einen säkularen Entwicklungsweg einschlagen werden. Damit sollte die Rolle des Islams im politischen Leben ein untergeordneter Charakter zukommen. Jedoch deutet die geopolitische Lage dieser Länder darauf hin, dass die Religion trotz des ausgewählten Weges des Aufbaus eines säkularen Staates im gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsprozesses eine bedeutende Rolle spielen wird.

In dieser Hinsicht stand Usbekistan im Mittelpunkt solcher Diskussionen und nahm eine besondere Stellung ein. Denn Usbekistan ist das Land mit der stärksten religiösen Tradition in der ganzen Region und mit einem hohen Grad der religiösen Ausprägung seines Volkes. Eine „Re-Islamisierung“ mit politischen Folgen stellte für Taschkent besondere Herausforderung dar. Auf der anderen Seite war der Aufbau neuer Staatlichkeit und die Herausbildung nationaler usbekischer Identität ohne Teilnahme der Religion kaum vorstellbar. Damit war die Religion automatisch ein fester Bestandteil des neuen Staates geworden. Diese Tatsache war der säkular ausgebildeten politischen Elite Usbekistans bewusst. Der Staatspräsident Islam Karimow hat schon in seinem ersten programmatischen



Buch „Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts“ deutlich hervorgehoben: „Bei der Ausarbeitung und Verwirklichung der Innen- und Außenpolitik spielt die Berücksichtigung des religiösen „islamischen Faktors“ eine wichtige Rolle. Er tritt auch in der Lebensweise, in der Psychologie der Menschen, bei der Herausbildung der geistig-moralischen Werte und in dem Streben nach Annäherung an die Völker gleichen Glaubens in Erscheinung“<sup>208</sup>. Diese Tatsache erforderte von der Regierung sofortige Maßnahmen und die usbekische Führung stand vor der Aufgabe der Ausarbeitung einer eigenen Politik zur Religion. Die neue Religionspolitik sollte die negativen Folgen des siebenjährigen Atheismus und die Bekämpfung der Religion als Gefährdung für die Gesellschaft beseitigen und eine neue Grundlage für die Ausübung der religiösen Pflichten der Menschen schaffen. Die Sowjetunion mit ihrer atheistischen Ideologie und religionsfeindlichen Politik hatte seit Ende der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts die Religion vollständig aus dem öffentlichen Leben verbannt. Sie versuchte mit allen Methoden, zuerst mit Gewalt und später mit Hilfe der atheistischen Propaganda, zu zeigen, dass die Religion „Opium“ für das sowjetische Volk sei. Trotzdem ist es ihr nicht gelungen, die Religion völlig aus dem Bewusstsein der Bevölkerung auszulöschen.

Die neue Politik in Bezug auf Religion, die nun formuliert werden musste, sollte zumindest folgende vier Bestandteile beinhalten:

- Wiederherstellung einer „natürlichen“ Rolle der Religion im geistigen und gesellschaftlichen Leben des Staates. Garantie der vollen Gewissensfreiheit für die Bürger Usbekistans;
- Verwertung der zivilisatorischen Rolle der Religion bzw. des Islams beim Aufbau eines neuen usbekischen Nationalstaates und bei der nationalen Wiedergeburt;
- Die Herausbildung eines rationalen Verhältnisses zwischen Religiosität und Säkularität. Durchsetzung des in der usbekischen Verfassung verankerten Konzepts der Trennung von Religion und Staat;
- Verhinderung der Radikalisierung bzw. Politisierung von Religion. Vermeiden des religiösen Fundamentalismus und Terrorismus. Beseitigung der Ursachen der religiösen Intoleranz und des Fanatismus.

In Bezug auf den zuerst genannten Punkt wurden viele Veränderungen vollzogen. Bereits wenige Monate vor der Unabhängigkeit im Juni 1991 hatte der Oberste Sowjet Usbekistans das Gesetz „Über Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen“<sup>209</sup> verabschiedet. Nach

---

<sup>208</sup> Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S.11.

<sup>209</sup> Angesichts der steigenden Politisierung und Radikalisierung mancher religiöser Bewegungen sah sich der Staat dazu gezwungen, im Mai 1998 eine neue Fassung dieses Gesetzes zu verabschieden, die straf- und

70 Jahren des Staatsatheismus sollte dieser Rechtsakt zum ersten Mal die Gewissens- und Glaubensfreiheit im Lande gewährleisten und die Entstehung religiöser Organisationen rechtlich schützen. Eine andere äußere Erscheinungsform dieses Faktors war die drastisch vergrößerte Anzahl der Moscheen. Die in der Sowjetzeit streng verbotenen religiösen Feste wurden amtlich anerkannt. Der Staat übernahm die Organisation der religiösen Pilgerfahrt nach Mekka und Medina. Mit einem Erlass von 1992 erklärte der Staatspräsident Islam Karimow zwei religiöse Feiertage zu offiziellen Feiertagen.

Zugleich versuchte die usbekische Regierung die Politisierung der Religion und die politische Aktivität der Geistlichen mit legislativen Maßnahmen zu vermeiden. So verbieten die zwei republikanische Gesetze „Über Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen“ und „Über die politischen Parteien“ die Gründung einer politischen Partei auf religiöser Basis. Außerdem verbietet das Gesetz „Über die Wahlen“ das passive Wahlrecht für religiöse Bedienstete. Auf der anderen Seite wurden auch die religiösen Aktivitäten der staatlichen Angestellten unter Kontrolle genommen. In seiner Rede vor den Mitgliedern des provinziellen Parlaments des Surchandarja-Gebiets am 13. Mai 1993 kritisierte Staatspräsident Islam Karimow die religiösen Aktivitäten der Beamten scharf. Er stellte sie vor Auswahl „entweder ihre direkten Aufgaben als Hokime zu erfüllen oder den Turban aufzusetzen und in der Moschee als Imam zu dienen.“<sup>210</sup> Trotz dieser Maßnahmen zur Minimierung der Rolle der Religion im politischen Leben des Landes existierten in Usbekistan die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für die Entstehung solcher Bewegungen, die die Rolle des Islams im politischen Bereich für unvermeidbar hielten. Manche von diesen Faktoren waren historisch, die anderen durch die gegenwärtigen Entwicklungen in der Region bedingt.

Trotz aller gouvernementaler Maßnahmen und harter Politik gegenüber den Vertretern des politischen und radikalen Islams, ist es der usbekischen Regierung nicht gelungen, sie ganz zu unterbinden. Die Entstehung der radikalen islamischen Bewegungen führt ein deutscher Autor auf folgende Faktoren zurück: „Der radikale Islam in Zentralasien ist jedoch in erster Linie eine Reaktion auf Armut, Unfreiheit und den Mangel an demokratischen, säkularen Alternativen, und er ist Ausdruck einer Identitätssuche“<sup>211</sup>. Andere Autoren behaupten, dass die Gefahr durch den islamischen Fundamentalismus von den Regierungen der Region selbst hochgespielt wird, um ihre repressiven Politiken zu

---

verwaltungsrechtliche Verfolgung im Falle eines Missbrauchs der Religion zu politischen Zwecken, der Schürung von nationalen und sonstigen Feindseligkeiten vorsah.

<sup>210</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Kogda narushen kriterij spravedlivosti (Wenn das Kriterium der Gerechtigkeit verletzt ist), in: Karimow, Islam: Uzbekistan: natsional' naja nezawisimost', ekonomika, politika, ideologija, a.a.O., hier zitiert nach Internet-Version des Buches: [http://2004.press-service.uz/rus/knigi/9tom/1tom\\_list.tm](http://2004.press-service.uz/rus/knigi/9tom/1tom_list.tm)

<sup>211</sup> Vgl.: Lüders, Michael: Macht und Glauben in Zentralasien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/2003, S.49-54 (hier S.49)

legitimieren. Der usbekische Staatspräsident reagierte mit Entsetzen auf solche Äußerungen: „In der letzten Zeit tauchten in der ausländischen Presse Berichte auf, wonach die usbekische Führung selber nicht an eine Gefährdung durch den Fundamentalismus glaubt, sondern, womit der Westen beunruhigt wird, durchaus konkrete Ziele verfolgt. Angeblich sind die Islamisten, welche diese Staaten überwinden und nach ihren eigenen Vorstellungen umgestalten wollen, bestens zu einem Dialog mit der Weltgemeinschaft bereit. Besonders Entzücken ruft bei diesen Spezialisten hervor, dass nicht ein geringer Teil der Fundamentalisten eine technische oder medizinische Hochschulausbildung an europäischen und amerikanischen Universitäten erhielt. Haben diese Leute denn ein tiefes Verständnis für die wahre Lage des muslimischen Ostens, der sich nicht nur einmal einem Zerfall, der Zwietracht und Demütigungen ausgesetzt sah?“<sup>212</sup>

In der Frühphase der usbekischen Außenpolitik spielte der Islam als kulturpolitischer Faktor in Bezug auf die Verknüpfung der auswärtigen Kontakte eine bedeutende Rolle. Die Festlegung der ersten außenpolitischen Prioritäten wurde zum Teil mit diesem Faktor erklärt. Dennoch ist sein gegenwärtiger Einfluss auf die auswärtige Politik der Republik Usbekistan minimal. Mit keinem muslimischen Land unterhält Usbekistan strategisch orientierte Beziehungen. Auch die Beziehungen zu der säkularen Türkei besitzen einen wirtschaftlich orientierten Charakter. Die Beziehungen zu Pakistan und Saudi Arabien sind seit Mitte der 1990er auf dem Tiefpunkt. Die Islamische Republik Iran wird nur als Handelspartner angesehen. Die Teilnahme Usbekistans an den internationalen islamischen Organisationen wie die Islamische Konferenz ist auf minimale Präsenz begrenzt.

### **3.3.2 Wirtschaftliche Voraussetzungen der usbekischen Außenpolitik<sup>213</sup>**

Usbekistan bewertet sein Wirtschaftspotenzial, vor allem aber seine Rohstoffvorkommen, als ein wirkungsvolles Instrument seiner außenpolitischen Tätigkeit. Der usbekische Staatschef Islam Karimow kommentiert es so:

„Der Besitz der gewaltigen Mineralrohstoffquellen und landwirtschaftlichen Ressourcen, von denen viele einzigartig sind und nach denen auf den Weltmärkten eine große Nachfrage besteht, macht Usbekistan nicht nur im Hinblick auf die Anknüpfung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen attraktiv, sondern schafft auch die realen Voraussetzungen dafür, dass mit Beteiligung interessierter ausländischer Partner eine moderne Wirtschaftsstruktur aufgebaut werden kann, die schon in den nächsten Jahren eine stabile und progressive

---

<sup>212</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhunderts: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.54-55

<sup>213</sup> Ausführlich zu diesem Thema siehe: Sagdullaev, Djakhangir: Energy Policy, Economic Cooperation and Sustainable Development in Central Asia: the case of Uzbekistan. Dissertation zum Erlangen des Doktorgrades, Gießen, 2005

Entwicklung des Landes sowie einen hohen Lebensstandard seiner Bevölkerung gewährleisten würde.“<sup>214</sup>

Nach eigener Darstellung besitzt das Land alle chemischen Elemente, die in der bekannten Mendeleev Tabelle vorhanden sind.<sup>215</sup> Auch unabhängige Experten schätzen sein Rohstoffpotenzial als sehr hoch ein. Zwar grenzt Usbekistan wie sein Nachbar Kasachstan nicht unmittelbar an den Kaspischen Raum an, jedoch wird sein Reichtum an Bodenschätzen mit diesem Raum für vergleichbar gehalten.<sup>216</sup> Man findet hier eine breite Palette von natürlicher Ressourcen: Die Energiestoffe Erdöl, Erdgas und Kohle ergänzt durch Wasserkraft und Metalle wie Gold, Silber, Molybdän, Aluminiumerze, Tungsten, Graphit u.a. Diese Rohstoffe sollen als Erfolg versprechende Grundlage für die außenwirtschaftliche Tätigkeit des Landes dienen. Diese natürlichen Gegebenheiten werden durch den starken demographischen Faktor, welchen Usbekistan besitzt, ergänzt. Wegen seines Bevölkerungsreichtums und des großen Anteils an jungen Einwohnern besitzt Usbekistan im Unterschied zu anderen zentralasiatischen Republiken einen aufnahmefähigen inneren Markt.

Eine Versorgung mit Energieträgern gehört zu den Voraussetzungen jeder funktionierenden Wirtschaft. Usbekistan verfügt über erhebliche Energieressourcen wie Erdgas, Erdöl und Kohle. Die Erdgasvorkommen werden auf 2 Trillion m<sup>3</sup>, die Erdölvorkommen auf 350 Mio. t und die Kohlevorräte des Landes auf 2 Mrd. t geschätzt.<sup>217</sup> Das jährliche Förderniveau beträgt gegenwärtig bei Erdgas etwa 40-50 Mrd. m<sup>3</sup>, bei Erdöl 8 Mio. t und bei Kohle 3 Mio. t. Bei Erdgas und Elektrizität ist Usbekistan Nettoexporteur und versorgt damit seine zentralasiatischen Nachbarn. Ein beträchtlicher Teil des Stroms wird aus Wasserkraft gewonnen, wodurch die Ausnutzung anderer Mineralien begrenzt werden kann. Die Verfügung über ausreichende Energiequellen und die Selbstversorgung mit Energieressourcen haben es möglich gemacht, dass das Land von Preissteigerungen für die Energieträger, die in manchen GUS-Ländern für Chaos und gesellschaftliche Unzufriedenheit sorgten, verschont geblieben ist. Das einzige Problem in dieser Hinsicht stellte die Versorgung des Landes mit Erdölprodukten dar. Bis Mitte der 1990er Jahre wurde der größte Teil des Erdöls aus Russland und Kasachstan importiert. Durch eine intensive Erhöhung der Produktion von Roherdöl und den Aufbau einer Erdöl verarbeitenden Fabrik in der Nähe von Buchara wurde dieses Hindernis schon Mitte der 1990er Jahre erfolgreich beigelegt.

---

<sup>214</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhunderts: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.293

<sup>215</sup> ebenda S.267

<sup>216</sup> Vgl.: Götz, Roland, Halbach, Uwe: Politisches Lexikon GUS, a.a.O., S.434

<sup>217</sup> ebenda

Usbekistan besitzt strategische Rohstoffe wie Gold und Uran. Das Goldvorkommen des Landes wird auf 2500 bis 4000 t geschätzt. So nimmt die Republik bei den Goldvorräten Platz 4 auf der Weltrangliste ein, bei der Ausbeute jedoch den 7. Platz.<sup>218</sup> Angesichts einer gegenwärtigen Ausbeute von 70-80 t/Jahr kann davon ausgegangen werden, dass diese Einkommensquelle noch ein halbes Jahrhundert zur Verfügung steht. Die Gewinnung von Gold erfolgt vor allem in den Goldminen Muruntau in der Kysylkumwüste (45 Prozent aller Produktion). Kleinere Goldvorkommen wurden in Altyinkan in der Nähe von Taschkent und in den Gebieten Dzhizzax, Namangan und Samarkand gefunden. Die Gewinnung von Gold und Tungsten (bei Ingischka) zählte zu den strategischen Rohstoffen.

Ein großes Potenzial besitzt auch die Landwirtschaft. Die günstigen klimatischen Bedingungen, Bewässerung im Ackerbau haben historisch gute Voraussetzungen für die Entwicklung einer leistungsfähigen landwirtschaftlichen Basis und weiterverarbeitenden Industrie für landwirtschaftliche Erzeugnisse geschaffen. Wenn auch gegen Ende der 1980er Jahre offiziell über die Monokultur von Baumwolle gesprochen wurde, zeigte ihre Produktion nach der Unabhängigkeit eine gute Voraussetzung für eine exportorientierte Landwirtschaft. Usbekistan ist nach wie vor der Haupterzeuger und Lieferant eines auf dem Weltmarkt sehr gefragten Produkts – der Baumwolle – geblieben. Die Republik liegt in der Baumwollproduktion auf dem vierten Platz in der Weltrangliste und beim Baumwollexport auf dem zweiten Platz. Folglich wird in Usbekistan Kurs auf eine verstärkte Verarbeitung der Baumwolle im Inland genommen, da dies hervorragende Möglichkeiten für eine zusätzliche Wertschöpfung bietet. Hier sind ausländische Investitionen gefragt. Nach Meinung der politischen Führung Usbekistans sind Investitionen in die Baumwollverarbeitungs-, Textil- und Konfektionsindustrie von höchster Effizienz, bringen den meisten Gewinn und fließen am schnellsten zurück.<sup>219</sup> Die Republik Usbekistan gehörte in der GUS zu den führenden Produzenten von Obst und Gemüse, Wein, Seidenkokons, Karakulpelzen und Wolle. Die günstigen klimatischen Bedingungen machen es möglich, im Laufe eines Jahres bei Kartoffeln, verschiedenen Gemüsearten und anderen Kulturen mehrere Ernten einzubringen.

Das schwächste Glied der usbekischen Wirtschaft ist die verarbeitende Industrie. Diese konzentriert sich auf die Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe wie die Baumwollverarbeitung, Textilindustrie und Nahrungsmittelindustrie bzw. auf die Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten. In den ersten Jahren der Unabhängigkeit konnte ein hoher Produktionsrückgang vermieden werden. Dies ist vor allem darauf

---

<sup>218</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.275

<sup>219</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.289

zurückzuführen, dass Usbekistan im Unterschied zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken über keine höhere Industriekapazität verfügte.

Im Unterschied zu allen anderen außenpolitischen Mitteln hat Usbekistan sehr häufig sein wirtschaftliches Potenzial ins Spiel gebracht. Die politische Führung des Landes hat sehr früh erkannt, wie wirkungsvoll die Bedeutung seiner natürlichen Ressourcen sein kann. Die Strategie auf seine Rohstoffmöglichkeiten zu setzen, hat sehr bald ihre Wirkung gezeigt. Durch Hilfe westlicher Unternehmen ist es Usbekistan in der Anfangsphase seiner Unabhängigkeit gelungen, die Öffnung des Westens zu erreichen, die wegen des politischen Charakters seiner Macht begrenzt geblieben war. Auf ihrer Seite waren die Unternehmer auch froh, „einen kleinen Beitrag zu seiner Öffnung zum Westen beigetragen zu haben“.<sup>220</sup>

Insgesamt besteht der ökonomische Bestandteil der usbekischen Außenpolitik aus drei Themenkomplexen:

- Rohstoffe. Die Rohstoffe sollten neue Investoren aus dem Ausland locken und Kontakte intensivieren. Dadurch sollten auch die Manövrierungsmöglichkeiten des Landes erhöht werden.
- Transport und Kommunikation. Hier liegt der Schwachpunkt der usbekischen Außenpolitik. Wenn neue Transportrouten gefunden werden könnten, dann könnten auch die Manövrierungsmöglichkeiten der Außenpolitik, insbesondere der Außenwirtschaftspolitik, erhöht werden.
- Ökonomische Modernisierung. Wirtschaftliche Modernisierung des Landes durch ausländische Investoren. Ökonomische Modernisierung des Landes als Hauptaufgabe der Außenpolitik.

### **3.3.3 Militärische Voraussetzungen der usbekischen Außenpolitik**

Usbekistan besitzt zahlenmäßig die stärksten Streitkräfte in der Region. Die nationale Armee, die am 14. Februar 1992 gegründet worden war, besteht nach offiziellen Angaben aus 74.000 Mann.<sup>221</sup> Davon sollen 50.000 auf die Armee, 4.000 auf die Luftwaffe und 18.000-20.000 auf paramilitärische Einheiten wie die Truppen des Innenministeriums entfallen.<sup>222</sup> Die nationalen Streitkräfte Usbekistans wurden, wie auch bei anderen zentralasiatischen Republiken, auf Basis der auf seinem Territorium stationierten Teilen und Einheiten des Turkistanischen Militärbezirks der ehemaligen sowjetischen Armee

<sup>220</sup> Vgl.: Stahel, Oliver: Es gibt kein zurück mehr, in: Oxus, Nr.2, 1999, S.30-31, hier S.31

<sup>221</sup> Vgl.: Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I, a.a.O., S.12

<sup>222</sup> International Institute for Strategic Studies (eds.): The Military Balance 1999. London 2000, S.194

geschaffen. Da die Zentrale und der Löwenanteil der militärischen Einrichtungen dieses Bezirks sich auf dem usbekischen Territorium befanden, wurde eine solide Grundlage für eine effektive militärische Infrastruktur gelegt, was sich in der Anfangsphase des Aufbaus eigener Streitkräfte als besonders wichtig erwiesen hat. Mitte Januar 1992 wurden alle diese Einrichtungen unter usbekische Jurisdiktion gestellt. Mit einem Erlass des Staatspräsidenten wurde am 24. März 1992 beim Nationalen Sicherheitsdienst die Hauptverwaltung für Grenzschutzeinheiten geschaffen, die die Führung über alle in Usbekistan stationierten Grenztruppen der ehemaligen Sowjetunion übernommen hat. Nachdem es auf GUS-Ebene zu keiner Übereinkunft über die gemeinsamen Streitkräfte gekommen war, wurden bis Ende 1992 alle verbliebenen militärischen Einheiten bis auf die Luftabwehrkräfte unter usbekische Jurisdiktion gestellt. Das Verwaltungsgebäude des Turkestanischen Militärbezirks wurde an das neu geschaffene usbekische Verteidigungsministerium übergeben.<sup>223</sup>

Das Hauptproblem der neuen usbekischen Armee in den ersten Jahren nach ihrer Gründung war der katastrophale Mangel an nationalen Militärskadern. Dieser bestand zu 70 Prozent aus russischsprachigen Offizieren. Der Anteil der ethnischen Usbeken lag bei 6 Prozent.<sup>224</sup> Zudem wurde dieses Problem durch die starke Auswanderung der russischsprachigen Armeemitglieder nach Russland und in andere GUS-Länder noch mehr vertieft. Die Situation erforderte dringende Maßnahmen zur Vervollständigung der usbekischen Armee mit nationalen Kadern. Dieses Problem wurde durch die forcierte Gründung von neuen Militärschulen und durch die Eröffnung einer Militärakademie in Taschkent, in denen Schnellkurse zur Offiziersbildung angeboten wurden, erfolgreich beigelegt. Um 1996 waren bereits 80 Prozent der Offiziere der nationalen Streitkräfte Usbeken.<sup>225</sup> Die regelmäßige Komplettierung der Armee mit neuen Rekruten stellte dagegen keine große Schwierigkeit dar, was vor allem auf die Beibehaltung des Systems der allgemeinen Wehrpflicht für die männliche Bevölkerung bis 27 Jahre zurückzuführen ist. Dennoch wurde bisher das System der Einberufung zum aktiven Militärdienst mehrmals modifiziert. Da von Anfang an die Kapazität der Armee für die Aufnahme aller Bereitwilligen nicht ausreichend war, sollte ein Teil davon einen so genannten alternativen Dienst (Zivildienst) leisten. Dieser bestand darin, dass der Wehrpflichtige in einem Betrieb

---

<sup>223</sup> Das usbekische Verteidigungsministerium wurde am 6. September 1991 als Komitee für Verteidigungsfragen gebildet. Am 25. Oktober erhielt es durch ein Dekret der Regierung seinen rechtlichen Status und strukturelle Zusammensetzung. Das Verteidigungsministerium wurde bis 1999 hauptsächlich von professionellen Militärs geleitet. Im Jahre 2000 wurde dieses Amt zum ersten Mal von einer Zivilperson bekleidet.

<sup>224</sup> Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I, a.a.O., S.12

<sup>225</sup> Vgl.: Kasenov, Oumurserik: Central Asia: national, regional and global aspects of security, in: Allison, Roy/Bluth, Christoph (eds.): Security Dilemmas in Russia and Eurasia, Royal Institut of International Affairs, London 1998, S.188-206, hier S.189

zwei Jahre lang arbeiten und 20% seines Lohns an die staatliche Kasse überweisen sollte. Bei einer hohen Arbeitslosigkeit der Bevölkerung erwies sich diese Maßnahme als keine langfristige Lösung, so dass die Regierung im Jahre 2002 mit einer neuen Gesetzesinitiative in Bezug auf die allgemeine Wehrpflicht vor das Parlament trat. Gemäß dem neuen Gesetz wurde der allgemeine Wehrdienst von 18 auf 12 Monate gekürzt. Diejenigen, die keinen Platz in der Armee finden, sollen einen bestimmten Finanzbetrag an die Staatskasse zahlen und einen Monat lang in speziellen Lagern ihren Militärdienst leisten. Gegen Ende 1999 sprach Präsident Karimow von einer Personalkürzung und allmählichen Professionalisierung der nationalen Armee.<sup>226</sup> Jedoch wurden die beiden erwähnten Ziele noch nicht voll durchgesetzt.

Parallel zu diesen Prozessen wurden gesetzliche Rahmenbedingungen für die militärische Tätigkeit und Strategie geschaffen, die den Aufbauprozess der nationalen Streitkräfte auf eine legitime Basis setzten. Schon 1992 verabschiedete das usbekische Parlament ein Gesetz „Über allgemeine Wehrpflicht und Militärdienst“. Im Oktober 1995 wurde die erste Militärdoktrin der Republik Usbekistan verabschiedet. Diese Doktrin ging hauptsächlich von externen Bedrohungsfaktoren aus, wie wachsenden Militärpotenzialen an den Außengrenzen Usbekistans und regionalen Konflikten wie der Krieg in Afghanistan. Die neuen Herausforderungen für die Sicherheit Usbekistans, die nach den Angriffen der islamischen Freischärler im Sommer 1999 auf die sicherheitspolitische Tagesordnung rückten, haben die Überprüfung der bisherigen Militärdoktrin erforderlich gemacht. Am 17. Januar 2000 wurde in Taschkent auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats die nationale Militärdoktrin novelliert und besonders auf nichttraditionelle militärische Bedrohungen wie den „internationalen Terrorismus“ ausgerichtet. Die Novellierung der Militärdoktrin zielt auf eine Umstellung auf eine hochmobile, gut ausgerüstete und professionell ausgebildete Einheit ab. Es folgte ein Gesetz „Über Verteidigung“, das vom Parlament im März 2001 verabschiedet wurde.

Strukturell gesehen, bestehen die Streitkräfte Usbekistan aus regulären Einheiten des Verteidigungsministeriums (Landstreitkräfte, Luftwaffe und Luftabwehrkräfte, spezielle Ingenieur- und Baueinheiten, Nationalgarde), Grenzschutzeinheiten des Nationalen Sicherheitsdienstes und paramilitärischen Truppen des Innenministeriums. Die Koordination der Tätigkeit und die Zusammenarbeit dieser drei Strukturen werden vom nationalen Sicherheitsrat übernommen. Die Struktur der Verwaltung und der Aufbau der nationalen Streitkräfte wurden bisher mehrmals reformiert, um sie an die gegenwärtigen Sicherheitsherausforderungen militärischer Art anzupassen. In der ersten Etappe der

---

<sup>226</sup> Karimow, Islam: Osnownije naprawlenija dalnejshego uglublenija demokraticeskix preobrazowanii i formirowanija osnov grazhdanskogo w Uzbekistane, in: Karimow, Islam: Band XI. Taschkent, 2003, S.7



Militärreformen wurden 4 Militärbezirke formiert, die von einem Generalstab in Taschkent geleitet werden:

- Südwest (mit einem Stab in Karschi)
- Ost (Stab Ferghana)
- Zentral (Stab Dzhizzah)
- Nordwest (Stab Nukus)

Die innere Struktur der Streitkräfte wurde nach dem Vorbild der Nato umgebildet und besteht gegenwärtig aus mobilen Brigaden und Korps. Die rangniedrigeren Offiziere für die nationale Armee werden in den Militärschulen in Taschkent, Samarkand, Dzhizzah und in Tschirtschik ausgebildet. In der einzigen Militärakademie in Taschkent, die über 12 Lehrstühle verfügt, werden sowohl die Offiziere für Spitzenfunktionen aus- und weitergebildet, aber auch militärische Forschung betrieben.

Da die usbekische Armee ihre technische Ausrüstung vom Turkestanischen Militärbezirk der ehemaligen UdSSR geerbt hatte<sup>227</sup>, war Russland in der Anfangsphase der einzige Partner in Fragen militärischer Aufrüstung. Gegen Ende der 1990er Jahre hat Usbekistan aber versucht, die technische Ausstattung seiner Armee zu diversifizieren, um die Abhängigkeit von Moskau abzubauen. Es wurde ein Abkommen mit China über die Lieferungen von Scharfschützgewehren, Schutzwesten usw. vereinbart. Die militärischen Lieferungen aus China waren deswegen attraktiv, weil sie sich als günstiger als russische oder amerikanische Produktion erwiesen. Gleichzeitig wurde die Zusammenarbeit mit westlichen Ländern, vor allem mit den USA aktiviert. So haben die Amerikaner im Zuge der Militäroperationen in Afghanistan und im Rahmen von Militärhilfe technische Ausrüstung gegeben. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Usbekistans erschweren jedoch jede ernsthafte Zusammenarbeit mit dem Westen. Zum jetzigen Zeitpunkt besitzt die usbekische Armee immer noch überwiegend Militärausrüstungen aus russischer Produktion.

---

<sup>227</sup> 1991 hatte die ehemalige Sowjetunion in den usbekischen Lagerplätzen bis zu 2000 Panzer (T64), 1200 Schutzpanzerwagen und 750 Artilleriegewehre aufgestellt. Siehe dazu KISI (Hrsg.): *Wojenno-politicheskaja rasstanowka sil w kaspisko-tsentral'noaziatskom regione*. Almaty, 2003, S.75

Tab. 3: Ausgewählte militärische Ausrüstung der usbekischen Armee

Art der Ausrüstung	Usbekistan	Vgl. Turkmenistan	Vgl. Kirgisistan
<b>Männer</b>	74.000	17.500	20.000
<b>Panzer:</b>	340	702	233
<b>Schützenpanzerwagen</b>	727	1841	480
<b>Feldartillerie</b>	200	57	30
<b>Jagdbomber</b>	134	89	102
<b>Transportflugzeuge</b>	41	1	-
<b>Raketenartillerie</b>	45	53	-
<b>Hubschrauber</b>	155	18	9

Quelle: KISI (Hrsg.): *Wojenno-politicheskaja rasstanowka sil w kaspjisko-tsentral'noaziatskom regione*. Almaty, 2003, S.74-103.

Der jährliche Verteidigungshaushalt Usbekistans war bis 2004 für die breite Öffentlichkeit nicht transparent. Nach Angaben des London Institute of Security betragen die Militärausgaben Usbekistans 2000 330 Mio. US Dollar<sup>228</sup> und machten damit 1,7 Prozent des Gesamthaushaltes aus.<sup>229</sup> Jedoch gehen Militärexperten davon aus, dass wie bei allen anderen zentralasiatischen Staaten in dieser Summe die Ausgaben für paramilitärische Einheiten, andere Kampfstrukturen, für die Reformierung und Modernisierung der Armeen nicht enthalten sind.<sup>230</sup>

Tab. 4: Die Militärausgaben in Usbekistan und in anderen zentralasiatischen Republiken 1995-2001 (in Mio. US Dollar)

Länder	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Usbekistan</b>	414	553	642	k.A.	982	k.A.	k.A.
<b>Turkmenistan</b>	377	363	550	466	504	681	k.A.
<b>Tadschikistan</b>	62	66	95	84	91	80	k.A.
<b>Kirgisistan</b>	146	138	168	156	187	220	223
<b>Vgl. Iran</b>	4537	5131	5745	6064	6148	9110	11.515

Quelle: KISI (Hrsg.): *Wojenno-politicheskaja rasstanowka sil w kaspjisko-tsentral'noaziatskom regione*. Almaty, 2003. *Military Balance 2001-2003*, London Institute for Strategic Studies

<sup>228</sup> Halbach, Uwe: *Sicherheit in Zentralasien*. Teil I, a.a.O., S.12

<sup>229</sup> Bei allen zentralasiatischen Republiken liegen die Militärausgaben zwischen 1 und 2 Prozent. Die einzige Ausnahme in diesem Zusammenhang stellt Turkmenistan dar, wo diese Zahl mittlerweile auf 3,8 gewachsen ist. Siehe dazu: KISI (Hrsg.): *Wojenno-politicheskaja rasstanowka sil w kaspjisko-tsentral'noaziatskom regione*, a.a.O., S.6

<sup>230</sup> ebenda S.5

Die Bedeutung der militärischen Stärke in den internationalen Beziehungen ist nach der Beendigung des Kalten Krieges deutlich zurückgegangen. Jedoch ist in den letzten fünf Jahren, insbesondere nach dem 11. September eine verstärkte Militarisierung zu beobachten. Die letzten Ereignisse in der Weltpolitik vor allem die Militäroperationen in Afghanistan und im Irak haben deutlich gemacht, dass es noch zu früh ist, von einer nur auf zivilisierte Macht gestützten Außenpolitik zu sprechen. Nach wie vor bleiben die Streitkräfte ein notwendiges Mittel zur Friedensherstellung. Aus dieser Perspektive könnte der Besitz der stärksten Armee in der Region nach Meinung einiger Experten der politischen Führung das Erreichen der strategischen Ziele in Zentralasien garantieren.<sup>231</sup> Damit soll der ökonomische Rückstand gegenüber manchen Nachbarn kompensiert werden. Jedoch bin ich der Ansicht, dass die zahlenmäßige Stärke der Militärkraft Usbekistans vor allem das Ergebnis der sicherheitspolitischen Herausforderungen ist, mit denen sich das Land seit Anfang der 1990er Jahre auseinandersetzen musste. Seine Militärdoktrin und Militärpolitik hat ausdrücklich Verteidigungscharakter. Die Wahrscheinlichkeit der Nutzung dieses Instrument gegen seine Nachbarn ist sehr gering. Trotz der Stärke und technischen Ausrüstung fehlen allen zentralasiatischen Armeen die notwendige Erfahrung und gefestigte militärische Traditionen.

### **3.4 Sicherheit als zentrale Größe der usbekischen Außenpolitik**

#### **3.4.1 Sicherheitsbegriff und Spezifika der Sicherheit der Übergangsgesellschaften**

Sicherheitspolitik sind „alle staatlichen Maßnahmen zur Sicherung der nationalen Existenz, der territorialen Unversehrtheit, der nationalen Selbstbestimmung und des äußeren Handlungsspielraums“<sup>232</sup>. „Im Rahmen der Außenpolitik eines Staates orientiert sich Sicherheitspolitik mehr oder weniger am Zustand der Unverwundbarkeit der jeweiligen Gesellschaft“<sup>233</sup>. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, „stets zu fragen, um welche und wessen Sicherheit vor welcher durch wen verursachten Gefahr es geht und mit welchen Mitteln Sicherheit auf wessen Kosten, mit welchen Folgen erreicht werden soll und wer über ihren Einsatz entscheidet.“<sup>234</sup>

---

<sup>231</sup> Vgl.: EZPI (Hrsg.): Kazachstan-Uzbekistan: tochki konflikta, a.a.O.

<sup>232</sup> Vgl.: Seidelmann, Reimund: Sicherheitspolitik, in: Drechsler, Hanno u.a. (Hrsg.): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. München, 1995, S.728

<sup>233</sup> Dettke, Dieter: Militärpolitik/Sicherheitspolitik, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen, 2000, S.285-296

<sup>234</sup> Vgl.: Birckenbach, Hanne-Margret: Sicherheit, in: Albrecht, Ulrich/Volger, Helmut (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, München/Wien, 1997, S.461-464

Nach dem Ende des Ost-West Konflikts ist es zu einem Prozess der Erweiterung und Vertiefung des Sicherheitsbegriffs gekommen, wobei dementsprechende Vorschläge und Diskussionen schon im Laufe der Konfrontation der zwei Weltmächte von einigen Experten und Politiker geführt worden waren.<sup>235</sup> Das neue sicherheitspolitische Denken basiert auf der Idee, dass Sicherheit nicht länger nur politisch-militärisch gefährdet, sondern sie entscheidend durch ökonomische, soziale und ökologische Faktoren beeinflusst wird. Aufgrund der Ausdifferenzierung der neuen Dimension von Sicherheit entstanden mehrere Klassifizierungen der unterschiedlichen sicherheitspolitischen Richtlinien, die Buzan auf folgende Weise zusammenfasst<sup>236</sup>:

- *Militärische Sicherheit* als Interdependenz zwischen den offensiven und defensiven Kapazitäten von Staaten und als Bedrohungsperzeptionen jeweiliger militärischer Aktivitäten;
- *Politische Sicherheit* als Stabilität und Legitimität der Staats- und Regierungsinstitutionen;
- *Ökonomische Sicherheit* als Zugang zu Ressourcen und Finanzquellen wie auch zu Märkten, wodurch sich ein entsprechendes Wohlstandsniveau aufrechterhalten lässt;
- *Soziale Sicherheit* als Fähigkeit der Nation, ihre traditionellen sprachlichen, kulturellen und religiösen Verhältnisse reproduzieren, nationale Identität zu sichern und einen akzeptablen Raum für den Fortschritt zu gewährleisten;
- *Ökologische Sicherheit* als Aufrechterhaltung der lokalen und globalen Biosphäre.

Darüber hinaus spricht man auch von informationellen, technologischen, geistigen und kriminellen Aspekten von Sicherheit, die nach Ansicht von Seidelmann zur Desorientierung und Überlastung der Sicherheitspolitik beitragen können: „Diese Ausweitung ist aber insofern problematisch, als bislang eine genaue Bestimmung der neuen sicherheitspolitischen Rolle des Militärs wie auch eine Konkretisierung und politische Operationalisierung von nichtmilitärischer Bedrohung und insbesondere von Bedrohung der Identität noch aussteht. Solange hier nicht die nötigen politischen Kataloge und Doktrinen entwickelt sind, besteht nicht nur die Gefahr der willkürlichen – oder z.B. von Medien diktierten – Bestimmungen von Bedrohungen, sondern auch der politischen Inflationierung des Bedrohungskataloges.“<sup>237</sup>

---

<sup>235</sup> Siehe dazu Kaufman, Daniel J./McKittrick, Jeffrey S./Leney, Thomas J. (Eds.): U.S. National Security. A Framework for Analysis. Massachusetts, 1985, S.4.

<sup>236</sup> Vgl.: Buzan, Barry: New patterns of global security in the XXI century, in: Pugh, Michael C. (Ed.): European security- towards 2000. Manchester, Manchester University Press, 1992, S.433.

<sup>237</sup> Vgl.: Seidelmann, Reimund: Kontinuität und Wandel im Bedrohungskonzept, in: Kevenhörster, Paul/Woyke, Wichard (Hrsg.): Internationale Politik nach dem Ost-West Konflikt. Globale und regionale Herausforderungen. Münster, 1995, S.115

Ein weiterer Aspekt der Novellierung des Sicherheitsbegriffs ist, dass die jeweilige politische Elite eine solche Erweiterung unternimmt, um ihre Versuche zu legitimieren, mehrere Sphären des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Möglichkeit des Entstehens solcher Gefahr ist insbesondere in den Übergangsgesellschaften groß, weil sie zusätzlich durch systematische Besonderheiten der Transformationsstaaten verstärkt wird. Diese systematischen Besonderheiten der Übergangsgesellschaften üben Einfluss sowohl auf die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage als auch auf Entscheidungsprozesse aus, die im Bereich der Sicherheit stattfinden. Dementsprechend verursachen diese Spezifika besondere Rahmenbedingungen für die sicherheitspolitische Analyse, da sie die entscheidenden Komponenten der Sicherheitspolitik wie Akteure, Ziele und Mittel beeinflussen<sup>238</sup>:

- „Dilemma der Gleichzeitigkeit“: Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion wie auch die Transformationsländer aus Ostmitteleuropa standen und stehen immer noch vor der Aufgabe, ein demokratisches politisches System und Marktwirtschaft gleichzeitig einzuführen. Wobei sich der gesellschaftliche Umbruch in der GUS und insbesondere in Zentralasien wesentlich von anderen politischen Umbrüchen der jüngeren Zeitgeschichte in Ostmitteleuropa unterscheidet, in deren Folge sich mehr oder weniger stabile und integrationsfähige Demokratien und Marktwirtschaften herausgebildet haben. Das Ergebnis der vier wichtigsten Transformationsebenen Nationsbildung, politische Transformation, wirtschaftliche Transformation und Herausbildung einer Zivilgesellschaft ist hier noch völlig offen;
- Erbe des sowjetischen sicherheitspolitischen Denkens: Das neue Verständnis von Sicherheitspolitik wurde von alten Eliten und Fachleuten vermittelt, die auch in den unabhängigen Staaten zum entscheidenden Einflussfaktor im Bereich Sicherheit wurden. Einer der Aspekte des sowjetischen sicherheitspolitischen Denkens, der unter den veränderten Bedingungen überleben konnte, besteht in der Unterscheidung zwischen staatlicher und nationaler Sicherheit. Staatliche Sicherheit, als Hauptmittel der Verwirklichung der nationalen Sicherheit, ist gekennzeichnet durch territoriale Integrität, Unverletzlichkeit der Grenzen, militärische und ökonomische Macht und durch das Primat des Staates über die Gesellschaft. Demzufolge hat „nationale Sicherheit einen staatlichen Kern ihrer Haltbarkeit, die im Laufe der zwischenstaatlichen Interaktionen nicht errichtet wurde sondern einfach zum Ausdruck kommt“<sup>239</sup>.

---

<sup>238</sup> Siehe ausführlich dazu Strekal, Oleg: Nationale Sicherheit der unabhängigen Ukraine. Baden-Baden, 1999, (insbesondere Seiten 23-29)

<sup>239</sup> ebenda

- Diskrepanz zwischen Souveränitätsfrage und Integrationsfähigkeit eines neu entstandenen Staates: Die nächste Besonderheit der Transformationsperiode besteht in der Kluft zwischen dem Bedarf, nationale Souveränität zu stärken, und der Notwendigkeit, einen gewissen Teil dieser Souveränität an andere Staaten oder internationale Organisationen abzugeben. Dieser Widerspruch zwischen Souveränitätsgewinn und -Verlust behindert die Entwicklung der zwischenstaatlichen Kooperation und löst die Befürchtung aus, dass ein Staat oder mehrere Staaten die unabhängige Entwicklung einer Nation intentional verletzen könnten.
- Die übermäßig hohe Beteiligung der militärischen und paramilitärischen Strukturen am politischen und insbesondere am sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die politischen Führer wegen der geringen politischen und gesellschaftlichen Unterstützung versuchten, zunächst die Loyalität der militärischen Strukturen zu gewinnen, um die eigene Machtposition zu schützen. Dadurch und durch die zunehmende Passivität der Mehrheit wird die Teilnahmemöglichkeit der politischen Institutionen wie Parteien, Verbände und soziale Bewegungen als Akteure der politischen Kommunikation in der Sicherheitspolitik wesentlich eingeschränkt.

### **3.4.2 Sicherheitspolitische Vorstellungen der usbekischen Eliten**

Die Sicherheitspolitik der Republik Usbekistan entstand in erster Linie als Produkt der Vorstellungen der usbekischen Eliten in diesem Bereich und der praktischen Schritte der politischen Machthaber in den entsprechenden Bereichen des politischen Lebens. Eine weitgehende sicherheitspolitische Debatte in der Gesellschaft, die eine bestimmte Rolle bei der Ausarbeitung der usbekischen nationalen Sicherheitsstrategien hätte spielen können, fiel aus. Die Ausgangsposition der politischen Führung Usbekistans bestand darin, dass es für notwendig gehalten wurde, die Besonderheiten der gegenwärtigen Epoche und die Rolle und Stellung Usbekistans in diesem Zeitabschnitt richtig einzuschätzen, um den Prozess der Ausarbeitung des Systems der nationalen Sicherheit der Republik Usbekistan in Gang zu setzen. In dieser Hinsicht wird betont, dass bisher die Weltsicherheit auf dem Gleichgewicht der Kräfte zwischen den beiden Blöcken gegründet worden war. Die Aufhebung der Blockstabilität führte dazu, dass das System der Weltsicherheit erheblich gestört wurde. Die zweite Besonderheit der gegenwärtigen Situation besteht darin, dass der Prozess der Vertiefung des Unterschieds zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern weiter zunimmt. Die industriell entwickelten Länder versuchen, die natürlichen Ressourcen der Entwicklungsstaaten zu kontrollieren. Die dritte Gefahr besteht darin, dass durch die zunehmende ökologische Krise die Existenz des Menschen als biologische Art erheblich gefährdet ist. Die Bedeutungszunahme der Rolle der multinationalen Strukturen

ist das vierte Merkmal der gegenwärtigen Entwicklungen. Die fünfte Besonderheit der gegenwärtigen globalen Entwicklung bildet der Zuwachs der Rolle der neuen Technologien in den neuen Weltwirtschaftsbeziehungen.<sup>240</sup>

Des Weiteren wird betont, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts anstatt der nuklearen Abschreckung neue sicherheitspolitische Herausforderungen entstanden sind: „Nach der Beendigung des „Kalten Krieges“ stellen ethnische, regionale und lokale Konflikte und ein kriegerischer Separatismus innerhalb des (eines) Staates die Hauptgefahr dar. Besonders, wenn diese Art des Widerstandes zu einem mächtigen Instrument der politischen Einflussnahme, für die Erhaltung und Verteidigung der eigenen Interessen und Einflussbereiche oder eine Änderung des strategischen Gleichgewichts der Kräfte zu eigenen Gunsten in den Händen einzelner Länder wird.“<sup>241</sup> Usbekistan und die anderen neuen Länder Zentralasiens sind von solchen Entwicklungen besonders betroffen. Neben ihrer vorteilhaften Position, wie die günstige geographische Lage im Zentrum der Transport-, Energie- und Wassersysteme der Region, und ihres Reichtums an Naturressourcen, besitzt die Republik Usbekistan folgende geopolitische Nachteile, die zur permanenten Gefährdung der nationalen Sicherheit führen können:

- In Hinsicht auf die geopolitische Lage ist Usbekistan in einer Region gelegen, in der es kein kollektives Sicherheitssystem gibt.
- Usbekistan ist „ein Teil einer Region, in der unterschiedlichen Interessen Russlands, Chinas, Indiens sowie der Länder des Ostens und Westens zusammentreffen. Faktisch richtet sich unser Territorium und das Territorium der gesamten Region auf den Stoß dieser sich formierenden, jedoch potenziell sehr mächtigen eurasischen Machtzentren ein, die zweifellos das Gesicht des 21. Jahrhunderts bestimmen werden. So wird unser Territorium und das Territorium der gesamten Region ein Objekt des Interesses auch der mächtigen islamischen Welt, wie der Türkei, Pakistans, Irans und Saudi Arabiens“<sup>242</sup>.

Aus diesen Gründen meint der usbekische Präsident, dass die Sicherheitspolitik für Usbekistan und seine Nachbarn von besonderer Bedeutung ist:

---

<sup>240</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Osnownije printsipi obshestwennogo i ekonomicheskogo razwitija Uzbekistana. Doklad na perwoj sessii Olij Mazhlisa Respubliki Uzbekistan. (Die Hauptprinzipien der sozialen und ökonomischen Entwicklung der Republik Usbekistan. Die Rede auf der 1. Sitzung des Oliy Mazhlis der Republik Usbekistan), in: Karimow, Islam: Band 3, Taschkent, 1996, S.4-7

<sup>241</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.14-15

<sup>242</sup> ebenda S.15-16

„Unter den heutigen Bedingungen kommen den Sicherheits- und den Stabilitätsproblemen der neuen unabhängigen Staaten im Interesse der Sicherstellung der globalen Sicherheit und der Herstellung des Gleichgewichts eine große Bedeutung zu. Die sich dynamisch ändernde Lage und das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt, das Auftreten neuer unabhängiger Staaten erfordert das ständige Suchen nach neuen Methoden für die Sicherstellung der Stabilität der Staaten und Völker, der Ausarbeitung neuer Sicherheitsmodelle an der Grenze zum 21. Jahrhundert.“<sup>243</sup>

Nach Karimow sind solche Fragen wie „Wie kann man sich absichern, wo kann man die Impulse für die Entwicklung suchen? Was sind die strategischen Probleme, die Gegenstand äußerster Aufmerksamkeit eines beliebigen unabhängigen Staates waren und werden?“ von strategischer Bedeutung. Nach Meinung der politischen Führung musste das Fundament des neuen Usbekistans in diesen schweren und ereignisreichen Jahren gelegt werden. Die richtige Anerkennung der Gefahren für die Stabilität und Sicherheit und Garantien der Erhaltung des geopolitischen Gleichgewichts in der Region waren die wichtigsten Fragen. Ihre Bewältigung stand im Mittelpunkt der Außenpolitik der Republik Usbekistan und machte dadurch vor allem eine sicherheitsorientierte Außenpolitik erforderlich. Hierzu Staatspräsident Karimow:

„Die Erfahrungen mit der Gründung und der Entwicklung Usbekistans und anderer neuer unabhängiger Staaten, die auf postsozialistischem Gebiet aufkamen, zeugen leider über einen nicht ausreichend seriösen Umgang mit der Beurteilung der Gefahren ihrer Sicherheit und Stabilität. Sie sind schlecht prognostiziert worden, erwiesen sich häufig als anders erwartet und führten zu immensen Verlusten, zu Notlagen und, was besonders tragisch ist, zu Verlusten an Menschenleben. Sie schufen eine Lage, die zur Instabilität und Konfrontation führte und die Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung und des Fortschritts bremste.“<sup>244</sup>

Der Staatspräsident Islam Karimow sieht die Gesamtentwicklung des Landes in Abhängigkeit von der Beseitigung von Sicherheitsproblemen. „Heutzutage reicht es nicht alleine aus, auf die auftretenden Gefahren für die Sicherheit und Stabilität in geeignetem Maße zu reagieren. Eine stetige Entwicklung der Republik hängt davon ab, inwieweit wir die Natur der bestehenden Gefahren verstehen und ihre Quellen und gegenseitigen Verbindungen rechtzeitig aufdecken sowie die Bedingungen für die Erhaltung der Stabilität in der Gesellschaft bestimmen und sie effektiv ausnutzen“<sup>245</sup>.

---

<sup>243</sup> ebenda S.9

<sup>244</sup> In: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.7

<sup>245</sup> ebenda S.14



Zugleich wurden diese realen Bedrohungen für die nationale Sicherheit Usbekistans für die Sicherung der eigenen Macht benutzt. Dörthe List stellt fest, dass Sicherheit in Zentralasien vor allem als Herrschaftssicherung verstanden wird:

„In Zentralasien geht es in erster Linie um die Sicherheit des Staates, und die Sicherung seiner Existenz in der heutigen Form. Das heißt es geht um Herrschaftssicherung einer kleinen, autoritären Führungselite. Zur Sicherung und Legitimation ihrer Herrschaft instrumentalisiert sie die externen Sicherheitsrisiken, deren Bedrohungspotenzial eine Rechtfertigung für autoritäres Vorgehen darstellt.“<sup>246</sup>

Die Maßnahmen, die zur Sicherung der Position der herrschenden Eliten erfolgen, führen zu einer neuen Kategorie von Sicherheitsrisiken. „Die Brisanz der zentralasiatischen Sicherheitssituation liegt in der Tatsache, dass die Regierungen die Ebene der „menschlichen Sicherheit“ und den Ursache-Wirkungszusammenhang zwischen externen und internen Sicherheitsrisiken missachten“<sup>247</sup>.

### 3.4.3 Perzeption sicherheitspolitischer Risiken

Da das wichtigste legislative Dokument in Bezug auf nationale Sicherheit – das Konzept der nationalen Sicherheit der Republik Usbekistan, in dem auch auf die Gefährdungsfaktoren für die Sicherheit eingegangen wird – für Forschungsziele nicht transparent ist, müssen andere Quellen herangezogen werden. Für die offizielle Sicht der usbekischen Regierung sei aber stellvertretend auf das schon bereits erwähnte Buch des usbekischen Präsidenten Islam Karimow „Usbekistan auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert“, das sehr ausführlich die möglichen Konfliktpotenziale der Region beschreibt, verwiesen. Er sieht die Gefährdung für die Stabilität und Sicherheit der Region vor allem in regionalen Konflikten in Afghanistan und Tadschikistan, religiösem Extremismus und Fundamentalismus, Großmachtchauvinismus und aggressivem Nationalismus, ethnischen und zwischennationalen Konflikten, Korruption und Verbrechen, Vetternwirtschaft und Beziehungen der Clans sowie in ökologischen Problemen.<sup>248</sup>

In Bezug auf die sicherheitspolitischen Risiken in Zentralasien stellt der deutsche Wissenschaftler Uwe Halbach analog zu aktuellen Entwicklungen in der Friedens- und Sicherheitsforschung fest, dass „die Entwicklungen am Südrand der GUS exemplarische

---

<sup>246</sup> Vgl.: List, Dörthe: Regionale Kooperation in Zentralasien – Hindernisse und Möglichkeiten. Dissertation, Gießen, 2004, S.227-267 (hier S.263)

<sup>247</sup> ebenda S.263

<sup>248</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O.

Muster für „neue“ oder „nichttraditionelle“ Sicherheitsrisiken<sup>249</sup> liefern. Nach seiner Ansicht liefern „soziale und interethnische Konflikte, Sezessionsbestrebungen in Vielvölkerstaaten, Korruption, die Entfaltung mafïöser Strukturen und wachsende Kriminalität, ökologische Probleme, konfliktträchtige demographische Entwicklungen sowie das Gedeihen von nationalistischem oder religiösem Radikalismus auf dem Nährboden der sozialökonomischen Krise eine Fülle von Problemen, die den Sicherheitsbegriff enorm ausdehnen“<sup>250</sup>. Die neuen Sicherheitsrisiken in Zentralasien sind nicht innerstaatliche Probleme, sie sind grenzüberschreitend und haben regionalen oder sogar globalen Charakter.

Abschließend sei auf die detaillierte Auflistung der regionalen Probleme in einem Bericht des persönlichen Beauftragten des OSZE-Vorsitzenden für Zentralasien Dr. Wilhelm Höynck verwiesen, die nach meiner Ansicht die Perzeption der sicherheitspolitischen Herausforderungen für die zentralasiatischen Länder am genauesten trifft<sup>251</sup>:

- „das Fehlen von Vorgänger-Staaten, die staatliche Identität vermitteln könnten;“
- „die Existenz zahlreicher und in einigen Staaten zahlenmäßig großer Minderheiten;“
- „ungenau definierte und in kritischen Zonen nicht markierte Grenzen;“
- „ungeklärte Verteilungsfragen, insbesondere in Bezug auf Wasser;“
- „wachsende wirtschaftliche und ökologische Probleme und die damit verbundenen sozialen Fragen;“
- „finanziell aufwendige und politisch belastete Zugänge zu den Weltmärkten für Erdgas und Rohöl, die für die wirtschaftliche Entwicklung wichtigste Ressourcen;“
- „das Fehlen demokratischer und rechtsstaatlicher Traditionen;“
- „die In-Frage Stellung des säkularen Staates;“
- „internationaler Terrorismus, gewalttätiger Extremismus, organisiertes Verbrechen; Drogen- und Waffenhandel;“
- „die geopolitische Lage im Schnittpunkt strategischer Interessen der Russischen Föderation, der USA, der Türkei; Chinas und des Iran;“

Wie oben deutlich gemacht wird, existiert eine zweite Gruppe von Faktoren, die destabilisierend auf die sicherheitspolitische Lage Zentralasiens wirken und die vor allem durch Unstimmigkeiten zwischen den zentralasiatischen Staaten selbst hervorgerufen

---

<sup>249</sup> Vgl.: Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil II: Kleinkriege im Ferghanatal und das Problem der „neuen Sicherheitsrisiken“. Bericht des BIOST, Nr.25, 2000, S.26

<sup>250</sup> ebenda S.26

<sup>251</sup> Vgl.: Höynck, Wilhelm: Nachhaltige Stabilisierungspolitik in und für Zentralasien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch, Baden-Baden, 2000, S.217-218

werden: Grenzstreitigkeiten, Wassernutzungskonflikte, Transportfragen sowie die Minderheitenproblematik. Diese werden im nächsten Kapitel als Faktoren der zwischenstaatlichen Beziehungen ausführlich erörtert und am Beispiel der bilateralen Beziehungen Usbekistans zu seinen zentralasiatischen Nachbarländern konkretisiert. Alle drei oben erwähnten Personen definieren die „Nachbarschaft der zentralasiatischen Staaten zum instabilen Afghanistan“ als besondere Herausforderung für die nationale Sicherheit dieser Republiken.

#### **3.4.4 Der Faktor Afghanistan in der Politik Usbekistans**

Eine besondere Herausforderung für die nationale Sicherheit des neuen souveränen Usbekistan und seiner Nachbarn in der Region stellte die instabile Lage im benachbarten Afghanistan dar. Die von ihr ausgehenden Sicherheitsrisiken standen in unterschiedlicher Ausprägung im Mittelpunkt der nationalen und regionalen sicherheitspolitischen Debatten in jedem dieser Länder. Denn diese Republiken verbinden mit Afghanistan viele gemeinsame Faktoren geographischer, historischer, soziologischer und politökonomischer Natur. Aus geographischer Sicht verfügen die zentralasiatischen Länder mit Afghanistan über 2000 km lange gemeinsame Staatsgrenzen, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sehr durchlässig geworden ist. Aus historischem Blickwinkel waren Teile Zentralasiens und Afghanistans über mehrere Jahrhunderte hinweg unter der einen oder anderen Herrschaft zu einem Staat vereinigt. Einen starken ethno-demographischen Faktor stellt die Existenz zahlreicher zentralasiatischer Bevölkerungsgruppen in Afghanistan dar. Dort leben etwa die Hälfte aller Tadschiken der Welt, mehr als 1 Mio. Usbeken, genauso viele Turkmenen usw. Dies alles erforderte von den zentralasiatischen Ländern die Formulierung einer vorsichtigen und ausbalancierten Politik gegenüber Afghanistan, deren Inhalt mit Sofortmaßnahmen zur baldigen Beilegung des afghanischen Problems ausgefüllt werden sollte, damit es nicht zu einer weiteren Eskalation des Konflikts kommen würde.

Das Gefahrenpotenzial des afghanischen Konflikts für die nationale Sicherheit Usbekistans änderte sich in den vergangenen Jahren mehrmals und zwar jedes Mal kontinuierlich in Richtung Stärkung. In der ersten Phase, die mit dem Sturz der von der Sowjetunion massiv unterstützten Najibulla-Regierung begann, war Taschkent vor allem daran interessiert, dass die neue Mudschaheddin Regierung in Kabul ihre Macht stabilisierte. Ein anderes Interesse Usbekistans lag darin, dass die islamisch geprägte tadschikische Opposition, die im Mai 1992 den Präsidenten Rahmon Nabijew faktisch entmachten konnte, keine Unterstützung von afghanischen Mujaheddin bekam. Diese beiden politischen Interessen Usbekistans sind jedoch nicht erfüllt worden. Die neue Regierung in Kabul konnte sich nicht an der Macht halten und spaltete sich. Es begann die zweite Phase des Bürgerkrieges, in dem die ehemaligen Koalitionspartner im Kampf gegen die Sowjetarmee jetzt gegeneinander

kämpften. Die schlimmsten Befürchtungen der usbekischen Regierung in Bezug auf die tadschikische Opposition wurden ebenfalls wahr. Sie haben für sich in Afghanistan ein Hinterland gefunden und mit Hilfe ihrer afghanischen Waffenbrüder den Kampf gegen die Regierung fortgesetzt.

Die massiven Feldzüge der Taliban-Bewegung ab Herbst 1994, die sich aus Mudschaheddin und Koranschülern in pakistanischen Flüchtlingslagern rekrutierten, die schließlich zur Machtübernahme in Kabul 1996 führten, bildeten die nächste Stufe des Anwachsens des Bedrohungspotenzials aus Afghanistan für Taschkent. Trotz dieser Entwicklung blieb die Gefahr in den ersten Jahren der Taliban-Herrschaft noch relativ gering, weil die zu Usbekistan angrenzenden nördlichen Territorien Afghanistans von der so genannten „Nordallianz“ kontrolliert wurden und für Taschkent einen „Cordon Sanitaire“ bildeten. Darüber hinaus verfügte Taschkent im innerafghanischen Konflikt über lange Jahre hinweg über ein mächtiges Instrument. Seine Interessen und auch die Interessen der ethnischen Usbeken in diesem Konflikt wurden von dem international umstrittenen General Dostum und seiner Armee vertreten. Usbekistan unterstützte Dostums Truppen mit militärischer Ausrüstung und Lebensmitteln.<sup>252</sup> Die usbekische Afghanistanpolitik hat ihren Höhepunkt 1997 überschritten, als Taschkents Schützling General Dostum in einem Coup innerhalb seiner eigenen „Nationalen Islamischen Bewegung“ von einem Gefolgsmann gestürzt und sein Herrschaftsgebiet später von den Taliban erobert wurde. Die Situation für Usbekistan wurde katastrophal als im Dezember 2000 die Truppen der Taliban-Bewegung die Grenzstadt Talukan eroberten und direkt am anderen Ufer des Amudarja, dem Grenzfluss zwischen Usbekistan und Afghanistan, auftauchten. Sie kontrollierten nun das ganze Grenzgebiet zu Usbekistan. Die usbekische Führung zeigte sich von dieser Entwicklung alarmiert, errichtete zusätzliche Grenzposten und setzte den Aufenthalt von Kindern in Sommerlagern in diesem Gebiet aus.<sup>253</sup> In Taschkent hat sich die afghanische Bedrohungsperzeption, die, wie oben erwähnt, seit längerem die nationale Sicherheitsdoktrin bestimmte, ab diesem Zeitpunkt erheblich verschärft. Denn die Soldaten der Taliban-Bewegung kontrollierten zum Jahresende 2000 über 90% des Territoriums von Afghanistan und ließen ihren Gegnern von der Nordallianz keine Chance, von Außen Militärhilfe zu erhalten.<sup>254</sup> Mit jedem weiteren Geländegewinn der Taliban gegenüber ihrem Gegner in Nordafghanistan wurde in Usbekistan und in anderen zentralasiatischen Republiken ihr Vorstoß in den GUS-Raum als reale Gefahr beschworen.

---

<sup>252</sup> Vgl.: Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I, a.a.O., 30-37

<sup>253</sup> ebenda

<sup>254</sup> Der Flughafen wurde ebenfalls von Taliban erobert.

Obwohl manche Militärexperten eine direkte Konfrontation zwischen Streitkräften der Taliban und denen von zentralasiatischen Staaten für höchst unwahrscheinlich hielten, kann alleine die Existenz eines solchen unberechenbaren Nachbarn in unmittelbarer Nähe als ein Bedrohungspotenzial bewertet werden. Die indirekte Aggression in Form der Zusammenführung „islamischer Kämpfer“ aus verschiedenen Ländern, Konflikten und Sezessionsbewegungen unter dem Schutz der Taliban stellte eine reale Gefahr für die Sicherheit Usbekistans dar. Dass das Herrschaftsgebiet der Taliban, das den Großteil des Landes umfasste, zu einem Zentrum für islamisch-extremistische Gruppen entwickelt worden war, ist inzwischen allgemein bekannt. Von hier planten und steuerten die internationalen Terroristen unter Federführung des wohl bekanntesten Terroristen Osama Bin Laden ihre weltweite Tätigkeit. Sie finanzierten ihre Terroroperationen durch Drogenhandel. Ein Großteil der Drogen wurde über das Territorium der zentralasiatischen Länder transportiert, was ein zusätzliches Sicherheitsrisiko für diese Länder bildete. In den Lagern für die Ausbildung internationaler Terroristen auf dem Territorium Afghanistans befanden sich ebenso usbekische Islamisten, die sich zu einer so genannten "Islamischen Bewegung Usbekistans" organisiert hatten. Sie hatte das Ziel, den usbekischen Präsidenten zu stürzen und in Zentralasien ein islamisches Khalifat zu gründen. Die IMU unterhielt unter der Patronage der Taliban in Afghanistan Ausbildungslager und Büros. Ihre Hauptbasen befanden sich in Kundus in den Bergen östlich von Tolaqan. Nach usbekischen Regierungsangaben verübte die IMU im Februar 1999 Bombenattentate in Taschkent, deren Ziel die Ermordung des usbekischen Präsidenten Islam Karimow war. Des Weiteren haben die bewaffneten Einheiten der Islamischen Bewegung Usbekistans im Sommer 1999 und 2000 Übergriffe in die Grenzgebiete der zentralasiatischen Staaten im Ferghanatal durchgeführt. Die Aktionen usbekischer Extremisten mit Rückhalt in Lagern auf afghanischem und tadschikischem Territorium haben das Syndrom der „Bedrohung aus dem Süden“ wie nie zuvor aktualisiert. Es muß jedoch angemerkt werden, dass diese Bedrohungsperzeption bereits seit Anfang der 1990er Jahre auf der Tagesordnung stand.

Die vom afghanischen Konflikt ausgehende Gefahr für die nationale und regionale Sicherheit und die instabile Lage an seiner Südgrenze sind zu einem der wichtigsten Bestandteilen der usbekischen Außenpolitik geworden. Zum einen geht es darum, sich vor den Folgen der Gefährdung zu sichern, aber gleichzeitig auch nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Dabei versuchte Usbekistan, die internationale Aufmerksamkeit auf das Afghanistan-Problem zu lenken. Schon 1993 während der 48. Generalversammlung der UNO sprach der usbekische Staatspräsident Islam Karimow von einer Notwendigkeit der baldigen Beilegung des afghanischen Konflikts, der sonst zu einem Instabilitätsfaktor für die ganze zentralasiatische Region werden könne.<sup>255</sup> Des Weiteren nutzte Taschkent

---

<sup>255</sup> Vgl.: Wystuplenije na 48-y sessii General'noj assamblei OON. New York, 28 sentjabrja 1993 goda, in: Karimow, Islam: Band II. Taschkent, 1995, S.56

verschiedene Gelegenheiten im Rahmen der OSZE, NATO und anderer internationaler Organisationen, um das Afghanistan-Problem als die größte Gefahr für die Stabilität und Sicherheit darzustellen. So hat Usbekistan 1999 am Gipfeltreffen der OSZE-Staaten in Istanbul in Bezug auf die von Afghanistan ausgehende Terrorismusgefahr die Bildung eines internationalen Antiterrorismus-Zentrums vorgeschlagen.<sup>256</sup> Gleichzeitig hat sich Usbekistan auf die Suche nach einer realistischen sicherheitspolitischen Schutzmacht begeben, um maximale Sicherheit gegenüber dem „Afghanistan Faktor“ zu garantieren. Diese konnte in der Anfangsphase seiner Unabhängigkeit nur durch Moskau gewährleistet werden, welches zudem in Tadschikistan über eine motorisierte Division verfügte, die die tadschikisch-afghanische Grenze bewachte. Als die Taliban 1998 die nördlichen Territorien Afghanistans eroberte, ging Taschkent eine Sicherheitsallianz mit Russland ein, die man sich aus politischen Gründen gern erspart hätte. Angesichts des desolaten Zustands der russischen Sicherheitskräfte, die der erste Tschetschenien-Krieg und nachfolgende Aktionen gegen Terroristen auf russischem Gebiet deutlich gemacht hatte, war diese Garantie für Taschkent anscheinend nicht ausreichend. Denn die usbekische Führung hat gleichzeitig Schritte unternommen, in dieser Frage mit dem Westen zu kooperieren. Durch verstärkte Aufmerksamkeit der Amerikaner auf die Lage in Afghanistan, die vor allem durch die Anwesenheit des Terroristen Osama Bin Laden im „Islamischen Emirat“ motiviert war, ist es Usbekistan gelungen, seit Ende der 1990er Jahre die westlichen Länder zu erreichen. Schließlich haben die Ereignisse des 11. September dazu geführt, dass das afghanische Bedrohungsszenario von der Mehrheit der Staatengemeinschaft als eine ernsthafte Gefahr für die Weltsicherheit wahrgenommen wurde. Usbekistan hat sich nach dem 11. September ohne großes Zögern der Antiterrorcoalition angeschlossen und sein Territorium für die Truppen der Allianz zur Verfügung gestellt.

Nach der Niederschlagung des Taliban-Regimes bemühte sich Taschkent, mit Afghanistan neue Beziehungen aufzubauen. Usbekistan eröffnete 2002 ein Konsulat im nordafghanischen Masari-scharif und kurz darauf seine Botschaft in Kabul. Den wichtigsten Bestandteil der gegenwärtigen usbekischen Afghanistan-Politik bildet die Unterstützung des dortigen Wiederaufbauprozesses. Dabei versucht Usbekistan, sein Nachbarland in die regionalen Kooperationsstrukturen zu integrieren. So hat auf Taschkents Initiative Kabul bei CACO Beobachterstatus erhalten. Zu dem SCO Gipfel im Juni 2004, der in der usbekischen Hauptstadt stattfand, wurde der afghanische Präsident Chamid Karzai als spezieller Gast eingeladen. Darüber hinaus plant Usbekistan zusammen mit Afghanistan, einen Transportkorridor zum iranischen Hafen Bender Abbas aufzubauen. Trotz zaghafter Fortschritte seines Nachbarlandes auf dem Weg zur

---

<sup>256</sup> Alimov, Ravshan u.a. (Hrsg.): Tsentral'naja Azija: geoeconomika, geopolitika, bezopasnost', a.a.O., S.158

friedlichen Entwicklung macht sich Taschkent Sorgen um das zunehmende Gewaltpotenzial in den südlichen Teilen des Landes. Ein weiteres Besorgnis der usbekischen Politiker liegt beim anwachsenden Drogenhandel und Schmuggel. Aus diesen Gründen fordert Taschkent eine weitere Ausdehnung des militärischen Engagements der Coalition against Terrorism in die Provinzen und die Verstärkung der internationalen Wirtschaftshilfe für den afghanischen Wiederaufbauprozess.

### 3.5 Fazit

Dieses Kapitel sollte dazu dienen, die Grundelemente des Aufbauprozesses der usbekischen Außenpolitik zu untersuchen. Dazu gehören nach meiner Ansicht vor allen die Ziele und Aufgaben, die institutionelle Organisation des außenpolitischen Entscheidungsprozesses sowie die Faktoren und Instrumente der außenpolitischen Tätigkeit. Eine besondere Stellung nimmt dabei auch die außenpolitische Prioritätensetzung und ihre Motive ein. Dazu der usbekische Staatspräsident Islam Karimow 1992: „Die Wahl der Prioritäten unserer Diplomatie wird von der ganzen Vielfalt der staatlichen, historischen, wirtschaftlichen, nationalen und religiösen Traditionen und Interessen beeinflusst“.<sup>257</sup> Auch die Bildung der Organisationsstrukturen, die für die Formulierung und Durchführung der Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlich werden sollten, war von großer Bedeutung. In dieser Hinsicht wurde in den vergangenen Jahren der Selbständigkeit das Netz der außenpolitischen Institutionen, das aus dem Präsidentenapparat, dem Außenministerium, Außenwirtschaftsministerium, Verteidigungsministerium, Nationalen Sicherheitsdienst und aus dem Grenzschutzkomitee bestand, ausgebaut. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch dem Aufbau außenpolitischer Bildungs- und Forschungsinstitutionen gewidmet. Zu nennen sind vor allem die Universität für Weltwirtschaft und Diplomatie (1992), die Diplomatische Akademie des Außenministeriums (1995), das Institut für strategische und interregionale Studien (1992), der Fachbereich für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Gesellschaftsaufbau (1996) usw. Dabei war auch ein Prozess der etappenweisen Vervollständigung der außenpolitischen Strukturen zu beobachten, der vor allem mit der Gründung des Nationalen Sicherheitsrats (1995) und einer eigenständigen analytischen Abteilung im Außenministerium (2000) vollzogen wurde. Dass der institutionelle Aufbauprozess noch nicht vollendet ist bestätigt auch der Fakt, dass Anfang 2005 das Amt des Außenministers zum Vize-Premier erhoben wurde und ihm die Koordination der Tätigkeit aller außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Strukturen übergeben wurde. Zu den wichtigsten Faktoren der usbekischen Außenpolitik zählte in der Anfangsphase der

---

<sup>257</sup> Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S.27

Islam, der als kulturpolitischer Faktor zur schnellen Kontaktaufnahme zur islamischen Welt führte. Sein Einfluss auf die Außenpolitik hat in den folgenden Jahren deutlich abgenommen und ist gegenwärtig sehr gering. Die Sicherheitsproblematik, die vor allem durch die instabile regionale Situation verursacht wurde, hat die Formierung der außenpolitischen Richtlinien entscheidend beeinflusst. Verstärkt durch innenpolitische Schwierigkeiten hat sie sich seit Mitte der 1990er Jahre zur zentralen Größe in der Außenpolitik entwickelt. Die auswärtige Politik orientierte sich auf die Bewältigung der Sicherheitsrisiken. Zu den wichtigsten Instrumenten der Außenpolitik Usbekistans gehören sein Wirtschaftspotenzial und der Aufbau effektiver Verteidigungsstrukturen.



## **4. Kapitel. Zentralasienpolitik der Republik Usbekistan**

### **4.1 Das Zentralasienkonzept der usbekischen Regierung**

Zu den schicksalhaften Fragen der usbekischen Außenpolitik in der Anfangsphase der staatlichen Selbständigkeit gehörte die Neuregulierung der Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn in Zentralasien. Die usbekische Regierung musste deshalb innerhalb einer kurzen Periode ein umfassendes Regionalkonzept erarbeiten, in dem, einerseits, die grundlegenden Prinzipien des Aufbaus der bilateralen Kontakte zu Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan manifestiert und andererseits, vernünftige Vorschläge für das Vorantreiben der regionalen Zusammenarbeit dargestellt werden sollten. Die zuletzt erwähnte Aufgabe war besonders wichtig, um die aus der Sowjetunion geerbten einheitlichen regionalen Energie-, Transport-, und Wasserversorgungssysteme zu erhalten und die möglichen Konflikte bei der Nutzung dieser gemeinsamen Infrastruktur zu verhindern bzw. zu minimalisieren. Im Folgenden werden die zentralen Bestimmungsfaktoren der zwischenstaatlichen Beziehungen in Zentralasien sowie die Entwicklung und der gegenwärtige Zustand der usbekischen bilateralen Kontakte zu Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan aus näherer Perspektive betrachtet.

### **4.2 Die Bestimmungsfaktoren der zwischenstaatlichen Beziehungen**

#### **4.2.1 Subregionale Kooperation bzw. Integration in Zentralasien**

##### **4.2.1.1 Das Konzept der regionalen Integration<sup>258</sup> in der usbekischen Außenpolitik**

Zu den ersten außenpolitischen Initiativen Usbekistans gehörte das Vorantreiben der regionalen Kooperation in Zentralasien, die von der usbekischen Führung vor der Öffentlichkeit zunächst in Form einer Doktrin als „Turkestan ist unser gemeinsames Haus“ deklariert wurde<sup>259</sup>. Diese Doktrin sah die ökonomische und kulturelle Integration der neuen zentralasiatischen Staaten vor. Mit der Begriffswahl „Turkestan“ griff die politische Führung Usbekistans bewusst auf die kurze vor- und frühsowjetische Periode der

---

<sup>258</sup> Ausführlich zum Thema regionale Zusammenarbeit in Zentralasien siehe: List, Dörthe: Regionale Kooperation in Zentralasien – Hindernisse und Möglichkeiten. Dissertation, Gießen, 2004

<sup>259</sup> Vgl.: Karimov, Islam: Turkestan – nash obshiy dom. Taschkent, 1995

zentralasiatischen Geschichte zurück, als damals sowohl die reformistischen dschadidischen Bewegungen, aber auch ein Teil der mittelasiatischen Bolschewiken die Gründung eines einheitlichen Staates anstrebten, der die Bezeichnung Turkestan erhalten sollte.<sup>260</sup> Die zahlreichen nationaldemokratischen Bewegungen und Intellektuellen in Zentralasien knüpften zu Beginn der 1990er Jahre wieder an diese Zeit an. Die Rückkehr zu diesem Begriff am Ende des selben Jahrhunderts, in dem er zustande gekommen war, ist aber durch eine völlig neue politische und ökonomische Situation in Zentralasien bedingt, in der sich die Länder der Region seit Erlangung der Nationalstaatlichkeit befinden.

Nach Ansicht Usbekistans erwächst die Notwendigkeit der regionalen Integration aus zwei Gründen. In der frühen Phase des Staatsaufbaus sollten sich die zentralasiatischen Länder zuerst mit der wirtschaftlichen Transformation auseinandersetzen, die einen radikalen Übergang vom planwirtschaftlichen Staatssozialismus zu einer auf dem Privateigentum basierenden marktwirtschaftlichen Demokratie beinhaltet. Wie alle radikalen Prozesse zeichneten sich auch diese Veränderungen durch Destabilisierung, unerwartete Schwierigkeiten bei ihrer Verwirklichung und durch das Fehlen von Erfolgsgarantien aus. Das Bewusstsein über die Komplikationen, die aus der gesamten Transformation der Wirtschaft und dem Staatsaufbauprozess in den zentralasiatischen Ländern resultieren und die Befürchtung, dass die Systemtransformation zur Destabilisierung führen könnte, sind die Beweggründe des von Usbekistan vorgeschlagenen zentralasiatischen Regionalismus. Nach Ansicht Usbekistans muss die regionale Integration auf der einen Seite den nationalen Transformationsprozess erleichtern und auf der anderen Seite die Region vor möglichen Konflikten schützen.<sup>261</sup> Sie muss auf die Konsolidierung der Anstrengungen und Handlungen der Länder der Region in der schwierigen Periode der Herausbildung der Nationalstaatlichkeit und des Übergangs zu marktwirtschaftlichen Beziehungen gerichtet werden. Taschkent betrachtet die zentralasiatische Integration als eine „objektive Notwendigkeit, die bedingt ist durch die territoriale Gemeinsamkeit, die Gemeinsamkeit der Verkehrsverbindungen, die grundlegenden und führenden Wirtschaftszweige, die Notwendigkeit der gemeinsamen Nutzung wasserwirtschaftlicher und energetischer Objekte, die Versorgung mit Energieressourcen. Ganz zu schweigen von der kulturellen, sprachlichen und geistigen Gemeinsamkeit unserer Völker, die tiefe, einander durchdringende Wurzeln haben“<sup>262</sup>.

---

<sup>260</sup> Siehe dazu Kapitel 1 dieser Arbeit.

<sup>261</sup> Vgl.: „Printsipi nashej reformy“. Interwju korrespondentu „Rossijskoj gazety“, 7 ijulja 1995 goda, in: Karimow, Islam: Band III, a.a.O., S.203-206

<sup>262</sup> Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.372-373

Usbekistan versteht die regionale Integration auch als einen bedeutenden Beitrag zur Gewährleistung seiner eigenen nationalen Sicherheit<sup>263</sup>. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die instabile Situation in Zentralasien eine Bedrohung für den Frieden in der Region darstellt. Durch die Formierung der Stabilität und einer stabilen Entwicklung der Region kann ein wichtiger Beitrag zur Festigung des Friedens und der Stabilität im globalen Maßstab geleistet werden. Das usbekische Sicherheitskonzept stützt sich also auf regionale Sicherheit.

Für die Integration der zentralasiatischen Republiken gibt es tatsächlich eine Reihe von Startbedingungen und Voraussetzungen:

1. Die zentralasiatischen Staaten besitzen ähnliche historische Erfahrungen und eine gemeinsame kulturelle Entwicklung; sie sind ethnisch verwandt. Durch gleiche Sprachzugehörigkeit, Sitten, Bräuche und Traditionen bilden sie einen gemeinschaftlichen Kulturraum. In der letzten Zeit wurde dieser Faktor durch die Entwicklung des Russischen zu einer Lingua franca für die Region noch verstärkt.
2. Zentralasien war vor dem Zerfall der Sowjetunion ein Teil des gemeinsamen Wirtschaftsraums, in dem die Ökonomien stark miteinander verknüpft waren. Im Wesentlichen besitzen sie immer noch das gleiche Ausgangsniveau der ökonomischen Entwicklung.
3. Ähnliche sozialökonomische Probleme und der grenzüberschreitende Charakter der ökologischen Probleme schafft Zusammengehörigkeit. Ökologische Katastrophen wie das Austrocknen des Aralsees können nur durch gemeinsame Maßnahmen überwunden werden.
4. Die einheitlichen Transport- und Energieverbindungen bilden einen weiteren gemeinsamen Abhängigkeitsfaktor, der eine solide Grundlage für kooperatives Verhalten in den zukünftigen Beziehungen darstellen soll.
5. Ein wichtiger Faktor, der die regionale Kooperation unumgänglich macht, ist das künstliche Bewässerungssystem in der Landwirtschaftsproduktion und die gemeinsame Wasserversorgung. Die Länder der Region sind auf die begrenzten Möglichkeiten der Wasserversorgung angewiesen.
6. Der isolierte Zustand der Region und die große Entfernung der Länder zum Weltmarkt ist ein weiterer Faktor. Keines der zentralasiatischen Ländern besitzt einen direkten Zugang zum offenen Meer, was ihren wirtschaftspolitischen Spielraum erheblich einschränkt. Um diese Isolation abzubauen, müssen die zentralasiatischen Länder gemeinsame Projekte zur Verbesserung der Transportinfrastruktur erarbeiten.

---

<sup>263</sup> ebenda

7. Die gemeinsamen Bedrohungen für die Sicherheit der Region sollen als letzte Voraussetzung genannt werden. Die zentralasiatischen Länder liegen in unmittelbarer Nähe zu Konfliktherden wie Afghanistan, Kaschmir usw. Viele der Sicherheitsrisiken besitzen grenzüberschreitenden Charakter und können dadurch nicht autonom, innerhalb einer Staatsgrenze, sondern nur im gegenseitigen Vertrauen und der gegenseitigen Unterstützung aller Länder der Region bekämpft werden.

Unter solchen Grundvoraussetzungen für die Zusammenarbeit und mit dem Vorhandensein gemeinsamer Interessen wird die regionale Integration von Usbekistan zu Recht als ein natürlicher Prozess, der „nur noch der organisatorischen, juristischen und politischen Formen bedarf“<sup>264</sup>, betrachtet. Dadurch ergeben sich folgende Vorschläge zur Intensivierung der Zusammenarbeit:

- Wiederbelebung des freien Warenverkehrs in der Region durch Abbau von Zöllen und Grenzhindernissen, die in den ersten Jahren der Unabhängigkeit dieser Länder aufgebaut worden waren;
- Erarbeitung der Maßnahmen zur Entstehung des regionalen freien Handels durch Abbau administrativer und bürokratischer Hindernisse und die gegenseitige Öffnung der traditionellen Absatzmärkte;
- Erhaltung und Festigung der wirtschaftlichen Kontakte, vor allem durch Intensivierung der direkten Kontakte zwischen den in der Region ansässigen Produzenten;
- Maximale Koordinierung der außenpolitischen Tätigkeiten der Länder und Verhinderung des Entstehens von konkurrierenden außenpolitischen Initiativen;
- Annäherung der Sicherheits- und Verteidigungspolitiken gegen die gemeinsam empfundenen Sicherheitsrisiken;
- Wiederbelebung der kulturellen Zusammenarbeit durch intensiven Austausch und Organisation gemeinsamer Kulturtage.

Die Ernsthaftigkeit der usbekischen Bemühungen manifestierte sich in der Unterstützung der Idee der Institutionalisierung der subregionalen Zusammenarbeit in Zentralasien. Im Hinblick auf die postsowjetischen Integrationsprozesse stellte diese Position die einzige Ausnahme in der usbekischen Außenpolitik. Insbesondere auf der GUS-Ebene trat Usbekistan bisher als ein entschiedener Gegner der Gründung überstaatlicher Strukturen auf. Trotzdem stellt Taschkent die zentralasiatische Integration auch nicht den Prozessen der Integration im Rahmen der GUS gegenüber. Die Losung „Zentralasismus versus Euroasismus“ als Antriebsfaktor seiner Außenpolitik lehnt Usbekistan entschieden ab. Dies

---

<sup>264</sup> ebenda

wird damit begründet, dass die zentralasiatische Integration sich von der GUS-Integration „durch ihre spezifischen Besonderheiten unterscheidet“<sup>265</sup>. Sie liegen darin begründet, dass die regionale Integration immer eine Völkerintegration war und auch bleibt.

#### **4.2.1.2 Bildung eines einheitlichen Wirtschaftsraums zwischen Usbekistan und Kasachstan**

Mit der Unterzeichnung des Abkommens „Über die Maßnahmen zur Vertiefung der wirtschaftlichen Integration zwischen Usbekistan und Kasachstan für die Jahre 1994-2000“ am 8. Januar 1994 wurde der erste bedeutsame Schritt auf dem Wege zur Schaffung eines zentralasiatischen Wirtschaftsraums gemacht. Die ersten Ansätze zur Regionalisierung in Zentralasien kamen jedoch bereits in den letzten Jahren der Sowjetunion<sup>266</sup> zustande. Die zunehmende Schwächung des Zentrums und das Aufflammen interethnischer Konflikte in der Region führten zwangsläufig zur Erarbeitung von langfristigen Strategien zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der Region, die nur unter Aktivierung horizontaler Beziehungen zwischen den Republiken in die Tat umgesetzt werden konnte. In der hektischen und instabilen Zeit der Gorbatschowischen Periode erwiesen sich solche direkten Vereinbarungen über Warenlieferungen und zwischenrepublikanische Konsultationen als einziges Mittel in der am schwächsten entwickelten und ärmsten Region der Sowjetunion, die wirtschaftliche und politische Stabilität zu bewahren. Bei ihrem ersten gemeinsamen Treffen im kasachischen Alma Ata am 23.06.1990 unterzeichneten die Ministerpräsidenten Usbekistans, Kasachstans, Kirgisistans, Tadschikistans und Turkmenistans ein Abkommen „Über die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit“. Zugleich traten die Volksdeputierten der fünf Republiken im Obersten Sowjet der UdSSR bei der Diskussion der ökologischen und wirtschaftlichen Fragen der Region mit einer gemeinsamen Position auf<sup>267</sup>.

---

<sup>265</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, a.a.O., S.372

<sup>266</sup> 1923 wurde die erste Konferenz der zentralasiatischen Republiken Turkestan, Buchara und Chiva einberufen, auf der der „Wirtschaftsrat Zentralasiens“ gegründet wurde, unter dessen Autorität verschiedene Aufgaben wie Bewässerung, Handel und Landwirtschaft von allen zentralasiatischen Staaten gemeinsam durchgeführt werden sollten. Diese Vereinigungstendenzen stellten jedoch keine Möglichkeit zu mehr Autonomie gegenüber der Sowjetmacht dar, sondern waren im Gegenteil von ihr initiiert, um den Eingliederungsprozess in ein sozialistisches Staatesgebilde zu vereinfachen, auch wenn ihr die Gefahr, dadurch die Träume von einem zentralasiatischen Einheitsstaat wieder heraufzubeschwören, bewusst gewesen sein müssen.

<sup>267</sup> Unter dem gemeinsamen Druck der zentralasiatischen Republiken verabschiedete das sowjetische Parlament im Frühjahr 1991 einen „Maßnahmenkatalog zur umfassenden Verbesserung der Lage und Wiederherstellung des Aralsees“.

Die Linie der regionalen Zusammenarbeit wurde während der Ausarbeitungsphase des neuen Unionsvertrages im so genannten „Nowo-Ogarjowo-Prozess“ von den Präsidenten dieser Republiken fortgesetzt. Alle mittelasiatischen Republiken hatten ihrer Mitgliedschaft in einer erneuerten Union zugestimmt und stellten damit faktisch mehr als die Hälfte der Republiken, die sich offiziell dem neuen Unionsvertrag anschließen wollten. Aus diesen Gründen wurde ihr nächstes gemeinsames Treffen in Taschkent, das am 14.08.1991, also sechs Tage vor der bevorstehenden Unterzeichnung des Unionsvertrags, stattfand, in der sowjetischen Presse als eines der wichtigsten politischen Ereignisse in der Sowjetunion bezeichnet.<sup>268</sup> Während dieses Zusammenkommens unterzeichneten die Regierungschefs der fünf Republiken eine neue Übereinkunft „Über die Organisation des zwischenrepublikanischen Konsultationsrats der Republiken Mittelasiens und Kasachstans“. Laut Präambel verfolgte das Abkommen das Ziel der „Schaffung von Mechanismen für die wirtschaftliche Integration der Republiken Mittelasiens und Kasachstans im Rahmen der erneuerten Union, die Durchführung der koordinierten Politik bei der Ausführung sozialer und wirtschaftlicher Reformen und der Schutz der Interessen der Region unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen“<sup>269</sup>. Die konkrete Aufgabe des Konsultationsrates war unter anderem „die Ausarbeitung einheitlicher Herangehensweisen zur Lösung der gemeinsamen Wirtschaftsprobleme der Republiken Mittelasiens und Kasachstans“<sup>270</sup>. Dem Konsultationsrat sollte aus jeder Republik ein Vertreter vom Rang eines Vizeministerpräsidenten anhören. Die Durchführung seiner Tätigkeit sollte durch eine auf paritätischer Grundlage gebildete Arbeitsgruppe mit dem Sitz in der turkmenischen Hauptstadt Aschchabad erfolgen.

Die nachfolgenden politischen Veränderungen in der Sowjetunion, der gescheiterte Augustputsch in Moskau und der nachfolgende Zerfall der Sowjetunion veränderten den Spielraum für die weitere regionale Zusammenarbeit enorm. Es mussten nun neue Rahmenbedingungen für den Aufbau sowohl bilateraler Beziehungen als auch der multilateralen Kooperation ausgearbeitet werden. Das erste Gipfeltreffen der Staatspräsidenten der zentralasiatischen Staaten nach der Gründung der GUS, das im April 1992 in Bischkek stattfand, widmete sich der Erörterung dieser beiden Aspekte der zentralasiatischen Zusammenarbeit. Im von den Ministerpräsidenten verabschiedeten Protokoll wurde der zwischenstaatliche Konsultationsrat mit der Ausarbeitung der Projektdokumente zu folgenden Themen beauftragt:

---

<sup>268</sup> Vgl. Wstrecha prezidentow pjati respublik (Treffen der Präsidenten von fünf Republiken), in: Izvestia, 14.08.1991

<sup>269</sup> „Soglashenije ob organizatsii mezhrespublikanskogo konsul'tatiwnogo soweta respublik Srednej Azii i Kazachstana“, in: Ispolkom Mezhgossoweta Kazachstana, Kyrgizstana i Uzbekistana (Hrsg.): Sbornik dokumentow i materialow po woprosam ekonomicheskoy integratsii Respubliki Kazachstan, Kyrgizskoj Respubliki i Respubliki Uzbekistan, Almaty, 1995, S.17

<sup>270</sup> ebenda

1. Koordinierte Maßnahmen zum strukturellen Wiederaufbau der Wirtschaft.
2. Gründung eines zwischenstaatlichen Investitionsfonds und einer Investitionsbank der Staaten Mittelasiens und Kasachstans.
3. Durchführung einer koordinierten Preisbildungspolitik.<sup>271</sup>

Im Januar 1993 während des Treffens der zentralasiatischen Staatschefs in Taschkent fand die nächste umfassende Diskussion zur Wiederbelebung der regionalen Zusammenarbeit statt. Es wurden sektorale Kommissionen für Weizen, Baumwolle, Energie und Wasserressourcen gebildet. Für den regionalen Identitätsbildungsprozess war auch die Entscheidung über die zukünftige Verwendung des Begriffs „Zentralasien“ anstatt der sowjetischen Bezeichnung „Mittelasiens und Kasachstan“ von außerordentlicher Bedeutung. Der neue Name der Region symbolisiert seitdem die politische, geographische und kulturelle Einheit der fünf Republiken, die bei anderen Begrifflichkeiten zum Teil fehlte. Zugleich wurde die Tendenz sichtbar, dass trotz der erzielten Vereinbarungen nicht alle Länder Zentralasiens bereit waren, die weitere Vertiefung der regionalen Integration mitzutragen. Turkmenistan hat bewusst angefangen, sich von allen regionalen Strukturen zu isolieren und schließlich seinen Neutralitätskurs verkündet. Der andauernde Bürgerkrieg in Tadschikistan machte die Teilnahme dieses Landes an den regionalen Integrationsprozessen ebenfalls mehr als fraglich. Kirgisistan hat ohne Abstimmung mit seiner Nachbarstaaten eine eigene Währung eingeführt und folgte damit mehr den Ratschlägen der ausländischen Berater als dem regionalen Kooperationsweg.

Unter solchen Bedingungen haben die politischen Führungen in Usbekistan und Kasachstan entschieden, den Aufbau eines regionalen Wirtschaftsraums zunächst auf bilateraler Basis in die eigene Hand zu nehmen. Der am 10. Januar 1994 in Taschkent geschlossene Vertrag „Über die Gründung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums zwischen der Republik Usbekistan und der Republik Kasachstan“ war der erste konkrete Schritt in diese Richtung. Der Vertrag sah „die Schaffung der erforderlichen rechtlichen, ökonomischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften“<sup>272</sup> vor. Die weiteren Maßnahmen des

---

<sup>271</sup> Protokol Soveschaniija Glaw Prawitelstw Respublik Srednej Azii i Kazachstana (Protokoll der Sitzung der Regierungschefs der Republiken Mittelasiens und Kasachstan), in: Ispolkom Mezghossoweta Kazachstana, Kyrgizstana i Uzbekistana (Hrsg.): Sbornik dokumentow i materialow po woprosam ekonomicheskoy integratsii Respubliki Kazachstan, Kyrgizskoj Respubliki i Respubliki Uzbekistan, a.a.O., S.19

<sup>272</sup> Vgl.: „Dogowor o sozdanii jedinogo ekonomicheskogo prostranstwa mezhdu Respublikoj Uzbekistan i Respublikoj Kazachstan“, in: Ispolkom Mezghossoweta Kazachstana, Kyrgizstana i Uzbekistana (Hrsg.): Sbornik dokumentow i materialow po woprosam ekonomicheskoy integratsii Respubliki Kazachstan, Kyrgizskoj Respubliki i Respubliki Uzbekistan, a.a.O., S.32

Dokuments waren auf eine koordinierte Kredit-, Haushalts-, Steuer-, Preis-, Zoll- und Währungspolitik ausgerichtet:

- Durchführung einer abgestimmten Politik im Verkehrs- und Kommunikationswesen;
- Schaffung der Voraussetzungen für lauterer Wettbewerb, einschließlich der Mechanismen einer Antimonopolkontrolle;
- Anwendung freier, vertraglich zu vereinbarenden Preise im gegenseitigen Handel und Verbot einseitiger Maßnahmen zur Begrenzung des Zugangs von Waren und Dienstleistungen zu den Märkten dieser Staaten;
- Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung direkter Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Wirtschaftssubjekten und für den Ausbau der Produktionskooperation;
- Förderung der Gründung und Ausweitung von Joint ventures und Produktionsvereinigungen in vorrangigen Wirtschaftssektoren sowie des Netzes von Geschäfts- und Kreditinstitutionen und -organisationen;
- Gewährleistung gleicher wirtschaftlicher Bedingungen für gegenseitige Investitionen; Koordinierung der Investitionspolitik, einschließlich der Gewinnung ausländischer Investitionen und Kredite für Wirtschaftsbereiche, die von gegenseitigem Interesse sind; Schaffung eines wirksamen Mechanismus zum Schutz der Rechte und Interessen der Investoren;
- Allmähliche Senkung der Zölle und sonstiger Restriktionen; Vereinfachung der Zollabfertigung; Harmonisierung der Zoll- und Steuergesetzgebung;
- Schrittweise Angleichung der Tarife im Güter- und Personenverkehr unter Einhaltung des Prinzips der Transitfreiheit und der Mechanismen für tarifäre und nichttarifäre Beschränkungen.<sup>273</sup>

#### 4.2.1.3 Gründung der Zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft (CAEC)<sup>274</sup>

Kurz nach der Unterzeichnung des bilateralen Vertrags zwischen Usbekistan und Kasachstan hat auch Kirgisistan sein Interesse an den usbekisch-kasachischen Verhandlungen bekundet. Im April 1994 schloss sich Bischkek dem regionalen Kooperationsprozess an, was in einer neuen trilateralen „Vereinbarung zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums“ vom 30.04.1994 rechtlich verankert wurde. Während des Treffens der Staatspräsidenten und Regierungschefs am 8. Juli 1994 in Almaty wurde eine

---

<sup>273</sup> Alles nach Primbetow, Serik: Regionale Integration der zentralasiatischen Staaten: Ergebnisse, Erfahrungen, Probleme und Perspektiven, in: Heribert Dieter (Hrsg.): Regionale Integration in Zentralasien. Marburg, 1996, S.125-144

<sup>274</sup> CAEC ist die englische Abkürzung von Central Asian Economic Community



Reihe von Abkommen und Vereinbarungen unterzeichnet, die wichtigsten davon betrafen die Institutionalisierung der regionalen Kooperation. Es wurde die Bildung eines Zwischenstaatlichen Rates vereinbart, der aus den Präsidenten und Premierministern der beteiligten Staaten bestand. In der Struktur des Zwischenstaatlichen Rates wurden ebenso folgende Gremien gebildet:

- Rat der Premierminister,
- Rat der Außenminister,
- Rat der Verteidigungsminister.

Als ständig wirkendes Organ mit Koordinierungs- und Beratungsfunktionen wurde das Exekutivkomitee mit Sitz in der damaligen kasachischen Hauptstadt Almaty eingesetzt. Das Exekutivkomitee nahm unmittelbar nach dem 8. Juli 1994 seine Tätigkeit auf. Erster Vorsitzender des Zwischenstaatlichen Rates war ein Repräsentant Kasachstans, je ein Stellvertreter kommt entsprechend aus Kirgisistan und aus Usbekistan. Im Jahr 1997 löste ein kirgisischer Repräsentant den Vorsitzenden ab.

Darüber hinaus haben die drei Staatsoberhäupter die Bildung einer interparlamentarischen Arbeitsgruppe zur Harmonisierung von Gesetzeswerken, die Verstärkung von gemeinsamen Anstrengungen zum Umweltschutz und insbesondere die Einleitung zusätzlicher Maßnahmen für die Rettung des Aralsees sowie die Koordinierung der Außenpolitik der drei zentralasiatischen Länder beschlossen. Im Zentrum der regionalen Zusammenarbeit standen jedoch wirtschaftliche Fragen. Es wurde ein Programm zur Vertiefung der wirtschaftlichen Integration zwischen den drei Republiken bis zum Jahr 2000 erarbeitet, das aus etwa 50 Projekten bestand und alle wichtigen Wirtschaftszweige umfasste<sup>275</sup>. Das Programm sah konkrete Vorschläge für den Aufbau gemeinsamer Produktionen in den wichtigen volkswirtschaftlichen Bereichen vor. Außerdem wurde eine Liste der wichtigsten Integrationsprojekte erstellt, die zum Teil mit Hilfe einer „Zentralasiatischen Bank für Zusammenarbeit und Entwicklung“, die von den drei Ländern am 8. Juli 1994 mit einem Startkapital von 9 Mio. US-Dollar gegründet worden war, verwirklicht werden sollten. Diese Bank sollte außerdem für die Organisation und Gewährleistung der multilateralen zwischenstaatlichen Verrechnungen bei Handels- und sonstigen Transaktionen sorgen.

Es ist zu betonen, dass Usbekistan, Kasachstan und Kirgisistan von Anfang an ihren gemeinsamen Markt als Zusammenschluss innerhalb des Rahmens der GUS-Strukturen

---

<sup>275</sup> „Programma ekonomicheskoy integratsii mezhdur Respublikoj Kasachstan, Kyrgyzskoj Respublikoj i Respublikoj Uzbekistan do 2000 gg.“, in: Ispolkom Mezhgossoweta Kazachstana, Kyrgyzstana i Uzbekistana (Hrsg.): Sbornik dokumentow i materilow, a.a.O., S.26-33

und Prinzipien und nicht als deren Konkurrenz betrachteten. Die Erklärung von Almaty betont ausdrücklich die Offenheit des trilateralen Vertrags für den Beitritt anderer GUS-Länder<sup>276</sup>. Auch der usbekische Präsident bekräftigt mit seinen folgenden Äußerungen den offenen Charakter des regionalen Integrationsprozesses: „Die Bildung der Gemeinschaft der Staaten Zentralasiens bedeutet in keinsten Weise deren Absonderung von den anderen Staaten. Wir stellen sie auch nicht den Prozessen der Integration im Rahmen der GUS gegenüber. Die Gemeinschaft ist gerichtet auf die Konsolidierung der Anstrengungen und Handlungen der Länder der Region in der schwierigen Periode der Herausbildung der Staatlichkeit und des Übergangs zu marktwirtschaftlichen Bedingungen“<sup>277</sup>. 1996 wurde Russland ein Beobachterstatut verliehen. Nach Beendigung seiner Bürgerkriegsphase trat auch Tadschikistan im März 1998 der Gemeinschaft bei. Am 17.7.1998 wurde die Staatengruppierung offiziell „Central Asian Economic Community“ (CAES) genannt. Bisher variierten sowohl in den Äußerungen der Staatspräsidenten als auch in Medien verschiedene Bezeichnungen für den regionalen Zusammenschluss<sup>278</sup>. Der Anschluss Tadschikistans an den regionalen Integrationsprozess war ein wichtiges Ereignis für die Region, da dies den Anfang der inneren Stabilisierung des Landes bedeutete. Die Zusammenarbeit dieses Landes in den Fragen der Sicherung der Grenzen, der Wasserverteilung, der Migration und schließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus ist für Zentralasien von besonderer Bedeutung.

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Usbekistan, Kasachstan und Kirgisistan war zunächst nicht sehr ausgeprägt. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die militärischen Strukturen der Troika sich noch nicht etabliert hatten und sie alle in Verteidigungsfragen immer noch auf gemeinsame GUS-Strukturen und damit auf Russland angewiesen waren. Zudem hatten Taschkent, Astana und Bischkek den Taschkenter Vertrag unterzeichnet, der ein militärpolitisches Bündnis auf GUS-Ebene darstellte. Jedoch haben die spezifischen Entwicklungen in der Region, insbesondere die Besorgnis erregenden Konflikte in Tadschikistan und Afghanistan, dazu geführt, dass neben der Fokussierung der zentralasiatischen Zusammenarbeit auf regionalen Handel, Wirtschaftsintegration und die Einsicht in die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit in umweltpolitischen Belangen auch gemeinschaftliche Ansätze zu sicherheitspolitischer Kooperation erarbeitet werden mussten. In diesem Zusammenhang stand die militärische Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition in Tadschikistan vornehmlich im Zentrum der sicherheitspolitischen Debatten im Rahmen der Zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft. 1994 schickten die drei Länder ihre militärischen Einheiten nach

---

<sup>276</sup> ebenda S.17

<sup>277</sup> Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.375

<sup>278</sup> Vgl.: List, Dörthe: Regionale Kooperation in Zentralasien – Hindernisse und Möglichkeiten, a.a.O., S.159

Tadschikistan, um die südliche Grenze der Region gemeinsam mit russischen Soldaten zu sichern. Im Dezember 1995 wurde zur Erörterung der Möglichkeiten militärischer Zusammenarbeit ein gemeinsames Gremium der Verteidigungsminister geschaffen. Daraufhin wurde 1996 „Centrasbat“ kreiert, ein gemeinsames, 500 Mann starkes Bataillon in Südkasachstan. Seitdem wurden jährliche Militärübungen im Rahmen des „Partnership for Peace“-Programms der NATO durchgeführt, um die militärische Zusammenarbeit in der Region zu stärken und das zentralasiatische Militär hinsichtlich der Teilnahme an multinationalen friedenserhaltenden und humanitären Einsätzen vorzubereiten.

#### **4.2.1.4 Umbildung der CAES zur CACO<sup>279</sup> und die Zwischenbilanz der regionalen Integration in Zentralasien**

Der Trend der zunehmenden Relevanz sicherheitspolitischer und militärischer Fragen wurde durch die Ereignisse des 11.9.2001 und seine Folgen für die Region deutlich verstärkt. Nach Ansicht des usbekischen Präsidenten muss die Umstrukturierung der CAEC zur Central Asian Cooperation Organization (CACO) aus dieser Perspektive gesehen werden. Die Entscheidung über die Gründung der CACO fiel während eines Treffens der Staatspräsidenten am 28. Dezember 2001 in Taschkent. In Punkt 10 der gemeinsamen Erklärung der Staatschefs wird die Reorganisation der Zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Organisation Zentralasiatische Zusammenarbeit wie folgt begründet: „Mit dem Ziel der weiteren Fortsetzung des politischen Dialogs, der Vervollkommnung von Formen und Mechanismen der regionalen wirtschaftlichen Integration, der Vertiefung der gegenseitigen Verständigung in Fragen der Formierung eines einheitlichen Sicherheitsraums, der Ausarbeitung gemeinsamer Maßnahmen für die Unterstützung von Frieden und Stabilität in der Region, der Aktivierung der Zusammenarbeit im politischen, handels- und wirtschaftlichen, wissenschafts-technischen, kulturellen und menschlichen Bereich haben die Staatschefs entschieden, die Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft in die Organisation Zentralasiatische Zusammenarbeit umzuwandeln.“<sup>280</sup> Der Gründungsvertrag der CACO wurde zwei Monate später in Almaty von den Präsidenten Kasachstans, Kirgisistans, Tadschikistans und Usbekistans unterzeichnet. In dem Vertrag über die Gründung der CACO wurden unter anderen folgende vorrangige Richtungen der regionalen Zusammenarbeit festgelegt:

---

<sup>279</sup> Der offizielle Name dieser Organisation heißt auf russisch „Organizatsija Tsentralno-aziatskoe sotrudnicestvo“, was auf Englisch mit Central Asian Cooperation Organization übersetzt werden kann.

<sup>280</sup> Vgl.: Taskentskoje zajawlenije prezidentow Respubliki Kazachstan, Kirgizskoj Respubliki, Respubliki Tadzikistan i Uzbekistan, 28.12.2001 (Erklärung von Taschkent der Staatspräsidenten von Kasachstan, der Kirgisischen Republik, der Republiken Tadschikistan und Usbekistan. 28.12.2001), in: Prawda Wostoka, 29.11.2001

- Gegenseitige Unterstützung bei Herausforderungen, die die nationale Unabhängigkeit und Souveränität sowie die territoriale Unversehrtheit der Mitgliedstaaten betreffen;
- Kampf gegen das regionale und transnationale Verbrechen, insbesondere gegen illegalen Drogenhandel, organisiertes Verbrechen, illegale Migration und Terrorismus;
- Durchführung von koordinierten Maßnahmen zu einer stufenweisen Verwirklichung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums;
- Durchführung einer abgestimmten Politik im Bereich Wassernutzung, wasserenergetische Ressourcen und Wassernutzungsinfrastruktur;
- Zusammenarbeit im Bereich des Ausbaus einer gemeinsamen Transport- und Kommunikationsinfrastruktur und des energetischen Systems;
- Verstärkung der Produktionskooperation und die Entwicklung direkter Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Wirtschaftssubjekten.<sup>281</sup>

Laut dem Vertrag besteht die organisatorische Struktur der CACO aus dem Rat der Staatsoberhäupter und Premierminister, dem Rat der Außenminister als Arbeitsorgan sowie dem Komitee nationaler Koordinatoren, welche den Staatsoberhäuptern direkt untergeordnet sind und weit reichende Ausführungs-, Kontroll- und Steuerungsaufgaben innehaben. Zugleich wurden die ständigen Strukturen der Zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft wie das Exekutivkomitee der CAES aufgelöst, ebenso wie die Zentralasiatische Bank für Entwicklung und Zusammenarbeit. Aus dieser Perspektive stellt die neu gegründete CACO eher einer labile Organisation dar und muss als Schwächung der institutionellen Strukturen der regionalen Kooperation betrachtet werden.

Den ersten Vorsitz der neu gegründeten Organisation übernahm Usbekistan. Da auch die Initiative zur Transformierung der früheren subregionalen Kooperation vom usbekischen Präsidenten ausgegangen war, bemühte sich Taschkent in der Anfangsphase sehr stark um die Aktivierung der neuen multilateralen Kooperationsstruktur. So hat das usbekische Außenministerium in Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Organen einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Realisierung der offiziellen Vereinbarungen ausgearbeitet. In diesem Rahmen wurde am 27.-28. November 2002 in Taschkent das erste Business Forum „Central-Asian Cooperation – deepening process of economic integration“ durchgeführt mit der Teilnahme von Geschäftsleuten und Regierungsmitgliedern aus den vier Mitgliedstaaten sowie Repräsentanten internationaler Finanzorganisationen. Zudem fand am 18. November 2002 in Taschkent das erste Treffen der Parlamentarier der vier Republiken statt, bei dem die Möglichkeiten einer interparlamentarischen Zusammenarbeit

---

<sup>281</sup> Vgl.: Dogovor ob uchrezhdenii organizatsii „Tsentral’no-Aziatskoje Sotrudnicestwo“ (Vertrag über die Gründung der Organisation für Zentralasiatischen Zusammenarbeit)

der zentralasiatischen Länder diskutiert und eine Vereinbarung über die Gründung des Parlamentarischen Rats der CACO getroffen wurde. Im sicherheitspolitischen Bereich war die Entscheidung über die Koordination der Arbeit bezüglich nationaler Sicherheitsstrukturen, die beim Treffen der Chefs der Geheimdienste getroffen wurde, das wichtigste Ergebnis der diesbezüglichen Tätigkeit der CACO unter usbekischem Vorsitz. Trotz Intensivierung der multilateralen Gespräche verlief die faktische Zusammenarbeit im Rahmen der CACO nicht wesentlich besser als bei ihrer Vorgängerin, eine Tatsache, die auch die usbekische Führung eingestehen musste. Auch die Idee der Gründung eines gemeinsamen Markts in Zentralasien, die vom usbekischen Präsidenten während des Almaty-Gipfels am 28. Mai 2004 eingebracht worden war, blieb bisher reine Absichtserklärung. Ebenso fraglich bleibt die Implementierung der weiteren Entscheidungen der Staatsoberhäupter über die Bildung von drei transnationalen Konsortien, eines für Wasser und Energie, eines für Transport und Kommunikation und eines für den Bereich Lebensmittel.

Eine ganz neue Entwicklung in der bisherigen Geschichte der multilateralen Kooperation in Zentralasien stellt aber die aktive Mitmischung Moskaus in der CACO dar. Während des letzten Gipfeltreffens in Duschanbe am 17. Oktober 2004 wurde die Russische Föderation als Vollmitglied in die Organisation angenommen. Dabei zeigte sich Usbekistan besonders aktiv, da dessen Präsident zu den überzeugenden Mitinitiatoren des russischen Beitritts zur CACO gehörte. Er definierte Russlands Stellung in der Organisation und sagte, es sei mehr „als ein Geberland, das zur Realisierung vieler Projekte beitragen könnte, sondern auch ein Vermittler, der Konfliktsituationen verhindern wird.“<sup>282</sup> Ob die Mitgliedschaft Russlands zur Bildung des vom usbekischen Präsidenten vorgeschlagenen gemeinsamen Markts beitragen kann, ist angesichts der schleppenden Entwicklung des von Russland selbst initiierten Integrationsprozesses im Rahmen der GUS mehr als fraglich. Vielmehr ist ein anderes Szenario vorstellbar, in dem sich die CACO-Länder anstatt auf wirtschaftliche Themen auf Fragen der Sicherheit, vor allem in Bezug auf Terrorismusbekämpfung, konzentrieren werden. Das letzte Gipfeltreffen in Duschanbe unter Beteiligung des russischen Präsidenten, bei dem die Tagesordnung deutlich von der Sicherheitspolitik bestimmt wurde, ist ein Beweis dafür. Damit wandelt sich die CACO zunehmend zu einer „SCO im kleinen Format ohne China“; ein positiver Faktor für Russland, denn es muss dabei die Führungsrolle mit niemandem teilen. Auf der anderen Seite hat durch die Mitgliedschaft Russlands die einzige von Moskau unabhängige regionale Kooperationsstruktur aufgehört zu existieren. Im Hinblick auf die Machtwechsel in Georgien, in der Ukraine und den zunehmenden Druck auf den weißrussischen Präsidenten durch den Westen bedeutet die steigende Zuwendung der zentralasiatischen Länder hin zu

---

<sup>282</sup> Vgl. Wremja nowostej, Nr.191, 19.10.2004

Moskau den einzigen Erfolg der russischen Außenpolitik im GUS-Raum in den letzten Jahren.

Die „Überregionalisierung“ der multilateralen Kooperationsstruktur in Zentralasien durch Moskaus Aufnahme in die CACO ist Grund genug, um für den bisherigen Integrationsprozess in der Region eine Zwischenbilanz zu ziehen. Seit der Unterzeichnung des ersten Abkommens zur Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums zwischen Usbekistan und Kasachstan sind mehr als zehn Jahre vergangen. Im Rahmen der bisher gebildeten Kooperationsstrukturen wurden über 250 zwischenstaatliche Verträge und Vereinbarungen abgeschlossen. Ihre Verwirklichung lässt jedoch, wie das auch in anderen postsowjetischen Integrationsprozessen beobachtet werden kann, viel zu wünschen übrig. In dieser Hinsicht muss festgestellt werden, dass das Ergebnis der bisherigen institutionalisierten multilateralen Zusammenarbeit in Zentralasien eher unbefriedigend ist. Eine Tatsache, die auch von den politischen Führern der zentralasiatischen Länder sehr häufig betont wird. Nach meiner Ansicht sind es folgende Faktoren, die die Entwicklung der regionalen Kooperation am meisten erschwert haben:

- In den ersten Vereinbarungen wurde der Schaffung von Voraussetzungen für den Ausbau der Produktionskooperation besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurde ein Plan ausgearbeitet, der die konkrete Kooperation zwischen verschiedenen Unternehmen festlegte. Die Hauptursache für die Betonung gemeinsamer Projekte lag dabei im Selbstverständnis über die Rolle des Staates, das noch aus Zeiten der sowjetischen Planwirtschaft zu stammen scheint. Im Zuge der wirtschaftlichen Reformen haben aber die Einflussmöglichkeiten des Staates bei Wirtschaftssubjekten stark abgenommen und der größte Teil der Betriebe wurden privatisiert. Durch die neuen Besitzer wurden auch Prioritäten geändert und damit die geplanten gemeinsamen Produktionsmaßnahmen auf Eis gelegt;
- Die geplante gemeinsame Produktionskooperation zwischen zentralasiatischen Unternehmen erforderte zumindest auch gemeinsame Investitionen in die entsprechenden Bereiche. Bei allen zentralasiatischen Ländern fehlten dazu aber angemessene Finanzmittel und ökonomische Ressourcen. Die mögliche Förderung durch internationale Finanzorganisationen wurde wie so oft durch offene oder versteckte Konkurrenz zwischen den Staaten behindert;
- Einen wichtigen Bereich der Kooperation stellte die Durchführung von gemeinsamen Maßnahmen zur finanziellen Stabilisierung der Länder dar. Das trilaterale Abkommen zwischen Usbekistan, Kasachstan und Kirgisistan vom 24.04.1994 sah die schrittweise Einführung einer monetären Union unter den Mitgliedstaaten vor. Diese sollte mit den Prinzipien der gegenseitigen Anerkennung der nationalen Währungen und ihrer offiziellen Notierungen, der Einführung der

Leistungsbilanzkonvertibilität der nationalen Währungen, der Realisierung des Zahlungsverkehrs in nationalen Währungen über zwischenstaatlichen Banken, die Zentralbanken und bevollmächtigte Geschäftsbanken verwirklicht werden. Nicht nur die direkten Handelsbeziehungen zwischen den Ländern, sondern auch die Tätigkeit der Zentralasiatischen Bank für Entwicklung und Zusammenarbeit und anderer Banken wurden wegen der Unkonvertibilität der nationalen Währungen erschwert;

- Die Überlappung der subregionalen Kooperationsstrukturen in Zentralasien mit der größeren Zoll- und Währungsunion im GUS-Raum stellte eine besondere Herausforderung dar. Die drei zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan sind gleichzeitig zur Euroasiatischen Wirtschaftsunion umgewandelten Zoll- und Währungsunion der GUS. Darüber hinaus initiierte Kasachstan 2002 einen neuen so genannten „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ zwischen Russland, Weißrussland und der Ukraine, der die wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder der GUS vereinen sollte. Usbekistan lehnte dagegen jegliche Teilnahme an den Integrationsprozessen in der GUS ab und sorgte in dieser Frage für tief greifende Spannungen mit Astana;
- Die Konkurrenz außenpolitischer Initiativen und die verdeckten Rivalitäten zwischen den politischen Führungen der Länder stellten ebenfalls ein erhebliches Hindernis für das Vorantreiben der regionalen Integration dar. Die zentralasiatischen Staaten versuchen außenpolitisch auf der internationalen Bühne an Bedeutung zu gewinnen und sich jeweils als strategisch bedeutendster Staat der Region zu zeigen. Mit anderen Worten geht es hier auch um die Übernahme der regionalen Führungsrolle. Dabei sind die heftigsten Konflikte um außenpolitischen Einfluss zwischen Usbekistan und Kasachstan zu verzeichnen. Während Astana mit dem Projekt einer „Euro-Asiatischen Union“ und einer in Analogie zur OSZE entworfenen „Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen in Asien“ an die internationale Öffentlichkeit trat, profilierte sich Taschkent vor allem mit dem Projekt einer atomwaffenfreien zentralasiatischen Zone und anderen Initiativen;
- Die Vertiefung des Konfliktpotenzials in den bilateralen Beziehungen durch Entstehung einer Reihe von Grenzproblematiken, Wasserverteilungsstreitigkeiten und Transportschwierigkeiten ist wahrscheinlich einer der Hauptgründe für das Nichtzustandekommen effektiver multilateraler Kooperationsstrukturen in Zentralasien. Sie hat die zwischenstaatlichen Verhältnisse dermaßen belastet, dass die Atmosphäre der multilateralen Zusammenarbeit seit Ende der 1990er Jahre erheblich vergiftet war. Die einseitigen Maßnahmen zur Grenzsicherung, wie die Einführung der Visumpflicht für die Bürger der Nachbarstaaten und die Verminung der Grenzabschnitte, sind nur einige Erscheinungsformen dieses Konfliktpotenzials.

Auch die usbekische Position in Bezug auf die regionale Integration erweckt bei umfassender Analyse einen sehr ambivalenten Eindruck. Auf der einen Seite wird offiziell betont, dass die regionale Integration in Zentralasien die wichtigste Aufgabe der usbekischen Außenpolitik sei. Auf der anderen Seite ist die Realisierung vieler gemeinsamer Projekte an der Haltung Taschkents gescheitert. Das betrifft in erster Linie die usbekische Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wie Laumulin behauptet: „Das Paradoxe an den usbekischen Erwartungen an die regionale Integration besteht darin, dass einerseits sämtliche volkswirtschaftliche Ressourcen in den Händen des Staates konzentriert werden sollen, mit der Absicht, ihre umfassende Nutzung durch ein System der zentral gelenkten Finanzierung und Kreditierung zu sichern. Andererseits möchte man gleichberechtigter Partner in einer auf marktwirtschaftlichen Prinzipien aufbauenden Wirtschaftsunion sein.“<sup>283</sup> In dieser Hinsicht stellte die Unkonvertibilität der usbekischen Währung eine große Barriere auf dem Weg der Entwicklung der direkten Handelskontakte dar. Darüber hinaus erschwerte sie die Arbeit der Zentralasiatischen Bank für Entwicklung und Zusammenarbeit und anderer Finanzinstitutionen. Auch die verstärkten sicherheitspolitischen Maßnahmen, die Taschkent seit Ende der 1990er Jahre durchführt, werden von vielen Beobachtern als einseitig und eher als großes Hindernis auf dem Weg zur regionalen Integration bewertet.<sup>284</sup>

#### 4.2.2 Regionale Sicherheit

Die usbekische Position in Bezug auf die regionale Sicherheit besteht in der Annahme, dass die Staaten Zentralasiens von ähnlichen oder gleichartigen Sicherheitsrisiken bedroht sind. Solche Bedrohungen sieht Taschkent im Krieg in Afghanistan, in der instabilen Lage in Tadschikistan, im internationalen Terrorismus und religiösen Extremismus, im Drogenhandel, in der Migration, den ökologischen Katastrophen der Region – in erster Linie das Austrocknen des Aralsees – und den vorhandenen Unstimmigkeiten in den zwischenstaatlichen Beziehungen der Länder. Wobei die Gefahr des internationalen Terrorismus, dem Taschkent offensichtlich den politischen Islam und seine militanten Formen zurechnet, aus usbekischer Perspektive die Hauptgefahr für die Stabilität in Zentralasien darstellt.

Die terroristischen Aktivitäten der bewaffneten Islamisten 1999 und 2000 an der Schnittstelle der drei zentralasiatischen Länder im Ferghanatal hat diesen

---

<sup>283</sup> Vgl.: Laumulin, Murad T.: Die EU als Modell für die Zentralasiatische Integration? Discussion Paper des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Bonn, C 29, 1999, S.36

<sup>284</sup> Vgl.: List, Dörthe: Regionale Kooperation in Zentralasien – Hindernisse und Möglichkeiten, a.a.O., S.249-255



Bedrohungsfaktor aktualisiert und das Suchen nach einer regionalen Lösung notwendig gemacht. Denn die Ereignisse im Ferghanatal haben den grenzüberschreitenden Charakter des Problems bestätigt, als der eine Staat von islamischen Freischärlern als Vorbereitungslager (Tadschikistan), der andere als Transitland (Kirgisistan) und der dritte als Angriffsziel (Usbekistan) benutzt wurde. Eine weitere Herausforderung bestand darin, dass das Ziel der terroristischen und extremistischen religiösen Gruppierungen die Gründung eines islamischen Khalifats auf dem Territorium der zentralasiatischen Länder ist, was eine enorme Gefahr für die Souveränität dieser Länder darstellt. Diese Entwicklungen führten zu einem Konsens in sicherheitspolitisch relevanten Fragen unter den zentralasiatischen Staaten. Im April 2000 fand in Taschkent das Treffen der Staatspräsidenten Kasachstans, Kirgisistans, Tadschikistans und Usbekistans statt, bei dem die sicherheitspolitische Lage der Region ausführlich diskutiert wurde. Sie unterzeichneten in Taschkent einen „Vertrag über gemeinsame Schritte im Kampf gegen Terrorismus, politischen und religiösen Extremismus, international organisiertes Verbrechen und andere Bedrohungen der Stabilität und Sicherheit der Staaten“. Der Vertrag sah die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus vor und beinhaltete folgende Punkte:

- Annäherung der Normen der nationalen Gesetzgebung mit dem Ziel der Terrorismusbekämpfung und des Kampfs gegen jeglichen Erscheinungen des Extremismus sowie gegen transnational organisierte Verbrechen;
- Ausarbeitung und Realisierung von praktischen Maßnahmen, die auf die Unterbindung jeglichen Versuchs zur Ausnutzung des Territoriums der zentralasiatischen Länder ausgerichtet sind;
- Austausch von Informationsmaterialien über vorbereitete oder bereits erfolgte Verbrechen und daran beteiligten Personen und Organisationen sowie über die Formen und Methoden der terroristischen Tätigkeiten;
- Im Bedarfsfall Realisierung von gemeinsamen Sonderaktionen der entsprechenden Sicherheitsorgane der Länder der Region.<sup>285</sup>

Mit dem Sturz der Taliban-Regierung in Afghanistan und der Zerschlagung der Vorbereitungslager internationaler terroristischer Gruppierungen wurde die Gefahr für die regionale Sicherheit in Zentralasien deutlich verringert. Aus usbekischer Perspektive haben aber die Antiterroroperationen der westlichen Länder in Afghanistan die aus diesem Land ausgehenden Gefahren und die Gefahr des religiösen Extremismus lediglich minimiert, jedoch nicht endgültig gelöst. Die Bedrohung der regionalen Stabilität durch den internationalen Terrorismus bleibt für Taschkent immer noch in immenser Form bestehen.

---

<sup>285</sup> Alimov, Ravshan u.a. (Hrsg.): Tsentral'naja Azija: geoeconomika, geopolitika, bezopasnost', a.a.O., S.170

Als es im Frühling und Sommer 2004 in Taschkent und in der Region Buchara zu mehreren Anschlägen kam und dabei ein Dutzend Menschen getötet wurde, sah die usbekische Führung ihre Befürchtungen bestätigt und hat den internationalen Terrorismus dafür verantwortlich gemacht. Dabei waren neben dem Gebäude der usbekischen Generalstaatsanwaltschaft erstmals auch ausländische Einrichtungen wie die Botschaften von Israel und den USA Ziel der Attentäter. In diesem Zusammenhang hat Usbekistan seine Nachbarn zu entschlossenen Aktionen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus aufgerufen und eine verstärkte Zusammenarbeit auf regionaler Ebene gefordert. Jedoch waren seine Nachbarn der Meinung, dass die diesmalige Eskalation von Gewalt vielmehr auf die innenpolitische Situation in Usbekistan zurückzuführen sei. Taschkent reagierte auf diese Andeutungen sehr empört und beschuldigte seine Nachbarn des leichtfertigen Umgangs mit terroristischen Strukturen. Nach usbekischer Auffassung existiert kein Transitland für extremistische Gruppierungen und jeder Staat der Region kann davon betroffen sein. Zudem besteht das Problem darin, dass die Positionen der Länder in Bezug auf die Definition des Begriffs Terrorismus unterschiedlich sind. Die usbekische Auffassung von Terrorismus und religiösem Extremismus, die offensichtlich jede Form von politischem Islam und unabhängiger religiöser Tätigkeit beinhaltet, wird in anderen zentralasiatischen Ländern inzwischen stark bezweifelt.

Eine weitere Frage in Bezug auf die regionale Sicherheit in Zentralasien bezieht sich auf die Schaffung einer verlässlichen Struktur der regionalen Sicherheitsarchitektur. Bisher sind in Zentralasien keine effektiven Mechanismen eines kollektiven Sicherheitssystems entstanden. In hochrangigen Aussagen Usbekistans wird diese Feststellung als ein geopolitisches Hauptmerkmal der Region hervorgehoben. Dabei stützten sich die zentralasiatischen Länder in der frühen Phase der staatlichen Unabhängigkeit auf GUS-Strukturen, in erster Linie auf den Vertrag über kollektive Sicherheit, der am 15. Mai 1992 in der usbekischen Hauptstadt neben Russland und Armenien von vier zentralasiatischen Staaten mit Ausnahme Turkmenistans unterzeichnet wurde.<sup>286</sup> Gemäß dem Vertrag sollten alle an ihm beteiligten Staaten ihre Politik im Bereich Sicherheit in Übereinstimmung bringen. Darüber hinaus wurde im Artikel 4 des Vertrags festgelegt, dass ein Angriff auf ein im Vertrag beteiligtes Land als Angriff auf alle Vertragsmitglieder bewertet werden soll.<sup>287</sup> Seit Ende der 1990er Jahre wird aber der GUS-Sicherheitsvertrag in Taschkent nicht mehr als eine verlässliche Grundlage für die kollektive Sicherheit in Zentralasien wahrgenommen. Nach usbekischer Ansicht hat sich der sicherheitspolitische Vertrag der GUS während des Bürgerkriegs in Tadschikistan und während der terroristischen Aktionen von islamischen Freischärlern 1999 und 2000 nicht als verlässliche Sicherheitsstruktur

---

<sup>286</sup> 1993 traten auch Belarus, Georgien und Aserbaidschan dem Vertrag bei.

<sup>287</sup> Vgl. Alimov, Ravshan u.a. (Hrsg.): *Tsentrāl'naja Azija: geoeconomika, geopolitika, bezopasnost'*, a.a.O., S.179

erwiesen. Usbekistan hat im Frühling 1999 seine Mitgliedschaft in dem Vertrag über kollektive Sicherheit der GUS nicht mehr verlängert. Aus dieser Perspektive erscheint die Gründung der Shanghai Cooperation Organization (SCO), der neben Russland und China vier zentralasiatische Staaten, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan, angehören, als eine wichtige Entwicklung der letzten Jahre. Nach anfänglichem Zögern hat Taschkent ein aktives Interesse an der Arbeit dieser Organisation gezeigt, das auch mit der Verlegung des „regionalen Antiterrorzentrums der SCO“ von Bischkek nach Taschkent bestätigt werden kann. Außerdem verfügt die SCO über ein Sekretariat mit ständigem Sitz in Beijing, das neben der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit auch die ökonomische Kooperation zwischen sechs Ländern koordiniert. Dabei muss auch betont werden, dass bei aller Wichtigkeit der hier erwähnten Organisationen die Sicherheitsarchitektur in Zentralasien nach meiner Ansicht in erster Linie (sub)regional sein sollte. Denn nur die Staaten der Region können ihre sicherheitspolitischen Herausforderungen objektiv bewerten und verhindern, dass sie zu einem Instrument im Interessenspiel der Außenmächte umgewandelt werden. In dieser Hinsicht sollte die CACO, der eigentlich eine Erweiterung der regionalen Zusammenarbeit auch im sicherheitspolitischen Bereich zgedacht war, die Vorreiterrolle übernehmen. Jedoch hat es im Rahmen dieser Organisation bisher wenig erfolgreiche Entwicklungen gegeben. Aus diesen Gründen bleibt für Usbekistan die Schaffung einer verlässlichen Sicherheitsarchitektur in Zentralasien immer noch eine der vorrangigen Aufgaben seiner Außenpolitik.

#### 4.2.3 Grenzstreitigkeiten

Seit Ende der 1990er Jahre ist die Grenzproblematik zu einem der wichtigsten Faktoren der zwischenstaatlichen Beziehungen in Zentralasien geworden. Denn die Staatsgrenzen sind neben Staatsvolk und Staatsgewalt ein konstituierendes Merkmal eines souveränen Staates und daher für die jungen zentralasiatischen Staaten von hoher ideeller und legitimatorischer Bedeutung. Wie Beate Eschment bemerkt, geht es bei der Grenzfrage in Zentralasien darüber hinaus auch um lebenswichtige Themen wie Weide- und Wasserrechte, landwirtschaftliche Nutzflächen, die Verfügung über Menschen, Bodenschätze und Industrieanlagen.<sup>288</sup> Die rechtliche Grundlage für die heutigen nationalen Grenzen in Zentralasien bildet der Erlass der Regierung der Turkestanischen ASSR „Über die Nationale Abgrenzung“, der im Mai 1924 verabschiedet wurde. Gemäß diesem Dokument wurde Grundlage der Grenzziehung das ethnische Prinzip – eine neue Erscheinung in der Region, denn die bisherigen Staatsgebilde in Zentralasien waren keine Nationalstaaten, sondern umfassten polyethnische Bevölkerungen unter der Herrschaft

---

<sup>288</sup> Vgl.: Eschment, Beate: Grenze, in: Gumpfenberg von, Marie-Carin/ Steinbach, Udo: Zentralasien. Ein Lexikon. München, 2004, S.101

verschiedener Dynastien. Die zunächst in zwei Unionsrepubliken (Usbekistan, Turkmenistan), zwei Autonomierepubliken (Kasachstan, Tadschikistan) und zwei Autonomiegebiete (Kirgisistan, Karakalpakistan) aufgeteilte Region wurde bis 1936 mehrmals administrativ modifiziert. Während dieses Prozesses wurde nicht nur der Status der Republiken geändert, sondern auch deren Territorien korrigiert, um sie wirtschaftlich lebensfähig zu machen. Nachfolgende Gebietsänderungen hatten lokalen Charakter und stellten einen Gebietsaustausch zwischen kleinen Wirtschaftssubjekten wie Sowchosen und Kolchosen dar. Auf sowjetischer Ebene hat die Politik der Grenzkorrektur bis Ende der Chruschtschow-Zeit eine lange Tradition.<sup>289</sup> Um mögliche politische Auseinandersetzungen zu vermeiden, verzichtete die sowjetische Regierung später auf diese Praxis. Bei Bedarf können die anliegenden Gebiete der Nachbarrepublik jetzt nur für eine längere Periode verpachtet werden.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden aus den administrativen Grenzen zwischen den ehemaligen Unionsrepubliken Staatsgrenzen. Mit ihrer Unterschrift in der Deklaration von Almaty über die Gründung der GUS bestätigten die zentralasiatischen Republikführer im Dezember 1991 die Anerkennung der bestehenden Grenzen. Auf regionaler Ebene wurde die Unaufhebbarkeit der zwischenstaatlichen Grenzen erneut mit einer Erklärung der Republikführer von 12.3.1992 in Bischkek bekräftigt. Auch die meisten zwischenstaatlichen Verträge weisen auf die Unaufhebbarkeit bisheriger Grenzen hin. Usbekistan hat in dieser Frage eine ganz klare Position eingenommen und sich entschieden gegen jeglichen Versuch von Grenzrevisionen gestellt. Der usbekische Präsident Karimow betonte in einem Interview Mitte Mai 1992 die dringende Notwendigkeit, die bestehenden Grenzen zu respektieren<sup>290</sup>, denn jeder revisionistische Ansatz in dieser Frage könnte zu erheblichen Folgen führen, die in einem interethnischen Konflikt enden würden.<sup>291</sup> Auch die anderen zentralasiatischen Staaten sind der usbekischen Position entgegengekommen. Von nationalistischen Kräften erhobene Ansprüche auf Grenz- und Gebietsrevisionen wurde bisher von den Regierungen der zentralasiatischen Republiken nicht akzeptiert. Dies spielte eine positive Rolle bei der Herausbildung zwischenstaatlicher Beziehungen.

Trotz dieser positiven Entwicklung können Grenzfragen nur dann eine endgültige Lösung finden, wenn der Grenzverlauf in allen seinen Abschnitten mit einem völkerrechtlichen Vertrag geregelt ist. Dieser sensiblen Frage, die angesichts der sowjetischen Grenzziehungspolitik sicherlich zu dem einen oder anderen Konflikt um einen Grenzstück

---

<sup>289</sup> Das bekannteste Beispiel für die willkürlichen Grenzkorrekturen dieser Zeit ist die Übergabe der Halbinsel Krim an die Ukraine, die Anfang der 1990er Jahre zu scharfen Diskussionen zwischen Moskau und Kiew geführt hatte.

<sup>290</sup> Vgl.: NG, 15.5.1992

<sup>291</sup> Vgl.: Halbach, Uwe: Ethno-territoriale Konflikte in der GUS. Bericht des BIOST, Nr.31, 1992

führen konnte, schenken die zentralasiatischen Staaten bis 1999 wenig Aufmerksamkeit. Erst die Angriffe der bewaffneten islamistischen Gruppierungen im Sommer 1999 und wiederholt 2000 hat die Beschleunigung der vertraglichen Regelung der Staatsgrenzen notwendig gemacht. Sie haben deutlich gezeigt, wie unsicher und leicht passierbar die Grenzen sind. Die Terroristen durchquerten von Tadschikistan aus Kirgisistan, um in Usbekistan tätig zu werden. Angesichts dieser Tatsache sah sich die usbekische Regierung herausgefordert, der Sicherung der staatlichen Grenzen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die bisherige Grenzüberwachung hatte eher wirtschaftlichen Charakter, indem sich die Grenzkontrolle hauptsächlich auf die Überwachung der Haupttransportroute konzentrierte, um den illegalen Transport von Waren und Drogen zu verhindern.

Die Gesamtlänge der Staatsgrenze Usbekistans beträgt ca. 6169 km, davon mit Kasachstan 2150 km, mit Kirgisistan 1100 km, mit Tadschikistan 1161 km, mit Turkmenistan 1621 km.<sup>292</sup> Die Länge der usbekisch-afghanischen Grenze beträgt etwa 137 km. Bei der Grenzsicherungspolitik war das Hauptaugenmerk der usbekischen Regierung auf Kirgisistan und Tadschikistan gerichtet, weil die Ereignisse von 1999 und 2000 bestätigt haben, dass diese beiden Länder die Schwächsten im Gefüge der regionalen Sicherheit sind. Entsprechend sollte diese Richtung der Staatsgrenze zuerst gesichert werden. Dies hat zu Spannungen in den usbekisch-kirgisischen und usbekisch-tadschikischen Beziehungen geführt. Eine besondere Konfliktzone in diesem Fall bildet das Ferghanatal, das die drei Republiken teilen. Die Festlegung der Grenze war in dieser dicht besiedelten Subregion Zentralasiens schon 1924 von vielen Auseinandersetzungen begleitet. Da eine gemeinsame regionale Sicherheitsarchitektur, die eventuell die Frage der Grenzüberwachung einbeziehen konnte, nicht in Sicht war, versuchte jede nationale Republik, ihre Grenzen zu schützen. So entstand die Notwendigkeit der Abklärung aller Grenzabschnitte, um einen Konfliktfall im Prozess der Grenzüberwachung zu verhindern. Es begann ein Prozess der Demarkierung. Usbekistan ist sowohl Betroffener als auch Verursacher dieses Problems. Auf der anderen Seite hat Usbekistan seine Grenze vermint. Die Abklärung der staatlichen Grenzen ist ein wichtiger Faktor bei der Herstellung glaubwürdiger Beziehungen.<sup>293</sup> Zugleich muss betont werden, dass die Markierung der Grenzen eine sehr kostspielige Angelegenheit ist. Die technische Ausrüstung für die Sicherung eines Kilometers der staatlichen Grenze kostet nach russischen Angaben 1 Mio. US Dollar.

---

<sup>292</sup> Da die Grenzverhandlungen zwischen diesen Ländern noch andauern, müssen diese Zahlen mit Vorsicht betrachtet werden.

<sup>293</sup> Die gegenwärtige Situation an den Grenzen zwischen Usbekistan und seinen Nachbarn sowie der Zustand der Grenzverhandlungen werden im Unterkapitel 4.4 dieser Arbeit dargestellt.

#### 4.2.4 Ethno-politische Situation in Zentralasien

Das Thema der ethno-politischen Situation ist in vieler Hinsicht die Fortsetzung der Grenzproblematik, weil die Grenzregionen der zentralasiatischen Länder ein Paradebeispiel für die ethnische Mischung und Vielfalt in Zentralasien darstellen. Jedoch hat diese Problematik spezifische Merkmale sowohl in Bezug auf ihre Entstehungsgeschichte und ihren Inhalt als auch auf ihre Lösungsmöglichkeiten. Es muss betont werden, dass unabhängig vom Anteil der Titularnation in der Gesamtbevölkerung alle Länder in der Region mehr oder weniger Vielvölkerstaaten sind. Die Entstehung dieser komplizierten ethno-politischen Situation ist vor allem auf die historische Entwicklung der Region zurückzuführen, in der sie Schauplatz der Wanderungen verschiedener Nomadenvölker war<sup>294</sup>. Mit der Teilung Zentralasiens 1924 in nationale Republiken, welche die Bevölkerung in sprachlich-kulturelle möglichst homogene Siedlungsgebiete zusammenfassen sollte, entstanden zum ersten Mal in der Geschichte der Region nach Ethnizität definierte feste Gebietseinheiten. Jedoch konnte diese zum Teil willkürliche sowjetische nationale Grenzpolitik das Problem der Multiethnizität nicht ganz lösen. Die jungen mittelasiatischen Sowjetrepubliken waren schon zum Zeitpunkt ihrer Gründung multinational. Vielmehr hat sie die ethno-politische Lage der Region erschwert, weil viele Völker jetzt auf dem Territorium der Nachbarrepubliken zu Minderheiten geworden waren. In der folgenden Periode wurde die ethnische Situation durch den Zuzug von Arbeitsmigranten aus dem europäischen Teil der Sowjetunion, die für den industriellen Aufbau Zentralasiens, zur Neulandgewinnung oder zur Arbeit in geheimen Militäranlagen angeworben waren und durch die Zwangsumsiedlung und Deportationen in den 1930er und 1940er Jahren weiter verschärft.<sup>295</sup> So hatte jede zentralasiatische Republik zum Zeitpunkt ihrer Unabhängigkeitserklärung mehr als 100 Nationalitäten und musste mit diesem schweren „Sowjeterbe“ alleine umgehen.

Wenn wir die heutige ethno-politische Situation in Zentralasien als klassische Minderheitenproblematik definieren, dann ist sie zweidimensional unterteilbar in einen innen- und einen außenpolitischen Faktor. Innenpolitisch stellen die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Titularnation und den ethnischen Minderheiten, welche in diesen multikulturellen und vielsprachigen Ländern leben, die bestimmenden Bedingungen für die Stabilität und Sicherheit dar. Von daher besteht die Aufgabe jedes dieser Staaten darin, eine umfassende Integration dieser Ethnien in das politische und wirtschaftliche

---

<sup>294</sup> Siehe dazu Schwarz, Florian: Migration in vor-sowjetischer Zeit, in: Gumpfenberg, Marie-Carin von, Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon, a.a.O., S.186-191

<sup>295</sup> 1936 wurden etwa 200.000 Koreaner aus Fernost nach Zentralasien umgesiedelt. Die zweite Welle der Deportationen kam während des Zweiten Weltkrieges, als die Deutschen, Krimtataren, Tschetschenen, Inguschen und andere Völker nach Zentralasien deportiert wurden.

Leben seiner Gesellschaft zu leisten. In den vergangenen Jahren wurden auf diesem Weg viele legislative Maßnahmen verabschiedet und praktische Schritte gemacht. Zwar definieren die Verfassungen der zentralasiatischen Länder ihren Staat nicht als einen Vielvölkerstaat, sondern als den nationalen Staat der jeweiligen Titularnation, aber sie garantieren volle Rechte und Freiheiten für die anderen ethnischen Gruppen.<sup>296</sup> Auch die Verfassung der Republik Usbekistan verbietet Diskriminierung aufgrund von Nationalität, Rasse, Sprache und Religion. Das Grundgesetz garantiert Freiheit und Kulturautonomie, die das Recht auf freien Gebrauch der eigenen Muttersprache und Kultur, die freie Wahl der Umgangssprache, der Erziehung, des Unterrichts sowie der schöpferischen Tätigkeit für die anderen Völker, die im Lande leben, umfassen.<sup>297</sup> In Taschkent und anderen Städten existieren mehr als 32 nationale Kulturzentren, die für die kulturelle Entwicklung der jeweiligen Nationen zuständig sind<sup>298</sup>. Diese Nationalen Kulturzentren bieten Islam Karimow zufolge jeder Ethnie die Möglichkeit, „einen eigenständigen Geist zu entwickeln.“<sup>299</sup>

Als außenpolitischer Faktor kommt die Minderheitenproblematik in den zwischenstaatlichen Beziehungen der zentralasiatischen Länder ins Spiel. Denn ein Konflikt zwischen der Titularnation und einer ethnischen Minderheit zentralasiatischer Herkunft kann zur Verschlechterung der Beziehungen zu dem Land, in dem sie die Bevölkerungsmehrheit bildet, führen. Dadurch gewinnen die Probleme der zwischennationalen und subethnischen Beziehungen eine strategische Bedeutung und erfordern eine besondere Aufmerksamkeit beim Aufbau der zwischenstaatlichen Beziehungen in der Region. Die Sicherheit der Region ist in vieler Hinsicht auch davon abhängig, inwieweit die Staaten in der Lage sind, die potenziellen Konflikte auf interethnischer Basis zu verhindern. Wegen des großen Anteils der usbekischen Minderheit in den Nachbarrepubliken steht Usbekistan wiederum im Zentrum dieser Problematik. Infolge der starken Auswanderung der russischsprachigen Bevölkerung aus den zentralasiatischen Ländern, die in den ersten Jahren ihrer Unabhängigkeit stattgefunden hat und immer noch stattfindet, stellen die Usbeken neben Tadschikistan (23,5%) jetzt auch in Kirgisistan (14%) und Turkmenistan (9,0%) die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe. Diese Gegebenheit erfordert es, bei der Bildung einer außenpolitischen Strategie Usbekistans gegenüber den zentralasiatischen Republiken auch die Interessen der usbekischen Minderheit mit einbeziehen. Bisher führt aber Usbekistan keine aktive Diasporapolitik

---

<sup>296</sup> Zugleich verbieten die Verfassungen der zentralasiatischen Länder die Gründung von politischen Parteien auf ethnischer Basis. Siehe z.B.: Konstitutsija Respubliki Uzbekistan, a.a.O.

<sup>297</sup> ebenda

<sup>298</sup> Vgl.: Zhukowa, Ljudmila: Natsional'no-kul'turnije tsenri Uzbekistana, in: Ikhamov, Alisher (ed.): Ethnicheskij atlas Uzbekistana, a.a.O., S.370-383

<sup>299</sup> Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.97

durch, um die usbekischen Minderheiten in Nachbarländern zu unterstützen, wie das von anderen Republiken gemacht wird.<sup>300</sup> Zwar wurde 1991 eine Organisation namens „El“ (Heimat) gegründet, mit dem Ziel, die die Angelegenheiten der Auslandsusbeken zu regulieren. Die zeitweise vom Schwiegersohn des usbekischen Präsidenten geführte Organisation ist nach seiner Abreise aus Usbekistan inzwischen in Bedeutungslosigkeit versunken. Auch Präsident Karimow sprach 1992 von einer „Rückkehrmöglichkeit aller im Ausland lebenden Usbeken in ihre historische Heimat“.<sup>301</sup> Dagegen kann gegenwärtig von einer zunehmenden Isolationspolitik gegenüber den im Ausland lebenden Usbeken gesprochen werden. Als Beispiel kann hier die Verschärfung der Grenzkontrollen und die Einführung der Visumpflicht für kirgisische, tadschikische und turkmenische Staatsangehörige erwähnt werden, die in erster Linie die dort lebenden Usbeken getroffen hat. Der Grund für diese Politik kann wohl auch darin liegen, dass die Auslandsusbeken zunehmend als potenzielle Bedrohung für die nationale Sicherheit Usbekistans angesehen werden. Denn die Usbeken sind traditionell stärker an Islam und Tradition gebunden als ihre Nachbarn in Zentralasien. Die vergleichbar liberale Religionspolitik dieser Länder führt zu einer Intensivierung der Religionstätigkeit dieser Gruppe, was in Usbekistan mit der Verbreitung des islamischen Fundamentalismus gleichgesetzt wird.

Insgesamt gesehen bleibt die ethno-politische Situation in Zentralasien nach einer kurzen Periode des Aufflammens ethnischer Auseinandersetzungen Anfang der 1990er Jahre relativ stabil. Entgegen schlimmster Befürchtungen vieler Experten hat es in den zentralasiatischen Republiken seit der Unabhängigkeit keinen massiven ethnischen Konflikt gegeben. Bei kleineren interethnischen Zusammenstößen handelte es sich um Fälle von Alltagsnationalismus und Probleme des Zusammenlebens in multiethnischen Gesellschaften unter schwierigen sozioökonomischen Bedingungen. Auch auf offizieller Ebene herrschte Einigkeit darüber, dass das Vorhandensein bestimmter, nichtantagonistischer Widersprüche auf dem Gebiet der zwischennationalen Beziehungen eine reale Erscheinung für die Aufbauphase der neuen unabhängigen Staaten ist. Man hat aber gleichzeitig versucht, diese bestehenden Widersprüche nicht zu zwischennationalen Konflikten anwachsen zu lassen, die die Sicherheit der Völker und Staaten gefährden kann. Bei einem gemeinsamen Treffen der Staats- und Regierungschefs im Jahr 1992 erklärten alle Länder der Region ihre Bereitschaft zur Achtung internationaler Abkommen über die Menschenrechte und Grundrechte, darunter auch die Rechte der nationalen Minderheiten.<sup>302</sup>

---

<sup>300</sup> Hier ist vor allem die Repatriierungspolitik Kasachstans gegenüber der kasachischen Minderheit in Usbekistan und die regelmäßigen Konferenzen der Auslandsaserbajdschaner, Auslandsturkmenen und Auslandskirgisen zu erwähnen, die von den jeweiligen nationalen Republiken unterstützt werden.

<sup>301</sup> Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S.17

<sup>302</sup> Sowmestnoje zajawlenije glaw gosudarstw Kazachstana, Kirgisistana, Tadschikistana, Turkmenistana i Uzbekistana (Gemeinsame Erklärung der Staatschefs Kasachstans, Kirgisistans, Tadschikistans,



Trotz der bisherigen positiven Entwicklung geht Usbekistan davon aus, dass in den interethnischen Beziehungen immer noch „der Nährboden für die Entstehung von Konfliktsituationen vorhanden ist“.<sup>303</sup> Nach Meinung der politischen Führung ist dies in erster Linie „Folge der Politik, welche das russische Imperium und danach die Sowjetmacht führte, um territorial-administrative Grenzen der Republiken in Zentralasien zu schaffen“.<sup>304</sup> Dazu muss objektiverweise hinzugefügt werden, dass der Staats- und Nationsbildungsprozess in den zentralasiatischen Republiken, welcher seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion stattfindet, auch zur weiteren Verschärfung der ethnopolitischen Lage erheblich beigetragen hat. Durch die Errichtung des Grenzzaunes, die Verminung der Grenzgebiete, die Behinderung des freien Verkehrs und Handels werden die seit Jahrhunderten gepflegten Kontakte zu Nachbarn gestört. Die Situation wird zusätzlich auch dadurch erschwert, dass die ethnisch gemischten Regionen wie die Aralseeregion, das Ferghanatal und Südkasachstan zunehmend von Arbeitslosigkeit und Überbevölkerung herausgefordert werden. Von daher liegt die langfristige Lösung des zwischenethnischen Zusammenlebens beim wirtschaftlichen Fortschritt dieser Territorien. Nur intensive Handelsbeziehungen der Grenzregionen können einen starken Mechanismus der Regulierung des interethnischen Verhältnisses schaffen und eine stabile Grundlage für die weitere friedliche Koexistenz bilden. Auch Usbekistan hält die regionale Integration für eine der Bedingungen für das weitere friedliche Zusammenleben der zentralasiatischen Völker.<sup>305</sup> Allerdings sind auch in diesem Bereich Differenzen zwischen dem erklärtem Prinzip der Politik und den praktischen Taten sehr groß.

#### 4.2.5 Wasserknappheit und Wasserverteilung

Die Verknappung der Süßwasserressourcen ist inzwischen ein weltweit zu beobachtender Prozess. Er geht mit Schäden an den Ökosystemen einher, begrenzt die Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion, bedroht die menschliche Gesundheit und ist Gegenstand regionaler Verteilungskonflikte. Nach UNCSD-Angaben ist die globale Wasserentnahme zwischen 1900 und 1995 mehr als sechs Mal gestiegen und ist damit mehr als doppelt so schnell gewachsen wie die Weltbevölkerung<sup>306</sup>. Zudem sind die Frischwasservorkommen

---

Turkmenistans und Usbekistans), in: Ispolkom Mezghossoweta Kazachstana, Kyrgizstana i Uzbekistana (Hrsg.): Sbornik dokumentow i materialow po woprosam ekonomicheskoy integratsii Respubliki Kazachstan, Kyrgizskoy Respubliki i Respubliki Uzbekistan, a.a.O., S.15

<sup>303</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle ins 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.88

<sup>304</sup> ebenda

<sup>305</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.91

<sup>306</sup> UNCSD, 1997

global sehr heterogen verteilt. Während 26 Länder mit über 505 Mio. Menschen unter Wassermangel leiden, wird in wasserreichen Regionen wie dem Amazonas und dem nördlichen Amerika oder Sibirien nur ein kleiner Teil der Ressourcen genutzt. In Zukunft wird die Zahl der von Wasserknappheit betroffenen Länder drastisch steigen. Hauptursache der zunehmenden Wasserknappheit ist neben dem Bevölkerungswachstum das Zunehmen der Bewässerungslandwirtschaft. Der Wasserverbrauch der Landwirtschaft hat allein seit 1960 um 60% zugenommen, und damit ist die Landwirtschaft mit 70% der größte Nutzer der Weltwasserressourcen.

Zentralasien gehört seit langem zu den Regionen, in denen die zunehmende Wasserverknappung und die heftigen Spannungen um Wasserverteilung ein erhebliches Problem für die regionale Stabilität darstellen. Trotz der steigenden Assoziierung der Region durch die westlichen Öffentlichkeit mit Erdöl, Erdgas und mit dem Transport, also mit Pipelineplänen, darf nicht übersehen werden, dass die mit Abstand wichtigste Naturressource für eine Region wie diese „Wasser“ heißt und dass dem regionalen Bewässerungssystem letztlich größere Bedeutung für das Überleben zukommt als dem System bestehender oder in Projekten vorgesehener Pipelines. Denn Zentralasien ist vor allem eine landwirtschaftliche Region, deren Wirtschaft weitgehend von den Baumwollerträgen und anderen Kulturen abhängig ist. Dabei ist die bewässerte landwirtschaftliche Nutzfläche in den vergangenen dreißig Jahren um über ein Drittel ausgeweitet worden und beträgt heute ca. 8,7 Mio. ha.<sup>307</sup> Die Bewirtschaftung dieser steppenähnlichen Fläche wird durch die beiden wichtigsten Flüsse der Region, Amudarja<sup>308</sup> und Syrdarja<sup>309</sup>, ermöglicht. Obwohl im Prinzip ihr Wasser ausreichend ist, gibt es, wie Sehring betont, „wegen der mangelhaften Infrastruktur, des schlechten Managements und der inter- wie intrastaatlichen Verteilungsprobleme starke Knappheit.“<sup>310</sup> Dabei ist das international wohl bekannteste Beispiel der Wasserproblematik in Zentralasien das Austrocknen des Aralsees, das für die Region den größten ökologischen Schaden angerichtet hat. Dabei sollten die bereits erwähnten zwei

---

<sup>307</sup> Vgl.: Primbetov, Serik: Regionale Integration: Ergebnisse, Erfahrungen, Perspektiven, a.a.O., S.137

<sup>308</sup> Der Amudarja ist der größte und wasserreichste Fluss Zentralasiens und hat eine Länge von 2540 km. Er speist sich zu einem großen Teil aus Schmelzwassern der Gletscher und den schneebedeckten Bergen Pamirs und Tianschans. In der wasserreichen Zeit (im Frühling und Sommer) erreicht die Breite des Flusses 500 bis 1500 Meter. Der Amudarja fließt in Tadschikistan, durch Afghanistan, Usbekistan und Turkmenistan. Er mündet in den Aralsee.

<sup>309</sup> Die Wassermenge des Syrdarja ist kleiner als die des Amudarja. Aber für die Bewässerungssysteme der Region hat der Fluss eine gleich große Bedeutung wie der Amudarja. Der Fluss hat 2491 km Länge und in seiner Richtung überquert er die Staatsterritorien von Kirgisistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kasachstan. Der Syrdarja fließt ebenfalls in den Aralsee hinein; die Quellen des Syrdarja entstehen ebenfalls aus den Berggletschern Tianschans.

<sup>310</sup> Siehe dazu Sehring, Jenniver: Wasser und Wassermanagement, in: von Gumpfenberg, Marie-Carin/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon, a.a.O., S.308-313.

größten Flüsse Zentralasiens Amudarja und Syrdarja in der Regel in den Aralsee münden. Wegen der Ausweitung der Baumwollfläche und die dadurch verursachte steigende Wasserentnahme sind seit Anfang der sechziger Jahre die in den Aralsee fließenden Wassermengen um drei Viertel zurückgegangen. Als Folge ist der Pegel des Sees um 16 Meter gefallen. Zusammen mit der Verschmutzung durch Dünger und Pestizide aus dem Baumwollanbau trägt dies dazu bei, dass die Region die höchste Kindersterblichkeit in der GUS hat. 20 der ehemals 24 Fischarten des Aralsees sind verschwunden. Zu den wirtschaftlichen Folgen gehört vor allem die Zerstörung der Fischindustrie. Schlechtere Umweltbedingungen am unteren Lauf des Amudarja und in der Umgebung des Aralsees tragen dazu bei, dass viele Menschen ihren Heimatort verlassen haben.

Die gegenwärtige Wasserproblematik in Zentralasien ist vor allem auf die friedliche Nutzung der Wasserressourcen konzentriert. Dabei stellt die Wasserverteilung einen wichtigen Faktor in den zwischenstaatlichen Beziehungen dar, denn nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde der Großteil der Gewässer transnational. Sie wurden während der Sowjetzeit aus Moskau vom Ministerium für Melioration und Wasserwirtschaft zentral reguliert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bestand die Frage nach der selbständigen Verwaltung der zentralasiatischen Wasserressourcen, die auf länderübergreifenden Strategien für den effektiven Verbrauch und die Verteilung der Wasserressourcen der Region basieren sollten. Dies scheitert bisher einerseits an der Haltung einer Gruppe von Ländern, die alten Prinzipien der Wasserverteilung ohne Erfüllung eigener Pflichten beizubehalten und andererseits an dem Versuch einer anderen Staatengruppe, die Abhängigkeit der Nachbarstaaten von Süßwasserflüssen im eigenen Interesse als Druckmittel zu instrumentalisieren. So hat die Wasserverknappung in der jüngeren Vergangenheit zwischen Nutzergruppen an den Unter- und Oberläufen der Flüsse zu Auseinandersetzungen geführt. Usbekistan als größter Baumwollproduzent der Region ist in die heftigsten zwischenstaatlichen Wassernutzungskonflikte verwickelt. Die Konfliktkonstellationen mit usbekischer Teilnahme sehen wie folgt aus:

- mit Kirgisistan am oberen Lauf des Syrdarja um die Nutzung des Toktogul-Staudammes;
- mit Kasachstan um die Verteilung des Syrdarja-Wassers in Sommerzeiten;
- mit Kasachstan um den Abfluss der zusätzlichen Wassers vom Tschardara-Stausee in Winterzeiten;
- mit Tadschikistan um den Aufbau des Rogun-Staudammes am oberen Lauf des Wachs-Flusses;
- mit Turkmenistan um die Nutzung des Karakum-Kanals des Amudarja;
- mit Turkmenistan um die Rekonstruktion des Karschi-Bewässerungskanals;
- mit Turkmenistan um die Verteilung des Wassers des Tujamujin-Stausees;
- mit Turkmenistan um den Aufbau des „Sees des Goldenen Zeitalters“.

#### 4.2.6 Transport, Kommunikation und neue Pipelinepläne

Das Fehlen des direkten Zugangs zu den Weltmeeren und damit auch zu den wichtigsten Handelszentren der Welt ist ein gemeinsames Problem der zentralasiatischen Länder. In dieser Hinsicht stellt die Region ein isoliertes Gebilde dar, was für die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Ländern ein großes Hindernis ist. Die existierenden Transportkorridore und Erdölleitungen führen hauptsächlich gen Norden über das Territorium Russlands, eine Tatsache, die ihren wirtschaftlichen Vorteil aus politischer Perspektive sehr brisant macht. Um ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit aufzubauen, müssten Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan dieses Problem lösen, in dem sie neue alternative Transportrouten schaffen und für den Export ihrer Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas neue Pipelines gründen. Die politischen Eliten der zentralasiatischen Länder waren sich dieses Problems völlig bewusst, denn die ambitionierten Pläne zur Überwindung der Transportisolation existieren in den außenpolitischen Konzepten aller dieser Länder. Die realistischen Alternativen zu den bisherigen Routen waren folgende neue Transportkorridore:

- über den Kaukasus (Aserbaidshan, Georgien) in die Türkei und damit nach Europa (TRASEKA);
- über Turkmenistan nach Iran und damit zum Indischen Ozean;
- über Afghanistan nach Karachi (Pakistan) und zum Indischen Ozean;
- über die VR China nach Japan und Südostasien.

Usbekistan als Land im Zentrum der Region war mehr als alle anderen daran interessiert, möglichst schnell die Transportisolation durch Eröffnung neuer Kommunikationslinien beizulegen. Seit dem ersten Tag der Unabhängigkeit hat die politische Führung des Landes diese Frage zum Mittelpunkt ihres Programms gemacht. In dieser Hinsicht war für Taschkent der Anschluss der zentralasiatischen Eisenbahnlinie durch das turkmenische Territorium an das iranische Eisenbahnnetzwerk im Mai 1996 ein wichtiger und der bisher einzige durchgeführte Plan. Die als ein neues Tor nach Süden gefeierte Transportlinie mit einer Gesamtlänge von 4122 km verbindet Usbekistan auf kürzester Strecke mit den iranischen Häfen im Indischen Ozean und bietet damit die Möglichkeit, die bisherige Zustellungszeit von Frachtgütern nach Europa über den Persischen Golf und den Suez-Kanal auf ein Drittel zu kürzen. Ein weiterer viel versprechender Plan ist TRASEKA, ein Transportkorridor auf der Linie Europa-Kaukasus-Zentralasien, der mit Hilfe der Europäischen Union verwirklicht werden soll. Ein dritter realistischer Plan ist eine Autostraße in die VR China über das kirgisische Territorium, der auch zwischen Taschkent, Bischkek und Beijing diskutiert wird. Der Transportplan bezüglich des kürzesten Weges zur pakistanischen Hafenstadt Karachi im Indischen Ozean über das

afghanische Territorium wurde wegen des aufflammenden Bürgerkrieges in Afghanistan auf Eis gelegt. Auch nach dem Ende des Krieges ist die Verwirklichung dieses Plans angesichts der instabilen Lage gerade im afghanisch-pakistanischen Grenzterritorium nicht in Sicht. Dagegen wurde die Realisierung eines neuen Korridors über Afghanistan nach Iran mit neuen Verträgen zwischen Taschkent, Teheran und Kabul im Jahre 2003 erneut bekräftigt.<sup>311</sup> Die Verwirklichung dieses Plans könnte es ermöglichen, die wegen der politischen Auseinandersetzungen nicht voll genutzte Eisenbahnlinie über das turkmenische Territorium zu kompensieren.

Den anderen problematischen Aspekt in Bezug auf das regionale Transport- und Kommunikationssystem bildet die gemeinsame Nutzung der bestehenden Linien. Zu Zeiten der Sowjetunion hatten die zentralasiatischen Republiken ein einheitliches Verkehrs- und Kommunikationssystem, das von Moskau aus gesteuert wurde. Oft musste man, um eine Region zu erreichen, über das Territorium einer anderen Republik zu fahren. Nach der Unabhängigkeit mussten die Länder ohne Moskaus Beteiligung diese Fragen lösen. Die Situation Usbekistans ist bezüglich dieser Frage besonders interessant. Einerseits ermöglicht die geographische Lage im Zentrum der Region Usbekistan, als Brücke und Verbindungselement zwischen allen zentralasiatischen Republiken zu fungieren. Andererseits muss Usbekistan, um die Weltmeere zu erreichen, mindestens zwei Länder durchqueren. Diese Situation schafft eine doppelseitige Abhängigkeit. Die Entwicklungen sind nicht positiv verlaufen. Die Einführung der Grenzkontrolle und das Visasystem zwischen den Republiken trägt zur Ungeklärtheit dieser Frage bei. Jede Republik versucht, maximale Transport- und Kommunikationsautonomie für sich schaffen und baut neue Auto- und Eisenbahnlinien, die die Städte über eigenes Territorium erreichbar macht. Auch Usbekistan versucht, durch innere Transportlinien die zu seinen Nachbarländern gehörenden Autostrecken und Eisenbahnlinien zu ersetzen und damit seine Abhängigkeit von den Nachbarländern maximal abzubauen. Taschkent arbeitet stark und sehr gezielt an solchen Plänen, die den Lauf der Eisenbahnlinien und Autobahnen nur über das usbekische Territorium ermöglichen würden. In dieser Hinsicht kann Taschkent schon erste Erfolge vermelden. Schon seit Mitte der 1990er Jahre benutzt Usbekistan ausschließlich die Bergstraße über den Kamtschik-Übergang, um das Ferghana-Tal zu erreichen. Taschkent hat diese einzige Verbindungsstraße nach Osten des Landes rekonstruiert und die Autoverbindung zwischen der Hauptstadt Taschkent und den drei östlichen Provinzen Andischan, Namangan und Ferghana auf diese Straße gelegt. Darüber hinaus wurde eine neue Eisenbahnlinie nach Norden (Navoiy-Uchkuduk-Nukus) aufgebaut. Die zweite Linie nach Süden (Baysun-Termez) ist im Aufbau.

---

<sup>311</sup> Vgl.: „Uzbekistan-Iran: nowyje grani sotrudnichestwa“, unter: <http://2004.press-service.uz/rus/visits/v17062003.htm>

Angesichts der regionalen Bedeutung seines Exportpotenzials bei Erdgas und Erdöl war die Teilnahme Usbekistans an den überregionalen Pipelineplänen sehr begrenzt. An der international hoch angesehenen Pipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan, die Energieressourcen des Kaspischen Raums in den Weltmarkt liefern soll, zeigte Taschkent wenig Interesse. Viel intensiver dagegen wurde eine neue Erdgaslinie nach Pakistan und Indien über das afghanische Territorium, die so genannte „Transafghanische Ergaspipeline“, diskutiert. Wegen der immer noch instabilen Situation in Afghanistan und wegen der geringeren Beteiligung ausländischer Investoren steht diese Frage noch offen. Seit 2002 wurden die Gespräche mit russischen Öl- und Gaskonzernen erneut intensiviert. Im Jahre 2002 vereinbarten die Vertreter von Usbekistan, Russland, Kasachstan und Turkmenistan, ein internationales Erdgaskonsortium zu gründen.<sup>312</sup> Im Landesinneren verwirklichte Usbekistan mehrere neue Erdgasleitungen, die wichtigsten davon sind Gazli-Nukus (350 km) und Pakhtakor-Yangiyer-Taschkent (300 km).<sup>313</sup> Ihre Verwirklichung verbesserte die Energielieferungen aus dem südlichen Teil des Landes in die nördlichen Gebiete (Provinz Choresm und die Republik Karakalpakistan) und in die Hauptstadt sowie in das Ferghanatal im Osten des Landes.

### **4.3 Bilaterale Beziehungen**

#### **4.3.1 Usbekisch-kasachische Beziehungen**

Usbekistan und Kasachstan sind die zwei größten Länder der zentralasiatischen Region und bilden zusammen das politische und wirtschaftliche Schwergewicht Zentralasiens. In dieser Hinsicht ist das Schicksal der regionalen Sicherheit in Zentralasien und das Endergebnis im regionalen Integrationsprozess vor allem von der Position Taschkents und Astanas und ihrer Einstimmigkeit abhängig. Die beiden Länder sind sich der Bedeutung des Einflusses ihres Verhältnisses auf die regionalen Probleme bewusst und schenken deshalb der Pflege ihrer Beziehungen besondere Aufmerksamkeit. Taschkent und Astana haben eine solide rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit geschaffen, die aus bisher 166 unterschriebenen Verträgen und Abkommen zwischenstaatlichen Charakters besteht<sup>314</sup>. Die Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Usbekistan und Kasachstan wurden in einem Abkommen „Über die Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung“ vom 24. Juni 1992 festgelegt, das als solide Basis für die frühe Phase der guten nachbarschaftlichen Beziehungen diene. Die andere wichtige

---

<sup>312</sup> Alimov, Ravshan u.a. (Hrsg.): Tsentral' naja Azija: geoeconomika, geopolitika, bezopasnost', a.a.O., S.32

<sup>313</sup> ebenda

<sup>314</sup> Siehe dazu: „Uzbeksko-kazaxstanskije otnoshenija“ unter: <http://www.mfa.uz:8001/ccng/ccng5.htm> (Homepage des usbekischen Außenministeriums)

Rechtsgrundlage für die usbekisch-kasachischen Beziehungen stellt der Vertrag „Über ewige Freundschaft zwischen der Republik Usbekistan und der Republik Kasachstan“ dar, der am 31. Oktober 1998 in Taschkent von den beiden Staatspräsidenten Karimow und Nasarbajew unterschrieben wurde. Eine wichtige Rolle bei der (Wieder)Herstellung des regionalen Gleichgewichts und der Bildung einer vertraulichen Atmosphäre in den Kontakten zwischen Taschkent und Astana spielte auch der Verzicht der Republik Kasachstan auf den Besitz von Atomwaffen. Des Weiteren hat Kasachstan die usbekische Initiative zur Erklärung der zentralasiatischen Region zur atomwaffenfreien Zone unterstützt. In Bezug auf die regionale Kooperation waren die anfänglichen Positionen beider Länder identisch, die bei der Gründung der zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft eine besondere Rolle spielten.

Es muss auch betont werden, dass die politischen Kontakte der beiden Länder in den vergangenen 14 Jahren nicht immer reibungslos verliefen. Die Interessenunterschiede bei der außenpolitischen Orientierung und die Existenz mehrerer Konfliktstoffe im wirtschaftlichen Bereich und die noch fehlenden Mechanismen zu ihrer Lösung waren die Gründe, die zu zeitweiligen Spannungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen führten. Die erste harte Probe für die usbekisch-kasachischen Beziehungen war der Vorschlag des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew bezüglich der postsowjetischen Integration. Nasarbajews Idee über die Gründung der Euroasiatischen Wirtschaftsunion mit überstaatlichen Strukturen wurde in Taschkent als ein Versuch zur Rehabilitierung der alten Sowjetunion scharf verurteilt. Usbekistan hat die Idee eines Euroasismus strikt abgelehnt und setzte dagegen seine Doktrin regionaler Integration unter dem Motto „Turkestan ist unser gemeinsames Haus“ konsequent fort. Ein anderes Hindernis für die Intensivierung der zwischenstaatlichen Beziehungen und damit auch der regionalen Kooperation stellten die unterschiedlichen Ansätze bei der Durchführung der wirtschaftlichen Reformen dar. Im Unterschied zu Kasachstan bevorzugte Usbekistan eine staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik, die aus der Sicht Kasachstans eine Hürde in den Wirtschaftsbeziehungen darstellt. Das Auftreten von Grenzstreitigkeiten Anfang 2000 war ein zusätzlicher Konfliktstoff in den bilateralen Beziehungen beider Republiken. Ihre friedliche Beilegung im Jahre 2002 mit einem Zusatzvertrag hat aber nicht die lang erwartete Annäherung der Positionen beider Länder mit sich gebracht. Den Kernpunkt der gegenwärtigen politischen Streitigkeiten bilden die unterschiedlichen Ansätze der beiden Länder in der Frage der Terrorismusbekämpfung und der Beurteilung von Gefahren für die nationale und regionale Sicherheit in Zentralasien. Astana teilt die Besorgnis der usbekischen Regierung über die Gefahr des internationalen Terrorismus für die nationale und regionale Sicherheit nicht mehr und gibt deutliche Zeichen, dass die Entstehung der religiös-extremistischen Gruppierungen von Usbekistan selbst verursacht werde. Die usbekische Führung ihrerseits beschuldigt ihren Nachbarn des zu weichen Umgangs mit

religiös-extremistischen Bewegungen. Manche Experten schätzen die politische Konkurrenz zwischen Taschkent und Astana um regionale Führung, die angeblich von beiden Ländern angestrebt werde, als wahre Gründe dieser Diskrepanz ein.

### *Wirtschaftliche Beziehungen und Transportfragen*

Eine abgesprochene und koordinierte Wirtschaftspolitik zwischen beiden Ländern hat sich in den ersten Jahren ihrer Unabhängigkeit als besonders wichtig erwiesen. Die wichtigsten Probleme dieser Zeit waren mit Fragen der Preispolitik und mit der Einführung einer eigenen Währung verbunden. Die Bedingungen, die für den Erhalt des einheitlichen Währungsraums von der russischen Regierung angeboten wurden, waren für die beiden Republiken unannehmbar. Kasachstan versuchte in dieser Frage mit Usbekistan eng zusammenarbeiten und hat sogar die Einführung einer gemeinsamen Währung vorgeschlagen. Die usbekische Führung hat diesen Vorschlag mit viel Skepsis aufgenommen. Im November 1993 vereinbarten beide Präsidenten ein Abkommen über die gleichzeitige Einführung der nationalen Währungen. Damit könnte man den Strom der alten sowjetischen Geldscheine von einem Staat in den anderen verhindern und die Explosion der Preise strategischer Lebensmittel unterbinden. Am 10. Januar 1994 sind die beiden Republiken im Bereich wirtschaftlicher Kooperation noch einen Schritt weiter gegangen. In Taschkent wurde ein Abkommen „Über das Schaffen eines einheitlichen Wirtschaftsraums zwischen der Republik Usbekistan und der Republik Kasachstan“ unterzeichnet, das den ersten realen Anfang der bisherigen Integrationsprozesse in Zentralasien darstellt.

Die Grundlage der gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Taschkent und Astana bilden der Export des usbekischen Erdgases nach Südkasachstan und der Transit der usbekischen Güter durch das kasachische Territorium nach Russland und Europa. Ein gemeinsamer regionaler Markt, der von beiden Ländern beabsichtigt wird, ist noch nicht in Sicht. Dabei behindern auch die unterschiedlichen Ansätze zur Reformierung der nationalen Ökonomien die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Taschkent und Astana. Trotz der letzten Verhandlungen über die Erhöhung der Zahl der für den freien Handel bestimmten Waren muss die gegenwärtige Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Usbekistan und Kasachstan als nicht befriedigend bewertet werden.



Tab. 5: Usbekisch-kasachische Wirtschaftsbeziehungen 1997-2004

Jahre	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003*	2004
<b>Gesamt</b>	394,0	284,6	275,0	316,4	312,9	263,3	174,6	425,9
<b>Export</b>	197,7	122,0	148,7	100,8	118,0	81,8	55,8	184,7
<b>Import</b>	196,3	162,6	126,3	215,6	194,9	181,5	118,8	241,2
<b>Saldo</b>	+1,4	-40,6	+22,4	-114,8	-76,8	-99,7	-62,9	-56,5

\*Nur für Januar-August

Zusammengestellt nach: <http://www.mfa.uz:8001/ccng/ccng5.htm>, KAZinform, 29.05.2005

### *Grenzfragen*

Durch das Auftreten der Grenzproblematik Anfang 2000 wurden die usbekisch-kasachischen Beziehungen auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Manche Experten sprachen damals sogar von einer bevorstehenden „Kaschmirisierung“ der bilateralen Beziehungen.<sup>315</sup> Die 1999 gebildete zwischenstaatliche Grenzkommission konnte die Zugehörigkeit einer Reihe von Grenzortschaften nicht klären. Der im November 2001 von den Staatspräsidenten Karimow und Nasarbajew unterzeichnete Grenzvertrag regulierte lediglich 96 Prozent des usbekisch-kasachischen Grenzverlaufs. Um den Status der verbliebenen vier Prozent der Gesamtlinie entstand auf beiden Seiten eine heftige Diskussion. Es ging dabei um mehrere kleine Siedlungen, die in der Nähe von Taschkent, in der Provinz Jizzax und in der autonomen Republik Karakalpakistan gelegen sind. Insbesondere der Streit um die zwei Siedlungen Bagys und Turkistonlik in der Nähe von Taschkent drohte zu eskalieren, was weitgehende Folgen für die bilateralen Beziehungen hatte. Da die Mehrheit der Bevölkerung in diesen Siedlungen ethnische Kasachen waren, stand die Regierung in Astana unter starkem Druck durch die nationalistisch geprägte Opposition und einige gesellschaftliche Bewegungen, die eine bedingungslose Rückkehr dieser Territorien nach Kasachstan forderten. Sie mobilisierten ihre Anhängerschaft für diese Sache und veranstalteten in Almaty und Astana große Demonstrationen gegen die Übergabe dieser Territorien an das Nachbarland. Der Höhepunkt dieser Aktivitäten auf kasachischer Seite stellte die Ausrufung der Siedlung Bagys zu einer selbständigen „Republik Bagys“ dar. Dagegen hat dieses Problem in Usbekistan keine öffentliche Resonanz gefunden, was mit dem generellen Charakter des Regimes und der Geschlossenheit der Gesellschaft erklärt werden kann. Dennoch waren diese Gebiete für Taschkent aus landwirtschaftlicher Perspektive enorm wichtig. Aus diesen Gründen hat die usbekische Regierung mit harten Maßnahmen reagiert und in der Nähe der umstrittenen Ortschaften zusätzliche Kontrollpunkte errichtet.

<sup>315</sup> Vgl.: Tokajew, Kasymzhomart: Preodelenije. Diplomatičeskije očerki. Almaty, 2003. S.367

Das größte Argument in den Händen der kasachischen Grenzrevisionisten war der letzte große Gebietsaustausch zwischen der Usbekischen und der Kasachischen SSR 1956, bei dem ein Bezirk Südkasachstans an Usbekistan übergeben worden sei. Dennoch konnte die Zugehörigkeit der umstrittenen Siedlungen zu Kasachstan während der Verhandlungen kartographisch nicht nachgewiesen werden, wie auch der kasachische Außenminister Tokajew zugibt.<sup>316</sup> Er bezeichnet diesen Gebietsaustausch als „eine falsche Entscheidung des Kremls“, betont jedoch, dass „eine Aufforderung der Rückgabe des Bostandyk-Bezirks an Kasachstan faktisch die Untergrabung des ganzen Systems der Beziehungen zu Usbekistan bedeuten würde.“<sup>317</sup> Diese Tatsache und der zunehmende Druck der Öffentlichkeit, der zu ernsthaften Folgen führen könnte, hat beide Seiten dazu bewegt, die Suche nach einer schnellen und objektiven Lösung der Grenzproblematik, die nur auf der Grundlage eines Konsenses gelöst werden konnte, zu beschleunigen. Ein für beiden Seiten akzeptabler Zusatzgrenzvertrag konnte bis Anfang September 2002 vorbereitet werden, der dann am 9. September in Astana in feierlicher Atmosphäre von den Präsidenten Usbekistans und Kasachstans unterzeichnet wurde. Gemäß diesem Vertrag sind die Siedlung „Turkestanets“ und noch drei weitere Siedlungen an der Grenzlinie bei Karakalpakistan/Kyzil Orda in Usbekistan geblieben. Die Ortschaft Bagys und noch fünf weitere kleine Siedlungen um den Arnasay-Staudamm sind an Kasachstan übergegangen. Im Jahre 2003 wurden die Grenzverträge von den Parlamenten der beiden Republiken ratifiziert und sind damit in Kraft getreten. So wurde die 2150 km lange usbekisch-kasachische Grenze vertraglich und friedlich geregelt, was ein wichtiger Faktor für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen werden kann.

Obwohl die Grenze zwischen Usbekistan und Kasachstan vertraglich verankert ist, ist es noch zu früh, von einer geregelten Grenzbeziehung zu sprechen. Die Grenzproblematik zwischen Taschkent und Astana bleibt in anderer Form weiterhin bestehen. Nach der vertraglichen Abklärung der zwischenstaatlichen Grenze hat die zweite Phase des Demarkierungsprozesses begonnen. Während dieses Prozesses müssen auf beiden Seiten Grenzstangen montiert und in 50 Meter Entfernung eine freie Zone gebildet werden. Da die Ortschaften in den Grenzregionen sehr dicht besiedelt sind, müssen viele Häuser und wirtschaftliche Objekte evakuiert werden. Die beiden Seiten planen, bis 2007 diesen Prozess zu beenden und zu den letzten Phasen der Grenzpolitik überzugehen. Angesichts der letzten Entwicklungen in Usbekistan ist zu erwarten, dass Usbekistan den Taschkenter Teil der Grenze schließen wird. Taschkent und Astana werden weiter versuchen, die staatliche Grenze besser zu kontrollieren. Für Taschkent ist es wichtig, terroristische Gruppierungen und illegale Handelsrouten zu stoppen. Für Kasachstan sind es wiederum Sicherheitsbedenken, die dazu führen, die Grenze besser zu schützen. Allgemein sind die

---

<sup>316</sup> Vgl.: Tokajew, Kasymzhomart: Preodelenije. Diplomatičeskije očerki, a.a.O., S.217

<sup>317</sup> ebenda S. 215

Grenzverhandlungen zwischen beiden Republiken positiv zu bewerten. Auf der einen Seite ermöglichen sie eine organisierte Handelspolitik und einen organisierten Grenzübergang. Auf der anderen Seite ermöglichen sie es beiden Republiken die Grenze jederzeit zu schließen, was als ein Hindernis auf dem Wege der Intensivierung der Beziehungen angesehen werden kann.

### *Minderheiten*

Kasachstan ist der einzige Nachbar Usbekistans in Zentralasien, in dem die Zahl der usbekischen Minderheit im Vergleich zur Titulnation einen sehr kleinen prozentualen Anteil ausmacht. Die Zahl der usbekischen Minderheit in Kasachstan beträgt etwa 370.000 (2,5 Prozent der Gesamtbevölkerung). Sie leben dort hauptsächlich in zwei Regionen: Südkasachstan (345.000) und Zhambil (20.000).<sup>318</sup> In der Provinz Südkasachstan machen die ethnischen Usbeken 17% der Gesamtbevölkerung aus und liegen damit auf dem zweiten Platz nach der Titulnation der Kasachen. Die kasachischen Usbeken beschäftigen sich traditionell mit Handel und Landwirtschaft. Deswegen haben sie die Krisenzeiten der vergangenen Jahre, wo in Industriegebieten beschäftigte Minderheiten große Schwierigkeiten erlebten und zum größten Teil auch emigrieren mussten, relativ schmerzlos erlitten. Dabei sind die Usbeken in Kasachstan in letzter Zeit auch in die traditionell kasachisch dominierten Bereiche wie Viehwirtschaft eingedrungen und kontrollieren gegenwärtig etwa 50 Prozent des Viehmarktes in Südkasachstan.<sup>319</sup> Wegen der liberalen Wirtschaftspolitik in Kasachstan sind viele ethnische Usbeken zu erfolgreichen Geschäftsleuten in der Republik Kasachstan geworden.<sup>320</sup> Zwar unterhalten die kasachischen Usbeken enge verwandtschaftliche Kontakte zu Usbekistan, allerdings ist die Zahl der Rückkehrer in ihr historisches Heimatland gleich Null.

Die kasachische Minderheit in Usbekistan ist zahlenmäßig die größte in der GUS und die zweitgrößte in der Welt. Die Zahl der in Usbekistan lebenden Kasachen beträgt nach offiziellen Angaben etwa 1 Mio. Menschen. Damit sind die Kasachen die viertgrößte Minderheit in Usbekistan und ihr Anteil in der Gesamtbevölkerung Usbekistans macht 4,1% aus. Die überwiegende Zahl der kasachischen Minderheit in Usbekistan ist historisch zu erklären.<sup>321</sup> Sich traditionell mit Viehzucht beschäftigende Kasachen mussten in den

---

<sup>318</sup> Vgl.: Kadyrow, Dias: Luchshe „kak luchshe“ ili kak „wsegda“, in: „Kontinent“ (Zeitschrift), Nr.20, 16.-29.10.2002. Siehe auch unter <http://www.continent.kz/2002/20/12.htm>

<sup>319</sup> ebenda

<sup>320</sup> Nach Informationen der Zeitschrift „Forbes“ sind zwei von insgesamt drei Milliardären Kasachstans ethnische Usbeken. Siehe unter [http://www.forbes.com/static/bill2005/country\\_Kazakhstan.htm](http://www.forbes.com/static/bill2005/country_Kazakhstan.htm)

<sup>321</sup> „In der zweiten Hälfte des 17. Jh. stieß die west-mongol. Föderation der Oiraten (Dschungaren, Kalmücken) in die kasach. Steppe und kurzzeitig nach Süden bis in die Oase von Taschkent vor und löste

mittelasiatischen Bedingungen zum Teil auch in die Landwirtschaft gehen. Die kasachischen Minderheiten in Usbekistan leben hauptsächlich in den an Kasachstan angrenzenden Provinzen Taschkent, Syrdarya, Jizzax, Navoiy und in der Autonomen Republik Karakalpakistan. In keinem Gebiet Usbekistans beträgt ihr Anteil mehr als 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Lediglich in der autonomen Republik Karakalpakistan beträgt ihr Anteil 24% der Gesamtbevölkerung. Die Rückkehrpolitik der Republik Kasachstan ermöglicht ihnen die Emigration in die (historische) Heimat. Jedes Jahr nimmt Kasachstan etwa 345 kasachische Familien aus Usbekistan auf. Die schnellere wirtschaftliche Entwicklung der Republik Kasachstan und die schweren Lebensbedingungen der Kasachen in manchen Provinzen, wo sie kompakter leben (Karakalpakistan), sind die Hauptgründe der Rückkehrwünsche vieler Kasachen. Eine sprachliche oder kulturelle Benachteiligung dagegen ist nicht der Fall. In Usbekistan existieren ca. 605 kasachische Schulen, Abteilungen für die kasachische Sprache und Literatur an den Pädagogischen Hochschulen in Taschkent, Syrdarja, Dzhizzax, Nukus und Navoiy, eine Zeitung und eine Rundfunkstation.<sup>322</sup> Diese Faktoren bestätigen auch die Meinung, dass interethnische Spannungen zwischen Usbeken und Kasachen sowohl in Usbekistan als auch in Kasachstan nie auf der Tagesordnung standen und die Möglichkeiten einer solchen Entwicklung sehr gering sind. Dennoch berichtet die deutsche Forscherin von Gumpfenberg von einer Konfliktsituation zwischen usbekischen und kasachischen Bevölkerungsgruppen in den ländlichen Gebieten in Südkasachstan, die von ihr als „religiös fundierter Konflikt“ bezeichnet wird.<sup>323</sup> Demnach haben die Spannungen um die Konkurrenz bei noch verbliebenen Wirtschaftsnischen und die bildungspolitische Benachteiligung der Usbeken aufgrund des unterschiedlichen kulturell-religiösen Hintergrunds beider konfligierenden Ethnien besondere Brisanz angenommen.<sup>324</sup>

### *Wasserproblematik*

Die Wasserproblematik zwischen Usbekistan und Kasachstan ist nicht besonders scharf ausgeprägt und in vieler Hinsicht von der Position Kirgisistans in dieser Frage abhängig. Dabei ist die Nutzung der Wasserableitungssysteme des Syrdarja-Beckens nach den Bedürfnissen der Bewässerungswirtschaft, die Usbekistan und Kasachstan sich wünschen, sowie die Erfordernisse der Energieversorgung, die von Kirgisistan ausgehen, das

---

damit eine M[igration] von nomadischen kasach. und kirgis. Stämmen in das Ferghana-Tal aus, die bis in das frühe 18. Jh. andauerte.“ Zitiert aus: Schwarz, Florian: Migration, a.a.O., S.190.

<sup>322</sup> Vgl.: Rech' Prezidenta Respubliki Uzbekistan Karimowa I.A. na torzhestvennom sobranii, posvjashennom otkrytiyu Dney Uzbekistana w Kazachstane, in: Ispolkom Mezhgossoweta Kazachstana, Kyrgizstana i Uzbekistana (Hrsg.): Sbornik dokumentow i materialow po woprosam ekonomicheskoy integratsii Respubliki Kazachstan, Kyrgizskoj Respubliki i Respubliki Uzbekistan, a.a.O., S.54

<sup>323</sup> Vgl.: Gumpfenberg, Marie-Carin von: Staats- und Nationsbildung in Kazachstan. Opladen, 2002, S.184

<sup>324</sup> ebenda

Hauptthema der zwischenstaatlichen Wasserstreitigkeiten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatten Taschkent, Astana und Bischkek 1992 ein Abkommen über die gemeinsame Nutzung der Wasser- und Energieressourcen im Syrdarja-Becken verabschiedet, in dem unter anderem Energiekompensationen für den Wasserablass im Sommer festgeschrieben worden waren. Wie sich jedoch inzwischen herausstellte, haben sich die beteiligten Staaten nicht an das Abkommen gehalten. Aus diesen Gründen steht seit 1993 ein permanenter Wasserkonflikt zwischen diesen drei Staaten auf der Tagesordnung. Stand bis Ende der 1990er Jahre die zunehmende Wasserverknappung im Mittelpunkt des Wasserkonflikts, so stehen seit 2000 zunehmend die Folgen der Erhöhung des winterlichen Abflusses der Wasserstaudamms Tschardara im Südkasachstan im Vordergrund diesbezüglicher Diskussionen. Wegen der Energiegewinnung wird aus dem kirgisischen Toktogul-Staudamm mehr Wasser abgeleitet. Da die Speicherkapazitäten des Kayrakkum-Staudammes (Tadschikistan) und des Tschardara-Staudammes (Kasachstans) für die Annahme des zusätzlichen Wassers nicht ausreichen und die Durchlaufkapazität des Syrdarja aufgrund des jahrzehntelangen Wasserverbrauchs gesunken ist, muss ein erheblicher Teil der winterlichen Abflussmenge an die Arnasay-Senke in Usbekistan weitergeleitet werden. Usbekistan hat infolge der Wasserannahme vom kasachischen Schardara-Stausee enorme wirtschaftliche Verluste. Der Wasserspiegel des Ajdarkul-Sees hat sich in den letzten Jahren um acht Meter erhöht. Dadurch wurden mehrere Siedlungen, Autostraßen, Landwirtschafts- und Viehzuchtbetriebe in den drei usbekischen Provinzen überflutet. Auch Kasachstan erlitt bedeutende Verluste insbesondere in der Wintersaison 2004. Mitte Februar 2004 waren über 300 Häuser auf einer Fläche von 590 km<sup>2</sup> überflutet und zwei Brücken sowie einige Deiche zerstört. Über 2000 Menschen mussten aus dem Katastrophengebiet evakuiert werden.<sup>325</sup>

Um die katastrophale Situation zu beruhigen, sollten Sofortmaßnahmen eingeleitet werden. Nach mehreren bilateralen Treffen in Tschimkent, Taschkent und Almaty fand am 11. Februar 2004 erneut ein trilaterales Treffen der Vize-Premierminister Usbekistans, Kasachstans und Kirgisistans in Bischkek statt, das in äußerst angespannter Atmosphäre verlief. Die Staaten beschuldigten sich gegenseitig, für die Krise verantwortlich zu sein. Ein weiterer Affront ist der am 14. Februar 2004 veröffentlichter offene Brief des usbekischen Präsidenten Karimow an den kasachischen Präsidenten Nasarbajew, in dem er Kirgisistan die Schuld an der gegenwärtigen Situation gibt. Die Verringerung des Wasserabflusses vom Toktogul-Stausee von 650 auf 500m<sup>3</sup>/sek. führte zur Entspannung der Lage.<sup>326</sup> Jedoch stellen solche Vereinbarungen keine systematische Lösung des

---

<sup>325</sup> Vgl.: Giese, Ernst/ Sehring, Jenniver/ Trouchine, Alexej: Zwischenstaatliche Wassernutzungskonflikte in Zentralasien. Discussion Papers des Zentrums für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung (ZEU), Nr. 18, Gießen, Mai 2004, S. 10

<sup>326</sup> ebenda S.10

Problems dar, sondern nur eine zeitweilige Verschiebung. Der wichtige Beweis dafür ist die Wiederholung der Situation im Winter 2005, jedoch in kleinerem Umfang. Ein weiteres Problem in Bezug auf die Wassernutzung stellt aus kasachischer Perspektive die zunehmende Wasserverschmutzung dar.<sup>327</sup>

#### **4.3.2 Usbekistan – Kirgisistan**

Die Anfangsphase der usbekisch-kirgisischen politischen Beziehungen war durch einen ethnischen Konflikt im südkirgisischen Osch im Juni 1990 stark belastet. Durch intensive Kontakte der beiden Präsidenten Karimow und Akajew und regelmäßige Staatsbesuche, von denen einer im Januar 1994 unmittelbar in der Unruhestadt Osch stattgefunden hatte, konnte allerdings die angespannte Atmosphäre in den interethnischen Verhältnissen beruhigt werden. Zugleich wurde eine solide rechtliche Basis für die Aufrechterhaltung der Beziehungen geschaffen. In den vergangenen 14 Jahren der Selbständigkeit wurden zwischen Usbekistan und Kirgisistan mehr als 129 Abkommen und Verträge zwischenstaatlichen Charakters unterzeichnet. Das am 24. Dezember 1996 von beiden Staatspräsidenten unterschriebene Abkommen „Über ewige Freundschaft zwischen der Kirgisischen Republik und der Republik Usbekistan“ ist das wichtigste Dokument in der jungen Geschichte der usbekisch-kirgisischen Beziehungen und sollte als feste Grundlage für die vertrauensvolle Zusammenarbeit dienen. Der Anschluss Kirgisistans im April 1994 an den Vertrag über den gemeinschaftlichen Wirtschaftsraum zwischen Usbekistan und Kasachstan, der den Beginn der institutionalisierten Zusammenarbeit auf regionaler Ebene darstellte, war ein weiterer wichtiger Faktor auf dem Weg der Verbesserungen der bilateralen Beziehungen zwischen Taschkent und Bischkek.

Trotz dieser Fortschritte bleibt die Bilanz der usbekisch-kirgisischen bilateralen Beziehungen eher negativ; sie erweisen sich gegenwärtig als eines der schwierigsten Verhältnisse in Zentralasien. Durch die unterschiedlichen Positionen in den Fragen der gemeinsamen Nutzung der Transportsysteme und der Wasserressourcen der Region sowie die weitgehende Instrumentalisierung der Naturressourcen in den zwischenstaatlichen Beziehungen sind weitere Schwierigkeiten in den bilateralen Beziehungen entstanden. Angeblich wollten beide Länder in den Grenzverhandlungen zusätzliche Handlungsräume gewinnen. Seit 1999 stellte Usbekistan seine Erdgaslieferungen an Kirgisistan in den Wintermonaten ein. Usbekistan selbst aber leidet an Wassermangel, der von Kirgisistan

---

<sup>327</sup> Vgl.: Burlibaev, Marat: Ursachen und Risiken der Verschmutzung der grenzüberschreitenden Flüsse Kasachstans. Vortrag für die internationale Konferenz „Cooperation and Conflict Management in Central Asia“, Rauschholzhausen, 26.-28. Mai 2003. Die englische Version des Vortrages siehe auch in: Seidelmann, Reimund/Giese, Ernst (eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia. Frankfurt am Main, 2004, S.41-47

verursacht wird. Die bewaffnete Invasion der militanten islamistischen Gruppierungen im Süden Kirgisistans im August 1999 führte zu erheblichen Problemen in den zwischenstaatlichen Beziehungen.<sup>328</sup> Die kirgisischen Medien behaupten, dass die usbekische Luftwaffe das kirgisische Territorium bombardiert und materiellen Schaden in Höhe von 10 Mio. Som verursacht habe. Erheblichen Schaden in den zwischenstaatlichen Beziehungen haben aber auch die darauf folgenden Grenzverhandlungen bewirkt. Angeblich wollten beide Länder in den Grenzverhandlungen zusätzliche Handlungsspielräume gewinnen. Um seine Sicherheit zu wahren, hat Usbekistan gegenüber kirgisischen Bürgern eine Visumpflicht eingeführt. In den nachfolgenden Monaten wurden manche Grenzgebiete vermint. Eine systematische Lösung dieser Fragen ist noch nicht gefunden.

### *Wirtschaftliche Beziehungen und Transport*

Ein großes Hindernis für die wirtschaftlichen Beziehungen stellt die Unkonvertibilität der usbekischen Währung und das Zahlungsdefizit der kirgisischen Wirtschaft dar. Die Grundlage der Handelsbeziehungen bilden der Export des usbekischen Erdgases sowie Dienstleistungen nach Kirgisistan, letztere vor allem im Transportsektor. Seit 2001 ist ein ständiger Rückgang des Handelsvolumens zu beobachten, der vor allem auf die Reduzierung der Energielieferungen auf usbekischer Seite zurückzuführen ist.

Tab. 6: Usbekisch-kirgisische Wirtschaftsbeziehungen 1997-2003 (in Mio. US Dollar)

Jahre	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003*
<b>Gesamt</b>	73,6	71,3	98,8	144,9	125,7	111,63	53,6
<b>Export</b>	54,4	51,2	52,2	50,9	76,4	76,59	36,8
<b>Import</b>	19,2	20,1	46,6	93,9	49,3	35,04	16,9
<b>Saldo</b>	+35,2	+31,1	+5,6	-43,1	+27,0	+41,55	+19,7

\*Nur für Januar-August

Zusammengestellt nach: <http://www.mfa.uz:8001/ccng/ccng9.htm>

In den Transportfragen ist Kirgisistan in vieler Hinsicht von Usbekistan abhängig. Die einzige Eisenbahnlinie, die die kirgisische Hauptstadt Bischkek mit den wichtigen Städten in Südkirgisistan verbindet, verläuft über das usbekische Territorium. Die Unstimmigkeiten bei Grenzfragen haben zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Nutzung des gemeinsamen Transportsystems geführt. Aus diesen Gründen versucht die kirgisische

<sup>328</sup> Eine militante islamistische Gruppe hat im August 1999 im Süden Kirgisistans drei Dörfer besetzt und dreizehn Geiseln genommen, darunter vier Geologen aus Japan und den Stellvertretenden Innenminister Kirgisistans. Ihr ursprüngliches Ziel soll ein Vorstoß nach Usbekistan gewesen sein.

Regierung mit Hilfe ausländischer Investoren die Autostraße zwischen den nördlichen und südlichen Teilen des Landes zu verbessern. Das Projekt einer Eisenbahnlinie, die die usbekische Stadt Andischan über das südkirgisische Osch mit China verbinden soll, gilt bisher als das einzige Transportprojekt zwischen beiden Ländern.

### *Minderheitenproblematik*

In Kirgisistan leben etwa 340.000 ethnische Usbeken. Sie machen 13% der gesamten Bevölkerung des Landes aus. Angesichts der starken Auswanderung der russischsprachigen Bevölkerung stellen sie seit Ende der 1990er Jahre die zweitstärkste Bevölkerungsgruppe. Ihre Siedlungen sind auf alle Teile des Staates ungleichmäßig aufgeteilt und konzentrieren sich vor allem auf an Usbekistan angrenzenden Regionen. Sie leben hauptsächlich in den drei südkirgisischen Provinzen Osch, Jalalabad und Batken im Ferghana-Tal. Nach den blutigen Zusammenstößen Anfang der 1990er Jahre blieb das interethnische Verhältnis zwischen Titularnation und Usbeken relativ friedlich. Die Usbeken Kirgisistans besitzen eine Kulturautonomie, die aus usbekischen Bildungseinrichtungen, kulturellen Zentren und Hochschulen besteht. Ihre politische Aktivität zeichnete sich durch die Aufstellung ethnischer Usbeken als Parlamentsmitglieder aus. Eine starke Emigration in die historische Heimat ist bisher statistisch nicht angewiesen.

Die Zahl der in Usbekistan ansässigen Kirgisen betrug 1989 174.900 Menschen, die 2000 mit 231.864 angegeben wird.<sup>329</sup> Wie diese Zahlen zeigen, wächst die Zahl der Kirgisen, aber ihr Anteil in der Gesamtbevölkerung ändert sich nicht. Der größte Teil von ihnen lebt im Ferghana-Tal in den an Kirgisistan angrenzenden Regionen. Es gibt hier mehrere kirgisische Schulen. Spannungen im Verhältnis zwischen der kirgisischen Minderheit in Usbekistan und den Usbeken sind nicht zu verzeichnen. Die Reemigration nach Kirgisistan ist gleich Null.

### *Grenzfragen*

Neben der Wasserproblematik stellen die usbekisch-kirgisischen Grenzstreitigkeiten den wichtigsten Bestimmungsfaktor in den zwischenstaatlichen Beziehungen dar. Die wesentlichen Bestandteile des usbekisch-kirgisischen Grenzkonflikts sehen folgendermaßen aus:

---

<sup>329</sup> Vgl.: Germanowa, Walerija: Kirgizi, in: Ilkhamov, Alisher (ed.): Etnicheskiy atlas Uzbekistana, a.a.O., S.139-144



- Völkerrechtliche Absicherung der Grenze. Die gesamte Länge der usbekisch-kirgisischen Grenze beträgt etwa 1234 km. Seit Ende 1999 laufen die Verhandlungen zwischen den beiden Staaten über die Demarkierung der Grenze. Bis heute wurden davon 490 km geklärt. Die Verhandlungen über den Grenzverlauf kommen nur sehr langsam voran, da der Löwenanteil der usbekisch-kirgisischen Grenzlinie über das dichtbesiedelte Ferghana-Tal verläuft. Das Ferghana-Tal, die dicht besiedeltste Gegend Zentralasiens, wurde mittels bizarrer Grenzziehungen zwischen Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan aufgeteilt. Usbekistan erhielt den Osten, Tadschikistan den Westen und Kirgisistan den den Talkessel umgebenden Bergkettel und schmale Streifen des Vorlandes.
- Zugang zu den Enklaven. Die Lösung der Grenzfragen zwischen Usbekistan und Kirgisistan werden durch die Existenz der auf dem Territorium des Nachbarlandes liegenden Enklaven erheblich erschwert. Auf usbekischer Seite sind es die Siedlungen Schahimardan und Soch im Ferghana-Gebiet. Diese Territorien sind von Kirgisistan umgekesselt und nur über das kirgisische Territorium erreichbar. Auf dem Territorium Usbekistans befindet sich umgekehrt die kirgisische Enklave Barak. Mit der Einführung von Zoll- und Grenzposten an der Grenze der beiden Länder entstanden enorme Schwierigkeiten für die Bevölkerung dieser Gebiete. Der Transport der landwirtschaftlichen Produkte für den Verkauf auf den anliegenden Märkten, was für die Bevölkerung manchmal die einzige Finanzquelle ist, wurde durch unzählige Kontrollpunkte verhindert. Usbekistan versucht während der Grenzverhandlungen einen unmittelbaren Zugang zu diesen Siedlungen zu erreichen. Taschkent hat seinem Nachbarn einen Gebietsaustausch angeboten, der aber bis heute abgelehnt wird.
- Verminung der Grenzlinien. Die Grenzproblematik zwischen Taschkent und Bischkek wurde zudem durch die Verminung der Grenzabschnitte im Herbst 1999 verschärft. Aus usbekischer Sicht stellt dieser Schritt eine Notwendigkeit dar, um die Sicherheit der Grenzen zu bewahren und sie für terroristische Gruppierungen unpassierbar zu machen. In dieser Frage bekam die usbekische Führung sogar Rückendeckung aus den USA.<sup>330</sup> Die kirgisischen Behörden dagegen behaupten, dass es durch die usbekischen Minen zu mehreren menschlichen Opfern gekommen sei. Das kirgisische Außenministerium hat mehrere Protestnoten an die Adresse der usbekischen Regierung geschickt und forderte die Übergabe der Karte der verminnten Territorien. Usbekistan lehnte bis 2003 die Forderung der kirgisischen

---

<sup>330</sup> Während seiner Zentralasien-Reise äußerte der amerikanische Generalstabschef Tommy Franks die Meinung, dass die Bewahrung der eigenen Sicherheit die undiskutierbare Aufgabe des Staates sei.

Seite ab.<sup>331</sup> Das Versprechen über die Bekanntmachung der verminten Grenzabschnitte, das im Mai 2003 in einem Treffen der SCO-Länder in Moskau gegeben wurde, wurde aber bisher nicht erfüllt.

- Grenzübergänge und Grenzhandel. Die Sicherung der Grenze durch Einrichtung von Grenzposten und Visumszwang bedeutet für die Bevölkerung der Grenzregionen ein erhebliches Erschwernis. Verschärft wird die Situation aber noch dadurch, dass Übergänge ohne Ankündigung geschlossen werden oder Schmiergeldzahlungen zum Grenzübertritt erforderlich sind.

### *Wasserproblematik*

Der eine der beiden großen Flüsse der Region, Syrdarja, erhält seinen Zufluss aus Kirgisistan über den Naryn. Auf ihn entfallen 39,1% der Abflüsse im Syrdarja-Becken. Die Speisung des Naryn erfolgt vor allem durch Gletscher- und Schneeschmelze, so dass der stärkste Abfluss ab April bis Juni des Jahres erfolgt. Mit dem Ziel einer besseren Abflussnutzung für Bewässerungszwecke wurden in den 1960er Jahren entlang des Naryn mehrere Wasserstaubecken gebaut. Das größte davon ist der Toktogul-Stausee mit einem Gesamtvolumen von 19,5 Mrd. m<sup>3</sup> und einem nutzbaren Volumen von 14,5 Mrd. m<sup>3</sup>. An den Toktogul-Stausee ist ein Wasserkraftwerk mit einer Leistung von 1.200.000 kW gekoppelt. In Sowjetzeiten wurde der Abfluss des Wassers vom Toktogul-Staudamm nach einem bewässerungsoptimalen Modell geregelt: Im Winter und Frühjahr, wo man kein Wasser für die Landwirtschaft braucht, wurde das Wasser im Toktogul-See aufgestaut, um im Sommer die Baumwollanlagen von Usbekistan und Kasachstan zu bewässern. In Winterzeiten, wenn im Staubecken zu wenig Wasser vorhanden war, erhielt Kirgisistan Energiekompensationen von seinen Nachbarrepubliken.

Auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war Usbekistan daran interessiert, diese Regelung beizubehalten. Aus diesen Gründen wurde 1992 zwischen Usbekistan, Kirgisistan und Kasachstan ein Vertrag unterschrieben, in dem bei der Nutzung der Staudämme der Primat der Bedürfnisse der Bewässerungswirtschaft hervorgehoben wird. Dennoch führte die regelmäßige Einstellung der Energielieferungen seitens Usbekistans und Kasachstans nach Kirgisistan wegen der Zahlungsunfähigkeit des Landes, insbesondere in den Wintermonaten, infolge dessen große Teile des Landes, auch die Hauptstadt Bishkek, ohne Wärmeversorgung blieben, zur Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses Vertrages. Kirgisistan, das keine großen Energierohstoffe besitzt, stand vor ernsthaften Problemen bei der Energieversorgung. In dieser Situation entschied

---

<sup>331</sup> Der Pressesekretär des usbekischen Außenministeriums Kadir Yusupov erklärte, dass „Usbekistan sein Recht auf die Sicherung seiner Landesgrenzen solange behalten wird, wie das die Gefahr durch den internationalen Terrorismus notwendig macht.“ Vgl.: Kabar, 28.02.2003

Kirgisistan, den riesigen Toktogul-Staudamm mit seinen 19 Kubikkilometern Speicherkapazität in den Winterzeiten zur Stromerzeugung zu nutzen. Zu Zeiten der Sowjetunion arbeitete der Toktogul-Stausee so, dass im Winter rund 31% und im Sommer 69% Wassermenge abgegeben wurden. Seit 1993 wurde die Abflussmenge im Winter auf 66% erhöht, die Abflussmenge im Sommer dafür auf 34% verringert. Durch diese drastische Senkung des Abflusses in den Sommerzeiten traten in den Staaten im Unterlauf des Syrdarja, vor allem in Usbekistan, ernste Probleme bei der Wasserversorgung auf.

Die kirgisische Führung ging noch weiter und erklärte 1999 das Wasser zu einem Rohstoff. Nach Auffassung der kirgisischen Seite sind die Wasservorräte ein wichtiger Teil der natürlichen Ressourcen des Landes. „Als unabhängiges Land beansprucht Kirgisistan das volle Eigentumsrecht an allen natürlichen und materiellen Ressourcen, die sich innerhalb seiner Staatsgrenzen befinden und verlangt in Übereinstimmung mit nationalem wie internationalem Recht eine Bezahlung für die Nutzung des Wassers.“<sup>332</sup> 2001 verabschiedete das kirgisische Parlament ein Gesetz „Über die zwischenstaatlichen Nutzung der Wasserobjekte, Wasserressourcen und wasserwirtschaftlichen Anlagen der Kirgisischen Republik“. Kirgisistan beruft sich dabei auf die sog. „Dublin Principles“ von 1992, die den ökonomischen Wert des Wassers festschrieben. Die kirgisische Seite betrachtet den am Oberlauf des Flusses liegenden Staat als Exporteur und damit erklärt sich selbst zum Wasser exportierenden Staat.

Usbekistan lehnt die Ansicht der kirgisischen Führung kategorisch ab und stützt sich dabei auf die „Osloer Konvention über die Nutzung der transnationalen Flüsse“, die die freie Nutzung des Wassers der grenzüberschreitenden Flüsse zur Grundlage hat. Da aber keine Annäherung der Positionen beider Länder in Sicht ist, versucht Taschkent, wenigstens den Schaden zu minimieren. Im Ferghanabecken werden gegenwärtig zwei neue Staudämme gebaut, die insgesamt 13,5 Mrd. m<sup>3</sup> Wasser speichern können.

#### **4.3.3 Usbekistan – Tadschikistan**

Die usbekisch-tadschikischen Beziehungen sind unter starkem Einfluss des Bürgerkrieges in Tadschikistan (1992-97) formiert worden. In Tadschikistan hatten sich unter den Bedingungen der Perestroika seit Ende der 1980er Jahre nationalistisch, islamisch und national-demokratisch orientierte oppositionelle Gruppierungen gegen das kommunistische Regime herausgebildet. Sie begannen im März 1992, Massenkundgebungen gegen die Regierung abzuhalten, die ihrerseits ebenfalls Anhänger für Massendemonstrationen mobilisierte. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Duschanbe sowie lokale

---

<sup>332</sup> Vgl.: Oxus, Nr. 2/1999, S.39-40

bewaffnete Konflikte zwischen umgesiedelter und eingesessener Bevölkerung im Süden Tadschikistans lösten einen Bürgerkrieg aus. Da die westlichen demokratischen Werte, die die national-demokratischen Bewegungen anstrebten, schon zu Sowjetzeiten in der traditionell zutiefst islamisch ausgerichteten tadschikischen Gesellschaft nicht populär waren, haben die islamistischen Bewegungen die Führung übernommen. Sie bildeten eine Vereinigte Tadschikische Opposition (VTO), die im September 1992 den prokommunistischen Präsidenten Rahmon Nabijew aus dem Amt jagte. Jedoch hat die gegen Ende 1992 gebildete Volksfront, ein Netzwerk aus hauptsächlich von Khodjent und Kuljab stammenden (ex)kommunistischen Eliten, mit Hilfe von Truppen der GUS bis Mitte 1993 die Kontrolle über weite Teile des Landes übernommen. Die Vereinigte Tadschikische Opposition verlegte ihre militärischen Basen nach Afghanistan. Sie erhielt Waffenlieferungen der afghanischen Mudschaheddin und setzten ihren Kampf gegen die Regierungstruppen fort. Auf Initiative Russlands begann im Frühjahr 1994 ein diplomatischer Prozess unter Vermittlung der Vereinten Nationen. Nach mehreren Verhandlungsrunden zwischen dem tadschikischen Präsidenten Rahmonov und dem VTO-Führer Said Abdullo Nuri wurde der Bürgerkrieg mit der Bildung eines Komitees der Nationalen Aussöhnung offiziell für beendet erklärt.

Die unmittelbare Nachbarschaft, die ähnliche Struktur der usbekischen und tadschikischen Gesellschaften, die Jahrhunderte lange kulturelle Bindung zwischen beiden Völkern, die Existenz der großen usbekischen Minderheit in Tadschikistan und der tadschikischen in Usbekistan und nicht zuletzt das Vorhandensein ähnlicher Oppositionsgruppen erforderte von der usbekischen Führung, in Tadschikistan-Frage eine aktive Politik zu führen. Usbekistan hat zunächst die oppositionellen Gruppierungen für das Aufflammen der Unruhen verantwortlich gemacht. Taschkent sprach sich zunächst für eine militärische Lösung des Problems aus. Denn eine islamische Regierung oder sogar die Legalisierung islamischer Parteien in Tadschikistan konnte für Taschkent eine ähnliche Gefahr auslösen wie der Bürgerkrieg selbst. Im Falle eines Sieges der islamischen Bewegung über die kommunistischen Machthaber in Duschanbe könnten die islamischen Bewegungen in Usbekistan selbst ihre Aktivitäten ausweiten. Um das zu vermeiden, hat Taschkent mit allen Mitteln versucht, das Interesse Russlands an den innertadschikischen Konflikt zu lenken. Am 3. September 1992 vereinbarten die Präsidenten Usbekistans, Russlands, Kasachstans und Kirgisistans die Entsendung zusätzlicher Grenztruppen nach Tadschikistan. Insbesondere Usbekistan drängte Moskau zu einem stärkeren Engagement. Diese Entscheidung wurde aber mit der Koalitionsregierung in Tadschikistan nicht abgestimmt. Im Dezember 1992 gelang es Usbekistan mit Hilfe Russlands, den heutigen Präsidenten von Tadschikistan, Emomali Rahmonov, an die Macht zu bringen. Der vom Präsident Rahmonov zum Verteidigungsminister ernannte Alexander Schischljanikov war zuvor im usbekischen Verteidigungsministerium beschäftigt.

Ab Mitte 1995 hat Usbekistan seine Position in Bezug auf den innertadschikischen Konflikt modifiziert. Die zunehmende Unterstützung der VTO-Truppen durch afghanische Mudschaheddin und der in Afghanistan selbst aufflammende Bürgerkrieg hatte nach Ansicht Usbekistans die baldige Lösung des innertadschikischen Konflikts mit friedlichen Mitteln notwendig gemacht. Nunmehr drängte Taschkent die tadschikische Regierung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Opposition. Mit dem 1997 in Teheran zwischen der tadschikischen Regierung und der Opposition unterzeichneten Vertrag aber war Taschkent nicht ganz zufrieden. Nach Meinung Usbekistans wurden dabei die Interessen der dritten Kraft, damit meinte Taschkent die Usbekistan nahe stehende Nordregion Chodjent, nicht berücksichtigt, was zu einer weiteren Eskalation führen kann. Aus der Sicht Usbekistans waren der Aufstand von Oberst Chudoyberdiyew im November 1998 und sein Aufmarsch in Nordtadschikistan das Ergebnis dieser Benachteiligung. Die tadschikische Regierung hat dagegen Usbekistan der Organisation und Durchführung dieser Invasion beschuldigt, was zu einer tiefen Krise im Verhältnis der beiden Nachbarländer geführt hat. Diese Vorwürfe wurden aber von Usbekistan kategorisch zurückgewiesen. Das Durchlassen der Kämpfer der Islamischen Bewegung Usbekistan im August 1999 war die Antwort der tadschikischen Regierung. Unter starkem Druck aus den zentralasiatischen Hauptstädten sowie aus Moskau und Beijing hat jedoch Duschanbe die Kämpfer der IMU im Jahre 2000 nach Afghanistan zurückgeschickt. Seit dem offiziellen Besuch des usbekischen Staatspräsidenten Islam Karimow im Juni 2000 ist eine zunehmende Normalisierung der Beziehungen zu beobachten.

#### *Wirtschaftliche Beziehungen und Transport*

Usbekistan ist einer der größten Handelspartner der Republik Tadschikistan. Der usbekische Anteil am Außenhandel Tadschikistans lag 2004 bei 23 Prozent und war damit 3 Prozent geringer als im Vorjahr. Die Grundlage der ökonomischen Beziehungen zwischen Taschkent und Duschanbe bilden die Energielieferungen und der Transit der tadschikischen Güter- und Personenzüge über das usbekische Territorium.

Tab. 7: Handelsbeziehungen zwischen Usbekistan und Tadschikistan 1997-2003 (in Mio. US Dollar)

Jahre	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003*
<b>Gesamt</b>	169,8	138,0	151,4	120,1	106,3	116,9	103,9
<b>Export</b>	106,3	122,2	120,1	100,9	85,8	101,1	85,9
<b>Import</b>	63,5	15,8	31,3	19,2	20,5	15,8	17,9
<b>Saldo</b>	+42,8	+106,4	+88,8	+81,7	+65,75	+85,26	+68,0

\* Nur für Januar-August

Quelle: <http://www.mfa.uz:8001/ccng/ccng9.htm>

In den Bereichen Transport und Kommunikation ist Tadschikistan von seinem Nachbarland Usbekistan stark abhängig. Die tadschikische Provinz Sogd im Norden des Landes ist nur über Usbekistan erreichbar. Die tadschikischen Züge, die nach Russland fahren, müssen Usbekistan durchqueren.

### *Grenzproblematik*

Die Grenz- und Minderheitenproblematiken zwischen Usbekistan und Tadschikistan sind durch viele historische Faktoren, vor allem in der Zaren- und Sowjetperiode, verursacht. Nach der Abklärung der Grenze entlang des Flusses Pandsch durch Verhandlungen zwischen Russland und England 1895/96 wurde das westliche Pamirland dem Emirats von Buchara zugesprochen. Das unter der Jurisdiktion von Buchara stehende und Ostbuchara genannte Gebiet wurde 1924 mit dem russischen Ostpamir vereinigt und zur Tadschikischen ASSR erklärt, die administrativ der Usbekischen SSR angegliedert war. Der Status der Tadschikischen ASSR wurde im Oktober 1929 auf eine Unionsrepublik erhoben und sie trat aus Usbekistan aus. Ihre wirtschaftliche Überlebenschance war in dieser Form jedoch sehr fragwürdig. Aus diesen Gründen wurde ihr Gebiet um die Khodjent-Region im Ferghanatal erweitert, die gegenwärtig den ökonomisch fortgeschrittenen nördlichen Teil Tadschikistans bildet. Die Bevölkerungsmehrheit in Chodjent wurde statistisch zu Gunsten der Tadschiken geändert, jedoch bleibt der Anteil der Usbekischsprachigen unverändert groß. Während des tadschikischen Bürgerkrieges äußerte die usbekische Bevölkerung in der tadschikischen Oblast' Khodjent neuerdings zunehmend den Wunsch, einen autonomen Gebietsstatus zu erlangen und in usbekische Verwaltungshoheit überzugehen.

Aus tadschikischer Sicht sind die historischen Zentren ihrer Kultur wie Buchara und Samarkand innerhalb Usbekistans geblieben. In der Tat ist die Bedeutung dieser Städte für die tadschikische Identität sehr wichtig. Auch das moderne Tadschikistan hat als seinen historischen Vorgänger das Reich der Samaniden ausgewählt. Die Samaniden gründeten ihren Staat im 10. Jahrhundert mit Zentrum in Buchara.<sup>333</sup> Seit dem Zerfall des Samanidenstaates im 11. Jahrhundert wurde aber in Mittelasien kein weiteres von Tadschiken geführtes Reich gebildet und die Region stand unter der Herrschaft türkischsprachiger Stämme. Trotz dieser Tatsache beanspruchen die tadschikischen nationalistischen Bewegungen die Rückgabe der ältesten Städte Samarkand und Buchara und damit fast ein Drittel des usbekischen Territoriums an Tadschikistan.

---

<sup>333</sup> Das Grab des Samanidenführers Ismail liegt im alten Teil des heutigen Buchara.

Die Grenzverhandlungen zwischen beiden Ländern laufen unter diesen Voraussetzungen. Sie wurden zusätzlich durch gegen Ende der 1990er Jahre errichtete Grenzposten und die Verminung der Grenzabschnitte durch das usbekische Militär kompliziert. Ihr Ergebnis, insbesondere im dichtbesiedelten Ferghanatal, steht noch offen.

### *Minderheitenproblematik*

Nach offiziellen Angaben macht die usbekische Minderheit in Tadschikistan 23% der Gesamtbevölkerung aus. Die meisten in Tadschikistan lebenden Usbeken sind vor allem im tadschikischen Teil des Ferghana-Tals, also in der Provinz, ansässig. Sie stellen ein Drittel der Bevölkerung dieses Gebietes. Andere Gruppen der usbekischen Minderheit leben in Duschanbe, Tursunzade und in Kurgantjube. Die usbekische Bevölkerungsgruppe in Tadschikistan besitzt eine Kulturautonomie, die durch usbekischsprachige Schulen, einen usbekischen Fachbereich an der Khodjenter Universität sowie durch usbekische Zeitungen und Rundfunkkanäle verwirklicht wird. Ihre politische Aktivität war zuletzt durch die Aufstellung von 24 Parlamentsmitgliedern sichtbar.

In Usbekistan lebten nach der letzten offiziellen Volkszählung von 1989 900.000 Tadschiken, die 5% der Republikbevölkerung ausmachten. Sie leben hauptsächlich in der südusbekischen Provinz Surchondaryo und in der im Ferghanatal liegenden Provinz Namangan sowie in den Städten Samarkand und Buchara. Manche westliche Autoren weisen darauf hin, dass diese Zahl stark untertrieben sei, weil „die tadschikische Bevölkerungsgruppe in Usbekistan bei den Volkszählungen traditionell klein gehalten wird“. <sup>334</sup> Die tatsächliche Zahl der tadschikischen Bevölkerungsgruppe in Usbekistan sei vielmehr höher. Entsprechend wird die offiziell angegebene Zahl der Tadschiken in Usbekistan von vielen westlichen und tadschikischen Experten bezweifelt.

Ein unmittelbarer Konflikt zwischen beiden Bevölkerungsgruppen, sei es in Usbekistan oder in Tadschikistan, war in den vergangenen Jahren nicht zu verzeichnen. Auch während des Bürgerkrieges und in den nachfolgenden Unruhen in Nordtadschikistan wurde eine interethnische Auseinandersetzung verhindert. Nach Ansicht der usbekischen Führung, die zuletzt während des Staatsbesuches des usbekischen Präsidenten in Duschanbe im Jahre 2000 wiederholt wurde, sind „die Usbeken und Tadschiken ein Volk, die in zwei verschiedenen Sprachen sprechen.“ Manche Beobachter interpretieren das in der Weise, dass „nach usbekischer Auffassung die Tadschiken eigentlich Usbeken sind, die lediglich eine andere Sprache sprechen.“ <sup>335</sup> In der Tat verbindet Usbeken und Tadschiken in kultureller Hinsicht Vieles. Eine wichtige Rolle spielt hier auch die Religion. Im

<sup>334</sup> Vgl.: Halbach, Uwe: Ethno-territoriale Konflikte in der GUS, a.a.O., S.39

<sup>335</sup> Vgl.: Bischof, Henrik: Der Krieg in Tadschikistan: Zusammenprall der Zivilisationen? Bonn, 1996, S.23

Unterschied zu ihren gleichsprachigen Brüdern aus Iran sind die Tadschiken Sunniten wie die Usbeken auch.

### *Wasserproblematik*

Die energiepolitischen Pläne der tadschikischen Regierung bezüglich des Aufbaus des Rogun-Staudammes am Fluss Vachschi könnten den Wassernutzungskonflikt zwischen Usbekistan und Tadschikistan erheblich verschärfen. Denn Amudarja, der größte Fluss Zentralasiens, bekommt seinen Zufluss aus den auf dem tadschikischen Territorium liegenden Flüssen Vachschi und Pjandsch. Die beiden Flüsse machen zusammen 59,8% der Abflussbildung des Amudarja aus.<sup>336</sup> Bisher ist am Vachschi nur ein Staudamm, nämlich der Nurek-Stausee, aufgebaut. Duschanbe plant einen weiteren Staudamm, den Rogun-Staudamm, aufzubauen, der bei seiner Fertigstellung der höchste Staudamm der Welt wäre. Durch den Aufbau dieses Staudammes möchte Tadschikistan die Bewässerungswirtschaft ausweiten, aber vor allem die Energiegewinnung des Landes erhöhen. Dadurch könnte das Energiedefizit des Landes und die Abhängigkeit Nordtadschikistans von Usbekistan behoben werden.

Usbekistan ist gegen das Rogun-Projekt. Denn durch die Verwirklichung dieses Projekts könnte Tadschikistan einen größeren Teil des Amudarja-Flusses kontrollieren. Zudem hätte Tadschikistan ein Druckmittel, ähnlich wie Kirgisistan mit dem Toktogul, bekommen und die großen Bewässerungsgebiete in Usbekistan wären damit von seiner Politik abhängig. Zum Glück Usbekistans fehlen den Tadschiken noch die notwendigen Mittel für den Aufbau des Rogun-Staudammes. Für den Aufbau von Rogun sind je nach Szenario zwischen 200 und 500 Mio. US-Dollar notwendig. Tadschikistan selbst ist nicht in der Lage, diese Kosten zu übernehmen. Die internationalen Finanzorganisationen aber machen ihre Hilfe von mehreren Bedingungen abhängig. Die wichtigste davon ist eine Einigung mit den Nachbarstaaten. Die tadschikischen Behörden behaupten, dass sie ohne Einverständnis Usbekistans den Weiterbau des Rogun-Staudammes nicht durchführen werden.<sup>337</sup> Angesichts der offenkundigen Nachteile durch den neuen Staudamm am Vachschi ist ein solches Einverständnis auf usbekischer Seite mehr als fraglich.

---

<sup>336</sup> Giese, Ernst/ Sehring, Jenniver/ Trouchine, Alexej: Zwischenstaatliche Wassernutzungskonflikte in Zentralasien, a.a.O., S.10

<sup>337</sup> ebenda, S.13



#### 4.3.4 Usbekistan – Turkmenistan

Dass die usbekisch-turkmenischen Beziehungen eine der konfliktreichsten in Zentralasien werden könnten, war schon Anfang der 1990er Jahre von vielen Experten vorausgesagt worden.<sup>338</sup> Die Gründe für solch pessimistische Äußerungen waren vor allem die historische Belastung der interethnischen Beziehungen durch blutige Auseinandersetzungen im Khanat Chiva, dessen Bevölkerung mehrheitlich aus Usbeken und Turkmenen bestand. Trotz des vorhandenen Konfliktpotenzials versuchten Taschkent und Aschgabat nach der Unabhängigkeit ihrer Länder, freundschaftliche Beziehungen aufzubauen. Im Februar 1995 wurde in Aschgabat die usbekische und ein Jahr darauf in Taschkent die turkmenische Botschaft eröffnet. Die rechtliche Grundlage der Beziehungen bilden mehr als 100 zwischenstaatliche Abkommen und Verträge. Das Hauptdokument, das die bilateralen Kontakte der beiden Länder reguliert, ist ein am 16.01.1996 unterzeichneter Vertrag „Über Freundschaft, Kooperation und gegenseitige Hilfe zwischen der Republik Usbekistan und Turkmenistan“.<sup>339</sup>

Die erste Unstimmigkeit zwischen Usbekistan und Turkmenistan war mit der regionalen Integration verbunden. Im Unterschied zu Taschkent, das zumindest deklaratorisch die regionale Integration zu einer der wichtigsten Aufgaben seiner Außenpolitik erklärte, distanzierte sich Turkmenistan von allen Integrationsprozessen, die auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in Gang gesetzt worden waren, darunter auch von den regionalen Kooperationsprojekten in Zentralasien. Aschgabat stützte sich dabei ökonomisch auf seine Bodenschätze, vor allem auf Erdgas, und außenpolitisch auf seinen Neutralitätskurs, der von der UNO 1996 offiziell anerkannt wurde. Diese beiden Faktoren in Zusammenhang mit dem Turkmenbaschi-Kult, den der Staatspräsident Niyazov für sich entwickelte, führten zu einer zunehmenden Isolierung Aschgabats von seinen Nachbarn. Wie unberechenbar das turkmenische Regime ist, zeigte auch die Position Aschgabats in der Afghanistan-Frage. Während in Usbekistan und in anderen zentralasiatischen Republiken das Taliban-Regime als größte Herausforderung für die nationale Sicherheit angesehen wurde, unterhielt Turkmenistan Handelsbeziehungen zur Taliban-Regierung.

Dennoch wurde der Tiefststand in den usbekisch-turkmenischen Beziehungen erst nach dem angeblich versuchten Attentat auf Staatspräsident Saparmurad Niyazov am 23.11.2002 erreicht. Aschgabat beschuldigte die usbekische Führung der Vorbereitung und Durchführung dieser Aktion. Entgegen aller diplomatischen Regeln durchsuchten die

---

<sup>338</sup> Vgl.: Götz, Roland/ Halbach, Uwe: Politisches Lexikon GUS, a.a.O., S.350

<sup>339</sup> Vgl.: Uzbeksko-turkmenskije otnoshenija, unter: <http://www.mfa.uz:8001/ccng/ccng9.htm>

turkmenischen Sicherheitsbehörden am 26.11.2002 die usbekische Botschaft in Aschgabat und die Residenz des Botschafters. Kurz darauf wurde der usbekische Botschafter zu einer unerwünschten Person erklärt und musste binnen 24 Stunden das Land verlassen. Das Außenministerium in Taschkent reagierte mit einer scharfen Erklärung, in der alle Anschuldigungen der turkmenischen Seite zurückgewiesen wurden. Der turkmenische Botschafter in Taschkent wurde dagegen nicht ausgewiesen. Stattdessen hat Taschkent mit anderen erschreckenden Maßnahmen reagiert. Die politische Führung hat zusätzliche Truppen an die Grenzlinie gezogen und in der Nähe der usbekisch-turkmenischen Grenze Militärmanöver durchgeführt.<sup>340</sup> Manche Beobachter sprachen von einem ersten Präzedenzfall in der GUS-Geschichte, da ein Krieg zwischen zwei ehemaligen Unionsrepubliken real drohte.

Diese Ereignisse führten zu einer zweijährigen Pause in den offiziellen Kontakten zwischen Taschkent und Aschgabat, die im Herbst 2004 auf Initiative der usbekischen Seite gebrochen wurde. Die Staatspräsidenten der beiden Länder trafen sich im November 2004 in der usbekischen Stadt Buchara wieder. Sie unterzeichneten zwei Vereinbarungen, eine in Bezug auf Grenzhandel und die andere in Bezug auf die Grenzproblematik. Als eigentlich wahrer Grund für das Treffen wurde vermutet, dass Taschkent versprochen habe, turkmenische Bürger zu verfolgen. Die Vereinbarung über die Errichtung der neuen Punkte für den Grenzhandel gehörte ebenfalls zu den Ergebnissen des Treffens. Jedoch bleibt das Konfliktpotenzial zwischen beiden Ländern weiterhin erhalten und von einer Normalisierung der usbekisch-turkmenischen Beziehungen zu sprechen scheint aus heutiger Perspektive noch verfrüht. Es fehlt an einer systematischen Lösung der vorhandenen Probleme und an Mechanismen der Regulierung der bilateralen Beziehungen.

#### *Wirtschaftliche Beziehungen und Transport*

Die Handelsbeziehungen zwischen Usbekistan und Turkmenistan sind in den letzten zwei Jahren drastisch zurückgegangen. Der Grund dafür könnten die politischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern und die darauf folgende Verschärfung des Grenzregimes sein. Der Export des usbekischen Erdgases und der Export von Dienstleistungen beider Seiten, die vor allem aus dem Transit der Güter- und Passagiertransporte und der Nutzung der Erdgasleitungen bestehen, sind die Grundlagen der ökonomischen Beziehungen zwischen Taschkent und Aschgabat.

---

<sup>340</sup> Vgl.: NG, 17.02.2003

Tab. 8: Handelsbeziehungen zwischen Usbekistan und Turkmenistan 1997-2003 (in Mio. US Dollar)

Jahre	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003*
<b>Gesamt</b>	116,8	51,5	86,3	193,5	164,8	76,36	35,5
<b>Export</b>	92,8	41,3	76,3	175,4	138,3	64,54	27,9
<b>Import</b>	24,0	10,0	10,0	18,1	26,5	11,82	7,6
<b>Saldo</b>	+68,8	+31,1	+66,3	+157,3	+119,9	+52,7	+20,3

\* Nur für Januar-August

Zusammengestellt nach: <http://www.mfa.uz:8001/ccng/ccng9.htm>

Einen wichtigen Punkt der zwischenstaatlichen Beziehungen stellt die Kooperation in Transportfragen dar. Im Mai 1992 unterzeichneten die Regierungen beider Länder ein Abkommen über die gemeinsame Finanzierung und technisch-materielle Unterstützung der Eisenbahnlinie Tedschen-Serachs. Diese 295 km lange Eisenbahnlinie sollte die zentralasiatischen Länder mit Iran verbinden und einen neuen „Südkorridor“ ermöglichen. Der Bau dieser wichtigen Eisenbahnlinie wurde im April 1996 geschlossen. Ein multilaterales Abkommen zwischen Usbekistan, Turkmenistan, Aserbaidschan und Georgien über die Koordinierung des Eisenbahntransportwesens und noch ein weiteres Abkommen über Zusammenarbeit in Sachen Regulierung des Transits, die im Mai 1996 unterzeichnet wurden, sollten die Zusammenarbeit im Bereich Transport und Kommunikation verbessern. In der Tat bleibt aber der Bau der Eisenbahnlinie zwischen Tedschen und Serechs leider das einzige gemeinsame Projekt zwischen beiden Ländern. Seitdem versuchen Usbekistan und Turkmenistan ihren Transport und ihre Kommunikationslinien, die das Territorium des Nachbarlandes überqueren, in den inneren Teil des Staates zu verlegen. So wurden in Usbekistan zwei Eisenbahnlinien aufgebaut. Turkmenistan seinerseits baut eine Eisenbahnlinie, die die Hauptstadt Aschgabat mit der größten Stadt in Ostturkmenistan, Taschhavuz, direkt verbinden soll.

Im Bereich Transport und Kommunikation haben beide Länder große Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit. Turkmenistan fühlt sich als wichtiges Transitland zwischen Zentralasien und Iran, woran eigentlich nur Usbekistan ein besonderes Interesse hat. Die Verschlechterung der politischen Beziehungen trägt dazu bei, dass die bestehenden Möglichkeiten ungenutzt bleiben. Die Stabilisierung der Sicherheitslage in Afghanistan kann zudem dazu führen, dass Usbekistan lieber das afghanische Territorium für den Transit benutzen wird.

### *Grenzfragen*

Die rechtliche Lösung der Grenzfragen zwischen Usbekistan und Turkmenistan wird durch das Vorhandensein vieler wirtschaftlicher Objekte an der Grenzlinie, wie Erdöl- und Erdgasleitungen, die Erdöllagerstätte Kokdumaloq, das Wasserkraftwerk Talimarjan, die Wasserleitungskanäle Karschi, Amu-Buchara und den Tujamujin-Stausee, erheblich kompliziert. Die erwähnten Objekte stehen unter usbekischer Jurisdiktion, befinden sich aber zum Teil auf turkmenischem Territorium. So ist die Grenzstadt Talimarjan, in der sich ein usbekisches Wasserkraftwerk befindet, gegenwärtig auf die usbekische und die turkmenische Seite aufgeteilt. Durch diese Teilung sind etwa 200 usbekische Familien in Turkmenistan geblieben. Sie wurden durch turkmenische Behörden vor eine Alternative gestellt: Entweder turkmenische Staatsbürgerschaft annehmen oder nach Usbekistan umsiedeln. Außerdem befindet sich in Talimarjan ein usbekisches Wasserkraftwerk, das für die Energieversorgung der Gebiete Buchara und Kashkadarja eine bedeutende Rolle spielt. Die Anordnung der Visumpflicht für usbekische Bürger und die Errichtung zusätzlicher Grenzkontrollen erschwert die Bewegungsfreiheit der Mitarbeiter dieses Kraftwerks. Des Weiteren hat die turkmenische Seite eine Grenzübergangsgebühr in Höhe von 6 US-\$ eingeführt. Da diese Summe für die Bevölkerung der verarmten Grenzregionen Choresm und der autonomen Republik Karakalpakistan erhebliche Kosten für das Familienbudget darstellt, sind die täglichen Besuche der Bewohner der Grenzregionen unter einen sozialen Vorbehalt gestellt. Darüber hinaus hat es bei illegalen Versuchen des Grenzübergangs auf usbekischer Seite mehrere Opfer gegeben.

Zwischen Taschkent und Aschgabat wurden bisher 10 Abkommen in Bezug auf die Regulierung der Grenzfragen unterschrieben, die die 1700 km lange usbekisch-turkmenische Grenze regulieren sollen. Die oben erwähnten Faktoren haben aber bisher die Normalisierung der Grenzbeziehungen behindert. Auch in den neuen Vereinbarungen zwischen beiden Präsidenten, die bei ihrem letzten Treffen in Buchara bekannt gegeben wurden, sind keine entscheidenden Fortschritte sichtbar.

### *Minderheitenproblematik*

Laut der letzten amtlichen Volkszählung in der Sowjetunion lebten 1989 in Turkmenistan etwa 345.000 Usbeken. Damit machten sie etwa 9 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes aus. Da es auch hier einen starken Strom an russischsprachigen Auswanderern gab, kann man inzwischen davon ausgehen, dass sie gegenwärtig die zweitgrößte Volksgruppe nach der Titularnation der Turkmenen geworden sind. Jedoch sagte der turkmenische Staatspräsident Saparmurad Niyazov in seiner Rede vor dem Xalq Maslaxaty, dem höchsten beratenden Repräsentativorgan Turkmenistans im August 2003, dass mittlerweile

94,7 Prozent der Gesamtbevölkerung Turkmenistans die ethnischen Turkmenen seien.<sup>341</sup> Gleichzeitig hat er die Zahl der in Turkmenistan lebenden Usbeken mit 121.000 angegeben, die bei 6 Mio. Gesamtbevölkerung einen kleinen Anteil von 2 Prozent ausmachen würden. Mit seiner Äußerung hat Niyazov das bestätigt, wovon die internationalen Menschenrechtorganisationen seit Jahren sprechen. Deren Berichten zufolge führt Turkmenistan eine regelrechte Assimilierungspolitik gegenüber den dort lebenden Usbeken durch. Laut dieser Berichte wurden in Turkmenistan seit dem Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit viele usbekische Schulen geschlossen. Die ethnischen Usbeken werden dazu gezwungen, statt ihrer traditionellen Kleidung die turkmenische Bekleidung zu tragen. Wie auch andere Minderheiten im Lande besitzen Usbeken keinen Zugang zu den Informationskanälen in ihrer Sprache. Die Gründung eines usbekischen Kulturzentrums in Turkmenistan wurde nicht zugelassen. Noch bedrückender sind aber die Informationen, dass Aschgabat eine zielgerichtete Umsiedlungspolitik durchführt, in der die Usbeken, die hauptsächlich in den an Usbekistan angrenzenden Regionen leben, in das Landesinnere zwangsumgesiedelt werden. Da Turkmenistan ein geschlossenes Land ist, ist eine unabhängige Überprüfung dieser Informationen und die Erstellung eines realen Bildes über die Minderheitenlage unmöglich. Die usbekische Führung hat bisher auf solche Berichte offiziell nicht reagiert und stellt Aschgabat gegenüber keine Forderungen in Bezug auf die Gewährleistung der Rechte der usbekischen Minderheit in Turkmenistan. Das Gegenteil ist der Fall: Taschkent hat gegen eine Resolution der UNO gestimmt, in der die Vereinten Nationen im Zusammenhang mit allgemeinen Menschenrechtsproblemen auch ihre Besorgnis über die Lage der ethnischen Minderheiten in Turkmenistan äußerten. Dies bestätigt die Tatsache, dass für Taschkent die ethnische Frage in den bilateralen Beziehungen keine vorrangige Rolle spielt. Im Verhältnis zwischen Turkmenistan und Usbekistan konzentriert man sich vielmehr auf die Lösung der ökonomischen Fragen und der Probleme der Wassernutzung.

Trotz des fehlenden Zugangs zur Hochschulausbildung in eigener Sprache geht es der turkmenischen Minderheit in Usbekistan im Vergleich zur usbekischen in Turkmenistan relativ gut. Gemäß den letzten statistischen Angaben liegt die Zahl der turkmenischen Minderheit in Usbekistan bei 150.000 Menschen.<sup>342</sup> Ein republikanisches turkmenisches Kulturzentrum mit Koordinationsfunktion für die regionalen Kulturzentren der Turkmenen in der autonomen Republik Karakalpakistan, in den Gebieten Surchondaryo und Buchara sowie der Stadt Taschkent wurde im Februar 2001 gegründet. In Karakalpakistan, wo die meisten usbekischen Turkmenen leben, erscheint monatlich eine Zeitung in turkmenischer

---

<sup>341</sup> Vgl.: Fragmenty wystuplenija prezidenta Turkmenistan Saparmurata Niyazowa na zasedanii narodnogo soweta, in: <http://www.turkmenistan.ru>

<sup>342</sup> Vgl.: „Turkmeni ne chuwstwujet sebja natsional’nim menshinstwom w Uzbekistane“, IA „Jahon“ unter: <http://www.jahon.mfa.uz> 18.06.2003

Sprache. 64 turkmenische Schulen in der Autonomen Republik Karakalpakistan, in den Gebieten Choresm, Kashkadarja, Surchondarja und Navoiy bieten der turkmenischen Minderheit eine Ausbildung in eigener Sprache. Ein interethnischer Konflikt zwischen Usbeken und Turkmenen sowohl in Usbekistan als auch in Turkmenistan war bisher nicht sichtbar.

### *Wasserproblematik*

Die Spannungen zwischen Usbekistan und Turkmenistan sind am schärfsten im Bereich der Nutzung der Wasserobjekte und der Wasserverteilung. Der einzige Fluss, der die Landwirtschaft Usbekistans und Turkmenistans mit Wasser versorgt, ist der Amudarja. In der Sowjetzeit wurden entlang dieses Flusses mehrere Wasserleitungskanäle und Staudämme gebaut, die jetzt von nationaler oder zwischenstaatlicher Bedeutung sind. Da der Fluss mehrmals die Grenze der beiden Staaten überquert und jedes Mal einen bedeutenden Anteil seines Wassers verliert, entflammen seit Anfang der 1990er Jahre zwischen Taschkent und Aschgabat permanente Konflikte um die Nutzung dieser Wasserobjekte.

Einen Hauptgrund für die Wasserstreitigkeiten zwischen Usbekistan und Turkmenistan bildet der Karakum-Kanal, der südlich vom turkmenischen Kerki vom Amudarja abzweigt und über das ganze Land fließt. Die projektierte Gesamtlänge des Karakum-Kanals beträgt 1400 km, dadurch könnte er über Krasnowodsk das Kaspische Meer erreichen; bislang ist er aber erst auf einer Strecke von 1300 km fertiggestellt. Durch diesen Kanal wird ein bedeutender Teil des Amudarja-Wassers abgeleitet. In ihm wird auch eine der wesentlichen Ursachen für die Austrocknung des Aralsees gesehen. Zu Sowjetzeiten war eine Quote von sechs Kubikkilometern Wasser pro Jahr vorgesehen, aber nach unabhängigen Angaben zweigt der Kanal zwei- bis dreimal so viel Wasser vom Amudarja ab. Dadurch verletzt Turkmenistan systematisch die vereinbarten Wasserquoten von 38,5% und entnimmt 41,2% des Amudarja-Wassers. „So betonen verschiedene usbekische Experten, dass die Aufteilung der Wasserressourcen zu gleichen Teilen zwischen Usbekistan und Turkmenistan ungerecht sei, da in Usbekistan mehr als dreimal so viele Menschen von den Wasserressourcen leben.“<sup>343</sup> Ein weiterer Streitpunkt ist der Karschi-Kanal. Er zweigt das Wasser ebenfalls vom Amudarja ab und wurde auch während der Sowjetzeit gebaut, um die Baumwollfläche des westlichen Usbekistans zu erweitern und sie mit Wasser zu versorgen. Obwohl dieser Bewässerungskanal als usbekisches Eigentum anerkannt wurde, verläuft der größte Teil über das turkmenische Territorium. Die

---

<sup>343</sup> Vgl. International Crisis Group (ICG): Central Asia: Water and Conflict. ICG Asia Report Nr.34, Osch/Brussels 2002, S.21. Hier zitiert nach: Giese, Ernst/ Sehring, Jenniver/ Trouchine, Alexej: Zwischenstaatliche Wassernutzungskonflikte in Zentralasien, a.a.O., S.16

turkmenische Seite behindert durch ihre Isolationspolitik die notwendige Rekonstruktion und Wartungsarbeiten an dem Kanal, die zuletzt mit von der Weltbank geschaffenen Krediten erfolgen sollten. Ein weiterer Konfliktfall zwischen Usbekistan und Turkmenistan ist der Tujamujin-Staudamm. Das juristisch zu Usbekistan gehörende Wasserobjekt liegt an der Grenze zwischen den beiden Staaten. Obwohl die Wasserentnahme aus dem Staudamm den beiden Ländern proportional (je 50%) zugesichert war, war Turkmenistan schon in den Sowjetzeiten mit der Verteilungsfunktion des über das usbekische Territorium verlaufenden Versorgungskanals unzufrieden. Deswegen hat Turkmenistan an seiner Uferseite des Stausees einen Bewässerungskanal gebaut, der unter Umgehung usbekischen Territoriums Wasser in das Oasengebiet von Taschus liefert. Wie die Experten behaupten, sollen „die Streitigkeiten über diese Wasserentnahme (...) schon zu mehreren Scharmützeln und gegenseitiger Sabotage von Pumpstationen“ geführt haben.<sup>344</sup>

Als ob die bestehenden Konfliktfälle nicht ausreichten, plant Turkmenistan den Bau eines neuen künstlichen Sees in der Karakum-Wüste, der vom turkmenischen Präsidenten der „Stausee des Goldenen Zeitalters“ genannt wird, aber für seinen Nachbarn eher einen „Untergangsee“ bedeutet. Der zukünftige See mit einem Fassungsvermögen von 132 km<sup>3</sup> und einer Fläche von 3460 km<sup>2</sup> soll jährlich bis zu 10 km<sup>3</sup> Wasser aufnehmen. Zwar behauptet Aschgabat, dass der neue See allein mit Rückfluss- und Drainagewasser von den Feldern der Bewässerungsgebiete der drei turkmenischen Provinzen Lebap, Mary und Akhal gespeist würde. Die Experten bezweifeln jedoch, dass aufgrund der hohen Verdunstung und des hohen Salzgehaltes des Drainagewassers der See allein dadurch erhalten werden kann und rechnen mit 10 km<sup>3</sup> zusätzlichem Wasser pro Jahr. Dies hätte verheerende Folgen für die weiter unter liegenden Landwirtschaftsbetriebe in Usbekistan, meint auch die International Crisis Group.<sup>345</sup>

#### 4.4 Fazit

Als Anfang der 1990er Jahre die zentralasiatischen Länder in die Unabhängigkeit entlassen wurden, sprachen viele westliche Experten angesichts der Möglichkeit des Entstehens mehrerer ethno-territorialer Konflikte von einer Balkanisierung der Region. Egon Bahr sprach von Zentralasien als einer Region, in der „schwer durchschaubare und schwer beeinflussbare nationale, ethnische und religiöse Leidenschaften und wirtschaftliche Interessen eine brisante Mischung ergeben, die nur mit Glück unter einer friedlichen Decke

---

<sup>344</sup> ebenda, S.17

<sup>345</sup> Vgl.: ICG: Central Asia: Water and Conflict, a.a.O., S.24, hier zitiert nach Giese, Ernst/ Sehring, Jenniver/ Troughine, Alexej: Zwischenstaatliche Wassernutzungskonflikte in Zentralasien, a.a.O., S.19

gehalten werden können<sup>346</sup>. Zbigniew Brzezinski meinte, Zentralasien werde sich aufgrund seines „ethnischen Hexenkessels“ zu einem „eurasischen Balkan“ entwickeln.<sup>347</sup> In der Tat, als in Tadschikistan ein Bürgerkrieg aufflammte und ein weiterer in Afghanistan drohte, schienen sich solche Vorhersagen zu bestätigen. In den nachfolgenden Jahren ist es aber den zentralasiatischen Ländern gelungen, ihre Probleme in Griff zu bekommen. Jedoch wurde diese Konsolidierung nicht auf Kosten der Bildung von verlässlichen Mechanismen der Konfliktverhütung erreicht, sondern vielmehr mit dem Versuch der Konservierung der bestehenden Probleme erlangt. Ein ausbalanciertes System der zwischenstaatlichen Beziehungen in Zentralasien wurde bisher nicht geschaffen. In diesem Sinne lässt die Erfüllung der vorrangigen Aufgabe der usbekischen Außenpolitik in Bezug auf Zentralasien, nämlich die Schaffung von befreundeten Allianzen in unmittelbarer Nähe, auf sich warten.

Das Thema der regionalen Integration bleibt weiterhin einer der wichtigsten Faktoren für die Stabilität und die nachhaltige Entwicklung in Zentralasien. Ihr Vorantreiben muss dringendste Aufgabe der usbekischen Zentralasienpolitik werden. Trotz der relativ guten Voraussetzungen und Ressourcen für die Erfüllung dieser Aufgabe sind die tatsächlichen Erfolge in diesem Bereich sehr gering. Die Frage nach regionaler Integration steht auch im engen Zusammenhang mit der Bewahrung der regionalen Sicherheit. Wie der usbekische Präsident Karimow zu Recht betont: „Die Bedrohung der Sicherheit verhält sich umgekehrt proportional zum Niveau der Integriertheit des Landes.“<sup>348</sup> Die objektiven Gegebenheiten und die geopolitische Lage Usbekistans im Zentrum der zentralasiatischen Region erfordern es, eine aktive Regionalpolitik zu führen. Dafür müssen aber im bisherigen außenpolitischen Kurs gegenüber den zentralasiatischen Nachbarländern mehrere ernsthafte Korrekturen durchgeführt werden. Das betrifft in erster Linie die bilateralen Beziehungen zu Kasachstan, die auf eine glaubwürdige und freundschaftliche Grundlage gestellt werden müssen. Durch Verbesserung der bilateralen Kontakte zu Kasachstan kann auch die regionale Integration und der Aufbau einer verlässlichen Struktur regionaler Sicherheit geschaffen werden. Auch die Kontakte zu Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan müssen auf konstruktiver Basis durchgeführt werden.

---

<sup>346</sup> Vgl.: Bahr, Egon: Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik. München, 1998, S.91

<sup>347</sup> Vgl.: Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Berlin/Weinheim, 1997, S.184

<sup>348</sup> Siehe Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.349



## **5. Kapitel. Zwischen Moskau und Washington: die usbekische Außenpolitik im Spannungsfeld postsowjetischer Integration und Westorientierung**

### **5.1 GUS als neue Form der Zusammenarbeit ehemaliger Unionsrepubliken**

#### **5.1.1 Das GUS-Konzept der usbekischen Regierung**

Die Auflösung der Sowjetunion durch die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die von den drei slawischen Unionsrepubliken Russland, Ukraine und Weißrussland entschieden worden war, wurde in Usbekistan und im gesamten mittelasiatischen Teil mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Einerseits waren sie davon überzeugt, dass mit dem gescheiterten Augustputsch 1991 wahrscheinlich der letzte Versuch zur Erneuerung des Unionsvertrages verpasst wurde. Denn die „Postaugust“-Zeit wurde von einem beschleunigten Übernahmeprozess der zentralen Organe der UdSSR durch entsprechende russische Strukturen begleitet, der die Funktionsfähigkeit der Zentralregierung lahm legte. In Taschkent hatte man aber die Hoffnung auf eine Lösung, in der der gemeinschaftliche Charakter der Union beibehalten werden konnte, noch nicht aufgegeben. Obwohl zu diesem Zeitpunkt Usbekistan seine Unabhängigkeit verkündet und sich zum Subjekt des internationalen Rechts erklärt hatte, plädierte die politische Führung des Landes für eine Konföderation, die mehr Rechte für die Republiken schaffen sollte.<sup>349</sup> Dies gründete nicht zuletzt in der Annahme, dass in den mittelasiatischen Republiken die Voraussetzungen für eine nationale Staatlichkeit noch fehlten. In diesem Kontext kam die Nachricht über die Auflösung der Sowjetunion, oder genauer die Tatsache, dass „die UdSSR als Subjekt des Völkerrechts und als geopolitische Realität aufgehört hatte zu bestehen“, für Usbekistan überraschend. Sie führte in Mittelasien auch zu Spekulationen, dass die drei slawischen Republiken sich von den anderen Republiken getrennt und ihre eigene Union gegründet hätten. Als die Führer Usbekistans, Kasachstans, Kirgisistans, Tadschikistans und Turkmenistans in der turkmenischen Hauptstadt Aschgabat zusammentrafen und über die neuen Entwicklungen berieten, wurde auch darüber diskutiert, ob man als Gegenreaktion ein eigenes Bündnis gründen könnte. Dennoch wurde einstimmig entschieden, zusammen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten beizutreten, was wenige Tage später mit der Unterzeichnung des zweiten Gründungsakts der GUS erfolgte. So schloss sich Usbekistan am 21.12.1991 in Alma Ata der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten an.

---

<sup>349</sup> Vgl.: Xalq Sözi, 23.10.1991

Usbekistans Beitritt zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten erfolgte in erster Linie aufgrund wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Sachzwänge. Taschkent war auf eine Abkoppelung vom Komplex der sowjetischen Gesamtwirtschaft und auf die Zerschlagung des einheitlichen sicherheitspolitischen Raums nicht vorbereitet. Denn dies hätte für eine von den Subventionen der Zentralregierung abhängige Rohstoff produzierende Republik wie Usbekistan in kürzester Perspektive eine soziale Explosion bedeuten, und schließlich zur Degradierung der nationalen Unabhängigkeitsidee führen können. Deswegen war die GUS für Usbekistan nicht nur ein geeignetes Instrument für eine „zivilisierte Scheidung“, wie der damalige ukrainische Präsident Krawtschuk als Gründungsmotiv der Gemeinschaft formulierte, sondern auch ein wichtiges Mittel für den Aufbau und die Stärkung der nationalen Selbständigkeit. Die Notwendigkeit des Eintritts ihres Landes in die GUS formulierte die politische Führung Usbekistans wie folgt:

1. „Die neuen unabhängigen Republiken waren früher Bestandteil eines einheitlichen Staates. In territorialer, geopolitischer und organisatorischer Hinsicht bildeten sie ein einheitliches Ganzes. Das plötzliche Abreißen der im Laufe vieler Jahre entstandenen Beziehungen und Kontakte würde nicht nur zu einer Destabilisierung in den Republiken selbst sondern auch auf internationaler Ebene führen.
2. Die Wirtschaft der Republik gestaltete und entwickelte sich im Rahmen des abgeschlossenen Unionswirtschaftsraums mit einem einheitlichen Transport- und Energiesystem. Eng sind die wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Regionen, die gegenseitigen Verrechnungen erfolgen in Rubel. Ein Abbruch dieser Beziehungen ohne entsprechenden Ersatz durch weltwirtschaftliche Beziehungen, deren Anknüpfung sehr langwierig ist, kann zur Senkung des Produktionsumfangs, der Verschlechterung der Wirtschaftslage und Verschärfung der sozialen Probleme führen, was bereits auch eintritt.
3. In allen souveränen Republiken und insbesondere in Usbekistan leben Menschen unterschiedlicher Nationalität, die in der ehemaligen Sowjetunion nahe Verwandte haben. Die Aufrechterhaltung offener Grenzen und das Recht auf Bewegungs- und Reisefreiheit der Bevölkerung bildet die Voraussetzung für die bürgerliche und internationale Eintracht in der Republik, die einen wichtigen Faktor der gesellschaftspolitischen Stabilität darstellt.
4. Die jungen souveränen Staaten verfügen in den außenpolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen noch nicht über die nötige Autorität. Sie brauchen Zeit für die Festigung ihres internationalen Status. Die Zugehörigkeit zur GUS hindert sie nicht im geringsten bei der Anknüpfung von vorteilhaften Kontakten zu ausländischen Staaten, trägt jedoch dazu bei, unseren diplomatischen Aktivitäten Gewicht zu verleihen.“<sup>350</sup>

---

<sup>350</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschrittes, a.a.O., S.28-29

Aus diesen Gründen waren die Beziehungen zwischen den GUS-Staaten in den ersten Jahren dadurch gekennzeichnet, dass Eigenstaatlichkeit die absolute Priorität in der Außenpolitik besaß. Dabei erwartete Taschkent durch die Mitgliedschaft in der GUS die Erfüllung folgender Bedürfnisse:

- Schutz der Integrität des nationalen Territoriums und der Staatsgrenze durch Koordinierung der nationalen Verteidigung über die Vereinigten Streitkräfte;
- Erwerb der notwendigen Rohstoffe und Konsumgüter unter den Weltmarktpreisen sowie die Beibehaltung des riesigen Absatzmarktes der ehemaligen Sowjetunion für die eigenen Erzeugnisse;
- Nutzung des Transportnetzes der ehemaligen Sowjetunion, Zugang zu den Seehäfen für die Beförderung der Waren ins Ausland;
- Zugang zu den Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, den Neuerungen anderer Staaten der Gemeinschaft, den Technologien, den Nachrichtenübertragungsmitteln;
- gemeinsame Durchführung von Maßnahmen zur Lösung akuter ökologischer Probleme und gegenseitige Hilfe bei der Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen.<sup>351</sup>

### 5.1.2 Bilateralisierung der Beziehungen in der GUS

Ausgehend von seinen pragmatischen Interessen positionierte sich Usbekistan in der Anfangszeit der GUS als überzeugender Anhänger der Idee der Verstärkung des gemeinschaftlichen Charakters der Organisation, indem ihre Strukturen gefestigt, und sie sich zum friedlichen Mechanismus der Steuerung der gegenseitigen Beziehungen entwickeln sollte. Neben Russland, Kasachstan und Kirgisistan gehörte Usbekistan zu der Gruppe derjenigen Staaten, die die meisten Abkommen der GUS unterzeichnet hatten.<sup>352</sup> Dazu gehört beispielsweise die GUS-Charta vom 22.1.1993, die die Bereiche gemeinsamer Tätigkeit definiert: Wahrung der Menschenrechte und -freiheiten, Koordination der außenpolitischen Aktivitäten, Kooperation in der Herausbildung und Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, Zollpolitik, Transport- und Fernmeldewesen, Gesundheits- und Umweltschutz, Sozial- und Migrationspolitik, Kampf gegen das organisierte Verbrechen sowie Verteidigungspolitik und Schutz der äußeren Grenzen. In Bezug auf die wichtigsten Herausforderungen und neu zu ordnenden Politik- und Arbeitsbereichen der GUS sah die usbekische Position folgendermaßen aus:

---

<sup>351</sup> ebenda

<sup>352</sup> Vgl.: Zagorski, Andrei u.a.: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Entwicklungen und Perspektiven. Bericht des BIOST, Nr. 50, 1992, S. 3

1. Wirtschaftliche Fragen. Da Usbekistan von Produktionslieferungen aus anderen Republiken extrem abhängig war, plädierte Taschkent für die Beibehaltung der bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen.
2. Finanzielle Fragen. Aus Sicht der usbekischen Regierung war Usbekistan noch nicht bereit, seine eigene nationale Währung einzuführen. Taschkent war daran interessiert, bis zur Stabilisierung seiner Wirtschaft die gemeinsame Währungszone beizubehalten. Denn die Auflösung der Rubelzone hätte auch bedeutet, dass die Handelsbeziehungen zwischen den GUS-Staaten in einer konvertierbaren Währung, in diesem Fall in US-Dollar, erfolgen müßten. Deswegen gehörte die Erhaltung der gemeinsamen Rubelzone zu den strategisch wichtigsten Zielen der usbekischen Regierung;
3. Militärische Fragen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete auch die Beendigung der einheitlichen Kontrolle durch den sowjetischen Militärapparat. Vor dem Hintergrund des andauernden Bürgerkriegs in Afghanistan und der eskalierenden Auseinandersetzung in Tadschikistan zeigte sich Usbekistan daran interessiert, die gemeinsamen Streitkräfte nicht aufzulösen. Ungeachtet mehrerer Versuche auf russischer Seite waren die Verhandlungen über die Schaffung der Vereinigten Streitkräfte der GUS an der Ablehnungshaltung der Ukraine gescheitert; alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion begannen mit dem Aufbau nationaler Armeen.
4. Atomwaffenproblematik. Neben Russland, der Ukraine und Weißrussland besaß auch Kasachstan, ein wichtiges Nachbarland von Usbekistan, ein Atomwaffenarsenal. Für Taschkent war es von großer Bedeutung, dass die zentralasiatische Region eine atomwaffenfreie Zone blieb. Verfügte einer der Staaten der Region über Kernwaffen, hätte dies das strategische Gleichgewicht in Zentralasien erheblich belastet. Aus diesen Gründen war auch eine der ersten außenpolitischen Initiativen Usbekistans, Zentralasien zur atomwaffenfreien Zone zu erklären.
5. Sicherheitspolitische Zusammenarbeit: Taschkent war daran interessiert, den GUS-Raum als einen einheitlichen Sicherheitsraum beizubehalten. Aus seiner Perspektive stellte der im Mai 1992 in Taschkent unterzeichnete Vertrag über kollektive Sicherheit der GUS nur das Minimum der Möglichkeiten gemeinsamer Sicherheitspolitik dar.

Zugleich plädierte die politische Führung Usbekistans für eine verstärkte Integration innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die durch die objektiven Gegebenheiten, insbesondere die engen wirtschaftlichen Verflechtungen der ehemaligen Sowjetrepubliken, vorbestimmt sei. Dennoch traf die multilaterale Zusammenarbeit in der GUS auf mannigfache Schwierigkeiten, die vor allem auf den Mangel an Erfahrung mit horizontaler Kooperation zwischen den ehemaligen Unionsrepubliken zurückzuführen war. Wenn auch bei vielen Mitgliedstaaten ein deutlich gesteigertes Interesse an der Abstimmung wirtschaftlicher Entscheidungen und an der Erhaltung der wirtschaftlichen

Verbindungen zu erkennen war, entzogen sich eine Reihe von Republiken konsequent einer Beteiligung an der Institutionalisierung kollektiver Formen der Zusammenarbeit und deren Finanzierung. Darüber hinaus zeigten die in multilateralem Rahmen unterzeichneten Dokumente und Entscheidungen wegen der fehlenden Mechanismen zu ihrer Durchführung oft geringe Auswirkungen und mussten deshalb durch bilaterale Vereinbarungen ersetzt werden. Auch Russland strebte danach, mehr bilaterale Beziehungen zu den ehemaligen Unionsrepubliken aufzubauen und unterzeichnete mit Usbekistan und anderen mittelasiatischen Republiken Verträge über gegenseitige Hilfe. Besondere Auswirkungen auf den Bilateralisierungsprozess in der GUS hatten die in Dagomys und bei Jalta getroffenen Vereinbarungen der Präsidenten Jelzin und Krawtschuk. Danach sollten die hauptsächlichen Streitfragen nicht mehr im Rahmen der GUS behandelt, sondern auf bilateraler Basis gelöst werden.<sup>353</sup> Russlands Bestrebungen zur Bilateralisierung der Beziehungen lagen nicht zuletzt auch die Überlegungen zugrunde, dass Moskau auf diese Weise objektiv das Zentrum der ehemaligen UdSSR bleiben würde. Denn Moskau besaß im Rahmen bilateraler Beziehungen mehr Möglichkeiten, auf die Partner einzuwirken als im Rahmen der GUS, wo die Mitgliedstaaten bei der Beschlussfassungsformel „Konsens minus eins“ theoretisch in der Lage waren, Konditionen zu blockieren, die ihnen unvorteilhaft vorkamen. Darüber hinaus festigte die vertikale Bilateralisierung in der GUS, vor allem aufgrund ökonomischer Faktoren die Position Russlands als des einzigen Führers der GUS und ermöglichte ihm die Wiederherstellung der „Zentrum-Peripherie“-Beziehungen. Taschkent folgte dem Bilateralisierungsprozess in der GUS und unterzeichnete mehrere zwischenstaatliche Vereinbarungen mit anderen Republiken, die schließlich zu einem Strategiewechsel in der usbekischen GUS-Politik führten.

### **5.1.3 Usbekische Skepsis gegenüber den Integrationsbemühungen im postsowjetischen Raum**

Die nächste Phase in den politischen Entwicklungen der GUS war mit einem Wandel in der russischen Außenpolitik gegenüber dem postsowjetischen Raum eng verbunden<sup>354</sup>, der durch eine Reihe von innenpolitischen und außenpolitischen Faktoren bestimmt worden war. Innenpolitisch stand der außenpolitische Kurs der ersten liberalen Regierung Russlands unter starker Kritik der Opposition im Parlament, die mit einer eigenen Initiative, die oft nur aus provokativen Erklärungen bestand, aber dennoch bei der unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten leidenden Bevölkerung große Zustimmung fand,

---

<sup>353</sup> Zagorski, Andrei u.a.: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Entwicklungen und Perspektiven, a.a.O., S.16

<sup>354</sup> Ausführlich dazu siehe: Westphal, Kerstin: Hegemon statt Partner – Russlands Politik gegenüber dem „nahen Ausland“. Münster, 1995

versuchte, die Formierung der russischen Außenpolitik zu beeinflussen. Dies wird auch aus dem im Komitee für auswärtige Angelegenheiten des Obersten Sowjet Russlands unter seinem Vorsitzenden Ambarzumow erarbeiteten Positionspapier sehr deutlich. Die Autoren erklären das Territorium der ehemaligen Sowjetunion zur Sphäre der lebenswichtigen Interessen Russlands und räumen ihm das Recht ein, die Sicherheit und Menschenrechte der ethnischen Russen in den früheren Sowjetrepubliken zu verteidigen.<sup>355</sup> Darauf reagierte das russische Außenministerium seinerseits mit der Veröffentlichung des „Konzepts der Außenpolitik Russlands“, das in vielen Punkten mit Ambarzumows Positionspapier übereinstimmte und als Wendepunkt der außenpolitischen Orientierung Russlands – zumindest in offiziellen Dokumenten – festgestellt werden kann. Im Frühjahr 1993 hatte der russische Präsident Jelzin sich mit einem Aufruf an seine GUS-Kollegen gewendet, in dem er die Notwendigkeit der engeren Kooperation und der Ausarbeitung gemeinsamer Instrumente zur Bewältigung der lokalen Konflikte betonte.<sup>356</sup> Daraus wurde auch deutlich, dass eines der Motive des außenpolitischen Wandels in Russland der Versuch war, der steigenden westlichen Einflussnahme im Rahmen des internationalen Krisenmanagements entgegenzuwirken. Die Forderungen nach einer Reintegration der ehemaligen Unionsrepubliken kamen aber nicht nur aus Russland. In Kasachstan, im wichtigsten Nachbarland Usbekistans, wurde die Notwendigkeit der engeren Zusammenarbeit auf höchster politischer Ebene immer wieder betont. Schließlich legte im April 1994 der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew umfassende Vorschläge zur Gründung einer Eurasischen Union vor, die mit entsprechenden überstaatlichen Strukturen ausgestattet werden sollte.

Die sich verstärkenden Tendenzen zu einer „vertieften Integration“ innerhalb des GUS-Raums wurden in Usbekistan mit der Wiederherstellung der Sowjetunion gleichgesetzt. Der usbekische Präsident Islam Karimow bezeichnete Nasarbajews Vorschläge als „eine Sehnsucht nach der zerfallenen Union“<sup>357</sup>. Zwar behauptete er zugleich, dass für Usbekistan die Frage nicht darin bestehe, „zwischen der Unabhängigkeit und der Integration wählen, sondern diese zwei Richtungen zu harmonisieren“, aber die Initiative Nasarbajews habe mit der Integration der GUS-Länder nichts zu tun.<sup>358</sup> Damit kann festgestellt werden, dass der usbekische Appell an eine starke Zusammenarbeit innerhalb der GUS, der die Anfangszeit der Politik Taschkents gegenüber dem postsowjetischen Raum dominierte, vor allem von ökonomischen und sicherheitspolitischen Überlegungen diktiert wurde und kein strategisches Ziel darstellte.

---

<sup>355</sup> Vgl.: Izvestia, 7.8.1992

<sup>356</sup> Vgl.: Wneshnaya politika Rossii. Sbornik dokumentow. Moskwa, 1993. 1.Buch, S.354

<sup>357</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.364

<sup>358</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.363

Die Ablehnungshaltung der usbekischen Regierung gegenüber den (Re)Integrations Tendenzen im postsowjetischen Raum ist auf mehrere innen- und außenpolitischen Faktoren zurückzuführen:

- Machtpolitischer Faktor. Mitte der 1990er Jahre erreichte Präsident Karimow die Stabilisierung seiner Macht, indem er faktisch und verfassungsrechtlich die Kontrolle über alle staatlichen Strukturen übernahm. Er schickte die aus den Reihen der national-demokratischen Parteien entstandene Opposition ins Exil und belohnte einige unzufriedene Leute aus den eigenen Reihen mit entsprechenden Beförderungen. Ein wichtiger Faktor dabei war auch das neue Parlament, das ausschließlich aus regierungstreuen Parteien und Persönlichkeiten bestand. Darüber hinaus wurde die Amtszeit von Karimow 1995 vorzeitig bis zum Jahr 2000 verlängert. In diesem Sinne würde die mögliche Mitgliedschaft Usbekistans in den neuen Integrationsgebilden mit überstaatlichen Strukturen in erster Linie seine Macht betreffen bzw. einschränken. Zu einer Teilung seiner Entscheidungsbefugnisse, ob in Bezug auf innerstaatliche Strukturen oder überstaatliche, war er zu keinem Zeitpunkt bereit;
- Wirtschaftlicher Faktor. Ebenfalls bis Mitte der 1990er Jahre war es Usbekistan gelungen, seine energiepolitische Abhängigkeit gegenüber Russland und anderen GUS-Ländern größtenteils abzubauen. Durch den verstärkten Rohstoffexport und die Diversifizierung des Außenhandels wurde zudem die Abhängigkeit des usbekischen Marktes von Produktionslieferungen aus anderen GUS-Ländern verringert. Dieser Prozess wurde durch den Aufbau einer Reihe großer Industrieprojekte verstärkt.

Tab.9: Anteil des Intra-GUS-Handels am Gesamt-Außenhandel der Republik Usbekistan 1991-2001 (in v.H.)

<b>Jahr</b>	<b>1991</b>	<b>1996</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>
<b>Export</b>	94	22,9	30,4	35,9	34,2
<b>Import</b>	88	32,1	26,0	38,2	37,2

Zusammengestellt nach: Gulomov, S./Ubaydullayeva, R./Akhmedov, E.: Independent Uzbekistan. Tashkent, 2001, S. 114. Clement, Hermann/Reppegather, Alexandra/Troschke, Manuela: Entwicklung der Handelsbeziehungen und handelspolitischen Regelungen zwischen den GUS-Staaten und ihre Rückwirkungen auf den Ost-West-Handel. Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Nr. 246, März, 2003, S. 5

- Geopolitischer Faktor. Mit der Eröffnung des Transportkorridors in den Iran über Turkmenistan wurde die isolierte Lage Usbekistans erheblich verringert. Im Rahmen des von der Europäischen Union finanzierten TRACECA-Projekts versuchte die politische Führung des Landes, die weitere Diversifizierung der Transportfrage zu erzielen. Auf diese Weise eröffnete sich für Usbekistan die Möglichkeit, den Transport seiner Ware auf diese von Russland unabhängigen Transportkorridore zu verlagern.
- Außenpolitischer Faktor. Ebenfalls Mitte der 1990er Jahre erreichte Taschkent einen Durchbruch in den Beziehungen zu den westlichen Ländern. Man hatte zu diesem Zeitpunkt zu den wichtigsten europäischen Ländern und den USA Kontakte geknüpft. Darüber hinaus war die usbekische Regierung davon überzeugt, dass eine Russland-zentrierte Integration im postsowjetischen Raum von keinem westlichen Land begrüßt werden würde. Vielmehr versuchte die politische Führung in Taschkent, ihre negative Position gegenüber den postsowjetischen Integrations-tendenzen als Mittel dazu zu benutzen, um die westlichen Länder vom Vorrang der westorientierten Komponenten in ihrer Außenpolitik zu überzeugen.

Darüber hinaus setzte Usbekistan den Russland-orientierten postsowjetischen Integrationsbestrebungen sein Konzept der (sub)regionalen Integration in Zentralasien entgegen. Nach Ansicht des usbekischen Präsidenten unterscheidet sich diese Integration durch ihre spezifischen Besonderheiten von den anderen Integrationsprozessen auf der GUS-Ebene und stellte fest, dass sie „kein Traum oder Zukunftsprojekt ist, es ist eine Gegebenheit, es ist Realität, die nur noch der organisatorischen, juristischen und politischen Formen bedarf“<sup>359</sup>. Die zentralasiatische Integration war zwischen den Ländern der Region umstritten, da sich noch weitere, ähnliche Prozesse im GUS-Raum entwickelten. So waren Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan der Euroasiatischen Wirtschaftsunion beigetreten. Dies alles erschwerte die praktische Ausführung der usbekischen Bemühungen um regionale Zusammenarbeit in Zentralasien.

#### **5.1.4 GUUAM**

Den Höhepunkt der usbekischen Distanzierungsversuche gegenüber gemeinsamen GUS-Strukturen bildete das Verlassen des Sicherheitsvertrages der Gemeinschaft im April 1999 und der gleichzeitige Beitritt in die GUUAM-Gruppierung. Letztere stellte die institutionalisierte Zusammenarbeit derjenigen Staaten dar, die zu einer engen Zusammenarbeit mit Russland nicht bereit waren. Die Gruppierung entstand zunächst als

---

<sup>359</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.372



Kooperationsstruktur zwischen der Ukraine, Georgien und Aserbaidschan im Herbst 1996, der 1997 Moldawien beiträt. Das Akronym GUAM entstand aus den Anfangsbuchstaben der beteiligten Staaten. Dabei übernahm die Ukraine die Vorreiterrolle, die sich seit den ersten Tagen der Gründung der GUS in Fragen der „vertieften Integration“ völlig zurückgehalten hatte. Die offizielle Führung und die Opposition in Kiew waren sich in der Frage einig, dass die GUS vielmehr Instrument der politischen Distanzierung zu Russland bleiben sollte.<sup>360</sup> Diese Distanz sollte auch durch die Verbesserung und Intensivierung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu den westlichen Ländern erhalten und verstärkt werden. Wie Strekal betont: „Unter der ukrainischen politischen Elite selbst herrschte die Meinung, dass die Ukraine wegen ihres intellektuellen und industriellen Potenzials und wegen ihrer natürlichen Ressourcen sich zu einem Stabilisierungsfaktor entwickeln kann und diese Rolle könnte zur Eindämpfung der russischen postimperialen Ambitionen, sogar bis zur Ausübung zivilen Drucks auf Russland nützlich werden.“<sup>361</sup> Für Aserbaidschan, Georgien und Moldawien stellten ihre Unzufriedenheit mit der Rolle Russlands in den bewaffneten Konflikten in Karabach, Abchasien und Pridnestrowje eine zusätzliche Motivation zur Bildung der GUAM-Gruppierung dar.

Usbekistans Beitritt in die GUUAM erfolgte am 24. April 1999 am Rande des Washingtoner NATO-Gipfels. Dabei gaben die Präsidenten der soeben erweiterten GUUAM eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie ihrem Wunsch nach Kooperation mit der NATO und dem Rat für Euro-Atlantische Partnerschaft (EAPS) Ausdruck verliehen.<sup>362</sup> Mit dem Beitritt Usbekistans hatte die Organisation nun ihre Grenzen nach Zentralasien ausgedehnt, und in ihr befanden sich nunmehr Staaten aus allen drei Großregionen der GUS: aus Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien. Damit hat die Organisation ihren Handlungsspielraum erweitert, aber zugleich musste sie mit dem Beitritt Usbekistans entstehende neue sicherheitspolitische Herausforderungen in Kauf nehmen. Schon bei seinem Beitritt zur GUUAM äußerte sich Usbekistan mit besonderem Nachdruck hinsichtlich der Notwendigkeit zwischenstaatlicher Kooperation bei der Bekämpfung von grenzüberschreitendem Terrorismus. Dies reflektierte auch die Formulierung der gemeinsamen sicherheitspolitischen Ziele der GUUAM: Wahrung der territorialen Integrität der einzelnen Staaten, Unverletzlichkeit der Grenzen, Zurückweisung von Separatismus sowie ethnischem oder religiösem Extremismus und multilaterale Kooperation auf dem Gebiet der Konfliktregulierung und Friedenserhaltung. Als eine gemeinsame strategische Perzeption wurde in der Erklärung die Bedeutung eines sicheren und wirtschaftlich effizienten kaukasisch-asiatischen Transportkorridors für den Frieden,

---

<sup>360</sup> Vgl.: Strekal, Oleg: Nationale Sicherheit der unabhängigen Ukraine. Baden-Baden, 1999. S.57

<sup>361</sup> ebenda

<sup>362</sup> Vgl. Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I. a.a.O., S. 25

die Stabilität, die gegenseitige Kooperation und die Prosperität der Mitgliedstaaten hervorgehoben. Darüber hinaus vereinbarten die Länder die Vertiefung der regionalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Koordinierung ihrer Tätigkeiten in internationalen Organisationen. Zugleich setzten die Mitglieder der GUUAM-Gruppierung ihre Bemühungen hinsichtlich der Reduzierung des russischen Einflusses im GUUAM-Raum fort, indem sie die politischen Entscheidungen im Rahmen der GUS boykottierten. Beim GUS-Gipfel Anfang Juni 1999 hatte die GUUAM erstmals nicht nur militärische und politische Sachthemen, sondern mit der Ablehnung der Einrichtung einer GUS-Freizone auch wirtschaftliche Integrationsschritte blockiert. Zugleich wurden weitere institutionelle Verstärkungsmaßnahmen der Gruppierung erarbeitet, die in erster Linie von der ukrainischen Seite initiiert worden waren. Sie sahen unter anderem jährliche Zusammentreffen der Staatsoberhäupter, die Einrichtung eines GUUAM-Kontaktbüros in allen GUUAM-Ländern und Treffen von Expertengruppen der Außenministerien alle zwei Monate, sowie ständige Konsultationen auf Botschafter- und Expertenebene im Rahmen existierender Organisationen, in denen alle GUUAM-Staaten vertreten sind, zwecks Koordination gemeinsamer Positionen in zentralen Fragen der internationalen Beziehungen vor.<sup>363</sup>

Für Usbekistan war seine Mitgliedschaft in der GUUAM-Gruppierung in erster Linie ein politisches Projekt, das dazu gedacht war, einerseits Moskau gegenüber Souveränität zu behaupten und andererseits gegenüber Washington seine entschiedene Westorientierung deutlich zu machen. Denn aus ökonomischer und sicherheitspolitischer Hinsicht machte Usbekistans Beitritt in die GUUAM wenig Sinn. So machte z.B. der usbekische Warenaustausch mit drei Mitgliedern der Gruppierung, nämlich mit Aserbaidschan, Georgien und Moldawien, gerade die Hälfte des usbekischen Warenaustausches mit Kirgisistan, dem kleinsten Handelspartner Usbekistans in Zentralasien, aus. Außerdem war für die politische Führung in Taschkent von vornherein klar, dass die Verwirklichung der sicherheitspolitischen Kooperation und die Lösung der Transportfragen alleine im GUUAM-Raum ohne Beteiligung seiner unmittelbaren Nachbarn nicht möglich war. Die politischen Eliten in Taschkent waren sich dieser Probleme bewusst. Infolgedessen erwies sich Usbekistan als ein eher distanziertes Mitglied der GUUAM und schon bald wurde seine Zugehörigkeit zu dieser Gruppierung in Frage gestellt. Denn als sich wenige Monate nach seinem Beitritt zur GUUAM die sicherheitspolitische Lage im Ferghanatal dramatisch verschlechterte, musste Usbekistan bereits seine Zugehörigkeit zum Lager der nach Westen orientierten GUS-Länder durch eine Wiederannäherung an Russland relativieren. Im Juni 2002 gab schließlich Usbekistan seinen Austritt aus der Organisation bekannt, der allerdings nach Washingtons Einmischung als „vorübergehende Einstellung

---

<sup>363</sup> Vgl.: Schmidt, Jürgen: GUUAM – subregionale Kooperation gegen Russland, in: SWP (Hrsg.): GUUAM. Aktuelle SWP-Dokumentation, Nr. 21, Oktober, 1999, S. 5

der Mitgliedschaft“ umformuliert wurde.<sup>364</sup> Die Entwicklungen in Georgien und der Ukraine, die in den Jahren 2003-2004 zum Sturz der alten politischen Eliten in diesen Ländern führten, erweckten in Taschkent Überlegungen zu einer erneuten Überprüfung der Position gegenüber der GUUAM. Denn die inneren Entwicklungen in den GUUAM-Ländern mit ihren deutlichen Demokratisierungswellen stellten eine enorme Herausforderung für die Machthaber in Taschkent dar. Daraufhin hat Staatschef Karimow am 20.05.2005 mit einem Brief an den Präsidenten Moldawiens, den Vorsitzenden der GUUAM, den Austritt seines Landes aus der Organisation offiziell bekannt gegeben.

## **5.2 Bilaterale Beziehungen zu Russland**

### **5.2.1 Bestimmungsfaktoren der usbekischen Außenpolitik gegenüber Moskau**

Mit dem Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit im Jahre 1991 hat der usbekische Staat nach 125jährigem Zusammenleben zum ersten Mal die Möglichkeit erhalten, ausgehend von seinen Souveränitätsprinzipien gleichberechtigte Beziehungen zu Russland aufzubauen. Dennoch sind die Souveränität und Gleichberechtigung gerade in Bezug auf Usbekistans Kontakte zu Russland relativ zu bewerten. Wie bereits während des Zusammenlebens im Rahmen der UdSSR sind die beiden Länder auch nach der Trennung ungleiche Partner geblieben. Während des Zarenreichs und innerhalb der Sowjetunion entstand zwischen Moskau und Taschkent ein Zentrum-Peripherie-Verhältnis mit entsprechenden Folgen, die nach der Unabhängigkeit Usbekistans in den Beziehungen zu Russland zugleich Bindeglied und Belastung darstellten. In dieser Hinsicht bestand für die politische Führung in Taschkent die Frage nach Eigenstaatlichkeit auch darin, inwieweit Usbekistan seine Souveränität vor dem ehemaligen Zentrum würde behaupten können. Dies bedeutete den Beginn eines Prozesses, in dessen Verlauf Usbekistan seinen Abhängigkeitsgrad von Moskau schrittweise abbauen musste. Dieser Prozess hätte aber in Moskau als Versuch einer Distanzierung gegenüber Russland verstanden werden, können was die Kontakte zwischen beiden Ländern belastet hätte. Als eine Republik, die in den meisten Bereichen sehr eng an Russland gebunden war, war Usbekistan noch nicht bereit, eine solche Entwicklung in Kauf zu nehmen. Zudem hätte innenpolitisch die Ausführung einer solchen „Abhängigkeitsabbau-Politik“ zusätzlich dadurch erschwert oder sogar verhindert werden können, dass sowohl der größte Teil der politischen Eliten als auch die breiten Schichten der Bevölkerung kaum Verständnis und Unterstützung für eine solche

---

<sup>364</sup> Anstatt zuvor „Rücktritt aus der Organisation“ benutzte das Außenministerium nunmehr den Ausdruck „Einstellung der Mitgliedschaft“. Diese Variante lässt angeblich die Möglichkeit für das Land, in die Organisation in einen günstigen Moment zurückkehren zu können.

„antiimperiale“ Politik gehabt hätten. Die schwache nationale Identität der Eliten und die starke gesellschaftliche Bindung der einheimischen Bevölkerung an Russland als Zentrum des ehemaligen Staats waren die Gründe für solche Befürchtungen. Zudem waren die nationalen Gefühle der Eliten und der Bevölkerung zwischen 1989 und 1991 durch die öffentliche Eindämmungspolitik der Unabhängigkeitsbewegungen dramatisch geschwächt. So wurde durch diese Politik erreicht, dass bei dem unionsweiten Referendum im März 1991 70% der Stimmberechtigten in Usbekistan dem Erhalt der Sowjetunion zugestimmt hatten. Die Ironie dessen lag auch darin, dass dieselbe Führung, die die Überlebensfähigkeit ihres Landes ohne Moskaus Hilfe in Frage gestellt hatte, jetzt gegenüber Russland eine souveränitätsbestrebte Politik ausführen musste.

Die Herausbildung und die Gestaltung der neuen Beziehungen unterlagen somit folgenden Bestimmungsfaktoren:

- Aufbau neuer politischer Beziehungen: Dabei bestand die umfangreichste Herausforderung für die usbekische Sicherheit in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in der Abhängigkeit Taschkents von politischen Entwicklungen und Entscheidungen in Moskau;
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit: In diesem Bereich musste die strategisch bedeutsame Frage der ökonomischen Abhängigkeit von Russland gelöst werden. Diese enorme Abhängigkeit von Moskau in den wirtschaftlichen Angelegenheiten war eine weitere Beeinträchtigung der Chancen Taschkents, selbständig im Lande zu regieren;
- Militärisch-sicherheitspolitische Fragen. Bei gleichzeitiger Beibehaltung der russischen Präsenz in Zentralasien, die vor allem aufgrund der dramatischen Entwicklungen in Tadschikistan und Afghanistan nötig war, sollte nach alternativen Lösungen gesucht werden;
- Abbau der kulturellen Abhängigkeit: Dies bedeutete auch die Reduzierung des starken Informationseinflusses der russischen Medien. Vor dem Hintergrund der eigenen Machtsicherung stellte gerade diese Frage eine besondere Herausforderung für die usbekische Führung dar.

Diese vier Hauptaspekte der usbekisch-russischen Beziehungen werden im Folgenden nacheinander ausführlich behandelt.

### **5.2.2 Politische Beziehungen**

Die Philosophie des Aufbaus gleichberechtigter politischer Beziehungen zur Russischen Föderation lag darin, dass diese Kontakte nicht zu dem ehemaligen Zentrum, sondern zum

neuen Russland hergestellt werden sollten. Nach Ansicht der politischen Führung in Taschkent hat Russland mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion seine Unabhängigkeit ebenso wie die anderen ehemaligen Unionsrepubliken neu gewonnen.<sup>365</sup> Es muss an dieser Stelle betont werden, dass es in der Tat schließlich die Haltung der russischen Führung war, die nach dem gescheiterten Augustputsch gegen eine Wiederherstellung des Zentrums auftrat, was im Endeffekt ermöglicht hat, dass die ehemaligen Unionsrepubliken nach der Proklamation ihrer Unabhängigkeit auf friedlichem Weg mit ihrem Staatsaufbauprozess anfangen konnten. Obwohl diese Tatsache zum größten Teil auf Spannungen zwischen dem sowjetischen und dem russischen Präsidenten zurückzuführen ist, darf der positive Beitrag Russlands beim Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit Usbekistans und anderen zentralasiatischen Republiken nicht unterschätzt werden. Des Weiteren spielte der frühere außenpolitische Kurs von Jelzin und Kosyrew, die nach dem Putsch 1991 die Förderung der europäischen Richtung und das Schaffen einer engen politischen und wirtschaftlichen Beziehung zum Westen als Hauptaufgabe der russischen auswärtigen Politik definierten, eine indirekte Rolle bei der Sicherung der usbekischen Souveränität. Zugleich war eine Motivation für Moskauer Politiker, die zur „bedingungslosen“ Entlassung der mittelasiatischen Republiken in die Unabhängigkeit geführt hat, die Überlegungen der ersten liberalen Regierung, dass ein weiteres Zusammenleben mit einer unterentwickelten und rückständigen Region wie Mittelasien die Durchführung von Marktreformen und den Demokratisierungsprozess in Russland in Frage stellen könnte. Diese liberale Haltung wurde im russischen Parlament von Anhängern der Wiederherstellung der Zentrumsrolle Russlands heftig kritisiert und ihre Überprüfung eingefordert. Die Forderungen dieser Gruppe reichten von der Übernahme der Kontrolle über die mittelasiatischen Republiken bis hin zu ihrer Rückkehr in die Russische Föderation.

Basierend auf diese Tatsachen entwickelte die usbekische Führung drei getrennte Bilder von Russland und versuchte, diese in der Öffentlichkeit durchzusetzen, um seine Politik gegenüber Moskau zu legitimieren:

1. Präsident Jelzin. Für die politische Elite Usbekistans verkörperte Jelzin die Macht und Stärke Russlands; Jelzins Russland bedeutete für Usbekistan die Erhaltung der Souveränität. Aus diesen Gründen unterstützte Taschkent die Kandidatur Jelzins bei den Präsidentenwahlen 1996 und begrüßte seine Wiederwahl.
2. Liberale Regierung Russlands. Als entscheidende Gegner der radikalen Marktreformen haben die usbekischen Machthaber gegenüber der liberalen Regierung in Moskau eine negative Haltung eingenommen. Sie wurde für die Schwierigkeiten in den usbekisch-russischen ökonomischen Beziehungen verantwortlich gemacht. Darüber hinaus setzte

---

<sup>365</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S. 31

Usbekistan seine sozial orientierte Wirtschaftspolitik als Gegenthese zur monetaristischen Reformpolitik der Gaidar-Regierung fort. Da die beiden Länder noch einer Währungszone angehörten, könnte diese Politik der usbekischen Regierung die Verwirklichung der monetaristischen Reformstrategie, die auf die Kürzung der Staatsausgaben und das Stoppen der Inflation ausgerichtet war, erheblich gefährden. Die Regierung in Moskau drängte Usbekistan zum Verlassen der Rubelzone, indem sie der usbekischen Regierung unerfüllbare Bedingungen stellte. Schließlich musste Taschkent wegen der Einführung neuer Rubelscheine die gemeinsame Währungszone verlassen und schob dabei die Schuld der russischen Regierung zu.

3. Russisches Parlament. Die prokommunistischen und nationalistischen Kräfte im Parlament Russlands forderten einen Reintegrationsprozess auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, der der Wiederherstellung der Rolle Russlands als Hegemon dienen sollte. Das Parlament und der Vize-Präsident Rutskoj verkörperten für Usbekistan den russischen Chauvinismus, der als eine der Gefahren für die nationale Sicherheit Usbekistans angesehen wurde.<sup>366</sup>

Entsprechend dieser Perzeptionen erlebten die politischen Beziehungen zwischen Taschkent und Moskau seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion mehrere Phasen, die keine lineare Entwicklungslinie darstellen. Dabei wurden die diplomatischen Beziehungen schon im Juni 1992 offiziell aufgenommen. Usbekistan bemühte sich recht früh, eine solide rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit zu schaffen. Schon wenige Tage nach der Unabhängigkeitserklärung reiste eine usbekische Delegation nach Moskau, um neue Wirtschaftsvereinbarungen mit Russland zu erzielen. Diese wurden im April 1992 durch Unterzeichnung eines Abkommens über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vervollständigt, das auch den Charakter eines militärisch-politischen Bündnisses besaß.<sup>367</sup> Dennoch war das strategische Ziel der usbekischen Regierung die maximale Distanzierung von Moskau, was zu Schwankungen in den Beziehungen führte. Die Entwicklungen wurden durch innenpolitische Ereignisse sowohl in Usbekistan als auch in Russland und durch geopolitische Veränderungen in Zentralasien wesentlich beschleunigt. Die Niederlage des liberalen außenpolitischen Kurses in Russland, die in Moskauer politischen Kreisen einen Neubewertungsprozess der russischen GUS-Politik initiierte, hat die Grenzen aufgezeigt. Ausgehend von innenpolitischen Faktoren erklärte Russland den postsowjetischen Raum zur Zone seiner lebenswichtigen Interessen, und der Schutz der ethnischen Russen und der russischsprachigen Bevölkerung in den GUS-Ländern gewann dabei die oberste Priorität. Die Gewährleistung der russischen Interessen auf dem Gebiet

---

<sup>366</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.58-80

<sup>367</sup> Vgl.: Zagorski, Andrei: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Entwicklungen und Perspektiven, a.a.O., S. 16

der ehemaligen Union sollte durch Intensivierung der Gespräche über die vertiefte Integration in der GUS und durch Präsenz des russischen Militärs im postsowjetischen Raum erreicht werden. Solche Bestrebungen erweckten eine gewisse Wachsamkeit unter den politischen Eliten in Taschkent. Obwohl in der Erklärung des usbekischen Präsidenten vor dem neu gewählten Parlament im Januar 1995 die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation als oberste Priorität der Außenpolitik erwähnt wird, kann gerade das Jahr 1995 als neue Phase in der Entwicklung der usbekisch-russischen Kontakte verzeichnet werden<sup>368</sup>. Verstärkt durch eine Reihe von innenpolitischen und außenpolitischen Faktoren hat Usbekistan angefangen, mehr und mehr eine von Moskau unabhängige Politik zu verfolgen. Taschkent distanzierte sich deutlich von den russischen Integrationsbemühungen und begann eine entschlossene Umorientierung hin zu anderen Ländern. Die Politiker in Taschkent befürchteten, dass die von Russland bevorzugte Art der Integration einen erheblichen Verlust an wirtschaftlicher und damit auch politischer Souveränität bedeutet hätte. Darüber hinaus hatte Russland mit dem Konflikt in Tschetschenien in den Augen der usbekischen Führung seine Rolle als Stabilitätsfaktor im GUS-Raum verloren.

Die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern erlebten im Frühling 1999 den bisherigen Tiefstand, als Usbekistan den Vertrag über kollektive Sicherheit verließ und am 24. April der westorientierten Gruppierung GUUAM beitrug. Der Wunsch Taschkents, in Sicherheitsfragen mit NATO und anderen westlichen Strukturen verstärkt zusammenzuarbeiten, und die öffentliche Unterstützung des westlichen Vorgehens im Kosovokonflikt, erweckte eine gewisse Vorsicht in den politischen Kreisen Moskaus. Obwohl in Usbekistan keine direkte russische Militärpräsenz vorhanden war, wurde Taschkents Mitgliedschaft in der GUUAM als bedeutender Verlust russischer Interessen in der Region wahrgenommen. Denn im Vergleich zu früher hatte das Vertragsgebiet der kollektiven Sicherheit der GUS einige strategisch „heikle Löcher“ in seiner südlichen Flanke. Auf diese Entwicklungen reagierte Russland sehr empört. Ein Kommentar des russischen Außenministers Iwanow lautete: „Wie sollen wir die Tatsache auffassen, dass die neue Regionalorganisation der GUUAM ausgerechnet in Washington geschaffen wurde, während des NATO Gipfels? Welche Ziele werden verfolgt, wenn diese Organisation sich demonstrativ inmitten der dramatischen Ereignisse auf dem Balkan konstituiert?“<sup>369</sup> Eine indirekte Reaktion der usbekischen Führung darauf formulierte in folgender Äußerung Staatspräsident Karimow: „Wir wünschen uns, dass Russland seine Politik zu Usbekistan wie zu einem unabhängigen Staat aufbauen wird, und nicht zu einer ehemaligen Unionsrepublik. Als Beispiel kann hier Russlands Beziehung zu Finnland erwähnt werden, das früher zum russischen Reich gehörte. Wir brauchen von Russland nur

---

<sup>368</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Band III, a.a.O., S.43

<sup>369</sup> Reuters, Moscow, 2.5.1999

eine so ehrerbietige Politik und nichts mehr.<sup>370</sup> Dennoch musste Taschkent aufgrund der sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Region seine unabhängigkeitsbestrebte Haltung gegenüber Russland relativieren und mit Moskau in politischen Fragen wieder nach einer Annäherung suchen.

Die Wahl von Wladimir Putin zum Präsidenten der Russischen Föderation im Jahr 2000 wurde in Usbekistan offiziell begrüßt. Für Putin war die Zusammenarbeit mit den politischen Eliten Usbekistans keine neue Seite in seiner bisherigen politischen Karriere. Schon als außenpolitischer Berater von Sobtschak, dem damaligen Gouverneur von Sankt Petersburg, hatte er 1991 Taschkent besucht und an der Unterzeichnung eines Wirtschaftsabkommens zwischen der „zweiten Hauptstadt“ Russlands und Usbekistan entscheidend mitgewirkt.<sup>371</sup> Dass er auch seine erste Auslandsreise nach der gewonnenen Präsidentschaftswahl ebenfalls nach Usbekistan machte, war Grund genug für einige Analytiker, über eine bevorstehende Achse Putin-Karimow in der GUS anstatt der früheren Jelzin-Nazarbaew-Achse zu sprechen. Die ähnlich strengen Vorstellungen der beiden Präsidenten Putin und Karimow von Demokratie und von Herausforderungen für die regionale Sicherheit, die sie in erster Linie im internationalen Terrorismus sahen, waren die weiteren Gründe für solche Spekulationen. Wie Brauer und Eschment argumentieren, stand Putin als „Mann der Ordnung“ Karimow näher als dem kasachischen Präsidenten Nasarbajew.<sup>372</sup> Jedoch erwiesen sich diese Faktoren nicht als ausreichend, um eine feste Grundlage für eine neue Wiederannäherung zwischen beiden Ländern zu bieten. Trotz der während des Besuchs Putins erzielten Vereinbarungen über engere Zusammenarbeit im militärisch-sicherheitspolitischen Bereich und über die Ausweitung des Handels mit usbekischer Baumwolle blieben die politischen Kontakte zwischen Taschkent und Moskau weiter kühl, und der Versuch des neuen russischen Präsidenten, mit Usbekistan einen treuen und strategisch wichtigen Verbündeten zu gewinnen, war zunächst gescheitert. Die Ereignisse des 11. Septembers und die nachfolgende Präsenz amerikanischer Truppen in Usbekistan verlängerten die Wirkungsdauer dieser „kühlen“ Periode, bis es schließlich in Usbekistan 2003 zur Neubewertung der außenpolitischen Prioritäten kam.

Die Arbeitshypothese dieser Dissertation war/ist es, dass bei der außenpolitischen Orientierung Usbekistans innere Machtfaktoren, also der Erhalt und die Festigung der Position politischer Eliten, eine sehr wichtige Rolle spielen. Diese These lässt sich auf der

---

<sup>370</sup> Islam Karimow in einem Interview mit russischen Journalisten Ende 2000 in Taschkent. Vgl.: NG, 16.12.2000

<sup>371</sup> Sein Photo, wo er während der Unterzeichnung eines Dokuments zwischen Usbekistan und der Stadt Sankt Petersburg hinter Sobtschak und Karimow steht, ist in Regierungszeitung „Narodnoe slovo“ von 1991 erschienen.

<sup>372</sup> Vgl.: Brauer, Birgit/Eschment, Beate: Die neue Politik Russlands in Zentralasien, in: Die Außenpolitik Russlands von Jelzin zu Putin, Kiew, 2002, S. 160



Grundlage einer neuen Tendenz der starken Wiederannäherung, die in den usbekisch-russischen Beziehungen seit 2003 zu beobachten ist, bestätigen. Ausgangspunkt für eine solche Neubewertung der außenpolitischen Prioritätensetzung war der Machtwechsel in Georgien, in der Ukraine und schließlich in Kirgisistan, der in Taschkent zum größten Teil als von außen, sprich von Westen, organisierte politische Aktion verstanden wurde. Seine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Westen, die auch aufgrund des westlichen Drucks bei Demokratisierungsfragen zur minimalen Lockerung der politischen Ordnung geführt hatte, aber aus der Sicht der westlichen Länder noch nicht ausreichend war, könnte weiterhin zur Änderung von Machkonstellationen führen. Eine solche Entwicklung wurde in Taschkent als eine neue Herausforderung für die nationale Sicherheit empfunden und hieraus entstand ein neuer Begriff, der diese Gefahr beschreibt. Der ehemalige usbekische Außenminister Safajew formuliert ihn als „Gefahr der von außen bedingten Vertiefung der demokratischen Reformen.“ Damit zeigten sich die Grenzen für eine weitere Zusammenarbeit mit dem Westen, und Taschkent stand den westlichen Aktivitäten im postsowjetischen Raum misstrauisch gegenüber. Und Usbekistan, das als einziges Land in Zentralasien immer eine kritische Distanz zu Russland gewahrt hatte, sucht in jüngster Zeit nach Möglichkeiten eines intensiven Dialogs mit Moskau. Die Bestätigung dieser Entwicklung ist ein im Verlauf des SCO-Gipfels in Taschkent im Juni 2004 unterzeichnetes Abkommen „Über strategische Partnerschaft“, das sowohl sicherheitspolitische als auch wirtschaftliche Komponenten enthält.

### **5.2.3 Wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Das strategische Ziel der usbekischen Regierung in der Frage der usbekisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen bestand zunächst darin, den Abhängigkeitsgrad ihres Landes von wichtigen Produktionslieferungen aus Russland möglichst rasch abzubauen. Dies war aber keine leichte Aufgabe, denn Usbekistan gehörte zu den Rohstoffrepubliken der ehemaligen Sowjetunion und war auf Fertigproduktionslieferungen aus Russland sehr stark angewiesen. Bis zu 70% der Fertigwaren auf dem usbekischen Markt mussten aus Russland und anderen GUS-Ländern eingeliefert werden. Diese einseitige wirtschaftliche Bindung erschwerte den Aufbau ökonomischer Souveränität und stellte ein Hindernis bei der Durchführung der wirtschaftlichen Reformen im Lande dar. Das nächste Ziel in Bezug auf die Wirtschaftskontakte zu Russland bezog sich auf die Subventionsproblematik, denn zu Sowjetzeiten wurden jährlich Subventionen zur Stabilisierung des Republikbudgets von Moskau nach Taschkent transferiert. Nach russischen Angaben machte die finanzielle Hilfe der Zentralbank in Moskau 1992 in Usbekistan 70% des Bruttoinlandproduktes aus.<sup>373</sup> In dieser Hinsicht bestand eine weitere Aufgabe auch darin, die

---

<sup>373</sup> Vgl. Izvestija, 16.9.1993

Wirtschaftsbeziehungen schrittweise abzubauen, damit es zu keiner sozialen Explosion in Usbekistan kommen würde. Aus solchen Überlegungen heraus sprach sich Usbekistan zunächst für die Beibehaltung der gemeinsamen Währungszone und die Verstaatlichung der Zentralbank aus. Unter dem „ökonomischen Flügel“ der russischen Regierung herrschte jedoch der Standpunkt, dass Russland fast alle anderen Republiken subventioniere, und um wirtschaftlich auf die Beine zu kommen in dieser Frage eine Erholungspause brauche<sup>374</sup>. Nach Ansicht der russischen Regierung konnte die Einstellung der Subventionen nur durch Auflösung der gemeinsamen Rubelzone erreicht werden. Daraufhin setzte die Regierung in Moskau die anderen Republiken unter Druck, indem sie strenge Bedingungen stellte und die Auslieferung der neuen Geldscheine von deren Erfüllung abhängig machte. Usbekistan setzte sich zunächst gegen die Auflösung der Rubelzone ein, denn ihre Auflösung hätte automatisch die Entstehung einer Abrechnungsproblematik bedeutet. Bisher erfolgten die zwischenstaatlichen Abrechnungen in Rubel, und nach der Auflösung der Rubelzone konnte Russland harte Devisen für seine Lieferungen fordern. Bei einem Handelsdefizit von 190 Mio. US-Dollar, das Usbekistan im Jahre 1993 mit Russland erzielte, hätten solche Entwicklungen der Zahlungsbilanz und Devisenkapazität Usbekistans erheblich geschadet. Aus diesen Überlegungen heraus verließ Usbekistan die gemeinsame Rubelzone als vorletztes Land und das auch nur auf starken Druck der russischen Regierung<sup>375</sup>.

Aus usbekischer Perspektive stellt die Verringerung der Energie- und Weizenabhängigkeit bis zum Jahr 1995 den ersten strategischen Sieg in den Handelsbeziehungen mit Russland dar. Dadurch änderte sich entsprechend die negative Handelsbalance, die in den vergangenen Jahren für die Devisenreserven der usbekischen Zentralbank eine erhebliche Belastung gewesen war. Schon 1997 konnte Usbekistan eine positive Bilanz im Außenhandel mit Russland verzeichnen. Darüber hinaus wurde die Handelsstruktur verändert. Zeichnete sich die Warenstruktur des usbekischen Exportes nach Russland 1991 vor allem durch Baumwolle (38,9 % des Gesamtexportes nach Russland) und mineralische Erzeugnisse (39,3 %) aus, bestand sie zuletzt (2003) aus folgenden Produkten: Autos (25,6 %), Dienstleistungen (17,1 %), Baumwolle (14,6%), Mineralien, Erdöl und Erdölprodukte (9,6 %), Obst und Gemüse (4,6%) u.a. Zugleich wurden zuletzt aus Russland folgende Produkte importiert (2003): Maschinenanlagen (23,5% des Gesamtimportes aus Russland), Metalle und Metallprodukte (11,2), Dienstleistungen (7,5 %), Maschinen und Ausrüstungen (39,0%), Erdöl und Erdölprodukte (36,5 %). Allerdings sind die

---

<sup>374</sup> Vgl.: Westphal, Kirsten: Hegemon statt Partner – Russlands Politik gegenüber dem „nahen Ausland“, a.a.O., S.90.

<sup>375</sup> Als letztes Land hat Tadschikistan die gemeinsame Währungszone verlassen. Wegen des andauernden Kriegs im Lande wurde hier die Einführung der eigenen Währung behindert.

Handelsbeziehungen nach der Wirtschaftskrise in Russland stark zurückgegangen und konnten bisher den Zustand von 1997 nicht wieder erreichen.

Tab. 10: Entwicklung der usbekisch-russischen Handelsbeziehungen 1995-2003 (in Mio. US Dollar)

Jahr	1995	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003*
<b>Gesamt</b>	1712,8	1607,6	1090,9	864,7	1010,3	1129,8	912,3	681,0
<b>Export</b>	888,8	836,4	528,4	432,6	545,5	526,2	317,1	241,0
<b>Import</b>	824,0	771,2	562,5	432,1	464,8	603,6	595,2	440,0
<b>Saldo</b>	+64,8	+65,2	-1,0	+0,5	+80,7	-77,4	-277,1	-199,0

\*Nur für Januar-August

Zusammengefasst nach: Uzbeksko-rossijskije otnoshenija unter: <http://www.mfa.uz:8001/ccng/ccng8.htm>

Ein wichtiger Bereich für die usbekisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen ist der Energiesektor. Dabei herrschte hier in der Anfangszeit der usbekischen Eigenstaatlichkeit eine zwiespältige Situation. Auf der einen Seite war Usbekistan von Energielieferungen aus Russland, vor allem von Erdölprodukten, stark abhängig. Jährlich mussten bis zu 6,5 Mio. Tonnen Erdöl aus Russland nach Usbekistan geliefert werden. Taschkent versuchte diese Energieabhängigkeit abzubauen und führte eine konsequente Selbstdeckungspolitik im Energiebereich ein, in der Taschkent forciert nach neuen Erdölquellen im eigenen Land suchte. Mit dem Bau einer Erdöl-verarbeitenden Fabrik in der Nähe der Stadt Buchara 1997 wurde die Erdölabhängigkeit von Russland endgültig beseitigt. Auf der anderen Seite waren die russischen Erdgaskonzerne, vor allem „Gazprom“ daran interessiert, den Zugang zu den usbekischen Erdgasquellen zu erhalten und die Kontrolle über die strategisch wichtigsten Erdgasleitungen auf dem usbekischen Territorium zu übernehmen. Die usbekische Regierung verweigerte zunächst die Teilnahme der russischen Firmen an den Geschäften im Energiesektor. Dennoch haben im Zuge der politischen Wiederannäherung, die seit 2003 sehr deutlich geworden ist, mehrere russische Firmen das Recht erhalten, im Energiesektor Usbekistans tätig zu werden. So bekam „Gazprom“ 2003 das Recht zur Ausbeutung der Erdgasquellen im Kaschkadarja-Gebiet in Südbusbekistan. Dafür versprachen sie neue Investitionen in Höhe von 1. Mrd. US-Dollar in den Energiesektor Usbekistans. Die andere russische Firma „Lukoil“ ist den Projekten in Karakalpakistan beteiligt und möchte dafür ebenfalls bis Ende 2008 1 Mrd. US-Dollar investieren.

#### 5.2.4 Militärisch-sicherheitspolitische Kooperation

In der frühen Sicherheitsstrategie Usbekistans wurde Russland ausschließlich die Rolle eines Stabilitätsfaktors in Zentralasien eingeräumt. Der usbekische Staatschef Karimow

äußerte sich dazu 1992 wie folgt: „Die Republik (Usbekistan, *Kh.I*) braucht ein zuverlässiges Hinterland. Um unser Haus zu schützen und die bestehenden Grenzen erhalten, bedürfen wir der Unterstützung Russlands, das über ein mächtiges Potenzial verfügt.“<sup>376</sup> Usbekistan sprach sich für eine gemeinsame Armee in der GUS aus, die jedoch an der ukrainischen Haltung zu dieser Frage scheiterte. In dieser Hinsicht stellte aus usbekischer Perspektive die Unterzeichnung des Vertrags über kollektive Sicherheit der GUS am 15. Mai 1992 in Taschkent den minimal erforderlichen Schritt dar, der in dieser Richtung gemacht werden konnte. Die Gründe für diese Bemühungen waren die instabile Lage in der Region, die vor allem durch die militärische Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierung in Tadschikistan und das Neuaufflammen des Bürgerkriegs in Afghanistan verursacht wurde. Insbesondere in der Tadschikistan-Frage drängte Taschkent Moskau, eine rasche Einmischung in den Konflikt vorzunehmen. Das Argument der usbekischen Führung zu einem eventuellen Ausbreiten des innertadschikischen Konflikts auf das Territorium Usbekistans und anderer Staaten der Region überzeugte Moskauer Politiker, die zunächst in dieser Frage nicht einstimmig waren. So wurde nach dem Treffen der zentralasiatischen Führer mit dem russischen Präsidenten über die Entsendung der weiteren militärischen Einheiten nach Tadschikistan entschieden. Allerdings war Usbekistan gegen die dauerhafte Präsenz der russischen Soldaten im Nachbarland. „Tadschikistan ist ein souveränes Land wie alle anderen auch und muss seine Grenzen irgendwann selbst verteidigen“ – so der usbekische Präsident Islam Karimow im Jahre 1992. Angesichts der dramatischen Entwicklungen in Afghanistan 1998, die zur Übernahme der Zentralmacht durch die militante Taliban-Regierung führten, war Taschkent dazu gezwungen, in Sicherheitsfragen Moskau noch näher zu kommen. Das Ergebnis dieser Annäherung war das trilaterale Abkommen zwischen Russland, Usbekistan und Tadschikistan über die verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die gegenseitige Hilfe bei der Gewährleistung der territorialen Integrität der beteiligten Länder. Allerdings zerfiel dieses Bündnis wenige Wochen später aufgrund der dramatischen Verschlechterung des usbekisch-tadschikischen Verhältnisses.

Für Russland stellt die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Usbekistan den Kernpunkt seiner Stabilitätsbemühungen in Zentralasien dar. Aus diesem Grund reagierte Russland sehr besorgt, als Usbekistan im April 1999 den Sicherheitsvertrag der GUS nicht verlängerte und sich in Sicherheitsfragen Richtung Westen wendete. Jedoch wurden solchen Bestrebungen der usbekischen Regierung durch sicherheitspolitische Entwicklungen in Zentralasien in den Jahren 1999 und 2000 klare Grenzen gesetzt. In diesem Zeitraum, als bewaffnete Islamisten im Ferghanatal für Unruhe sorgten, musste

---

<sup>376</sup> Siehe Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S.31

Taschkent einige Kurskorrekturen in seiner Sicherheitspolitik vornehmen und die Rolle Russlands in regionalen Sicherheitsfragen neu bewerten.

Trotz der Befürwortung des russischen Sicherheitsengagements in Zentralasien gab Taschkent recht früh zu erkennen, dass man in Fragen der Stationierung der fremden Militäreinheiten auf eigenem Gebiet kritisch bleiben würde. Usbekistan setzte auf seine eigenen Kräfte und beschleunigte den Prozess des Aufbaus nationaler Streitkräfte. Dadurch verließen 1994 die letzten in Usbekistan stationierten russischen Truppen das Land, deren Zahl bis 1993 zwischen 5-12000 lag<sup>377</sup>. Auch während der Krisenzeiten im Ferghanatal im Sommer 1999 und 2000, als die russischen Medien über die Entsendung der militärischen Berater nach Usbekistan berichteten, dementierte die usbekische Führung solche Nachrichten und verzichtete auf die Stationierung fremder militärischer Truppen. Allerdings blieb Usbekistan wie die anderen ehemaligen Unionsrepubliken immer noch von der russischen Militärtechnik abhängig<sup>378</sup>.

### **5.2.5 Die russischsprachige Minderheit und Arbeitsmigration nach Russland**

Die zuletzt unionsweit geführte Volkszählung von 1989 hatte ergeben, dass in Usbekistan über 1 Mio. ethnische Russen leben. Dies entsprach 10% der Gesamtbevölkerung und war im Vergleich zu den zentralasiatischen Nachbarrepubliken Kasachstan und Kirgisistan relativ niedrig. Zusammen mit anderen hier ansässigen europäischen Völkern wie Weissrussen und Ukrainern bildeten sie nach der Unabhängigkeit der Republik die so genannten „russischsprachigen Minderheiten“. Sie lebten zum größten Teil in Taschkent und in den Provinzzentren, aber auch in kleineren Industriestädten in der Umgebung von Taschkent. Der Zusammenbruch der Sowjetunion traf diese Bevölkerungsgruppe am stärksten, denn sie verlor dadurch ihre Bindung an die vormals große Heimat und sie stellte nun in neuen souveränen Republiken eine nationale Minderheit dar. Ihre Lage wurde in manchen Republiken durch neue Staatsbürgerschafts- und Sprachgesetze erheblich erschwert. Nach Umfragen vom März 1991 betrachteten sich etwa 66,4% der Russen in nichtrussischen Republiken in erster Linie „als Bürger der UdSSR“<sup>379</sup>. Usbekistan versuchte in Bezug auf die russischsprachige Bevölkerungsgruppe eine konstruktive Minderheitenpolitik zu führen, um in dieser Frage Spannungen mit Russland zu vermeiden. Das Land hat sich für ein Staatsbürgerschaftsgesetz entschieden, das die so

---

<sup>377</sup> Vgl.: Wilhelmi, Wolfgang: Die Politik der Rußländischen Föderation gegenüber dem „Nahen Ausland“. Baden-Baden, 2002, S.82

<sup>378</sup> Fast 90 Prozent der militärischen Technik, Bewaffnung und Ausrüstung der usbekischen Armee wird in russischen Militärfabriken hergestellt.

<sup>379</sup> Vgl.: Lewada, Juri: Die Sowjetmenschen 1989-1991. Soziogramm eines Zerfalls. München, 1993. Insbesondere S.164. Im Original: Sowetskij prostoj chelovek. Moskau, 1991

genannte Nullrunde bevorzugt: Alle zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung dauerhaft in der Republik lebenden Personen, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, erhielten die usbekische Staatsbürgerschaft und besaßen verfassungsgemäß alle allgemeinen Bürgerrechte. Gleichzeitig hat die usbekische Führung die Bestrebungen Russlands zur Einführung des Systems der doppelten Staatsbürgerschaft im postsowjetischen Raum entschieden zurückgewiesen.

Für erhebliche Diskussionen zwischen Usbekistan und Russland sorgte auch die Frage nach der Staatssprache. Zwar verlangt das usbekische Staatsbürgerschaftsgesetz nicht die Beherrschung der Staatssprache, dies erfordert aber das Sprachgesetz. Im Sprachgesetz, das vor der Selbständigkeit im Oktober 1989 verabschiedet wurde, steht, dass das Usbekische die einzige Staatssprache ist und jeder Bürger diese Amtssprache beherrschen muss. Das Gesetz erlaubte für das Lernen der Amtssprache eine neunjährige Frist, die längst abgelaufen ist. Dennoch wurde nicht zuletzt aufgrund der fehlenden Muttersprachkenntnisse selbst bei den usbekischen Eliten die Umstellung des öffentlichen Lebens auf die Staatssprache nicht in allen Bereichen entschieden vorangetrieben. Alle offizielle Dokumente der Regierung und anderer Behörden werden immer noch in zweifacher Ausfertigung vorbereitet. Aus diesen Gründen war die Forderung der russischen Seite nach offiziellem Bilingualismus, was dem unitaristischen Charakter des Sprachgesetzes widersprechen würde, überflüssig<sup>380</sup>. Das betrifft auch das Schul- und Hochschulbildungssystem. Die Zahl der russischsprachigen Schulen lag im Jahre 1991 bei 458, in den vergangenen Jahren allerdings ist ihre Zahl zurückgegangen. Ein Prozess, der nicht auf die Schulpolitik der usbekischen Regierung, sondern auf das mangelnde Lehrpersonal und das Fehlen von Schulanfängern infolge der starken Auswanderung der russischsprachigen Bevölkerung aus den Provinzstädten zurückzuführen ist. Aus den russischsprachigen Schulen wurden in Taschkent und in den Zentren der Provinzen oft zweisprachige Schulen gebildet. Auch die usbekischen Hochschulen sind zweisprachig geblieben, darüber hinaus setzt jede Hochschule die Quote der usbekisch- und russischsprachigen Gruppen selbst fest. Im Allgemeinen liegt der prozentuelle Anteil der russischsprachigen Gruppen an den Hochschulen bei 30%.

Trotz der insgesamt liberalen Haltung Taschkents beim Staatsbürgerschaftsgesetz und der weiteren Tolerierung des Nichtlernens der Amtssprache ist die Auswanderung der russischsprachigen Bevölkerung aus Usbekistan sehr hoch. Zwischen 1991 und 2003 haben etwa 456 000 Russischsprachige das Land verlassen. Das Hauptimmigrationsland dabei ist Russland, aber die Zahl derjenigen, die ins ferne Ausland gehen, ist auch

---

<sup>380</sup> In einigen Nachbarrepubliken wie Kasachstan und Kirgisistan wurden Forderungen nach einer Änderung des Status der russischen Sprache in letzter Zeit lauter. Sie verlangen, dem Russischen den offiziellen Status der Staatssprache zu verleihen.

gewachsen. Dabei hat für die Auswanderung der russischsprachigen Bevölkerung die wirtschaftliche Entwicklung des Landes entscheidenden Einfluss. Die Schließung vieler staatlicher Großbetriebe, wo hauptsächlich ethnische Russen beschäftigt waren, hat mehr zur Emigration der russischsprachigen Bevölkerung beigetragen als die „Usbekisierung“ des Staates. Auf der anderen Seite hat die spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Russlands in den letzten Jahren dazu geführt, dass nicht nur die russischsprachigen, sondern auch die ethnischen Usbeken als Saisonarbeiter nach Russland gehen. Obwohl sich die Arbeitsmigration in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Faktoren in den usbekisch-russischen Beziehungen entwickelt hat, vernachlässigt die usbekische Führung die Verhandlungen mit der Russischen Föderation, die rechtliche Rahmenbedingungen für Arbeitsmigration schaffen soll, und lässt einen ungeordneten Zuzug der Arbeitsemigranten weiterlaufen. Die fehlenden Schutzmaßnahmen der Rechte der usbekischen Gastarbeiter führen zu erheblichen Schwierigkeiten bei ihrem Aufenthalt in Russland. Die Situation könnte auch durch eigene Initiative seitens Moskau verbessert werden. Angesichts der stark rückläufigen Tendenz bei der Geburtenrate in Russland fordern inzwischen auch viele liberale Politiker in Moskau die Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes, das auch die gegenwärtige rechtliche Lage der zentralasiatischen Gastarbeiter verbessern würde. Aus politischer Perspektive darf die gegenwärtige Arbeitsmigration nicht unterschätzt werden, denn sie kann in der Bevölkerung Usbekistans eine noch festere Bindung an die Russische Föderation bewirken.

### **5.3 Der Westen im außenpolitischen Konzept Usbekistans**

Als eine der grundlegenden nationalen Interessen Usbekistans gilt die politische, wirtschaftliche und sicherheitsorientierte Zusammenarbeit mit dem Westen. Die Wege zur Anknüpfung fester Beziehungen zu westlichen Ländern waren nach Ansicht der usbekischen Führung durch „die Vielseitigkeit und Offenheit der Außenpolitik Usbekistans bestimmt“. Dabei wurde der Westen in Taschkent aus dem Blickwinkel der Modernisierung Usbekistans betrachtet und vor allem als Quelle hoher Technologien und Investitionen als Symbol der modernen Demokratie und der Menschenrechte, angesehen. Staatschef Karimow sagte dazu: „Die Zusammenarbeit mit der westlichen Welt gewährt uns Zugang zu den modernen Technologien, einen Zustrom von Investitionen in die tragenden Industriezweige und für die komplexe Nutzung der Naturrohstoffe.“<sup>381</sup> Darüber hinaus erwies sich für Usbekistan die westliche Unterstützung bei der Kaderausbildung als bedeutsam, insbesondere im Bank- und Verwaltungsbereich, beim Aufbau eines Informationsnetzes und bei der Anknüpfung von Kontakten zu den führenden Börsen der

---

<sup>381</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschrittes, a.a.O., S.37

Welt und dem Studium der Erfahrungen der ausländischen Gesetzgebung.<sup>382</sup> Die Intensivierung der umfassenden Kontakte zu Europa und den USA bedeutete schließlich für Usbekistan einen wichtigen Schritt in Richtung der Erfüllung seiner strategischen Ziele in Bezug auf die Erneuerung und den Fortschritt des Landes, genauer um als moderner demokratischer Staat mit garantierter Sicherheit und stabiler Entwicklung einen würdigen Platz in der Weltgemeinschaft einzunehmen.

Aus diesen Überlegungen wurde die möglichst schnelle Aufnahme der vollwertigen und umfassenden Kontakte in die westliche Gemeinschaft zum Ziel der usbekischen Unabhängigkeitsstrategie erklärt. Dennoch hat sich für Usbekistan der Zugang zum Westen als ein langer und schwieriger Prozess erwiesen. Das Haupthindernis dabei stellte die Unfähigkeit der usbekischen Eliten im eigenen Lande dar, die demokratischen Reformen, den Aufbau der Zivilgesellschaft und die Akzeptanz der demokratischen Werte durchzuführen. Obwohl die usbekische Führung mehrmals ihre Treue gegenüber diesen Grundprinzipien betonte und den Beginn demokratischer Reformen angekündigt hatte, verfolgten die Politiker in Taschkent keine umfangreichen Programme, um die proklamierten Ziele durchzusetzen. Sie betrachteten die prodemokratischen Erklärungen als Instrument, mit deren Hilfe westliche Aufmerksamkeit und Unterstützung gewonnen werden konnte. Die einzigen Schritte der Regierung, die in dieser Richtung gemacht wurden, hatten taktischen Charakter, wie etwa die Freilassung von (politischen) Gefangenen sowie die Registrierung einer einheimischen oder internationalen Menschenrechtsorganisation vor einer Auslandsreise des Präsidenten oder vor der Ankunft eines hochrangigen Besuchers aus dem Westen. Infolgedessen sind die Bemühungen um eine allmähliche Aktivierung der westlichen Orientierung in der Außenpolitik stets an dieser Frage gescheitert und eine qualitative Verbesserung im Verhältnis zum Westen wurde nicht erreicht.

Die politische Führung in Taschkent versuchte, diese offenkundigen Nachteile in ihrer Westpolitik mit den ökonomischen Möglichkeiten des Landes, vor allem mit seinem Rohstoffpotenzial sowie westlichen Sicherheitsinteressen in der Region, die insbesondere nach dem 11.09.2001 deutlich sichtbar wurden, auszugleichen. So hat Usbekistan in der Frühzeit seiner Selbständigkeit verschiedene internationale Foren benutzt, um sein Wirtschaftspotenzial zu präsentieren und westliche Investoren ins Land zu locken. Dadurch erhoffte sich Taschkent auch die Entstehung von Kontakten zu politischen Kreisen im Westen. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht der Fakt, dass die ersten Besuche des usbekischen Staatschefs nach Europa und in die USA durch Unterstützung der großen Konzerne zustande kamen. In Sicherheitsfragen versuchte Taschkent, die

---

<sup>382</sup> ebenda



Aufmerksamkeit der westlichen Staaten auf die Sicherheitsprobleme der Region zu lenken und versuchte dabei, seine Innenpolitik mit der schwierigen Sicherheitslage in und um Usbekistan zu rechtfertigen.

Der andere Faktor, der die Beziehungen zum Westen beeinflusste, war außenpolitisch bedingt. Er betrifft die Position Russlands und des Irans, der zwei wichtigsten Regionalmächte, in Bezug auf die usbekischen Westorientierungsversuche. Bei der Aufnahme und Aufrechterhaltung der Beziehungen zum Westen und westlichen Sicherheitsstrukturen musste Taschkent die Interessen der beiden Regionalmächte berücksichtigen. Denn sowohl Moskau als auch Teheran hatten kein Interesse, dass durch westliche Aktivitäten in Zentralasien ihre Machtstellung und eigene Sicherheit gefährdet würde. Ein Streit zwischen Taschkent und Teheran in dieser Frage könnte zusätzlich die an der Überwindung der Transportisolation ausgerichtete Politik Usbekistans gegenüber Teheran in Frage stellen. Aus diesen Überlegungen heraus rechtfertigte Usbekistan sein Streben nach einer Annäherung in Richtung Westen durch das Prinzip, dass die Annäherung an einen Staat nicht die gleichzeitige Entfernung von einem andern bedeute.<sup>383</sup> Dennoch kümmerte sich Taschkent nicht darum, beide Richtungen in der Außenpolitik auszubalancieren, sondern spielte vielmehr mit dem Interessengegensatz der wichtigsten Akteure in der Region, um sich einen größeren außenpolitischen Handlungsspielraum zu schaffen.

### 5.3.1 Usbekistans Beziehungen zu den USA

Die Anfangsphase der usbekisch-amerikanischen Beziehungen war durch die Zurückhaltung der Vereinigten Staaten gegenüber den Unabhängigkeitsprozessen in den südlichen Teilen der Sowjetunion gekennzeichnet. Um die Reformpolitik von Gorbatschow zu unterstützen, lehnten die Amerikaner die Souveränitätsbestrebungen innerhalb der Sowjetunion ab.<sup>384</sup> Als der Zusammenbruch der Sowjetunion unvermeidbar war und die Staaten der Region ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, versuchte Washington, mit ihnen direkte diplomatische Beziehungen aufzunehmen und in diesen Ländern diplomatische Vertretungen aufzubauen. So haben die USA am 25.12.1991 die staatliche Souveränität Usbekistans anerkannt und am 19.02.1991 mit Taschkent diplomatische Beziehungen aufgenommen.<sup>385</sup> Die Eröffnung der amerikanischen Botschaft in Taschkent erfolgte im März 1992, der erste Besuch eines hochrangigen Beamten der amerikanischen

---

<sup>383</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.347

<sup>384</sup> Vgl.: MacFarlane, S. Neil: Amerikanische Politik in Zentralasien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43-44/98, S. 3-12, hier S. 3

<sup>385</sup> Vgl.: Uzbeksko-amerikanskije otnoshenija, unter: <http://www.mfa.uz:8001/ca/index.htm>

Administration fand im Dezember 1992 statt. Im Rahmen seiner GUS-Reise besuchte der damalige Staatssekretär James Baker auch die usbekische Hauptstadt Taschkent.

Der Beginn der usbekisch-amerikanischen Beziehungen war durch eine Reihe von Schwierigkeiten charakterisiert, die von beiden Seiten verursacht wurden und im Endergebnis zu einer beispiellosen Abkühlung der Kontakte führten. Auf der usbekischen Seite war dies auf die fehlende Anpassungsfähigkeit der noch unerfahrenen Außenpolitik zurückzuführen, die bei der kritischen Bewertung der amerikanischen Politik gegenüber Usbekistan für Überreaktionen sorgte. Seitens Washingtons waren es die weitgehend unterschiedslosen „Bekehrungsversuche“ zu Demokratie und liberalen Reformen ungeachtet der negativen Auswirkungen, die solche Aktivitäten auf die vielen amtierenden Regime in Zentralasien hatten.<sup>386</sup> Dabei waren diese strategischen Erwägungen hinsichtlich der Formulierung amerikanischer Außenpolitik in Bezug auf Usbekistan bzw. auf Zentralasien durch eine Reihe innenpolitischer Faktoren bedingt. Denn der US-Kongress hatte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten durch Gesetze begleitet, die den Schutz der Menschenrechte, Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reformen als Bedingungen amerikanischer Hilfeleistungen an alle ehemaligen Sowjetrepubliken festschrieben.<sup>387</sup> Diese wertorientierte Politik führte in der Praxis zu sehr schlechten Beziehungen zu den autoritären Regimen der Region, zu denen auch Usbekistan gezählt werden soll. So hat der damalige US-Außenminister James Baker während seines Besuchs in Taschkent im Dezember 1992 die usbekische Regierung aufgefordert, die Oppositionsparteien wie z.B. „Birlik“ offiziell zu registrieren und die Menschenrechte und Demokratieprinzipien zu beachten. Seine Aufforderungen wurden von der usbekischen Führung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Usbekistans strikt abgelehnt. Die Abwehrhaltung Usbekistans führte zu einer Kette von diplomatischen Skandalen zwischen Taschkent und Washington, die das Verhältnis der beiden Länder in eine tiefe Krise führten. Mitte 1993 rief Taschkent seinen Botschafter aus Washington zurück, der aber dem Aufruf seiner Regierung nicht folgte und ein politisches Asyl in den USA beantragte. Im August 1993 wurde im Taschkenter Flughafen die usbekische Mitarbeiterin der US-Botschaft in Taschkent vor den Augen amerikanischer Besucher von Sicherheitsmitarbeitern des Flughafens brutal niedergeschlagen. Washington reagierte umgehend und schickte eine offizielle usbekische Delegation, die sich zu dieser Zeit in den USA aufhielt, vorzeitig nach Hause. Als Gegenreaktion hat Taschkent in den offiziellen usbekischen Zeitungen eine Reihe von enthüllenden Veröffentlichungen mit anti-amerikanischem Inhalt organisiert. Dies führte schließlich dazu, dass die amerikanischen Behörden im November 1993 dem usbekischen Präsidenten keine

---

<sup>386</sup> MacFarlane S. Neil: Amerikanische Politik in Zentralasien und im Transkaukasus, a.a.O., S.9

<sup>387</sup> Vgl.: Kaim, Markus/Berger, Lars: USA, in: Gumpfenberg, Marie-Carin/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon, a.a.O., S. 291-296, hier S.294

Erlaubnis einräumen, aus New York auszureisen, wohin er für die Teilnahme an der Generalversammlung der UNO gekommen war.

Die usbekische Führung hat jedoch eingesehen, dass ein diplomatischer Konflikt mit dem mächtigsten Staat der Welt in mittel- und langfristiger Perspektive nicht den nationalen Interessen Usbekistan dienen wird und in kurzer Sicht die Versuche Usbekistans der Integration in die Weltgemeinschaft lahm legen kann. So änderte die Regierung ab Mitte 1995 ihre Strategie gegenüber Washington, indem sie nach und nach den amerikanischen Interessen entgegenkam. Dies war ein multidimensionaler Prozess, der sowohl die innenpolitischen Reformen als auch die außenpolitische Prioritätensetzung betraf. Innenpolitisch versuchte die Regierung zumindest, ein Erscheinungsbild abzugeben, das bei Fragen der Demokratisierung, Menschenrechte und Durchführung von liberalen Wirtschaftsreformen schrittweise in Bewegung kommen wird. Im offiziellen Parteienbildungsprozess wurde eine Novellierung verübt, in der zwei neue Parteien gegründet und durch den Beitritt einer Reihe von Volksdeputierten in das Parlament integriert wurden. Darüber hinaus haben die internationale Menschenrechtsorganisationen wie „Helsinki Watch“, „Human Rights Watch“ und andere die Erlaubnis bekommen, ihre Tätigkeit in Usbekistan zu verwirklichen. Zudem erklärte der usbekische Staatschef kurz vor seiner Reise nach Washington im Mai 1996 eine Amnestie, die auch die Freilassung von politischen Gefangenen ermöglichte. Des Weiteren versuchte Taschkent sein Rohstoffpotenzial als ein wirkungsvolles Instrument zu nutzen, um amerikanische Unternehmen nach Usbekistan zu locken und dadurch den Zugang zu amerikanischen politischen Kreisen zu erhalten. Die usbekische Führung hat dabei US-Firmen in ihrer bisherigen Investitionspolitik eine Ausnahme eingeräumt, indem die Amerikaner das Recht bekommen haben, auch in strategisch wichtigen Wirtschaftssektoren wie Bergbau, Gas- und Erdölförderung tätig werden zu können. So hat das amerikanische Unternehmen Newmont Group von den usbekischen Behörden die Erlaubnis bekommen, in den Goldminengebieten Usbekistans zu arbeiten. Die in Huston und Denver organisierten Ausstellungen zum Thema des Energiepotenzials Usbekistans erweckten großes Interesse bei den führenden amerikanischen Energiefirmen.<sup>388</sup> Die außenpolitische Komponente der neuen Strategie der usbekischen Regierung in Bezug auf die USA beinhaltet die bedingungslose Unterstützung aller internationalen Initiativen der US-Administration, die

---

<sup>388</sup> Wobei auch betont werden muss, dass die zentrale Aufmerksamkeit der amerikanischen Firmen auf den Kaspischen Raum gerichtet war und Usbekistan nicht unmittelbar zu dieser Region gezählt werden kann. Vgl. Inomjonov, Khurshid: Uzbekistan's Foreign and Security Policy in its First Years of Sovereignty, in: Seidelmann, Reimund/Giese, Ernst (eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia, a.a.O., S.41-47

manchmal ein sehr denkwürdiges Ausmaß annehmen.<sup>389</sup> In Hinsicht auf den Iran teilte Taschkent die Besorgnis der US-Regierung, dass Teheran eine Bedrohung für die Weltsicherheit darstelle. Darüber hinaus waren sich Usbekistan und die USA einig, den islamischen Extremismus als die größte Gefahr für die regionale Sicherheit in Zentralasien anzusehen. Die Überlegungen, dass die Region in die Arme der islamischen Fundamentalisten fallen könnte, existierten in Washington bereits seit längerer Zeit und deswegen konnten die Äußerungen der usbekischen Regierung in Bezug auf den islamischen Fundamentalismus nicht ungeachtet bleiben. Die weitere außenpolitische Novellierung traf die (Re)Integrationstendenzen innerhalb der GUS und die Bemühungen bestimmter politischer Kräfte in Moskau, die ehemaligen Sowjetrepubliken um Russland zu vereinigen. Usbekistan lehnte kategorisch eine umfassende Integration mit überstaatlichen Strukturen ab, wobei an dieser Stelle auch darauf hingewiesen werden muss, dass die usbekische Politik gegenüber der GUS zum größten Teil aus innenpolitischen Überlegungen abgeleitet war.<sup>390</sup> Dennoch können die zunehmenden Versuche einer Restauration der Sowjetunion Washingtons strategische Interessen im postsowjetischen Raum in Gefahr bringen. Dieses Kalkül, dass die Vereinigten Staaten solche Entwicklungen nicht zulassen und jeden unterstützen würden, der sich gegen diesen Prozess einsetzt, war eines der Motive der usbekischen GUS-Politik.

Die neue Strategie in der usbekischen Politik gegenüber den USA führte zu einer allmählichen Normalisierung der angespannten Verhältnisse. Im Herbst 1995 am Rande der Generalversammlung der UNO kam es zu einem Treffen zwischen dem usbekischen Staatspräsidenten Islam Karimow und dem US-Vize-Präsident Al Gore in Washington. Dabei versuchte Karimow, die Schwierigkeiten in den usbekisch-amerikanischen Beziehungen auf den in westlichen Ländern herrschenden Mangel an objektiven Informationen über den Wandlungsprozess in Usbekistan zurückzuführen. Nach seiner Meinung werde dies vor allem dadurch verursacht, dass die Informationen, die nach Westen gelangen, oft über die russischen Medien, deren Objektivität er stark bezweifelt, transportiert würden.<sup>391</sup> Solche Probleme könnten nach Karimow nur durch Intensivierung der Kontakte zwischen beiden Ländern behoben werden. Im Juni 1996 konnte Staatschef Islam Karimow zum ersten Mal offiziell die USA besuchen und traf im Weißen Haus den US-Präsidenten Bill Clinton. Während des Gesprächs versuchte die usbekische Führung, die Aufmerksamkeit der US-Regierung auf die Probleme der regionalen Sicherheit in Zentralasien zu lenken. Der andere Teil des Besuchs war Begegnungen mit US-

---

<sup>389</sup> Usbekistan war neben Israel das einzige Land in der UNO, das der amerikanischen Initiative zur wirtschaftlichen Isolierung Kubas zustimmte. Vgl.: Khalmuhammedow, Aleksander: Islamskij wopros w politike Uzbekistane, in: Swobodnaja Mysl, Nr.3, 1999, S.65-70

<sup>390</sup> Siehe Unterkapitel 5.1.3 dieser Arbeit

<sup>391</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Band IV. Taschkent, 1997, S.127

Unternehmen gewidmet, was auch die These bestätigt, dass Usbekistan durch seine Zugeständnisse an US-Firmen eine Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen suchte. Darüber hinaus haben die militärisch-sicherheitspolitischen Interessen beider Seiten eine bedeutende Rolle bei der Normalisierung der Beziehungen gespielt. Dabei galt das Interesse der USA in erster Linie den in der Region erhältlichen Materialien und Technologien für die Herstellung und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen. Vor dem Hintergrund der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus waren die USA daran interessiert, den von ihnen als terroristisch eingestuften Staaten und Organisationen keinen Zugang zu den Grundlagen der Herstellung und Anwendung von Massenvernichtungswaffen zu gewähren. Den Schwerpunkt dieses Interesses bildeten die usbekische Uranproduktion und die Existenz von biologischen und chemischen Waffen auf dem usbekischen Territorium. Usbekistan verfügte über die größten Stätten mit leicht angereichertem Uran und war aus sowjetischen Zeiten her Standort bedeutender Produktionsstätten chemischer und biologischer Waffen. Daher unterstützte Washington Usbekistan bei der Verbesserung der Exportkontrollen bzgl. Nuklearmaterials und entsprechender Technologien. Im Juni 1996 wurde zwischen Usbekistan und USA ein Rüstungsprotokoll unterzeichnet, das die amerikanische Hilfe bei der Konversion der militärischen Produktionsanlagen vorsah.

Schließlich kam es gegen Ende der 1990er Jahre zu einem weiteren qualitativen Durchbruch in den usbekisch-amerikanischen Beziehungen, der einerseits auf Washingtons wachsende Sorge um die zunehmende Gefahr des internationalen Terrorismus und andererseits auf die verstärkte Westorientierungspolitik Usbekistans zurückzuführen ist. In dieser Hinsicht war der Beitritt Usbekistans in die GUUAM-Gruppierung, die am Rande des NATO-Gipfels in Washington stattfand, ein deutliches Signal aus Taschkent, dass man bereit war, westlichem Engagement in Zentralasien zu folgen. Darüber hinaus fanden die Besorgnisse Usbekistans über die Situation in Afghanistan in Washington nun mehr Verständnis als früher, was unter anderem auch darauf zurückgeführt werden kann, dass Osama Bin Laden im Nachbarland Afghanistan vermutet wurde und die USA ein besonderes Interesse daran hatten, in der Region gute außenpolitische Beziehungen zu pflegen. Dennoch übten die wertorientierten Komponenten der amerikanischen Politik gegenüber Taschkent immer noch starken Einfluss auf die Formierung der Beziehungen aus. Dies wurde deutlich, als die US Außenministerin Madeleine Albright während ihres Besuchs in Taschkent am 18. April 2000 betonte, dass die Sicherheitsmaßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nicht zur Einschränkung der Menschenrechte führen sollen und die usbekische Regierung zu weiteren Reformen aufforderte.<sup>392</sup>

---

<sup>392</sup> Vgl.: Höyneck, Wilhelm: Nachhaltige Stabilisierungspolitik in und für Zentralasien, in: OSZE-Jahrbuch, a.a.O., S.218

### 5.3.2 Usbekisch-amerikanische Beziehungen nach dem Afghanistan-Krieg

Durch die Ereignisse des 11. Septembers und die nachfolgenden Aktivitäten der US-geführten Truppen in Afghanistan haben die usbekisch-amerikanischen Beziehungen eine neue Qualität erhalten. Dennoch lassen sich in dieser Periode der usbekisch-amerikanischen Beziehungen trotz des kurzen Zeitabschnittes zwei unterschiedliche Entwicklungstendenzen ausmachen. Die erste Phase beginnt mit der aktiven Teilnahme Usbekistans an der „Coalition Against Terrorism“, die schließlich zu einer strategischen Annäherung zwischen Taschkent und Washington führte. Die zweite Periode dagegen wurde von allmählichen Schwierigkeiten bei der Durchführung der strategischen Partnerschaft zwischen beiden Staaten begleitet, die schließlich zu einer Distanzierung führten. Im Folgenden werden die Hauptelemente der beiden Entwicklungen analysiert.

Die Anschläge des 11. September 2001 haben zu einer neuen Prioritätensetzung in der amerikanischen Zentralasienpolitik geführt. Die US-Führung sah sich gezwungen, im Kampf gegen den internationalen Terrorismus alle Kräfte zu mobilisieren. Mit diesem Ziel besuchte am 5. Oktober der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Taschkent. In einem gemeinsamen Presseauftritt mit ihm erklärte Staatspräsident Karimow die aktive Unterstützung amerikanischer Bemühungen im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus, indem Taschkent die Nutzung seines Luftraums erlaube und einen Stützpunkt für Nachschubeinheiten zur Verfügung stelle. Er betonte dabei ausdrücklich, dass die Bereitstellung des Militärflughafens in Khanabad/Karschi nur für Transportflugzeuge gelte. Dementsprechend konnten die Kampfhandlungen nicht aus usbekischem Territorium heraus geführt werden. Nach der Beendigung des Krieges ermöglichte Taschkent die Nutzung eines Landkorridors für humanitäre Hilfe über die nahe Termez gelegene Freundschaftsbrücke nach Afghanistan.

Die aktive Hilfeleistung für die amerikanischen Truppen während des Afghanistan-Krieges seitens Usbekistans führte zu einer zunehmenden Intensivierung der politischen Kontakte auf unterschiedlichen Ebenen. In den nachfolgenden zwei Jahren haben US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld drei Mal, darüber hinaus Außenminister Powell, mehrere Senatoren, Mitglieder des Kongresses und hochrangige Vertreter der amerikanischen Militärstrukturen Usbekistan besucht. Aus usbekischer Perspektive stellt der Besuch des Staatspräsidenten Karimow in Washington am 14. März ein historisches Ereignis dar. Während dieses Besuchs wurden fünf zwischenstaatliche Abkommen unterzeichnet, darunter eine Deklaration über strategische Partnerschaft. Es muss auch betont werden, dass die militärischen Erfolge der USA in Afghanistan für Usbekistan einige praktische Vorteile gebracht haben. Sie liegen in erster Linie darin, dass sich der Sturz der Taliban-Regierung in Kabul auf die innere Sicherheit Usbekistans und seine

Nachbarn stabilisierend auswirkt. Denn Taschkent hatte seit Ende des Jahres 1990 unter gewalttätigen Aktionen der Islamischen Bewegung Usbekistans gelitten, die vom Taliban-Regime unterstützt wurde und auf dem afghanischen Territorium ihre Ausbildungslager hatte. Im September 2002 wurde diese Organisation vom Außenministerium in Washington als Terrororganisation eingestuft. Damit hat Usbekistan aus amerikanischer Sicht das Recht erhalten, seine Souveränität und territoriale Integrität gegen deren gewaltsame Aktionen zu schützen. Des Weiteren wurden die Beihilfen aus den Programmen des amerikanischen Außen- und Verteidigungsministeriums für Taschkent nachhaltig erhöht. So bekam Usbekistan insgesamt 242,6 Mio. US-Dollar im Jahr 2002 gegenüber 284,13 Mio. US-Dollar im Jahr 2001. Darüber hinaus führte dies auch zur Normalisierung der Beziehungen zu den internationalen Finanzinstitutionen. Aus diesen Überlegungen heraus sprach sich die usbekische Führung für das Bleiben der amerikanischen Truppen im eigenen Land aus, solange bis die völlige Stabilisierung der Lage in Afghanistan erreicht würde. Auch die nächste Etappe des amerikanischen Kampfs gegen den globalen Terrorismus, welche aus amerikanischer Sicht der Krieg in Irak darstellt, wurde von Usbekistan voll und ganz unterstützt. Als einziges Land in der Region trat Usbekistan der von den USA angeführten Koalition gegen den Irak bei. In seiner ausführlichen Rede vor dem Parlament erklärte der usbekische Staatschef Karimow diesen Schritt als notwendige Maßnahme zur Beilegung des nächsten Herds des internationalen Terrorismus.<sup>393</sup>

Jedoch war durchaus absehbar, dass die intensiven Kontakte zwischen Taschkent und Washington auf längere Sicht keinen Bestand haben würden. Denn in der im März 2002 vom damaligen usbekischen Außenminister Komilov und Außenminister Powell unterschriebenen Deklaration über eine strategische Partnerschaft versprach Usbekistan eine Intensivierung des demokratischen Wandels und größere Pressefreiheit. Die usbekische Führung war aber nicht bereit, alle Bedingungen einer strategischen Partnerschaft mit einem demokratischen Land zu erfüllen. Auf der anderen Seite würde die weitere Liberalisierung des Systems bei der gegenwärtigen sozialen Unzufriedenheit der Bevölkerung eine enorme Gefahr für das Regime bedeuten, die in mittlerer Perspektive zu dessen Sturz führen könnte. Insbesondere nach dem Machtwechsel in Georgien, in der Ukraine und schließlich in Kirgisistan sind solche Entwicklungsszenarien realistisch geworden. Die Bush-Administration ihrerseits zeigte sich nicht bereit, das usbekische Regime bedingungslos weiter zu unterstützen. Im Juni 2004 hat Washington die Vergabe der Finanzhilfe in Höhe von 19. Mio. US-Dollar einfrieren lassen.

---

<sup>393</sup> Vgl.: Karimow, Islam:Band XI. Taschkent, 2003, S.202

### 5.3.3 Die Europapolitik der usbekischen Regierung

Eine besondere Stellung bei der Integration in die Weltgemeinschaft nimmt die Anknüpfung und Intensivierung der Kontakte zu den Ländern des europäischen Kontinents ein. Die Orientierung hin zu Europa in der Außenpolitik Usbekistans hat sich in den vergangenen Jahren bedeutend erweitert und schließt inzwischen sowohl die Zusammenarbeit mit den einzelnen europäischen Ländern als auch mit dem europäischen Kontinent als Ganzes ein. Dabei zeigte sich Usbekistan nach seiner Unabhängigkeit nicht gewillt, noch im Rahmen der ehemaligen Sowjetunion funktionierende Kontakte zu den osteuropäischen Ländern abubrechen und versuchte, mit diesen Staaten wirtschaftliche Kontakte beizubehalten.

Der Grundstein der Beziehungen zur EU wurde am 31.12.1991 mit einer gemeinsamen Erklärung der EU-Länder gelegt, in der die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion entstandenen Staaten festgehalten war. Die diplomatischen Beziehungen wurden am 16. November 1994 aufgenommen.<sup>394</sup> Als rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit diente in der Anfangsphase der Beziehungen das von der EU mit der Sowjetunion abgeschlossene Handels- und Kooperationsabkommen, das von Usbekistan anerkannt wurde.<sup>395</sup> In dieser Hinsicht zeichnete sich das Jahr 1996 aus usbekischer Perspektive durch einige wichtige Ereignisse in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Usbekistan und der Europäischen Union aus. Im Februar nahm der Rat der Europäischen Union auf der Ebene der Außenminister den Beschluss an, Verhandlungen mit Usbekistan über den Abschluss einer neuen Vereinbarung über Partnerschaft und Zusammenarbeit aufzunehmen, und im Juli in Florenz wurde diese bereits unterzeichnet. Die politische Führung Usbekistans unterstrich besonders den Fakt, dass Usbekistan nach Russland der zweite Staat im postsowjetischen Raum war, der auf einer solchen Ebene mit der Europäischen Gemeinschaft eine Vereinbarung über Partnerschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet hatte.<sup>396</sup> Dabei weisen andere Autoren darauf hin, dass die Anfangsphase der Zusammenarbeit zwischen Usbekistan und der EU wegen der Verzögerung der wirtschaftlichen Reformen und der Nichterfüllung der politischen Bedingungen durch die usbekische Regierung belastet wurde.<sup>397</sup> Dennoch verstand Taschkent den Vertrag über die Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Europäischen Union als einen weiteren Beitrag zur

<sup>394</sup> Vgl.: Usbekistan-EC, in: <http://www.mfa.uz:8001/ce/ce28.htm>

<sup>395</sup> Siehe dazu Baizakowa, K.I.: Politiko-prawowije osnovy sotrudnichestwa Jewropejskogo Sojuza s gosudarstwami Tsentral'noj Azii, in: ANALYTIC, Nr. 2, 2003, S. 27-30

<sup>396</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.352

<sup>397</sup> Vgl.: Baizakowa, K.I.: Politiko-prawowije osnovy sotrudnichestwa Jewropejskogo Sojuza s gosudarstwami Tsentral'noj Azii, a.a.O., S.27



Gewährleistung der Sicherheit Usbekistans und der Entwicklung der gleichberechtigten Beziehungen zur EU. Darüber hinaus bedeutete diese Partnerschaft für Usbekistan neben der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Sphäre auch eine politische Zusammenarbeit mit Brüssel. Nach Ansicht der usbekischen Führung eröffnete dieses Dokument „eine prinzipiell neue Etappe der Zusammenarbeit, schafft die Rechtsgrundlage der Wechselbeziehungen zwischen Usbekistan, der Europäischen Union und den Mitgliedsländern der EU, eröffnet weitreichende Möglichkeiten für wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Beziehungen, legt die institutionelle Grundlage für einen regulären politischen Dialog.“<sup>398</sup> Nach dem Beitritt der osteuropäischen Länder in die EU wurde das Wirkungsgebiet dieser Vereinbarung auf die neuen Mitglieder erweitert.

Konkret zeigt sich die Zusammenarbeit zwischen Taschkent und Brüssel in der Unterstützung des Modernisierungs- und Reformprozesses durch die EU-Strukturen. Dabei hat die Europäische Union im Rahmen ihres TACIC-Programms ein TRACECA (Transportkorridor Zentralasien-Kaukasus-Europa)-Projekt ausgearbeitet, um die Transportisolation der zentralasiatischen Länder zu überwinden. An dem Projekt, das die zentralasiatischen Länder über den Kaukasus und die Türkei mit Europa verbinden soll, nehmen neben Usbekistan auch Kirgisistan, Turkmenistan, Aserbaidschan, Georgien, Moldowa, Bulgarien, Rumänien, die Türkei und die Ukraine teil. Bisher wurden im Rahmen dieses Projekts Bauarbeiten in Höhe von 123 Mio. Euro geleistet. Im Rahmen des TACIC-Programms selbst hat die EU in Usbekistan zwischen 1992 und 2002 über 77 Projekte in Höhe von 125,8 Mio. € finanziert.<sup>399</sup> Die Investitionsmöglichkeiten der EU-Länder bei der Realisierung von großen Wirtschaftsprojekten werden in Usbekistan sehr hoch eingeschätzt. Nach Regierungsangaben waren die Unternehmen und Banken der EU zwischen 1995-2002 an der Durchführung und Realisierung von Großprojekten in der gesamten Höhe von über 8 Mrd. US-Dollar beteiligt.<sup>400</sup>

Gleichzeitig war die sicherheitspolitisch-militärische Zusammenarbeit der EU mit den zentralasiatischen Ländern inklusive Usbekistan vernachlässigt worden, eine Tatsache, die in erster Linie auf das Fehlen eigener Sicherheitsstrukturen innerhalb der Union zurückzuführen ist. Außerdem stützte sich die EU bei der sicherheitspolitisch-militärischen Kooperation mit Zentralasien auf die Programme im Rahmen der NATO und OSZE, um die Überschneidungen z.B. mit dem PfP der Nordatlantischen Allianz zu vermeiden. Dies hat aber im Vergleich zu anderen Großmächten wie den USA zur deutlichen Verringerung

---

<sup>398</sup> Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.353

<sup>399</sup> Siehe: Uzbekistan-EC, in: <http://www.mfa.uz:8001/ce/ce28.htm>

<sup>400</sup> ebenda

der politischen Bedeutung der EU in der Region geführt. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und den darauf folgenden Ereignissen in Afghanistan kam es bei der EU zu einer Neubewertung der Prioritäten in der Region und zur Entwicklung einer neuen Strategie. Diese besteht inzwischen „in der Förderung von Stabilität und Sicherheit, des Justizwesens und der inneren Angelegenheiten (Beachtung der Menschenrechte, Unterbindung von Geldwäsche und Menschenhandel u.a), der Hilfe bei der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, der Lösung von Grenzfragen und Wasserrechten sowie der Verringerung von Armut“, die als Risikofaktor für ethnische und soziale Konflikte gilt.<sup>401</sup> So hat die Europäische Union im Rahmen des TACIC-Programms für die Sicherung der Grenzen in Zentralasien 12 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.<sup>402</sup> Dabei wurde die technische Unterstützung durch TACIS für die Periode 2002-2006 von jährlich 25 Mio. € auf 50 Mio. € erhöht.

Die Aufnahme von zehn osteuropäischen Staaten im Mai 2004 hat die EU geographisch näher an Zentralasien herangebracht. In dieser Hinsicht erfordern die usbekisch-europäischen bzw. zentralasiatisch-europäischen Beziehungen eine Erneuerung, die auf eine qualitative Erhöhung des beiderseitigen Verhältnisses ausgerichtet werden muss. In mittlerer Perspektive wäre die Ausarbeitung einer neuen gemeinsamen Strategie der EU gegenüber Zentralasien, analog zum Stabilitätspakt mit dem Balkan, eine viel versprechende Entwicklung. Die Bemühungen um die Schaffung einer aktiven Partnerschaft werden aber durch die Existenz einer Reihe von störenden Faktoren erheblich erschwert. Für Brüssel stellen die Rückschritte beim Aufbau einer zivilen Gesellschaft, das Nichtfunktionieren der demokratischen Attribute, die Vernachlässigung der allgemeinen demokratischen Prinzipien wie die Beachtung der Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit ein Hindernis in den usbekisch-europäischen Beziehungen dar. Auf der anderen Seite ist die zurückhaltende politische Aktivität der EU in Zentralasien und im Kaukasus, die vor allem durch die besonderen europäisch-russischen Beziehungen bedingt ist, ein Grund für die Schwächung der europäischen Position in diesen Regionen.

### **5.3.4 Entwicklung der Beziehungen zur BRD**

Neben dem Aufbau eines verlässlichen Verhältnisses zur gesamten EU bemüht sich Usbekistan um die Ausdehnung seiner bilateralen Kontakte zu den einzelnen europäischen Ländern. In dieser Hinsicht nehmen die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Stellung in der Europapolitik der usbekischen Regierung ein. Dies ist vor allem

---

<sup>401</sup> Vgl. Brauer, Birgit: Europäische Union, in: Gumpfenberg, Marie-Carin von/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon, a.a.O., S.76

<sup>402</sup> Vgl. AKIpress, 16.10.2003

durch die Rolle Berlins in der EU und die ökonomische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedingt. Die anderen Gründe sind die Aktivität der deutschen Politik in und um Zentralasien, die recht früh die Kandidatur Usbekistans und anderer zentralasiatischer Republiken bei der Integration in die europäischen und internationalen Organisationen, z.B. bei der Aufnahme in die OSZE, stark unterstützte und die anderen Mitglieder davon überzeugte.<sup>403</sup> Darüber hinaus war Deutschland bis vor kurzem das einzige europäische Land, das in allen zentralasiatischen Ländern über eine eigene Botschaft verfügte. Dabei hatte die Bundesrepublik Deutschland die staatliche Unabhängigkeit Usbekistans recht früh am 12. 01.1991 anerkannt und am 13. Juni 1992 in feierlicher Atmosphäre unter Beteiligung des Bundespräsidenten Roman Herzog seine diplomatische Vertretung in Taschkent eröffnet. Die usbekische Botschaft in Bonn nahm Mitte 1993 ihre Arbeit auf. Hilfreich für die Herstellung der Beziehungen waren auch zahlreiche Kontakte hochrangiger Politiker. Bereits im Juni 1993 erfolgte der erste Besuch des usbekischen Präsidenten in der Bundesrepublik Deutschland, der in nachfolgenden Jahren noch zweimal stattfand (1995, 2001). Bundespräsident Roman Herzog reiste im Juni 1993 nach Taschkent.

Im Zentrum der usbekisch-deutschen Beziehungen stehen neben politischen Kontakten die wirtschaftlichen Beziehungen und die wissenschaftlich-kulturelle Zusammenarbeit, die bei der Modernisierung Usbekistans den größten Beitrag leisten. Deutschland ist bisher der größte Handelspartner Usbekistans unter allen europäischen Ländern. Zwar ist das Volumen seit 1999 deutlich zurückgefallen, aber seit 2003 ist erneut ein leichtes Wachstum zu beobachten. Bei den usbekischen Einfuhren belegt Deutschland hinter Russland, Südkorea und den USA Platz vier. Es gibt zur Zeit ca. 70 Repräsentanzen deutscher Firmen in Usbekistan, darunter die Regionalvertretung für Zentralasien von DaimlerChrysler, Siemens, BASF, Aventis sowie drei deutsche Banken<sup>404</sup>. Es muss auch betont werden, dass sich aufgrund schleppender wirtschaftlicher Reformen und staatlicher Interventionen ausländische Investoren eher zurückhalten. So wurde die vom DIHK geförderte Vertretung der Deutschen Wirtschaft in Taschkent Mitte des Jahres 2004 geschlossen. Dagegen entwickeln sich die Kontakte zu Deutschland im Bildungs- und Kulturbereich sehr gut, was aus der Sicht Usbekistans sehr schätzenswert ist. Das starke Interesse der usbekischen Seite ist auch darin begründet, dass bei der Modernisierungspolitik der Kaderbildung eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. In diesem Sinne ist der Zuwachs des wissenschaftlichen Austauschs eine besondere Bereicherung für beide Länder. Maßgeblich für die Entwicklung der kulturellen Zusammenarbeit ist auch das 1993 unterzeichnete Kulturabkommen.

---

<sup>403</sup> Vgl. NG, 23.02.1992

<sup>404</sup> Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Usbekistan und der BRD siehe auch das Homepage des Auswärtigen Amtes unter <http://www.auswaertiges-amt.de>

Nach dem 11. September 2001 haben die Beziehungen zwischen Usbekistan und Deutschland eine neue Grundlage bekommen. Taschkent und Berlin unterstützten den globalen Kampf gegen den internationalen Terrorismus und waren Mitglied der „Coalition Against Terrorism“. Darüber hinaus haben sich die Positionen der beiden Länder in Fragen der Sicherstellung der regionalen Sicherheit entschieden angenähert. Deutschland als wichtigster und aktivster Teilnehmer des Friedens- und Wiederaufbauprozesses in Afghanistan teilt die Besorgnis Usbekistans über die vom internationalen Terrorismus ausgehende Gefahr für die Sicherheit in Zentralasien. Im Zentralasienkonzept der Bundesregierung heißt es: „Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Befriedigungsprozesses in Afghanistan eröffnen sich jetzt neue Möglichkeiten, die Unabhängigkeit und Souveränität der zentralasiatischen Partnerstaaten und in besonderem Maße ihren Kampf gegen den Terrorismus und die organisierte Kriminalität zu unterstützen.“<sup>405</sup> Des Weiteren hat das Verhältnis Usbekistans zu Berlin mit der Gewährleistung des Lufttransportstützpunktes in Termez und der Stationierung von ca. 200 Bundeswehr-Soldaten im Rahmen der ISAF seit Februar 2002 eine starke sicherheitspolitische Komponente erhalten. Seither erfolgten zahlreiche hochrangige Besuche der Rot-Grünen Regierung in Berlin, darunter Bundesaußenminister Joschka Fischer im Februar 2002, Bundeskanzler Gerhard Schröder im Mai 2002, Bundesverteidigungsminister Struck im Juli 2002, August 2003 und Januar 2004, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit Wieczorek-Zeul im August 2003 und schließlich der Zwischenstopp des Bundeskanzlers im November 2004 in Termez; dies hat der Intensität der politischen Kontakte einen neuen Grad verliehen. Darüber hinaus fand in Taschkent im Mai 2002 eine regionale Botschafterkonferenz und im April 2004 wieder eine Konferenz des Auswärtigen Amtes zum Thema der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik statt. Trotz dieser positiven Entwicklung hat Taschkent noch keine feste Unterstützung für die Kandidatur der Bundesrepublik Deutschland für den erweiterten Sicherheitsrat der UNO versprochen. Doch auch angesichts dieser Tatsache sieht die Bundesrepublik Deutschland die Bilanz der bilateralen Beziehungen positiv.<sup>406</sup> Berlin unterstützt weiter die Bemühungen der usbekischen Regierung in der Frage der Integration in die internationale Gemeinschaft und der Modernisierung des Landes. Dabei bildet das unter der Federführung des Auswärtigen Amtes erarbeitete und im März 2002 verabschiedete Zentralasienkonzept der Bundesregierung „die Berufungsgrundlage, auf die sich Fachressorts in ihrer Zusammenarbeit mit den Ländern Zentralasiens beziehen werden.“<sup>407</sup>

---

<sup>405</sup> Siehe Das Zentralasienkonzept der Bundesregierung, in:

<http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/asien/zentralasienkonzept.pdf>

<sup>406</sup> Beziehungen zwischen Usbekistan und Deutschland. Stand: Oktober 2004, unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/>

<sup>407</sup> Das Zentralasienkonzept der Bundesregierung, a.a.O.

## 5.4 Usbekistan in den internationalen Organisationen

### 5.4.1 Usbekistan in der UNO

Für die staatliche Identität des jungen Usbekistans war die Möglichkeit der Teilnahme an der Tätigkeit der Vereinten Nationen von außerordentlicher Bedeutung. Auf der einen Seite symbolisierte der Beitritt in die UNO die völkerrechtliche Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Usbekistans durch die internationale Gemeinschaft. Auf der anderen Seite betrachtete die politische Führung des Landes die Möglichkeit der Beteiligung an der Arbeit der UNO in erster Linie als Gelegenheit, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die ernstesten Probleme der Sicherstellung der Sicherheit, des Friedens und der Übereinkunft in der zentralasiatischen Region zu lenken.<sup>408</sup> Nach Ansicht Usbekistans verfügt „bei all der Vielfalt der internationalen Organisationen, die eine Beziehung zum Problem der allumfassenden Sicherheit haben, allein die UNO über das vollständige Arsenal zu deren Unterstützung und Sicherung, von der präventiven Diplomatie bis hin zur Beteiligung an friedensschaffenden Operationen zur Festigung des Friedens“<sup>409</sup>. Taschkent nimmt an unter Schirmherrschaft der UNO stattfindenden Prozessen zur Festigung des Weltfriedens teil und versucht im Rahmen der Vereinten Nationen mit eigenen Initiativen zur Gewährleistung der regionalen Sicherheit beizutragen. Das Hauptaugenmerk der usbekischen Führung war dabei vor allem auf die instabile Lage in Afghanistan und die von ihr ausgehenden Gefahren für die regionale Sicherheit und Stabilität in Zentralasien ausgerichtet. Usbekistan gehörte zu den Mitinitiatoren der Bildung der so genannten „6+2-Gruppe“, deren Mitglieder zwei Großmächte, die USA und Russland, sowie sechs Nachbarländer Afghanistans waren. Eine andere Initiative der usbekischen Regierung konzentrierte sich auf die Bemühungen, die zentralasiatische Region zur atomwaffenfreien Zone durch die UNO erklären zu lassen.

Auch die aktuellen Debatten über die Reformierung der UNO werden in Taschkent mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Dabei tritt die politische Führung des Landes aktiv für die Vervollkommnung der Struktur und Tätigkeit dieser ihrem Charakter nach weltumspannenden und universellen Organisation ein. Nach Ansicht Usbekistans erfordert die Veränderung der geopolitischen Situation in der Welt auch die Vervollkommnung der Organisation und die Tätigkeit der UNO im neuen Jahrtausend. Taschkent spricht sich für die Reformierung des Sicherheitsrates aus, in dem die Zahl seiner ständigen Mitglieder erhöht werden soll. Dies wird dadurch begründet, dass gegenwärtig in der Welt eine Reihe

---

<sup>408</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.349-351

<sup>409</sup> ebenda

von Staaten entstanden sei, „die kraft ihrer wachsenden Stärke und ihres Einflusses im Maßstab der Weltpolitik ständige Mitglieder des Sicherheitsrates werden könnten.“<sup>410</sup> Dabei hat Taschkent die Kandidatur Japans als zukünftiges ständiges Mitglied des Sicherheitsrates akzeptiert, was offensichtlich auf die wachsende Rolle Tokios bei der Modernisierung der usbekischen Wirtschaft zurückzuführen ist. Über die Kandidatur der anderen Länder, darunter auch die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland, wurden bisher keine festen Äußerungen gegeben. Darüber hinaus sollen nach den Vorstellungen der usbekischen Eliten gleichzeitig nicht nur die Struktur, sondern auch das Funktionieren der UNO selbst, ihre Prozeduren und die Durchführung ihrer Aktionen reformiert werden, die noch nicht den Stempel des früheren Kampfes der Großmächte um Einflussphären abgelegt haben. Die Tatsache, dass die von der UNO unternommenen friedensschaffenden Operationen zur Regulierung regionaler Konflikte sich nicht immer als erfolgreich erwiesen, kann aus usbekischer Sicht zum Teil damit erklärt werden.

Die Zusammenarbeit Usbekistans mit der UNO verfügt inzwischen über eine dreizehnjährige Geschichte. Dabei wurde Usbekistan am 2. März 1992 als Mitglied in die UNO aufgenommen. Ein Jahr später eröffneten die Vereinten Nationen ihre Vertretung in Taschkent, die von einem Resident Coordinator repräsentiert wird. Er koordiniert auch die Arbeit der hier vertretenen Unterorganisationen wie UNDP, UNV, UNISEF, UNFPA, UNHCR u.a. Die UN-Programme in Usbekistan konzentrieren sich auf Beratungsleistungen zu Fragen der menschlichen Entwicklung, der Hilfskoordination, des Umweltmanagements, der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen. Im Oktober 2002 besuchte ein UN-Generalsekretär zum ersten Mal Usbekistan. Kofi Annan bedankte sich bei der usbekischen Führung für die Unterstützung des Wiederaufprozesses in Afghanistan, Taschkent seinerseits versprach die allseitige Unterstützung der Bemühungen der UNO in Zentralasien. Dennoch sehen die Experten die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Usbekistan und der UNO durch die generellen politischen Rahmenbedingungen in Usbekistan eingeschränkt.<sup>411</sup> So hat Taschkent über Jahre lang hinweg die Forderungen der internationalen Gemeinschaft über die Zulassung des speziellen Berichterstatters für Folterfragen der UNO ignoriert. Erst im Jahre 2002 bekam Theo van Boven die Erlaubnis der usbekischen Behörden und kam im Februar 2003 nach Usbekistan, um sich vor Ort ein Bild von den Folterungen zu machen. In seinem Bericht, der im März 2003 vorgestellt wurde, sprach er von „systematischen Folterungen“ in Usbekistan.<sup>412</sup> Die usbekische

---

<sup>410</sup> ebenda.

<sup>411</sup> Vgl. Gumpfenberg, Marie-Carin von/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon, a.a.O., S.306

<sup>412</sup> Siehe dazu: Report of the Special Rapporteur on the question of torture, Theo van Boven, submitted in accordance with Commission resolution 2002/38, Mission to Uzbekistan, February 3, 2003. E/CN.4/2003/68/Add.2. Available from: [http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/0/29d0f1eaf87cf3eac1256ce9005a0170/\\$FILE/G0310766.pdf](http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/0/29d0f1eaf87cf3eac1256ce9005a0170/$FILE/G0310766.pdf)

Regierung lehnte die Anerkennung des Berichts ab, dennoch versprach sie die Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung der Probleme.

#### 5.4.2 Schwieriges Verhältnis zur OSZE

Ein Bestandteil der usbekischen Integrationspolitik in die Weltgemeinschaft bildet die Entwicklung von Kontakten zu verschiedenen internationalen und regionalen Sicherheitsorganisationen sowie zu internationalen Finanzstrukturen. In diesem Zusammenhang spielen die Beziehungen zu regionalen Sicherheitsstrukturen wie der OSZE und der NATO eine große Rolle. In dieser Hinsicht war die Herstellung enger und fruchtbarer Beziehungen zu einer angesehenen, friedensstiftenden und rechtsschützenden Organisation wie der OSZE von großer Bedeutung. Dabei ist die aus der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit hervorgegangene OSZE die bisher einzige Sicherheitsorganisation mit euroasiatischem Ausmaß. Sie stützt sich auf das Konzept der umfassenden Sicherheit, die nicht nur die militärisch-politischen Aspekte der Sicherheit im engeren Sinne, sondern auch ökonomische, ökologische und menschenrechtliche Dimensionen beinhaltet und durch ihre 55 Mitgliedsländer in kooperativer Weise realisiert werden soll.<sup>413</sup>

Am 2. Februar 1992 traten die fünf zentralasiatischen Republiken, darunter auch Usbekistan, der OSZE bei. Die Aufnahme der außereuropäischen postsowjetischen Länder in die OSZE sorgte für eine weit reichende Diskussion unter den alten Mitgliedern der Organisation, bei der es um die Einschätzung der möglichen Folgen der neuen Erweiterung für die OSZE ging. Man hatte dabei aus unterschiedlichen Motiven Bedenken, dass durch die Mitgliedschaft der zentralasiatischen Länder die Tätigkeit der Organisation negativ beeinträchtigt werden könnte: Erstens würde die Aufnahme der zentralasiatischen Republiken die geographische Ausdehnung der Organisation bedeuten, die einen unvorhersehbaren Präzedenzfall für ihre Zukunft bilden könnte. Zweitens löste auch die konfliktreiche Situation in diesen Republiken, die zum Zeitpunkt der Diskussion durch die studentischen Unruhen in Taschkent und Auseinandersetzungen in Duschanbe gezeichnet war, Besorgnis aus.<sup>414</sup> Den Schlusspunkt der Diskussionen bildete die Frage nach der „OSZE-Tauglichkeit“ der potenziellen Mitglieder aus dem asiatischen Teil der ehemaligen UdSSR. Denn die neuen Länder in Zentralasien hatten keine klaren Absichten in Bezug auf Demokratie und Rechtstaatlichkeit und tendierten vielmehr in Richtung autoritärer Herrschaftssysteme. Als Gegenargument zu solchen Befürchtungen wirkte jedoch der Faktor, dass die zentralasiatischen Republiken zwar geographisch nicht zu Europa gehören,

---

<sup>413</sup> Vgl.: Kreikemeyer, Anna: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), in: Gumpfenberg, Marie-Carin von/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon, a.a.O., S.218-220

<sup>414</sup> Vgl. NG, 30.01.1992

aber durch ihre Zugehörigkeit zur ehemaligen Sowjetunion als Teile eines einheitlichen europäischen Sicherheitsraums angesehen werden müssen. Der andere Grund, der für die Mitgliedschaft der zentralasiatischen Republiken sprach, waren Überlegungen, dass durch die Mitgliedschaft in der OSZE der zunehmenden Islamisierung der Region begegnet werden konnte.<sup>415</sup> Mithilfe dieser Argumente überzeugten die BRD, Frankreich und die Türkei ihre Partner von der Nützlichkeit Zentralasiens für die europäische Sicherheit und setzten ihre Standpunkte durch.

Wie die anderen zentralasiatischen Länder erhoffte sich Usbekistan von der Mitgliedschaft in der OSZE die weitere Festigung seiner Unabhängigkeit und Aufmerksamkeit der westlichen Länder in Bezug auf die regionalen Sicherheitsprobleme in Zentralasien. Aus diesem Grund bemühte sich Taschkent um die Gestaltung guter Beziehungen zur OSZE und zeigte sich dabei sehr aktiv. 1994 nahm die usbekische Vertretung bei der OSZE in Wien ihre Arbeit auf. Ein Jahr darauf, auf Vorschlag des usbekischen Präsidenten, eröffnete die OSZE in Taschkent ein regionales Büro für Zentralasien. Daneben wurden in Taschkent auf Initiative Usbekistans eine Reihe großer Foren der OSZE durchgeführt. Die Zahl der gemeinsam mit der OSZE durchgeführten Veranstaltungen nahm ständig zu. Ein bedeutendes Ereignis für die Entwicklung der Beziehungen Usbekistans zur OSZE war die Teilnahme Taschkents am Lissabonner Gipfel im Dezember 1996. Die usbekische Führung nutzte im Rahmen dieses Forums die Gelegenheit, ihre Sicht der Sicherheitsprobleme darzustellen. Dabei rief Karimow zur Aktivierung der Tätigkeit der OSZE in Zentralasien auf, was dokumentarisch in der Lissabonner Deklaration festgehalten wurde. Des Weiteren betonte Karimow die Unterstützung des grundlegenden Prinzips der Unteilbarkeit der Sicherheit. Der Vorschlag Usbekistans zur Einstellung der illegalen Waffenlieferungen an Konfliktzonen wurde im Schlussdokument des Lissabonner Treffens zum Ausdruck gebracht. Dabei hoffte die politische Führung des Landes, dass solche Vorschläge im Endergebnis ein Bestandteil des Modells der allgemeinen und umfassenden Sicherheit für das 21. Jahrhundert sein würden. Zum Zeitpunkt des nächsten Gipfels der OSZE in Istanbul 1999 hatte Usbekistan außenpolitische Erfahrung gesammelt. Taschkent schlug die Bildung eines Internationalen Antiterrorismuszentrums vor. Darüber hinaus pflegt Taschkent offizielle Kontakte zur OSZE-Spitze. Seit 1996 besuchen Vorsitzende der OSZE regelmäßig Taschkent und die anderen zentralasiatischen Hauptstädte. Außerdem stellte der Generalsekretär der OSZE Jan Kubisch seit 1998 einen Beauftragten für Zentralasien, der für die offiziellen Kontakte zur politischen Führungen dieser Länder zuständig ist.

---

<sup>415</sup> Vgl.: NG, 4.02.1992



Dennoch wird aus der Sicht der OSZE ein konstruktiver Dialog mit Usbekistan durch den autoritären Charakter des usbekischen Regimes erschwert. Usbekistan war zu keinem Zeitpunkt in der Lage, seine Pflichten in Bezug auf die Erfüllung der Prinzipien der OSZE im Bereich Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und freier Medien tatsächlich wahrzunehmen und sie konsequent umzusetzen. Deswegen steht Taschkent seit Jahren im Zentrum der ständigen Kritik seitens der OSZE. Dabei wirft die Organisation der usbekischen Führung vor, die Verletzung von Menschenrechten, die Durchführung von untransparenten Wahlen und die Unterdrückung der Pressefreiheit zuzulassen. So befand bisher die OSZE keine einzige Wahl in Usbekistan für fair und frei und schickte eine begrenzte Beobachtermission nach Taschkent. Auch die letzten Parlamentswahlen in Usbekistan, die im Dezember 2004 durchgeführt wurden, wurden von Wahlbeobachtern der OSZE als unfair bewertet.<sup>416</sup> Die Position der OSZE sorgte für eine Gegenreaktion bei der usbekischen Regierung. Dabei war sie bei der kritischen Beurteilung der OSZE-Tätigkeit nicht die einzige. Der größte Teil der GUS-Länder empfindet die Tätigkeit der OSZE als zu einseitig. So schickten im Mai 2004 neun GUS-Länder unter Federführung von Russland einen offenen Brief an die OSZE-Adresse, in dem die Arbeit der Organisation aus einer kritischen Perspektive bewertet wurde.<sup>417</sup>

### **5.4.3 Usbekistan-NATO: Ein zentralasiatischer Sonderpartner?**

Usbekistan arbeitet seit 1994 im Rahmen des Programms „Partnership for Peace (PfP)“ mit der NATO zusammen. Dabei ist Usbekistan der Meinung, dass „die Nato, die in sich demokratische Staaten vereint, eine stabilisierende Kraft nicht nur auf dem europäischen Kontinent, sondern durch die Festigung ihres politischen Überbaus und des Programms ‚Partnerschaft für den Frieden‘ auch in der gesamten Region Eurasiens werden kann“<sup>418</sup>. Seine Teilnahme am Programm PfP betrachtet Taschkent unter dem Aspekt der Festigung der eigenen Unabhängigkeit und Souveränität, des Anschlusses an die modernen militärtechnischen Errungenschaften und der Erweiterung der Möglichkeiten bei der Ausbildung von Militärskadern. Denn das PfP-Programm bietet den Partnerländern eine Plattform für praktische Kooperation im Bereich Militärreform und fördert durch gemeinsame Aktivitäten in politischen und militär-technischen Fragen, wie die Abhaltung militärischer Übungen und Manöver, den Dialog und die Transparenz in der Verteidigungspolitik.<sup>419</sup> Seit 1996 nimmt Usbekistan an den gemeinsamen militärischen

---

<sup>416</sup> Siehe OSCE/ODIHR: Electoral process in Uzbekistan requires major improvements, a.a.O.

<sup>417</sup> Vgl. IA Regnum, 03.07.2004

<sup>418</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O., S.356

<sup>419</sup> Vgl.: Freitag-Wirminghaus, Rainer: NATO/PfP, in: Gumpfenberg, Marie-Carin/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon, a.a.O., S. 207-209

Ausbildungsübungen teil. „Cooperative Aura“, „Cooperative Automation“, Cooperative Banner“, „Cooperative Chance“, „Cooperative Demand“ u.a. sind einige der Militärausbildungsübungen, die unter usbekischer Beteiligung erfolgten<sup>420</sup>. Darüber hinaus beteiligt sich Usbekistan aktiv an den wissenschaftlichen Programmen der Organisation. In den letzten Jahren wurden für Usbekistan im Rahmen der Programme „Wissenschaft für Frieden“ und „Sicherheit über Wissenschaft“ mehr als 70 Forschungsprojekte bewilligt. Des Weiteren bot die NATO den zentralasiatischen Staaten, darunter auch Usbekistan, Hilfe bei der Schaffung einer „regional conflict management force“ an, um das regionale Krisenmanagement zu formieren. Eine besondere Rolle bei der Herausbildung der vertrauensbildenden Beziehungen zwischen Usbekistan und NATO spielen auch die Begegnungen auf höherer Ebene. So haben seit dem Besuch des usbekischen Präsidenten Islam Karimow im November 1996 im NATO-Hauptquartier in Brüssel regelmäßige Kontakte der NATO-Funktionäre zu Taschkent, darunter der Generalsekretäre (1997, 2001, 2004), stattgefunden.

Die neuen Perspektiven in der Zusammenarbeit mit der NATO wurden durch die Mitgliedschaft Usbekistans in der westorientierten Staatengruppierung der GUS GUAM in Aussicht gestellt. Schon vor dem Beitritt Usbekistans diskutierte man in der GUAM über eine Beitrittsperspektive zur NATO (mit der Formel „19+4“).<sup>421</sup> Unmittelbar nach der Erweiterung der Gruppierung um Usbekistan gaben die Präsidenten der fünf Republiken gemeinsam eine Erklärung ab, in der sie ihrem Wunsch nach Kooperation mit der NATO und dem Rat für Euro-Atlantische Partnerschaft (EAPC) Ausdruck verliehen.<sup>422</sup> Symbolisch war auch der Fakt, dass der usbekische Beitritt in die Organisation am Rande des Washingtoner Gipfels der NATO am 24. April 1999 erfolgte. Dabei sorgten diese Bestrebungen der usbekischen Regierung zur Aktivierung der allseitigen Kontakte zur NATO für heftige Reaktionen in Moskau und Teheran. Beim Gipfeltreffen der Organisation Islamische Konferenz wurde die Äußerung Usbekistans, dass die NATO bei der Lösung der Afghanistanproblematik eine Rolle übernehmen könnte, auf iranische Initiative hin scharf verurteilt. Auch Russland zeigte sich über den Entwicklungsgrad der Zusammenarbeit zwischen Usbekistan und dem Nordatlantischen Bündnis besorgt. Insbesondere Taschkents demonstrativer Beitritt in die GUAM während des Washingtoner NATO-Gipfels sorgte in Moskau für heftige Aufregung. Der Kommentar des russischen Außenministers Iwanow dazu lautete: „Wie sollen wir die Tatsache auffassen, dass die neue Organisation der GUUAM ausgerechnet in Washington geschaffen wurde, während

---

<sup>420</sup> Vgl. Usbekistan and NATO, unter: <http://www.nato.int/uzbekistan>

<sup>421</sup> Svante, E. Cornell: Geopolitics and Strategic Alignments in the Caucasus and Central Asia, in: Perceptions. Journal of International Affairs, June-August 1999, Vol. IV, No. 2 (online-Version) Hier zitiert nach Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I,a.a.O., S. 25

<sup>422</sup> ebenda

des NATO-Gipfels? Welche Ziele werden verfolgt, wenn diese Organisation sich demonstrativ inmitten der dramatischen Ereignisse auf dem Balkan konstituiert?<sup>423</sup> Andererseits war die NATO zu diesem Zeitpunkt noch nicht bereit, eine aktivere Rolle bei der Unterbindung der regionalen Sicherheitsrisiken, die nach usbekischer Auffassung in erster Linie in den von Afghanistan ausgehenden Gefahren bestanden, in Kauf zu nehmen. Unter solchen Bedingungen wurden den usbekischen Bemühungen um die Schaffung eines starken westlichen Sicherheitsengagements für Zentralasien klare Grenzen gesetzt.

Nach den Militäroperationen in Afghanistan und mit der Osterweiterung der NATO, die die geographischen Grenzen der Allianz an die zentralasiatische Region annäherte, bestand für Taschkent erneut die Möglichkeit zur Ausdehnung der Kooperation mit der Nordatlantischen Allianz. Dies hat durch die US-Militärpräsenz in Usbekistan und die Bereitstellung eines Flughafens in Termez für die deutsche Bundeswehr neue Intensität gewonnen. Die Entscheidung der Allianz über die Errichtung des Postens eines Beauftragten des NATO-Generalsekretärs für Zentralasien und den Kaukasus im März 2004, der für die Intensivierung des politischen Dialogs mit der Region sorgen soll und die Gespräche über die Organisation der ständigen Vertretung der NATO in Zentralasien führt, scheint eine der strukturellen Maßnahmen zu sein, die die Zusammenarbeit der Allianz mit der gesamten Region auf ein neues Niveau bringen soll. Darüber hinaus umfasst die gegenwärtige Ausdehnung der NATO-Aktivitäten in Usbekistan nicht mehr nur militärische Manöver, sondern in verstärktem Maße auch kollektive Sicherheitsoperationen, darunter Maßnahmen nach Katastrophen im Rahmen der NATO's Disaster Response Unit. Die Übung „Ferghana 2003“ in Usbekistan im Anschluss an das Erdbeben in der Region war die erste von der NATO (zusammen mit der UN) geführte Notstandsoperationen in Zentralasien. Der Prager Gipfel der NATO im Juni 2002 hat an alle PfP-Länder die Möglichkeit der Entwicklung der individuellen Beziehungen zur NATO angeboten, die die spezifischen Bedürfnisse dieser Länder in unterschiedlichen Bereichen der Zusammenarbeit berücksichtigen sollen. In der Schlusserklärung des Prager Treffens heißt es: „EAPS Heads of State and Government stressed the value of work in flexible formats, engaging those Allies and Partners most willing and able to contribute to specific projects. They noted the Partnership Action Plan mechanism proposed in the Report, which will be instrumental in this regard. They underlined that both substance and process of co-operation in the framework of EAPS and PfP should take full account of the particular and diverse needs and circumstances of individual Partners, including those in Central Asia and the Caucasus. To this end, relations between the Alliance and interested Partners needed to be more individualised and- in such context- more comprehensive. They therefore welcomed in the new mechanism of Individual Partnership Action Plans,

---

<sup>423</sup> Reuters, Moscow, 2.05.1999

which would be available to interested Partners and instrumental in promoting more focused cooperation and in supporting democratic reform“<sup>424</sup>. Schon Anfang 2003 wurden zwischen der usbekischen Regierung und der NATO diesbezüglich Gespräche aufgenommen und im Oktober 2004 in Brüssel wurde der usbekische „Individual Partnership Action Plan (IPAP)“ vorgestellt.<sup>425</sup> In dieser Hinsicht muss betont werden, dass Usbekistan das erste Land in der Region ist, das sich bereit erklärt hat, im Rahmen des IPAP seine Beziehungen zur NATO zu vertiefen. Ob es in Zukunft zu einer weiteren strategischen Annäherung zwischen Taschkent und der Nordatlantischen Allianz, die eine Grundlage für die Mitgliedschaft Usbekistans in der Organisation bildet, kommen kann, ist angesichts der geopolitischen Lage des Landes und der letzten Entwicklungen in den usbekisch-russischen Beziehungen mehr als fraglich.

#### **5.4.4 Zusammenarbeit mit internationalen Finanzorganisationen**

Einer der prioritären Aufgabenbereiche beim Aufbau der usbekischen Außenpolitik war die Durchführung von Organisationsmaßnahmen für den Eintritt in internationale Wirtschafts- und Finanzorganisationen. Denn bei der Durchführung der ökonomischen Reformen, bei der Gewährleistung der Integration Usbekistans in die Weltgemeinschaft, konnten auch die internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank (WB), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und andere große Unterstützung leisten. Aus diesen Gründen wurde der Beteiligung des Landes an der Arbeit des Weltwirtschaftsforums, das alljährlich in Davos durchgeführt wird, eine große Bedeutung beigemessen. Taschkent nutzte die Teilnahme an dem Forum für die Präsentation des Potenzials der Republik Usbekistan und die Akquisition ausländischen Kapitals. Inzwischen ist Usbekistan Mitglied aller wichtigen internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen.<sup>426</sup> Trotz dieser Tatsache gestaltet sich sein Verhältnis zu den hier erwähnten Finanzstrukturen problematisch. Seine staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik, die nur graduellen Reformen bei maximaler Stabilität und sozialer Abfertigung sowie das zögerliche Vorankommen in den Fragen der Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit führen zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Gestaltung der vorteilhaften Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen.

Recht früh wurde Usbekistan zusammen mit anderen postsowjetischen Ländern in die renommierteste Finanzorganisation der Welt, den IWF, aufgenommen. Mit einem

---

<sup>424</sup> Siehe: Chairman's Summary of the Meeting of the Euro-Atlantic Partnership Council at Summit Level, in: <http://www.nato.int/docu/pr/2002/p02-128e.htm>

<sup>425</sup> Siehe IA Jahon: Razwivaja sotrudnichestwo s NATO, in: Prawda Wostoka, 22.10.2004

<sup>426</sup> Die Mitgliedschaft in der WTO steht noch aus.

Startkapital in Höhe von 34 Mio. US-Dollar und einem prozentualen Stimmrecht von 1,2 stimmten am 23. Februar 1992 die Aktionäre dem Beitritt Usbekistans in die Organisation zu. Zugleich machte der IWF die Vergabe von kurzfristigen Krediten zur Stabilisierung der Zahlungsbilanz an die usbekische Regierung von der Erfüllung bestimmter wirtschaftspolitischer Auflagen abhängig. Diese Auflagenpolitik der Bank stieß bei den autokratischen Strukturen in Usbekistan auf erhebliche Umsetzungsprobleme. Zudem kam es Mitte 1990 wegen der Unkonvertibilität der usbekischen Währung zu einer Unstimmigkeit zwischen IWF und Taschkent. Usbekistan lehnte die Unterzeichnung des 7. Artikels des IWF-Grundsatzes ab, in dem festgeschrieben ist, dass die „Regierungen die Konvertibilität nationaler Währungen garantieren“. Usbekistan begründete seine Position damit, dass eine mögliche Konvertibilität seiner Währung seiner Handelsbilanz schaden und zur Verringerung seiner Valutareerven führen würde. Dagegen kritisierte der IWF die Finanzpolitik der Regierung und stellte die Gewährleistung der Kredite auf unbestimmte Zeit ein. So wurde der 1995 gebilligte Beistandskredit schon 1996 ausgesetzt und es wurden keine weiteren Fazilitäten eingeräumt. Die Auseinandersetzung zwischen Usbekistan und dem IWF bezüglich der usbekischen Finanzpolitik erreichte ihren Höhepunkt 2001, als der IWF-Repräsentant in Taschkent abgezogen wurde. Im Jahre 2002 hat Usbekistan allerdings die Gespräche mit dem IWF wieder aufgenommen. Usbekistan folgte einigen Ratschlägen des IWF und erlaubt seit Oktober 2003 die Teilkonvertibilität seiner Währung. Darüber hinaus versprach Taschkent die baldige Unterzeichnung des 7. Artikels des IWF Grundsatzdokuments, die im Oktober 2003 erfolgte. Allerdings wurde diese Aktion auf Kosten der Verringerung des Importbedarfs, der durch Schließung von Einzelhandelsketten erreicht wurde, durchgeführt.

Da die Weltbank die Vergabe ihrer Kredite meist von der Einschätzung der Lage durch den IWF abhängig macht, war die Zusammenarbeit mit dieser Finanzinstitution ebenso belastet. Von insgesamt 2195,6 Mio. US-Dollar Krediten der Weltbank, die bis Ende 2002 vergeben worden waren, machte der usbekische Anteil 299,2 Mio. US-Dollar aus.<sup>427</sup> Damit lag Usbekistan in der zentralasiatischen Rangliste der Kreditnehmer nach Kasachstan und Kirgisistan auf dem dritten Platz. Wie bei anderen Ländern auch finanziert die WB in Usbekistan vor allem öffentliche Projekte. In dieser Hinsicht ist die Bedeutung der Bank für die soziale Entwicklung und den Infrastrukturaufbau in Usbekistan enorm groß. So wurde durch die WB die Finanzierung des Trinkwassersystems in der Aralseezone gewährleistet.

Nicht einfach gestaltet sich das Verhältnis Usbekistans zu anderen Finanzinstitutionen wie zur Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Seit der Unabhängigkeit

---

<sup>427</sup> Vgl.: Troschke, Manuela: Internationale Finanzinstitutionen, in: Gumpfenberg, Marie-Carin/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon, a.a.O., S.87

Usbekistans hat die EBRD für die Unterstützung der Wirtschaftsreformen in Usbekistan Kredite in Höhe von 645 Mio. Euro gewährleistet. Dabei lag die Höhe der gesamten Investitionen der Bank in Osteuropa und der GUS für diese Periode bei 15 Mrd. US-Dollar. Die 14. Jahrestagung der EBRD fand im Mai 2003 in Taschkent statt. Die Ereignisse um und während dieser Tagung sorgten für internationale Aufmerksamkeit.<sup>428</sup> Die EBRD hat die weitere Vergabe von Krediten an staatliche Strukturen von der Erfüllung von sieben Bedingungen abhängig gemacht und für deren Realisierung ein Jahr Zeit gegeben. Die Bedingungen der Bank beinhalteten vor allem die Durchführung von demokratischen Reformen, die Achtung der Menschenrechte usw. Die usbekische Regierung hat jedoch die Bedingungen der Bank ignoriert. Am 12. März 2004 entschieden die Gremien der Bank über die Einstellung von Krediten an die usbekische Regierung. Dagegen wird die Vergabe von Krediten an private Kreditnehmer fortgesetzt.

## 5.5 Fazit

Im Gegensatz zu Vermutungen in den frühen 1990er Jahre, dass Usbekistan zusammen mit seinen Nachbarn den Integrationskern der GUS bilden würde, distanzierte sich Taschkent in den nachfolgenden Jahren sehr deutlich von den Integrationsstrukturen der GUS. Auch die Absicht der Präsidenten Russlands, der Ukraine, Weißrusslands und Kasachstans zur Gründung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums zwischen ihren Republiken, die im Februar 2003 bekannt gegeben wurde, änderte trotz der Beteiligung Kiews, Taschkents treuem Partner in der GUS-„Dissidenten“-Gruppe an dieser Haltung kaum etwas. Diese Distanzierungspolitik bildet auch einen festen Bestandteil der Strategie, die Usbekistan gegenüber Russland führt(e). Seit der Stabilisierung der inneren Machtverhältnisse und der zunehmenden Diversifizierung seiner Wirtschaftspolitik, die Mitte der 1990er Jahre erreicht wurde, ist sein Verhältnis zu Moskau selbstbewusster geworden.

Die Aufgabenstellungen in Bezug auf die usbekische Westpolitik unterschieden sich grundsätzlich von denen, die die GUS- und Russland-Politik Usbekistans dominierten. Taschkent bemühte sich um die rasche Aufnahme und Intensivierung umfassender und vorteilhafter Kontakte zu den westlichen Ländern. In den vergangenen Jahren wurde dieses Ziel zum größten Teil erreicht. Usbekistan unterhält gegenwärtig regelmäßige Beziehungen zu den führenden Ländern Europas und den USA. Dennoch vertrete ich die These, dass Usbekistan zu keinem Zeitpunkt in der Lage war, mit dem Westen vollwertige und vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen. Ein großes Hindernis stellte dabei die Frage nach der Fähigkeit usbekischer Eliten, die demokratischen Reformen durchzuführen, dar.

---

<sup>428</sup> Vgl. NZZ, 5.05.2003

Diesen Nachteil versucht Taschkent durch seine Naturressourcen und eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem Westen auszugleichen. Dabei führt die Besorgnis der westlichen Länder über die Sicherheitssituation in Zentralasien und in der Welt insgesamt zur faktischen Duldung des politischen Regimes in Usbekistan.

## 6. Kapitel. Der asiatische Raum in der usbekischen Außen- und Sicherheitspolitik

### 6.1 Das Asienkonzept der usbekischen Regierung

Die Bedeutung des Verhältnisses zu dem gesamten asiatischen Raum, der hier in geographischer und vor allem kultur-zivilisatorischer Hinsicht untersucht wird, nahm in der außenpolitischen Strategie Usbekistans in den ersten Jahren der Unabhängigkeit eine erstrangige Stellung ein. Auf höchster politischer Ebene war man davon überzeugt, dass die Gestaltung der engen Beziehungen zu den asiatischen Ländern für Usbekistan neue Möglichkeiten öffnen könnte. Dazu der usbekische Staatschef Islam Karimow 1992:

„Mit der Realisierung der staatlichen Unabhängigkeit Usbekistans ist die Möglichkeit erhalten, direkte Kontakte zu den uns in Bezug auf Wesen, Religion, Bräuche und Traditionen nahe stehenden Ländern der asiatisch-moslemischen Zivilisation anzuknüpfen. Der Abschluss von Verträgen über Zusammenarbeit auf höchster staatlicher Ebene mit den verwandten Ländern öffnet der Republik den Zugang zum System der Weltwirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage tatsächlich gleichberechtigter Partnerschaft und gegenseitiger Achtung. So erklärt sich unser Streben, in erster Linie zu den Ländern der Region Asiens und des pazifischen Ozeans Beziehungen anzuknüpfen“<sup>429</sup>.

Diese Äußerung des usbekischen Staatspräsidenten deutete das Primat der gesamten Asienpolitik für Usbekistan an, das in der Auswahl seines Entwicklungswegs zwischen seinen „asiatischen“ Traditionen und westlicher Demokratie schwankte. Aber die Hervorhebung der Politik gegenüber dem asiatischen Kontinent war keine ideologische Entscheidung, sondern basierte mehr auf einer pragmatischen Sicht, die zumindest mit folgenden drei Faktoren begründet werden kann:

- Neue Kommunikation und Transportwege, die den Zugang Usbekistans und der anderen zentralasiatischen Ländern zu den Weltmeeren garantieren. Die Idee der Wiederherstellung der alten Seidenstraße, die bis zur Entdeckung der neuen Seewege Asien mit Europa verbunden hatte, in moderner Form als Eisenbahn und Autobahn, existiert in der außenpolitischen Konzeptionen fast aller zentralasiatischen Länder. Jedes dieser Länder gibt sich die Bedeutung als Brücke zwischen Asien und Europa. In der Tat würde die Verwirklichung der Ideen über

---

<sup>429</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S.33



neue Transportkorridore die Abhängigkeit dieser Länder von den derzeit genutzten Transportlinien verringern, die von Russland kontrolliert werden. Der politischen Führung Usbekistans war dieses Problem bewusst. Der usbekische Präsident sagte während eines Treffens mit Schriftstellern Usbekistans im April 1993: „Die größte Schwierigkeit, die vor uns liegt, ist die mangelnde Kommunikation. Es existieren nur zwei Eisenbahnlinien: mit einer kommt man an, mit der anderen fährt man ab. Wenn wir die drei geplanten Tore, ein südliches nach Karatschi, ein westliches zum Persischen Golf und ein weiteres nach China eröffnen können, dann werden sie uns zu anderen Ländern führen“<sup>430</sup>

- Modernisierung der Wirtschaft durch finanzielle Hilfe der hoch entwickelten asiatischen Länder. Der asiatische Raum, insbesondere sein östlicher und südöstlicher Teil, stellt ein hervorragendes Beispiel für die Transformation der Wirtschaft und für das dynamische ökonomische Wachstum dar. Der Erfolg der Schwellenländer wie Südkorea, Malaysia, Singapur und Taiwan bei der Reformierung ihrer Volkswirtschaften erweckte in den neuen Transformationsländern auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR einen gewissen Optimismus und die Hoffnung, ihre Erfahrungen nachahmen zu können. Japans wirtschaftliche Möglichkeiten stellen eine andere Form der Anziehungskraft dieses Raums dar. In Taschkent hoffte man sehr, dass die modernen Technologien und Investitionen aus den entwickelten asiatischen Ländern der usbekischen Wirtschaft einen Modernisierungsimpuls geben könnten.
- Bewahrung der regionalen Sicherheit. Usbekistan liegt im Zentrum der Zentral- und Südasiatischen Makroregion. Diese Region gehört zu den instabilsten Regionen der Welt, die vor allem durch den Bürgerkrieg in Afghanistan, die indisch-pakistanische Auseinandersetzung in Kaschmir usw. gekennzeichnet ist. Seit 1998 befindet sie sich offiziell im Schnittpunkt der Interessen von vier Atommächten: China, Indien, Russland und Pakistan. Diese Herausforderungen für die regionale Sicherheit erforderten eine enge Zusammenarbeit im Namen des Wohlbefindens der hier ansässigen Völker. Usbekistan sollte in seiner Außen- und Sicherheitspolitik diesen Faktor nicht unterschätzen.

Die Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den asiatischen Ländern geschah im Vergleich zu der westlichen Orientierung der Außenpolitik relativ unkompliziert. Nach meiner Ansicht haben sich die folgenden Punkte auf diesen Prozess sehr positiv ausgewirkt und ihn beschleunigt:

---

<sup>430</sup> Vgl. Karimow, Islam: Uzbekistan: natsionalnaya nezawisimost', ekonomika, politika, ideologija, a.a.O., S.180

- Die geographische Nähe. Dieser Faktor wurde durch den unkomplizierten Transport der Handelswaren deutlich, der in den ersten Jahren der Unabhängigkeit angesichts der Stilllegung vieler einheimischer Produktionsstätten möglich war, und führte zur Intensivierung der Beziehungen vor allem durch private Einzelhändler. Sie haben Defizitwaren in China, Iran, Pakistan und in der Türkei eingekauft und auf dem Land- und Luftweg in die Region transportiert. Dadurch sind diese Länder in allen Staaten Zentralasiens zu führenden Lieferanten von Konsumgütern geworden;
- Ähnliche Kultur, Religion, Bräuche und Traditionen. Für eine an Traditionen orientierte usbekische Gesellschaft darf die Bedeutung der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Kulturkreis nicht unterschätzt werden.
- Die usbekischen Minderheiten im Ausland und Minderheiten anderer asiatischer Länder in Usbekistan. In einigen der asiatischen Länder existieren usbekische Minderheiten (Afghanistan, Saudi Arabien, Türkei), die bei der Aufnahme der zwischenstaatlichen Beziehungen eine gewisse Rolle gespielt haben. Auf der anderen Seite ist die koreanische Minderheit in Usbekistan zu einem wesentlichen Element der zwischenstaatlichen Beziehungen mit Südkorea geworden.
- Das Fehlen der Diskussion über Menschenrechtsfragen und Demokratisierungsprozesse in Usbekistan. Taschkent reagiert sehr sensibel auf solche Gespräche, die in der Regel von westlichen Ländern und westlichen Organisationen provoziert werden. Im Unterschied zum Westen haben die asiatischen Länder keine langen Diskussionen über die Lage der Menschenrechte und politischer Organisationen in Usbekistan geführt. Sie haben das als „innere Angelegenheiten des usbekischen Staates“ ihm überlassen.

Außerdem hatte das usbekische Außenministerium in den Sowjetzeiten seine ersten praktischen Erfahrungen mit asiatischen Ländern gemacht. In Taschkent waren die Konsulate der mit der Sowjetunion befreundeten asiatischen Länder, wie Afghanistan, Indien, Mongolei, Vietnam, Laos u.a. stationiert. Man hatte im usbekischen Außenministerium auch eine ausreichende Zahl an Fachleuten, die die Sprache und Landeskunde dieser Staaten beherrschten<sup>431</sup>. In den ersten Kontakten mit den westlichen Ländern gehörte das Fehlen von qualifizierten Fachleuten zu einem Hauptproblem in dieser Richtung.

---

<sup>431</sup> Im Unterschied zur Zusammenarbeit mit dem Westen hatte das usbekische Außenministerium von Anfang an ausreichend Fachleute für viele asiatische Länder. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass der Fachbereich Orientalistik der Taschkenter Universität zu den besten in der Sowjetunion zählte und für den sowjetischen diplomatischen Dienst und den Geheimdienst Kader vorbereitete. Der langjährige usbekische Außenminister Kamilov war von Beruf auch ein Arabist. Der langjährige kasachische Außenminister Tokaev, der zeitweise auch zum Premierminister ernannt wurde, ist ein Sinologe.

Die Beziehungen zu den asiatischen Ländern werden sowohl auf bilateraler Ebene aber auch auf multilateraler Ebene gestaltet. So ist Usbekistan heutzutage Mitglied vieler asiatischer Organisationen. Die wichtigsten davon sind SCO (Shanghai Organization for Cooperation), ECO, Organisation Islamischer Konferenz, Asiatische Bank für Entwicklung, Islamische Bank für Entwicklung usw. Aber traditionell qualitativ und quantitativ bedeutsamer waren seine bilateralen Beziehungen. Die strategisch wichtigsten sollen hier im Einzelnen behandelt werden.

## **6.2 Generelle Linien der usbekischen Politik gegenüber dem islamisch-asiatischen Raum**

Die usbekische Außenpolitik besitzt keinen religiösen, also islamischen Inhalt. Nach offiziellen Aussagen ist die außenpolitische Tätigkeit des Landes von allen ideologischen Dogmen frei und nur die nationalen Interessen sind Hauptkategorie für die Anknüpfung bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit. Die bisherige usbekische Politik in und gegenüber dem islamisch-asiatischen Raum lässt aber die Spuren eines islamischen Faktors deutlich erkennen. Sie erscheint in zwei Formen: als kultureller Aspekt und als sicherheitspolitischer Aspekt.

Als kultureller Aspekt hat sie bei der Aufnahme der Beziehungen zum islamisch-asiatischen Raum eine bedeutende Rolle gespielt, die sich in den Aussagen des usbekischen Staatspräsidenten widerspiegeln:

„Eine resultative Zusammenarbeit der souveränen Staaten Mittelasiens und Kasachstans wird auch zur erfolgreichen Verwirklichung der gemeinsamen Projekte mit den angrenzenden Staaten, in erster Linie mit dem moslemischen Orient beitragen...Mit der Realisierung der staatlichen Unabhängigkeit hat Usbekistan die Möglichkeit erhalten, direkte Kontakte zu den ihnen in Bezug auf Wesen, Religion, Bräuche und Traditionen nahe stehenden Ländern der asiatisch-moslemischen Zivilisation anzuknüpfen. Der Abschluss von Verträgen über Zusammenarbeit auf höchster staatlicher Ebene mit den verwandten Ländern öffnet der Republik den Zugang zum System der Weltwirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage tatsächlich gleichberechtigter Partnerschaft und gegenseitiger Achtung. So erklärt sich unser Streben, in erster Linie zu den Ländern der Region Asiens und des stillen Ozeans Beziehungen anzuknüpfen.“<sup>432</sup>

---

<sup>432</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S.33.

Mitte der 1990er Jahre fand eine Bedeutungszunahme des sicherheitspolitischen, gegenüber des kulturellen Aspekts statt. Dies wurde auf der einen Seite durch das Bestreben der islamisch-asiatischen Länder zum Gewinn von mehr Einfluss in der Region, und auf der anderen Seite durch die Erklärung des islamischen Extremismus zur größten Gefahr für die Sicherheit Usbekistans, provoziert. Dazu der usbekische Staatspräsident Islam Karimow 1997:

„Usbekistan befindet sich praktisch im strategischen Zentrum eines Halbkreises, in welchem sich die reichsten Erdölvorkommen des Persischen Golfs, des kaspischen Meerbeckens und Tarimbeckens befinden. So gibt es Energieressourcen, die unter den Bedingungen des globalen Energiedefizits eine bedeutende Rolle im zukünftigen Eurasien und auf der gesamten Welt spielen werden. Vor allem sind wir ein Teil der Region, in der die unterschiedlichen Interessens Russlands, Chinas, Indiens sowie der Länder Ostens und Westens zusammentreffen. Faktisch richtet sich unser Territorium und das Territorium der gesamten Region auf den Stoß dieser sich formierenden, jedoch potenziell sehr mächtigen eurasischen Machtzentren ein, die zweifellos das Gesicht des 21. Jahrhunderts bestimmen werden. So wird unser Territorium und das Territorium der gesamten Region ein Objekt des Interesses auch der mächtigen Staaten der islamischen Welt, wie der Türkei, Pakistans, Irans und Saudi Arabiens“<sup>433</sup>.

Die Machtübernahme der Taliban-Bewegung in Kabul, die von einer Reihe islamischer Länder politisch und vor allem finanziell unterstützt wurde, beschleunigte den Verdrängungsprozess des islamischen Faktors als positiven außenpolitischen Faktor von der Tagesordnung der usbekischen Diplomatie. Die von Afghanistan ausgehende Gefahr und die Wege zu ihrer Eindämmung führten dazu, dass die Sicherheitspolitik zur Priorität der usbekischen außenpolitischen Bemühungen erklärt wurde und das Misstrauen gegenüber dem islamisch-asiatischen Raum zunahm.

Entsprechend haben Usbekistans Beziehungen zum asiatisch-islamischen Raum in den vergangenen 13 Jahren der Eigenstaatlichkeit unter dem Einfluss der oben erwähnten zwei Aspekte, und vor allem des religiösen Faktors, viele Schwankungen erlebt. Man kann sie in vier Phasen zusammenfassen:

1. 1991-1992: Die aktive Phase. Das Knüpfen von Außenbeziehungen mit diesen Ländern war gerade für die innenpolitischen Ziele von großer Bedeutung. Diese Beziehungen symbolisierten die Wiedervereinigung der „vergessenen Muslime“ in Zentralasien mit

---

<sup>433</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, a.a.O. S.15-16

- ihren Glaubensbrüdern im moslemischen Orient. In ersten außenpolitischen Stellungnahmen wurden diese Länder als verwandte oder Bruderländer bezeichnet<sup>434</sup>.
2. 1993-1996: Die pragmatische Phase: Im sicherheitspolitischen Konzept des Landes wurde der islamische Fundamentalismus als größte Bedrohungsperson definiert, aber eine konkrete Gefahr existierte noch nicht. In diesem Zeitraum der usbekischen Politik gegenüber den islamischen Ländern dominierte Wachsamkeit und Vorsicht gegenüber Infiltration durch den islamischen Fundamentalismus. Insbesondere haben die Ereignisse im benachbarten Tadschikistan entscheidend dazu beigetragen, dass Usbekistan seine außenpolitische Strategie gegenüber diesen Länder zu revidieren begann. Die wirtschaftliche Kooperation dagegen wurde fortgesetzt und sogar verstärkt.
  3. Seit 1996: Diese Phase fängt mit der Machtübernahme der Taliban-Bewegung in Afghanistan an. Nach diesem Ereignis ist Sicherheit die absolute Priorität in der usbekischen Außenpolitik geworden. Usbekistans Beziehungen zu den Ländern, die die Taliban unterstützten, wurden davon stark betroffen. Mit Pakistan und Saudi Arabien führt Usbekistan seitdem nur eine formelle Beziehung. Die neue Regierung unter der Führung des türkischen Islamisten Erbakan wurde von Taschkent ignoriert. Die Absetzung der Taliban Regierung in Afghanistan hat diese Haltung nicht geändert und eine Wiederannäherung ist nicht in Sicht.

Zu den wichtigsten moslemisch-asiatischen Ländern, die in der Region eine bedeutende Rolle spielen könnten und mit denen Usbekistan Beziehungen pflegt, gehören die Türkei, Iran, Pakistan und Saudi Arabien. Im Folgenden werden die zwischenstaatlichen Beziehungen Usbekistans zu diesen Länder analysiert.

### 6.2.1 Türkei

Zum wichtigsten Partner Usbekistans im asiatisch-muslimischen Raum gehört die Türkische Republik. Die Türkei ist das erste Land, das die Unabhängigkeit Usbekistans offiziell anerkannt hatte<sup>435</sup> und sie ist der erste Staat, der seine Botschaft in Taschkent eröffnete. Diese beiden Ereignisse symbolisieren sehr deutlich den euphorischen Zustand der usbekisch-türkischen bilateralen Beziehungen gleich nach dem Erlangen der Eigenstaatlichkeit. Die Suche nach Modellen beim Übergang in die Eigenstaatlichkeit und für den politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess führte die politische

---

<sup>434</sup> Karimow, Islam: Usbekistan ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S.33-35.

<sup>435</sup> Die Türkei hat noch vor den USA und noch vor den EU-Staaten am 9. Oktober 1991 Aserbaidshan und am 16. Dezember die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republik anerkannt. Siehe dazu Bozkurt, Mahmut: Die Beziehung der Türkei zur Europäischen Union. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades (Dr.rer.soc), Gießen, 1994. S.186

Führung Usbekistans in die Türkei. Sie bot den usbekischen politischen Eliten ein „Modell für Säkularisierung und Modernisierung einer vom Islam geprägten Gesellschaft und stellte für sie die Vormacht einer türkischen Völkerfamilie und zugleich einen Zugang zum Westen dar“<sup>436</sup>. Das Land galt als ein hervorragendes Beispiel für den erfolgreichen Aufbau der Nationalstaatlichkeit. Die Türkei besaß wegen dieser Gegebenheiten eine besondere Anziehungskraft und dadurch nahm sie in der außenpolitischen Konzeption Usbekistans eine besondere Stellung ein. In seinem ersten programmatischen Buch „Usbekistan ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschrittes“ bestätigte der usbekische Präsident Islam Karimow die Auswahl dieses Kurses mit folgender Äußerung:

„Die Erfahrungen der Türkei, ihre Wege zur Reformierung der Wirtschaft, die Herstellung eines harmonischen Einvernehmens zwischen Staat und Religion unter komplizierten ethnisch-kulturellen Bedingungen sind von großen Interesse bei der Festlegung des eigenen sozialökonomischen und staatlich-rechtlichen Entwicklungswegs“<sup>437</sup>.

Die Türkei selbst war von den politischen Entwicklungen in den zentralasiatischen Republiken überrascht. Sogar die nationalistischen Kräfte, die immer für die Einheit der türkischen Welt plädiert hatten, hatten mit einem solchen schnellen Umbruch, der diese Republiken zur Unabhängigkeit führte, nicht gerechnet. Die Anerkennung der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Länder stieß im türkischen Parlament auf keinen Widerstand, obwohl einige Parlamentarier demgegenüber Bedenken hatten. Man war parteiübergreifend darüber froh, dass die mit der Gründung der Sowjetunion abgebrochenen Beziehungen zu den „historischen Gebieten der Türken“ wiederhergestellt werden konnten. In der politischen Sprache benutzte man für die Bezeichnung der zentralasiatischen Region die Begriffe „Mittelasiatische Türkrepubliken“ oder „Westtürkistan“<sup>438</sup>, um die ethnische Zusammengehörigkeit der Türkei und der ehemaligen mittelasiatischen Unionsrepubliken zu unterstreichen. Tatsächlich existiert zwischen allen türksprachigen Ländern eine gewisse sprachliche Einheit, die auf einem gemeinsamen Grundwortschatz beruht. Die Lockerung des russischen Einflusses auf die neu entstandenen Staaten in Mittelasien öffnete für die Türkei und für die anderen kleineren regionalen Mächte die Möglichkeit, am neuen „Spiel“ um Einfluss in Zentralasien teilzunehmen. Ankaras schärfster Konkurrent in diesem Spiel war die Islamische Republik Iran. Im Unterschied zu Teheran besaß Ankara bessere Chancen für eine Einflussnahme in Zentralasien. Das Land war den zentralasiatischen Ländern für den Aufbau neuer

---

<sup>436</sup> Vgl. Götz, Roland/Halbach, Uwe: Politisches Lexikon GUS. Usbekistan, a.a.O., S. 421

<sup>437</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S.34

<sup>438</sup> Der Name West-Türkistan ist die historische Benennung aller mittelasiatischen Republiken. Der östliche Teil des Türkistan Gebiets ist die heutige Xinjiang-Provinz der Volksrepublik China, wo außer Uiguren auch kasachische und kirgisische Minderheiten leben.

staatlicher Strukturen auch von den USA als Vorbild nahe gelegt worden<sup>439</sup>. Wie ein türkischer Autor betonte: „Die Türkei sieht sich wegen der bestehenden ethnischen und sprachlichen Nähe als „natürlicher“ Sachverwalter der Staaten West-Türkistans und wird von diesen Staaten ebenso gesehen“<sup>440</sup>. Zur Koordinierung der wirtschaftlichen Aktivitäten in Zentralasien und im Kaukasus wurde beim Außenministerium die Türkische Kooperations- und Entwicklungsagentur (TICA) ins Leben gerufen<sup>441</sup>.

Im Dezember 1991 kam es zu den ersten offiziellen Kontakten zwischen Usbekistan und der Türkei. Der usbekische Staatspräsident Karimow besuchte mit einer großen Delegation Ankara und teilte dem türkischen Gastgeber Özal seine Entscheidung bezüglich der Auswahl des Entwicklungswegs seines Landes mit. Dieser Faktor hat einen entscheidenden Beitrag zur Herstellung, Entwicklung und Intensivierung der Beziehungen zwischen Taschkent und Ankara in allen Bereichen geleistet. Usbekistan hat einen vorrangigen Platz in der Zentralasienpolitik der Türkei eingenommen. Seinen achttägigen Besuch in Zentralasien im April 1992 hat der türkische Premierminister Süleyman Demirel in Taschkent begonnen. Er versprach großzügige finanzielle Hilfe beim Übergang zur Marktwirtschaft. Während der Verhandlungen in Taschkent hat der usbekische Präsident die Türkei darum gebeten, beim Aufbau der usbekischen Streitkräfte zu helfen<sup>442</sup>. Als erster Schritt ermöglichte Ankara das Studium von mehr als 2000 usbekischen Studenten an türkischen Universitäten. Die gesamte Zahl der Studenten aus mittelasiatischen Republiken und Aserbaidschan betrug ca. 12 000. Taschkent war auch die erste Station des nächsten Besuchs der hochrangigen türkischen Delegation: Im April 1993 besuchte der türkische Staatspräsident Turgut Özal alle zentralasiatischen Länder plus Aserbaidschan. Die ethnisch-sprachliche Verwandtschaft gab einen besonderen Schub zur Entwicklung der kulturellen Kooperation zwischen beiden Ländern. Das staatliche türkische Fernsehen TRT fing mit der Übertragung seiner Programme in Usbekistan und in anderen zentralasiatischen Republiken an, die türkische Zeitung „Zaman“ erschien im August 1992 in usbekischer Sprache<sup>443</sup>. In Taschkent und in Provinzzentren wurden türkische Lyzeen geöffnet. Ankara drängte auf die Einführung des lateinischen Alphabets für die usbekische Sprache<sup>444</sup>, worauf Taschkent antwortete, dass die Zeit dafür noch nicht reif sei<sup>445</sup>. Durch

---

<sup>439</sup> Der damalige US-Präsident J. Bush meinte, dass die Türkei für die ehemaligen mittelasiatischen Unionsrepubliken als ein gutes Model für den staatlichen Wiederaufbau dienen könnte. Ausführlich dazu siehe Duran, Khalid: *Rivalries over. The New Muslim Countries*. Außenpolitik, IV/1992.

<sup>440</sup> Vgl.: Bozkurt, Mahmut: *Die Beziehung der Türkei zur Europäischen Union*, a.a.O., S.191

<sup>441</sup> Die Türkische Kooperations- und Entwicklungsagentur (Türk İşbirliği ve Kalkınma Ajansı, TİKA) wurde am 24. Januar 1992 gegründet, mit dem Ziel, um den Entwicklungsprozess in den türksprachigen Republiken und in anderen Nachbarländern der Türkei zu unterstützen. Diese Organisation ist gegenwärtig in 21 Ländern Zentralasiens, des Kaukasus und des Balkans vertreten.

<sup>442</sup> Siehe Dikbas, Kadir: *Orta Asya türk cumhuriyetleri. Olaylar kronolojisi 1990-1996*. Istanbul, 1997. S.81

<sup>443</sup> Dikbas, Kadir: a.a.O. S.98

<sup>444</sup> Siehe Dikbas, Kadir: a.a.O. S.100

Latinisierung der Alphabete in Zentralasien könnte in der Zukunft das Türkei-Türkisch zur Lingua franca zwischen den verschiedenen Türksprachen werden<sup>446</sup>.

Das fortschrittliche Verhältnis zwischen Taschkent und Ankara wurde im Sommer 1994 durch die Flucht des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten und prominenten Oppositionspolitikers Muhammad Salih nach Istanbul weitgehend vergiftet. Die sprachlich-kulturelle und politische Umgebung in der Türkei war für den nationaldemokratisch gesinnten Oppositionsführer Salih ideal. Als Befürworter der Integration von Türkstaaten war er sowohl unter den rechtsorientierten türkischen Politikern aber auch unter den linken Kräften eine gern gesehene Persönlichkeit<sup>447</sup>. Seine vorherige Tätigkeit als Dichter ermöglichte ihm, die Sympathien der türkischen Intellektuellen zu gewinnen<sup>448</sup>. Außerdem hatte Salih hier auch die Möglichkeit, mit den usbekischen Studenten Kontakte aufzunehmen und dadurch Einfluss auszuüben<sup>449</sup>. Von offizieller Seite protestierte Taschkent entschieden gegen den Aufenthalt des usbekischen Dissidenten und forderte seine Ausweisung. Um die Ernsthaftigkeit der Verärgerung zu zeigen, rief Taschkent im Juni 1994 seinen Botschafter aus Ankara zurück. Es drohte ein diplomatischer Skandal zwischen den beiden Ländern. Als nächste Stufe des Protests rief Usbekistan seine in der Türkei ausgebildeten Studenten zurück. Die Türkei gab dem Druck nach, und bat Salih offiziell darum, das Land zu verlassen<sup>450</sup>. Aber die usbekisch-türkischen Beziehungen hatten ihre vorherige Intensität und Qualität bereits verloren. Die Erarbeitung eines „eigenen Weges der Entwicklung“ führte zum Verzicht auf das „türkische Modell der Entwicklung“ als Vorbild, das für usbekische Verhältnisse zu „demokratisch“ schien. Damit entfiel ein weiterer verbindender Faktor in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Usbekistan orientierte sich nunmehr an den Ländern, in denen die Rolle des Staates besonders stark war. Es stellte sich auch bald heraus, dass die Türkei nicht genug finanzielle Mittel hatte, um den Reformprozess in Usbekistan wirtschaftlich zu unterstützen. Die großzügigen Versprechungen der türkischen Seite über die wirtschaftliche Hilfe sind nicht in die Erfüllung gegangen. Die zunehmende Wirtschaftskrise in der Türkei begrub diese Hoffnungen endgültig. Als erstes Land in Zentralasien hat Usbekistan die Führungsrolle der Türkei in der Region in Frage gestellt. Taschkent unterstützte kaum, und boykottierte sogar die türkischen Initiativen in

---

<sup>445</sup> Wenig später hat das usbekische Parlament ein diesbezügliches Gesetz verabschiedet.

<sup>446</sup> Bozkurt, Mahmut: Die Beziehung der Türkei zur Europäischen Union, a.a.O., S.192

<sup>447</sup> Vgl.: Fayzi, Bahadir: Ocherk uzbekskoy oppozitsii, a.a.O., S. 42-45

<sup>448</sup> Vgl.: Andican,Ahat: Degisim sürecinde türk dunyasi. Istanbul, 1996. S.123

<sup>449</sup> Seit Januar 1994

<sup>450</sup> Salih hat sich mit kleineren Unterbrechungen bis Ende 1998 in Istanbul aufgehalten. Erst 1999 bekam er politisches Asyl in Norwegen und lebt seitdem mit seiner Familie in Oslo. Siehe dazu Fayzi, Bahadir: a.a.O



Zentralasien<sup>451</sup>. Usbekistan widersetzte sich nunmehr auch der „Kulturexpansion“ der Türkei in der Region<sup>452</sup>. Sogar die ethnische Zugehörigkeit der Usbeken zur „türkischen Welt“ wurde von usbekischen Geschichtswissenschaftlern nicht ohne Genehmigung der politischen Führung in Frage gestellt<sup>453</sup>.

Trotz der deutlichen Abkühlung der bilateralen Beziehungen haben die beiden Präsidenten Karimow und Demirel am 9. Mai 1996 ein Abkommen über ewige Freundschaft zwischen Usbekistan und der Türkei unterzeichnet. Dieser Akt und das bevorstehende 4. Gipfeltreffen der Staatspräsidenten der zentralasiatischen Länder, der Türkei und Aserbaidschans in Taschkent waren eindeutig gegen die Integrationstendenzen im GUS-Raum gerichtet und sollten einen erfolgreichen Bilateralismus plus „lockeren Multilateralismus“ zeigen. Die Aktivierung des postsowjetischen Reintegrationsprozesses und die Wiederbelebung der russischen Politik in Zentralasien beunruhigte Ankara im gleichen Maße wie Taschkent. Wie der deutsche Wissenschaftler Steinbach betonte: „Spätestens seit 1993 hat Ankara in Zentralasien erheblichen politischen Gegenwind aus Moskau zu spüren bekommen“<sup>454</sup>. Die Machtübernahme von Erbakan im selben Jahr in der Türkei hat das Verhältnis zwischen Taschkent und Ankara auf einen weiteren Tiefpunkt gebracht. Nunmehr drohte aus der Türkei die islamistische Gefahr, die in Taschkent einen Grund für ernsthafte Besorgnis darstellte. Nach der Behauptung des usbekischen Geheimdiensts soll Istanbul bei der Vorbereitung der Attentate am 16. Februar 1999 in Taschkent eine Schlüsselrolle gespielt haben. Im März 1999 lieferte die Türkei einen

---

<sup>451</sup> Die usbekischen Delegationen stellten ihre Teilnahme an verschiedenen politischen Konferenzen z.B. an Treffen der türksprachigen Länder, die von MHP organisiert wurden, ein. Auch an der Arbeit der Kulturorganisation der türksprachigen Länder TÜRKSOY nahm Usbekistan nicht mehr teil.

<sup>452</sup> Die Latinisierung des usbekischen Alphabets auf Empfehlung des türkischen Instituts für Sprachwissenschaften wurde eingestellt und nun wurde die englische Schreibweise ausgewählt. Die türkische Zeitung „Zaman“ konnte nicht verbreitet werden. Die „türkisch-usbekischen Schulen“ wurden geschlossen. Die Übertragungen der Programme des türkischen Senders TRT wurden gekürzt und schließlich eingestellt.

<sup>453</sup> In der Zeitung „Özbekiston ovozi“ (Stimme Usbekistans), dem Presseorgan der Volksdemokratischen Partei wurde ein Artikel von Mitgliedern des Forschungsinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, Prof. A. Askarov und Prof. B. Ahmedov, veröffentlicht. Die beiden Wissenschaftler schreiben: „Die Usbeken sind bei ihrer gleichzeitiger Zugehörigkeit zur türkischen Sprachgruppe entgegen mancher Behauptungen keine Türken ... Heutzutage existieren in Mittelasien auf der Basis der türkischen Sprache eigenständige Nationalitäten wie Usbeken, Turkmenen usw.“ Vgl.: Özbekiston Ovozi, 25.1.1994. In Usbekistan, wo bis 2002 totale Pressezensur herrschte, ist das Erscheinen solcher Zeitungsbeiträge ohne Genehmigung der zuständigen Abteilung des Präsidentenapparates unvorstellbar. Auf der anderen Seite bringen solche Erklärungen die offizielle usbekische Nationalpolitik, die Tamerlan als Integrationsfigur darstellen, in Schwierigkeiten. Eine Aussage von Timur, die man in Usbekistan sehr häufig trifft, lautet: „Wir sind die Größten aller Nationen und die Besten unter den Türken.“

<sup>454</sup> Vgl.: Steinbach, Udo: Die Außenpolitik der Türkei, in: Die Türkei vor den Toren Europas. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Zeitschrift, 172000. S.50-55. Abrufbar auch im Internet unter [http://www.lpb.bwue.de/aktuelles/bis/1\\_00/tuerkei.htm](http://www.lpb.bwue.de/aktuelles/bis/1_00/tuerkei.htm)

wichtigen Mann an Taschkent aus, der von der usbekischen Seite für die Vorbereitung der Bombenexplosionen verantwortlich gemacht wurde.

Der Regierungswechsel in Ankara im März 1999 und die Gründung der Dreiparteien-Koalition zwischen SDP, MHP und ANAP haben keine wesentlichen Veränderungen in den usbekisch-türkischen Beziehungen bewirkt. Er hat sogar zu einem weiteren Tiefpunkt geführt. Sowohl der linksorientierte Premier Ecevit, aber auch seine Koalitionspartner, die türkischen Nationalisten und ANAP, waren der politischen Führung in Usbekistan wegen ihrer Verhältnisse zur usbekischen Opposition im Exil suspekt<sup>455</sup>. Der neue türkische Präsident Sezer versuchte einen Neuanfang einzuleiten, indem er seinen Zentralasienbesuch in Taschkent begann und dort militärische Hilfe im Kampf gegen den Terrorismus versprach. Da aber die wirkliche Politik in der Türkei von der Regierung ausgeführt wird, kam es in diesem Bereich zu keinerlei wesentlichen Verbesserungen.

Dem letzten Regierungswechsel in Ankara nach dem klaren Wahlsieg der islamisch-konservativen Gerechtigkeits- und Wiederaufbau Partei (AKP) wurde in Usbekistan mit einer gewissen Vorsicht begegnet. Der neue türkische Premierminister Erdogan versuchte den türkisch-usbekischen Beziehungen einen neuen Impuls zu geben. Zu diesem Zeitpunkt hatten die beiden Seiten einen neuen Bereich für die Zusammenarbeit gefunden: Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Für die Türkei, die zeitweise das Führungskommando über die internationalen Truppen in Afghanistan übernommen hatte, ist Usbekistan immer noch ein Schlüsselland in der Region. 2003 besuchte Erdogan den usbekischen Präsidenten Karimow in Taschkent und sprach von einer historischen Wende in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Neben den politischen Verhandlungen, wurden auch viele wirtschaftliche Kooperationsfragen diskutiert<sup>456</sup>.

Trotz der Turbulenzen im politischen Verhältnis der beiden Länder hat die ökonomische Kooperation zwischen Taschkent und Ankara nicht erheblich gelitten und die türkische Wirtschaft bleibt eine der aktivsten im usbekistanischen und im gesamtregionalen Markt.

---

<sup>455</sup> Im Jahr 1997 wurde in der Türkei ein Gedichtsbuch vom usbekischen Oppositionspolitiker und Dichter Muhammad Salih veröffentlicht. Der Vorsitzende der Demokratischen Linkspartei (DSP) und der spätere Premierminister Bülent Ecevit schrieb ein Vorwort zu diesem Buch. Vgl. Salih Muhammad: *Agaclar sair olsaydi* (Wenn die Bäume Dichter wären), Istanbul, 1997. S.3 In seiner Amtszeit als Regierungschef konnte er Usbekistan nicht besuchen. Ein anderer türkischer Politiker, der Chef der Türkischen Nationalistischen Partei Türkesch, schrieb einen Brief an den usbekischen Präsidenten und hat um die Wiederkehr Salih's und Zulassung seiner Partei gebeten. Ahad Andican, Mitglied der Vaterlandspartei (ANAP) und zuständiger Minister für Zentralasien-Angelegenheiten, ist ein Freund von Salih. Er nannte in seinem Buch den usbekischen Präsidenten den autoritärsten in der Region. Vgl.: Andican, *Ahat: Degisim sürecinde türk dünyasi*. Istanbul, 1996

<sup>456</sup> Zusammen mit dem türkischen Premierminister ist eine große Gruppe türkischer Unternehmer von etwa 200 Personen nach Taschkent gekommen.

Mitte 1996 avancierte die Türkei zum größten ausländischen Investor in der usbekischen Wirtschaft. Die Zahl der Firmen mit türkischer Beteiligung lag bei über 185, die sich vor allem auf die Textil -und Bauindustrie konzentrierten<sup>457</sup>. 2004 erhöhte sich diese Zahl auf 244, davon hatten 53 einen 100prozentigen türkischen Kapitalanteil<sup>458</sup>. Das Handelsvolumen zwischen Usbekistan und der Türkei hat sich im Jahre 2003 im Vergleich zum vorigen Jahr verdoppelt, weiteres Wachstum wird auch im Jahre 2004 erwartet.

Als Fazit kann gesagt werden, dass Usbekistan seine bilateralen Beziehungen zur Türkei von der anfänglichen politisch-kulturellen Dimension „befreit“ hat. Die Zusammenarbeit mit Ankara trägt jetzt mehr wirtschaftlichen und zum Teil sicherheitspolitischen Charakter. Mit dem Rücktritt des türkischen Präsidenten Süleyman Demirel 2000, der Anfang der 90er Jahre als Premierminister zusammen mit dem damaligen Staatschef Özal die Ära der türkisch-zentralasiatischen Beziehungen eingeleitet und von einer politisch-wirtschaftlichen Integration dieser Länder geträumt hatte, scheint die Ära der „Brüderlichkeit“ Vergangenheit zu sein. Dass das regelmäßige Zusammentreffen der Präsidenten der „Türkstaaten“ seit seinem Rücktritt nicht mehr stattfindet und der neue Präsident Sezer kein Interesse an der Fortsetzung dieser Tradition zeigt, ist ein eindeutiger Beweis dafür, dass die beiden Seiten jetzt einen pragmatischen Standpunkt haben. Dennoch könnte die positive Beurteilung der „europäischen Entscheidung“ der Türkei unter reformorientierten Kräften in Zentralasien eine neue Hoffnung zur Wiederannäherung erwecken und Ankara könnte zum Tor der zentralasiatischen Länder nach Europa und zum „Sachverwalter“ der EU in Zentralasien avancieren.

### 6.2.2 Iran

Die These, dass der Iran unter Umständen sein Gesellschaftssystem in die zentralasiatischen Republiken exportieren könnte, war von Anfang an von vielen Komplikationen begleitet. Zwischen dem Iran und den zentralasiatischen Republiken existieren außer den sprachlichen auch religiöse Unterschiede, was in den realen Entwicklungen den Export des iranischen Gesellschaftsmodells in die Region erschwerte<sup>459</sup>. Außerdem trübten geschichtliche Faktoren die gegenwärtigen

---

<sup>457</sup> Schischkow, Juriy: Integratsionnie protsessii na poroge XXI weka, a.a.O., S.447

<sup>458</sup> Vgl.: Aktivnost turetskogo kapitala, in: Xalq so'zi, 3.11.2004

<sup>459</sup> Nur Tadschiken gehören linguistisch zu der iranischen Sprachgruppe. Alle anderen zentralasiatischen Völker sind türksprachig. Im Unterschied zu den iranischen, sind die zentralasiatischen Muslime Sunniten hanefetischer Schule. Nur in Berg Badachschan (Tadschikistan) existiert eine kleine Gruppe von Ismailiten, die zu den Schiiten gehören.

Beziehungen<sup>460</sup>. Die Islamische Republik Iran wurde von vielen ausländischen Experten zu einer der regionalen Mittelmächte gezählt, die Macht und Einfluss in Zentralasien gewinnen wollten. Obwohl der Iran aus Sicht der „Öffnung“ Zentralasiens in die Welt eine günstige geographische Position besaß, war seine Ausgangslage im Vergleich zur Türkei, deren Interessen in der Region von Washington massiv unterstützt wurden, recht ungünstig.

Auch in Usbekistan ist man davon ausgegangen, dass Teheran die Auffüllung des durch den Zusammenbruch der Sowjetunion entstandenen ideologischen Vakuums in der Region versuchen könnte. Die Erklärung des islamischen Fundamentalismus zum Staatsfeind Nummer 1. erweckte in Usbekistan eine gewisse Vorsicht gegenüber der Islamischen Republik und so waren die Beziehungen in den vergangenen Jahren von einem normalen Zustand weit entfernt. Die folgenden Umstände haben das Verhältnis der beiden Länder des Weiteren stark belastet:

- Nach Ansicht der usbekischen Führung unterstützte der Iran die islamische Opposition im benachbarten Tadschikistan. Der usbekische Staatschef Islam Karimow hat den Iran direkt für die Destabilisierung der Lage in Zentralasien verantwortlich gemacht.
- Usbekistan hat im Interesse seiner Annäherung an Washington die Bemühungen der Vereinigten Staaten in Bezug auf die Eindämmung des Irans unterstützt. Taschkent hat öffentlich im Mai 1995 dem von den USA gegen die Islamische Republik Iran eingeführten Handelsembargo zugestimmt. In Teheran sah man den außenpolitischen Kurs Usbekistans, der vor allem auf die Annäherung mit den USA gerichtet war, skeptisch. Die Stationierung der amerikanischen Soldaten nach dem 11. September 2001 auf dem usbekischen Territorium und die verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Taschkent und Washington erregten des Weiteren Besorgnis im Iran;
- Die Vorstellungen der usbekischen Führung über eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Ländern und der NATO wurden in Teheran negativ aufgenommen. Auf iranische Initiative wurde sie auf dem Zusammentreffen der OIK in Teheran verurteilt.
- Usbekistan war das zweite Land im gesamten postsowjetischen Raum, wo eine israelische Botschaft eröffnet wurde. Obwohl die usbekisch-israelischen Beziehungen das erwünschte Niveau noch nicht erreicht haben, sind die Aktivitäten Israels in Zentralasien für Teheran ein weiterer Grund zur Besorgnis.

---

<sup>460</sup> Im Unterschied zu den türkisch-zentralasiatischen Beziehungen sind die iranisch-zentralasiatischen Beziehungen mit vielen Kriegen, in denen die Städte wie Merw und Buchara verwüstet wurden, stark belastet. Es gab aber keine persisch-türkischen Auseinandersetzungen um die Region.

Trotz massiver Unstimmigkeiten in Fragen der amerikanischen und israelischen Präsenz in der Region, waren sich Teheran und Taschkent in der Afghanistan-Frage einig. Die Positionen der beiden Länder in der Afghanistan-Frage stellten einen Gegensatz zu den regionalen muslimischen Mächten Pakistan und Saudi Arabien dar, die die Taliban-Regierung anerkannten und sie politisch, militärisch und finanziell unterstützten. Iran wie auch Usbekistan waren an dem Sturz der Taliban Regierung und der Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den ethnischen und religiösen Gruppen interessiert. Sie beide waren Mitglieder der „6+2 Gruppe“, die sich um eine friedliche Lösung des afghanischen Konflikts bemühte. 1999 besuchte der Sonderbeauftragte des iranischen Präsidenten Taschkent und diskutierte mit dem usbekischen Staatspräsidenten die Regulierungswege. Die Beziehung Usbekistans zu Iran hat nach dem 11. September keine wesentlichen Änderungen erfahren. Die Stationierung der amerikanischen Soldaten in Usbekistan ist in der Islamischen Republik auf gemäßigte Reaktionen gestoßen. Die Stabilisierung der innerpolitischen Situation lag im Interesse beider Länder. Beide Länder waren auch daran interessiert, dass die Rechte ihrer Minderheiten in Afghanistan nicht behindert werden. Den militärischen Einsatz der Amerikaner in Afghanistan haben die beiden Länder jedoch unterschiedlich beurteilt: Usbekistan hat ihn aktiv unterstützt, Iran blieb dagegen skeptisch und äußerst vorsichtig. Aber das erfolgreiche Ergebnis der von den USA geführten militärischen Operationen in Afghanistan war für beide Seiten ein willkommenes Ereignis. Nur Teheran hat immer noch Bedenken wegen der möglicherweise auch langfristigen Stationierung der amerikanischen Truppen in Afghanistan und in Zentralasien.

Die wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern geschah im Kontext des Aufbaus neuer Transport- und Kommunikationslinien nach Süden, die die zentralasiatische Region an die Weltmeere anschließen und so ihre Abhängigkeit von Russland abbauen würde. Für Usbekistan, das den Aufbau neuer Transportkorridore nach Süden zu einer der Prioritäten seiner Außenpolitik erklärt hatte, war der Iran in dieser Frage ein unersetzbarer Partner. Der Iran stellte ein wichtiges Transitland und Transportkorridor dar. Aus diesen Gründen war Usbekistan gezwungen, seine politischen Bedenken bei Seite zu lassen und gegenüber dem Iran eine pragmatische „Öffnungspolitik“ zu führen. Die beiden Länder haben sich an das Eisenbahnprojekt Zentralasien-Persischer Golf angeschlossen.

Die Zusammenarbeit im Bereich des Aufbaus neuer Transportlinien wurde nach der Befreiung Afghanistan in neuer trilateraler Form (Usbekistan, Iran, Afghanistan) fortgesetzt. Nach der relativen Verbesserung der sicherheitspolitischen Lage in Afghanistan haben die Regierungen der drei Länder Vereinbarungen über den Aufbau einer neuen Eisenbahnlinie getroffen. Der „transafghanische Korridor“ stellt eine Alternative zu der 1996 abgeschlossenen Eisenbahnlinie Tedschen-Serachs dar, die für

Usbekistan angesichts der angespannten Beziehungen zwischen Taschkent und Aschgabat politisch nicht rentabel geworden ist.

Wenn das Gesamtbild der Beziehungen des Irans zu allen zentralasiatischen Ländern qualitativ und quantitativ zu untersuchen ist, dann würden die usbekisch-iranischen Beziehungen an vierter Stelle liegen. Die engste politische und wirtschaftliche Kooperation unterhält der Iran mit Turkmenistan, seinem unmittelbaren Nachbarn in der Region. Teheran pflegt gute Kontakte auch zu Astana, die nicht zuletzt auf einer guten persönlichen Beziehung zwischen dem iranischen Staatspräsidenten Chatami und dem kasachischen Präsidenten Nasarbajew basieren. Zugleich liegen die Positionen des Iran einerseits und Kasachstans und Turkmenistans andererseits in Fragen der Verteilung der Ressourcen des Kaspischen Meers weit voneinander entfernt. Zwischen Tadschikistan und Iran existiert eine starke kulturelle Bindung, die in letzter Zeit wirtschaftlich massiv ausgebaut wird. In diesem Zusammenhang brauchen die usbekisch-iranischen Beziehungen einen neuen Schwung.

### **6.2.3 Pakistan und Indien**<sup>461</sup>

In der Außenwirtschaftsstrategie Usbekistans sollte Pakistan die Position eines weiteren Tors nach Süden einnehmen. In der Tat bot Pakistan für Usbekistan und für andere zentralasiatische Länder eine günstige Möglichkeit des Zugangs zum Indischen Ozean. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, mit der Pakistan zu keinem Zeitpunkt gute Beziehungen gehabt hatte, und die Entstehung fünf neuer unabhängiger Staaten in ihren südlichen Gebieten, die aus kulturell-religiöser Hinsicht mit Pakistan verwandt waren, erweckte in Islamabad gewisse Hoffnungen. Um die neue geopolitische Lage zu seinen Gunsten zu nutzen, bemühte Pakistan sich besonders schnell um die Aufnahme von Beziehungen mit der Region. Schon im Februar 1991 besuchte eine offizielle Regierungsdelegation unter Leitung des damaligen Staatsministers für wirtschaftliche Angelegenheiten und späteren Außenministers Sardar Asif Ali die noch zur Sowjetunion gehörenden mittelasiatischen Republiken. Während der Verhandlungen in Taschkent bot die pakistanische Seite mit dem Ziel der Entwicklung beiderseitiger Kooperation einen Kredit in Höhe von 30 Mio. US Dollar für den Kauf pakistanischer Waren an. Außerdem wurde Unterstützung für den Beitritt in die Organisation Islamische Konferenz und die UNO versprochen, falls das von der usbekischen Seite erwünscht werde<sup>462</sup>. Im Juni 1992 kam der pakistanische Premierminister Nawaz Sharif zu einem ersten Besuch nach Usbekistan. Während des Besuchs fand ein vertiefter Meinungs austausch über die

---

<sup>461</sup> Obwohl Indien kein muslimisches Land ist, wird es aus systematischen Gründen und im Kontext der pakistanisch-indischen Auseinandersetzung in dieser Abteilung behandelt.

<sup>462</sup> Vgl. Hyman, Antony: Power and Politics in Central Asia's New Republics. London, 1994. S.19

Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten statt und ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich Handel und Wirtschaft wurde geschlossen.

Folgende Entwicklungen haben die Verwirklichung der usbekischen Träume gestört:

- Unterstützung und Anerkennung der Taliban-Regierung in Afghanistan, die während der Zeit ihrer Herrschaft von Taschkent als eine besondere sicherheitspolitische Herausforderung angesehen wurde. Usbekistan war an der Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den ethnischen und religiösen Gruppen und an einer friedlichen Lösung des Konflikts interessiert. Dagegen nahm Pakistan eine einseitige Position ein und befürwortete die Stärkung der Puschtunen in Afghanistan durch die Taliban-Bewegung.
- Usbekistan beschuldigte die pakistanische Regierung der Unterstützung der usbekischen islamischen Gruppierungen. Im Februar 1998 hat das usbekische Außenministerium bekannt gegeben, dass in illegalen Ausbildungszentren auf dem pakistanischen Territorium Kämpfer ausgebildet wurden<sup>463</sup>.
- Das Neuaufflammen des Bürgerkriegs in Afghanistan hat die Verwirklichung der Pläne bezüglich neuer Kommunikationslinien in Frage gestellt. Da der Warenaustausch zwischen beiden Länder sowieso gering war, hat die wirtschaftliche Zusammenarbeit an Bedeutung verloren. Die Eröffnung der „iranischen Linie“ des Zugangs zum Indischen Ozean im Jahre 1996 hat „die pakistanische Linie“ völlig aus dem Sprachgebrauch verbannt.
- Pakistans Teilnahme an der wirtschaftlichen Transformation Usbekistans blieb wegen seiner finanziellen Probleme vorerst begrenzt. Aus gesellschaftspolitischer und kultureller Hinsicht konnte Pakistan kein Musterbild für Usbekistan und seine Nachbarn in der Region anbieten. Im Gegenteil rief das pakistanische Beispiel auf diesem Gebiet negative Reaktionen hervor;
- Angesichts der oben erwähnten Faktoren scheiterten die Pläne der pakistanischen Strategen. Usbekistan und die anderen zentralasiatischen Republiken zeigten keine Neigung dazu, im Kaschmir-Konflikt Partei zu ergreifen.

---

<sup>463</sup> Während einer Pressekonferenz für die Vertreter usbekischer und ausländischer Medien teilte der usbekische Außenminister Kamilov mit, dass die religiösen Organisationen Pakistans eine zielgerichtete Vorbereitung der islamistischen Kämpfer für Verwirklichung von terroristischen Aktivitäten auf dem Territorium Usbekistans führen. Der Sprecher des pakistanischen Außenministeriums wies die Anschuldigungen der usbekischen Seite kategorisch zurück. Er bedauerte, dass eine „solche Äußerungen des usbekischen Außenministeriums in die Öffentlichkeit gegangen ist“ und versicherte, dass „die pakistanischen Behörden nie zulassen würden, dass auf dem Territorium Pakistans solche militärischen Gruppen ausgebildet werden.“

Nach dem 11. September 2001 sind sich die Positionen beider Länder in der Frage der Terrorbekämpfung ein Stück näher gekommen. Nach einigen Überlegungen hat die pakistanische Regierung die Entscheidung getroffen, die amerikanischen Militäroperationen zu unterstützen. Nach Angaben des renommierten Instituts for strategic Studies in Islamabad trägt die antiterroristische Politik der pakistanischen Regierung diesmal einen langfristigen Charakter<sup>464</sup>. Die noch andauernden Kämpfe zwischen pakistanischem Militär und islamistischen Rebellen im südlichen Weziristan, das an der Grenze zu Afghanistan liegt und von puschtunischen Stämmen besiedelt ist, zeigen in der Tat die Entschlossenheit der Regierung in Islamabad. In diesen Kämpfen sind auch Mitglieder der militanten Islamischen Bewegung Usbekistans umgekommen oder wurden verhaftet. In diesem Zusammenhang bleibt Pakistan für Taschkent immer noch ein Hinterhof der islamischen Fundamentalisten und internationalen Terroristen. Im Dezember 2003 schickte Usbekistan einen neuen Botschafter nach Islamabad, dessen voriges Amt erklärt, wie ernst Usbekistan diesen Faktor nimmt<sup>465</sup>. Aus diesen Gründen ist eine Verbesserung der seit Jahren abgekühlten usbekisch-pakistanischen politischen Beziehungen nicht in Sicht.

Im Unterschied zu Pakistan pflegte Indien traditionell gute und freundschaftliche Beziehungen zur früheren Sowjetunion und nach deren Zusammenbruch war Delhi daran interessiert, diese mit den Nachfolgerstaaten der UdSSR fortzusetzen. Aus diesen Gründen schenkte Indien der stetigen Entwicklung seiner Kontakte zu Zentralasien große Aufmerksamkeit.

Für Delhi gehörte es zu den lebenswichtigen Interessen, dass die neuen zentralasiatischen Länder in der Kaschmir-Frage und in anderen Fragen der regionalen Sicherheit keine pro-pakistanische Position einnahmen. Indien beobachtete mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung der zentralasiatisch-pakistanischen Beziehungen. Die zentralasiatischen Länder wollten durch Pakistan ein südliches Tor eröffnen und damit Zugang zu den Weltmeeren schaffen. Zudem wurden auch Pläne zum Transport von Erdöl und Erdgas erarbeitet. Solche ehrgeizigen Pläne der zentralasiatischen Länder könnten in absehbarer Zukunft zur Intensivierung der pakistanisch-zentralasiatischen Beziehungen führen.

Für Indien war es auch sehr wichtig, dass die zentralasiatischen Republiken ihren säkularistischen politischen Kurs fortsetzten. Gründe zur Besorgnis existierten zahlreiche,

---

<sup>464</sup> Vgl. Blinov, Artur: Novie orientri i starie zaboti Pakistana, in: NG, 06.08.2004.

<sup>465</sup> Der neue usbekische Botschafter in Islamabad war der erste Stellvertreter des Vorsitzenden des usbekischen Geheimdiensts.

<sup>466</sup> Vgl.: Kotow, L.: Indiya i respubliki Tsentral'noy Azii: rojdenie novogo partnerstva, in: Kompas ITAR-TASS, Nr. 46. Moskau, 1995. S.20-26



weil die Region unter starken Einfluß des Irans und Pakistans geraten könnte, deren Außenpolitiken stark durch den islamischen Faktors geprägt sind. Diese Befürchtungen schienen sich zu bewahrheiten, als Ende 1994, Anfang 1995 mit Pakistans finanzieller und militärischer Hilfe in Afghanistan die radikale islamistische Bewegung „Taliban“ gegründet wurde und dort im Jahre 1996 an die Macht kam. Indien hatte Angst vor der Verbreitung des islamischen Fundamentalismus durch die Taliban in der Makroregion Süd- und Zentralasien und sah seine Sicherheit durch diesen „verlängerten Arm“ Pakistans gefährdet. Usbekistan stellte in diesem Kontext für Indien einen verlässlichen sicherheitspolitischen Partner dar. Die Positionen beider Länder in vielen Fragen der regionalen Sicherheit, insbesondere bei der Lösung des afghanischen Konflikts und der Sicherstellung der regionalen Stabilität waren ähnlich. Auf der anderen Seite bot die Abkühlung des Verhältnisses zwischen Taschkent und Islamabad einen günstigen Moment zur Verbesserung der usbekisch-indischen Beziehungen, die den Charakter einer strategischen Partnerschaft annehmen könnten. Diese Partnerschaft hatte teilweise einen historischen Hintergrund, in dem Sinne, dass Indien schon in den Sowjetzeiten in Taschkent sein Konsulat eröffnet hatte und viele indische Studenten in usbekischen Hochschulen ausgebildet worden waren. Diese bündnisähnlichen freundschaftlichen Beziehungen könnten in neuer Form fortgesetzt werden. Zudem aktivierte Indien seine kulturelle Präsenz in Usbekistan. Die Eröffnung des indischen Kulturzentrums in Taschkent trug zur Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf diesem Gebiet erheblich bei. Das indische Bildungsministerium ermöglicht durch sein Stipendienprogramm die Ausbildung von 36 usbekischen Studenten pro Jahr an indischen Universitäten.

Dass der Intensitätsgrad der usbekisch-indischen Beziehungen im Vergleich zu den usbekisch-pakistanischen höher ist, zeigt auch der Fakt, dass die usbekische staatliche Fluggesellschaft jeden Tag nach Delhi fliegt. Nach Pakistan, zu dem erklärten Tor nach Süden, gibt es zur Zeit keine direkte Flugverbindung aus Usbekistan.

#### **6.2.4 Saudi-Arabien**

Die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Saudi Arabien war für den nationalen Identitätsbildungsprozess in Usbekistan von großer Bedeutung. Dies wird vor allem dadurch erklärt, dass sich die zwei heiligen Stätten des islamischen Glaubens Mekka und Medina, in Saudi Arabien befinden. Das Land verkörperte im kollektiven Bewusstsein der traditionell muslimisch geprägten usbekischen Gesellschaft den Zugang zur islamischen Welt, welches gleichzeitig den Zugang zu den eigenen Wurzeln bedeutete. Auf der anderen Seite lebte ein großer Teil der usbekischen Emigranten, die nach der Eroberung der Macht

durch die Bolschewiki in Zentralasien ins Ausland fliehen mussten, in Saudi Arabien.<sup>467</sup> Eine Wiederkehr dieser Menschen in die Heimat sollte zeigen, dass dank der Unabhängigkeit, die Einheit des usbekischen Volkes zur realen Möglichkeit geworden ist. Die Unabhängigkeit sollte es auch ermöglichen, dass die Usbeken ab sofort die heiligen Orte des Islams besuchen konnten. Diese im öffentlichen Bewusstsein widergespiegelte Meinung war für die politische Führung Usbekistans ein bedeutendes Signal für die Aufnahme offizieller Beziehungen zu Saudi Arabien. Sie war gefordert, zumindest aus taktischen Gründen, Beziehungen zu Ar Riad zu etablieren.

Der usbekische Präsident Islam Karimow hat im April 1992, wenige Monate nach der Proklamation der staatlichen Unabhängigkeit, den saudiarabischen König besucht und wurde dort herzlich empfangen.<sup>468</sup> Er besuchte auch die heiligen Stätten des Islam in Mekka und Medina und soll dort für das usbekische Volk gebetet haben. Karimow lud Geschäftsleute aus Saudi Arabien nach Usbekistan ein. Der saudische König schenkte den „vergessenen“ usbekischen Muslimen viele Exemplare des Koran.<sup>469</sup>

Der aktive Teil der offiziellen Beziehungen hat aber nur sehr kurz angedauert. Bald wurde klar, dass die beiden Staaten sehr ungleiche Partner waren. Der Grund dafür war, dass Usbekistan nunmehr den islamischen Fundamentalismus zur größten Herausforderung für seine Sicherheit zählte. Taschkent vermutete, dass die islamistischen Gruppierungen in Usbekistan von Saudi Arabien zumindest finanziell unterstützt wurden. Im August 1992 wurden 70 saudische Prediger, die insbesondere im Ferghanatal sehr aktiv waren, aus Usbekistan ausgewiesen.<sup>470</sup> Die saudischen Unternehmer in Usbekistan waren auch davon betroffen. Sie mussten ihre Geschäfte schließen und in ihre Heimat fliegen, um auf bessere Zeiten zu warten. Aber die Kluft zwischen den beiden Ländern wurde noch tiefer, als 1996 die Taliban Bewegung in Afghanistan an die Macht kam. Im Gegensatz zu Taschkent, das die Taliban zum Erzfeind erklärt hatte, hat Saudi Arabien das Taliban-Regime in Afghanistan offiziell anerkannt und finanziell unterstützt.

Die gegenwärtigen usbekisch-saudiarabischen Beziehungen begrenzen sich auf die Organisation der jährlichen Pilgerfahrt nach Mekka und Medina. Die Flugverbindung

---

<sup>467</sup> Nach unterschiedlichen Einschätzungen beträgt ihre Zahl etwa 500 000 Menschen.

<sup>468</sup> Beobachter sprechen von einem Ausnahmefall in der saudischen Diplomatie, dass der Staatspräsident eines Landes, in diesem Fall der usbekische Staatspräsident Islam Karimow, im Flughafen von König Fahd höchstpersönlich empfangen wurde. Er soll angeblich gesagt haben, dass er diese Ehre den vertriebenen Muslimen in Usbekistan erweisen möchte.

<sup>469</sup> Das Geschenk des saudischen Königs führte allerdings zu einem Skandal in der Verwaltung der Muslime in Usbekistan. Ihr Chef wurde beschuldigt, dass er den Verkauf dieser Bücher erlaubt hatte und musste bald darauf zurücktreten.

<sup>470</sup> Vgl.: Khalmammedow, Aleksander: *Islamskiy faktor w Uzbekistane*, a.a.O., S.56.

zwischen Jeddah und Taschkent wurde aus ungeklärten Gründen gestrichen. Regelmäßige Kontakte auf offizieller Ebene kommen selten zustande. Der erste und einzige offizielle Besuch des usbekischen Präsidenten in Saudi Arabien liegt schon 12 Jahre zurück.

### **6.3 Asiatisch-Pazifischer Raum**

Die Bedeutung des asiatisch-pazifischen Raums für Usbekistan ist in erster Linie durch die Investitionsmöglichkeiten dieser Staaten gekennzeichnet. Die politische Führung des Landes erkannte diese Bedeutung sehr früh und unternahm wichtige Schritte in dieser Richtung. Schon wenige Monate nach der Unabhängigkeit hatte der usbekische Präsident Südkorea, Indonesien und Malaysia besucht und die ersten Kontakte geknüpft. Ein wenig später erfolgten seine Besuche nach Peking und Tokio. Im Unterschied zu den zum Teil konfliktgeladenen asiatisch-muslimischen Beziehungen Usbekistans, hat die usbekische Politik gegenüber den Staaten Ost- und Südasiens keine Schwankungen erlebt, sondern in allen Bereichen der Zusammenarbeit wurden diese intensiviert. Zu den wichtigsten Partnern Usbekistans in dieser Region gehören vor allem die Volksrepublik China, Japan und Südkorea.

#### **6.3.1 Volksrepublik China**

Im September 1991, wenige Tage nach der Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit, betonte der usbekische Präsident Islam Karimow, dass Usbekistan zum Übergang zur Marktwirtschaft und Demokratie noch nicht reif sei und die chinesische Variante der Reformierung der Gesellschaft und Wirtschaft für sein Land zum Vorbild werden könnte<sup>471</sup>. Seine Erklärung wurde damals innerhalb der national-demokratischen Opposition und in den russischen Medien kritisiert. Vor seiner ersten Reise nach China hat der usbekische Präsident auf die Erfolge der chinesischen Reformen hingewiesen und bestätigte damit erneut seine Präferenz für das chinesische Entwicklungsmodell. Peking unterstützte das starke präsidentiale System in Usbekistan, das aus chinesischer Sicht Garant für politische Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Ordnung ist. Dieses beiderseitige politische Interesse leitete dann später die Aktivierung der wirtschaftlichen und insbesondere sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Taschkent und Peking ein.

Usbekistan hat keine gemeinsamen Grenzen mit der Volksrepublik China und war in diesem Sinne von den Problemen der Grenzstreitigkeiten, die in den Beziehungen anderer zentralasiatischer Republiken zu Peking aufgetaucht waren, nicht betroffen. Ein häufig

---

<sup>471</sup> Vgl. Dikbash, Kadir: Orta Asya türk cumhuriyetleri. Olaylar kronolojisi 1990-1996, a.a.O., S. 51

diskutiertes Thema in den zwischenstaatlichen Beziehungen war die Wiederbelebung der alten Seidenstrasse. In diesem Zusammenhang könnte die Verwirklichung des Projektes bezüglich des Aufbaus einer Eisenbahnlinie von China nach Usbekistan ein geeignetes Instrument zur Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen werden. Ein wichtiges Thema bei der Aufnahme der beiderseitigen Kontakte waren auch die Herausforderungen für die regionale Sicherheit in Zentralasien. Als zwischen 1999 und 2001 die Sicherheitslage in Zentralasien, insbesondere im Ferghanatal, für Usbekistan bedrohlich wurde, zeigte Peking Solidarität mit Taschkent und bot Hilfe bei der Aufrüstung der usbekischen Armee.

Ein Interessengegensatz in den usbekisch-chinesischen Beziehungen tauchte jedoch im Zuge der Militäroperationen in Afghanistan auf, infolgedessen auf usbekischem Territorium amerikanische Soldaten stationiert wurden und Taschkent anfangs, mit Washington in Fragen der regionalen Sicherheit verstärkt zu kooperieren. Die Gedanken des usbekischen Staatspräsidenten über eine dauerhafte Militärpräsenz der Amerikaner in Zentralasien erregten in Peking ernsthafte Besorgnis. Sie spitzte sich zu, als der usbekische Präsident in Sankt Petersburg während des Treffens der SCO-Staatsführer von einer „realistischen Einschätzung der Veränderungen für die globale Sicherheit, die nach den Ereignissen vom 11. September 2001 auftauchten und deren Auswirkung auf die Kräfteverhältnisse in der Welt“ sprach<sup>472</sup>. Taschkent deutete damit den Fakt an, dass es im Kampf gegen die sicherheitspolitischen Herausforderungen keine Alternative zur Zusammenarbeit mit der internationalen Antiterrorcoalition unter der Führung der Vereinigten Staaten sehe. Dieser Gegensatz wurde jedoch ein Jahr später durch eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit Usbekistans im Rahmen der SCO und durch die Verlegung des zu ihr gehörenden regionalen Antiterror Zentrums von Bischkek nach Taschkent beigelegt.

Ihren bisherigen Höhepunkt erreichten die usbekisch-chinesischen Beziehungen im Juni 2004 als der chinesische Staatsführer Hu Zintao mit einer großen Delegation von Regierungsbeamten Taschkent besuchte. Er eröffnete die Kulturwoche der VR China in Usbekistan und die beiden Seiten unterzeichneten etwa 10 Abkommen, rund die Hälfte davon mit wirtschaftlichem Charakter. Der usbekische Staatspräsident bedankte sich bei der chinesischen Regierung dafür, dass die VR China zu denjenigen Staaten gehöre, die die Modernisierung der Wirtschaft und Infrastruktur Usbekistans mit erheblicher finanzieller Hilfe unterstütze. Nach Angaben des usbekischen Außenministeriums hat China seit 1995 35 Mio. US Dollar an Krediten geleistet und 7 Mio. US Dollar Grants vergeben<sup>473</sup>. Im Rahmen des SCO-Gipfels versprach der hohe Gast aus China eine Finanzhilfe in Höhe von

---

<sup>472</sup> Vgl.: „Troyanskiy kon' borozdi ne isportit“, in: Wremja Nowostej, 10.06.2002.

<sup>473</sup> Vgl.: Deutsche Welle, „Fokus“, 15.06.2004

1 Mrd. US-Dollar an Usbekistan, die bisher höchste Entwicklungshilfe Chinas, die je an einen Staat gegeben wurde. Usbekistan und China erwarten für 2005 eine Verdoppelung der Handelsbilanz zwischen beiden Ländern. Usbekistan exportiert nach China Baumwolle, Seide, Farbmehle und Uran, der wegen seiner Qualität und seines günstigen Preises für die chinesische Atomenergie eine besondere Bedeutung hat. Chinas wichtigster Handelspartner in der Region ist aber sein unmittelbarer Nachbar Kasachstan, mit dem Peking in den ersten 8 Monaten des Jahres 2004 einen Zuwachs der Handelsbeziehungen von 48 Prozent (2,7 Milliarden Dollar) im Vergleich zu der entsprechenden Periode 2003 konstatieren konnte<sup>474</sup>.

Aus chinesischer Perspektive waren die Wandlungsprozesse in Eurasien und insbesondere in Zentralasien für die innere und äußere Situation der Volksrepublik China von großer Bedeutung und wurden deshalb von chinesischen Politikern und Wissenschaftlern aufmerksam beobachtet<sup>475</sup>. Der Zusammenbruch der Sowjetunion stellte die chinesischen Eliten vor eine wichtige Frage: der Erhalt politischer Stabilität in China und die Bewahrung des Staates vor einem Zerfallprozess, wie er die Sowjetunion betroffen hatte. Ein weiteres wichtiges Ereignis war die Veränderung der geopolitischen Lage in Chinas unmittelbarer Nähe. Mit der Auflösung der Sowjetunion entstanden an Chinas Westgrenze fünf neue Staaten, die drei davon, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan, hatten eine gemeinsame Grenze zur VR China<sup>476</sup>. Diese fünf neuen Staatsgebilde in nächster Nachbarschaft zu haben, hatte sowohl außenpolitische aber auch innenpolitische Relevanz. In außenpolitischer Hinsicht bestand für China die Möglichkeit, seine Ambitionen als Weltmacht zu verwirklichen. Innenpolitisch war die Gefahr der Destabilisierung der nordwestlichen Provinz Xinjiang groß. Denn die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der neuen Staaten hätten sich auch auf die innere Stabilität Chinas bzw. einzelner chinesischer Regionen auswirken können.

Insgesamt stand die chinesische Interessenlage in Zentralasien unter Auswirkung folgender wirtschaftlicher und politischer Faktoren:

---

<sup>474</sup> Die kasachisch-chinesischen Handelsbeziehungen zeigen eine dynamische Entwicklung, die 2001 von insgesamt 1,95 im Jahre 2003 auf 3,3 Milliarden Dollar gewachsen sind (ein Zuwachs von 68 Prozent). Vgl. Interview des Beraters der kasachischen Botschaft in Peking Daniyar Baydildin an Online Version der Zeitung Zhenmin Zhibao. Siehe auch unter <http://www.centralasia.ru/newsA.php4?st=1098685380>

<sup>475</sup> Ausführlich zu chinesischen Darstellungen und Analysen der Entwicklungen in Zentralasien siehe auch Wacker, Gudrun: Die zentralasiatischen GUS-Staaten aus chinesischer Perspektive. Bericht der BIOST. Nr. 15, 1997

<sup>476</sup> Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen China und den zentralasiatischen Staaten nach Dezember 1991 siehe Gudrun Wacker: Die VR China und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Teil II): Bericht des BIOST, Nr.12, 1994, S.6-25

- Eröffnung neuer Transportkorridore nach Europa und Wiederbelebung der alten Seidenstrasse. Mit der Entdeckung des Seeweges von Europa nach China hatte die alte Seidenstraße ihre Bedeutung als Verkehrsknotenpunkt zwischen Asien und Europa völlig verloren. Angesichts des steigenden Exportpotenzials Chinas bestand die Notwendigkeit der Diversifizierung der Transportwege nach Europa und die Errichtung neuer Transportkorridore für die schnellere und kostengünstigere Lieferung chinesischer Ware zu anderen Kontinenten. In diesem Zusammenhang eröffnete die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Länder neue Möglichkeiten für den Aufbau alternativer Kommunikationslinien. Dies ist auch notwendig, um Rohstoffe aus Zentralasien nach China zu liefern. Ein Konzept, um als wichtiges Transitland zu fungieren, das als Transportbrücke den asiatischen Kontinent mit Europa verbinden würde, existiert in den außenpolitischen Strategien fast aller zentralasiatischen Länder. Begründet mit dieser Interessenübereinstimmung führen China und die zentralasiatischen Länder seit den ersten Tagen ihrer Unabhängigkeit Verhandlungen über den Aufbau neuer Straßen und Schienenverbindungen. Gegenwärtig funktioniert eine Eisenbahnverbindung zwischen China und Zentralasien über Kasachstan. Geplant ist der Aufbau einer anderen Eisenbahnlinie über Kirgisistan nach Usbekistan. Eine Autostraße zwischen Tadschikistan und China über Berg Badachschan befindet sich in Rekonstruktion. Die Verwirklichung der oben erwähnten Pläne könnte in Zukunft in der Tat zur Wiederbelebung der Seidenstraße führen, was im Interesse beider Seiten läge.
- Sicherung des Zugangs zu zentralasiatischen Erdöl- und Erdgasvorkommen. Angetrieben durch sein außergewöhnliches wirtschaftliches Wachstum steigt Chinas Bedarf an Energieressourcen rapide an. China, das Anfang der 90er Jahre erfolgreich Erdöl exportierte<sup>477</sup>, muss jetzt für die Sicherung seines Energiebedarfs nach neuen Importquellen suchen. Seine energiepolitischen Aktivitäten in der Welt sind deutlich spürbar, aber sein Blick ist vor allem auf Zentralasien und auf die Kaspische Region gerichtet, weil sie an Nordwestchina angrenzt und damit direkte Ölpipelines nach China ermöglichen würde. In Zukunft könnte diese Verbindung eine natürliche Landbrücke in den Iran darstellen, wo die chinesische Energieexpansion wirtschaftliche Erwartungen geweckt hat. In diesem Kontext arbeiten die chinesischen Ölfirmen eng mit Kasachstan zusammen, mit dem China zurzeit über große Ölleitungsprojekte verhandelt. Im Juni 1997 erwarb die China National Petroleum Corporation (CNPC) für eine Gesamtsumme von 4,32 Milliarden Dollar 60% der Firma Aktjubinskmujaigaz in Westkasachstan, dessen Ölfelder geschätzte Vorräte von 140 Mio. t aufweisen. Im August des selben Jahres kaufte CNPS 60% des Uzen-Felds

---

<sup>477</sup> 1985 verdiente es mit Ölverkäufen 6,7 Milliarden US-Dollar. 1996 produzierte China 156 Millionen Tonnen Rohöl, doch der Bedarf ist erheblich größer. Vgl. Rashid, Ahmed: Ein neuer globaler Ölmulti, in: Internationale Politik, 3/1998, S. 29-32.

für insgesamt 1,3 Milliarden US-Dollar<sup>478</sup>. Die Bauarbeiten zur Verwirklichung des Abkommens über den Aufbau einer Ölpipeline zwischen Atasu (Karaganda Gebiet, Kasachstan) und Atasoy (Xinjiang Provinz, China) haben im September 2004 angefangen und die beiden Seiten hoffen, Anfang 2006 den Betrieb aufzunehmen. China verhandelt ebenfalls über Öl- und Gaskonzessionen in Usbekistan, Turkmenistan und Aserbaidschan. Das bestätigt auch ein Abkommen zwischen der usbekischen Produktionsgesellschaft „Uzbekneftgaz“ und CNPS, das im Juni 2004 in Taschkent unterzeichnet wurde<sup>479</sup>.

- Sicherheit seiner nordwestlichen Grenze und innere Sicherheit der nordwestlichen Provinz Xinjiang. Separatistische Bestrebungen der Uiguren im Nordwesten Chinas waren für die chinesische Führung immer ein Grund zur Besorgnis. Die nationalstaatliche Unabhängigkeit der zentralasiatischen Länder und die Entstehung der fünf unabhängigen Staaten an der Grenze zur autonomen Xinjiang Provinz, deren Titularnationen mit den Uiguren ethnisch und religiös verwandt sind, könnte den separatistischen Bestrebungen in Xinjiang zusätzlich Antrieb und Motivation geben. Die zentralasiatischen Republiken weisen sowohl in ihrer Geschichte, religiösen Tradition und ethnischen Zusammensetzung, als auch in ihrer Wirtschaftsstruktur viele Gemeinsamkeiten und Verbindungen mit Chinas Nordwestregion auf. Die Problematik wird durch die zahlenmäßig großen Minderheiten auf beiden Seiten verkompliziert. In Xinjiang leben eine große Zahl von Kasachen, Kirgisen und Usbeken.<sup>480</sup> In der Tat erweckte die Unabhängigkeit der postsowjetischen Republiken Anfang der 90er Jahre bei den Führern der uigurischen Gemeinschaften die Hoffnung, dass diese die Lösung der nationalen Frage in Xinjiang unterstützen würden, nämlich die Gründung eines unabhängigen uigurischen Staates auf dem Territorium des heutigen autonomen Bezirkes. Die uigurischen Unabhängigkeitsbewegungen fanden Unterstützung unter den nationalistischen und religiösen Kreisen der zentralasiatischen Republiken, aber die Position der Regierungen in dieser Frage war eindeutig: sie unterstützten Chinas Kampf gegen Separatismus und Nationalismus. Die zentralasiatischen Länder leisteten sogar große Hilfe bei der Bekämpfung dieses Problems<sup>481</sup>. Damit hat die chinesische

---

<sup>478</sup> Vgl.: Rashid, Ahmed: Ein neuer globaler Ölmulti, in: Internationale Politik, Nr.3, 1998

<sup>479</sup> Vgl.: Kitajskogo lidera primamayut v Uzbekistane kak isklyuchitelno dorogogo i vazhnogo gostja, in: Deutsche Welle, Programm „Fokus“, 15.06.2004.

<sup>480</sup> Die ethnische Zusammensetzung dieser Region sah Ende 2000 so aus: Insgesamt lebten hier 19. Mio. Einwohner, davon Uiguren 8 Mio., Chinesen 6 Mio., Kasachen 1,8 Mio., Dunganen 0,4 Mio., Kirgisen 0,2 Mio., Mongolen 0,16 Mio. Vgl.: Sidorov, Oleg: Ujgurskij vopros v Kazachstane- god 2003, in: <http://www.gazeta.kz>, 12.06.2003

<sup>481</sup> 1999 haben drei von chinesischen Behörden verfolgte Uiguren in Kasachstan politisches Asyl beantragt. In China waren sie zu Terroristen erklärt worden. Nach einer Anfrage der chinesischen Regierung wurden diese Männer aus Kasachstan ausgewiesen und an China ausgeliefert. In China wurde gegen sie ein Prozess geführt und zum Tode verurteilt.

Außenpolitik in diesem Interessenbereich drei lebenswichtigen Aufgaben für sich positiv gelöst:

1. Chinas Grenzstreitigkeiten mit den zentralasiatischen Ländern wurden friedlich gelöst und vertraglich verankert.
2. Die zentralasiatischen Regierungen bieten keine Unterstützung für uigurische Separatisten und stimmen mit der chinesischen Position in dieser Frage völlig überein.
3. Alle anderen Kräfte, die Separatismus und religiösem Extremismus in Xinjiang Antrieb geben könnten, werden in Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Regierungen bekämpft und beseitigt.

Der Überblick über Chinas gegenwärtige außen- und sicherheitspolitische Interessenlage in der Region belegt keine systematische Strategie Pekings, zu einer aggressiven Hegemonialmacht zu avancieren. Im Hinblick auf Zentralasien dominiert in Chinas Außen- und Sicherheitspolitik ein rational-pragmatischer Ansatz, der auf die Schaffung stabiler Rahmenbedingungen für Chinas ökonomische Weiterentwicklung durch die Sicherstellung von Erdöl und Erdgas, und die Bewahrung der Stabilität in seiner nordwestlichen Provinz ausgerichtet ist. In diesem Kontext ist Usbekistan ein geeigneter und wichtiger Partner für China in der Region. Durch eine intensivierete Zusammenarbeit mit Usbekistan kann China seine Position in Zentralasien verbessern und sich gegenüber den Vereinigten Staaten und vor allem Russland im Spiel um Macht und Einfluss in der Region einige Vorteile verschaffen. Für die sicherheitspolitisch orientierte usbekische Außenpolitik existieren zur Zeit keine politischen Hindernisse, die dieses Verhältnis belasten könnten. Im Gegenteil sind die Positionen beider Länder in Fragen regionaler Sicherheit so ähnlich wie nie zuvor. Usbekistan und China sehen im internationalen Terrorismus, religiösen Extremismus und Separatismus die größte Herausforderung für die Sicherheit der Region. Diese Schlussfolgerung kann durch die Äußerungen des usbekischen Präsidenten Islam Karimow bestätigt werden: „Ausgedrückt mit chinesischer Begrifflichkeit und Formulierung sind wir mit China im Kampf gegen die „drei Übel“ völlig einig. Diese sind: internationaler Terrorismus, Extremismus und Separatismus“<sup>482</sup>.

### 6.3.2 Japan

Wie oben erwähnt wurde, werden in Usbekistan die chinesischen Führungsambitionen in der Region durch eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Japan und Südkorea relativiert. In diesem Kontext nehmen seit Mitte der 90er Jahre die Beziehungen zu Japan, dem wirtschaftlich stärksten Land des Kontinents, eine besondere Stellung in der

---

<sup>482</sup> Vgl.: Deutsche Welle „Fokus“, 15.06.2004



usbekischen Außenpolitik ein. Diese sind in den vergangenen Jahren qualitativ und quantitativ aufgebaut worden. Taschkent hat sein Verhältnis zu diesem Land schrittweise aber kontinuierlich verbessert und ausgebaut. Seine eindringliche Bitte um Beistand bei der Umgestaltung der Wirtschaft wurde von der japanischen Seite entsprechend entgegengenommen. Tokio hat erhebliche Summen an öffentlicher Entwicklungshilfe für Usbekistan bereitgestellt und hat sich dadurch zu einem wichtigen Geberland für Taschkent entwickelt. Die bilateralen Beziehungen zwischen Usbekistan und Japan sind sehr stark durch diesen Faktor geprägt.

Nach meiner Ansicht haben folgende Faktoren für die stabile Entwicklung der Beziehungen gesorgt und Japan zu einem strategisch wichtigen und bedeutenden Partner für Usbekistan gemacht:

1. Japan ist ein wirtschaftlich hoch entwickeltes Land des asiatischen Kontinents. Seine Entwicklungspolitik ist ein wichtiger Bestandteil seiner Außenpolitik. In den 1990er Jahren vergab Japan jährlich zwischen 9 und 15 Mrd. US Dollar an Entwicklungshilfe und war damit das größte Geberland der Welt überhaupt. Für Usbekistan, das einen schwierigen Prozess des Übergangs zur Marktwirtschaft erlebte, war dieser Faktor von besonderer Bedeutung.
2. Im Unterschied zu anderen Ländern verfolgt Japan in Usbekistan und in Zentralasien vor allem seine wirtschaftlichen und kommerziellen Interessen, die auch wegen der Absatzmöglichkeiten des regionalen Marktes sehr begrenzt sind. Seine geopolitischen Interessen in der Region sind wegen seiner militärischen Schwäche und nicht zuletzt wegen der fehlenden geographischen Verbindung bedeutungslos. Damit kann man davon ausgehen, dass es trotz seines möglichen finanziellen Einflusses politisch ein „ungefährlicher“ Partner bleibt.
3. Tokio hat bisher den Grad seiner Zusammenarbeit mit Usbekistan, aber auch mit anderen zentralasiatischen Ländern, nie in Abhängigkeit mit dem Grad der Entwicklung demokratischer Prozesse in der Region gestellt. Für Usbekistan, dessen Politik im Westen aus der Sicht der Demokratiefähigkeit immer in Frage gestellt wird, sind solche Partner wie Japan höchst wünschenswert und willkommen.

Zugleich ist Japan nach den USA der zweitgrößte Aktieninhaber der internationalen Finanzinstitutionen. Dieser Faktor machte das Land für die zentralasiatischen Republiken, deren Wirtschaft von diesen Institutionen unterstützt wird, noch attraktiver und wichtiger. Seit dem Erlangen der Unabhängigkeit haben die langfristigen Präferenzkredite und Grants der japanischen Regierung für Usbekistan über 1 Mrd. US Dollar ausgemacht. Außerdem hat die japanische Bank für Internationale Zusammenarbeit (JBIC) für die wichtigsten

Investitionsprojekte in Usbekistan kommerzielle Kredite in Höhe von 820 Mio. US Dollar geleistet.<sup>483</sup>

Die Beziehungen zwischen Usbekistan und Japan haben bilateralen, intergouvernementalen Charakter und werden hauptsächlich von den Regierungen der beiden Länder ausgeführt, verstärkt und korrigiert. In diesem Kontext haben die usbekisch-japanischen Beziehungen nach dem Besuch des Staatspräsidenten Islam Karimow im Juli 2002 einen neuen Aufschwung bekommen. Um die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu verstärken, besuchte der usbekische Präsident Islam Karimow im Juli 2002 zum zweiten Mal Japan.<sup>484</sup> Während seines Besuchs wurde in Tokio eine gemeinsame Deklaration über Freundschaft, strategische Partnerschaft und Zusammenarbeit und eine weitere „Gemeinsame Erklärung über die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Unterstützung der Wirtschaftsreformen in Usbekistan“ unterzeichnet. Während seines Besuches hat der usbekische Präsident die Bildung eines usbekischen Komitees zur Zusammenarbeit mit Japan und eines ähnlichen japanischen Komitees zur Zusammenarbeit mit Usbekistan vorgeschlagen. Nach seiner Rückkehr in die Heimat unterzeichnete er ein spezielles Programm für die Zusammenarbeit mit Japan, das von usbekischen Behörden ausgearbeitet worden war, und ordnete eine strenge Ausführung dieses Programms an. Dieser Plan beinhaltet eine verstärkte Partnerschaft mit Tokio in fast allen Bereichen des Staates. Alle Ministerien und anderen staatlichen Behörden haben entsprechende Aufgaben bekommen.

Im Juli 2004 hat in Tokio die erste gemeinsame Sitzung der beiden Komitees stattgefunden. Von usbekischer Seite wurde zum Vorsitzenden des Komitees ein hochrangiger Politiker, Rustam Azimow, stellvertretender Premierminister und Wirtschaftsminister zugleich, ernannt. Prominente japanische Politiker wie etwa die ehemaligen Premierminister Mori und Hata sind Mitglieder des japanischen Komitees zur Zusammenarbeit mit Usbekistan. Die usbekische Delegation wurde vom japanischen Premierminister Koidzumi empfangen, wobei er die Entschlossenheit seiner Regierung zur Unterstützung des wirtschaftlichen Erneuerungsprozesses in Usbekistan nochmals bekräftigte. Nach den Treffen in verschiedenen japanischen Ministerien wurde vom japanischen Außenministerium bekannt gegeben, dass Japan einen langfristigen

---

<sup>483</sup> Vgl.: Azimow, Rustam (Wirtschaftsminister der Republik Usbekistan): Razwiwaya otnosheniya druzhbi, strategicheskogo partnerstva i sotrudnichestwa, in: Narodnoe Slowo, 28.07.2004

<sup>484</sup> Die diplomatischen Beziehungen zwischen Usbekistan und Japan wurden am 26. Januar 1992 hergestellt. Die japanische Botschaft in Taschkent ist 1992 eröffnet worden. Der erste Besuch des usbekischen Staatspräsidenten erfolgte im Mai 1994 und diente zur Verbesserung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Bisher haben auch viele japanische Delegationen die zentralasiatischen Hauptstädte besucht, der letzte Besuch war der der japanischen Außenministerin. Aber eine hochrangige Delegation unter Führung des japanischen Premierministers steht noch aus.

Präferenzkredit für den Bau der Eisenbahnlinie Taschguzar-Baysun-Kumkurgan im Süden Usbekistans bewilligt hat. Die Verwirklichung dieser Kommunikationslinie ist für Usbekistan von strategischer Bedeutung und könnte in absehbarer Perspektive seine Abhängigkeit in der Frage der Zugverbindung zwischen Südbusbekistan mit anderen Teilen der Republik von seinen Nachbarn abbauen. Diese Eisenbahnlinie kann außerdem die zentralasiatischen Länder mit Afghanistan, an dessen Wiederaufbauprozess Japan sich aktiv beteiligt, auf kürzester Strecke verbinden. Außerdem hat die usbekische Bank „Asaka“ mit der japanischen Bank für internationale Zusammenarbeit (JBIC) zwei Kreditvereinbarungen jeweils in Höhe von 40 und 50 Mio. US Dollar zur Fertigstellung der Textilfabriken in Bagat und Kokand unterzeichnet.<sup>485</sup>

Erfolgreich entwickeln sich die partnerschaftlichen Beziehungen auch in anderen Bereichen wie z.B. Bildung und Kultur. Schon 1993 verkündete die japanische Regierung mit dem Ziel der Stärkung der Marktformen ihre Bereitschaft, Auszubildende aus den fünf zentralasiatischen Ländern aufzunehmen. Seither wurden mehr als 100 Auszubildende pro Jahr aus der Region eingeladen, um Kenntnisse und praktische Erfahrung in Bezug auf Marktformen und öffentliche Verwaltung zu erwerben. Die japanische Stiftung JICA vergibt jedes Jahr 20 Stipendien für usbekische Studenten, die in japanischen Universitäten weiter ausgebildet werden. Die beiden Seiten haben darüber hinaus vor, in Taschkent eine gemeinsame usbekisch-japanische Universität in Zusammenarbeit mit einer japanischen Universität zu eröffnen. Auch das staatliche usbekische Fernsehen spiegelt die Qualität der usbekisch-japanischen Beziehungen wider. Es zeigt japanische Filme, die von der japanischen Botschaft in Taschkent stammen.

Der usbekischen staatlichen Fluggesellschaft ist es gelungen, als einzige unter den neu gegründeten Fluggesellschaften in der GUS eine direkte Flugverbindung mit den japanischen Städten Tokio und Osaka aufzubauen<sup>486</sup>. Der Aufbau dieser Kommunikationslinie war ein weiterer bedeutender Schritt zur Intensivierung der beiderseitigen Beziehungen. Außerdem wurden die Flughäfen in den usbekischen Städten Samarkand, Buchara und Urgentsch mit Hilfe staatlicher Kredite aus Japan modernisiert und ausgebaut. Dieses könnte eine Basis für die erfolgreiche Zusammenarbeit in einem weiteren Bereich, nämlich im Tourismusbereich, werden. Die Tourismusbranche besitzt ein großes Potenzial für die Zusammenarbeit und könnte sich auf die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen positiv auswirken. Die buddhistischen Baudenkmale und

---

<sup>485</sup> Vgl.: Azimow, Rustam: Razwiwaya otnosheniya družhbi, strategicheskogo partnerstva i sotrudnichestwa, a.a.O.

<sup>486</sup> Die staatliche Fluggesellschaft „Uzbekistan Airways“ hat 2001 die Fluglinie nach Osaka mit einem Flug pro Woche eröffnet. Inzwischen hat die Zahl der Flüge nach Tokio und Osaka sich verdreifacht. Ab dem nächsten Jahr wird die Erhöhung der Flüge auf bis zu 6 pro Woche geplant, was auch als ein bedeutender Schritt zur Intensivierung der Beziehungen bezeichnet werden kann.

Grabmäler im Süden Usbekistans könnten angesichts ihrer kulturellen Bedeutung für die japanische Identität eine große Zahl von Besuchern anziehen.

Trotz dieses positiven Bildes der Beziehungen lässt die Handelsbilanz und die Summe der japanischen Direktinvestitionen Spielraum für Verbesserung. Wenn 1998 die Handelsbilanz zwischen Usbekistan und Japan bei 109 Mio. US Dollar (davon 41 Mio. Ausfuhren nach Japan und 68 Mio. Einfuhren aus Japan) lag<sup>487</sup>, fiel diese Zahl 2003 auf 77 Mio. US Dollar<sup>488</sup>. Der Grund dafür liegt unter anderem darin, dass der japanische Privatsektor an dem wirtschaftlichen Aufbauprozess in Usbekistan kaum beteiligt ist. Trotz der Eröffnung der Vertretungen von ca. 20 japanischen Firmen in Taschkent existieren nur 7 Joint Ventures und nur 3 davon mit 100prozentigem japanischem Kapital. Ausgenommen bleiben davon Projekte, die durch staatliche Kredite aus Japan finanziert und von japanischen Firmen durchgeführt werden. Diese Projekte sind jedoch kein Ausdruck realer Handelsbeziehungen, weil sie – nach Aussagen der Japaner selbst – nicht in erster Linie durch wirtschaftliche und kommerzielle Interessen motiviert sind. „Sie beruht vielmehr auf politischen Überlegungen, die durch ein wohlgesonnenes Gefühl der Freundschaft gegenüber diesen neuen unabhängigen Nationen der früheren Sowjetunion gekennzeichnet sind.“<sup>489</sup>

Mit anderen Worten stellt für Japan die Zusammenarbeit mit Usbekistan und mit seinen Nachbarn in Zentralasien einen wichtigen Bestandteil seiner Politik zur Durchsetzung des Konzepts der „komplexen Bewahrung der nationalen Sicherheit“ dar, die vor allem auf die Stärkung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses Japans im Asiatisch-Pazifischen Raum (APR) und in der Welt insgesamt, gerichtet sind<sup>490</sup>. Diese Maßnahmen sollen die politischen und militärischen Einflussmöglichkeiten des Landes mit der wirtschaftlichen Kraft des Landes in Einklang bringen. Dadurch könnte Japan ein einflussreiches und Führungsland nicht nur in der Weltwirtschaft, sondern auch in der internationalen Politik werden. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht Tokio vor allem eine starke Asienpolitik und eine engagierte Politik in den Nachbarregionen, vor allem in Eurasien, um eine Anerkennung der japanischen Rolle im APR und in der Welt zu erreichen. In diesem Zusammenhang könnte die Aktivierung der japanischen Politik in den neuen

---

<sup>487</sup> Vgl.: Watanabe, Koji: Japan und das neue Zentralasien, in: Garnett W. Sherman/ Rahr, Alexander/ Watanabe, Koji: Der Kaspische Raum vor den Herausforderungen der Globalisierung. Die Verantwortung der Trilateralen Staaten für die Stabilität der Region. Opladen, 2001. S.72

<sup>488</sup> Vgl.: Azizov, Siroj: Yaponiya i Tsentralnaya Azija: Razvitie i perspektivi sotrudnichestva, in: Tsentralnaya Azija v XXI veke: Sotrudnichestvo, partnerstvo i dialog. Materiali mezhdunarodnoy konferentsii. Taschkent, 2004. S.213

<sup>489</sup> Vgl.: Watanabe, Koji: Japan und das neue Zentralasien, a.a.O., S.65

<sup>490</sup> Azizov, Siroj: Geopoliticheskie interesi vedushich mirovich i regional'nich derjav: Japan, in: Alimov, Ravshan u.a (Hrsg.): Tsentral'naja Azija: geoeconomika, geopolitika, bezopasnost', a.a.O., S.140

zentralasiatischen Staaten die Realisierung seiner strategischen außenpolitischen Pläne andeuten, weil Zentralasien ein Teil des asiatischen Kontinents und eine Nachbarregion zum APR ist. Tokio möchte in der Region feste Bündnisstrukturen etablieren, die japanische Initiativen in der globalen Politik unterstützen könnten. Der erste konkrete Schritt in dieser Richtung wäre die loyale Position der zentralasiatischen Länder in der gegenwärtigen Diskussionen über einen ständigen Sitz Japans im UN-Sicherheitsrat. Usbekistan hat in dieser Frage bereits seine Unterstützung der japanischen Bemühungen ausgesprochen. Auf der anderen Seite hat Japans Premierminister Koidzumi auf dem Asien-Forum im April 2002 vorgeschlagen, die zentralasiatische Region an die Prozesse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Ostasien anzuschließen<sup>491</sup>.

Der ehemalige japanische Botschafter in Moskau Koji Watanabe führt das starke japanische Engagement in Zentralasien auf drei Grundüberlegungen zurück:

- Da Zentralasien – umgeben von Russland, dem Nahen Osten und China – geopolitisch bedeutsam für die Stabilität ganz Eurasiens ist, ist eine Politik des konstruktiven Engagements zur Förderung der Stabilität nicht nur allgemein wichtig für den internationalen Frieden, sondern kann auch hilfreich sein bei der Ausgestaltung positiver, konstruktiver Beziehungen zu Russland und China, Japans zwei wichtigen Nachbarländern, und auch zu Ländern im Nahen Osten, insbesondere der Türkei und Iran;
- Die Energievorräte am Kaspischen Meer in Form von Erdöl und Erdgas liegen aller Wahrscheinlichkeit nach in einer Größenordnung, die erhebliche Auswirkungen auf die weltweite Energielandschaft haben wird. Die Erschließung dieser Ressourcen könnte dazu dienen, die Quellen von Energielieferungen an asiatische Länder, einschließlich Japans, zu diversifizieren. Diversifikation weg von der übermäßigen Abhängigkeit vom Öl aus dem Nahen Osten ist ein wichtiges langfristiges Ziel für ostasiatische Länder;
- Das Fehlen einer negativen historischen Verwicklung in der Region und Japans lange aufrechterhaltener Status als das einzige moderne, fortgeschrittene Industrieland in Asien erzeugen ein vorteilhaftes, positives Bild von Japan bei den politischen Eliten der Region. Die hohen an Japan gerichteten Erwartungen sind durch nostalgische Gefühle in der japanischen Öffentlichkeit erwidert worden, die Zentralasiens Völker als historisch eng verbundene asiatische Freunde ansieht, die einst eine sehr wichtige Rolle in der Großen Seidenstraße spielten<sup>492</sup>.

---

<sup>491</sup> Vgl. Azizov, Siroj: Geopoliticheskie interesi vedushich mirovich i regional'nich derjav: Japan, a.a.O., S.209

<sup>492</sup> Watanabe, Koji: Japan und das neue Zentralasien, a.a.O., S.67-68.

Die wirtschaftlichen Interessen Japans bleiben vorerst begrenzt angesichts der enormen Schwierigkeiten, die wegen der geographischen Entfernung zwischen den zentralasiatischen Ländern und Japan bestehen. Darum forciert Tokio die Transportprojekte, die die zentralasiatische Region schnell erreichbar machen könnten. Seine Energieinteressen sind wiederum an diesem Problem gescheitert. Gegenwärtig deckt Japan 85 Prozent seines Energiebedarfs durch Lieferungen aus dem instabilen Nahen Osten. Angesichts dieser einseitigen Abhängigkeit könnte Tokio daran interessiert sein, seine Energiepolitik zu Gunsten anderer Regionen zu diversifizieren. Dass Tokio 1998 eine „Energetische Mission der Seidenstraße“ nach Zentralasien geschickt hat, um die Möglichkeiten der Teilnahme Japans an verschiedenen Energieprojekten in der Region abzuklären, bestätigen seine Bemühungen in dieser Richtung.

Japans Zentralasienpolitik ist insgesamt daran interessiert, dass die Region politisch stabil und ihre Staaten berechenbare Partner bleiben. Die Entwicklung aller Formen der Zusammenarbeit mit der Region liegen im Interesse der japanischen Regional- und Globalpolitik. In diesem Zusammenhang spielen die usbekisch-japanischen Beziehungen eine besondere Rolle. Taschkent zeigt sich in den Beziehungen zu Japan fast in allen Bereichen sehr offen für die Zusammenarbeit und damit stellt Tokio eine Ausnahme in der usbekischen Außenpolitik dar. Dank seiner strategischen Lage im Zentrum der Region könnte Usbekistan eine günstige Chance für den erfolgreichen Wiedereinstieg Japans in Zentralasien bieten und seine dauerhafte Präsenz in Zentralasien garantieren. Japans starkes Engagement in Afghanistan nach dem Sturz der Taliban-Regierung und seine aktive Teilnahme am Wiederaufbauprozess bieten beiden Seiten neue Möglichkeiten für eine weitere Zusammenarbeit, in der von Japan finanzierte Projekte auch von usbekischen Firmen durchgeführt werden könnten.

### **6.3.3 Südkorea und Südostasien**

Neben China und Japan nehmen die südostasiatischen Schwellenländer eine der wichtigsten Positionen in der usbekischen Außenwirtschaftspolitik im asiatischen Raum ein. Schon in den ersten Jahren der Selbständigkeit wurde die Gestaltung der Beziehungen zu dieser Region zu den Prioritäten der usbekischen Außenpolitik erklärt:

Eine wichtige Richtung zur Aktivierung der Außenpolitik Usbekistans bildet die Anknüpfung von gleichberechtigten Beziehungen zu den neuen Industrieländern in Südostasien. Ihre Erfahrungen bei der Modernisierung ihrer Wirtschaft und die Heranziehung von Investitionen dieser Länder für die Verarbeitung technischer

Landwirtschaftskulturen und in wissenschaftlich aufwendige Industriezweige sind für unsere Republik von großem Interesse“.<sup>493</sup>

Um dieses Konzept zu verwirklichen, besuchte der Staatspräsident Islam Karimow im Frühling 1992 Südkorea, Indonesien und Malaysia. Ziel seiner Reise war in erster Linie die Anknüpfung der Beziehungen und Einschätzung ihrer Wirtschaftshilfe und Investitionsmöglichkeiten in Usbekistan. In den Hauptstädten dieser Länder wurde über großzügige Hilfen gesprochen, die wegen der Wirtschaftskrise in der südostasiatischen Region selbst jedoch nicht vollständig realisiert werden konnten. Die wichtigsten Vereinbarungen wurden in Seoul getroffen.

Südkorea gehörte angesichts seines Wirtschaftspotenzials zu den wichtigsten Partnern unter den Ländern dieser Region. Nachdem das türkische Modell der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für Usbekistan nicht mehr in Frage kam, hat das südkoreanische Modell im Sprachgebrauch der usbekischen Politiker einen festen Platz gefunden. Das südkoreanische Modell war für die politische Führung Usbekistans vor allem dadurch attraktiv, dass es seit Jahren über ein starkes präsidentiales System verfügte. Das Bild eines starken Führers in Person der südkoreanischen Generäle, die bis Mitte der 90er Jahre das Amt des Präsidenten innehatten, war mit den usbekischen Vorstellungen über eine Konzentration und Einheit der politischen Macht gut vereinbar. Trotz dieses politischen Faktors tragen die bilateralen Beziehungen zwischen Usbekistan und Südkorea vor allem wirtschaftlichen Charakter. Die südkoreanische Wirtschaft zeigte seit den ersten Tagen der Eigenstaatlichkeit Usbekistans ihr großes Engagement in der Region. Südkoreanische Unternehmer sahen in Zentralasien einen attraktiven Markt und haben damit angefangen, hier ihre Produktionsstätten aufzubauen. Das erste und bisher größte Projekt zwischen Usbekistan und den südkoreanischen Firmen ist die Autofabrik in Andischan im Ferghanatal. Das Werk des inzwischen von „General Motors“ verwalteten Autokonzerns „Daewoo“ sorgte nicht nur für wirtschaftliche Effektivität und die Schaffung neuer Arbeitsplätze im sozialen Brennpunkt Ferghanatal, es wurde darüber hinaus von der usbekischen Regierung zu einem politisch-psychologischen Faktor für die Gesamtentwicklung des Landes erhöht<sup>494</sup>. Weitere Bereiche für die erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit sind die Textilindustrie und die Telekommunikation.

---

<sup>493</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S.35-36

<sup>494</sup> Die Autofabrik „Daewoo“ in Andischan produziert jährlich bis zu 100.000 Autos, die zum Teil in die GUS-Länder exportiert werden. Ihre Kapazität ist jedoch für die Produktion von 200.000 Autos geeignet. Mit Eröffnung seines Werks in Andischan sorgte der Konzern „Daewoo“ für zusätzliche 4000 Arbeitsplätze im sozialen Brennpunkt und der am dichtesten besiedelten Region Usbekistans. Mit „Daewoo“ kamen auch Zulieferfirmen in die Region, die Teile für die Modelle der „Daewoo“ Autos herstellen. Für die usbekische Regierung ist dieses Projekt das Symbol der politischen Unabhängigkeit Usbekistans. Dem Land war in den Sowjetzeiten die Rolle eines Rohstofflieferers zugeordnet.

Usbekistan hatte großes Interesse, möglichst viel Baumwolle in eigener Produktion zu bearbeiten und dann als Fertigwaren ins Ausland zu exportieren. Die koreanische Firma „Kabool textiles Co.Ltd“ ist diesem Wunsch der usbekischen Regierung entgegengekommen. 1996 und 2000 hat diese Firma mit eigenen Investitionen und durch Kredite südkoreanischer und internationaler Banken zwei Textilfabriken in Toytepa und Ferghana aufgebaut. Den Erfolg der usbekisch-koreanischen Wirtschaftskooperation zeigt auch der Fakt, dass Südkorea sich in kürzester Zeit zum zweitwichtigsten Handelspartner etabliert hat. Die wirtschaftliche Kooperation mit Südkorea spielte eine enorm wichtige Rolle bei der Diversifizierung der Außenwirtschaftsbeziehungen, die eine der vorrangigen Ziele der usbekischen Wirtschaftsdiplomatie war.

Ein wichtiges Element in den usbekisch-koreanischen Beziehungen stellt die koreanische Minderheit in Usbekistan dar. Nach Angaben des sowjetischen Statistikamts lebten 1989 etwa 200 000 Koreaner in Usbekistan. Sie sind in verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft sehr aktiv und haben sich wegen ihrer asiatischen Mentalität sehr rasch und erfolgreich in die usbekische Gesellschaft integriert<sup>495</sup>. Sie stellen auch ein besonderes Potenzial für die bildungspolitische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Usbekistan und Südkorea dar. Mit Hilfe der südkoreanischen Botschaft wurden in Taschkent mehrere Sprachkurse für die koreanische Minderheit angeboten. Die Kulturtage der Republik Südkorea in Usbekistan sind eine feste Tradition geworden.

Erfolgreich entwickeln sich die zwischenstaatlichen Beziehungen zu Malaysia. Im Jahre 1993 wurde in Taschkent eine usbekisch-malaysische Universität eröffnet. Als einzige Fluggesellschaft in der Region hat die staatliche „Uzbekistan Airways“ regelmäßige Flugverbindungen zwischen Taschkent und Kuala Lumpur eröffnet. Bemerkenswert ist auch der Fakt, dass Malaysia das einzige Land außerhalb der GUS ist, mit dem ein visumsfreier Verkehr herrscht.

Die anderen südostasiatischen Länder spielen in der Außenpolitik Usbekistans keine vergleichbare Rolle mit den oben erwähnten Staaten, obwohl zu manchen von ihnen seit den ersten Tagen der staatlichen Unabhängigkeit Kontakte geknüpft wurden. Es ist zu erwarten, dass auch in absehbarer Zukunft die Bedeutung der Länder aus dieser Region in der usbekischen Außenpolitik und insbesondere Außenwirtschaftspolitik wachsen wird. In Fragen der Modernisierung seiner Wirtschaft erwartet Usbekistan von diesen Ländern eine gewisse Unterstützung und einen Erfahrungsaustausch, weil Südostasien ein hervorragendes Beispiel für viele Transformationsländer im ex-sowjetischen Raum

---

<sup>495</sup> Seit der Eröffnung der usbekischen Botschaft in Seoul wird sie von einem ethnisch usbekistanischen Koreaner geleitet. Ein anderer Koreaner leitet die usbekische staatliche Fluggesellschaft „Uzbekistan Airways“, ein einflussreiches Unternehmen im Lande.



darstellt. Bei gleichbleibender Stärkung der wirtschaftlichen Kooperation bleibt jedoch der politische Einfluss dieser Länder auf Usbekistan und auf die zentralasiatische Region vermutlich vorerst begrenzt, welcher aber wiederum die pragmatische Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen gewährleisten könnte.

## 6.4 Multilaterale Zusammenarbeit

Eines der Prinzipien der usbekischen Außenpolitik, die von Staatspräsident Karimow 1992 deklariert wurden, war die Entwicklung der Beziehungen zu anderen Ländern sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene. Diese Formulierung sicherte für Usbekistan die Chance der Zusammenarbeit im Rahmen bereits existierender multilateraler Organisationen. Insbesondere in den ersten Jahren der staatlichen Unabhängigkeit bot eine multilaterale Zusammenarbeit angesichts der fehlenden Kommunikationsnetzwerke und Infrastruktur zusätzliche Gesprächsmöglichkeiten mit anderen Ländern. Auf der anderen Seite bot sich die Chance, auf bilateraler Ebene nicht realisierbare Projekte im multilateralen Rahmen zu verwirklichen. So ist Usbekistan heute Mitglied in einer Reihe multilateraler Organisationen, die mehrheitlich die Staaten des asiatischen Kontinents umfassen. Die wichtigsten davon sind SCO, ECO, OIK und die sich formierende CICA. Wie sich Usbekistans Teilnahme und Position innerhalb dieser Organisationen gestaltet, wird im Folgenden untersucht.

### 6.4.1 SCO<sup>496</sup>

Nach Aussagen des kasachischen Außenministers Kasymzhomart Tokaew geht die Vorgeschichte der Entstehung dieses Zusammenschlusses auf die letzten Jahre der Sowjetunion zurück<sup>497</sup>. Nach der Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen Ende der 1980er Jahre vereinbarten die beiden Seiten, eine gemeinsame Gruppe zur Behandlung der Fragen bezüglich der Stärkung der vertrauensbildenden Maßnahmen im Grenzgebiet zu bilden. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion stand diese Frage in neuer Form wieder auf der Tagesordnung. Russland und die neu unabhängig gewordenen Staaten Zentralasiens Kasachstan, Kirgisistans und Tadschikistan, die jetzt eine gemeinsame Grenze mit China hatten, zeigten ihr Interesse an der Fortsetzung dieses Dialogs. Diese drei Staaten hatten außerdem vom untergegangenen Sowjetimperium die

---

<sup>496</sup> Für die Bezeichnung aller regionalen Zusammenschlüsse werden in der vorliegenden Dissertation die gängigen englischen Begriffe verwendet. In der deutschen Sprache fehlt zurzeit eine klare Definition für diese Strukturen.

<sup>497</sup> Vgl. Tokajew, Kasymzhomart: Preodolenie. Diplomaticeskije ocherki, a.a.O., S.376-377

ungelösten Grenzfragen mit der VR China geerbt und waren daran interessiert, die Verhandlungen darüber in einer gemeinsamen Delegation mit Russland zu führen<sup>498</sup>. Schließlich wurden diesbezügliche Vereinbarungen von Vertretern der vier Länder am 8. September 1992 in Minsk unterzeichnet. Die Verhandlungen zur Vorbereitung eines Abkommens, das entlang der alten chinesisch-sowjetischen Grenze für mehr Transparenz und Demilitarisierung sorgen sollte, haben fast vier Jahre gedauert. Am 26. April 1996 unterzeichneten die Staatspräsidenten von China, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Russland in Shanghai ein entsprechendes „Abkommen über Vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet“. Das Abkommen sah einen Rückzug von Truppen und Waffen (mit Ausnahme des Grenzschutzes) aus einer Zone von 100 km entlang der Grenzen, sowie die Regelung von und die gegenseitige Beteiligung an Militärmanövern vor. Ein Jahr später wurde in Moskau ein weiteres Abkommen, das die gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte in Grenzgebieten vorsah, unterzeichnet. So entstand die regionale Gruppierung, die zuerst den Namen „Shanghai Five“ getragen hatte. Das Ergebnis eines weiteren Gipfeltreffens der fünf Staatspräsidenten im kasachischen Almati (1998) war eine gemeinsame Erklärung, in der die regelmäßigen Kontakte auf Ebene der Außenminister, Premierminister und Staatsoberhäupter der fünf Staaten beschlossen wurden, auch im Hinblick auf die Intensivierung der Zusammenarbeit des gesamten asiatischen Kontinents. Im August 1999, als die Staatsführer dieser Länder sich zum nächsten Gipfeltreffen in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek versammelten, vereinbarten sie eine enge Kooperation bei der Bewältigung der Probleme der grenzüberschreitenden und organisierten Kriminalität, des ausgreifenden Drogenhandels, sowie die strategische Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich, die Wiederbelebung der alten Seidenstraße. Die zunächst auf Vertrauensbildung untereinander gerichtete Kooperation der „Shanghai Five“ wandelte sich durch diese Vereinbarungen zu einem Bündnis im Kampf gegen die als gemeinsam empfundenen Bedrohungen und Sicherheitsprobleme. Dass das Treffen in Bischkek von terroristischen Aktionen der islamistischen Kämpfer im Ferghanatal überschattet wurde, gab einen besonderen Schub zur Aktivierung der Kooperation in diesem Bereich. Moskau und Beijing waren im gleichen Maße wie die zentralasiatischen Länder über die Invasion islamistischer Freischärler im Ferghanatal besorgt.

Bis Ende 1999 zeigte Usbekistan kein Interesse an der Arbeit der Gruppierung, was vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen ist:

- Die Kooperation im Rahmen der „Shanghai Five“ war zuerst auf Vertrauensbildung in den Grenzregionen entlang der ehemaligen sowjetisch-chinesischen Grenze ausgerichtet. Usbekistan hatte keine gemeinsame Grenze mit der VR China, von

---

<sup>498</sup> ebenda

daher auch keine Grenzprobleme mit China. Taschkent und Beijing regulierten ihre Beziehungen erfolgreich auf bilateraler Ebene.

- Als Teilnehmer der westorientierten GUUAM-Gruppierung war die Teilnahme Usbekistans an der Arbeit der „Shanghai Five“ nicht sinnvoll. Usbekistan hoffte auf die Aktivierung der GUUAM im sicherheitspolitischen Bereich und dadurch auch auf eine mögliche Kooperation mit dem Westen. Auf der anderen Seite lehnte Usbekistan grundlegend seine Teilnahme an Organisationen ab, die eine überstaatliche Struktur schaffen wollten.

Aber die Intensivierung der Arbeit in der Organisation, die jetzt auch die Fragen umfasste, die für die Sicherheit und Stabilität Usbekistans sehr relevant waren, und die Regelmäßigkeit der Kontakte auf höchster Ebene bewegten Usbekistan zur Revision seines Verhaltens gegenüber der neuen regionalen Gruppierung. Die dramatische Verschlechterung der sicherheitspolitischen Lage in Zentralasien durch die Angriffe fanatischer Islamisten im Ferghanatal im Spätsommer 1999 und die Eroberung der nördlichen Territorien Afghanistans durch Taliban-Milizen 1998 verstärkten dieses praktische Interesse. Am Gipfeltreffen der Staatspräsidenten der „Shanghai Five“ in Duschanbe im Juli 2000 hat der usbekische Präsident Islam Karimow zum ersten Mal als Beobachter teilgenommen. Während des Gipfels wurde Usbekistan als Vollmitglied in die Gruppe einbezogen und der Name des Zusammenschlusses entsprechend von „Shanghai Five“ zum „Shanghai Forum“ geändert. Insbesondere Russland hatte großes Interesse daran, dass Usbekistan, das den Vertrag über kollektive Sicherheit der GUS ein Jahr zuvor verlassen hatte, wieder in eine von Russland dominierte sicherheitspolitische Organisation zurückkehrte. Präsident Putin beurteilte die Mitgliedschaft von Usbekistan im „Shanghai Forum“ als „ein besonderes Ereignis, weil die regionalen Probleme ohne Teilnahme Usbekistans nicht gelöst werden können“<sup>499</sup>.

Usbekistans Verhalten im „Shanghai Forum“, der späteren SCO<sup>500</sup>, ist seit den ersten Tagen seiner Mitgliedschaft durch viele Schwankungen in seiner Position gegenüber den

---

<sup>499</sup> Vgl.: IA Jahon: Obzor sobitii po materialam respublikanskoy pressi za 6 iyulya 2000 goda. Unter: <http://www.jahon.tiv.uz/News/2000/07/prs0607htm.htm>

<sup>500</sup> Auf dem Gipfel in Shanghai am 20.6.2001 fand der erste entscheidende Schritt zur Institutionalisierung der Kooperation statt. Die Staatsführer von China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan gaben die Gründung der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ (Shanghai Cooperation Organisation, SCO) auf der Grundlage der bisherigen Vereinbarungen im Rahmen des „Shanghai Forum“ bekannt. Die Deklaration über die Gründung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit beinhaltet neben sicherheitspolitischen Zielsetzungen die Ausarbeitung eines Programms zur langfristigen multilateralen Kooperation in Handel und Wirtschaft. Siehe: Die Deklaration über die Gründung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit in: Deklaratsiya o sozdanii shanghaiyskoy organizatsii sotrudnichestwa, Shanhai, 15 iyulya, 2001 goda, Tsentr wnesnoy politiki i analiza, <http://www.cvi.kz/text/SHOS/Shanhay.html>. Die englische Version: Declaration on the Creation of the

inhaltlichen und strukturellen Prozessen der Organisation gekennzeichnet. Trotz seiner Mitgliedschaft war Taschkent unsicher, ob die führenden Länder des „Shanghai Forums“ Russland und China im Falle einer realen Bedrohung ernsthaft für Sicherheit in Zentralasien sorgen könnten. Der andauernde Krieg in Tschetschenien war ein Grund für diesen Zweifel. Darum hatte Usbekistan auf sein strategisches Ziel, eine Annäherung mit dem Westen, durch eine Hinlenkung der Interessen der USA und der NATO auf das Afghanistan-Problem, noch nicht ganz verzichtet. Die Ereignisse des 11. September und die darauf folgende Teilnahme Usbekistans an der von den Vereinigten Staaten geführten internationalen Antiterrorcoalition durch die Bereitstellung seines Territoriums für die Alliierten bot diese Möglichkeit und das strategische Ziel einer sicherheitspolitischen Partnerschaft mit den USA rückte so nah wie nie zuvor. Diese Entwicklungen verstärkten die Tendenz der usbekischen Abneigung gegen die sicherheitspolitische Kooperation im Rahmen der SCO und die Abwesenheit Usbekistans in verschiedenen gemeinsamen Aktionen der Organisation häufte sich.<sup>501</sup> Ihren Höhepunkt fand diese skeptische Haltung in der Rede des usbekischen Präsidenten auf dem Gipfeltreffen in Sankt Petersburg im Juni 2002<sup>502</sup>. Die Hervorhebung der Rolle der NATO im Kampf gegen den internationalen Terrorismus war eine deutliche Botschaft an Russland und China und bedeutete, dass Usbekistan im Kampf gegen die regionalen Sicherheits Herausforderungen andere Prioritäten setzen und seine außenpolitischen Partner selbst aussuchen würde. Viele Teilnehmer und Beobachter des Gipfeltreffens haben Karimows Verhalten als deutlich „proamerikanisch“ bezeichnet und fürchteten ihn sogar als „Vertreter der USA“ in der

---

Shanghai Cooperation Organization, Shanghai, June 15, 2001, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department,

<http://www.in.mid.ru/B1.nsf/arh/4255347F7E3D3DD643256A720052A1C8?OpenDocument>

Zur Entwicklung der SCO siehe auch List, Dörthe: Regionale Kooperation in Zentralasien – Hindernisse und Möglichkeiten, a.a.O., S.180-190

<sup>501</sup> Nur in zwei von insgesamt sechs Vorbereitungssitzungen zum Gipfeltreffen in Sankt Petersburg 2002 war die usbekische Delegation anwesend. In beiden Sitzungen wurden die Positionen der SCO-Länder bezüglich der Charta der Organisation und Wirtschaftsfragen geklärt. In den anderen von Usbekistan ignorierten Begegnungen wurden Fragen regionaler Sicherheit diskutiert. Vgl. Sergienko, Wladimir: Nasledniki Timura, in: Kontinent, Num. 20 (82), 16-29.10.2002 <http://www.continent.kz/2002/20/09.htm> Auch an den gemeinsamen Militärmanövern der SCO-Länder in Kasachstan und China im August 2003 haben die usbekischen Streitkräfte nicht teilgenommen.

<sup>502</sup> Islam Karimow hat beim Gipfeltreffen in Sankt Petersburg als einziger Redner unter den Staatsführern den 11. September im Kontext der Terrorismusbekämpfung erwähnt und auf die Rolle der NATO in der Weltpolitik aufmerksam gemacht: „Die SCO kann nur dann ein bedeutender Faktor der Weltpolitik werden, wenn sie die nach dem 11. September des vergangenen Jahres geschehenen Veränderungen vernünftig einschätzt. Die Welt ändert sich und die Kräfteverhältnisse in der Welt auch. Der Pragmatismus der Staatsführer von Russland und den USA und den anderen Staaten, die das Russland-NATO Abkommen unterzeichnet haben, ist das Ergebnis dieser vernünftigen Einschätzung der neuen Situation und wir können das nicht außer Acht lassen.“ Zitiert nach „Troyanskiy kon' borozdi ne isportit“ in: Wremja Nowostey, 10.06.2002

SCO<sup>503</sup>. Gleichzeitig warnte Taschkent vor der Forcierung der Aufbauprozesse der ständigen Organe der SCO, was seine generelle Abneigung gegenüber überstaatlichen Organisationen erneut bestätigt hat<sup>504</sup>.

Einen ganz anderen Charakter besitzt das Verhältnis Usbekistans gegenüber der SCO seit dem Herbst 2003, was wiederum auf eine generelle Kehrtwende in der usbekischen Außenpolitik zurückzuführen ist. Die bisherige Passivität und Abneigung enger sicherheitspolitischer Kooperation wurde durch einen konstruktivistischen Ansatz ersetzt. In einem Treffen der SCO-Außenminister im September 2003 in Taschkent wurde die Verlegung des ursprünglich für Bischkek vorgesehenen regionalen Antiterrorzentrums der Organisation nach Taschkent bekannt gegeben. Diese unerwartete Entscheidung, die eigentlich einen politischen Hintergrund hatte, wurde in einer gemeinsamen Erklärung der SCO-Außenminister damit begründet: „(...) die Verlegung des Antiterrorzentrums nach Taschkent ermöglicht die Optimierung der Unterbringung und des Zusammenwirkens der antiterroristischen Kräfte in Zentralasien und dient zur Erhöhung der Effektivität des Kampfes gegen den Terrorismus, Separatismus und Extremismus“<sup>505</sup>. Das letzte Treffen der Staatsführer von SCO-Ländern hat auch in Taschkent stattgefunden, an dem unter anderen der afghanische Übergangspräsident Hamid Karzai als spezieller Gast teilnahm. Die Staatspräsidenten von China, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Russland und Usbekistan unterzeichneten insgesamt 10 Dokumente, die die Arbeit der Organisation erweitern und verbessern sollen. Sie eröffneten zudem das oben erwähnte regionale Antiterrorzentrum in Taschkent.

Die Aktivierung der SCO-Politik Usbekistans geschah mit einer gleichzeitigen Abkühlung der Beziehungen zu den USA. Es ist noch zu früh, über eine Ersetzung der strategischen Partnerschaft mit den USA durch die SCO zu sprechen. Vielmehr deutet sich an, dass Taschkent mit diesem Schritt ein bedeutendes Signal an Washington senden wollte, dass im Falle des weiteren Unverständnisses für Usbekistans Vorstellungen von Terrorismus und religiösem Extremismus andere Bündnisoptionen offen sind. Dass Taschkent für sein Verständnis von Terrorismus und Sicherheitsherausforderungen bei beiden führenden

---

<sup>503</sup> Nach Aussagen des kasachischen Außenministers Tokajew soll der chinesische Staatsführer Zian Zemin gesagt haben, dass er bei der Sitzung „den Schatten der USA gefühlt“ habe. Siehe dazu auch Tokajew, Kasymzhomart: Preodolenie. Diplomaticheskie ocherki, a.a.O., S. 210

<sup>504</sup> Beim Gipfeltreffen in Sankt Petersburg am 7.6.2002 hat durch die Unterzeichnung einer gemeinsamen Charta die formale Institutionalisierung der SCO stattgefunden. Neben dem jährlich tagenden Rat der Staatsoberhäupter als höchste Instanz, der Räte der Regierungschefs und der Außenminister, dem Rat nationaler Koordinatoren, wurde die Errichtung eines ständigen Sekretariats in Beijing vereinbart und das Abkommen über die Gründung des regionalen Antiterror-Zentrums unterzeichnet. Siehe auch Charter of the Shanghai Cooperation Organization, 7.6.2002,

<http://www.1n.mid.ru/Ns-rasia.nsf/arh/o25AA08F9EB05BBE43256CCA00270AF6?OpenDocument>

<sup>505</sup> Vgl.: Sowmestnoje kommyunike po itogam vneocherednogo SMID SHOS, Tashkent, 5 sentyabrya, 2003 goda. Istochnik MID Rossii, <http://www.centrasia.ru/newsA.php4?st=1062835020>

Ländern der SCO, Russland und China, mehr Akzeptanz findet als bei Washington, wird durch diese Hypothese bestätigt. In der Tat existiert zwischen Russland und den westlichen Staaten keine wirklich gemeinsame Auffassung von Terrorismus. „Das unterschiedliche Verständnis dieser Erscheinung stimmte lediglich im Falle der Taliban bzw. der „al-Qaida“ überein, sodass eine (intern durchaus umstrittene) passive Teilnahme Russlands an der „Anti-Terror-Koalition“ möglich war“<sup>506</sup>.

Die SCO ist eindeutig ein chinesisches Projekt, das von Russland mitgetragen und unterstützt wird. Zwar steht Zentralasien in China als außen- und sicherheitspolitisches Thema hinter der Bedeutung des ostasiatisch-pazifischen Raums und der Taiwanfrage deutlich zurück, aber in letzter Zeit ist ein Versuch zur Aktivierung der chinesischen Politik in Zentralasien zu beobachten. Beijings letztes Versprechen über die Bereitstellung von 1 Milliarde US Dollar für die Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen den SCO-Ländern bestätigt seine Entschlossenheit zur Aktivierung seiner Politik in dieser Richtung. Chinas strategisches Interesse an der Region ergibt sich aus zwei Faktoren, die sicherheits- und wirtschaftspolitisch motiviert sind: Zugang zu den Energieressourcen Zentralasiens und seine Sorge um die Stabilität in Xinjiang. Wie drei Analytiker bemerkten „Beijing will nicht, dass in Zentralasien schwache Staaten entstehen, die zum Stützpunkt für seine eigenen moslemischen Separatisten werden, oder dass Instabilität in Zentralasien nach Nordwestchina übergreift“<sup>507</sup>. Die Zusammenarbeit in und mit Zentralasien ist auch ein Kernelement der chinesisch-russischen Beziehungen geworden. Die Kräfteverschiebungen zwischen Russland und China in der Region im Rahmen der SCO sind daher mittel- und langfristig eine Frage von einiger Bedeutung für die Stabilität im Zentrum des euroasiatischen Kontinents. Für Usbekistan, dessen außenpolitischer Kurs auf die Ausbalancierung des Einflusses von äußeren Kräften ausgerichtet ist, stellt die Organisation eine Art Instrument im Spiel mit den Interessengegensätzen zwischen Russland und China auf der einen Seite und den USA auf der anderen Seite dar. Angesichts der gegenwärtigen Übereinstimmungen zwischen Taschkent, Moskau und Beijing in Fragen regionaler Sicherheit ist in absehbarer Zukunft zu erwarten, dass Usbekistan in drei wichtigen Fragen, die in den nächsten Jahren die Agenda der SCO voraussichtlich dominieren werden, seinen jetzigen konstruktivistischen Ansatz fortsetzen wird. Diese drei Fragenkomplexe sind:

---

<sup>506</sup> Vgl. Malek, Martin: Geopolitische Veränderungen auf dem „eurasischen Schachbrett“: Russland, Zentralasien und die USA nach dem 11. September, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B8/2002. S. 14-22.

<sup>507</sup> Vgl.: Garnett W. Sherman/ Rahr, Alexander/ Watanabe Koji: *Der Kaspische Raum vor den Herausforderungen der Globalisierung. Die Verantwortung der Trilateralen Staaten für die Stabilität der Region*. Opladen, 2001. S 30.

- Durchsetzung der sicherheitspolitischen Deklarationen durch konkrete Taten;
- Aktivierung der wirtschaftlichen Kooperation vor allem in den Bereichen Handel und Transport;
- Erarbeitung eines Erweiterungskonzepts der Organisation und Strategien der Zusammenarbeit mit anderen multilateralen Institutionen wie UNO, OSZE, CICA, NATO, ASEAN usw.

In Bezug auf den letztgenannten Punkt herrscht unter den Mitgliedstaaten noch keine Einigkeit und noch kein deutliches Konzept. Zwar wurde beim letzten Gipfeltreffen in Taschkent der Beobachterstatus an die Mongolei vergeben, Anfragen aus Delhi und Islamabad bezüglich einer Mitgliedschaft wurden aber als verfrüht abgelehnt<sup>508</sup>.

#### **6.4.2 Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia (CICA)**

Die Idee der Gründung einer kontinentalen Organisation zur Sicherheit und Zusammenarbeit, die analog der OSZE im asiatischen Raum tätig werden könnte, wurde vom kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew während seiner Rede in der 7. Hauptversammlung der UNO im September 1992 vorgeschlagen. Er nannte diesen Prozess: Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia (CICA)<sup>509</sup>. Nasarbajew hat seine Initiative auf die positiven Erfahrungen solcher kontinentalen Organisationen in Afrika, Amerika und vor allem in Europa bezogen und meinte, dass diese auch den asiatischen Kontinent zur Bildung einer einheitlichen Institution zur Sicherheit und Kooperation inspirieren sollten.

Nach ihm sollte der Prozess der Errichtung einer solchen Struktur stufenweise in vier Phasen in Gang gesetzt werden und den Zeitraum 1992-2005 umfassen:

- Vorbereitungsarbeiten zur Organisation (Ausarbeitung) und Durchführung von CICA.
- Institutionalisierung der CICA nach Vorbild von KSZE bzw. OSZE. Aktivierung der Tätigkeit von CICA, Erweiterung der Zahl ihrer Mitglieder, Gründung der gesamtasiatischen Strukturen nach Vorbild von KSZE bzw. OSZE.

---

<sup>508</sup> Die Charta der Organisation sieht drei Arten von Zusammenarbeit vor: Partner zum Dialog, Beobachter und Vollmitglied. Es ist zu erwarten, dass Afghanistan bald den Status des Partners zum Dialog erhalten wird. Gegenüber den Erzrivalen Indien und Pakistan hat die SCO zur Zeit keinen eindeutigen Plan.

<sup>509</sup> Vgl.: Wystuplenie prezidenta respubliki Kazaxstan N.A. Nazarbajewa na 47-y sessii generalnoj assamblei OON, in: Tokajew, Kasyzhomart: Preodolenie. Diplomaticheskie ocherki, a.a.O., S.463.

- Die dritte Phase sollte Konstituierung, Entwicklung und Festigung der Zusammenarbeit zwischen den ständigen Organen von CICA und OSZE sowie die Gründung transkontinentaler Strukturen für bestimmte Bereiche beinhalten.
- Die letzte Etappe sollte die Gründung einer transkontinentalen Conference on Interaction and Confidence- building Measures in Euroasia (CICEA) umfassen, die zu der Bildung von Mechanismen des kontinuierlichen Zusammenwirkens zwischen den kontinentalen Systemen von Asien, Europa, Afrika und Amerika führen könnte und letztendlich als Basis zur Formierung eines einheitlichen Weltsystems der Sicherheit und Zusammenarbeit dienen würde.

Wie der kasachische Außenminister Tokaev zugibt, waren die ersten Reaktionen der asiatischen Länder auf die Initiative des kasachischen Präsidenten sehr zurückhaltend. Diese skeptischen Reaktionen wurden damit begründet, dass der asiatische Kontinent politisch, wirtschaftlich, kulturell sehr heterogen sei und die Konfliktkonstellationen in diesem Teil der Erde sehr unterschiedlich und vielfältig seien. Skeptisch waren auch die Kasachen selbst, ob die Idee ihres Präsident überhaupt realisierbar sei<sup>510</sup>.

Obwohl der von Nasarbajew vorgeschlagene zeitliche Rahmen nicht eingehalten werden konnte, kam es am 14.9.1999 zu einem großen Durchbruch auf dem Weg zur Schaffung eines asiatischen Sicherheitssystems. Die Außenminister von 15 Ländern trafen sich zum ersten Mal in Almaty und unterzeichneten die „Declaration on Principles Guiding Relations between CICA Member-States“. Der bisherige Höhepunkt war aber das erste CICA-Gipfeltreffen am 3-5. Juni in Almaty, an dem 16 Staats- und Regierungschefs und mehrere Repräsentanten von anderen Staaten und internationalen Organisationen mit Beobachterstatus teilnahmen. Dieses Ereignis wurde nach den jahrelangen Bemühungen der kasachischen Diplomaten zurecht als großer Erfolg der kasachischen Außenpolitik gefeiert<sup>511</sup>. Das wichtigste Ergebnis des Gipfeltreffens war die Verabschiedung des Aktes von Almaty, in dem neben inhaltlichen Fragen<sup>512</sup> auch die Institutionalisierung der

---

<sup>510</sup> Der für asiatische Sicherheit zweifellos wichtige Vorschlag Nasarbajews war für die Außenpolitik des jungen Kasachstans zu diesem Zeitpunkt verfrüht. Nach Worten des kasachischen Außenministers Tokaew erforderte die Verwirklichung der Idee des Staatspräsidenten viel Kraft und Überzeugung der kasachischen Diplomaten. Es fehlte an jeglicher außenpolitischen Infrastruktur, angefangen mit Botschaften, Kommunikationslinien bis zu Dolmetschern und guten Hotels und Restaurants. Vgl. Tokaew, Kasymzhomart: Preodolenije. Diplomatičeskije očerki, a.a.O. S.360-361

<sup>511</sup> Beim Gipfeltreffen waren 16 Staats- und Regierungschef vertreten, darunter vier „alte“ und „neue“ Atomkräfte China, Indien, Pakistan und Russland. Der Generalsekretär der OSZE Jan Kubisch hat ebenfalls an dem Treffen teilgenommen.

<sup>512</sup> Der Akt von Almaty besteht aus vier Hauptpunkten:

- Sicherheit und Zusammenarbeit, in der unter anderem die Staats- und Regierungschefs das Hauptziel und die Hauptrichtung der Tätigkeit der CICA sehen. Notwendig ist hierzu die Verstärkung der Zusammenarbeit



CICA<sup>513</sup> gefestigt wird. Eine Deklaration der CICA zur Beseitigung des Terrorismus und der Förderung des Dialogs zwischen den Zivilisationen wurde ebenfalls von den Teilnehmern verabschiedet.

Die Reaktionen aus Taschkent auf die Initiative des kasachischen Präsidenten waren sehr skeptisch. Tokaew behauptet, dass „die politische Führung Usbekistans diese Idee nicht unterstützt hat.“ Die Vertreter des usbekischen Außenministeriums haben während der vorbereitenden Sitzungen eine destruktive Position eingenommen. Die Abwesenheit des usbekischen Präsidenten Karimow an dem CICA-Gipfeltreffen im Juli 2002 in Almaty unterstreicht dies. Die offizielle Begründung war die Krankheit des Präsidenten. Usbekistan wurde beim Gipfel durch den Premierminister Sultanow vertreten, der eine kurze Rede hielt. Trotz dieser passiven Haltung hat Usbekistan die beiden Dokumente der CICA unterzeichnet, aber das Fehlen des Staatspräsidenten an dem Treffen hat unter den Teilnehmern und Journalisten zu vielen Spekulationen geführt<sup>514</sup>.

Dass der CICA-Prozess in einem so heterogenen Umfeld wie Asien ein langwieriger und komplizierter Vorgang sein wird, darüber machen sich auch die Organisatoren selbst keine Illusionen. Schon während der Grundsteinlegung des neuen Forums wurden ihm durch die offenen Rivalitäten zwischen den zwei südasiatischen Ländern Indien und Pakistan

---

durch die Ausarbeitung vielseitiger Vorgehensweise zur Sicherstellung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in Asien.

- Herausforderungen für die Sicherheit. Dieser Punkt befasst sich mit Gefährdungen der Stabilität, die nach Meinung der Teilnehmerländer vor allem in der Verbreitung der atomaren, chemischen und biologischen Waffen, von Terrorismus, Separatismus, illegalem Handel mit Rauschgift und Korruption liegen.

- Um sich den erwähnten Herausforderungen zu widersetzen, müssen die asiatischen Länder Maßnahmen zur Vertrauensbildung ausarbeiten. Der dritte Teil dieses Dokuments sieht die Konkretisierung dieser Maßnahmen vor, die im weiteren Verlauf nachgearbeitet und vervollständigt werden sollten. Diese Maßnahmen können politisch-militärische, wirtschaftliche, ökologische, humanitäre und kulturelle Bereiche umfassen.

- Der letzte Teil des Aktes widmet sich den Strukturen und Institutionen der CICA.

Siehe dazu auch: Almatinskiy Akt SWMDA, in: Tokaew, Kasymzhomart. Preodolenije. Diplomatscheskije ocherki, a.a.O., S.641-652

<sup>513</sup> Diese Vereinbarung sieht die Gründung eines ständigen Sekretariats vor, um reguläre Treffen und politische Konsultationen und andere Tätigkeiten der Organisation zu unterstützen. Die regulären Treffen der Staats- und Regierungschefs sollen alle vier Jahre, der Außenminister in zweijährigem Abstand stattfinden. Außerdem soll ein Komitee der hauptverantwortlichen Personen aus den jeweiligen Ländern gebildet werden. Sie werden sich mindestens einmal pro Jahr versammeln, um die Ausführung der Beschlüsse der CICA zu kontrollieren, Konsultationen um aktuelle Fragen durchzuführen und die Tätigkeit der speziellen Arbeitsgruppen zu koordinieren. Vgl. Almatinskiy Akt, in a.a.O. S.648-649.

<sup>514</sup> Zu diesem Zeitpunkt eskalierte auch die Grenzfrage zwischen Taschkent und Astana. Die Abwesenheit des usbekischen Präsidenten führte dazu, dass man während des Gipfeltreffens von einem neuen „Kaschmir Konflikt“ in Zentralasien sprach. Die beiden Seiten haben aber im Herbst des selben Jahres mit einem Vertrag dieses Problem beigelegt. Vgl. Tokaew, Kasymzhomart: Preodolenije. Diplomatscheskije ocherki, a.a.O., S.350-385

Grenzen gesetzt. Usbekistan liegt im Zentrum dieser instabilen süd- und zentralasiatischen Makroregion, wo keine festen und verlässlichen Sicherheitsstrukturen existieren und wo die Sicherheitsbedürfnisse und Bündnispräferenzen unterschiedlich geprägt sind. Aus dieser Perspektive gesehen, sollte jeder konstruktive Vorschlag, der zur Stabilisierung der Sicherheitslage und zur Festigung des Vertrauens in dieser Makroregion durch die Schaffung eines regionalen Sicherheitssystem einen Beitrag leisten kann, von allen beteiligten Staaten unterstützt werden. CICA stellt einen positiven Moment in dieser Entwicklung dar, weil alle Staaten dieser Region an dem Prozess teilnehmen und seine Dokumente unterzeichnet haben. Eine andere pragmatische Sicht speziell für Taschkent besteht darin, dass die Initiative der Errichtung von CICA von Kasachstan, dem wichtigsten Nachbarland Usbekistans, kommt, mit dem Taschkent ein Abkommen über ewige Freundschaft unterzeichnet hat und in vielen regionalen und überregionalen Organisationen zusammenarbeitet. CICA ist für die junge kasachstanische Diplomatie eine „heilige Kuh“, die nicht sterben darf. Die Berücksichtigung dieses politisch-psychologischen Faktors im Namen der guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu Kasachstan kann in Zukunft zur gegenseitigen Unterstützung und Annäherung der Positionen in anderen regionalen und internationalen Organisationen führen.

#### **6.4.3 Economic Cooperation Organization (ECO)**

Die Economic Cooperation Organization, kurz ECO genannt, ist eine weitere regionale Organisation, in der Usbekistan auf multilateraler Ebene mit anderen asiatischen Ländern zusammenarbeitet. Sie ist die rechtliche Nachfolgerin von der von Iran, Pakistan und der Türkei 1964 gegründeten Organisation Regional Cooperation for Development (RCD). Der 1977 von diesen drei Ländern unterzeichnete Vertrag von Izmir gilt als rechtlicher Rahmen der ECO, die diesen Namen 1985 bekommen hat. Die ECO verfolgt das Ziel, die multilaterale regionale Wirtschafts- und Handelskooperation zu fördern, um nachhaltige sozioökonomische Entwicklung in den Mitgliedstaaten zu ermöglichen<sup>515</sup>.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstand für Usbekistan und die anderen zentralasiatischen Republiken die Möglichkeit, an diesem Kooperationsprojekt teilzunehmen. Der Wunsch auf eine Mitgliedschaft wurde von den Gründungsländern entgegengenommen, die selbst auch starkes Interesse an der Erweiterung der Organisation hatten. Usbekistan wurde am 6. Februar 1992 am Rande der Sitzung des ECO-Ministerrats

---

<sup>515</sup> Zu den Zielen und der gegenwärtigen Tätigkeit der ECO siehe auf der offiziellen Homepage der Organisation unter <http://www.ecosecretariat.org>. Zur allgemeinen Entwicklungen in der Organisation seit der Mitgliedschaft der zentralasiatischen Länder siehe auch List, Dörthe: Regionale Kooperation in Zentralasien – Hindernisse und Möglichkeiten, a.a.O., S.190-197

in die Organisation angenommen.<sup>516</sup> Damit war die ECO die erste regionale Kooperationsorganisation außerhalb der GUS, in welche Usbekistan als Mitglied involviert wurde. Taschkent verstand diese Organisation in erster Linie als Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den aus kultureller Sicht verwandten regionalen islamischen Ländern. Laut dem Präsidenten strebte Usbekistan hier „nach einer Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen zu anderen moslemischen Staaten auch auf multilateraler Grundlage“ und bezeichnete diese Mitgliedschaft als Erfolg.<sup>517</sup> Mit seiner Teilnahme an der Arbeit der Organisation verbindet Taschkent die Hoffnung auf die Verwirklichung von Projekten bezüglich der Schaffung neuer Transportkorridore und der Diversifizierung seiner Handelsbeziehungen, um eine Alternative zu den alten Ausrichtungen zu schaffen. Für Usbekistan und seine zentralasiatischen Nachbarn, die keinen direkten Zugang zu den Weltmeeren haben, stellte eine solche multilaterale Zusammenarbeit die Möglichkeit dar, durch gemeinsame Nutzung der vorhandenen und durch den gemeinsamen Aufbau neuer Infrastrukturen auf dem kürzesten Weg den Persischen Golf und den Indischen Ozean zu erreichen. Die Intensität der ersten Begegnungen im Rahmen der ECO<sup>518</sup> und die Versprechungen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit seitens der Gründungsländer bekräftigten diese Hoffnungen. War das erste Treffen in Teheran im Februar 1992<sup>519</sup> dem Meinungs-austausch zwischen „alten“ und „neuen“ Mitgliedsländern gewidmet, wurden beim nächsten Treffen in Aschgabat im Mai des selben Jahres mehrere wirtschaftliche Fragen beinhaltende Vereinbarungen unterzeichnet. Usbekistan war ganz und gar mit den Ergebnissen der ersten Begegnungen zufrieden, was durch die Aussagen des usbekischen Präsidenten bestätigt wurde: „Das Aschgabater Treffen der mittelasiatischen Länder, Kasachstans, des Irans, Pakistans, der Türkei, auf dem die Übereinkunft über den Bau der transasiatischen Eisenbahnlinie erzielt wurde, hat hier Hoffnungen geweckt. Die Verwirklichung dieses Projekts eröffnet Usbekistan den Zugang zum Ozean, den internationalen Handelszentren, wodurch seine Manövrierfähigkeit in der Außenhandelstätigkeit wesentlich erhöht wird“.<sup>520</sup>

Obwohl sicherheitspolitische Fragen bisher nicht in die Agenda der Organisation einbezogen waren, versuchte Usbekistan die anderen Teilnehmerstaaten auf das

---

<sup>516</sup> Neben Usbekistan wurden Aserbaidshon und Turkmenistan ebenfalls während dieses Treffens als Vollmitglieder aufgenommen. Die Mitgliedschaft der anderen zentralasiatischen Länder Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan erfolgte am 28.11.1992. Damit stellt die ECO neben der GUS die einzige Organisation dar, in der alle fünf zentralasiatischen Staaten involviert sind. Vgl. Dikbas, Kadir: Orta Asya türk cumhuriyetleri. Olaylar kronolojisi 1990-1996, a.a.O., S. 69

<sup>517</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S.34

<sup>518</sup> In den ersten zwei Jahren nach der Mitgliedschaft Usbekistans in der Organisation haben sich die Staatsführer der ECO-Länder drei Mal getroffen (Februar 1992 in Teheran, Mai 1992 in Aschgabat, Juli 1993 in Istanbul)

<sup>519</sup> Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan haben an diesem Treffen als Beobachter teilgenommen.

<sup>520</sup> Vgl.: Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, a.a.O., S.34-35

Afghanistan-Problem aufmerksam zu machen. Auf dem Gipfeltreffen in Istanbul 1993 betonte der usbekische Präsident, dass ohne friedliche Beilegung dieses Problems die regionale Zusammenarbeit zwischen den ECO-Ländern vorerst begrenzt bleiben werde. Er schlug dafür ein Zusammentreffen der zehn Mitgliedstaaten und von Vertretern der UNO für diesbezügliche Verhandlungen in Taschkent vor:

„Für die Realisierung unserer Pläne und Hoffnungen brauchen wir außer Zeit noch Frieden und Stabilität. Wenn es in der Region keinen nachhaltigen Frieden geben wird, können alle unseren gigantischen Projekte und gut gemeinten Ziele nicht verwirklicht werden. Heutzutage ist unsere gemeinsame Besorgnis die Lage in Afghanistan, die andauernde kriegerische Auseinandersetzung in diesem Land (...)

Ich denke, um die Versöhnung der sich bekämpfenden Parteien und die schnellere Rückkehr des afghanischen Volkes in ein friedliches Leben zu ermöglichen, muss jeder von uns sein Möglichstes tun, ein Maximum an Anstrengung und Leistung bringen. Wir schlagen allen Vertretern der Kriegsparteien im Nachbarland, allen hier anwesenden zehn Ländern und den interessierten internationalen Organisationen, z.B der UNO, vor, sich in Taschkent zu Verhandlungen zu versammeln“<sup>521</sup>.

In der Tat haben der andauernde Bürgerkrieg in Afghanistan und nicht zuletzt die unterschiedlichen Positionen der ECO-Mitgliedstaaten gegenüber diesem Konflikt ein großes Hindernis bei der Herstellung der Handelsbeziehungen dargestellt und die Realisierung der Kommunikationspläne sichtlich erschwert. Die Eroberung der Macht durch die militante Taliban-Bewegung paralyisierte die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Gründungsstaat der ECO Pakistan und den zentralasiatischen Ländern und auch das Vertrauen zwischen weiteren Mitgliedstaaten wurde durch dieses Ereignis auf eine harte Probe gestellt. Die Organisation ignorierte bewusst die sicherheitspolitischen Fragen, um ihre Tätigkeit nicht zu politisieren und fokussierte sich auf wirtschaftliche Fragen, die folgende Bereiche umfassten: Handel, Investitionen, Transport, Kommunikation, Energie, mineralische Rohstoffe, Umwelt, Landwirtschaft, Industrie und Drogenkontrolle<sup>522</sup>. Aber ohne Lösung der sicherheitspolitischen Fragen und ohne Verminderung der Vertrauensbarrieren zwischen den Mitgliedstaaten war die Aktivierung der wirtschaftlichen Beziehungen kaum vorstellbar. Auch nach dem Sturz des Taliban-Regimes in Afghanistan und im Rahmen der daraufhin veränderten politische Lage in der Region hat die Organisation noch keine sicherheitspolitische Position bezogen. Auf den letzten zwei

---

<sup>521</sup> Vgl.: Sotrudnichestvo- zalog ekonomicheskogo progressa, Rech na wtoroy wstreche na wisschem urowne glav gosudarstw Organizatssii Ekonomicheskogo Sotrudnichestwa w Stambule, iyul 1993 g., in: Karimow, Islam: Uzbekistan: Natsional' naya nezawisimost', Ekonomika, Politika, Ideologiya. Taschkent, 1996. S. 255-256

<sup>522</sup> Vgl. List, Dörthe: Regionale Kooperation in Zentralasien – Hindernisse und Möglichkeiten, a.a.O., S.190-191

Gipfeltreffen in Istanbul und Duschanbe hat sich die ECO mit der Afghanistanproblematik aus wirtschaftlicher Perspektive beschäftigt. In den gemeinsamen Erklärungen der Staats- und Regierungschefs wurde die Unterstützung Afghanistans beim Wiederaufbau des Landes und bei der Wiederherstellung von Frieden und Stabilität deklariert<sup>523</sup>.

Das einzige sichtbare Ergebnis der ECO in den vergangenen 12 Jahren bleibt eine Eisenbahnverbindung zwischen Tedschen in Turkmenistan und Meschhed im Nordiran, die den ersten Anschluss des zentralasiatischen Eisenbahnnetzes nach Süden darstellt, und über das iranische Meschhed bis zum Persischen Golf führt. Der Handel zwischen den Mitgliedstaaten konnte hingegen nicht erheblich verbessert werden. Dass das Handelsabkommen der ECO (ECO Trade Agreement, ECOTA) in Islamabad nur von fünf Mitgliedsstaaten unterzeichnet wurde<sup>524</sup>, ist ein hervorragender Beweis für eine heterogene Interessenlage in der Organisation. Auch Usbekistan hat seinen anfänglichen Enthusiasmus für die Tätigkeit in der Organisation verloren. Der usbekische Präsident hat auf dem Gipfeltreffen in Teheran 2000 die Tätigkeit der Organisation kritisiert und ihre Arbeitsfähigkeit in Frage gestellt. Mit der Abkühlung der bilateralen Beziehungen zu den führenden Ländern der Organisation Iran, Türkei und Pakistan hat Taschkent selbst die Zusammenarbeit im Rahmen der ECO erheblich beeinflusst. Des Weiteren wurde die Arbeitsfähigkeit der Organisation durch Rivalitäten zwischen den führenden Ländern Türkei und Iran, durch die unterschiedliche Wahrnehmung der Herausforderungen für die regionale Sicherheit, fehlende Finanzmittel zur Verwirklichung der gemeinsamen Wirtschaftsjunkte und schließlich durch unterschiedliche außenpolitische Orientierungen erschwert. So nimmt die ECO im gegenwärtigen außenpolitischen Konzept Usbekistans in Bezug auf regionale Kooperationsprojekte keine bedeutende Rolle mehr ein. Der Fakt, dass der usbekische Präsident bei den letzten zwei Gipfeltreffen in Istanbul 2002 und Duschanbe 2004 auf seine Teilnahme verzichtet hat und Usbekistan durch einen politisch unbedeutenden Parlamentspräsidenten vertreten war, spricht für eine verhaltene Politik gegenüber der ECO. Seine im Rahmen der ECO deklarierten Wirtschaftsinteressen, vor allem in Bezug auf neue alternative Transportkorridore, versucht Taschkent durch die bilateralen oder trilateralen Vereinbarungen (Usbekistan-Afghanistan-Iran und Usbekistan-Iran-Turkmenistan) zu erfüllen. Dennoch bietet der ECO-Raum für Usbekistan einen attraktiven regionalen Markt mit einer Gesamtbevölkerung von rund 350 Millionen Menschen. Aus dieser Perspektive wäre es nützlich für die zukünftige außenpolitische

---

<sup>523</sup> Vgl.: Stambulskaya deklaratsiya 2002 goda, <http://www.mfa.kz/rus/index.php?rel=1&selected=33>. Die englische Version unter Istanbul Declaration, 2002, Economic Cooperation Organisation Secretariat (Teheran), Istanbul/Turkey, October 14, 2002, [http://www.ecosecretariat.org/ftproot/High\\_Level\\_Meetings/Summits/7th\\_summit/Istanbul\\_declaration\\_2002.htm](http://www.ecosecretariat.org/ftproot/High_Level_Meetings/Summits/7th_summit/Istanbul_declaration_2002.htm)

<sup>524</sup> Tadschikistan war das einzige zentralasiatische Land, das das Dokument unterzeichnete. Siehe auch ECO Trade Agreement (ECOTA), Islamabad, July 17th, 2003, <http://www.ecosecretariat.org>

Strategie, die multilateralen Aktivitäten im Rahmen der ECO nicht ganz außer Acht zu lassen.

#### 6.4.4 Asiatische Finanzorganisationen

Die wichtigste asiatische Finanzinstitution, die mit ihren Mitteln den wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozess in Usbekistan unterstützt, ist die Asiatische Bank für Entwicklung (Asian Development Bank, ADB). Sie ist auch die größte internationale Finanzinstitution des asiatischen Kontinents<sup>525</sup>. Usbekistans Mitgliedschaft in der ADB erfolgte im Jahre 1996 und 1998 eröffnete die Bank ihrer ständigen Mission in Taschkent. Zwischen 1996 und 2003 hat die ADB an Usbekistan 15 Anleihen in Gesamthöhe von 695,5 Mio. US Dollar vergeben, die in folgender Weise sektoral geteilt waren:

- Soziale Infrastruktur 279,5 Mio. US Dollar;
- Transport und Kommunikation 190,0 Mio. US Dollar;
- Landwirtschaft und Naturressourcen 86,0 Mio. US Dollar;
- Energie 70,0 Mio. US Dollar;
- Finanzen 70,0 Mio. US Dollar<sup>526</sup>.

Im Jahre 2003 war die ADB die größte Geldgeberin des Landes unter internationalen Finanzorganisationen überhaupt. Mit einem Gesamtvolumen von etwa 99 Mio. US Dollar unterstützte die asiatische Bank insgesamt 23 Projekte in Usbekistan. Für den Zeitraum 2004-2006 plant die Bank die Involvierung Usbekistans in das Programm „Country Strategy and Program“, das einen jährlichen Zufluss von Krediten in Höhe zwischen 100 und 150 Mio. US Dollar vorsieht<sup>527</sup>.

Eine der weiteren Aktivitäten der ADB in Zentralasien ist die Förderung der regionalen Kooperation durch das von ihr 1997 initiierte Programm Central Asia Regional Economic Cooperation (kurz CAREC). CAREC, das inzwischen sieben Staaten (Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Aserbaidschan, Mongolei und China mit Schwerpunkt Xinjiang-Provinz) involviert, hat zum Ziel, durch Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit das ökonomische Wachstum in diesen Ländern zu verbessern und den Lebensstandard der Bevölkerung in der Region zu erhöhen. Um dieses

---

<sup>525</sup> Die Asian Development Bank wurde 1966 mit dem Ziel der Unterstützung der wirtschaftlichen Transformation und Entwicklung der asiatischen Länder gegründet. Gegenwärtig sind 65 Staaten Mitglieder der Bank, davon 43 aus dem asiatischen Kontinent. Der Hauptsitz der ADB ist Manila.

<sup>526</sup> Vgl.: Ahmedowa, Gulbahor: Uzbekistan-ABR: sotrudnichestwo razwiwaetsya dinamichno, in: <http://www.centrasia.ru/newsA.php4?st=1076499000>

<sup>527</sup> Vgl.: ADB Program for Uzbekistan to Focus More on Reducing Poverty, in: ADB News Release, No.135/04. 19.10.2004

Ziel zu erreichen, müssen folgende vier strategische Aufgaben, die das Programm beinhaltet, erfüllt werden:

- Gewährleistung des freien Zugangs zu den Märkten der großen Nachbarstaaten;
- Sicherstellung vorteilhafter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen für Handel und Vereinfachung der Transitprozeduren und des Verkehrs zwischen den Mitgliedern des CAREC;
- Verbesserung der Energielieferungen für effektives Wachstum;
- Verhinderung der weiteren Verschlechterung der Umweltsituation, Desertifikation, des Menschenschmuggels, Rauschgifttransports und der Verbreitung von Infektionskrankheiten<sup>528</sup>.

Im Rahmen des Programms haben bisher drei Ministerkonferenzen stattgefunden, an denen die Führung der Bank, die Finanzminister der beteiligten Staaten und Vertreter von anderen internationalen Finanzorganisation teilgenommen haben. Für den Zeitraum 2004-2006 plant CAREC die Fortsetzung der Förderung von regionalen Projekten in den drei Prioritätenbereichen Transport, Energie und Handelserleichterung, die mit Finanzmitteln in Höhe von 295 Mio. US Dollar unterstützt werden sollen<sup>529</sup>.

Im Jahre 2003 wurde Usbekistan Mitglied der Islamischen Bank für Entwicklung (IBE), einer weiteren Finanzorganisation, die mit ihren Geldern die marode usbekische Wirtschaft unterstützen soll. Die Islamische Bank für Entwicklung kam mit einer gewissen Verspätung nach Usbekistan. Taschkent versuchte aus politischen Gründen jahrelang, den Einstieg dieser Bank in die usbekische Wirtschaft zu verhindern. Die Aktivitäten der IBE sind entsprechend begrenzt.

## 6.5 Fazit

In den vergangenen dreizehn Jahren der Eigenstaatlichkeit ist es Usbekistan gelungen, zu den wichtigsten Ländern des asiatischen Kontinents Kontakte zu knüpfen und sich in die wichtigsten asiatischen multilateralen Organisationen zu involvieren. Besonders erfolgreich entwickeln sich seine bilateralen Beziehungen zu den süd- und ostasiatischen Ländern wie China, Japan und Südkorea. Zugleich tragen sie einen klientelistischen Charakter, der mit der wirtschaftlichen Leistungsstärke und den Investitionsmöglichkeiten

---

<sup>528</sup> Vgl.: ABR: Protsvetanie Tsentral'noy Azii zavisit ot regional'nogo sotrudnichestwa. UzA, 29.10.2004

<sup>529</sup> Vgl.: Glawa Aziatskogo banka razwitiya Tadao Chino posetit s ofitsial'nim wizitom Kirgizstan, in: Akipress, 29.10.2004

dieser Länder auf der einen Seite und mit dem Zustand des gegenwärtigen wirtschaftlichen Transformationsprozesses in Usbekistan auf der anderen Seite erklärt werden kann.

Asien ist ein großer und vielfältiger Kontinent, der genauso viel an Konfliktpotenzial besitzt wie auch an Kooperationsmöglichkeiten. Aus dieser Perspektive gesehen braucht die bisherige usbekische Asienpolitik, insbesondere gegenüber dem islamisch-asiatischen Raum, inhaltliche und strukturelle Verbesserungen. Diese Verbesserungsnotwendigkeit wird durch den Gesamtcharakter des Kontinents, durch die geopolitischen Veränderungen der letzten Jahre und durch den bisherigen Lernprozess, den jede „junge“ Außenpolitik in ihrem Werdegang erlebt, verursacht.

1. Usbekistans Politik gegenüber der Türkei braucht eine kritische Bewertung. Allein das Beispiel, dass Usbekistan unter allen GUS-Ländern das einzige ist, mit dem Ankara seine Visumpolitik verschärft hat, ist nicht im Sinne des deklarierten freundschaftlichen Verhältnisses zur Türkei. Die unterschriebenen Dokumente, vor allem das Abkommen über ewige Freundschaft, müssen in konkrete Taten umgesetzt werden. Die Türkei stellt mit ihrem demokratischen laizistischen System immer noch ein mögliches Modell für Usbekistan dar.
2. In Bezug auf den Iran muss die wirtschaftliche Zusammenarbeit um einen intensiven politischen Dialog erweitert und von ihm begleitet werden. Die iranische Gesellschaft erlebt gegenwärtig einen inneren Umbruch. Die Gefahr eines fundamentalistischen Gegenmodells aus Teheran für Usbekistan und die anderen zentralasiatischen Republiken ist jedoch nicht realistisch. Diese Auffassung ermöglicht die Aufnahme eines politischen Dialogs mit dem Iran, der die ökonomische Kooperation der nächsten Jahren sichern soll.
3. Die Absetzung der Taliban-Regierung und die Zerstörung von Trainingslagern des Terrornetzwerks Al-Qaida in Afghanistan durch die erfolgreiche Militäroperationen der USA haben neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit Saudi Arabien und Pakistan geöffnet. Die beiden Staaten, die das Taliban Regime politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützt hatten, haben unter starkem Druck aus Washington ihren Standpunkt geändert und sich im Kampf gegen den internationalen Terrorismus aktiv engagiert. Eine engere Kooperation mit diesen Ländern in Fragen des sicherheitspolitisch relevanten Informationsaustauschs ist notwendig. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Länder sollten auch in den zukünftigen Beziehungen berücksichtigt werden.
4. Usbekistan muss seine Teilnahme am Wiederaufbauprozess in Afghanistan durch eine Aktivierung des politischen Dialogs mit der afghanischen Führung, durch eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und durch eine Intensivierung der bildungspolitischen und kulturellen Kooperation erweitern. Auf der anderen Seite



ist Afghanistan ein fester Bestandteil des regionalen Sicherheitssystems. Seine Involvierung in die Strukturen der SCO wäre im Sinne der Festigung der regionalen Sicherheitsarchitektur.

Nachholbedarf weist die usbekische Außenpolitik bezüglich des Zusammenwirkens in multilateralen Organisationen auf. In diesem Kontext braucht die bisherige Politik gegenüber solchen Organisationen wie ECO und der OIK eine ganz neue Herangehensweise. Die Bedeutung dieser Organisationen als eine Ebene der ökonomischen Kooperation (ECO) und eines Kulturforums (OIK) wird häufig von usbekischen Politikern unterschätzt. Es fehlt auch an einer genau ausgearbeiteten Strategie für die Tätigkeit Usbekistans innerhalb dieser Institutionen. Starke Kurskorrekturen braucht insbesondere die bisherige usbekische Politik gegenüber der Organisation Islamische Konferenz. Als ein Land mit überwiegend muslimischer Bevölkerung und islamischen Traditionen sollte Usbekistan die Arbeit dieser Organisation nicht ignorieren, sondern aktiv unterstützen.

Insgesamt bleiben die folgenden Aufgaben für die usbekische Außenpolitik in dieser Richtung schicksalhaft:

- Aktive Beteiligung am Prozess der Bildung einer neuen und verlässlichen sicherheitspolitischen Architektur Asiens;
- Förderung regionaler Wirtschaftskooperation mit dem Ziel des ökonomischen Wachstums durch die Entstehung neuer Märkte;
- Stellungnahme gegen die weitere Verbreitung von Atomwaffen und für die Atomwaffenfreie Zone in Zentralasien;
- Führung einer ausbalancierten Politik zwischen zwei neuen asiatischen Atommächten und Vermeidung einseitiger Kooperationen und Bündnispolitik.

Für die bevölkerungsreichen asiatischen Länder stellen Usbekistan und seine zentralasiatischen Nachbarn im Einzelnen einen sehr kleinen und schwachen Markt dar. Es wäre im Interesse der Region, wenn die zentralasiatischen Republiken ihre Politik in asiatischen Angelegenheiten koordinieren würden. Ebenso liegt die Ausarbeitung gemeinsamer Positionen bezüglich der Teilnahme an den asiatischen multilateralen Organisationen im Interesse dieser Länder. Dieses würde die unnötige Konkurrenz zwischen den zentralasiatischen Ländern in Fragen von Kommunikation und Investitionen vermeiden. Die miteinander konkurrierenden Projekte bezüglich neuer Transportkorridore sind beim gegenwärtigen Zustand der zentralasiatischen Volkswirtschaften unattraktiv und teuer. Die Attraktivität solcher Pläne kann nur durch die Gewährleistung der Teilnahme aller Länder der Region und durch eine koordinierte zentralasiatische Politik erreicht werden.

## **7. Schlussbetrachtung und Zukunftsperspektiven der Außenpolitik Usbekistans**

### **7.1 Fünfzehn Jahre usbekische Außenpolitik: Erfolge und Niederlagen**

Usbekistan verfügte zum Zeitpunkt der Erlangung seiner Unabhängigkeit weder über außenpolitische Erfahrungen noch über entsprechende organisatorische Strukturen. Vielmehr bestand die enorme Herausforderung des jungen Staates darin, zugleich außenpolitische Interessen, Strategien und Konzeptionen zu definieren und die personellen wie organisatorischen Grundlagen einer eigenen Diplomatie aufzubauen. Hinzu kommt, dass dies unter den Bedingungen gewaltsamer Konflikte in Nachbarländern und einer akuten Wirtschafts- und Reformkrise geschehen musste. Dabei hat die politische Führung in Taschkent die Lösung der strategischen Aufgabe, dem Aufbau eines modernen demokratischen Staates von der erfolgreichen Entwicklung der Außenbeziehungen in verschiedene Richtungen abhängig gemacht und verstand die internationale Kontakte Usbekistans als Garantie für Souveränität, Sicherheit und Stabilität des Landes. Sie behauptet heute mit Zufriedenheit, dass in dem kurzen historischen Zeitraum der selbständigen Entwicklung Usbekistans eine enorme Arbeit zur Entwicklung der Republik als souveräner Staat geleistet wurde. Grundlage dieser Zufriedenheit ist der Fakt, dass Usbekistan heute von 165 Staaten der Welt offiziell anerkannt ist und mit mehr als 120 Ländern der Welt offizielle diplomatische Kontakte aufgenommen wurden. Darüber hinaus haben mehr als 35 Länder in Taschkent ihre Botschaften eröffnet. Heute gehört Usbekistan auf gleichberechtigter Basis zu den angesehensten und einflussreichsten internationalen Organisationen, unterhält freundschaftliche Kontakte und Beziehungen mit Dutzenden von Ländern auf allen Kontinenten, arbeitet eng mit den größten Banken und Finanzorganisationen, nichtstaatlichen und regierungsunabhängigen Organisationen zusammen. Zugleich entstand in den vergangenen Jahren die organisatorische Struktur des außenpolitischen Entscheidungsprozesses, deren Hauptsäule das Amt des Präsidenten bildet. Zum System der außenpolitischen Infrastruktur gehören darüber hinaus der Sicherheitsrat, das Außenministerium, das Verteidigungsministerium, der Nationale Sicherheitsdienst, diplomatische Vertretungen in wichtigen Ländern, wissenschaftliche Einrichtungen für die außenpolitische Expertise sowie Hochschulen für die Aus- bzw. Weiterbildung der diplomatischen Kader.

Unter dem Gesichtspunkt der Unerfahrenheit des Landes in außenpolitischen Fragen, der zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung der Fall war, wird in der Rückschau die usbekische Außenpolitik der neunziger Jahre von der politischen Führung als durchaus erfolgreich bezeichnet. Den Grund für diesen Erfolg bildet nach ihrer Ansicht die Tatsache,

dass sich Usbekistan bei der Aufnahme außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Kontakte an die folgenden, noch in den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit entwickelten grundlegenden Prinzipien streng gehalten hat:

- Priorität der nationalstaatlichen Interessen bei umfassender Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen;
- Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten;
- Offenheit für die Zusammenarbeit außerhalb der Abhängigkeit von ideologischen Ansichten, Ergebenheiten gegenüber den Werten der gesamten Menschheit, Erhaltung des Friedens und der Sicherheit;
- Priorität der Normen des internationalen Rechts vor den innerstaatlichen;
- Entwicklung der Außenbeziehungen sowohl auf der Grundlage bilateraler als auch multilateraler Vereinbarungen.

Dennoch muss an dieser Stelle betont werden, dass die Analyse der fast fünfzehnjährigen Geschichte der selbständigen usbekischen Außenpolitik gezeigt hat, dass eher nationale Interessen als einziges Hauptkriterium bei der Gestaltung der Außenpolitik berücksichtigt wurden. Da in der usbekischen, sicherheitspolitischen Konstellation die Umgebung des Landes immer als instabil bezeichnet wurde, und in der Tat so war, entwickelte sich die Gewährleistung der nationalen Sicherheit zum erstrangigen Interesse des neu entstandenen Staates. In dieser Hinsicht hat der Staat durch seine außenpolitischen Aktivitäten zur Verhinderung der potenziellen Folgen angesichts der negativen Entwicklungen in den Nachbarländern wie etwa in Afghanistan und Tadschikistan beigetragen. Auch das usbekische Konzept über die regionale Integration, das zunächst in Form eines historischen Begriffs als „Turkestan ist unser gemeinsames Haus“ vorgestellt wurde, war mit den Bemühungen verbunden, die Konfliktsituation in Zentralasien wie Anerkennung der bestehenden Grenzen, Wasserverteilung und Rechte von Minderheiten zu entschärfen. Den integrativen Komponenten dieses Konzepts über die Einheit der Region wurden in den nachfolgenden Jahren durch zwischenstaatliche Unstimmigkeiten Grenzen gesetzt. Bei diesem Misserfolg hat auch die usbekische Politik einen großen Anteil, wo bisher zwischen den Souveränitätsanstrebungen des Landes und der Fähigkeit zu einer Integration keine Balance gefunden werden konnte. Wenn Usbekistan, wie Halbach meint, „sich als das Integrationszentrum Mittelasiens“ betrachtet<sup>530</sup>, muss sich in Zukunft seine Zentralasienpolitik grundlegend ändern und entsprechende kooperative Verhaltensweisen aufzeigen.

---

<sup>530</sup> Vgl.: Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I, a.a.O., S.12

Das zentrale Problem der usbekischen Außenpolitik stellt aber die große Diskrepanz zwischen außenpolitischen Bestrebungen des Landes und Mangelhaftigkeit innenpolitischer Reformen dar. Die Tatsache, dass es kaum eine Kompatibilität zwischen den von der usbekischen Seite auf internationaler Bühne deklamierten Absichten und der Realität im Land gibt, verengt den außenpolitischen Handlungsspielraum Usbekistans und stellt seine Manövrierfähigkeit in Frage. Wie sich die scheinbare Diskrepanz zwischen Außen- und Innenpolitik auf die Gestaltung von außenpolitischen Richtlinien auswirken kann, lässt sich am Beispiel der usbekischen Beziehungen zu den USA sehr gut erläutern. Als im März 2002 in Washington eine Deklaration über die strategische Partnerschaft zwischen Usbekistan und den USA unterzeichnet wurde, wurde diese Entwicklung in Taschkent zunächst als wichtigster Schritt in Richtung Modernisierung des Landes bewertet. Usbekistan hat sich dabei dazu verpflichtet, durch Fortsetzung und Beschleunigung der demokratischen Reformen diese Partnerschaft zu festigen. Dennoch kam es bei der Erfüllung der Pflichten zu Schwierigkeiten, die die usbekisch-amerikanischen Beziehungen seit 2003 sehr stark belasten und schließlich zu einer Distanzierung der Positionen führten. Dadurch hat Usbekistan in seiner außenpolitischen Prioritätensetzung wieder eine Kehrtwende Richtung Russland begonnen.

Der andere Aspekt dieser Kluft liegt darin, dass oppositionelle Meinungen und Konzepte bezüglich der Werte, Grundprinzipien und Richtlinien der außenpolitischen Aktivitäten seitens der führenden Eliten völlig ignoriert werden. Wie bei anderen politischen Entscheidungsprozessen verfügt der usbekische Präsident bei der Prioritätensetzung in der außenpolitischen Tätigkeit über eine absolute Macht, die sich der demokratischen Kontrolle durch das Parlament und der Öffentlichkeit entzieht. Die Situation wird noch durch die Tatsache verschärft, dass die usbekische Regierung versucht, nicht nur die Gestaltung der Außenpolitik alleine zu bestimmen, sondern auch ihre unabhängige Bewertung und eine kritische wissenschaftliche Analyse im Rahmen offiziell erlaubter Kriterien festzuhalten. Solch eine Marginalisierung der „fremden Vorstellungen“ führt zur künstlichen Verarmung des außenpolitischen Denkens, zur Begrenzung des Spielraums für unterschiedliche Vorschläge und Initiativen. Daraus ergibt sich der andere Aspekt der außen- und innenpolitischen Diskrepanz, der damit verbunden ist, dass sich die Außenpolitik ohne Rücksicht auf die inneren Angelegenheiten entwickelt. Die Außenpolitik ergreift Maßnahmen, die von der Mehrheit der Bevölkerung kaum akzeptiert werden. Die ganze Palette der Beziehungen zu den zentralasiatischen Nachbarländern wurde zu keinem Zeitpunkt von breiten Schichten der Bevölkerung akzeptiert. Das weitere Problem der usbekischen Außenpolitik bleibt die Undurchsichtigkeit des außenpolitischen Entscheidungsprozesses und die fehlende Transparenz in der außenpolitischen Tätigkeit. Eine der grundlegenden Ursachen dafür besteht darin, dass derzeit die politischen Angelegenheiten Usbekistans von den Normen und Werten einer tatsächlich

demokratischen Politik weit entfernt sind. Abschließend muss betont werden, dass die formale Vertretung des Landes in zahlreichen internationalen Organisationen und die Aufnahme von bilateralen Beziehungen nicht Grund genug ist, um von einer erfolgreichen Außenpolitik zu sprechen. Die vollständige und vollwertige Eingliederung Usbekistans in die Weltgemeinschaft kann nur dann erfolgen, wenn es gelingt, den internen Prozess der politischen und wirtschaftlichen Transformation zu verstetigen und fortzuführen. Die Notwendigkeit des Vorantreibens des Demokratisierungsprozesses wird langfristig auch dadurch bedingt, dass Usbekistan bei der Modernisierung seiner wirtschaftlichen und sozialen Strukturen auf internationale Wirtschaftshilfe angewiesen bleibt.

## **7.2 Entwicklungsperspektiven der usbekischen Außenpolitik**

Die weitere Entwicklung und die Prioritätensetzung in der usbekischen Außenpolitik stehen mit vielen Faktoren politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur im engen Zusammenhang. Nach meiner Ansicht bildet die innenpolitische Entwicklung Usbekistans in mittlerer Perspektive den entscheidenden Faktor für die Erhaltung bzw. Änderung des bisherigen außenpolitischen Kurses. Dabei scheint der bevorstehende Führungswechsel das entscheidende Kriterium für die Akzentsetzung in der usbekischen Außenpolitik zu sein. Aus drei Gründen ist dieser Wechsel unvermeidbar:

- Im Dezember 2007 endet die verfassungsrechtliche Amtszeit des jetzigen Präsidenten. Eine weitere Verlängerung in Umgebung der gültigen Verfassung ist theoretisch möglich, in Praxis könnte sie aber zum endgültigen Legitimitätsverlust der gegenwärtigen politischen Eliten führen. Aus außenpolitischer Perspektive würde eine solche Entwicklung die Isolierung Usbekistans in der internationalen Gemeinschaft bedeuten, die den Handlungsspielraum der auswärtigen Tätigkeit erheblich verengen würde;
- Da die politischen Eliten diese Tatsachen einsehen müssen, werden sie, insbesondere die jüngere Mitglieder der Elite, die „alte Garde“ zur freiwilligen Abgabe ihrer Macht zwingen, um eine neue Legitimitätsgrundlage zu schaffen. Es wurden in letzter Zeit die Indizien sehr deutlich, dass auch die politische Elite des Landes sich auf die „Postkarimow-Zeit“ vorbereitet.
- Unter den breiten Teilen der Bevölkerung, die mit ihrer sozialen Lage unzufrieden ist und in letzter Zeit ihre Unzufriedenheit offen zeigt, ist seit langem fest die Meinung verankert, dass eine Erneuerung und ein Fortschritt im Lande nur nach einer personellen Änderung in den höchsten Etagen der Macht möglich sei;

Der Machtwechselprozess in Usbekistan wird jedoch durch eine Reihe von Faktoren erschwert, die bei einer negativen Entwicklung zu einem Interessenskonflikt zwischen „Alten“ und „Jungen“ führen kann.

- Der institutionelle Entscheidungsprozess eines Machtübergangs hat sich in Usbekistan bisher sehr schwach entwickelt. Ein vorzeitiger Machtwechsel wird dadurch erschwert, dass in der usbekischen Verfassung ein Rücktritt des Präsidenten nicht vorgesehen ist. Die Verfassung verbietet ihm die Übergabe seiner Vollmachten an andere staatliche Strukturen und Personen. Nur im Falle der Krankheit des Präsidenten, wenn diese von einer unabhängigen medizinischen Kommission bestätigt wird, kann ein Mitglied des Parlaments für eine Periode von 3 Monaten als Übergangspräsident gewählt werden. Da die übermächtigen Teile der politischen Elite sich in der Exekutive befinden und das Parlament im politischen Leben des Landes eine untergeordnete Rolle spielt, ist solch eine verfassungsmäßige Regulierung des Machtübergangs sehr unwahrscheinlich.
- Auch bei einer ordentlichen Neuwahl im Dezember 2007 kann es wegen der übergroßen Machtfülle des Präsidenten zu Tumulten sowohl zwischen politischen Eliten als auch der politischen Opposition kommen. Denn der neue Präsident wird in den nächsten sieben Jahren mit seiner absoluten Macht das Schicksal eines ressourcenreichen Landes bestimmen. Um das zu vermeiden, sind bis 2007 weitere Verfassungsreformen notwendig, die eine Machtbalance zwischen dem Präsidenten, dem Premierminister und dem Parlament herstellen würden.

Was die konkreten Formen des Machtwechsels angeht, existieren nach meiner Ansicht drei Entwicklungsoptionen, die zum Teil auch von der Position der externen Mächte, in erster Linie von Russland und den USA sowie in geringem Grad von China und der EU, abhängig sind. Entsprechend dieser Faktoren wird sich bei der Verwirklichung jeder einzelnen Option auch die außenpolitische Prioritätensetzung des Landes grundlegend ändern:

1. Machtwechsel innerhalb der politischen Eliten. Da die gegenwärtige politische Elite in Usbekistan nicht homogen ist, beinhaltet diese Option des Machtwechsels zwei Entwicklungsvarianten. In der ersten Version wird die Macht durch eine Person übernommen, die die Sicherheitsstrukturen vertritt oder ihr nahe steht. Diese sogenannten „Hardliner“ werden den gegenwärtigen politischen Kurs fortsetzen. Die außenpolitischen Prioritäten bleiben die verstärkte bilaterale Zusammenarbeit mit Russland und die Fortsetzung der sicherheitsorientierten multilateralen Kooperation im Rahmen der SCO, worin auch China involviert ist. Die zweite Gruppe innerhalb der Machtelite ist eine „moderate Gruppe“, die mehrheitlich Wirtschafts- und Finanzstrukturen vertritt. Zu dieser Gruppe können auch ehemalige hochrangige Mitarbeiter

- der außenpolitischen Strukturen und ebenfalls ehemalige Botschafter in westlichen Ländern gezählt werden. Wenn sie die politische Macht übernehmen ist zu erwarten, dass es innenpolitisch zu weiteren Reformen kommt und außenpolitisch ein Gleichgewicht zwischen Russlandorientierung und Westorientierung hergestellt wird.
2. Machtübernahme durch die national-demokratische Opposition, die sich gegenwärtig im Exil aufhält. Obwohl diese Variante des Machtwechsels wegen der Fragmentierung der demokratischen Opposition und der Uneinigkeit zwischen ihren Führungen sehr unrealistisch erscheint, kann dennoch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihrer sozialen Lage, ihr mangelndes Vertrauen an die jetzigen Machteliten und schließlich die mögliche Unterstützung von außen dazu führen, dass der bevorstehende Machtübergang seinen Lauf in diese Richtung nehmen wird. Bei einer solchen Entwicklung würde in der usbekischen Außenpolitik die enge Zusammenarbeit mit zentralasiatischen Ländern, der Türkei und eine Westorientierung die absolute Priorität einnehmen. Auf der anderen Seite muss beachtet werden, dass es wegen der fehlenden machtpolitischen Erfahrung der Opposition sehr bald zum Sturz dieser Regierung und damit zur Destabilisierung der innenpolitischen Lage in Usbekistan kommen könnte.
  3. Die mögliche Destabilisierung der innenpolitischen Lage durch bewaffnete Aufstände religiös-extremistischer Gruppierungen stellt nach meiner Ansicht die dritte Version des Machtwechsels in Usbekistan dar. Wegen der fehlenden säkular-demokratischen Opposition wird diese Gruppe schon jetzt bei breiten Teilen der Bevölkerung als einzige Alternative zur gegenwärtigen Regierung angesehen. Dabei hat die Unzufriedenheit der konservativ-fundamentalistischen Teile der Bevölkerung mit der jetzigen Macht die Grenzen einer friedlichen Toleranz von beiden Seiten seit langem überschritten. Das bedeutet, dass diese Gruppierung nicht mit friedlichen Mitteln an die Macht kommen kann und bei gegenwärtigen politischen Gegebenheiten dazu keine Möglichkeit haben wird. In diesem Fall entwickelt Usbekistan sich zu einem destabilisierenden Faktor in Zentralasien und kann von seinen Nachbarn isoliert werden. Außenpolitisch würde solch eine Entwicklung eine Annäherung mit islamischen Staaten, also in erster Linie mit Saudi Arabien, Pakistan und Iran, bedeuten, die auch als Hauptinvestoren für die usbekische Wirtschaft auftreten würden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine Machtübernahme durch den reformistischen Flügel der heutigen Machtelite für Entwicklung und Fortschritt des Landes am besten geeignet ist. Solch eine Entwicklung würde auch bei den meisten außenpolitischen Partnern Usbekistans große Akzeptanz finden.

### 7.3 Szenarien für eine Optimierung der Außenpolitik

Die Potenziale einer äußeren Bedrohung für Usbekistan sind in der gegenwärtigen Situation viel niedriger als die inneren Herausforderungen, die durch Zunahme der wirtschaftlichen Krise seit Ende 1990er Jahre und Reformunfähigkeit der politischen Eliten in wichtigen Bereichen des Staates rapide angewachsen sind. Infolge dieser negativen Entwicklung wird Usbekistan, das sich selbst in den vergangenen Jahren als stabilstes Land der Region definierte und sich vor allem auf die Verhütung der von den Nachbarländern ausgehenden Sicherheitsrisiken konzentrierte, inzwischen von seiner Umgebung als potenzieller Herd der Unsicherheit angesehen. Ausgehend von dieser Hypothese sollte sich die usbekische Außenpolitik in den nächsten Jahren in erster Linie auf die Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit des Landes und die Beschleunigung diesbezüglicher Reformen durch Heranziehung auswärtiger Ressourcen konzentrieren. Die erfolgreiche Erfüllung dieser Aufgabe kann ihrerseits zur Gewährleistung der nationalen und regionalen Sicherheit beitragen, in der das innere Konfliktpotenzial durch ökonomische Fortschritte verringert wird. Damit die Außenpolitik der Republik Usbekistan dieser Aufgaben gerecht werden kann, ist es notwendig, einige Optimierungsmaßnahmen der außenpolitischen Tätigkeit des Landes durchzusetzen, die folgendermaßen aussehen könnten:

- Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu Kasachstan, dem wichtigsten zentralasiatischen Nachbarland nach dem „Modell Deutschland-Frankreich“, um dem regionalen Integrationsprozess in Zentralasien einen neuen Schub zu geben. Dabei müssen zwei Begriffe, nämlich die regionale Integration und die regionale Kooperation, voneinander getrennt werden. Der Begriff regionale Integration soll einen multidimensionalen Prozess beinhalten, in dem die fünf zentralasiatischen Länder Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan eine wirtschaftliche Einheit, das heißt einen gemeinsamen Markt bilden und die Entstehung der überstaatlichen Organe mit entsprechenden Kompetenzen nicht ablehnen. Sie müssen im Rahmen der regionalen Integration bereit sein, auch auf einen Teil ihrer Souveränität zu verzichten. Die regionale Kooperation dagegen ist ein erweitertes Konzept, das sowohl fünf zentralasiatische Nachbarn als auch die wichtigsten Nachbarländer der Region wie Afghanistan, Russland, China, Iran, Türkei sowie die USA und die EU mit einbezieht. Als Ebene der regionalen Kooperation können die bestehenden Organisationen wie GUS, CACO, SCO, ECO usw. gelten. Die regionale Kooperation muss nicht unbedingt über überstaatliche Strukturen verfügen und zur Bildung eines gemeinsamen Markt beitragen.
- Wie bereits erwähnt, muss der Prozess der regionalen Integration von unten angefangen werden, d.h. auf bilateraler Ebene. Taschkent und Astana sind



angesichts ihrer wirtschaftlichen Stärke und des politischen Gewichts in der Lage, zusammen den Prozess der regionalen Integration voranzutreiben. Dagegen ist keins der beiden Länder in einem geeigneten Zustand, in naher und mittlerer Perspektive alleine für die Konsolidierung der Region sorgen zu können. In diesem Sinne muss Taschkent, wenn es das Konzept über regionale Integration ernst nimmt, auch den kasachischen Interessen entgegen kommen. Der Prozess der regionalen Integration wird zusätzlich dadurch begünstigt, dass die fünf Länder Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan über eine große Schnittmenge kultureller, religiöser, historischer, etc. Wurzeln, sowie paralleler sicherheitspolitischer, ökonomischer und anderer Interessen verfügen. All dies stellt eine solide Basis für regionale Integration dar. Die vollwertige Integration ist auch für Außenakteure sehr wichtig, denn die zentralasiatischen Länder im Einzelnen stellen einen sehr kleinen und schwachen Markt dar und sind deshalb für viele ausländische Investoren unattraktiv.

- Die Zusammenarbeit mit wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern des Westens und mit Japan muss eine der wichtigsten Prioritäten der usbekischen Außenpolitik bleiben. Die strategische Partnerschaft mit den USA, die im Zuge des globalen Kampfes gegen den transnationalen Terrorismus zustande gekommen ist, muss mit neuen Inhalten aufgefüllt werden. Die Annäherung an die EU könnte auf der Basis einer institutionalisierten Kooperation in Form eines EU-Kaukasus/Zentralasien Meetings effizienter gemacht werden. Darüber hinaus bleiben die Entwicklung der (sonder)partnerschaftlichen Beziehungen zur NATO aufgrund des aktiven Engagements der Mitgliedsländer der Organisation in Afghanistan sehr wichtig.
- Von strategischer Bedeutung sind auch die bilaterale und multilaterale Kooperation mit Moskau und Beijing. Taschkent muss versuchen, wirtschaftliche Zusammenarbeit mit beiden Ländern auf neuem Niveau fortzusetzen.
- Fortsetzung des bilateralen und multilateralen Dialogs mit nahe liegenden asiatisch-muslimischen Ländern durch aktive Beteiligung Usbekistans am Prozess der Bildung einer neuen und zuverlässigen regionalen sicherheitspolitischen Architektur in der zentral- und südasiatischen Makroregion. In diesem Kontext braucht die bisherige Politik gegenüber solchen Organisationen wie ECO und OIK eine ganz neue Herangehensweise. Die Bedeutung dieser Organisationen als eine Ebene der ökonomischen Kooperation (ECO) und eines Kulturforums (OIK) darf in Zukunft nicht unterschätzt werden.

Die Perspektive der usbekischen Politik hängt auch vielmehr davon ab, inwieweit zwischen diesen Akteuren ein Gleichgewicht hergestellt werden kann, damit die Region nicht wieder in Abhängigkeit einer Groß- oder Mittelmacht gerät.

## Abkürzungsverzeichnis

ADP	Asian Development Bank
ASBP	Aral Sea Basin Program
ASDP	Sozialdemokratische Partei „Adolat“ („Gerechtigkeit“)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
CACO	Central Asian Cooperation Organisation
CAEC	Central Asian Economic Community
CES	Common Economic Space
CIA	Central Intelligence Agency
CICA	Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia
EAES	Euroasiatische Wirtschaftsunion
EBRD	Europäische Bank für Entwicklung und Wiederaufbau
EC	Executive Committee
ECO	Economic Cooperation Organization
ECOTA	ECO Trade Agreement
EU	Europäische Union
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GUUAM	Bezeichnung für die Kooperationsstruktur zwischen Georgien, der Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien
FES	Friedrich Ebert Stiftung
FMDP	Nationaldemokratische Partei „Fidokorlar“ („Selbstaufopferer“)
ICG	International Crisis Group
IDB	Islamic Development Bank
IMF	International Monetary Foundation
IMU	Islamic Movement of Uzbekistan
ISMI	The Institute for Strategic and Intraregional Studies under the President of the Republic of Uzbekistan
KISI	The Kazakhstan Institute for Strategic Studies under the President of the Republic of Kazakhstan
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPU	Kommunistische Partei Usbekistans
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LiDeP	Liberaldemokratische Partei Usbekistans

MTDP	Demokratische Partei „Nationale Wiedergeburt“
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NGO	Non-Governmental Organisation
NG	Nezawisimaja Gazeta (Zeitung)
NS	Narodnoje Slowo (Zeitung)
ODKB	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
OIK	Organisation Islamische Konferenz
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PfP	Partnership for Peace
PW	Prawda Wostoka (Zeitung)
RF	Russische Föderation
RU	Republik Usbekistan
SCO	Schanghai Organisation für Zusammenarbeit
TACIS	EU-Programm gegenüber den GUS-Staaten
TICA	Türkische Agentur für wirtschaftliche Zusammenarbeit
TRASECA	Transport Corridor Europe Caucasus Asia
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organisation
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
US	United States
USA	United State of America
XDP	Volksdemokratische Partei Usbekistans
VTDP	Demokratische Partei „Vatan taraqqiyoti“ („Fortschritt des Vaterlandes“)
WB	World Bank
WTO	World Trade Organisation

## Tabellenverzeichnis

Tab.1: Die Entwicklung der Baumwollproduktion in Usbekistan 1913-2000 .....	46
Tab.2: Die Gesamtzahl und ethnische Struktur der Bevölkerung Usbekistans 1926-2004.	47
Tab.3: Ausgewählte militärische Ausrüstung der usbekischen Armee .....	122
Tab.4: Die Militärausgaben in Usbekistan und in anderen zentralasiatischen Republiken 1995-2001 .....	122
Tab.5: Usbekisch-kasachische Wirtschaftsbeziehungen 1997-2004 .....	169
Tab.6: Usbekisch-kirgisische Wirtschaftsbeziehungen 1997-2003 .....	178
Tab.7: Handelsbeziehungen zwischen Usbekistan und Tadschikistan 1997-2003 .....	181
Tab.8: Handelsbeziehungen zwischen Usbekistan und Turkmenistan 1997-2003 .....	187
Tab.9: Anteil des Intra-GUS-Handels am Gesamt-Außenhandel der Republik Usbekistan 1991-2001 .....	199
Tab.10: Entwicklung der usbekisch-russischen Handelsbeziehungen 1995-2003 .....	211

## Literaturverzeichnis<sup>531</sup>

- Alexandrova, Olga*: Rußland und sein zentralasiatisches „nahes Ausland“. Russische Perzeptionen und Politikansätze. Aktuelle Analysen des BIOST, Nr.66/1994, 15. November 1994
- Allworth, Edward*: The Modern Uzbeks: From the Fourteenth Century to the Present. Stanford (Cal.) 1990
- Allworth, Edward* (ed.): Central Asia: 120 Years of Russian Rule. London, 1993
- Bahr, Egon*: Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik. München, 1998
- Bensmann, Markus*: Die Islamische Bewegung Usbekistans, in: INAMO, Nr.30, 2002
- Birkenbach, Hanne-Margret*: Sicherheit, in: Albrecht, Ulrich/Volger, Helmut (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, München/Wien, 1997, S.461-464
- Bischof, Henrik*: Der Krieg in Tadschikistan: Zusammenprall der Zivilisationen? Bonn, 1996
- Bozkurt, Mahmut*: Die Beziehung der Türkei zur Europäischen Union. Frankfurt am Main, 1995
- Bräker, Hans*: Die islamischen Turkvölker Zentralasiens und die sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Bericht des BIOST, Nr. 37, 1985
- Brauer, Birgit/Eschment, Beate*: Die neue Politik Russlands in Zentralasien, in: Die Außenpolitik Russlands von Jelzin zu Putin, Kiew, 2002, S. 160-162
- Brauer, Birgit*: Europäische Union, in: Gumpfenberg, Marie-Carin von/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon, S.76
- Brzezinski, Zbigniew*: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Berlin/Weinheim, 1997
- Burgess, Mark*: In the Spotlight: Islamic Movement of Usbekistan (IMU), 25.02.2002, unter: <http://www.cdi.org/terrorism/imu-pr.cfm>
- Burlibaev, Marat*: Ursachen und Risiken der Verschmutzung der grenzüberschreitenden Flüsse Kasachstans. Vortrag für die internationale Konferenz „Cooperation and Conflict Management in Central Asia“, Rauischholzhausen, 26.-28. Mai, 2003.

---

<sup>531</sup> In das Literaturverzeichnis wurden nur die Autoren und die Titel genommen, die die gegebene Problematik grundsätzlich behandeln. Autoren und Titel, bei denen die Problematik zu dem behandelten Thema nur indirekt oder marginal auftaucht, werden in der Regel nur im Fußnotenapparat erwähnt. Zeitungsartikel bzw. Berichte und Quellen d.h. Dokumente, Reden, Abkommen wurden ebenfalls nur im Fußnotenapparat erwähnt.

- Die englische Version siehe auch in: Seidelmann, Reimund/Giese, Ernst (eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia. Frankfurt am Main, 2004, S.161-170
- Buzan Barry*: New patterns of global security in the XXI century, in: Pugh, Michael C.(ed.): European security- towards 2000. Manchester, Manchester University Press, 1992
- Clement, Hermann/Repegather, Alexandra/Troschke, Manuela.*: Entwicklung der Handelsbeziehungen und handelspolitischen Regelungen zwischen den GUS-Staaten und ihre Rückwirkungen auf den Ost-West-Handel. Arbeiten aus dem Osteuropa Institut München, Nr. 246, 03/2003
- Dettker, Dieter*: Militärpolitik/Sicherheitspolitik, in: Woyke, Wichard: Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen, 2000, S.285-296
- Duran, Khalid*: Rivalries over. The New Muslim Countries. Aussenpolitik, IV/1992.
- Erschahin, Seyfeddin*: Die djadidischen politischen Parteien Turkestans über den säkularen Staat (1917-1920), in: Munawwarow, Zahidulla/Schneider-Deters, Wilhelm: Islam und säkularer Staat. Taschkent, 2003, S. 235-240
- Eschment, Beate*: Grenzen, in: Gumpfenberg, Marie-Carin von/ Steinbach, Udo: Zentralasien. Ein Lexikon. München, 2004, S.101-106
- Geiß, Paul Georg*: Nationenwerdung in Mittelasien. Frankfurt am Main, 1995
- Giese, Ernst/Sehring, Jenniver/Trouchine, Alexej*: Zwischenstaatliche Wassernutzungskonflikte in Zentralasien. Discussion Papers des Zentrums für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung (ZEU), Nr. 18, Gießen, Mai, 2004
- Gorbatschow, Michail*: Über mein Land. München, 2000
- Grävingsholt, Jörg*: Krisenpotenziale und Krisenprävention in Zentralasien. Bonn, 2004
- ders*: Schlechte Regierungsführung, Krisenprävention und das Dilemma der Entwicklungspolitik am Beispiel Zentralasiens, in: Messner, Dirk/Scholz, Imme (Hrsg.): Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, Baden-Baden, 2004
- Gulomov, S./Ubaydullayeva, R./Akhmedov, E.*: Independent Uzbekistan. Tashkent, 2001
- Gumpfenberg, Marie-Carin von/Steinbach, Udo* (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon. München, 2004
- Gumpfenberg von, Marie-Carin von*: Staats- und Nationsbildung in Kazachstan. Opladen, 2002

- dies.* Zentralasien – eine Krisenregion?, in.: Politische Studien, 54. Jahrgang, Januar-Februar, 2003, S.98-107
- Götz, Roland/Halbach, Uwe:* Politisches Lexikon der GUS. 3. Auflage, München, 1996
- Hacke, Christian:* Zuviel Theorie? Zuwenig Geschichte? Eine kritische Zwischenbilanz der Disziplin der Internationalen Beziehungen in Deutschland. Studien zur Internationalen Politik, Herausgegeben vom Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg, Heft 2 (2003)
- Halbach, Uwe:* Ethno-territoriale Konflikte in der GUS. Bericht der BIOST, Nr.31, 1992
- ders.:* Politische Entwicklungen im nachsowjetischen Mittelasien: Usbekistan. Bericht des BIOST, Nr.50, 1994
- ders.:* Der Islam in der GUS: Eine Wiedergeburt? Bericht des BIOST, Nr.25, 1996
- ders.:* Der Islam in der GUS: Die regionale und einzelstaatliche Ebene. Bericht des BIOST, Nr.27, 1997
- ders.:* Islam und islamistische Bewegungen in Zentralasien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4, 2002, S.24-31
- ders.:* Sicherheit in Zentralasien. Teil I: Sicherheitsstrukturen und -politik auf nationaler und regionaler Ebene. Bericht des BIOST, Nr.24, 2000
- ders.:* Sicherheit in Zentralasien. Teil II: Kleinkriege im Ferghanatal und das Problem der „neuen Sicherheitsrisiken“. Bericht des BIOST, Nr.25, 2000
- Hambly, Gavin:* Zentralasien. Fischer Weltgeschichte, Band 16, Frankfurt am Main, 1966
- Hartmann, Jürgen:* Internationale Beziehungen. Opladen, 2001
- Hayit, Boymirza:* Sowjetrussische Orientpolitik am Beispiel Turkestans. Köln, Berlin, 1962
- Herden, Lutz:* Das Orakel der Mächtigen, in: Freitag 03, 14.01.2000
- Heribert Dieter* (Hrsg.): Regionale Integration in Zentralasien. Marburg, 1996
- Höynck, Wilhelm:* Nachhaltige Stabilisierungspolitik in und für Zentralasien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch, Baden-Baden, 2000, S.217-218
- Hyman, Antony:* Power and Politics in Central Asia's New Republics. London, 1994
- Freitag-Würminghaus, Rainer:* NATO/PfP, in: Gumpfenberg, Marie-Carin von/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon. München, 2004 S. 207-209
- Inomjonov, Khurshid:* Usbekistan's Foreign and Security Policy in its First Years of Sovereignty, in: Seidelmann, Reimund/Giese, Ernst (eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia. Frankfurt am Main, 2004, S.41-48

- International Crisis Group (ICG): Central Asia: Water and Conflict (ICG Asia Report Nr.34, Osch/Brussels, 2002*
- International Institute for Strategic Studies (ed.): The Military Balance 1999. London, 2000*
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen, 2002*
- Kaim, Markus/Berger, Lars: USA, in: Gumpfenberg, Marie-Carin von/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon. München, 2004, S. 291-296*
- Kappeler, Andreas: Russland als Vielvölkerreich. München, 1992*
- Karimow, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt. Düsseldorf (Ohne Jahresangabe)*
- Karimow, Islam: Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts. Taschkent, 1992*
- Kasenov, Oumurserik: Central Asia: national, regional and global aspects of security, in: Allison, Roy/Bluth, Christoph (eds.): Security Dilemmas in Russia and Eurasia, Royal Institut of International Affairs, London 1998, S.188-206*
- Kaufman, Daniel J./McKittrick, Jeffrey S./Leney, Thomas J. (eds.): U.S. National Security. A Framework for Analysis. Massachusetts, 1985*
- Khan, Azmat Hayat: Gegenwärtige sozio-politische und wirtschaftliche Trends in Zentralasien, in: Lange, Klaus (Hrsg.): Sicherheit in Zentral- und Südasien. München, 1999, S.73-91*
- Kreikemeyer, Anna: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), in: Gumpfenberg, Marie-Carin von/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon. München, 2004, S.218-220*
- Kurbanova, Aysulu: Mass Media Development in Central Asia – One Year After 11 September 2001, in: OSCE (Hrsg.): Freedom of the media and corruption, Vienna, 2003, S.33-34*
- Lange, Klaus (Hrsg.): Sicherheit in Zentral- und Südasien. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 9. Hans Seidel Stiftung, 1999*
- Laumulin, Murad T.: Die EU als Modell für die Zentralasiatische Integration? Discussion Paper des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Bonn, C 29, 1999*
- Lewada, Juri: Die Sowjetmenschen 1989-1991. Soziogramm eines Zerfalls. München, 1993. Im Original: Sowetskij prostoij chelowek. Moskau, 1991*



- Linz, Juan*: Presidential or Parliamentary democracy?, in: Linz, Juan/Valenzuelo Arturo (eds.): *The Failure of Presidential Democracy*. Baltimore/London, 1994, S.3-8
- List, Dörthe*.: Regionale Kooperation in Zentralasien – Hindernisse und Möglichkeiten. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades (Dr.rer.soc.), Gießen, 2004
- Lüders, Michael*: Macht und Glauben in Zentralasien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 37/2003, S.49-54
- MacFarlane, S. Neil*: Amerikanische Politik in Zentralasien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 43-44/98, S. 3-12
- Malaschenko, Aleksej*: Islam, politika i bezopasnost' Tsentral'noj Azii, in: *Swobodnaja Mysl*-XXI, Nr.3, 2003, S.26-35
- Malek, Martin*: Geopolitische Veränderungen auf dem eurasischen Schachbrett: Russland, Zentralasien und die USA nach dem 11. September 2001, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 8/2002, S.14-22
- Mangott, Gerhard* (Hrsg.): *Bürden auferlegter Unabhängigkeit*, Wien 1996
- Mikul'skij, Daniil*: Die Islamische Partei der Wiedergeburt. Eine Studie über Islamismus in der GUS. Bericht des BIOST, Nr.22, 1993
- Moder, Karl-Heinz*: Zentralasien: Aus dem Kalten Krieg in die autoritäre Eiszeit. Politikinformation Osteuropa der FES. Nr.93, November, 2001
- Munawwarow, Zahidulla/Schneider-Deters, W.* (Hrsg.): *Islam und säkularer Staat*. Taschkent, 2003
- Munavvarov, Zahidulla/Krumm, Reinhard* (eds.): *State and Religion in Countries with a Muslim Population*. Taschkent, 2004
- Neumann, Franz*: Kolonialismus, in: Drechsler, Hanno/Hilligen, Wolfgang/Neumann, Franz (Hrsg.): *Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik*. München, 1995, S.459
- ders.*: Parlamentarismus, in: Drechsler, Hanno/Hilligen, Wolfgang/Neumann, Franz (Hrsg.): *Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik*. 9. Auflage, München, 1995, S.609-612
- Nienhuysen, Frank*: Demokratisches Feigenblatt, in: *SZ*, 10.01.2000
- Nowak, Jürgen*: Die ethnopolitische Situation Usbekistans. Bericht der BIOST, Nr. 30, 1995
- OSCE/ODHIR*: Electoral process in Uzbekistan requires major improvements, in: [http://www.osze.org./news/show\\_news.php?id=4632](http://www.osze.org./news/show_news.php?id=4632)
- OSCE* (ed.): *Freedom of the Media and Corruption*. Fourth Central Asian Media Conference Tashkent, 26-27 September 2002. Vienna, 2003

- Primbetow, Serik*: Regionale Integration der zentralasiatischen Staaten: Ergebnisse, Erfahrungen, Probleme und Perspektiven, in: Heribert Dieter (Hrsg.): Regionale Integration in Zentralasien. Marburg, 1996, S.125-144
- Rashid, Ahmed*: Ein neuer globaler Ölmulti, in: Internationale Politik, Nr.3, 1998
- Riedel, Sabine*: Der Islam als Faktor in der internationalen Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/2003, S.15-24
- Sagdullaev, Djakhangir*: Energy Policy, Economic Cooperation and Sustainable Development in Central Asia: the Case of Uzbekistan. Dissertation zum Erlangen des Doktorgrades (Dr.rer.soc.), Giessen, 2005
- Salber, Herbert*: Die Länder Zentralasiens und die internationale Gemeinschaft, in: Sicherheit+Stabilität, Mai, 2003
- Schmidt-Häuer, Christian*: „Ein Votum ohne Wert“, in: Die Zeit, Nr.13, 22.03.1991
- Schmidt, Jürgen*: GUUAM – subregionale Kooperation gegen Russland, in: SWP (Hrsg.): GUUAM. Aktuelle SWP-Dokumenten, Nr. 21, Oktober, 1999
- Schwarz, Florian*: Migration in vor-sowjetischer Zeit, in: Gumpfenberg, Marie-Carin von, Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon. München, 2004, S.186-191
- Sehring, Jenniver*: Wasser und Wassermanagement, in: Gumpfenberg, Marie-Carin von/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon. München, 2004, S.308-313.
- Seidelmann, Reimund*: Außenpolitik, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd.6: Internationale Beziehungen, München 1994, S.42-49
- ders.*: Außenpolitik, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handbuch Internationale Politik, 8. Auflage, Opladen, 2000, S.1-7
- ders.*: Sicherheitspolitik, in: Drechsler, Hanno u.a.: Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. München, 1995, S.728
- ders.*: Kontinuität und Wandel im Bedrohungskonzept, in: Kevenhörster, Paul/Woyke, Wichard (Hrsg.): Internationale Politik nach dem Ost-West Konflikt. Globale und regionale Herausforderungen. Münster, 1995, S.115
- Seidelmann, Reimund/Giese, Ernst* (eds.): Cooperation and Conflict Management in Central Asia, Schriften zur internationalen Entwicklungs- -und Umweltforschung. Band 10. Frankfurt am Main, 2004
- Stahel, Oliver*: Es gibt kein zurück mehr, in: Oxus, Nr.2, 1999, S.30-31
- Steinbach, Udo*: Islam und internationale Politik, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen, 2000, S.227-235

- ders.*: Die Außenpolitik der Türkei, in: Die Türkei vor den Toren Europas. Herausgegeben vom Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Zeitschrift, 17/2000. S.50-55. Abrufbar auch im Internet unter [http://www.lpb.bwue.de/aktuelles/bis/1\\_00/tuerkei.htm](http://www.lpb.bwue.de/aktuelles/bis/1_00/tuerkei.htm)
- Strekal, Oleg*: Nationale Sicherheit der unabhängigen Ukraine. Baden-Baden, 1999
- Svante, E. Cornell*: Geopolitics and Strategic Alignments in the Caucasus and Central Asia, in: Perceptions. Journal of International Affairs, June-August 1999, Vol. IV, No. 2 (online-Version)
- SWP* (Hrsg.): GUUAM. Aktuelle SWP-Dokumenten, Nr. 21, Oktober, 1999
- Troschke, Manuela*: Internationale Finanzinstitutionen, in: Gumpfenberg, Marie-Carin von/Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon. München, 2004, S.87
- Wacker, Gudrun*: Die VR China und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Teil II): Bericht des BIOST, Nr.12, 1994
- dies.*: Die zentralasiatischen GUS-Staaten aus chinesischer Perspektive. Bericht der BIOST. Nr. 15, 1997
- Watanabe, Koji*: Japan und das neue Zentralasien, in: Sherman, W. Garnett/Rahr, Alexander/Watanabe, Koji (eds.): Der Kaspische Raum vor den Herausforderungen der Globalisierung. Die Verantwortung der Trilateralen Staaten für die Stabilität der Region. Opladen, 2001. S.72
- Westphal, Kirsten*: Hegemon statt Partner – Russlands Politik gegenüber dem „nahen Ausland“. Münster, 1995
- Wilhelmi, Wolfgang*: Die Politik der Rußländischen Föderation gegenüber dem „Nahen Ausland“. Baden-Baden, 2002
- Zagorski, Andrei u.a.*: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Entwicklungen und Perspektiven. Bericht des BIOST, Nr. 50, 1992
- ders.*: Regionale Strukturen der Sicherheitspolitik in der GUS. Bericht des BIOST, Nr.9, 1996
- Zaslavsky, Viktor*: Success and Collapse: traditional Soviet nationality policy, in: Bremmer, Jan/Taras, Ray (eds.): Nation and politics in the Soviet successor states, Cambridge 1993, S.30

### Literatur auf Russisch und Usbekisch:

- Ahmedowa, Gulbahor*: Uzbekistan-ABR: sotrudnichestwo razwiwaetsya dinamichno, in:  
<http://www.centrasia.ru/newsA.php4?st=1076499000>
- Akimbekow, Sultan*: Trudnij xleb Uzbekistana, in: „Kontinent“, Nr.20 (82), 16.-29.10.2002
- Alimov, Ravshan u.a.* (Hrsg.): Tsentral'naja Azija: geoekonomika, geopolitika, bezopasnost'. Taschkent, 2002
- Aminova, R.H/ Ziyayev, H.Z* (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR (Geschichte der Usbekischen SSR). Band 1, Taschkent, 1967
- Aminova, R.H/Ziyoyew, H.Z* (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR(Geschichte der Usbekischen SSR). Band 3, Taschkent, 1967
- Andican,Ahat*: Degisim sürecinde türk dunyasi. Istanbul, 1996
- Azimov, Rustam*: Razwiwaya otnosheniya druzhbi, strategicheskogo partnerstwa i sotrudnichestwa, in: Narodnoe Slowo, 28.07.2004
- Azizchojaev, Alisher*: Narod jedinstwennij istochnik vlasti, in: NS, 22.01.2002
- Azizov, Siroj*: Yaponiya i Tsentralnaya Azija: Razvitie i perspektivi sotrudnichestva, in: Tsentralnaya Aziya v XXI veke: Sotrudnichestvo, partnerstvo i dialog. Materiali mezhdunarodnoy konferentsii. Taschkent, 2004. S.213
- ders.:* Geopoliticheskie interesi vedushich mirovich i regional'nich derjav: Japan, in: Alimov, Ravshan u.a. (Hrsg.): Tsentral'naja Azija: geoekonomika, geopolitika, bezopasnost', a.a.O., S.140.
- Bahrijev, Karim*: Tsenzura bespolezna, vredna i unizitel'na. Tekst doklada na konferentsii, posvyashennoy Wsemirnomu dnyu Swobodi SMI, organizavonnoy Projektom razvitiya OON v Uzbekistane in institutom Otkritogo obshestwa Fonda Sorosa, Taschkent, 3.05.2001  
[http://www.harakat.net/harakat.php?id\\_topic=114&id\\_stat=203](http://www.harakat.net/harakat.php?id_topic=114&id_stat=203)
- ders:* Problemi uezbekistanskoy pressii. Doklad na konferentsii. 10.05.2002  
[http://news.ferghana.ru/detail.php?id=302&code\\_phras](http://news.ferghana.ru/detail.php?id=302&code_phras)
- Baizakowa, K.I.*: Politiko-prawowije osnovy sotrudnichestwa Jewropejskogo Sojuza s gosudarstwami Tsentral'noj Azii, in: ANALYTIC, Nr. 2, 2003, S. 27-30
- Dikbas, Kadir*: Orta Asya türk cumhuriyetleri. Olaylar kronolojisi 1990-1996. Istanbul, 1997. S.81
- Blinov, Artur*: Novie orientri i starie zaboti Pakistana, in: NG, 06.08.2004.

- EZPI* (Hrsg.): Kazachstan i Uzbekistan: točki konflikta. Unter: <http://www.policy.kz/?itemid=123>
- Fayzi, Hasan*: Oktjabr inqilobi kunlarida ulamolar, in: „Xudosizlar“ (Zeitschrift), Nr.10, Taschkent, 1929, S.14-15
- Fayoz, Bahodir*: Ocherki uzbekskoj oppozitsii. Ankara, 2004
- Germanowa, Walerija*: Kirgizi, in: Ilkhamov, Alisher (ed.): Etnicheskij atlas Uzbekistana, Taschkent, 2002, S.139-144
- Husanov, Ozod u.a.*: „Özbekiston Respublikasi prezidenti saylovi tög'risidagi“ qonunga sharhlar. Toshkent, 1999
- Husniddinov, Zuhridin*: Islom va mazhablar. Taschkent, 2000
- Ilkhamov, Alisher u.a.*(eds.): Etnicheskij atlas Uzbekistana. Taschkent, 2002
- Institut istorii i archeologii Akademii nauk Uzbekskoj SSR* (Hrsg.): Istorija Uzbekskoj SSR. Tom 3. Taschkent, 1967
- Ispolkom Mezghossoweta Kazachstana, Kyrgyzstana i Uzbekistana* (Hrsg.): Sbornik dokumentow i materialow po woprosam ekonomicheskoy integratsii Respubliki Kazachstan, Kyrgyzskoj Respubliki i Respubliki Uzbekistan, Almaty, 1995
- Istoricheskije dokumenti*. Otnoshenija Rossii s Turkestanom w kontse XIX weka (Historische Dokumente. Die Beziehungen Russland mit Turkestan am Ende des XIX. Jahrhunderts). Abrufbar unter <http://www.ferghana.ru/ancient/documents.html>
- Junusowa, Alija*: Mezhreligioznoje soglasije i stroitel'stvo demokraticeskogo prawowogo gosudarstwa w Respublike Uzbekistan, in: Materialy mezhdunarodnoj konferentsii „Mezhreligioznoje soglasije – wazhnoje uslowije uglublenija demokraticeskix protsessow w stranax Tsentral'noj Azii (na primere Respubliki Uzbekistan)“. Taschkent, 2002, S.60-70
- Kadyrow, Dias*: Luchshe „kak luchshe“ ili kak „wsegda“, in: „Kontinent“ (Zeitschrift), Nr.20, 16-29.10.2002. Siehe auch unter <http://www.continent.kz/2002/20/12.htm>
- Karimow, Islam*: Uzbekistan: natsional'naja nezawisimost', ekonomika, politika, ideologija. Taschkent, 1996
- ders.*: O'zbekistonning o'z istiqlol va taraqqiyot yo'li (Usbekistan: Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts.), Taschkent, 1992
- ders.*: Turkestan- nash obshiy dom. Taschkent, 1995
- ders.*: Bez istoricheskoy pamjati net budushego (Ohne historisches Gedächtnis gibt es keine Zukunft), in: Karimow, Islam: Band 8. Taschkent, 1998

- ders.*: Na puti k spravedliwomu obshestwu. Taschkent, 1999
- ders.*: Knigi. I-XII Tom, Taschkent, 1996-2004
- Kasymov, Anvar/Neklessa, Gennadij*: Mezhdunarodno-prawowije aspekti sozdanija zon, swobodnyh ot jadernogo oruzhija. Taschkent, 1999
- Khalilov, Erkin*: Özbekiston Respublikasi parlamenti: Birinchi chaqiriq Oliy Majlisining faoliyati. Taschkent, 1999
- ders.*: Stanowlenie i razwitije izbiratel'nogo zakonadatel'stwa Uzbekistana. Taschkent, 1999
- Khalmuchamedow, Aleksander*: „Ne tol'ko demokraticeskoe obshestwo...“ Wnutripoliticheskoe polozhenie w Uzbekistane, in: Svobodnaja Mysl', Nr.9-12, 1998, S.55-78
- ders.*: Islamskiy faktor w politike Uzbekistana, in: Svobodnaja Mysl, Nr.3, 1999
- Kinjapina, Nina/Blijew, Marks/Degojew, Wladimir*: Kawkaz i Srednjaja Azija wo wneshnoj politike Rossii. Moskwa, 1984
- KISI (Hrsg.)*: Wojenno-politicheskaja rasstanowka sil w kaspijsko-tsentral'noaziatskom regione. Almaty, 2003
- Komilov, Najmiddin*: Söz boshi (Einführung), in: Husanov, Ozod u.a. (Hrsg.): „Özbekiston Respublikasi prezidenti saylovi to'g'risida“gi qonunga sharhlar (Kommentarien zum Gesetz „Über die Wahlen des Präsidenten der Republik Usbekistan“) Taschkent, 1999, S.4
- Kotow, L.*: Indiya i respubliki Tsentral'noy Azii: rojdenie novogo partnerstwa, in: Kompas ITAR-TASS, Nr. 46. Moskwa, 1995. S.20-26
- Kurtow, Azhdar*: Metamorfozy demokratii. Genezis politicheskix rejimow w Tsentral'noy Azii, in: Svobodnaya Mysl-XXI, Nr.9.2004, S. 65-76, Nr.11.2004, S.136-144
- Malashenko, Aleksej.*: Islam, Politika i bezopasnost' w Tsentral'noj Azii, in.: Svobodnaja Mysl-XXI, Nr.3, 2003, S.26-35
- ders.*: Islam i politika w gosudarstwach Tsentral'noj Azii, in: Tsenral'naja Azija i Kawkaz, Nr.4, 1999, S.59-66
- Mulljadschanow I.R.*: Naselenie, in: Glawnaja Redaktsiya Entsiklopedii Uzbekskoj SSR (Hrsg.): Uzbekskaja SSR. Taschkent, 1981, S.63-67,
- Musayev, Bahodir*: Uzbekistan nezawisimiy: Reformi ili bunty? Eine Monographie, in: <http://www.erkinyurt.org/bm2.htm>
- ders.*: Neskol'ko kriticheskix zamechanii w swjazi s woprosom o klanax, in: <http://www.centrasia.ru/news2.php4?news=view&st=1044879000>

- Natsionalnoje obshestwo filosofow Uzbekistana* (Hrsg.): *Ideja natsional'noj nezawisimosti: osnovnije ponjatija i printsipy*. Taschkent, 2003
- Nysanbek, U.*: Rezhim regulirovanija pograničnogo, tamozhennogo i portowogo kontrolja stran Tsentral'noj Azii, in: *Analytic*, 6/2003, S.8-12
- Schischkow, Jurij*: Integratsionnyje protsessii na poroge XXI weka (Integrationsprozesse an der Schwelle zum XXI. Jahrhundert). Moskau, 2001
- Sergienko, Wladimir*: Nasledniki Timura, in: *Kontinent*, Num. 20 (82), 16-29.10.2002  
<http://www.continent.kz/2002/20/09.htm>
- Sidorov, Oleg*: Ujgurskiy vopros v Kazachstane – god 2003, in: <http://www.gazeta.kz>, 12.06.2003
- Sodiqov, H.*: Hurriyatdan muxtoriyatgacha, in: *Fan va Turmush* (Zeitschrift), Nr.3, Taschkent, 1991, S.10
- Stepanowa, Olga*: „Milliy tiklanish“ – partiya, kotoruyu podderzhiwayut zhenshini, in: <http://www.zamon.info/show.php?nid=1463>
- Sultanov, B.K.*: Territorial'no-pograničnyje problemy w Tsentral'noj Azii, in: *Analytic*, und im Internet unter: [http://www.kisi.kz/Parts7ExtPol/an3\\_sultanov.html](http://www.kisi.kz/Parts7ExtPol/an3_sultanov.html)
- Telebajev, G.T./Oumirseitova, A.*: Tsentral'noaziatskaja integratsija: Objektivnyje u sub'jektivnyje parametry, in: *Analytic* 6/2002, S.41-43
- Tsentrāl'noje statističeskoje uprawnjenje SSSR* (Hrsg.): *Itogi wsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda. Tom IV*, 1973.
- Tokajew, Kasymzhomart*: *Pod stjagom nezawisimosti. Očerki o wneshnoj politike Kazachstana*. Almaty, 1997
- ders.*: *Preodelenije. Diplomatičeskije očerki*. Almaty, 2003
- Umanskij, Jakow/Arapow, Aleksej.*: Swetskij islamizm: Wariant Uzbekistana, in *Swobodnaja Mysl*, Nr.XX, S.104-118
- Zhukowa, Ljudmila*: Natsional'no-kul'turnije tsentri Uzbekistana, in: Ilkhamov, Alisher u.a. (eds.): *Etničeskij atlas Uzbekistana, a.a.O.*, S.370-383

Ich versichere, dass ich die Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen Anderer entnommenen Stellen wurden unter Angabe der Quellen als solche kenntlich gemacht.

Gießen, den 12. Juli 2005

Khurshidbek Inomjonov